

Eberhard Beißwenger

Freie, sittlich gestaltete Wirtschaft



Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur

Eberhard Beißwenger

**Freie,
sittlich gestaltete
Wirtschaft**

Analyse und Überwindung
der herrschenden lebensfeindlichen
Wirtschaftsordnungen

*Verlag für ganzheitliche Forschung
und Kultur*

Alle Rechte beim Verlag

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
2257 Struckum/Nordfriesland
1983

Druck: Breklumer Druckerei Manfred Siegel, 2257 Breklum

ISBN 3-922314-21-x

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	11
 I. <i>Werdegang</i>	 13
1. Entwicklung aus den Uranfängen	13
2. Sammler und Jäger	13
3. Naturalwirtschaft	15
4. Handwerk, Handel und Dienste	17
5. Industrie	18
6. Geldwirtschaft	21
7. Kreditwirtschaft	24
8. Das Sozialprodukt	29
Anmerkungen zu Teil I	32
 II. <i>Antriebskräfte</i>	 33
1. Deckung des Lebensbedarfs	33
2. Die sich selbst antreibende Wirtschaft	35
2.1. Handel und Werbung	36
2.2. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage	38
2.3. Geld und Währung	43
2.4. Kredit	49
2.5. Kapitallohn Zins	55
3. Ideologien und Religionen	64
4. Wirtschaftsverbände	69
5. Der Staat	70
5.1. Außenpolitik	72
5.2. Gesetzgebung	74
5.3. Staatshaushalt	77
5.4. Steuern	78
5.5. Verwaltung	84
6. Europa und Weltstaat	85
7. Die Wissenschaft	87
8. Wirtschaftlichkeit	90
Anmerkungen zu Teil II	91
 III. <i>Ausbeutung</i>	 93
1. Unterschiedliche Mühen der Arbeit und deren Ursachen	 93

1.1. Naturbedingte Ursachen	94
1.1.1. Ursachen, die im Menschen liegen	94
1.1.2. Umweltbedingte Ursachen	94
1.2. Vom Menschen geschaffene Ursachen unterschiedlicher Mühe	95
1.2.1. Vorteile, die allen zugute kommen können oder die jeder nutzen kann	95
1.2.2. Vorteile, die nur bestimmten Gruppen zugute kommen	96
2. Der Handel	97
3. Geld und Kredit	101
4. Zins als Lohn des Kapitals	113
5. Mutter Erde	118
6. Steuern und Sozialversicherungen	128
7. Betriebsverfassungen, Patentrecht	136
8. Wirtschaftsgroßräume – Weltwirtschaft	140
9. Wirtschaftswachstum	144
Anmerkungen zu Teil III	146
 IV. <i>Die beiden vorherrschenden Wirtschaftsordnungen</i>	149
1. Kapitalismus	149
2. Marxismus	156
3. Sind Kapitalismus und Marxismus Gegensätze?	161
Anmerkungen zu Teil IV	168
 V. <i>Die Krankheit unserer Wirtschaft</i>	171
1. Die Krankheitserscheinungen	171
1.1. Geld und Banken	173
1.2. Industrie	176
1.3. Handel, Verkehr und Dienste	178
1.4. Handwerk	182
1.5. Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei ...	183
1.6. Krank von der Wurzel her	188
2. Krankheitsbestimmung (Diagnose)	192
2.1. Wie andere die Krankheit sehen und ihre Heilungsvorschläge	192
2.2. Die tiefste Ursache der Krankheit	201
3. Heilungsmöglichkeit	204
Anmerkungen zu Teil V	215
 VI. <i>Die Heilung</i>	219
1. Philosophische Grundlagen	219

1.1.	Die Unvollkommenheit des Menschen	221
1.2.	Vom Sinn des Lebens	223
1.3.	Moral	227
1.4.	Sittengesetz	230
2.	Wirtschaft und Lebenssinn	233
3.	Grundsätze und Richtlinien für eine freie, sittlich gestaltete Wirtschaft	236
3.1.	Natur	239
3.2.	Arbeit	242
3.3.	Kapital und »Kapitalist«	246
3.4.	Die Wirtschaftszweige	252
3.5.	Der Staat und seine Aufgaben	258
3.6.	Die Betriebe, ihre Verfassungen und Aufgaben	266
3.7.	Die soziale Frage	269
3.8.	Das Geldwesen	274
3.9.	Steuern	277
4.	Ausblick	281
	Anmerkungen zu Teil VI	286
	Literaturverzeichnis	288

VORWORT

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde ich als Maschineningenieur beruflich in die staatliche Wirtschaftsverwaltung verschlagen und war zuletzt im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg tätig. Dies veranlaßte mich, mich auch privat zunehmend mit Wirtschaftsfragen zu beschäftigen und darüber auch zahlreiche Aufsätze in verschiedenen Zeitschriften zu veröffentlichen.

Schon Ende der fünfziger Jahre dachte ich daran, einst dieses Buch zu schreiben, kam ich doch immer mehr durch Studium der einschlägigen Literatur (siehe Literaturverzeichnis), Besuch von Vorlesungen über Wirtschaft an der TH Stuttgart und eigenes Nachdenken zu der Einsicht, daß unsere Wirtschaft, die sich »soziale Marktwirtschaft« nennt und sich als »frei« bezeichnet, weder frei noch sozial ist, sofern man Freiheit für alle in gleicher Weise fordert und unter »sozial« »menschenfreundlich« versteht, d.h. das, was allen Menschen in gleicher Weise dient und allen gerecht wird, also niemanden bevorzugt oder benachteiligt. Um das »Glück«, das die Politiker den Menschen meinen bescheren zu müssen und zu können, werde ich mich in meinen Ausführungen nicht kümmern; Glück ist etwas rein Subjektives (vgl. das Märchen von »Hans im Glück«), das nur mit materiellen Mitteln, mit denen sich die Wirtschaft ausschließlich befaßt, niemals herbeigezaubert werden kann.

Aber auch den Marxismus, der sich als Alternative zum Kapitalismus versteht, konnte ich – trotz mancher guter Ansätze, vor allem bei der Analyse des »Kapitalismus« – nicht als wirkliche Alternative erkennen.

In der Literatur finden sich neben der kapitalistischen und der marxistischen Lösung noch andere Vorschläge zur Abwendung der Übel in der Wirtschaft. Aber sie bleiben nach meiner Überzeugung alle an der Oberfläche haften, sie dringen nicht in die Tiefe. Schuld daran trägt m.E. vor allem die Spezialisierung in der Wissenschaft. Die Wirtschaftswissenschaft berücksichtigt zu wenig die Erkenntnisse der übrigen wissenschaftlichen Disziplinen, z.B. auch die Erkenntnisse der Natur- und Rechtswissenschaften. Vor allem aber herrscht Unklarheit über die Triebfedern menschlichen Handelns. Man schiebt zu viel auf »Sachzwänge«. Diese scheinen vielen sogar so zuverlässig zu wirken, daß sie glauben, man könne alles Übel mittels Sachzwängen beseitigen.

Heutzutage ist die Wirtschaft so sehr in den Vordergrund des Denkens und Handelns gerückt, daß die Menschen glauben, sie sei das Wichtigste, was das Leben zu bieten habe. Dabei ist man sich noch nicht einmal über die Grundfrage einig, wozu der Mensch eigentlich wirtschaftet!

Eines ist gewiß: Der Mensch, der alles einem Zweck unterordnet, ist ärmer als jener Frühzeitmensch, der noch vieles zwecklos schuf: aus reiner

Freude am Gestalten. Von der Leib-Sklaverei früherer Zeiten sind die Menschen zwar befreit, aber sie sind weitgehend einer Seelen-Sklaverei verfallen, wurden Sklaven des Zwecks, des »Lebensstandards«, des »Kapitals«, des »Geldes«. Das wird immer deutlicher erkennbar. Zugleich wächst aber auch die Einsicht, daß einerseits die Rohstoffvorräte immer rascher schrumpfen und andererseits die Umwelt mehr und mehr zerstört und vergiftet wird, so daß bald kein reines Wasser und keine reine Atemluft mehr zur Verfügung stehen. Es besteht kein Zweifel, daß die Schuld hierfür unsere Wirtschaftsordnungen in Ost und West trifft.

Beide Wirtschaftsordnungen bekämpfen einander um der Frage willen, welche von beiden die richtige sei. Dieser Kampf hat beiderseits zu gewaltigen wirtschaftlichen Anstrengungen geführt. Vor allem wird mit einem ungeheuren Aufwand an Arbeit, Energie und Rohstoffen von beiden Seiten derart aufgerüstet, daß jede Seite alles Leben auf Erden vielfach vernichten könnte. Soll Vernichtung die Antwort sein auf die Frage nach dem Sinn (Ziel) des Wirtschaftens?

Wenn auch, wie der Philosoph Immanuel Kant sagt, alle Erkenntnis auf Anschauung beruht, so habe ich mich beim Bemühen, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, nicht darauf beschränkt, den gegenwärtigen Zustand unserer Wirtschaft anzuschauen, sondern auch, wie es zu diesem kam. Dabei stieß ich schon sehr früh auf Zusammenhänge, von denen mir bis heute nicht bekannt geworden ist, daß sich die Wirtschaftswissenschaft jemals damit befaßt hätte, die mir aber für eine sinnvolle Gestaltung der Wirtschaft äußerst wichtig erscheinen. Aber nur dann, wenn wir alle Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen berücksichtigen, können wir auch die Krankheit erkennen, unter der die Wirtschaft leidet, und geeignete Heilungsvorschläge machen!

Es darf deshalb auch keine »Tabus« geben. Vorurteilslosigkeit in jeder Hinsicht ist erste Voraussetzung. Vieles Altgewohnte muß einer scharfen Kritik unterzogen werden. Wem dies nicht zusagt, der möge das Buch schon jetzt beiseite legen. Er verliert sonst nur unnütz Zeit. Ich empfehle aber auch, das Buch, wie es eigentlich selbstverständlich ist, von vorn nach hinten zu lesen und nicht irgendeinen Abschnitt – etwa gar den letzten – aus Neugier herauszugreifen. Der Leser wird das hier Gesagte ohne Kenntnis des Vorhergehenden gar nicht verstehen können, weil sich eben eines aus dem anderen nach den Gesetzen der Logik ergibt.

Nur wenn diese Ratschläge befolgt werden, kann das Buch nicht nur Einsicht in das Wirtschaftsgeschehen übermitteln, sondern auch Einsichten in Ursachen menschlichen Handelns, die bis heute weithin unbeachtet blieben, zum Teil aber auch unbekannt waren. Ich hoffe aber auch, daß das Buch dazu beitragen wird, aus dem Irrgarten herauszufinden, in den die Menschheit nicht zuletzt mit Hilfe völlig widersinniger Wirtschafts-

ordnungen und -theorien geraten ist, aber auch, daß hingefunden wird nicht nur zu einer sittlichen Gestaltung der Wirtschaft, sondern auch des gesamten Lebens der Menschen.

Nicht versäumen möchte ich, meiner lieben Frau Heidrun zu danken, der ich manche Hinweise verdanke, die in verschiedenen Teilen des Buches, hauptsächlich im letzten, ihren Niederschlag gefunden haben.

Höhbeck-Brünkendorf, Ostern 1982

Eberhard Beißwenger

EINLEITUNG

Seit Jahrtausenden wirtschaftet der Mensch, seit etwa zweihundert Jahren gibt es bei uns eine Wirtschaftswissenschaft. Aber noch immer sind die Menschen uneins über Sinn und Zweck dessen, was sie Wirtschaft nennen.

Es gibt zwar eine durchaus einleuchtende Begriffsbestimmung, die besagt:

Wirtschaften heißt versuchen, die Dinge zu beschaffen, die der Mensch zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht. Das Wirtschaften geschieht in Gruppen sowohl mit-, als neben-, als gegeneinander.

Da taucht aber gleich die Frage nach den Vorstellungen über die Bedürfnisse auf, die der Mensch hat. Diese Vorstellungen sind äußerst unterschiedlich, obwohl von vielen Seiten behauptet wird, die Menschen seien gleich. Aber niemand kann leugnen, daß die Menschen unterschiedliche Vorstellungen von dem haben, wessen sie bedürfen und wie die Bedürfnisse am besten zu befriedigen seien.

Viele behaupten auch, diese Begriffsbestimmung sei falsch. Es sei alles viel einfacher: Der Mensch wirtschaftet, um Geld zu verdienen.

Um zu klären, was der wahre Zweck des Wirtschaftens sei und wie diesem Zweck am besten gedient werden könne, wurden große Gedankengebäude (Ideologien) entwickelt, die samt und sonders den Anspruch erheben, der Weisheit letzter Schluß zu sein. Bislang konnten sich allerdings die Menschen nicht einigen, welche Weisheit nun die wirklich richtige sei. In den jeweiligen ideologischen Herrschaftsbereichen wird jedoch versucht, den Menschen mit allen Mitteln der Massenbeeinflussung beizubringen, welche Lehre man für die allein richtige zu halten habe: nämlich die im Land herrschende.

Auf diese Weise wurde jener Teil der heutigen Menschheit, bei dem die Wirtschaft in besonderem Maße das Leben beherrscht und der sich darum auch als den »entwickelten« Teil betrachtet (man spricht auch von den »Industrienationen«), in zwei Teile, die »östliche« und die »westliche« Welt, gespalten. Jede dieser Teilwelten versucht, die weniger »entwickelten« Länder der sogenannten »Dritten Welt«, (bei denen die Wirtschaft noch nicht die Hauptrolle im Leben spielt, und die sich noch für keines der beiden Lager entschieden haben), für sich zu gewinnen, also für ihre Art zu leben und zu wirtschaften.

In Ost und West ließen sich die meisten Menschen von den Ideologien derart fanatisieren, daß sie bereit sind, für die ihnen eingetrichterte Denkweise zu kämpfen, sogar ihr Leben für sie einzusetzen und für sie in

den Krieg zu ziehen, nicht etwa nur, um deren Herrschaft im eigenen Lande zu sichern, sondern auch, um sie allen Menschen auf Erden aufzu-zwingen.

Was aber haben eigentlich die Milliarden Menschen auf Erden von diesem Treiben? Warum lassen sie sich von diesen Ideologien gefangennehmen und schufteten tagaus tagein, um die Theorie mit Leben zu erfüllen? Was ist denn »Lebensstandard« oder »Lebensqualität«, die beide in »Ost« und »West« den Menschen als erstrebenswertes Ziel vorgehalten werden? Schon die Tatsache, daß man diese Frage stellen kann und muß, und daß man sich bis heute nicht einig ist über Sinn und Zweck des Wirtschaftens, läßt vermuten, daß nicht nur etwas an unserer Wirtschaftsweise faul ist, sondern daß hier von Grund auf Widersinniges vorliegen muß.

Wollen wir den *Widersinn* in allen Einzelheiten erkennen, um *Sinnvolles* an seine Stelle setzen zu können, dann reicht es allerdings nicht aus zu versuchen, diese Fragen durch sorgfältige Durchleuchtung aller Vorgänge in unserer derzeitigen Wirtschaft zu beantworten, wie es die Wirtschaftswissenschaftler in Ost und West zu tun pflegen, und wie es auch fast alle die tun, die das Widersinnige in unserer derzeitigen Wirtschaft erkannt haben und Abhilfe schaffen möchten. Wir wären nicht wirklich ernst zu nehmen und würden, falls jemals versucht würde, unsere Vorschläge zu verwirklichen, Schiffbruch erleiden. Nur ein Erkennen der *Triebfedern* allen menschlichen Handelns ermöglicht eine wahrhaft sinnvolle Lösung. Aber nicht eine Betrachtung des heute Bestehenden, nur eine solche der Entwicklung dorthin läßt die Gesetze des Seins erkennen. Wir betrachten darum nicht nur, was heute ist, sondern auch, wie es geworden ist, und beginnen daher unsere Betrachtungen beim Zeitpunkt des Erscheinens des Menschen auf Erden.

WERDEGANG

Der Zeitpunkt des Auftretens des Menschen ist noch umstritten. Wir rechnen heute meist mit einem Zeitraum von etwa einer Million Jahren, in dem es auf Erden Lebewesen gibt, die wir als Menschen bezeichnen können.

1. *Entwicklung aus den Uranfängen*

Die Menschen werden zunächst über einen langen Zeitraum nicht anders gelebt haben wie heute noch alle Tiere in freier Wildbahn, in Wald und Steppe. Wann und auf Grund welcher Ereignisse sich dies grundlegend geändert hat, wissen wir nicht, aber wir wissen, daß es erst gewesen sein kann, nachdem der tierische Verstand zur Vernunft erwacht war. Das nunmehr vernunftbegabte Lebewesen war befähigt, die Sinneswahrnehmungen begrifflich zu ordnen und zu sondern, sowie Schlüsse daraus zu ziehen. Damit war es dem Menschen möglich, die Gesetze der Naturerscheinungen – z.B. des Feuers – zu ergründen und sich diese Naturerscheinungen entweder mehr und mehr dienstbar zu machen oder deren Gefahren zu mildern. Trotzdem aber wird sich das Leben dieser Menschen noch lange Zeit nicht allzusehr von dem der höchsten Tiere unterscheiden haben. Erst ganz allmählich änderte sich ihre Lebensweise.

Mit der Beherrschung des Feuers schwand auch die Furcht vor ihm. Mit Hilfe seiner Vernunft ersann der Mensch Werkzeuge, die ihm Tätigkeiten gestatteten, zu denen er ohne Werkzeuge nicht fähig gewesen wäre. Alle diese Werkzeuge – nach heutigem Sammelbegriff der Wirtschaftswissenschaft »Produktionsmittel« – dienten ihm dazu, seinen Lebenskampf zu erleichtern. Dazu gehörten auch Jagdgeräte. So trat zum Sammler der Jäger.

2. *Sammler und Jäger*

Auf der Stufe der Sammler und Jäger stehen heute noch einige Zwergvölker Afrikas, Australiens und Polynesiens.

Diese Stufe erfordert für jedes Individuum einen großen Lebensraum, denn zu seinem Lebensunterhalt taugt längst nicht alles, was in diesem Raum wächst. Solange dieser weite Lebensraum zur Verfügung stand, brauchten diese Menschen sich auch um Bekleidung und Wohnung nicht

mehr zu kümmern als bisher. Da aber der Mensch mit Hilfe seiner sich ständig verbessernden Waffen auch einer zunehmenden Zahl von Feinden gewachsen war, nahm auch seine Zahl zu. Der Lebensraum wurde für die Lebensart der Sammler und Jäger immer knapper. Die Menschen mußten nun auch in Lebensräume ausweichen, in denen die klimatischen Lebensbedingungen nicht so gut waren und wo es Jahreszeiten gab, in denen ihre Nahrung auch knapper werden konnte, unter Umständen sogar überhaupt keine mehr zu finden war. Es geschah auch, daß Gruppen durch Naturereignisse – z.B. durch einbrechende Eiszeit – in unwirtlichen Zonen abgeschnitten oder in solche gedrängt wurden. Es verwundert darum nicht, daß wir Sammler und Jäger heute nur noch in den Tropen und Subtropen antreffen.

In den Gebieten des gemäßigten Klimas mit seinen mehr oder weniger harten Wintern werden die Menschen Vorräte angelegt haben, wie sie es bei den verschiedenartigsten Tieren auch sehen konnten. Damit aber haben sie, nach der Auffassung der heutigen Wirtschaftswissenschaft, den ersten Schritt zum Wirtschaften getan. Diese Wissenschaft lehrt, daß sich die Wirtschaft nur mit Gütern befaßt, die *knapp* sind oder knapp zu werden drohen. Was dem Menschen überall in reichlichem Maße zur Verfügung steht, ist nicht Gegenstand der Wirtschaft.

Unsere derzeitige Wirtschaft ist allerdings weit umfangreicher geworden. So befaßt sie sich z.B. auch mit der Herstellung von Werkzeugen im weitesten Sinne (»Produktionsmittel«), um mit ihrer Hilfe Güter zu erzeugen, die die Natur nicht unmittelbar liefert.

Ob der Mensch zuerst Werkzeuge und Jagdgeräte schuf oder Vorräte anlegte, ist unerheblich. Beides gehört zum Wirtschaften, wobei der Herstellung der Produktionsmittel, auch »Investitionsgüter« genannt, eine große Bedeutung zukommt.

Mit der Besiedlung von Zonen mit kälterem Klima ergab sich für den Menschen, der kein tierisches Haarkleid besitzt, die Notwendigkeit des Kälteschutzes. Er brauchte Kleidung und Wohnung. Als Wohnung dienten ihm, sofern vorhanden, zunächst Höhlen. Wo solche nicht zur Verfügung standen, wird er sich Löcher ins Erdreich gegraben haben, die er mit Rundholz und Erde bedeckte. Wir haben derartige Bauten im Ersten Weltkrieg wieder errichtet und finden sie in verbesserter Form auch noch auf Island. Die Chinesen wurden sogar 1976 von ihrer Regierung aufgefordert, sich in den von Erdbeben betroffenen Gebieten derartige Unterkünfte zu bauen.

Als Kleidung dienten zunächst die Felle erlegter Tiere. Die Jagd auf pelztragende Großtiere – etwa Bären – wurde daher notwendig. Da auch hier diese Güter nicht unbegrenzt zur Verfügung standen bzw. erst mit viel Mühe beschafft werden mußten, war es nötig, mit ihnen sparsam um-

zugehen. Das Sparen ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wo nicht gespart wird, werden Güter, d.h. Rohstoffe und aufgewandte Arbeit, nutzlos vergeudet.

Als Sammler und Jäger lebten die Menschen Jahrhunderttausende auf dieser Erde. Bereits auf dieser Stufe ergab es sich, daß nicht jeder alle Arbeit, die nötig war, gleich gut und gleich rasch erledigen konnte. Der eine konnte besser jagen, ein anderer hatte mehr Geschick im Bearbeiten des Feuersteins, des Holzes oder der Geweihe. Der gute Jäger wird denen, die besser Jagdgeräte herstellen konnten, gern einen Teil seiner Beute abgetreten haben. Damit hatte dieser wiederum mehr Zeit, sich der Herstellung von Jagdgeräten oder Werkzeugen zu widmen.

Aber nicht nur Waffen, Werkzeuge und Geräte für den täglichen Bedarf stellte der Mensch her. Er schmückte sie auch und benutzte die Technik des Zurechtschlagens von Feuerstein nicht nur zur Herstellung von Zweckgeräten, sondern auch von Kunstwerken.* »Zwecklos«, aus reiner Freude am Gestalten, dürften damals, wie im Grunde auch heute noch, solche Kunstwerke von den wenigen hierzu Fähigen geschaffen worden sein. Sie müssen durchaus nicht irgendeinem »Zauber« gedient haben, wie die meisten Forscher heute annehmen. Genau so frei von Notwendigkeit und materiellem Streben wird der Mensch zu jener Zeit begonnen haben, Naturgesetze zu erforschen, deren Kenntnis ihm nicht unmittelbar zur Erleichterung seiner Selbsterhaltung vonnöten war.

Im Laufe der Zeit fand eine weitere Arbeitsteilung statt, die Werkzeuge wurden vervollkommen. Was der Mensch sich selbst geschaffen hatte, was seine Eigentümlichkeiten aufwies, betrachtete er als sein Eigentum. Mit der Zeit dehnte sich der Eigentumsbegriff auf alles aus, was der einzelne rechtmäßig erworben hatte.

3. Naturalwirtschaft

Mit fortschreitender Einengung des Lebensraums, sei es durch zunehmende Zahl der Menschen, sei es im Zwang von Naturereignissen, wurde das Nahrungsangebot immer knapper. Der Mensch ging dazu über, Pflanzen, die ihm überwiegend als Nahrung dienten, anzubauen und Nutz- und Schlachttiere zu halten. Die Nomaden beschränkten sich auf letzteres.

* Am Süllberg in Hamburg wurden Feuersteinskulpturen gefunden, die ein außerordentliches Können dieser frühen Menschen verraten. Es sind Menschenköpfe aller möglichen Formen, Rundköpfe und Langköpfe mit ausgeprägten Gesichtszügen, z.B. des nordischen aber auch des ostischen, ja sogar des orientalischen Menschen darunter. Die Höhlenzeichnungen in Südfrankreich und Spanien sind allgemein bekannt, scheinen aber jüngeren Datums zu sein als die Skulpturen vom Süllberg.

Nach heutiger Auffassung trat der Ackerbau erst etwa 10000 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung auf. Damit begann eigentlich erst das, was wir gewohnt sind als Wirtschaften zu betrachten. Aber noch erarbeitete fast jede Familie selbst, was sie zum Leben brauchte. Sie erhielt dazu von dem in einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft urbar gemachten Land das Nötige zugeteilt. Man nennt diese Wirtschaftsform auch Subsistenzwirtschaft, weil sie nur den Lebensunterhalt der Familie oder einer kleineren Gemeinschaft sicherstellen will. In dieser Gemeinschaft herrscht eine Art Kommunismus. Jeder Einzelne der Gemeinschaft trägt mit seiner Arbeit zur Erhaltung der Gemeinschaft und zur Befriedigung der darüber hinausgehenden Bedürfnisse bei. Er dient sozusagen sich selbst, dem andern und dem Ganzen. Daran ändert sich im Grunde auch dann nichts, wenn die Arbeit von Mann und Frau unterschiedlich bewertet und der Wirtschaftsaufbau immer verwickelter und unübersichtlicher wird. Wir können also in diesem Stadium alles Wirtschaften auch als Dienstleistung betrachten.

Es gibt in allen Erdteilen auch heute noch Volks- und Stammesgemeinschaften, die Naturalwirtschaft betreiben, und die auch weiterhin nicht anders leben wollen, sich zum Teil sogar schärfstens gegen die Einführung der von den Industrienationen entwickelten Wirtschaftsformen wehren, vor allem gegen die kapitalistische Form der sogenannten freien Wirtschaft. Für die kommunistische sind sie anfälliger, hauptsächlich weil sie Eigentumsrechte Einzelner an Grund und Boden* nie kannten und auch für widersinnig halten.

In den Industrienationen führte die Entwicklung zu immer neuen, menschliche Arbeitskraft ersparenden Verfahren der Gütererzeugung. Zunächst gelang es, über die Nutzung der Arbeitskraft von Tieren hinaus die Energien des Windes und des strömenden Wassers, dann die der Wärme und schließlich die in den Atomkernen steckenden ungeheuren Energiemengen zu nutzen und mit deren Hilfe immer mehr menschliche Arbeitskraft einzusparen.

Mit dem Übergang vom Sammler und Jäger zum Nomaden und Bauern begann neben der positiven Entwicklung, nämlich der Erleichterung der Nahrungsgewinnung, auch eine negative Entwicklung. Hatten die Herden der Nomaden einen Landstrich abgeweidet, wurde weitergezogen. Der Natur wurde es überlassen, wieder für Bewuchs zu sorgen. Da aber die Herden immer zahlreicher und überdies größer wurden, konnte die

* *Nach bei uns geltendem Recht übt der Besitzer einer Sache die tatsächliche Gewalt über sie aus. Er muß dazu nicht ihr Eigentümer sein. Der Eigentümer hat jedoch das umfassende Nutzungs- und Verfügungsrecht. Er kann es gegen Entschädigung (z.B. Miete oder Pacht) an einen anderen abtreten, wodurch dieser zum Besitzer wird.*

Natur gar nicht rasch genug nachkommen. Aber nicht nur die Nomaden betrieben Raubbau, die Ackerbauern waren nicht besser. Wenn der bebaute Boden nicht mehr genug hergab, wurden Wälder gerodet und der neugewonnene Acker bebaut. Die ausgelaugten Böden überließ man sich selbst. Kamen noch klimatische Veränderungen hinzu, so trug das Verhalten von Nomaden und Ackerbauern in hohem Maße zur Wüsten- bzw. Karstbildung bei. Der Mensch begann, mit Hilfe seiner »Wirtschaft« seine eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören, sich also den Ast abzusägen, auf dem er saß. Daran hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil. Je »höher« sich eine Wirtschaft »entwickelte«, desto mehr war und ist der Mensch bemüht, mit deren Hilfe unseren Planeten Erde auszuplündern und unbewohnbar zu machen, was er dann wie zum Hohn auf sein eigenes Tun stolz »rationalisieren« – auf deutsch »vernünftig handeln« – nennt!

Mit der Loslösung eines immer größer werdenden Teils der Menschen von der unmittelbaren Arbeit für die eigene Erhaltung ging auch eine Umwertung dieser Arbeit vor sich. Sie wurde allmählich als »minderwertig« angesehen. Der »Bauer« wurde mehr und mehr von oben herab behandelt und unterdrückt, obwohl gerade seine Arbeit zu den sinnvollsten gehört. Was wäre wichtiger, als für die eigene Erhaltung zu sorgen? Heute leistet das die überwiegende Mehrzahl der Menschen nur mittelbar. Trotzdem dient das, was die Menschen durch Arbeit (ihren Arbeitslohn) erwerben, nach wie vor zu allererst der Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung und Kleidung).

4. Handwerk, Handel und Dienste

Die Kräfte, die für die Nahrungserzeugung nicht benötigt wurden, konnten sich anderen Arbeiten zuwenden. Handwerk und schließlich Industrie blühten auf, und mit ihnen wuchsen die Wünsche der Menschen. Um diese zufriedenstellen zu können, mußte die Nahrungserzeugung von einem immer geringer werdenden Anteil an der gesamten menschlichen Arbeitskraft geleistet werden. Die Wirtschaft begann, sich aus sich heraus anzutreiben. Die Arbeitsteilung schritt jetzt rascher voran. Wer aus dem Boden mit möglichst wenig Eigenarbeit möglichst viel erwirtschaften konnte, erhielt mehr Land zugeteilt; damit erwarb er aber auch Macht über diejenigen, die weniger Land besaßen, und er konnte diese Macht wiederum dazu nutzen, noch mehr Land zu erhalten. Schließlich kam es dazu, daß der Besitzer das zugeteilte Land als sein Eigentum betrachtete. Das aber hatte weitreichende Folgen, die wir noch kennenlernen werden.

Wenn zunächst die handwerklichen Fähigkeiten nur »nebenberuflich« – Hauptberuf war immer noch Ackerbau bzw. Viehzucht – ausgeübt

wurden, so machten sich die Handwerker im Laufe der zivilisatorischen Entwicklung völlig selbständig, wenn sie auch noch lange Zeit nebenher einen großen Teil ihrer Nahrung selbst erzeugten. Es entstand mit der Zeit neben dem Bauerntum das Handwerk als selbständiger Berufsstand. Damit einher ging aber eine zunehmende Minderbewertung des Berufsstandes des Nahrungserzeugers, des Bauern.

Die Geschicklichkeit eines einzelnen Handwerkers bzw. die Schönheit oder Zweckmäßigkeit seiner Erzeugnisse konnten so bedeutend werden, daß der Ruf davon über den eigenen Lebensbereich des Handwerkers hinausdrang und auch andere Gemeinschaften Verlangen nach dem Geschaffenen trugen. Vielleicht waren es zunächst besonders geschickt gearbeitete Werkzeuge oder schöne Schmuckstücke. Wir wissen, daß schon die Megalithiker über ein selbständiges Handwerk verfügten und daß bearbeiteter Bernstein schon sehr früh aus den Nord- und Ostsee-Ländern bis nach Persien und weiter geliefert worden ist.

Lebten die Handwerker ursprünglich in der Sippongemeinschaft auf den Bauernhöfen und verhandelten ihre Erzeugnisse selbst, so sonderten sie sich mit der Zeit vorwiegend in Städten ab. Die Verbindung zu den Verbrauchern ihrer Erzeugnisse stellte der neu sich bildende selbständige Berufszweig des Händlers her. Mit seiner Hilfe konnten die Erzeugnisse des Handwerks über weite Gebiete verteilt werden. Der Händler wußte, was gesucht wurde, und kannte die Hersteller. Er machte seine Kunden mit Neuigkeiten bekannt und versuchte, sie davon zu überzeugen, daß sie das Neueste unbedingt haben mußten.

Zum Handel gehört untrennbar die Werbung. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Heute gibt es besondere Unternehmen, die sich nur mit Werbung befassen. Sie beraten die Händler und veranstalten für sie die verschiedenartigsten Werbemaßnahmen. Sie gehören zu den sogenannten Dienstleistungsbetrieben. Die Zahl der Berufszweige, die unmittelbar und mittelbar mit Werbung zu tun haben, nimmt ständig zu.

Jede Änderung des Wirtschaftsaufbaus hat eine Änderung der Zahl derer im Gefolge, die in irgendeinem Berufszweig arbeiten (Dienste leisten). So hat z.B. die Landwirtschaft von Anbeginn an bis heute immer Dienstleistende verloren, die dann gezwungen waren, eine neue Möglichkeit zu suchen, mit ihrer Arbeitskraft anderen zu dienen (letztlich auch wiederum dem Bauern, auf den sie ja – zumindest wegen der Nahrung – bis heute angewiesen sind und auch für alle Zeiten angewiesen bleiben werden).

5. Industrie

Schon jahrhundertlang benutzen die Menschen die Kraft des strömenden Wassers und des Windes, um sie die schwersten Arbeiten verrichten zu

lassen, die auch durch mehrere Menschen gemeinsam oder mit Hilfe von Tieren nicht geleistet werden konnten. Die Anwendung der Wind- und Wasserkraft war aber begrenzt, weil sie einerseits nicht allorts in ausreichender Menge zur Verfügung stand und andererseits ihrer Größe nach beschränkt blieb.

Die Erfindung der Dampfmaschine schuf hier Wandel. Ihr Einsatz war nicht ortsgebunden. Sie konnte außer Schiffen auch Landfahrzeuge antreiben, denn das nötige Brennmaterial konnte nicht nur überall hinbefördert, sondern auch auf den Fahrzeugen mitgenommen werden. Das Verkehrswesen nahm durch sie einen gewaltigen Aufschwung. Auch immer größere Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinen konnten mittels Dampfmaschinen betrieben und an sich leichte Arbeit konnte mit ihrer Hilfe in großem Umfang mit geringen Kosten bewältigt werden. Das deutlichste Beispiel hierfür ist die Textilindustrie. Wenn zuvor ein Mensch nur eine Spinnspindel oder einen Webstuhl bedienen konnte, so konnte er jetzt durch Einsatz von Maschinenkraft eine große und immer größer werdende Zahl bedienen. Aber es wuchs nicht nur die Zahl der Spindeln und Webstühle, die ein Mensch bedienen konnte, es vergrößerten sich auch die Spinn- und Webgeschwindigkeiten, so daß sich die Herstellungszeiten verkürzten. Zugleich wuchsen die Webbreiten, und die Garne wurden ständig feiner.

Ähnlich wie bei der Textilindustrie war es in allen anderen Industriezweigen. Immer weniger Menschen erzeugten mit Hilfe der Maschinen immer mehr und feinere Güter. Die Entdeckung des elektrischen Stroms und seiner Erzeugung ermöglichte es dann, Energie billig über weite Gebiete zu verteilen. Diese und zahlreiche weitere Erfindungen und darauf fußende Entwicklungen brachten eine gewaltige Veränderung des Wirtschaftsaufbaus und des Güterausstoßes.

Zunächst wurden viele Menschen »arbeitslos«, ein Zustand, der für Demagogen geeignet war, diese Menschen gegen die Besitzenden und die Fabrikherren aufzuwiegeln. Der Boden für die Lehre von Karl Marx war bereitet, wonach alles Übel nur daher rühre, daß die Produktionsmittel in der Hand der Besitzenden seien. Bisher waren diese Produktionsmittel im Besitz der Arbeitenden gewesen, aber große Maschinen, z.B. Spinnmaschinen, mechanische Webstühle und die nötigen Antriebsmaschinen, konnten sie sich nicht kaufen. Das »vermochten« – wie das Wort schon sagt – eben nur die »Vermögenden«. Diese aber kümmerten sich nicht um das Elend derer, die sie mit ihrem Vermögen und den damit erworbenen Maschinen erwerbslos gemacht hatten.

Der Vorgang, menschliche Arbeit durch Maschinenkraft zu ersetzen, ist noch immer im Gang. Die Gütererzeugung und mit ihr der Wohlstand nehmen zu. Der ursprüngliche Sinn des Wirtschaftens, knappe Güter

möglichst gerecht an alle zu verteilen, geriet in Vergessenheit. Dauerndes Wirtschaftswachstum, viel Geld verdienen, reich werden, das wird nun als Aufgabe der Wirtschaft erachtet. Ob die erzeugten Güter den Menschen schaden oder gar alles Leben auf Erden gefährden, ist zweitrangig. Das als zulässig erachtete »Restrisiko« wird ständig höher angesetzt. Zugleich wird die Werbung für den Güterabsatz immer unwahrhaftiger. Ohne Übertreibung können wir sagen: Unsere Wirtschaft bemüht sich, mittels eines hohen Werbeaufwands sich selbst zu vernichten.

Derart widersinniges Verhalten finden wir aber nicht nur bei Wirtschaftsunternehmen. Die Staatsregierungen unterstützen es mit Steuergeldern, die sie für die Erforschung neuer Technologien bereitstellen, deren gewinnbringende Ausnutzung sie dann der Privatindustrie, vor allem der ganz großen, überlassen. Das leuchtendste Beispiel hierfür ist die »friedliche« Nutzung der Atomkernspaltung, für die allein die Bundesrepublik bereits Milliarden und Abermilliarden ausgegeben hat und noch ausgeben will.

Die Industrialisierung führte zu ungeheuren Vermögenszusammenballungen. Es war daher selbstverständlich, daß sich die Vermögenden ständig bemühten, weitere Gebiete für die industrielle Art der Erzeugung zu gewinnen. Die letzten waren das Baugewerbe und die Landwirtschaft. Im Wohnungsbau verdrängten die industriell erzeugten Fertighäuser immer stärker die ortsansässigen Baubetriebe. Aber auch im Groß- und Fabrikbau kommen bereits industriell vorgefertigte Teile zur Anwendung, ganz abgesehen davon, daß eine moderne Großbaustelle selbst schon ein Industriebetrieb ist, der allerdings nicht ortsgebunden, sondern so organisiert ist, daß er überall entsprechend den Erfordernissen eingesetzt und gestaltet werden kann.

Als letztes Rad am Wagen ist die Landwirtschaft in die industrielle Art der Erzeugung einbezogen worden. Bahnbrechend waren hier die kommunistischen Länder. Aber auch in den westlichen Industrienationen marschiert die Industrialisierung der Landwirtschaft. In Europa hat sich hierum besonders die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) »verdient« gemacht. Einer ihrer Hauptantreiber war Sicco Mansholt, der seine Ansichten allerdings inzwischen grundlegend geändert hat. Seitdem ist von ihm nicht mehr die Rede.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft setzt Großräume voraus, die sich über möglichst viele Klimazonen erstrecken, so daß jeweils dort produziert werden kann, wo für den Anbau die günstigsten Voraussetzungen bestehen. Das führt aber zu erheblichen Strukturwandlungen. Die Betriebe spalten sich auf in Ackerbau- und Viehzucht-Betriebe und diese wiederum spezialisieren sich weiter. Der Zug der Zeit führt zwangsläufig zur Monokultur mit all ihren schon aus der Forstwirtschaft bekannten

Nachteilen. Aber, wenn es um den Profit geht, ist Weitsicht nicht gefragt.

Auf diese »rationelle« Weise wurde als Letzter unter den produzierenden Gewerben auch der Bauer in jeder Beziehung vom Händler abhängig, und zwar sowohl für den Verkauf seiner Erzeugnisse wie auch für fast alles, dessen er selbst zum Leben und Wirtschaften bedarf. Erzeugt er z.B. Schweine, so wird er davon für sich selbst keines schlachten. Er kauft das Schweinefleisch »billiger« beim Metzger oder noch »günstiger« auf dem »Supermarkt«!

Diese Entwicklung wäre ohne eine den Handel in jeder Hinsicht begünstigende Einrichtung nicht möglich gewesen: Das Geld.

6. Geldwirtschaft

Wir kehren wieder weit zurück in die Zeit, als der Tauschhandel anfang, sich aus der unmittelbaren Umgebung über große Entfernungen auszu-dehnen. An einer Vergleichsware schätzte man damals ab, welche Ware man gegen die einzutauschende preisgeben wollte. Im alten Rom war diese Vergleichsware das Rind – pecunia –, woher das noch heute ge-bräuchliche Wort »pekuniär« (geldlich) stammt. Mit der Ausweitung des Handels genügte die Vergleichsware nicht mehr. Zudem war sie nicht überall gleich beliebt. Es galt, eine Ware zu finden, die als Zwischenglied in den Warentausch eingeschaltet werden konnte, und zwar derart, daß beim Tausch nicht mehr unmittelbar Ware A gegen Ware B gegeben wurde, sondern daß sich der Tausch des Zwischengliedes X bediente, also Ware A gegen Ware X und diese dann gegen Ware B. Damit diese Zwischenware von jedermann gern angenommen wurde, mußte sie leicht befördert werden können, einen hohen Eigenwert besitzen, möglichst unverderblich und leicht zu unterteilen sein. Man fand diese Ware in den Edelmetallen. Zuerst war es bei uns das Silber. Später trat das Gold hinzu. Der Preis wurde in einer bestimmten Gewichtsmenge Silbers bzw. Goldes festgesetzt. Diese Menge wurde zugewogen, wozu sie zugeschnitten bzw. gehackt wurde. Daher der Name »Hacksilber«. Es bedurfte geraumer Zeit, bis sich die Edelmetalle als Zwischenware durchgesetzt hatten, außerdem war das Abwiegen lästig. Darum gingen Staatsregierungen, die den Handel fördern wollten, dazu über, abgewogene Stücke mittels Prägung mit ihrem Gewicht zu kennzeichnen, für dessen Einhaltung der betreffende Staat bürgte, was er wiederum mittels Prägung eines entsprechenden Kennzeichens (Wappens, Kopfbildes des Staatsoberhauptes u.ä.) kundtat. Es entstand das Geld, das Geltende. Geld setzt das Bestehen einer Staatsregierung voraus, die die Macht besitzt, ihr geprägtes oder sonstwie hergestelltes Geld zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben.

Die Münzen wanderten über die Grenzen der sie prägenden Länder hinweg, wurden also im Ausland ebenfalls in Zahlung genommen oder gerieten ins Hacksilber. Das Hacksilber verschwand jedoch mehr und mehr, weil immer mehr Staaten zur Münzprägung übergingen. Sie hatten erkannt, daß die Münzprägung für sie ein gutes Geschäft sein konnte. Allerdings begannen manche Staaten auch damit, die Gewichte falsch anzugeben, also ihre Bürger zu betrügen.

Mit der Ausweitung des Handels wurde mehr Silber gebraucht. Als dieses nicht mehr ausreichte, traten neben die Silbermünzen Goldmünzen, wobei der Wert dieser beiden Münzarten teils in einem festen Verhältnis zueinander stand, teils schwankte.

Heute sind gemünzte Edelmetalle fast völlig aus dem Verkehr verschwunden. An ihre Stelle trat das Papier. Die erste Banknote wurde in der »alten« Welt im Jahre 1661 in Schweden ausgegeben. Über diese Form des Geldes werden wir später noch einiges zu hören bekommen. Für die fehlenden Goldmünzen, die früher viel zur Geldanlage benutzt wurden, bieten die Banken heute vor allem Gold in Barren an.

Es scheint also, als ob der Handel die Haupttriebfeder bei der Einführung des Geldes gewesen sei. Untersuchen wir aber, wie es bei uns zum Gelde kam, dann entdecken wir, daß hierbei noch ganz andere Kräfte am Werke waren, Kräfte, die weit stärker waren als der Handel und deren Wirken zu erkennen für unsere weiteren Betrachtungen außerordentlich wichtig ist.

Um den Beginn unserer Zeitrechnung bestand in deutschen Landen noch immer die Naturalwirtschaft, d.h. im Dorf wurde so ziemlich alles hergestellt, was ein Bewohner haben wollte. Der Handel war Tauschhandel und gegenüber heute sehr unbedeutend. Das erste Geld brachten die Römer bei ihrem Vormarsch nach Norden in unser Land. Mit deren Vertreibung durch Arminius-Siegfried verschwand es wieder völlig. Aber nicht nur bei uns. Wir lesen:

»Die Eroberung des römischen Weltreichs durch die Germanen, in der Folgezeit die Unterwerfung der Küsten des Mittelmeeres unter den Einfluß des Islam und die Abtrennung der christlichen Völker vom mittelländischen Meer haben Handel und Verkehr und damit den Stand der mercatores zum Erliegen gebracht; es gab keine Kaufleute mehr, wenn man nicht die Landleute, die zum nächsten Flecken Eier und Gemüse brachten, oder die Hausierer zu solchen rechnen will, die an Wallfahrtstagen religiöse Andenken vor den Kirchen verkauften. Aber schon am Ende der Karolinger-Periode arbeiteten gutgeleitete große Gutswirtschaften (Herrenhöfe und Klöster) auf Überschüsse hin, die sie gegen andere Erzeugnisse eintauschten oder auf dem Markt gegen bares Geld verkauften; wir finden bei den großen Grundherren, besonders bei den klösterlichen,

Handelsbemühungen auf eigene Rechnung und Gefahr . . .

Der Übergang von der Tauschwirtschaft zur Geldwirtschaft erforderte einen längeren Zeitraum, ging in dem fortgeschrittenen Süden viel rascher vor sich als im Norden und Nordosten, in den Städten rascher als auf dem platten Lande. Allgemein kann man sagen, daß die Naturalwirtschaft am raschesten auf dem Gebiete des Kriegswesens zur Geld- und Kreditwirtschaft vorwärts geschritten ist.»¹

Den damaligen Bewohnern unseres Landes sagte offenbar die Geldwirtschaft nicht zu. Sie verschwand am Ende der Karolingerzeit wieder, als unser Land vom Mittelmeerraum weitgehend abgeschnitten war, also von jenem Wirtschaftsraum, wo sie schon tausend Jahre früher in Blüte gestanden war. Dieses »Licht« – die Händler-, die Geld- und die sich daraus bildende Kreditwirtschaft – kam tatsächlich »aus dem Osten« (»ex oriente lux«), es kam zu uns aus dem vorderen Orient, d.h. aus Kleinasien, Palästina, Zweistromland und Ägypten. Der vordere Orient war damals bereits »entwickelt«, wir aber nach heutiger Lesart noch »Entwicklungsland«! Und heute?

Hochmütig sehen die »Industrienationen« herab auf die Völker, die noch auf der »Stufe« der Naturalwirtschaft (»Subsistenzwirtschaft«) stehen und sich nur um den eigentlichen Lebensunterhalt bemühen. Sie bedürfen im Wesentlichen nur einer Bodenfläche, die ausreicht, das Volk zu ernähren. Dann gibt es in ihnen weder Hunger noch Arbeitslose, deren Zahl in den »entwickelten« Ländern in ständigem Steigen begriffen ist. Berichte aus solchen »unterentwickelten« Ländern zeigen aber, daß dort die Menschen – obwohl ihr durchschnittliches »Jahreseinkommen« kaum den Wochenlohn eines unserer Industriearbeiter erreicht – singend ihre Arbeit verrichten, keine Hetze kennen, dafür aber über viel Freizeit und eine das ganze Volk durchdringende Kultur verfügen, wie es ähnlich die Spatenwissenschaft von unseren Vorfahren aus vorgeschichtlicher Zeit berichtet. Und wir glauben, wir müßten diese Völker unbedingt mit den Segnungen der Industrie, des Welthandels und der Geldwirtschaft beglücken! Am liebsten würden die Welthändler dazu auch noch ein einheitliches Weltgeld schaffen. Der »Weltwährungsfonds« ist hierfür die Grundlage, und ständig wird versucht, diesem mehr Einfluß, d.h. Macht, zu verschaffen.

Wer aber war es, der sich seinerzeit um diese »Entwicklung« besonders verdient machte? Es waren die »Herren« und die »Klöster«, *Thron und Altar*! Eine besondere Rolle spielten dabei die Kriege. Diese erforderten seit eh und je neben dem Kampf große wirtschaftliche Anstrengungen der am Krieg beteiligten Mächte. Das läßt vermuten, daß zu Zeiten der Naturalwirtschaft Kriege größeren Ausmaßes kaum stattgefunden haben werden, daß erst die Geldwirtschaft weiträumige Kriege erlaubte und erst im

Zeitalter der »Weltwirtschaft« auch »Weltkriege« ermöglicht. Wir sind darum nicht erstaunt, daß die Geschichtsforschung meldet, daß mit dem Vormarsch der Geldwirtschaft die Zahl der Kriege ebenso wie ihre Ausdehnung allgemein zunahm, während die Vorgeschichtsforschung feststellt, daß in Germanien oft über Jahrhunderte keinerlei Kriegsspuren zu finden sind. Andererseits meldet aber auch die Geschichtsforschung, daß die christliche Kirche immer wieder zu Kriegen trieb, getreu dem »Herrenwort«:

»Ihr sollt nicht wähnen, daß ich kommen sei, Frieden zu senden auf Erden. Ich bin nicht kommen Frieden zu senden, sondern das Schwert.«²

Kriege aber kosten, wie gesagt, viel Geld. Darum hören wir auch:

»Vor allem aber riefen jene gewaltige Aufrüttelung des Abendlandes durch die Kreuzzüge, die hierzu von den Päpsten befohlenen Kirchenzehnten, die Erträge der Ablassse, die hohen Summen der Servitien, Annaten, Gebühren für Dispense, der Peterspfennig usw. einen Geldzusammenfluß, eine Geldbewegung teils nach Palästina, teils nach Rom bzw. Avignon und anderen von der Kurie angewiesenen Stellen in einem ganz großen Ausmaß hervor. Da die Päpste von Gregor IX. an die Kirchensteuern für das hl. Land für rein politische Zwecke, vor allem zum Kampf gegen die Staufer verwandten, leuchtet ein, daß durch diese Maßnahmen nicht bloß ein großer Geld- und Geldversendungsverkehr nach den verschiedensten Richtungen hervorgerufen, sondern daß die Kirche bei der Masse der auf ihre Weisungen aus ganz Europa in Bewegung gekommenen Gelder sozusagen der erste Weltbankier geworden ist.«³*

Mit dem Wort »Weltbankier« ist das Stichwort gefallen, das uns zu einer noch »höher entwickelten« Stufe der Wirtschaft führen wird, zur:

7. Kreditwirtschaft

Mit der Ausdehnung des Handels, vor allem über weite Strecken, wurde für den Händler das Mitführen großer Geldsummen immer schwieriger und

* » . . . Walther von der Vogelweide dichtete die Lieder, mit deren Gesang die Kreuzfahrer unter Friedrich II. das hl. Land betraten. Er schreit einen Opferstock an: Sagt, Herr Stock, hat euch der Papst zu uns gesandt, daß ihr ihn reich macht und die Deutschen plündert? Den Papst selbst läßt er die Deutschen verhöhnen:

› Ich hab es gut gemacht, ich hab zwei Deutsche unter eine Krone gebracht, daß sie das Reich verwüsten und zerstören. Inzwischen füllen wir die Kassen. Die Deutschen müssen zum Opferstock. Ihr Gut ist alles mein. Ihr deutsches Silber fährt in meinen welschen Schrein. Ihr Pfaffen, esset Hühner und trinket Wein und laßt die . . . § . . . Deutschen fasten! (§, das Schimpfwort des Papstes, war wohl so stark, daß die Abschreiber es nicht zu wiederholen wagten.)«

auch gefährlicher. Es galt, Geldtransporte auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Händler erfanden den »Wechsel«.

Der Wechsel ist ein Papier, auf dem der Händler, der Geld zu fordern hat, einen Schuldner anweist, die geschuldete Summe an einen Dritten zu zahlen, dem er selbst Geld schuldet. Der Wechsel ist erst gültig, wenn er vom Angewiesenen angenommen, »akzeptiert«, worden ist, was dieser durch seine quer auf den Wechsel geschriebene Unterschrift bestätigt (daher der Ausdruck »querschreiben« für die Anerkennung einer Wechselschuld). Der »akzeptierte« Wechsel wird an den Dritten an Zahlungsstatt übergeben, der ihn am Fälligkeitstag beim »Bezogenen«, dem Wechselschuldner, einlöst. Damit wird von zwei Geldtransporten einer eingespart. Da aber bei den großen Entfernungen, über die sehr oft das Geld zu befördern war, eine ausgedehnte Zahlungsfrist eingeräumt werden mußte (üblich sind 3 Monate), war es möglich, daß dieser Dritte gleich einen Vierten und dieser wieder einen Fünften usw. usw. benannte, an den zu zahlen sei. Die Zahlungspflicht wurde übertragen, der Wechsel »giriert«. Diese Weitergabe wurde und wird noch heute auf der Rückseite (»in dosso«) des Wechsels vermerkt, daher der Name »Indossament«. Durch jedes »Giro« wurde ein Geldtransport eingespart.

Das Einräumen einer langen Zahlungsfrist setzt voraus, daß man dem Schuldner »vertraut«, daß er nach Fristablauf auch zahlen werde. Das lateinische Wort für »vertrauen« ist »credere«. Einen Kredit einräumen heißt also: Vertrauen entgegenbringen.

Da der Wechsel durch seine Einsparung von Geldtransporten dem Handel sehr förderlich war, fanden sich die Staatsregierungen bereit, im Interesse der Händler ein besonderes Wechselrecht zu schaffen.

Was aber nützt ein akzeptierter Wechsel, der erst in Wochen oder Monaten fällig ist, wenn man Geld zum Lebensunterhalt braucht? Die Geldwechsler, die mit den Geldern der verschiedensten Völker bereits Handel trieben, erkannten auch hier ein Geschäft. Sie »kauften« gegen Bargeld den Wechsel unter Abzug eines bestimmten Prozent-Satzes, dem »Diskont«, weshalb man auch sagt, sie diskontierten die Wechsel. Neben dem Handel mit Waren entwickelte sich auf diese Weise auch der Handel mit Geld als besonderer Geschäftszweig. Heute ist dieser Geschäftszweig, die Banken – die ihren Namen von der Bank haben, hinter der ursprünglich der Geldwechsler saß – in allen Ländern der Beherrscher der Wirtschaft. Und maßgebend mitschuldig an dieser Entwicklung sind die jeweiligen Staatsregierungen. Diese paßten ihre Gesetzgebung den Wünschen der Wirtschaftenden, vor allem denen des Handels an. Es begann mit der Prägung von Münzen, um den Händlern das lästige Abwiegen von Hacksilber zu ersparen. Als dann der Wechsel auftrat, schufen die Staaten ein besonderes Wechselrecht. Unser derzeitiges Wirtschaftsrecht wird voll und ganz der

kapitalistischen Wirtschaftsordnung gerecht, die den Handel stark begünstigt. Erzeuger, namentlich die Arbeiter, und Verbraucher marschieren in der zweiten bzw. dritten Reihe.

Eine weitere sehr wesentliche Begünstigung des Handels durch die staatliche Gesetzgebung erfolgte durch die Notenbankgesetze. Durch sie erhielten die Notenbanken das Recht, mit einem Schlag die umlaufende Geldmenge auf ein Mehrfaches des Umfangs der staatlich geprägten Geldmittel zu erhöhen und dafür auch noch Zinsen (den Diskont) einzustreichen. Die Erhöhung der umlaufenden Geldmittel wirkte sich einerseits inflationistisch und andererseits wirtschaftsbelebend aus. Damit war aber auch ein Umsturz in der Wirtschaftsform von der Geldwirtschaft zur Kreditwirtschaft und der besonders mit dieser verbundenen Zinswirtschaft eingeleitet. Das vom Staate ohne irgendwelche Vorbelastung in Umlauf gebrachte Metallgeld wurde durch das Papiergeld ersetzt, das nur über die Diskontierung von Wechseln, also unter Vorbelastung in den Verkehr kommen konnte. Die Notenbanken erhoben von nun an für alles in Umlauf gesetzte Geld einen, wenn auch zunächst nur 2 bis 3 v.H. betragenden, Zins(Diskont). Der Diskont wurde jedoch schrittweise immer höher gesetzt. Heute (Oktober 1981) erleben wir in den USA einen Diskont von 14 v.H., bei uns von 12 v.H.!

Das geprägte Geld verschwand nach und nach weitgehend und wurde durch Papiernoten ersetzt. Es gibt nur noch aus billigem Metall geprägte Scheidemünzen. Das Papiergeld erleichterte es ungemein, mittels zweier Weltkriege und Inflationen die europäischen Völker, voran das deutsche Volk, zu enteignen. Die großen Firmen aber können sich mittels Ausstellung von Wechseln selbst mit Geld versorgen, sofern sie bereit sind, den Diskont zu zahlen. Inzwischen wird die Einführung einer Welteinheitswährung vorbereitet. Der Weltwährungsfonds schafft hierfür bereits mit seinen »Sonderziehungsrechten« die Grundlage. Natürlich kommt auch diese Währung nur unter hoher Vorbelastung in den Verkehr, und diese Vorbelastung hat wiederum die arbeitende Bevölkerung in aller Welt zu erarbeiten, ebenso wie die Abgaben an die Inhaber der Produktionsmittel, d.h. vor allem an die Aktionäre der supranationalen Konzerne. Auf diese Weise wird die Geldwirtschaft durch die Kreditwirtschaft abgelöst, die rein kapitalistisch ist und jeden umlaufenden Pfennig möglichst mehrmals mit Zins, genannt Kapitallohn, belastet.

Der »Fortschritt« zur Kreditwirtschaft führte zur Kapitalballung bei den Großbetrieben und Großbanken, in denen die wahren Eigentümer anonym sind. Die Masse der Verbraucher kann kaum mehr irgend etwas unmittelbar vom Hersteller erwerben. Der Händler tritt dazwischen, der für seine Tätigkeit seinen Lohn fordert. Die Ware wird also verteuert. Immer weniger Menschen sind mit der Herstellung von Gütern beschäf-

tigt. In unzähligen Lagern liegen verarbeitete Rohstoffe und warten auf ihre Käufer. Man gehe nur einmal durch die Hauptgeschäftsstraßen einer Großstadt und schaue nach, welche Berge von Waren hier herumliegen und auf Käufer warten. Welche Rohstoff-, Arbeits- und Energieverschwendung, denn bestimmt werden niemals alle hier lagernden Gegenstände ihren Käufer finden! Wir alle wissen, wie in den Ausverkäufen Ware verschleudert wird. Wer sich aber im Handel auskennt, der weiß auch, welche Berge jährlich als unverkäuflich ausgemustert und vernichtet werden.

Die gesamte hier aufgezeigte gesellschaftliche Entwicklung wird heute, im Zeitalter des Darwinismus und der davon abgeleiteten Lehren als eine Entwicklung betrachtet, die der biologischen Entwicklung vom Einzeller zum Menschen ähnelt und als deren Fortsetzung anzusehen sei. Tatsächlich ist sie aber eindeutig Menschenwerk. Sie begann in Europa mit der Einführung des Christentums. Die christliche Kirche wurde im obigen Zitat als »der erste Weltbankier«³ bezeichnet. Das aber war sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht, sondern die noch älteren Priesterkassen in den längst »entwickelten« Ländern des vorderen Orients. Die Jahweh-Priester waren aber wohl die ersten, die die Möglichkeit erkannten, die ihnen die Wirtschaft, voran Geld und Kredit, bot, um für sich weltweit Herrschaft zu erringen, wenn sie entsprechend geformte Lehren als religiösen Auftrag in ihre »Heilige Schrift« als den »Willen Gottes« aufnahmen und dafür sorgten, daß diese Schrift weltweit als »Das Wort Gottes« anerkannt wurde. Für diese Lehren sei zunächst nur ein Beispiel genannt:

»Denn der Herr dein Gott wird dich segnen, wie er dir verheißen hat; so wirst du vielen Völkern leihen, und du wirst von niemand borgen; du wirst über viele Völker herrschen, und über dich wird niemand herrschen.«⁴

Im Tempel zu Jerusalem saßen ja auch die Geldwechsler und Wucherer, sonst hätte sie Jesus nicht hinauswerfen können, wie im Neuen Testament berichtet wird. Und heute werden die Wechselkurse und der »Leitzins«, die »Bankrate«, der »Diskontsatz« in den christlichen Ländern »amtlich« festgesetzt. Wie hoch dieser Leitzins klettern kann, erleben wir zur Zeit. Zu Beginn dieses Jahrhunderts wären Zinsforderungen, wie sie jetzt üblich sind, noch als »Wucher« gerichtlich verfolgt worden!

Nachdem die christliche Mission lange genug ihre Wirkung weltweit entfaltet hat, haben sich auch so ziemlich alle Völker im »Weltwährungsfonds« zusammengeschlossen und gemeinsam die »Weltbank« gegründet, deren Hauptaufgabe ist, den Entwicklungsländern Darlehen bzw. Kredite zu gewähren. Es soll, getreu der Bibel, »vielen Völkern geliehen« werden, wodurch sie in Abhängigkeit geraten und über sie geherrscht werden kann. Israel aber borgt getreu der Anweisung des Moses nicht. Der jüdische Satiriker Ephraim Kishon wird gewußt haben, was er sagte, als er schrieb:

»Israel ist das einzige Land der Welt, das von seinen Steuerzahlern im Ausland verhalten wird.«⁵

Die Entwicklungsländer aber lassen sich den Unsinn aufschwatzen: Mit Schuldenmachen könne man wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen, wie folgendes Beispiel zeigt:

»Die Entwicklung Lateinamerikas beruht seit Jahrzehnten auf dem Prinzip der fortschreitenden Verschuldung. Die bürgerlichen Regierungen dieser Länder gehen von der Überzeugung aus, daß ihre Wirtschaft nur gedeihen könne, wenn sie Injektionen von Kapital und Technologie aus den Industriestaaten erhalte. Nur mit Hilfe von Fremdinvestitionen glauben sie, könne man jenen Entwicklungsstand erreichen, der Unabhängigkeit in ökonomischer Hinsicht erst ermögliche.«⁶

Die tatsächliche Folge ist selbstverständlich das Gegenteil, sie entspricht durchaus dem, was die biblischen Lehren bei den zu Beherrschenden auch bewirken sollen:

»Die Last der globalen Inflation ist . . . auf die Besitz- und Machtlosen abgewälzt worden . . .«⁷

Die Besitz- und Machtlosen werden immer ärmer. Die Reichen sind's zufrieden, und so können die Armen weiter ausgebeutet werden. Wie aber bei jeder Inflation die Last auf die Besitz- und Machtlosen in den einzelnen Staaten abgewälzt wird, so auch die Last einer »globalen Inflation« auf die besitz- und machtlosen Staaten. Aber auch die Last jeder Deflation, die zur Wirtschaftsschrumpfung führt, bekommen in erster Linie die Besitz- und Machtlosen, die Allerärmsten, zu spüren. Sie werden erwerbslos.

Wie aber wirkt sich die Kreditabhängigkeit unmittelbar aus? Ein Beispiel:

»So hat sich zum Beispiel ein Konsortium von nordamerikanischen Privatbanken . . . bereit erklärt, dem in schwere finanzielle Bedrängnis geratenen peruanischen Regime mit einem 240-Millionen-Dollardarlehen unter die Arme zu greifen – nachdem die erste Vorbedingung, nämlich die Ausbootung aller linksnationalistischen Minister aus dem Kabinett erfüllt worden war.«⁸

Hier zeigt es sich, daß die Bibel recht hat mit den Worten:

»So wirst du vielen Völkern leihen . . . du wirst über viele Völker herrschen«.⁴

Darüber wird freilich in keiner der christlichen Kirchen gepredigt! Auch über »Menschenrechte« wird hier nicht gesprochen, obwohl es sich um eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder handelt!

Damit haben wir die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung von der Uranfängen bis in die Gegenwart aufgezeigt. Ehe wir zum zweiten Teil weiterschreiten, wollen wir uns jedoch noch mit einem heute viel ge-

nannten Produkt befassen, dessen Name die Wirtschaftswissenschaft »produziert« hat.

8. Das Sozialprodukt

Es ist dies das Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Wir können den Begriff wie folgt bestimmen:

»Der Geldwert aller in der Volkswirtschaft jährlich gewerbsmäßig hergestellten Güter und in Anspruch genommenen Dienste. Zur Entstehung des S. tragen die Unternehmen der Wirtschaftsbereiche, der Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung), die Organisationen ohne Erwerbscharakter und die privaten Haushalte bei . . . Die Steigerung des S. gibt Aufschluß über das Wachstum der Produktivität einer Volkswirtschaft, die Höhe des S. über den Wohlstand eines Landes . . .«⁹

Im Sozialprodukt werden demnach erfaßt: Sämtliche in Geld bezahlten Dienstleistungen und alle in der Wirtschaft erzeugten Güter. Es wird nicht danach gefragt, ob Ware erzeugt oder durch den Dienstleistenden nur bewegt wurde. Das Sozialprodukt enthält nicht, was die Menschen unmittelbar für sich selbst erzeugen. Dazu gehört z.B. die gesamte Hausarbeit, die die Frauen ohne Entlohnung verrichten, wogegen eine bezahlte Haushaltshilfe oder die Putzfrau in einem Büro erfaßt werden.

Nicht erfaßt werden auch alle Lebensmittel aus dem eigenen Garten, alles Selbstgebastelte oder -instandgesetzte. Darum werden auch die Völker, die noch weitgehend in Naturalwirtschaft leben, als arm und »unterentwickelt« bezeichnet, denn sie haben ein geringes »Sozialprodukt«. Sie können an »Lebensqualität« noch so reich sein, oft reicher als die sich so reich dünkenden Industrienationen, die meist weit mehr schufteten als die Menschen in der Subsistenzwirtschaft.

Nach der üblichen Berechnungsart des Sozialproduktes wäre z.B.¹⁰ die Schweiz (mit einem Sozialprodukt von 8320 Dollar je Einwohner) am wohlhabendsten, gefolgt von Schweden, Norwegen, Dänemark, USA (mit 7020 Dollar) und der Bundesrepublik Deutschland (mit 6320 Dollar). Am ärmsten wäre Bangla Desch mit 70 Dollar. Sicherlich ist dieses Volk arm. Liest man aber Berichte aus den Entwicklungsländern, so ergibt sich doch ein ganz anderes Bild. In Thailand z.B., wo das Sozialprodukt etwa das Doppelte von Bangla Desch beträgt, hat das Volk, soweit es nicht in den großen Städten wohnt, viel Freizeit, arbeitet nur, wenn es unbedingt nötig ist, singt aber dann bei der Arbeit. Überhaupt herrscht viel Fröhlichkeit. Wir ersehen daraus, daß das Sozialprodukt sicherlich kein Maß ist für die »Lebensqualität«, denn diese scheint doch in Thailand größer zu sein als bei uns, wo kaum mehr bei der Arbeit gesungen wird, wie es

allerdings vor noch nicht allzulanger Zeit bei uns auch noch üblich war, zumindest auf dem Lande.

Obendrein müssen in den Industrienationen die Menschen täglich oft stundenlang fahren, um zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen, und diese Transportleistung erhöht ebenfalls das Sozialprodukt und damit – nach Meinung der Wirtschaftswissenschaftler – den Wohlstand!

In das Sozialprodukt gehen auch die Rüstungsgelder ein. Je mehr also ein Volk aufrüstet und je teurer seine Waffen sind, desto »reicher« ist es!

Auch die öffentlichen Versorgungsbetriebe erhöhen das Sozialprodukt. Und je mehr Müll beseitigt wird, umso mehr steigt der »Wohlstand«! In beißendem Spott meinte darum ein Leser einer »Provinzzeitung«:

»Je mehr Lebensbereiche kommerzialisiert und somit für das Bruttosozialprodukt erfaßbar wurden, umso höher wurde unser Wohlstand. Wenn wir eines Tages unsere Atemluft bezahlen und in Stahlflaschen mit herumtragen müssen, werden wir bestimmt das reichste Volk der Welt sein.«¹¹

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde ich an der Technischen Hochschule Stuttgart noch gelehrt, daß zwischen produktiven und unproduktiven Löhnen zu unterscheiden sei. Das war sicherlich auch nicht die beste Lösung. Löhne, die für die Erzeugung von Rüstungsgütern bezahlt wurden, gehörten damals auch zu den produktiven, während die für die Reinigung der Arbeitsräume gezahlten zu den unproduktiven gehörten.

Werden Wohlstand und Höhe des Sozialproduktes einander gleichgesetzt, so erbringt die Wegwerfgesellschaft den höchsten Wohlstand, aber einen, der sicherlich nicht der sinnvollste ist, uns aber zu großen Kapitalanhäufungen, zu einer gewaltigen Hetze in der Arbeitswelt und zu einer nicht wegzuleugnenden Minderung der »Lebensqualität« geführt hat. Die Rechtfertigung hierfür war eine Theorie, die völlig auf ein ständiges Wachstum dieses Sozialprodukts bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung abgestimmt wurde.¹² Diese Theorie besagt, daß sich Vollbeschäftigung und stabile Währung gegenseitig ausschließen. Eine jährliche Inflation von 2 1/2 bis 3 v.H. wäre geeignet, Vollbeschäftigung bei gleichzeitig ausreichender Zunahme des Sozialprodukts zu sichern. Sie wurde von der gesamten westlichen Welt als Evangelium übernommen, und entsprechend blühte dann auch die Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in den Industrienationen gewaltig auf, allerdings auch deswegen, weil der Krieg einen gewaltigen Nachholbedarf hinterlassen hatte. Aber der erste scharfe Wind, die Ölkrise von 1973, warf alles um. Sicherlich wäre die Blüte auch so zu Ende gegangen. Zu viele Menschen begannen die Folgen des neuen Evangeliums zu überdenken. Sie erkannten oder ahnten zumindest, daß der Sinn des Lebens nicht darin bestehen kann, ununterbrochen zu schufte, um ständig mehr Güter aufzuhäufen, daß das Leben auch noch etwas anderes zu bieten hat, daß bei dieser Art Wirtschaft der Mensch nicht die

Freiheit hat, so viel oder so wenig zu arbeiten, wie er es zur Befriedigung seiner Bedürfnisse glaubt nötig zu haben, und daß man mit allen Mitteln der Überredungskunst ihm beizubringen versucht, was bzw. welche Güter er vom Leben erwarten soll. Die »Vollbeschäftigung« schreibt die Arbeitszeit vor, die abzuleisten ist. Weder mehr noch weniger ist erlaubt. Auch sonst herrscht vorwiegend, wenn auch oft sanfter, Zwang. Von einer wahrhaft »freien« Wirtschaft, die den Arbeiter befreit, kann keine Rede sein.

Auch wurde mehr und mehr erkannt, daß die derzeit herrschende Art des Wirtschaftswachstums mit einer ständigen Verschlechterung der Lebensqualität einhergeht, daß die Rohstoff- und Energievorräte der Erde immer rascher verbraucht und z.T. schon in absehbarer Zeit erschöpft sein werden, daß wir auch unsere Lebensräume und -möglichkeiten und die der meisten Tiere und Pflanzen immer mehr einengen, daß also unsere Wirtschaft aus sich heraus dem Untergang zusteuert.

Schon ein ruhiges Nachdenken hätte die Menschen dazu führen können zu erkennen, daß es auf einem begrenzten Himmelskörper ein ewiges Wachstum nicht geben kann, namentlich dann nicht, wenn man immer nur Rohstoffe und Energie entnimmt, und ausgerechnet jenen Vorgang vernachlässigt, der tatsächlich natürliches Wachstum aufweist. Und auf dieses Wachstum hat die Natur auch noch selbst hingewiesen. Das gesamte Leben erhält sich davon, während der unbelebte Teil des Weltalls zielgerichtet dem Untergange zuzustreben scheint. Die physikalische Forschung hat das erkannt und als »Gesetz der Entropie« bezeichnet. Dieses Gesetz besagt, daß bei jeder Energieumwandlung, z.B. von Wärme in Elektrizität oder in Bewegung, stets ein Teil in Wärme umgewandelt wird bzw. zurückbleibt. Dadurch nimmt die freie Wärmemenge im Weltall ständig zu.¹³

Und welche Massen von Energie setzen wir täglich um! Wie sehr muß also die Entropie zunehmen. Die freigewordene Wärme können wir selbst nicht wieder einfangen und für uns nutzbar machen. Das kann allein die Pflanze. Aber auf diese wird die geringste Rücksicht genommen. Einzelne Arten von ihnen werden sogar, sobald sie den Menschen aus irgend einem Grunde unbequem werden, rücksichtslos vernichtet.

Obwohl das Entropiegesetz weit über 100 Jahre bekannt ist, hat die Wirtschaftswissenschaft für sich keine Folgerungen daraus gezogen. Führende Wirtschaftswissenschaftler wurden in der letzten Zeit darüber befragt: Sie standen der Frage verständnislos gegenüber. Was kann schon ein Naturgesetz mit Wirtschaft zu tun haben?!

Es wird immer nötiger, die Welt als ein Ganzes zu sehen und zu begreifen, wo Vieles von Vielem abhängig ist. Doch wir sind noch meilenweit davon entfernt, daß diese Einsicht von der Mehrheit gewonnen und all-

seits berücksichtigt wird. Insonderheit fehlt diese Einsicht bei denen, die derzeit versuchen, die Völker oder gar die ganze Welt zu beherrschen.

Wir wollen, so gut wir es vermögen, helfen, daß diese Einsicht wächst. Hierzu untersuchen wir zunächst einmal alle jene Kräfte, die den Menschen zum Wirtschaften antreiben und denen er nachgibt, ohne darauf zu achten, ob sein Wirken auch in allen Teilen sinnvoll ist. Die Zeit drängt, ist aber auch reif dazu.

Anmerkungen zu Teil I

- ¹ *Archiv für das Post- und Fernmeldewesen*, herausgegeben im Auftrag des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, 2. Jahrgang, Heft 9, Frankfurt/M., Okt. 1950, S. 663. (Hervorhebungen von mir. E.B.)
- ² *Lutherbibel, N.T.*, Matth. 10,34
- ³ *Archiv* . . . , a.a.O. (s. Anm. ¹), S. 665
- ⁴ *Lutherbibel, A.T.*, 5. Mos. 15,6
- ⁵ Ephraim Kishon, *Neue Politik*, 11. 10. 58
- ⁶ Romeo Rey in »Schuldenlast erdrückt Lateinamerika«, *Neue Politik* 1976, Heft 10, S. 22
- ⁷ a.a.O. S. 23
- ⁸ a.a.O. S. 24
- ⁹ *Der neue Brockhaus*, Bd. 5, 1960, S. 51
- ¹⁰ *Vertrauliche Mitteilungen*, Nr. 2014 v. 8. 4. 79
- ¹¹ *Elbe-Jeetzel-Zeitung* v. 28. 4. 78
- ¹² Prof. Sumner Slither (Harvard Universität) in: *Geopolitik*, 30. Jahrgang, Heft 9, 1959, S. 39 u. 40
- ¹³ Christian Schütze in »Entropie«, erschienen in der Zeitschrift *Natur*, Umweltmagazin v. Horst Stern, unverkfl. Erstausgabe, S. 123ff.

ANTRIEBSKRÄFTE

Wenn wir von dem riesigen Umfang, den unsere Wirtschaft heute in den Industriestaaten erreicht hat, zurückschauen auf die ersten Anfänge, die wir in ähnlicher Form noch heute bei »primitiven« Völkern vorfinden können, so müssen wir feststellen, daß ganz gewaltige Antriebskräfte am Werke gewesen sein müssen, um solche Veränderungen zu bewirken.

Wohl hat die Wirtschaft das Leben immer stark beeinflußt, geht es bei ihr doch von Anfang an zunächst um die Selbsterhaltung der Einzelnen und der Völker. Und an diesem Zweck hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Aber, über wieviele Mußestunden verfügen noch die »Wilden«, und welche Hektik herrscht in unserer Wirtschaft! Dabei wissen die einzelnen »Werk tätigen« in der Wirtschaft meist kaum, *wem* das einst dienen wird, was sie herstellen, und oft sogar nicht einmal *wozu*. Auch gibt es kein Gebiet mehr, das nicht irgendwie von der Wirtschaft beeinflußt werden würde, nicht einmal die Religionen!

Was aber war es, das diese gewaltigen Veränderungen bewirkte, von denen heute selbst führende Politiker und Fachleute sagen, daß sie, wenn nicht Einhalt geboten wird, nicht nur zur Vernichtung des Menschengeschlechts, sondern überhaupt allen Lebens auf Erden führen muß. Ist also das, was heute in den Industriestaaten als unbedingt notwendig betrachtet wird, weitgehend sinnlose Tätigkeit? Wird vielleicht überwiegend Wahngebilden nachgejagt?

1. Deckung des Lebensbedarfs

Man sagt: Die Wirtschaft diene dazu, den Bedarf zu decken. Dabei denkt man vor allem an das, was zur Lebenserhaltung notwendig ist. Doch, was ist nötig?

Nötig ist auf alle Fälle Nahrung, um den Hunger zu stillen. Mehr, als den Hunger stillen, kann man nicht. Bereits dies kann aber entweder auf einfache Art oder in einer mehr oder minder aufwendigen Weise geschehen. Dem einen genügt eine Hand voll Reis für den ganzen Tag, der andere fordert fünf Mahlzeiten, bei denen er mindestens an zweien erheblich Fleisch verzehrt und die mit allen Kniffen und Feinheiten zubereitet sein müssen, um den Gaumen zu kitzeln.

Nötig ist je nach Wohnort auch Kleidung und Wohnung. Hier kann noch mehr Aufwand getrieben werden, und er wird auch vielfach getrieben. Dem einen genügt das Fell eines erlegten Tieres und eine einfache

Erdhütte, der andere baut sich einen Palast und füllt ganze Schränke mit den schönsten und kostbarsten Gewändern.

Was derzeit als Bedarf bezeichnet wird, geht aber über die Bereiche Nahrung, Wohnung und Kleidung noch weit hinaus und reicht auch hier vom Einfachsten bis zum Aufwendigsten – etwa von einem kleinen Kahn bis zur Luxusjacht, vom einfachsten Geschirr bis zu solchem aus feinstem Porzellan, Silber oder Gold. Dem sogenannten Bedarf sind scheinbar keine Grenzen gesetzt und das wird auch von vielen als unabänderliche Tatsache, als eine Art Naturgesetz angesehen. Das aber kann es in einer begrenzten Welt nicht geben. Wo liegen jedoch diese Grenzen?

Jeder Bedarf hat Ursachen. Jeder gedeckte Bedarf scheint neuen zu erwecken. Auch die einfachste Hütte muß gereinigt werden, will man nicht im Schmutz ersticken. Genügte hierzu einst ein Reisigbesen, so braucht man heute einen elektrisch angetriebenen Staubsauger. Welch ungeheuren Aufwand erfordert allein die Herstellung solcher Geräte und dann noch die Erzeugung des zum Betrieb nötigen elektrischen Stromes! Man spricht heute von »Sachzwängen«. Solche gibt es tatsächlich. Die ersten »Sachzwänge« waren der Hunger und das Wetter. Doch stets kann der durch einen »Sachzwang« erzeugte Bedarf ganz einfach oder äußerst aufwendig befriedigt werden. Für den Aufwand aber besteht nie ein Zwang!

Was teibt den Menschen zum höheren Aufwand?

Für jeden Bedarf, der über den Grundbedarf hinausgeht, gibt es die verschiedensten Ursachen.

Da ist zunächst ganz einfach die Faulheit. Der Mensch wälzt die Arbeit gern ab, sei es auf andere Menschen, auf Tiere oder auf Naturkräfte, die er für seine Zwecke ausnützt. Andere Antriebe sind: Habgier, Genußsucht, Eitelkeit, Neid, Geltungsbedürfnis, Ehrgeiz, Bequemlichkeit und, nicht zu vergessen, der Wille zur Macht.

Doch es sind nicht nur negative Eigenschaften, die den Menschen zu gesteigertem Bedarf anregen. Da ist zunächst der Forschertrieb des Menschen zu erwähnen. Ihm sind alle die Möglichkeiten der Ausnutzung der Naturkräfte zu verdanken. Dazu aber, daß sie auch ausgenutzt wurden, haben irgendwelche der oben genannten Antriebe mit beigetragen. Da ist weiterhin zu nennen die Freude an einer eigenen, schöpferischen Leistung, daran, etwas Neues zu schaffen. Auch kann der Wunsch eine Rolle spielen, sich mit Schönheit zu umgeben (was nicht unbedingt mit Eitelkeit gleichgesetzt werden darf). Stark kann schließlich das Streben nach mehr Freiheit vom Daseinskampf sein, um sich stattdessen mehr der Wahrheitsforschung und –verbreitung, irgend einem künstlerischem Wirken oder einem Dienst an der Gemeinschaft, an der Kultur oder an der Natur widmen zu können.

Alle genannten Antriebe stammen aus dem Menschen selbst. Der

Mensch allein ist verantwortlich für alles, was er tut, auch für »Sachzwänge«, die über das hinausgehen, was für die einfachste Selbsterhaltung unabdingbar nötig ist. Wo unerwünschte Sachzwänge entstehen, liegt entweder mangelnde Voraussicht, Fahrlässigkeit oder schlechte Absicht vor: Die Folgen einer Maßnahme wurden nicht sorgfältig genug überdacht, oder man nahm sie wissentlich in Kauf, weil man auf die Sache selbst nicht verzichten wollte, oder man schuf den Sachzwang, um Macht oder Besitz zu mehren. Jedenfalls entbindet ein Sachzwang diejenigen nicht von der Verantwortung, die ihn letztlich verursacht haben. Sachzwänge werden von den verschiedensten Seiten verursacht. Stets haben sie aber in irgendeiner Richtung antreibend auf die Wirtschaft gewirkt. Nicht alle ihre Folgen waren unerwünscht, aber sie haben unserer Wirtschaft den Stempel aufgedrückt.

2. Die sich selbst antreibende Wirtschaft

Wenn heute die Wirtschaft vielen als Buch mit sieben Siegeln erscheint, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sie zwar ein Ganzes zu sein scheint, aber nicht aus einem Guß gefertigt worden ist. Was wir heute Wirtschaft nennen, ist in Jahrtausenden so geworden. An diesem Gebilde haben Millionen von Menschen gestaltet. Sie gingen von den unterschiedlichsten Voraussetzungen aus und haben auch die unterschiedlichsten Ziele mit unterschiedlichster Energie und Intelligenz verfolgt.

Erst in den letzten Jahrhunderten wurden einheitliche Wirtschaftstheorien entwickelt, und es wurde auch versucht, sie in die Tat umzusetzen (z.B. die marxistische Theorie). Diese Versuche mißlangen aber. Nur Teile der Theorien wurden verwirklicht. Man verfuhr auch umgekehrt und schneiderte dem Gewordenen ein theoretisches Gewand (z.B. dem Kapitalismus). Entwickelt haben sich jedoch Mischformen aller Art. Das Leben läßt sich eben nicht in ein Schema pressen, sondern entwickelt sich aus sich heraus, auch die Wirtschaft. Zwar verhält sich der größte Teil der Menschen nur als Mitläufer, anpassungsbereit und ohne viel Eigeninitiative, aber von Einzelnen und Gruppen gehen oft Anstöße zu den unterschiedlichsten Veränderungen aus, darüberhinaus unterliegt die Wirtschaft in den verschiedenen Gebieten unterschiedlichen Entwicklungsvoraussetzungen, vor allem unterschiedlichen Klima-, Boden-, Wasser- und Rohstoffverhältnissen, unterschiedlicher politischer Umwelt u.a.m.

In jeder bestehenden Wirtschaftsordnung werden in erster Linie die Wünsche derer erfüllt, die in ihr herrschen. Wie sich die Ordnung nennt, ist belanglos. Die z.Z. bei uns herrschende Wirtschaftsordnung nennt sich »Soziale Marktwirtschaft«. Sie ist dies nur in Andeutungen. Nennt man

die »kapitalistisch«, so trifft man den Nagel auf den Kopf, denn die Interessen des Kapitals, d.h. derer, die darüber verfügen, stehen bei ihr im Vordergrund. Das Kapital strebt danach, sich auszuweiten. Geldverdienen ist hier das Wichtigste auf der Welt! Und Geld verdient man angeblich am leichtesten mit Handel. Beginnen wir mit ihm!

2.1. *Handel und Werbung*

Schon sehr frühzeitig dehnte sich der Handel weltweit aus. Mit fortschreitender Industrialisierung wurde er zum völligen Beherrscher des gesamten Warenverkehrs. Der unmittelbare Übergang der Ware vom Hersteller zum Verbraucher wurde immer seltener.

Das wesentlichste Hilfsmittel des Handels ist das Geld. Es kommt daher nicht von ungefähr, daß der Geldhandel der Banken unsere Wirtschaft in ganz besonderem Maße beeinflusst und antreibt. Schon die ursprüngliche Tätigkeit der Banken, das Wechseln von Geld verschiedener Währungen, förderte den Handel ungemein. Man denke in diesem Zusammenhang an den »Wechsel« und das für ihn seitens der Staaten besonders geschaffene Wechselrecht. Auch die Vermittlung von Leihgeld seitens des Bankgewerbes unterstützte die Wirtschaft sehr, inzwischen wurde diese Tätigkeit zum Beherrscher der Wirtschaft, sei es über kurzfristige Kredite oder über den »Kapitalmarkt«. Wo es ums Geld geht, haben die Banken fast stets mitzureden. Sie besitzen darüberhinaus in großem Umfang Anteile (Aktien) an allen großen Industrieunternehmen und können damit diese Firmen beeinflussen. Bei der heutigen Verschachtelung (die Unternehmen besitzen wechselseitig Aktien voneinander) können mit verhältnismäßig wenig Geld viele Betriebe beherrscht werden. Dazu kommt noch, daß die Banken es verstanden haben, die Aktienbesitzer zu veranlassen, ihre Aktien ihnen zur Verwaltung zu überlassen, einschließlich des Stimmrechts auf der Hauptversammlung. Dadurch wurde ihr Einfluß auf die Wirtschaft nahezu unbegrenzt. Es gibt kein größeres Unternehmen, in dem nicht eine Bank maßgebend im Aufsichtsrat vertreten wäre. Nimmt man noch den Einfluß hinzu, den die Wirtschaft auf die Politik ausübt, so besteht das Sprichwort schon zurecht:

»Geld regiert die Welt«.

Will der Handel – ganz abgesehen von Geld und Kredit – ein gutes Geschäft machen, muß er eine reiche Auswahl an Gütern anbieten, d.h. eine große Lagerhaltung ist erforderlich. Lagernde Ware aber erbringt nichts. Darum muß der Händler bestrebt sein, möglichst viel Ware in kürzester Zeit zu verkaufen, d.h. einen möglichst hohen Umsatz zu erzielen. Das Schlagwort dazu heißt: *»Der Umsatz erbringt die Rendite«!* Hoher Umsatz ist nur mittels Werbung zu erzielen. Die Werbung will aber nicht nur

zeigen, was alles zu haben ist, wogegen nichts einzuwenden wäre. Die derzeitige Werbung bemüht sich jedoch hauptsächlich darum, mit allen Mitteln der Beeinflussung, auch durch Ansprechen der niedrigsten Eigenschaften wie Genußsucht, Neid, Habgier usw., die Menschen davon zu überzeugen, daß sie das Angebotene unbedingt brauchen. Wer darauf hereinfällt, ist »selbst schuld«.

Die Mode z.B. dient nichts anderem als der Absatzsteigerung. Ihre Erfolge beruhen ausschließlich auf Werbung. Die Mode beherrscht heute nicht nur die Bekleidungs-, Schmuckwaren- und Kosmetikindustrien. Sie hat sich auch auf nahezu alle übrigen Industriezweige ausgedehnt. Wir finden sie in der Möbel- so gut wie in der Automobilindustrie. Der bedeutende Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Werner Sombart schreibt dazu:

»Die Unternehmer haben hier eine bequeme Absatzmethode gefunden, sie machen Mode, sie bestimmen, wie lange sie zu bestehen hat – und zwar möglichst kurz – und sorgen dann für einen neuen Wechsel.«

Je erfolgreicher die Werbung arbeitet, desto stärker dehnt sich die Wirtschaft aus. Sie kann neue Güter auf den Markt bringen. Mit jeder Ausdehnung der Wirtschaft aber wächst auch der Wettbewerb der Hersteller gleichartiger und verwandter Güter untereinander, was wiederum dazu zwingt, die Werbung zu steigern, usw. usw. – bis zum voraussehbaren bitteren Ende.

Aber es geschieht nicht nur dies. Um die Mitbewerber (Konkurrenz) möglichst zu überflügeln, haben die Großkonzerne eigene Forschungsstätten eingerichtet, die nur die eine Aufgabe haben, etwas zu erfinden, mit dem man den Umsatz steigern, d.h. noch mehr Geld verdienen kann. Hierzu genügen oft kleine Änderungen an Erzeugnissen, die Mitbewerber auf den Markt bringen – es müssen noch nicht einmal Verbesserungen sein. Sie werden groß herausgestellt, und der Eindruck wird erweckt, als ließen diese veränderten Erzeugnisse alles Seitherige weit hinter sich. Hier wird oft erheblich übertrieben und gelogen, nach dem jesuitischen Grundsatz: *»Ist der Zweck«* – das Geldverdienen – *»heilig, ist auch jedes hierzu dienende Mittel heilig!«*

Der Wettbewerb hat natürlich auch seine guten Seiten. Er sorgt dafür, daß die Preise nicht in den Himmel wachsen. Ein jeder muß bestrebt sein, daß sein Angebot nicht wegen zu hoher Preise durchfällt und er an Umsatz einbüßt. Im Grunde sind aber heutzutage Wettbewerb und Werbung nur noch Mittel einer Kriegführung um den Absatz, ums Geld, für manchen freilich auch ums Überleben.

Dieser Krieg aber ist die Grundlage unserer heutigen Wirtschaft. Dieser letztlich mörderische Krieg soll sogar bewirken, daß sich unsere »Soziale Marktwirtschaft« in vollkommener Weise selbst regelt.

2.2. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage

Dieser Krieg, so wie er heute geführt wird, hat seine Ursache in der Lehre von Adam Smith, dem Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre (1723–1790):

»Die selbstsüchtige Wahrnehmung des eigenen Vorteils führt zum höchstmöglichen Wohlstand der gesamten Gesellschaft.«

Bernard Manasse Baruch, der Bankier und Berater vieler Präsidenten der USA von Wilson bis Eisenhower, Berater der Alliierten auf der »Friedenskonferenz von Versailles«, Mitorganisator der nordamerikanischen Kriegswirtschaft im Ersten und Hauptorganisator derselben im Zweiten Weltkrieg, der, wie er selbst in seinem Buch *Gute 88 Jahre* gesteht, sich mit 5 Dollar Anfangskapital zum Multimillionär hochspekuliert hat, er hat die Lehre von Smith als

»Das elementarste aller Wirtschaftsgesetze« bezeichnet, und in seiner Schrift *Eine Philosophie für unsere Zeit, die größte Forderung unserer Zeit* in folgende Worte gefaßt:

»Bei vermehrter Nachfrage steigen die Preise. Dies führt zur Vergrößerung der Produktion. Gute Gewinne werden erzielt, neue Produzenten verstärken die Konkurrenz und erhöhen das Angebot. Ersatzartikel kommen auf den Markt. Durch das Steigen der Preise wird die Kaufkraft gemindert. Nach einer gewissen Zeit, wenn die Nachfrage sinkt und das Angebot steigt, wird ein neutraler Punkt erreicht, und die Preise beginnen wieder zu fallen.

Mit dem Sinken der Preise beginnt der Ausgleichsprozeß in umgekehrter Reihenfolge. Die zuletzt gegründeten und natürlich mit den höchsten Kosten arbeitenden Betriebe werden verdrängt oder reduzieren ihre Produktion. In demselben Maße wie die Preise fallen, verschwinden auch die Ersatzprodukte. Niedrige Preise fördern die Nachfrage . . . und wiederum kommt es zu einem Ausgleich zwischen steigender Nachfrage und sinkendem Angebot. Die Preise beginnen anzuziehen.«

Und da sagen so viele Menschen, sie verstünden nichts von Wirtschaft! Etwas Einfacheres gibt es doch gar nicht! Es läuft doch alles ganz von selbst und dazuhin noch bestens!

Baruch weiß natürlich selbst, daß es in Wirklichkeit gar nicht so einfach ist, wie er es dargestellt hat. Er sagt darum auch noch:

» . . . der Ausgleichsprozeß braucht Zeit. Man kann Angebot und Nachfrage nicht durch einen einfachen Druck auf den Knopf ausgleichen.«

Das heißt mit anderen Worten: Es gibt also an der Preisfront niemals einen Stillstand, die Preise sind ständig in Bewegung und im Grunde stets überholt. Sie hinken mehr oder weniger hinter dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage hinterher. Aber auch sonst scheint nicht alles so ge-

setzungsmäßig zu verlaufen, wie zunächst der Anschein erweckt wird. So lesen wir zu unserer Überraschung weiter:

» . . . daß jeder Aspekt des Gesetzes von Angebot und Nachfrage beachtet und den Erfordernissen . . . angepaßt wird«! (Hervorh. von mir, E.B.)

Wir sollen einerseits also das Gesetz streng beachten, denn man könne *»nicht die Gesetze der Wirtschaft und der Natur ignorieren . . ., ohne dafür seinen Preis zahlen zu müssen.«* Andererseits aber sollen wir auch das »Gesetz« den Erfordernissen anpassen. Damit hat Baruch für jeden Denkenden bestätigt, daß es sich hier um eine besondere Art von »Gesetz« handelt, um eines, das man anpassen, neudeutsch: »manipulieren« kann. Das stimmt ja auch. Unsere gesamte Wirtschaft wird doch mittels der Werbung, die viel Geld erfordert, in die Richtung manipuliert, die diejenigen bestimmen, die es vermögen, d.h. die Vermögenden. Sie beeinflussen sowohl das Angebot (sie haben ja die Gütererzeugung weitgehend in der Hand), aber auch (über die Werbung) die Nachfrage. Die Wirtschaft entwickelte sich daher auch im Sinne der Vermögenden in Richtung auf ein ständiges Wachstum, nämlich auf eine ständig zunehmende Kapitalzusammenballung, verbunden mit Vernichtung selbständiger Existenzen und Zunahme der (von ihnen) Lohnabhängigen.

Eine Anzeige der Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft zeigt deutlich die Manipulierung der Nachfrage:

»Besser leben – mit umweltfreundlicher Energie. Deshalb entscheiden Sie sich für Strom! Strom ist nicht nur umweltfreundlich und zukunftssicher, sondern auch sauber und vielseitig in der Anwendung. Für heißes Wasser und Heizung hat Strom Systeme, die eine sinnvollere und bessere Energienutzung ermöglichen. Diese Vorteile sollten sie für sich nutzen!«¹

Dazu meinte der Spiegel:

»Um in einem Kraftwerk aus Gas Strom zu erzeugen, braucht man dreimal soviel Primärenergie wie bei der Direktumwandlung von Gas in Wärme am Ort des Verbrauchers! Wo bleibt da die Logik des Markts? Und wo bleibt die menschliche Vernunft, wenn sich – wenigstens zu einem Teil – aus der gedankenlosen Bequemlichkeit der Menschen und einem Markt, der die Knappheit der Reserven nicht berücksichtigt, die Unvermeidbarkeit eines faustischen Pakts mit der Technik ergibt?«

Diese Art Werbung – sie steht keineswegs vereinzelt da – trug dazu bei, daß wir heute Atomspaltwerke im Land haben. Atomspaltwerke sind von allen Stromerzeugungsmöglichkeiten letztlich die unwirtschaftlichsten und lebensfeindlichsten. Wo bleibt hier das »Gesetz von Angebot und Nachfrage«? Warum kauft der Mensch nicht die billigere Energie? Das kann er doch in jeder Großstadt auch haben? Er kann auch Flüssiggas auf dem Lande haben, das ebenfalls weit billiger Wärme erzeugt als Strom.

Der freie Wettbewerb ist also bestimmt gegeben; auch wenn es sich bei Strom- und Gaslieferern um Monopolbetriebe handelt, so kann der Mensch doch zwischen diesen beiden wählen. Er hat dazuhin noch die Wahl, Wärme mit Kohle oder Öl zu erzeugen. Auch hier fielen die meisten auf die Werbung, hier mit dem angeblich billigeren Öl herein und nahmen es hin, daß man viele unserer Kohlegruben zerstörte. Nein, nein! Das berühmte »Gesetz von Angebot und Nachfrage« regelt die Wirtschaft eben nicht sinnvoll, höchstens sinnvoll im Sinne derer, denen es ausschließlich ums Geldverdienen geht.

Baruch weiß dies selbst auch ganz genau, stellt er doch als Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg fest:

»Während wir in Friedenszeiten die Wirtschaft dadurch ausbalancieren, daß wir das freie Spiel von Kauf und Verkauf möglichst unangetastet lassen, können wir das in Kriegszeiten nur durch gewissenhafte »Lenkung« erreichen.« (Hervorh. von mir, E.B.)

Obwohl im Kriege die Nachfrage nach Kriegsmaterial doch riesengroß war und höchste Preise bezahlt wurden, konnte dieses »elementarste aller Wirtschaftsgesetze« die Unternehmer nicht veranlassen, ihre Betriebe in ausreichendem Maße auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umzustellen. Es gelang offenbar auch nicht, dieses »Gesetz« an die »Erfordernisse« des Krieges »anzupassen«. Der Staat mußte lenkend eingreifen!

Nichts zeigt deutlicher als diese Tatsache, daß dieses »Gesetz« eben keine Wirkungen zeitigt, auf die man sich wie auf ein Naturgesetz in jedem Falle voll verlassen kann, sondern daß Angebot und Nachfrage ständig beeinflusst werden müssen, um der wirtschaftlichen Entwicklung jene Richtung zu geben, die von den Vermögenden gewünscht wird, wobei die Vermögenden im Frieden über die nötigen Eingriffsmöglichkeiten verfügen, nicht aber im Krieg.

Sicherlich steigen die Preise sofort, wenn die Nachfrage steigt, ist doch jeder Güterhersteller, Händler und Dienstleistende bestrebt, so viel wie möglich zu verdienen. Ein glänzendes Beispiel dafür, daß jede Möglichkeit zur Preiserhöhung sofort ausgenutzt wird, lieferten die Kohlenzechen in den USA. Als Folge der »Ölkrise« stiegen 1974 die Kohlenpreise von 14 auf 40 Dollar je Tonne! Die Kumpel aber erhielten davon keinen Pfennig.²

Wie die Anschauung lehrt, besteht aber in unserer Wirtschaft schon allein aus dem Grunde, sich kein Geschäft entgehen zu lassen, ein ständiges und nicht unerhebliches Überangebot an Waren, die nur mittels einer kostspieligen Werbung oder sogar mittels Abzahlungsangeboten zu verkaufen sind. Nach dem »Gesetz« von Angebot und Nachfrage müßten bei der Warenfülle die Preise eigentlich fallen. Sie tun es aber nicht, sondern steigen u.U. sogar. Auch wird nachlassende Nachfrage keineswegs immer

mit Preissenkungen beantwortet, es sei denn, es handelt sich um leicht verderbliche oder der Mode unterworfenen Ware. Ansonsten richtet sich das »Gesetz« voll und ganz nach der Lagerfähigkeit der Ware. Jeder Gütererzeuger oder Händler wird erst dann die Preise senken, wenn er dazu gezwungen ist, sei es, daß er Geld braucht, um neue Ware einzukaufen, oder um einfach überleben zu können. Zunächst werden die Unternehmer lieber die Werbung verstärken. Führt dies nicht zur Umsatzsteigerung, wird die Erzeugung gedrosselt und werden Arbeiter entlassen. Man kann in Ruhe abwarten, bis die Nachfrage wieder zunimmt. Je lagerfähiger die Ware ist und je unabhängiger die Wirtschaftenden vom Geldeingang sind, umso länger kann eine Preissenkung hinausgeschoben werden.

Nimmt dann die Nachfrage wieder zu, werden die Unternehmer sehr rasch wieder mit Preiserhöhungen darauf antworten, sind sie doch bestrebt, die Verluste aus der Wirtschaftsflaute wieder wettzumachen. Nur unter besonderem Zwang kann also mit Preissenkungen gerechnet werden. Auf den leisesten Anreiz hin aber werden sie steigen. Über einen längeren Zeitraum gesehen werden wir daher ein ständiges Steigen der Preise beobachten. Dies entspricht auch der über die Jahrhunderte feststellbaren Entwicklung. Steigende Preise erfordern aber auch eine entsprechende Erhöhung der Geldmenge. Auch eine solche erfolgte. Als das Silber nicht mehr ausreichte, griff der Mensch zum Gold und, als auch dieses zu knapp wurde, zum Papier.

Wenn sich übrigens die Warenpreise entsprechend Angebot und Nachfrage bilden sollen, dann besteht kein Grund, daß sich nicht auch die Löhne, d.h. die Preise für geleistete Arbeit, in entsprechender Weise bilden sollten.

Bei Vollbeschäftigung würde das »Gesetz« zwar wohl halten, was es verspricht. Lohnerhöhungen würden den Ertrag der Wirtschaft mindern. Die Unternehmer würden sie über die Preise abwälzen, der Verbrauch würde sinken usw. Bei Arbeitslosigkeit müßten aber die Löhne zurückgehen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger wären damit aber bestimmt nicht einverstanden. Die Gewerkschaften fordern trotz Überangebot an Arbeitskräften (Arbeitslosigkeit) zwar Arbeitszeitverkürzung, dazuhin aber noch Lohnerhöhungen, die über die laufenden Preissteigerungen hinausgehen, sie blasen also in das gleiche Horn wie die Arbeitgeber und treiben die Wirtschaft an. Wer auch nur ein bißchen den Menschen und die Triebfedern für sein Handeln kennt, der weiß, daß das angebliche »Gesetz« von Angebot und Nachfrage vor allem der Rücksichtslosigkeit, der Erpressung, Tür und Tor öffnet. Ein Araber meint dazu:

»Der Markt, das Spiel von Angebot und Nachfrage, stellt im Kern eine lautlose, selbstverständlich gegenseitige Erpressung dar, die tagtäglich praktiziert wird. Der Produzent bzw. derjenige, der die Ware anbietet,

erpreßt den Abnehmer bzw. denjenigen, der die Ware kaufen will, zur Zahlung von höheren Preisen mit dem Hinweis, die Ware sei im Moment rar. Er tut dies unabhängig davon, wieviel ihn die Herstellung oder der Erwerb der Ware gekostet hat. Ist das Angebot groß, so versucht er, es künstlich zu verknapen, indem er einen Teil lagert oder vernichtet.»³

Das letztere kennen wir alle von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Landwirtschaft ist in ihrer Gesamtheit durch die »Marktregelung« seitens der EWG aus dem »freien Spiel der Kräfte« herausgenommen. In ihr werden die Waren erzeugt, die am leichtesten verderben. Das »Gesetz« von Angebot und Nachfrage müßte sich bei ihr am besten bewähren. Versuchte man es, würden aber unsere Bauern in kürzester Frist zugrunde gerichtet in einer Wirtschaft, die dort die Ware einkauft, wo sie am billigsten erzeugt werden kann, was nebenbei auch dazu führt, daß Industriebetriebe in Billiglohnländer verlagert werden und die Ware von dort bei uns eingeführt wird, was nicht unerheblich zur derzeitigen Arbeitslosigkeit beiträgt.

Eine Gütererzeugung wie die landwirtschaftliche, die voll und ganz den Einflüssen der Natur unterworfen ist, ist eben doch etwas völlig anderes als die Industrie, bei der der »Krieg im Saale stattfindet«. Diese kann noch eher eine Ordnung verkraften, die sich auf den Eigennutz gründet, aber auch hier bleibt etwas auf der Strecke, die Kultur. Sie wird in einer solchen Wirtschaft stets das Aschenputtel sein und bleiben.

Gewisse Theoretiker gehen im übrigen noch weiter. Unter völliger Verkennung der Natur des Menschen glauben sie, nicht nur die Wirtschaft könne mit Hilfe des Eigennutzes bestens geregelt werden, sondern das gesamte Gesellschaftsleben. Es sind dies die Anarchisten. Da das »Gesetz« tatsächlich nie hält, was von ihm behauptet wird, wird von seinen Anhängern stets gesagt: Es bestehe ja auch tatsächlich kein »freier Markt«. Das trifft auch durchaus zu. Würde er tatsächlich bestehen, auch auf dem Arbeitsmarkt, dann würden sich derart unmögliche Zustände ergeben, daß alle Welt erkennen würde, daß die Freiheit der Marktwirtschaft, so wie sie gefordert wird, nur in der Freiheit der Vermögenden (im tatsächlichen Sinn des Wortes) bestünde, die Unvermögenden in jeder Hinsicht auszubeuten.

Ein wirklicher freier Markt ist nur in kleinem, überschaubarem Rahmen möglich. Hier nehmen alle am Marktgeschehen teil. Wird der Markt aber zum »Weltmarkt« ausgeweitet, so ändern sich die Verhältnisse grundlegend. Nur noch einige wenige Großanbieter bestimmen das Marktgeschehen. Wer über 5 v.H. des Marktaufkommens verfügt, kann bereits den Preis maßgebend beeinflussen. Alle Weltmärkte werden heute von bestimmten Gruppen beherrscht, die sich bemühen, jedes Aufsehen zu vermeiden, um nach außen nicht durchdringen zu lassen, daß die

Märkte samt und sonders von Vermögenden beherrscht werden. Zudem sind die Massen stumpf und glauben, was allseits von »Wissenschaft« und »Medien« behauptet wird. Nur selten lehnt sich jemand dagegen auf. Wer es tut, wird als »Spinner« belächelt. Das gilt nicht nur bezüglich des seit Adam Smith »anerkannten« »Gesetzes von Angebot und Nachfrage«, sondern auch noch für vieles andere in der Wirtschaft Gebräuchliche.

2.3. Geld und Währung

Geld ist das Geltende, und zwar das geltende Zahlungsmittel. Es kann aus allen möglichen Stoffen bestehen, z. B. aus Metall, Kunststoff oder Papier. Währung ist eine ganz bestimmte Art von Geld, z. B. Goldwährung, Indexwährung, Arbeitswährung u.ä. Hier wird angegeben, womit die Währung in Beziehung gesetzt wird. Auch das Geld des Landes wird als dessen Währung bezeichnet. Es wird dann meist mit dem Namen der Währungseinheit benannt: Deutsche Mark, US-Dollar, Schweizer Franken usw. Von einer Währung erwarten wir, daß sie, wie der Name besagt, »währt«, d. h. ihre Eigenschaften, vor allem die Kaufkraft, nicht ändert. Geld ist also der übergeordnete Begriff.

Wie sich das Geldwesen bei uns entwickelt und welche Rolle dabei die Kirche gespielt hat, haben wir bereits erfahren.

Was aber ist Geld eigentlich seinem Wesen nach? Die Aussage: Geld sei Tauschmittel, d. h. ein Mittel, den Warentausch zu erleichtern, genügt nicht, um uns Klarheit zu verschaffen. Das Kraftfahrzeug ist auch nicht dadurch erklärt, daß man es als ein Transportmittel bezeichnet.

Betrachten wir einmal die verschiedenen Lehrmeinungen über das Geld:

Geld wird als Wertmaß bzw. Wertspeicher, als tauschbarste aller Waren, als Tausch- oder Zahlungsmittel, Quittung, Forderung oder Schuldschein bezeichnet. Hierzu ist im einzelnen zu sagen:

Wertmaß: Um etwas messen zu können, bedarf es eines Vergleichsmaßes, das sich nicht oder höchstens ganz geringfügig ändert, so daß die Veränderungen so wenig ins Gewicht fallen, daß sie bedeutungslos sind. Derartige Vergleichsgrößen werden vereinbart und dann in den verschiedenen Ländern meist durch Gesetz bestimmt. So gilt z. B. heute nahezu weltweit das Meter als Längenmaß. Als Vergleich für das Meter gilt der zehnmillionste Teil des Erdquadranten, d. h. ein Viertel eines Erdmeridians, einer gedachten Kreislinie um die Erde, die über die Pole führt. In Paris wird zudem das sogenannte »Urmeter« aufbewahrt. Seine Größe ist jederzeit nachprüfbar. Sie ist auch für alle Menschen in allen Erdteilen gleich. Wir haben hier also ein unveränderliches Vergleichsmaß.

Wo aber gibt es für Werte einen Maßstab, der der Unveränderlichkeit

und Nachprüfbarkeit des Maßes »Meter« gleichkäme? Man glaubte früher – manche tun es heute noch –, daß sich die Edelmetalle Gold, Silber und Platin zur Schaffung von Vergleichsgrößen eigneten. Wieder andere glauben, menschliche Leistung eigne sich hierzu. Die Leistung von Maschinen ist tatsächlich objektiv in Watt zu messen. Als die Spanier zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Mittelamerika auf die Mayas stießen, erschien es ihnen unbegreiflich, daß für diese Eingeborenen Gold keinen besonderen Wert hatte. Sie hielten sie daher für dumm, war doch in Europa Gold das Maß für Reichtum! Aber auch für einen Hungernden ist etwas zu essen weit mehr wert als Gold und Silber. Dieses wird höchstens von großem Wert, wenn er dafür etwas zum Essen erwerben kann.

Es ist völlig unmöglich, Werte objektiv miteinander zu vergleichen. Jeder Mensch bestimmt für sich allein, was für ihn von Wert bzw. wieviel es ihm wert ist. Ein und derselbe Gegenstand kann für einen Menschen zu unterschiedlichen Zeiten auch einen unterschiedlichen Wert besitzen. Das gilt für ideelle Werte genauso wie für Wirtschaftsgüter. Es gibt also keine für alle Menschen gleichermaßen gültige Vergleichsgröße für Werte, also auch kein Wertmaß. Geld als Wertmaß zu bezeichnen, ist also widersinnig.

Wenn sich auch Werte einer objektiven Vergleichsmöglichkeit entziehen, so sieht dies bei den Preisen für eine bestimmte Ware etwas anders aus. Allerdings dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, wie es leider oft geschieht, zu sagen: »Der Preis ist der in Geld ausgedrückte Wert einer Sache«. Wir hätten uns dann nur im Kreise bewegt. Der Preis einer Ware ist von dem Wert völlig unabhängig, den ein Mensch dieser Ware beilegt. Beim Warentausch wird vom Verkäufer ein Preis gefordert, und der Käufer entscheidet, ob ihm die Ware den geforderten Preis wert ist. Dabei ist es möglich, daß er auch einen höheren Preis anerkennt, als er ursprünglich wollte, weil er eben die Ware dringend braucht oder sie ihm ausnehmend gut gefällt. Für den Hersteller einer Ware ist die Zahl der Menschen, die als Käuferschicht infragekommen und einen geforderten Preis anerkennen, sehr wichtig, richtet er sich doch nach ihr bei seiner weiteren Fertigungsplanung.

Wie Preise ausgehandelt werden, haben wir bereits bei der Betrachtung des angeblichen »Gesetzes« von Angebot und Nachfrage gezeigt.

Wertspeicher: Natürlich kann man Geld in die Schublade, in den Strumpf oder in einen Panzerschrank legen, immer mehr dazutun und dieserart speichern. Damit aber wird das Geld seiner Grundaufgabe, dem Warentausch zu dienen, entzogen. Der Handel kommt ins Stocken, falls eine solche Speicherung allgemein oder in hohem Maße von Einzelnen geübt wird. Es wird jene Gütermenge nicht verkauft werden können, deren Gesamtpreis der vom Umlauf ferngehaltenen Geldmenge entspricht.

Wenn darum das Geld auch nicht gespeichert werden sollte und auch kein Wertmaß sein kann, so erwartet doch der Geldbesitzer, daß er über einen möglichst großen Zeitraum hinweg für sein Geld gleich viel Ware erwerben kann. Er erwartet Beständigkeit der Kaufkraft des Geldes. Da aber die Auffassungen der Menschen, was sie für den Erwerb einer Ware preisgeben wollen, stetigen Schwankungen unterworfen ist, ist es niemals möglich, alle Wünsche in gleichem Maße voll und ganz zu erfüllen. Wir kommen auf diese Frage zurück, wenn wir uns den Forderungen zuwenden, die wir an das Geld zu stellen haben.

Ware oder Tausch- bzw. Zahlungsmittel: Zu Beginn der Entwicklung des Geldes war tatsächlich das Geld zunächst einmal Ware. Es war die Vergleichsware, an der man abschätzte, ob der geforderte Preis angemessen sei. Dann schaltete man eine leicht teil- und transportierbare Ware zwischen den Tausch, die Edelmetalle. Solange diese abgewogen wurden, wurde noch immer Ware gegen Ware getauscht. Ganz dementsprechend wird noch heute seitens vieler Wirtschaftswissenschaftler Geld als Ware betrachtet, die, wie jede Ware, ihren Preis habe, die aber den Vorteil besitze, daß sie überall als Tauschgut angenommen werde. Solange es den Menschen freistand, gemünztes Geld anzunehmen oder nicht, änderte sich am Charakter des Geldes nichts. In dem Augenblick aber, als die geprägten Münzen vom Staate zum »gesetzlichen Zahlungsmittel« erklärt worden waren, war dieses Geld, insoweit es einen Eigenwert besaß, noch immer Ware, bekam aber die zusätzliche Eigenschaft, Zahlungsmittel zur Erleichterung des Gütertauschs zu sein, mußte doch jedermann im gesamten Staatsbereich dieses Geld als Tauschgut annehmen. Das vorher frei gewählte Tauschmittel wurde zum Zwangszahlungsmittel. Solches Zwangsgeld muß aber gar nicht aus Edelmetall hergestellt werden. Es kann aus jedem beliebigen Stoff, auch dem wertlosesten, bestehen. Ja, es ist sogar umso besser, je wertloser der Stoff ist, aus dem das Geld besteht, denn dann ist der Anreiz zur Hortung umso geringer.

Wenn sich das Geld, ganz seinem Werdegang entsprechend, im Tauschverkehr genau so verhält wie Ware, so ist dies in anderen Fällen grundlegend anders. Wäre es Ware, so müßte es wie jede andere Ware von jedermann, der dies will, hergestellt werden können und dürfen. Das aber ist in jedem Staat mit Strafe bedroht. Darüberhinaus unterliegen zwar Münzen wie Geldscheine der Abnutzung, aber auf den Tauschwert hat dies keinen Einfluß. Im Gegensatz zur Ware wird also das Geld in Erfüllung seiner Aufgabe weder verbraucht (wie etwa Lebensmittel) noch erleidet es eine Minderung des Tauschwertes (wie etwa Kleider oder andere Gebrauchsgüter). Dem muß selbstverständlich bei der Gestaltung des Geldrechts Rechnung getragen werden.

Quittung, Anweisung, Forderung oder Schuldschein: Die überwie-

gende Mehrzahl der Menschen kommt heutzutage dadurch in den Besitz von Geld, daß für irgend jemand gearbeitet wird, der dafür als Lohn Geld gibt. Daher ist die Ansicht weit verbreitet. Geld sei eine *Quittung für geleistete Arbeit*. Daraus wiederum wird gefolgert, Arbeit sei das Dringendste, dessen der Mensch bedürfe, und es wird ihm »das Recht auf Arbeit« zugesprochen. Diese Anschauung hat dazu beigetragen, die Wirtschaft zu stets steigender Produktion bis hin zur Sinnlosigkeit anzutreiben.

Andere wieder sagen, Geld sei eine *Anweisung auf Wirtschaftsgüter* jeder gewünschten Art. Da aber jede Anweisung auf ein Wirtschaftsgut dazu berechtigt, dieses auch zu fordern, können wir das Geld auch als *Forderung* bezeichnen. Aber auch eine »Quittung« für geleistete Arbeit hat nur dann einen Sinn, wenn deren Inhaber dafür etwas fordern kann. Beide Anschauungen führen also dazu, Geld als eine Forderung zu bezeichnen. Diese Forderung ist aber gleichzeitig gesetzliches Zahlungsmittel, d.h. Geld, das Geltende. Geld ist also seinem Wesen nach eine Forderung, es erscheint auch als solche oder auch als Schuld in den Büchern der Wirtschaftenden. Der Geldschein aber ist, ganz wie es die Begriffsbestimmung für eine Banknote ausdrückt, ein auf den jeweiligen Inhaber lautender *Schuldschein*. Schuldner aller dieser Schuldscheine zusammen genommen ist zwar nominell die Notenbank. Diese kann aber ihre Schuld nur wieder mit ihren eigenen Schuldscheinen begleichen. Davon hat der Geldbesitzer nichts. Man könnte auch den Staat als Schuldner betrachten, hat dieser doch das Notenbankgesetz erlassen. Aber auch dieser könnte die Schuld wiederum nur mit Schuldscheinen der Notenbank begleichen. Der tatsächliche Schuldner ist der, für den die Einrichtung »Geld« geschaffen wurde. Das aber ist die gesamte Volkswirtschaft. Sie allein kann die verbrieften Forderungen, die Schuldscheine der Notenbank, das Geld, gegen die vom Geldbesitzer gewünschten Waren oder Dienstleistungen einlösen. Der Geldbesitzer muß nur aus der Gesamtheit aller Wirtschaftenden diejenigen auswählen, die ihm das Gewünschte liefern können.

Das Geld als Forderung lautet in unserem Land auf Deutsche Mark (DM). Was ist eine DM? Solange die Mark ans Gold gebunden war, entsprach sie einer bestimmten Gewichtsmenge Gold, die gefordert werden konnte. Nachdem die Goldbindung wie bei allen westlichen Währungen gelöst ist, ist diese Frage völlig offen. Wir könnten höchstens sagen: Eine DM ist ein entsprechender Anteil am Sozialprodukt, das ja in DM ausgedrückt wird. Dieses »Sozialprodukt« ist aber, wie wir erläutert haben, eine Scheingröße. Im Grunde ist also eine DM etwas völlig Unbestimmtes, tut aber trotzdem ihren Dienst genau wie einst die Goldmark oder die Rentenmark. Nichts zeigt deutlicher, daß Geld eben etwas anderes ist als Ware, und zwar Vertrauenssache, *Vertrauen in das vom Staat gesetzte Recht*.

Solches Vertrauen ist aber nur dann berechtigt, wenn das Recht so gestaltet ist, daß es alle Bürger, die Reichen wie die Armen, in gleicher Weise schützt. Niemals darf eine Gruppe bevorzugt (privilegiert) oder benachteiligt sein. Das Geld muß auch eine feste Grundlage haben. Wie sollte denn die Kaufkraftbeständigkeit einer Währung erhalten werden können, wenn man zwar weiß, daß Geld rechtlich eine Forderung ist, aber nicht gesagt wird, was gefordert werden kann?

Es wurden schon die verschiedensten Vorschläge gemacht, worauf eine Währung gegründet werden könnte. Viele meinen z.B. – darunter auch die sogenannten »Protokolle der Weisen von Zion« –, es wäre richtig, das Geld anstatt an das Gold an die Arbeit zu binden. Dies ist an sich sehr einleuchtend, wird doch die Forderung Geld auf Grund geleisteter Arbeit ausgefertigt. Auch Adam Smith meinte:

*»Die jährliche Arbeit eines Volkes ist der Fonds, welcher dasselbe ursprünglich mit allen Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens versorgte . . .«*⁵

Demnach müßte die gesamte Arbeit, die ein Volk leistet, der Währung zugrundegelegt werden, auch die sinnloseste. Da könnten wir ja beim »Sozialprodukt« bleiben, denn dieses enthält alle Arbeit, die gegen Entgelt verrichtet wurde. Oder, sollen wir eine bestimmte Arbeit als »Maß« annehmen, wie auch vorgeschlagen wird, z.B. die Beförderung eines Inlandbriefes vom Absender zum Empfänger oder die Arbeit, die nötig ist, um einen Laib Brot backen zu können? In beiden Fällen hätten wir auch nichts Festes. Es gibt keine Arbeit, deren Verrichtung über einen längeren Zeitraum immer in derselben Weise und mit demselben Aufwand an menschlicher Arbeit verrichtet wird. Ein Brot zu backen, erforderte einst viel Handarbeit, heute wird das aber bei uns meist vollautomatisch von Maschinen besorgt. Die Briefbeförderung hat sich auch völlig verändert. Einst reisten die Briefe mit der Postkutsche, sie wurden von Hand sortiert, und der Briefträger ging auch über Land zu Fuß. Heute reisen die Briefe vor allem mit Motorfahrzeugen oder gar mit dem Flugzeug, sie werden überwiegend von Maschinen sortiert, und der Briefträger ist motorisiert. Es gibt eben nichts, was so, wie wir es bei Maßen von Naturgrößen gewohnt sind, als feste Grundlage für das Geld dienen könnte. Im menschlichen Leben ist alles stetigen Veränderungen unterworfen, und unsere Grundlage für das Geld muß sich diesen Veränderungen leicht anpassen können, ohne daß dabei alles ins Wanken gerät.

Wenn auch Geld ursprünglich von den Wirtschaftenden selbst entwickelt worden ist, so beruht es heute voll und ganz auf Rechtssetzung und gehört deshalb im Grunde nicht zum Bereich der Wirtschaft, sondern zu dem des Rechts, allerdings vornehmlich des Wirtschaftsrechts. Wenn diese Einsicht sich durchsetzen sollte, d.h. das Geld nicht mehr als Wirt-

schaftsgut angesehen wird, könnte dies auch die Auffassungen über das Eigentum, soweit diese mit Geld und Geldeswert in Verbindung stehen, beeinflussen. Hat aber schon der Staat mittels Rechtssetzung das Geld zum alleinigen Zahlungsmittel bestimmt, so hätte er auch – ebenfalls mittels Rechtssetzung – bestimmen müssen, wozu das Geld keineswegs dienen darf. Dies aber haben bisher sämtliche Staaten versäumt und damit dem Mißbrauch des Geldes schon vor Jahrtausenden Tür und Tor geöffnet, so daß es tatsächlich zum Mittel der Beherrschung der Welt werden konnte.

Jedes Geld gilt nur innerhalb der Staatsgrenzen oder, wenn sich mehrere Staaten auf ein einheitliches Geld geeinigt haben, innerhalb der Grenzen dieser Staaten. Außerhalb des jeweiligen Geltungsbereichs kann niemand zur Annahme dieses Geldes gezwungen werden. Trotzdem besteht zwischen den Staaten ein reger Handel, und hierbei wandert Geld des einen Staates in den Bereich des anderen, sei es in Form von Geldscheinen (Sorten), von Wechseln bzw. Schecks (Devisen) oder als Buchforderungen. Im allgemeinen kehrt es aber rasch wieder über den Handel in den Heimatstaat zurück. Sammeln sich aber viele Forderungen eines Staates im Ausland an, dann geht dort das Vertrauen, daß sie auch beglichen werden, rasch verloren. Weitere werden ungern in Zahlung genommen, der Wechselkurs dieser Währung sinkt. Ist jedoch Ware aus diesem Lande gesucht, so ist auch dessen Währung gesucht, um diese Ware einkaufen zu können. Dann steigt der Wechselkurs. Dieses ständige Auf und Ab der Wechselkurse kann – sofern man über viel Geld verfügt – auch bei der heute üblichen Gestaltung des Geldrechts beliebig herbeigeführt und folglich als Mittel zur Ausraubung ganzer Völker verwendet werden, wie wir es in diesem Jahrhundert schon vielfach, und nicht nur bei unserem Volke, erlebt haben. Es können aber auch Wirtschaftblüten herbeigeführt werden, wie wir es ebenfalls erlebt haben. Ohne ein klares und straff eingehaltenes Geldrecht werden die Völker zum Spielball der Hochfinanz.

Wir haben festgestellt, daß Geldscheine nichts anderes sind als verbriefte, d.h. bescheinigte Forderungen. Dasselbe sind aber auch alle anderen verbrieften Forderungen, wie z.B. Hypothekenbriefe, Staatsobligationen u.ä. Dies alles sind Beurkundungen von Forderungen, d.h. von Darlehen oder Krediten. Hat nicht auch der Arbeiter dem Unternehmer einen Kredit in Form geleisteter Arbeit gewährt? Erst nachträglich erhält er dann für seine Lohnforderungen Geldscheine, d.h. verbrieft Forderungen. Geld und Kredit sind also in unserer Wirtschaft im Grunde ein und dasselbe. Das Geld bedarf genauso des Vertrauens wie jede Kreditgewährung.

2.4. Kredit

Kredit heißt auf deutsch »das Anvertraute«. Man überläßt einem Anderen Wertvolles im Vertrauen, es oder, falls es sich um Geld handelt, einen entsprechenden Gegenwert wiederzubekommen. Dasselbe gilt übrigens auch für das Darlehen. Bei beiden handelt es sich um Leihgeschäfte, die sich dadurch unterscheiden, daß das Darlehen über einen längeren Zeitraum, der Kredit dagegen kurz- bzw. mittelfristig oder bis zu einer gewissen Höhe gewährt wird. Ein in Anspruch genommener Kredit schwankt seiner Höhe nach, die Höchstgrenze wird selten erreicht (die Kreditprovision ist aber für die ganze Höhe des eingeräumten Kredits zu zahlen, die Zinsen dagegen nur für den in Anspruch genommenen Betrag). Ein Darlehen wird stets voll in Anspruch genommen und nur laufend durch vereinbarte oder freiwillige Rückzahlungen in seiner Höhe vermindert. Sowohl beim Darlehen wie beim Kredit gibt der Empfänger Geld aus, das ihm nicht gehört, sondern einem anderen, den er meist gar nicht kennt. Leihgeschäfte von Geld werden heutzutage fast ausschließlich über Banken oder ähnliche Einrichtungen, wie z.B. Sparkassen, abgewickelt. Die Bank, die beide Formen von Leihgeschäften tätigt, vergibt selbst fast nur fremdes Geld.⁶ Wir würden heute besser sagen: Beim Darlehen wie beim Kredit handelt es sich um Forderungen, die der Forderungsberechtigte vorübergehend oder auf Dauer an einen anderen abgetreten hat.

Die ursprüngliche Tätigkeit der Banken, das Umwechseln von Geld verschiedener Währungen, ist heute noch eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Die Masse der Bankkunden kennt aber nur den Giroverkehr, der sich aus dem Kreditgeschäft entwickelt hat. Mit dem Wachsen der Industrie und der damit verbundenen Zunahme des Handels, wuchsen auch die Zahlungen, die über größere Entfernungen zu leisten waren. Eine einfache Übertragung von Bankguthaben auf das Konto eines anderen vereinfachte die Zahlung ganz erheblich. Führend war bei der Einführung des Giroverkehrs die österreichische Postsparkasse mit deren Gründer Georg Coch. Dieser schloß der Postsparkasse einen Giroverkehr an. Heute ist der bargeldlose Zahlungsverkehr, den nicht nur die Post, sondern auch alle Banken und Sparkassen durchführen, etwas Alltägliches geworden, und niemand fragt mehr, wie hoch der Nutzen für diejenigen ist, die ihn durchführen. Damals war dies anders. Kaum hatte die österreichische Post ihren Giroverkehr eingerichtet, begannen die Banken einen heftigen Feldzug dagegen. Der Grund läßt sich aus einer Rede im Österreichischen Reichsrat erkennen:

»Die Bedeutung des Giroverkehrs besteht nämlich für mich nicht allein darin, daß den einzelnen Klienten desselben in einer leichten und angenehmen Weise Gelegenheit geschaffen wird, ihre Guthaben gegeneinan-

der abzugleichen, sondern auch darin, daß vermöge der Gesetze, die bei jedem Giroverkehr sich immer wieder herausstellen, ein großer Teil des gesamten Guthabens erfahrungsgemäß in der Bank ruhend bleibt.

Dieser ruhende Stock ist für die betreffenden Banken ein so großer Vorteil, daß die meisten Girobanken den Verkehr unter ihren Klienten ganz unentgeltlich besorgen und ein Teil auch eine Verzinsung der Guthaben derselben bis zu 3 Prozent leistet.

Daß dieser ruhende Betrag ein recht großer ist, das ist der eigentliche Wert der Postsparkasse für den Staat, denn dadurch kommt sie in den Besitz jenes Kapitals, welches als Grundlage für bankmäßige Operationen verwendet werden kann . . . »⁷

Aus diesem »ruhenden Stock« können die Banken ihre Kredite gewähren, und sie fürchteten, dieses Geschäfts verlustig zu gehen, wenn der gesamte Überweisungsverkehr – wie von gewissen Kreisen beabsichtigt war, – der Postsparkasse übertragen würde. Durch die Möglichkeit, den »ruhenden Stock« für die Kreditgewährung zu nutzen, gewannen die Banken einen ganz gewaltigen Einfluß auf die umlaufende Geldmenge und damit auf die gesamte Wirtschaft.

Aber die Banken verfügen noch über eine andere Möglichkeit, ihre Kreditgrundlage auszuweiten: Geld wird heute nicht etwa auf Grund geleisteter Arbeit in den Verkehr gebracht, sondern auf Grund von Handelswechseln, also getätigter oder scheinbarer Handelsgeschäfte. Sehr viele angesehene Firmen, vor allem Großkonzerne, begleichen Zahlungen (namentlich Teilzahlungen von Großaufträgen, deren Lieferung sich über Jahre erstreckt) mittels Wechseln. Diese werden jederzeit von jeder Bank diskontiert, d.h. gegen Bargeld oder Bankgutschrift unter Vorabzug des Diskonts (Zins) angekauft. Braucht die Bank selbst Geld, kann sie derartige Wechsel, vor allem, wenn es sich um solche auf ausländische Währung handelt (Devisen), bei der Bundesbank (Notenbank) »rediskontieren« (an die Bundesbank gegen Diskontabzug verkaufen). Auf diese Art und Weise kommt unser gesamtes Geld in Umlauf. Allerdings kann auch der Staat bis zu einer bestimmten Höhe Wechselkredite bei der Bundesbank in Anspruch nehmen. Er muß dafür aber auch den üblichen Diskont bezahlen.

Diese Art, das Geld in den Verkehr zu bringen, hat erstens den Mangel, daß ein und dasselbe Gut mehrmals, sei es vollständig oder als Teil eines Wirtschaftsgutes (Rohstoffe, Halbfabrikat, Fertigware) gegen Wechsel verhandelt werden kann, also mehrmals als Grundlage für die Geldausgabe dient. Zweitens ist alles Geld, das derart in Umlauf kommt, von vornherein mit Zins (Diskont) belastet. Drittens hat der Staat keinen Einfluß auf diese umlaufende Geldmenge und über diese auf die Wirtschaft. Seiner Wirtschaftspolitik fehlt also das wichtigste Instrument. Dieses ist in

der Hand der Bundesbank. Von vielen wird dies als Vorteil erachtet, weil sie der Propaganda glauben, der Staat habe sich (z.B. 1918–1923) als zu schwach erwiesen. Nach meiner Meinung wird hier aber Ursache mit Wirkung verwechselt. Der Staat hatte schon damals keinen Einfluß auf die Notenbank. Die seinerzeitige Inflation wurde also eher von dieser und jedenfalls nicht vom Staat gemacht. Heute ist die Bundesbank Mitglied des Weltwährungsfonds, hängt also von diesem ab, d.h. von einer »überstaatlichen« Organisation mit der Aufgabe:

»Bei den Mitgliedsländern eine nationale Währungs- und Wirtschaftspolitik zu vermeiden, die den Nachbarn zum Bettler macht . . . , um die Vollbeschäftigung im eigenen Lande zu sichern.«⁸

Und darum meinte wohl Herr Wolf von Amerongen:

»Hier kann man nicht über diese Dinge wie auf dem Jahrmarkt oder wie auf der Börse sprechen. Währungsfragen sind – gerade weil sie nicht volle Marktfragen sind – diskret. Deswegen muß jeder Bankier diskret sein. Dies gilt gerade für Währungsfragen, weil sonst eben tatsächlich große Bewegungen ausgelöst werden.«⁹

Damit ist die Katze aus dem Sack. Der sonst so wichtige »Markt«, aber auch die Staaten werden, wenn es um Geld und damit ihre Wirtschaft geht, ausgeschaltet. Eindeutig wird zugegeben, daß es Absicht war und ist, die Staaten daran zu hindern, mit Hilfe geeigneter Gesetzgebung eine Begünstigung (Privilegierung) bestimmter Gruppen auszuschließen, wie es ihre Pflicht wäre (vgl. die Eidesformel im Grundgesetz). So werden trotz Weltwährungsfonds – oder gerade mit dessen Hilfe – die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Aber darum geht es letzten Endes noch nicht einmal. Es geht um »hohe Politik«! Darum ist die Arbeitslosigkeit heute weltweit, damit kein Volk bevorzugt werde. Es bereiten sich große Dinge vor, das wird uns täglich gesagt. Dazu müssen die Massen mürbe gemacht werden, wie 1929 mittels des Bankkrachs die »Welt« für Hitler reif gemacht worden ist, der letztlich dann diese Welt gewaltig veränderte.

Es ist zwar sehr viel von einem Atomkrieg die Rede. Vielleicht sollen aber auch, um einen solchen zu vermeiden, die Völker so mürbe gemacht werden, daß sie einwilligen, ihre Souveränitätsrechte aufzugeben, um in einem Welteinheitsstaat aufzugehen, der nur ein Gewaltstaat ähnlich östlichem Muster sein kann. Wie 1957 »Europa« durch die »Wirtschaftshintertür«¹⁰ geschaffen wurde, so könnte das Endziel der heute herrschenden Ideologien und Religionen durch dieselbe Hintertür erreicht werden.

Wir aber erkennen, warum das Wort Bernard Manasse Baruchs: *»die Politik war nie entscheidend, sie war immer nur Faktor, Ergebnis der Wirtschaftsmächte«*, so zutreffend ist, genau wie das vor 200 Jahren ausgesprochene Wort Meier Amshel Rothschilds:

»Man gebe mir das Recht, das Geld einer Nation herauszugeben, und ich kümmere mich nicht darum, wer ihre Gesetze macht.«

Mit Hilfe des Geldes haben diejenigen, die die Welt beherrschen wollen, dank der Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Völker, einschließlich ihrer Regierungen, ihr Ziel heute nahezu erreicht.

Wie leicht und einfach, dank den Versäumnissen der Gesetzgeber in aller Welt, eine Bank über ihre Notenbank zu Geld kommen, d.h. selbst Geld schöpfen kann, schildert ein Bankfachmann aus seiner Lehrzeit:

» . . . Nur eines mußte ich beachten, nämlich daß an jedem Nachmittag um 17 Uhr das Guthaben der Rheinischen Bank bei der Reichsbank mindestens M 100 000,— betrug. Man erklärte mir diese Notwendigkeit damit, daß stets ein hinreichendes Guthaben vorhanden sein müsse, um fällig werdende Wechsel der Kunden einzulösen . . . Eines Tages war es mir nun, selbst unter Inanspruchnahme der Barbeträge in den Händen des Kassiers, nicht möglich, das Guthaben bis M 100 000,— zu steigern. Da geschah das »Wunder«.

Ich erhielt aus dem Wechselfortfeuille der Rheinischen Bank zwei Wechsel über je M 10 000,—, um sie zugunsten der Bank bei der Reichsbank zu diskontieren. Dies geschah schnell, da nur ein Formular auszufüllen war, und um 17 Uhr war das Mußguthaben bereits überschritten.

Besonders bemerkenswert war nun, daß der Akzeptant der beiden Wechsel eine »Titanic AG.« (vielsagendes Pseudonym) war, die bei der Rheinischen Bank sehr erhebliche Schulden hatte und als insolvent (zahlungsunfähig) galt. Trotzdem konnten diese beiden Unternehmen mit ihrem Akzept bzw. Giro innerhalb 15 Minuten M 20 000,— abzüglich Diskontzinsen und Spesen bei der Reichsbank als Guthaben erzielen. Mit diesem Geld aus dem Nichts wurde dann die Krise überwunden.«¹¹

Auf dieselbe Art und Weise »beseitigte« 1933 Hjalmar Schacht die Geldknappheit im deutschen Reich, die zu nahezu 7 Millionen Arbeitslosen geführt hatte. Es wurden Wechsel auf die einzig und allein zu diesem Zweck gegründete »Mefo« (Metallforschungsanstalt) gezogen, die von der Reichsbank gegen Reichsmark angekauft – diskontiert – wurden. Diesmal geschah dies allerdings nicht zu Gunsten einer Bank, sondern zu Gunsten dieser Mefo. Wer das aber war, habe ich nie erfahren.

Die M 100 000,—, die das Mißtrauen des Banklehrlings erregten, sind nichts anderes als die »Mindestreserve«, über die jede Bank verfügen muß, um jederzeit ihren Verpflichtungen zur Auszahlung von Guthaben nachkommen zu können. Zu ihnen gehören heute neben dem Guthaben bei der Bundesbank auch die beim Postscheckamt sowie die eigenen Kassenbestände. Die Gesamthöhe dieser Reserven wird von der Bundesbank in Prozenten der »Depositen« (bei der Bank eingezahlte Gelder) festgesetzt. Sie sind ein Mittel, die Höhe der Kredite zu begrenzen, die eine Bank ge-

währen kann. Diese Mindestreserven betragen normalerweise 10 v.H. Die Bundesbank kann aber jederzeit die Kreditbremse anziehen, indem sie die Mindestreserven erhöht. In Höhe des »ruhenden Stocks«, der also normal 90 v.H. beträgt, kann die Bank Kredite gewähren.

Wie es gemacht wird, wenn die Mindestreserven einmal nicht vorhanden sein sollten, haben wir gesehen. Allerdings hat hier die Bundesbank auch einen gewissen Riegel vorgeschoben. Jede Bank hat eine Grenze, bis zu der sie Wechsel rediskontieren kann. Die Bundesbank hat also die Banken insoweit in der Hand. Sie selbst aber ist an die Beschlüsse des Weltwährungsfonds gebunden, in dem sie allerdings mitwirkt, aber auch überstimmt werden kann. Man fragt sich: Wo bleibt hier eigentlich die vielgerühmte »Freiheit« in unserer angeblich »freien« Wirtschaft?

Mit Hilfe des Kreditgeschäfts haben sich die Banken ihre beherrschende Stellung in der Wirtschaft geschaffen und können diese dazu benutzen, die Wirtschaft anzutreiben oder zu bremsen!

Da der Giroverkehr heute schon in sehr großem Umfang in Anspruch genommen wird, ist auch schon vorgeschlagen worden, das Geld bis auf die Scheidemünzen abzuschaffen und alle Zahlungen, soweit irgend möglich, auf dem Verrechnungswege zu tätigen. Der Giroverkehr sollte ein Monopol des Staates werden, um ihm sein Hoheitsrecht, den Geldverkehr zu regeln, zurückzugeben. Dann wäre allerdings zu fragen, wie werden Kredite an die Wirtschaft vermittelt? Der »ruhende Stock« würde ja dann ausschließlich dem Staate zur Verfügung stehen. Dieser würde über sehr billiges oder gar zinsloses Geld verfügen, das schließlich dem Staatsvolk zugutekäme, was bestimmt kein Fehler wäre. Einzelfirmen zu kreditieren, wäre sicherlich keine Aufgabe des Staates, sondern der Wirtschaft selbst. Auch hierüber liegen Vorschläge vor. Wir kommen später darauf zurück.

Der Vorschlag eines reinen Verrechnungsgeldes wäre heutzutage ohne weiteres durchführbar. Alle Geschäfte müßten an einen Großrechner (Computer) angeschlossen werden. Auf diese Weise würde auch Geldraub auf die derzeit übliche Weise, nämlich durch Bankraub, unmöglich. Aber man kann auch Computer »anzapfen«. Ob hier Täter leichter zu ermitteln wären als Bankräuber, wäre noch zu klären. Menschen sind in solchen Dingen sehr erfinderisch.

Auch wenn das Verrechnungsgeld eingeführt werden würde, so würde die Höhe der umlaufenden Forderungen (Geld) immer noch schwanken. Der Staat würde mehr oder weniger von dem »ruhenden Stock« ausgeben, die Kredite in der Wirtschaft würden ebenfalls ihrer Höhe nach ständig schwanken. Im großen Ganzen wäre aber die umlaufende Geldmenge besser als heute beherrschbar. Die Erwartungen der Besitzer von Forderungen (Geld), daß sie hierfür jederzeit einen entsprechenden Gegenwert

erhalten, wäre sicherlich leichter zu gewährleisten, da die verfügbare Menge an Zahlungsmitteln über den Großrechner jederzeit zu erkennen wäre. Andererseits wäre es aber auch möglich, bei jedem Bürger jederzeit festzustellen, wofür er sein Geld ausgibt. Dies hätte andererseits wiederum den Vorteil, daß Geld nicht so leicht zu verbrecherischen Zwecken verwendet werden könnte. Auch Störungen des gesamten Wirtschaftsablaufs, wie z.B. die im Folgenden geschilderte Störung, wären nicht so leicht möglich, weil der Urheber ohne weiteres feststellbar wäre. Daß ein solcher Eingriff einer Bank in das Wirtschaftsgeschehen aber überhaupt möglich war, zeigt, wie sehr hier der Staat seine Schutzpflicht gegenüber den Bürgern bei seiner Gesetzgebung versäumt hat:

Im Jahr 1907 richtete es der Bankier John Pierpont Morgan so ein, daß alle Forderungen, die er, d.h. sein Bankhaus, an andere hatte, an einem einzigen Tage fällig wurden. Seine Schuldner waren also samt und sonders gezwungen, das geschuldete Geld spätestens an diesem Tage zur Verfügung zu haben. Einige Freunde Morgans, darunter auch Baruch, waren eingeweiht und wurden am Geschäft beteiligt. Bei den riesigen Summen, um die es sich handelte, brach an diesem Tage die gesamte Wirtschaft der USA zusammen. Es gab Massenkonkurse und Selbstmorde. Bei der weltweiten Verflechtung der Wirtschaft wirkte sich die Krise auch in Europa aus.¹²

Auch die »Weltwirtschaftskrise« 1929, die erst die »Machtergreifung« Hitlers ermöglichte, wurde in ähnlicher Weise »gemacht«! Und wer veranlaßt die derzeitige »Hochzinspolitik«, die zu weltweiter Arbeitslosigkeit und möglicherweise zu einem neuen großen Wirtschaftskrach führt?

Morgan »verdiente« an dem geschilderten »Unternehmen« gewaltig, konnte er doch schon kurz vor und besonders kurz nach dem Stichtag sein Geld zu weit überhöhten Zinsen ausleihen.

Besonders einschneidende politische Ereignisse (Krieg, Revolution), die eine Verknappung des Warenangebots befürchten lassen, können ebenfalls Wirtschaftskrisen hervorrufen. Dann aber wird der Wirtschaft das Geld nicht plötzlich entzogen, sondern es drängen alle verfügbaren Gelder, auch die vielen kleinen Sparguthaben, in rascher Folge auf den Markt. Es werden Sachgüter verlangt, die in diesem Umfange nicht verfügbar sind. Unter Umständen tritt sogar eine Panik ein. Die Preise steigen ins Ungemessene. Etwas Derartiges kann aber auch mit den besten geldtechnischen Maßnahmen nicht verhindert werden. Vertrauen läßt sich niemals durch technische Maßnahmen ersetzen. Eine Kreditwirtschaft wie die unsrige kann ohne Vertrauen nicht leben. Sie setzt Stetigkeit voraus. Jede Störung dieser Stetigkeit kann sie hemmen oder antreiben. Eine stetige Inflation, wie wir sie seit Ende des Zweiten Weltkriegs erleben und die zunächst die Wirtschaft zu Höchstleistungen antrieb, jetzt aber

durch gewaltig überhöhte Zinsen zum Gegenteil führt, wirkt vertrauenszerstörend und trägt zur aufkommenden Staatsverdrossenheit bei, die auch ein schwindendes Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit anzeigt.

2.5. Kapitallohn Zins

Der größte Antreiber unserer Wirtschaft ist der Kapitallohn Zins. Für jeden, auch den kleinsten geliehenen Geldbetrag wird heutzutage Zins gefordert. Dieser Zins ist eng verbunden mit Geld und Kredit und wird als das Selbstverständlichste in unserer Wirtschaft betrachtet. Auch die Wirtschaftswissenschaft geht von ihm als etwas Gegebenem aus, obwohl bei uns in früheren Zeiten ebenso wie bei allen jenen Naturvölkern, bei denen in der Neuzeit europäische Kolonisatoren eintrafen, der Zins völlig unbekannt war, und es obendrein sehr viel Mühe kostete, diese Völker zu veranlassen, ihr Geld auf die Banken zu bringen.

Hören wir hierzu die Ansicht eines Südseehäuptlings:

»Es gibt viele Weiße, die häufen ihr Geld auf, welches andere für sie gemacht haben, bringen es an einen Ort, der gut behütet ist, bringen immer mehr dahin, bis sie eines Tages auch keine Arbeiter mehr für sich brauchen, denn nun arbeitet das Geld für sie. Wie dies möglich ist ohne eine wilde Zauberei, habe ich nie ganz erfahren; aber es ist in Wahrheit so, daß das Geld immer mehr wird, wie die Blätter an einem Baum, und daß der Mann reicher wird, selbst wenn er schläft.«¹³

Wir wollen dieser »Zauberei« auf die Spur kommen und betrachten zunächst einmal, was die Wirtschaftswissenschaft zum Zins zu sagen weiß.

»Vor allem aber leistet das Kapitalzinsproblem Widerstand und gleicht einem Berge, dessen Bezwingung zwar von ausgezeichneten Bergsteigern oft versucht, aber nicht gelungen ist.

Kurz gesagt ist die Lage hier folgende: Die Erfahrung lehrt, daß ein Kapitalzins als gleichförmig wiederkehrende Erscheinung existiert. Demnach lautet die allgemeine Frage: Woher kommt der dauernde Güterzufluß, der dem Zinsbezieher zuströmt? Warum erhält er ihn und wodurch wird seine Größe bestimmt?«¹⁴ (Hervorhebung im Original.)

Kurz zusammengefaßt wird die Frage wie folgt beantwortet:

Kapital sei ursprünglich nur ein Konsumgüternvorrat gewesen. Je größer ein solcher Vorrat sei, umso länger dauernde und damit »ergiebigere Produktionsmethoden« könne man anwenden. Wer also der Wirtschaft Kapital zur Verfügung stelle, ermögliche es dieser, solche »ergiebigere Produktionsmethoden« anzuwenden, also deren Erzeugungsfähigkeit zu steigern. Diese wiederum rechtfertige einen Anspruch auf einen entsprechenden Anteil an der Mehrerzeugung. Aus diesem Mehr könne auch dieser Anteil

– Zins – bezahlt werden. Die Höhe des Zinses werde bei gegebener Lohnhöhe und Kapitalmenge durch die Erzeugungsmethoden bestimmt, die nach Abzug aller Kosten, einschließlich des Zinses, noch einen ausreichenden wirtschaftlichen Ertrag abwerfe.

Dies erscheint zunächst alles recht einleuchtend, doch, um den »Berg«, das Zinsproblem, bezwingen zu können, müssen wir zunächst untersuchen, was alles sonst noch zur Rechtfertigung des Zinses gesagt wird. Zusammengefaßt heißt es da:

1. den Geldverleihern entstünden Kosten,
2. das mit dem geliehenen Geld beschaffte Sachkapital nütze sich ab,
3. der Geldgeber bringe ein »Opfer«, denn er verzichte darauf:
 - a) sein Geld sofort zu verbrauchen (»Konsumverzicht« oder »subjektiver Kaufkraftschwund« genannt),
 - b) jederzeit über sein Geld verfügen zu können (genannt »Liquiditätsverzicht«),
4. es werde ein Wagnis eingegangen,
5. dem Geld- oder Kapitalgeber stehe ein Anteil am wirtschaftlichen Ertrag zu, der mit dem Geliehenen erzielt worden sei, weil eben – und damit kommen wir dann zum Ausgangspunkt zurück – mit dem Geld- bzw. Kapitaleinsatz »ergiebigere Produktionsmethoden« ermöglicht worden seien.

Was ist zu diesen fünf Punkten zu sagen?

1. *Kosten*: Es wird wohl niemandem einfallen, dem Geldverleiher Kosten nicht ersetzen zu wollen, die ihm durch das Verleihen seines Geldes entstehen. Wer anders als der, der Geld leiht, sollte diese Kosten auch zu tragen haben? Diese Kosten sind aber bei Geld am geringsten, im Gegensatz zu allen anderen Vermögenswerten, die auch verliehen werden. Diese Kosten entstehen aber einmalig und sind nahezu unabhängig von der Dauer der Leihe, auch weitgehend von der Höhe der geliehenen Summe, doch soll zugestanden werden, daß hohe Summen schwieriger zu beschaffen sind als niedrige. Dagegen spielt beim Zins die Leihsumme und die Zeit neben dem Zinsfuß die Hauptrolle, die Nebenrolle spielen die Kosten, die übrigens beim Darlehen dadurch abgegolten werden, daß von vornherein ein bestimmter Prozentsatz abgezogen wird: Es werden nur 98 v.H. oder weniger, nicht selten gar nur 92–95 v.H. der später zurückzahlenden Darlehenssumme ausbezahlt. Beim Kredit aber werden diese Kosten durch die Kreditprovision gedeckt. Ein zusätzlicher Zins ist also mit Kosten nicht zu begründen.

2. *Abnutzung*: Sachkapital nutzt sich entsprechend der Benutzungsdauer ab. Diese Abnutzung ist aber je nach Art des Gutes und seiner Benutzung sehr verschieden. Für diesen Verlust durch Abnutzung erfolgt in der Jahresabschlußrechnung, der Bilanz, eine Abschreibung, die sich ge-

winnmindernd auswirkt. Die Abnützung ist damit abgegolten. Nun soll der, der gezwungen ist, Geld zu borgen, über den Zins diese Abnutzung nochmals, und zwar dem Geldleiher, ersetzen. Das wäre doch zu viel des Guten. Diese Begründung für eine Berechtigung des Zinses ist die schlechteste von allen. Die Schuldforderung bleibt doch – trotz Abnutzung des beschafften Sachkapitals – in voller Höhe erhalten!

3. *Opfer*: Wird das Leihgeschäft gewerbsmäßig betrieben, liegt dem Geschäft bestimmt kein Opfer, sondern das Gegenteil, nämlich Gewinnstreben, zugrunde. Ein Opfer könnten also höchstens die Geldbesitzer bringen, die ihr übriges Geld auf eine Sparkasse oder auf eine Bank bringen, weil sie im Augenblick nichts Besseres damit anzufangen wissen und glauben, daß es bei diesen besser aufgehoben sei. Sollen sie hierfür noch belohnt werden? Umgekehrt wäre es doch richtiger, daß die Bank für die sichere Aufbewahrung etwas erhält!

Ein tatsächlicher *Konsumverzicht* liegt aber auch nicht vor. Das Geld wird doch nur deshalb zur Bank gebracht, weil diese Zinsen zahlt. Worin soll denn das Opfer bestehen? Wir haben zudem bei der Behandlung des Geldes erfahren, daß ein echter Konsumverzicht in unserer derzeitigen Wirtschaftsform gar nicht erwünscht ist. Verfügbares Geld soll auf ein Kreditinstitut gebracht werden, damit es über dieses der Volkswirtschaft zugeführt werden kann. Wozu dann einen Lohn für wirtschaftlich richtiges Handeln?

Allerdings ist es in einer Zeit, in der geglaubt wird, die Wirtschaft lenke sich mit Hilfe des Egoismus' aller ganz von selbst am allerbesten, verpönt, gesamtwirtschaftlich zu denken oder gar zu handeln. Wie sollte ein solches Denken in einer »pluralistischen Gesellschaft« überhaupt möglich sein? Gesamtwirtschaftliches Denken setzt einheitliches, zumindest ähnliches Denken voraus. Solches ist aber nur in kleinen, überschaubaren Gemeinschaften zu erwarten. Ohne Zinsvergütung würde heutzutage wohl kein Mensch Geld einer Bank anvertrauen.

Je größer das Wirtschaftsgebiet, umso schwieriger wird es nicht nur, die Vorgänge zu durchschauen, sondern auch die Menschen aus Einsicht dazu zu bewegen, volkswirtschaftlich richtig, d.h. im Sinne des Ganzen und damit letztlich auch seiner selbst zu handeln und nicht im Sinne derer, die aus der Undurchsichtigkeit Nutzen ziehen.

Und wie steht es mit dem angeblichen *Liquiditätsverzicht*?

Wer sein Geld zu Sparkasse bringt oder zu einer Bank, verzichtet gar nicht auf Liquidität (jederzeitige Verfügbarkeit). Er kann es selbst dann abheben, wenn es langfristig angelegt ist. Er muß nur eine Zinsdifferenz zahlen. Auch wenn er sein Geld in festverzinslichen Wertpapieren oder in Aktien anlegt, verzichtet er nicht darauf. Er kann seine Papiere jederzeit an der Börse verkaufen, wobei er noch etwas gewinnen, allerdings auch

verlieren kann. Eine tatsächliche Einschränkung der Liquidität liegt nur dann vor, wenn er sich mit seinem Geld unmittelbar an einer Offenen Handelsgesellschaft (OHG), sei es auch als »stillter« Gesellschafter, beteiligt. Auch wird die Liquidität eines Unternehmens bedroht, wenn die Kundschaft ihre Schulden nicht rechtzeitig bezahlt. Hierdurch entsteht in den allermeisten Fällen dem Unternehmer ein Schaden. Die Forderung von Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung ist somit gerechtfertigt. Darum wäre auch gegen einen Wechseldiskont nichts einzuwenden, wenn dieser zwar bei Einlösung bezahlt, aber bereits bei der Ausstellung des Wechsels dem Wechselschuldner in Rechnung gestellt würde, denn dieser schiebt ja das Zahlungsziel hinaus. Nicht gerechtfertigt ist jedoch eine Belohnung besonders pünktlicher Zahler durch Gewährung eines Abzugs (Skonto). Pünktliches Zahlen ist nach dem bereits Gesagten selbstverständlich. Selbstverständlichkeiten sollte man nicht belohnen.

4. *Entschädigung für ein eingegangenes Wagnis*: Falls tatsächlich ein Wagnis eingegangen wird, ist hierfür eine Entschädigung anzuerkennen. Die Höhe dieser Entschädigung sollte aber nur von der Höhe des eingegangenen Wagnisses abhängen. Dem könnte durch die Wahl des Zinsfußes Rechnung getragen werden, der sich ändern müßte, wenn das Wagnis sich ändert. Heutzutage wird aber der Zinsfuß nach ganz anderen Gesichtspunkten festgelegt, die wir noch kennen lernen werden. Besser als Zins wäre in jedem Falle eine angemessene Gewinnbeteiligung.

Wird Geld einer Großbank oder einer Sparkasse anvertraut, so wird höchstens ein verschwindend geringes Wagnis eingegangen, besteht hier doch ein von allen Banken und Sparkassen gemeinsam getragener Fonds, aus dem etwa eingetretene Verluste vor allem den kleinen Sparern erstattet werden. Im übrigen sind gerade diese Unternehmen in allererster Linie bei der Kredit- oder Darlehnsverleihung auf Sicherheiten bedacht, die die Höhe der von ihnen gewährten Darlehen oft um ein Vielfaches übersteigen. Darum sind auch die hohen Zinsforderungen dieser Unternehmen durch nichts gerechtfertigt. Im Grunde ist Zins demnach als Entschädigung für ein eingegangenes Wagnis ungeeignet.

5. *Anteil am wirtschaftlichen Ertrag*: Hier soll uns ein Beispiel zeigen, welche Wirrnis in Bezug auf den Zins selbst bei Reformern besteht, die das Übel eines grundsätzlich zu fordernden »Kapitalertrags« in anderem Zusammenhang sehr wohl erkannt haben. Da wird gefordert¹⁵:

»Da das Wesen der Arbeit durch seine Zweckmäßigkeit bedingt ist, muß auch ihre Aufspeicherung im Kapital zweckmäßig sein und einen Ertrag abwerfen«¹⁵.

Diese seltsame Logik zeigt von vornherein, daß sie auf schwachen Füßen steht. Noch mehr wird dies daraus erkennbar, daß ihr Urheber zwischen »echtem« Kapital, das aus Arbeit, und »unechtem«, das aus Boden-

rente entstanden ist, unterscheidet. Da erhebt sich unwillkürlich die Frage: Ist Kapital, das aus Arbeit entsteht, auch anders zu bewerten als Kapital, das aus dem Ertrag des Kapitals entstanden ist? Diese Frage liegt deshalb nahe, weil Ertrag aus Kapitalertrag, d.h. Zinseszins, abgelehnt wird! Eine Begründung, weshalb dies geschieht, wird geschickt mit der Bemerkung umgangen: *»Das Geld- und Kreditwesen sind nicht Gegenstand dieser Untersuchung«*¹⁶.

Wenn noch behauptet wird: *»... jedes Kapital muß sich verzinsen, weil es sonst nicht gebildet wird«*¹⁶, und es gäbe sonst keinen *»Fortschritt«*, also keine ergiebigeren Produktionsmethoden, so scheint dies auf den ersten Blick schon folgerichtiger gedacht zu sein. Doch, wie liegen die Dinge wirklich?

Zur Begründung dieser These dient folgendes Beispiel:

*»Ein Mann, der ein Bodenstück für den Unterhalt der Seinen mit unbewehrter Hand bestellt, erzielt ohne Zweifel in der Ernte den reinen Lohn seiner Arbeit, den ihm niemand streitig macht. Auch wenn er sich seine Arbeit durch Verwendung eines selbstgefertigten Spatens erleichtert und bei gleichem Arbeitsaufwand nun die dreifache Ernte erzielt, ist der Mehrertrag berechtigt, obgleich der Spaten echtes Kapital zur Erzeugung neuer Wirtschaftsgüter ist.«*¹⁷

Zweifellos ergab dieser Spaten eine *»ergiebigere Produktionsmethode«*. Aber, erzielte sein Erfinder mit ihm auf demselben Bodenstück wirklich einen höheren Ertrag? Hat er nicht nur die erforderliche Arbeit in kürzerer Zeit bewerkstelligt? In der neu gewonnenen Freizeit findet er für seine geistige und anschließend körperliche Arbeit, die zur Herstellung des Spatens führte, seinen *»Lohn«*. Die allermeisten Erfindungen wurden und werden doch zu dem Zwecke gemacht, menschliche Arbeit einzusparen. Das ist doch auch der Sinn aller heutigen *»Rationalisierungen«*. Und die Folgen, mehr *»Freizeit«*, sind uns als *»Arbeitslosigkeit«* bekannt.

Was sollte der Spatenerfinder mit einem höheren Ertrag auch anfangen? Er konnte sich und seine Familie auch bisher schon ernähren, und mehr als sich sattessen, ist höchstens gesundheitsschädlich. In seiner neu gewonnenen Freizeit aber kann er mittels Arbeit weitere Wirtschaftsgüter, vor allem noch bessere Werkzeuge, anfertigen. Dieses Mehr an Wirtschaftsgütern, das er jetzt herstellen kann, ist aber nicht der *»Ertrag«* des Kapitals *»Spaten«*, sondern Ertrag ehrlicher Arbeit in der mit Hilfe des Spatens gewonnenen Freizeit. Es ist richtig, wenn gesagt wird:

*»Ertrag gibt immer nur die Arbeit, die getan wird. Glaubt jemand, daß ihm seine »aufgespeicherte Arbeit« einen Ertrag einbringt, so täuscht er sich. Ein solcher Ertrag stammt immer aus der Arbeit eines anderen.«*¹⁸

Der ganz allgemein erhobene Anspruch des Kapitals auf einen Anteil am wirtschaftlichen Ertrag erweist sich also letzten Endes als durchaus

ungerechtfertigt. Und wir haben damit auch die Antwort auf die Frage: Woher kommt der dauernde Güterfluß, der dem Zinsbezieher zufällt?

Die Antwort lautet: Dieser Güterfluß entstammt der Arbeit anderer, deren gemeinsamer Lohn um den Zinsbetrag gekürzt wird.

Eucken beweist übrigens im Verlauf seiner Untersuchungen selbst, daß der Zins, gesamtwirtschaftlich gesehen, durchaus keine »zweckmäßige« Einrichtung ist. Er schreibt:

»Je niedriger der Zins . . . , desto höher die Ergiebigkeit der Produktionsfaktoren.«¹⁹

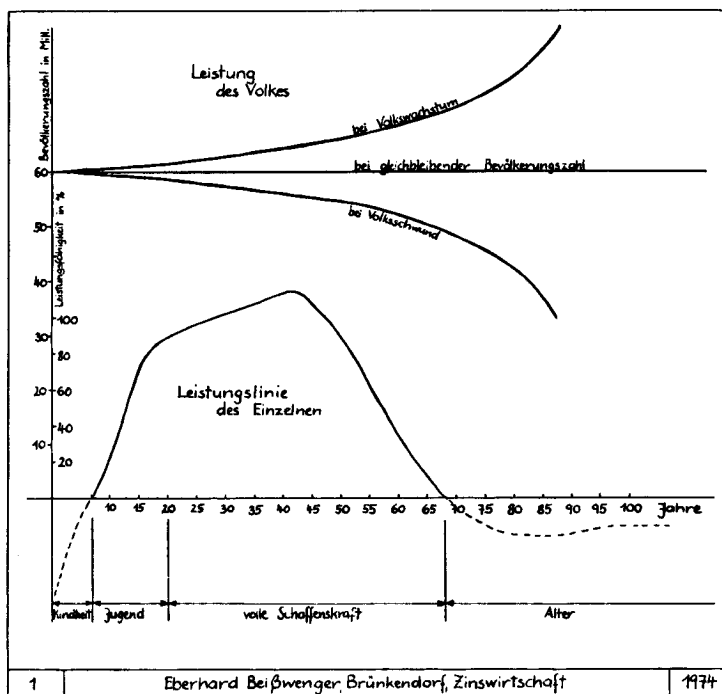
Das aber heißt in dürren Worten nichts anderes, als daß der Ertrag einer Volkswirtschaft durch den Zins herabgedrückt wird. Er ist also gesamtwirtschaftlich betrachtet schädlich.

Damit hätten wir den »Berg« bezwungen, den das Kapitalzinsproblem darstellt. Alle Begründungen, die seine Berechtigung beweisen sollten, erwiesen sich als unhaltbar, und es ergab sich darüberhinaus noch, daß er nicht nur jene, die um Lohn arbeiten, um ihren vollen Lohn bringt, sondern daß er die Anwendung der ergiebigsten Produktionsmethoden verhindert und damit die Allgemeinheit schädigt.

Daß durch den Zins eine Verschiebung des volkswirtschaftlichen Ertrags von den Arbeitenden weg hin zu den Vermögenden erfolgt, wäre noch nicht so schlimm, wenn diese gleichbleibend erfolgen würde. Weit schlimmer ist, daß der Kapitallohn mit der Zeit weit stärker ansteigt als der Arbeitslohn und immer Wenigeren zufließt, wie sich aus Folgendem ergibt.²⁰

Die Leistungskraft eines Volkes ist begrenzt. Sie entspricht der Summe der Leistungskräfte aller Menschen dieses Volkes. Die Leistungskraft der Einzelnen ist seitens der Versicherungsgesellschaften eingehend erforscht. Im nebenstehenden Schaubild ist im unteren Teil die »Leistungslinie« des Einzelnen dargestellt. Sie entspricht Mittelwerten. Die Leistungskraft des Volkes als die Summe der Leistungen aller Volksangehörigen erscheint im oberen Teil des Schaubildes. Sie stellt sich bei gleichbleibender Bevölkerungszahl als horizontale Linie dar. Nimmt die Bevölkerung laufend zu, steigt die Linie mit der Zeit immer stärker an. Sie fällt entsprechend, wenn die Bevölkerungszahl abnimmt.

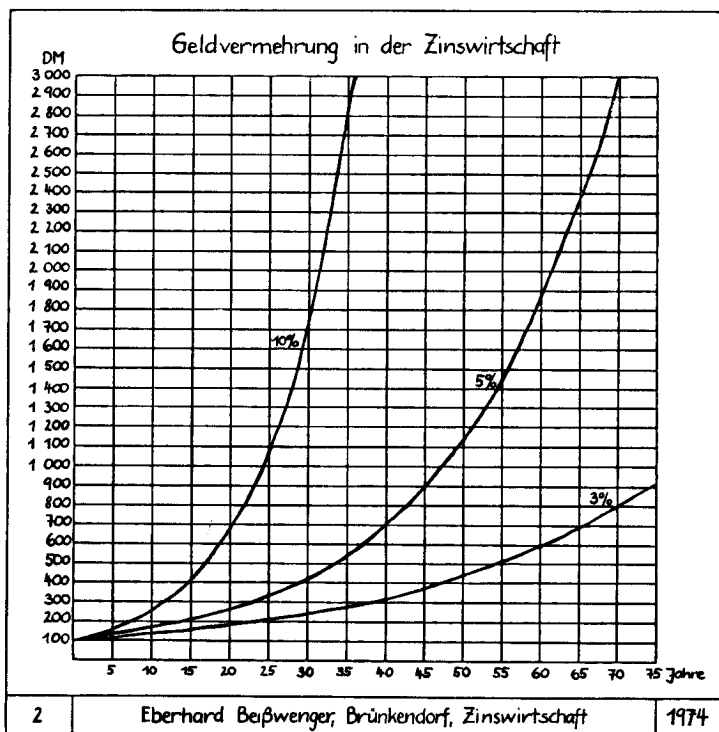
Alle Güter, die ein Volk haben will, seien sie lebenswichtig oder völlig überflüssiger Tand, müssen vom Volke selbst erzeugt werden. Auch alles in der Volkswirtschaft eingesetzte Kapital muß dieses Volk selbst erzeugen, und jedes Volk hat dieses Kapital auch erzeugt. Für alle die Güter, die ein Volk von fremden Völkern eintauscht, muß es in gleichem Umfange Tauschgüter erzeugen (z.B. Werkzeugmaschinen für Rohöl usw.). Auch für alle Zinsen, die gezahlt werden, muß jedes Volk einen entsprechenden Gegenwert erzeugen.



Der Verlauf der Leistungslinie des Einzelnen entspricht weitgehend auch dem Einkommen der Lohn- bzw. Gehaltsempfänger. Der Lehrling erhält einen geringen Lohn. Hat er ausgelernt, steigt der Lohn zunächst rasch und erreicht im Mittel bei 45 bis 50 Jahren den Höchststand. Der Verlust des Arbeitsplatzes in höherem Alter bedeutet auch fast stets ein Absinken der Entlohnung, wenn überhaupt ein neuer Arbeitsplatz gefunden wird. Ab 50 steigt die Frühinvalidität stark an, und mit 65 tritt auch der Letzte der Lohnempfänger in den Ruhestand. Von da an »verdient« er selbst nichts mehr, denn die Renten werden von denen bezahlt, die arbeiten. Unter bestimmten Umständen muß der Staat aus Steuern noch zuschießen, die aber auch alle von den Arbeitenden erwirtschaftet werden müssen.

Ganz anders verhält sich das Einkommen aus Kapitalbesitz, der Zins. Er wird bezahlt, ob der Kapitalbesitzer ein Kind oder ein Greis ist, ob er

selbst arbeitet oder sich als »Playboy« amüsiert, ob er wacht oder schläft, Tag und Nacht, jahraus, jahrein. Selbst die Erben bekommen den Kapitallohn sofort weiterbezahlt. Falls nicht der gesamte Kapitallohn verbraucht wird, was ab einer gewissen Vermögenshöhe kaum mehr möglich ist, wird zusätzliches Kapital gebildet, das sofort wiederum seinen Lohn verlangt und erhält. Die Gesamtsumme des Kapitallohnes steigt. Schaubild 2 zeigt, wie das Einkommen aus Zins ansteigt, wenn Jahr für Jahr ein bestimmter Prozentsatz neu »angelegt« wird, weil er nicht verbraucht wird.



Hier wurden die Linien für drei verschiedene Prozentsätze aufgezeichnet, um zu zeigen, wie rasch mit steigendem Zinsfuß auch der Zinseszins mit den Jahren ansteigt. Bei 3 % tritt nach etwa 23 Jahren, bei 5 % bereits nach etwa 15 Jahren und bei 10 % schon nach 7 Jahren eine Verdoppelung des Kapitals und damit natürlich auch des Zinsertrags ein. Die Zinsbelastung der Volkswirtschaft ist nach 50 Jahren bei 3 v.H. auf nahezu das 3,5fache, bei 5 v.H. auf über das 11fache gestiegen, und sie hat bei 10 v.H.

bereits nach 35 Jahren das 28fache erreicht! Soweit die Theorie, die aber durch die Praxis nicht nur bestätigt, sondern sogar noch übertroffen wird.

»Wenn man die Zeit seit Gründung der BRD in Jahrsiepte einteilt und jeweils die investierte Kapitalmenge betrachtet, begann es 1949 mit 20 Milliarden, vier Jahrsiepte später – 1977 – waren schon 3 Billionen DM investiert (laut Hans Martin Schleyer . . . in einer seiner letzten Reden).«²¹

Es war also nach 28 Jahren das 150fache investiert! Wobei allerdings zu bedenken ist, daß ein ungeheurer Nachholbedarf vorlag. Nichts als diese Wirklichkeit könnte deutlicher zeigen, daß es Wahnsinn wäre anzunehmen, die Wirtschaft könne ewig weiterwachsen, namentlich, wenn wir weiter hören:

»Wenn man diese exponentielle Kurve [die Kurve, die sich aus den vorgenannten Zahlen ergibt] in das fünfte Jahrzehnt extrapoliert, wird der Kapaldienst – also Zins und Rendite – etwa 3/4 des Sozialproduktes fressen. Dazu kommen die Steuern, die heute schon über 40 v.H. des Sozialproduktes ausmachen.«²²

Wie soll unter diesen Umständen die derzeitige Finanzkrise in allen Staaten beseitigt werden? Die ständig zunehmenden Zinsforderungen als Folge des »Wirtschaftswachstums« sind doch die Ursache für diese Krise!

Vor dem ersten Weltkrieg waren die Folgen des Zinses nicht ohne weiteres erkennbar. Erstens war der übliche Zinsfuß gegenüber heute sehr niedrig (Leitzins unter 4 v.H. anstatt heute 14 v.H.), und zweitens wuchs die Bevölkerung stark an. Heute aber geht die Bevölkerungszahl in den Industrienationen eher zurück. Wenn jetzt Kapital investiert wird, dient es dazu, Arbeitsplätze, die hohe Lohnkosten erfordern, wegzurationalisieren. Arbeitslosigkeit ist die zwangsläufige Folge, und um diesen »Sachzwang« zu beseitigen, haben die Politiker aller Parteien noch immer kein besseres Rezept als »Wirtschaftswachstum«. Wie sollten sie auch! Die Wirtschaftler und selbst die Wissenschaftler wissen kein besseres, am wenigsten die Wirtschaftler, die die Wirtschaft beherrschen, die Banken, ist doch der Zins eine ihrer Haupteinnahmequellen.

Der Kapitallohn Zins darf nicht mit dem Unternehmergewinn verwechselt oder in einen Topf geworfen werden. Der Unternehmergewinn ist abhängig von der Leistung des Unternehmers, vor allem bei der Abschätzung des Wagnisses, das er einzugehen bereit ist, und natürlich auch von der Geschäftslage. Dieser Gewinn ist gerechtfertigt und sollte zumindest so hoch sein, daß er einem angemessenen Arbeitslohn des Betriebsinhabers entspricht. Andernfalls sollte der Betrieb eingestellt werden. Der Zins aber fließt ohne Rücksicht auf Leistung, Geschäftslage und Wagnis, er erfordert keinerlei Leistung des Geldgebers. Ein Unternehmergewinn in angemessener Höhe ist berechtigt, ein Kapitallohn allein, ohne jede Leistung, nicht.

Ich bin nicht der erste, der auf die Nichtberechtigung der Zinsforderungen hingewiesen hat. Es wurden schon zahlreiche Vorschläge für die Beseitigung des Zinses gemacht. Sie blieben samt und sonders fast völlig unbeachtet. Die Gewöhnung der Menschen an die herrschenden Zustände sorgt dafür, daß jede Veränderung abgelehnt wird. Nur mit Einsatz einer ungeheuren Werbung könnten diese überwunden werden. Doch über das dazu nötige Geld verfügen die Nutznießer des Systems! Das aber ist noch nicht das Schlimmste. Den herrschenden Zuständen liegen ganz bestimmte Denkungsarten zugrunde, die Vernunftgründen kaum zugänglich sind und daher ein ungeheuer zähes Leben haben. Sie entspringen den herrschenden Ideologien.

3. Ideologien und Religionen

Eine Ideologie ist eine »wirklichkeitsfremde Vorstellung von der Welt und den Menschen«²³ oder »reine Theorie, Unwirklichkeit.«²⁴ Diese einst allgemein gültige Auffassung hat sich mit der Zeit geändert:

»Karl Marx übernahm den Begriff in den Dialektischen Materialismus, indem er das »Bewußtsein« als Ausdruck des »gesellschaftlichen Seins«, d.h. der Klasseninteressen hinstellte. [Auch] in der gegenwärtigen Soziologie wurde der Begriff I. seiner negativen Bedeutung entkleidet.«²⁴

Dies ist einerseits sehr bedauerlich, wurde doch dadurch der gewaltige Unterschied zwischen erkannter Wirklichkeit und bloßer Theorie, d.h. einer Annahme, um bestimmte Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen besser erklären zu können, verwischt. Die Soziologie bedarf solcher Theorien, solange wesentliche Fragen menschlichen Seins noch nicht einwandfrei wissenschaftlich geklärt sind. Dabei sollte aber nie vergessen werden, daß Ideologien zwar in sich logische Gedankengebäude sein können, aber z.T. auf keinen sicheren wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, sondern auf Annahmen, die u.U. sehr stark von der Wirklichkeit abweichen.

Die Vertreter von Ideologien vergessen dies allerdings nur allzuleicht. Sie behaupten von vornherein, ihre ideologischen Denkgebäude seien unumstößliche Wahrheit, und sie sind äußerst erbost, wenn man dies nicht anerkennen will. Der Marxismus bietet dafür das beste Beispiel. Seine Vertreter geben einerseits offen zu, daß er und seine angeblich philosophische Grundlage, der Dialektische Materialismus (Diamat), eine Ideologie seien, und behaupten andererseits, die hieraus abgeleitete Gesellschaftsordnung sei die einzig richtige.

Der Diamat nimmt auch zur Religion Stellung. Allerdings ist diese insofern negativ, als Gott geleugnet wird. Trotzdem aber können wir den Diamat als Religion betrachten, nur eben als negative Religion.

Niemand wird leugnen, daß die marxistische Weltanschauung mit ihrem Diamat einen gewaltigen Einfluß auf das Denken und Handeln der Menschen, darunter auch auf Wirtschaft und Politik, ausübt. Ihre Vertreter maßen sich sogar an, die Formen menschlichen Zusammenlebens in jeder Hinsicht zu bestimmen, und tun dies auch in den von ihnen beherrschten Völkern.

Demgegenüber herrscht in den weitgehend christlich bestimmten Völkern die Ansicht vor: Religion habe weder mit Politik noch mit Wirtschaft irgend etwas zu tun. Von der Wirtschaft wird überdies vielfach noch gesagt, sie habe mit Moral bzw. Ethik nichts zu tun. Wir können dazu nur sagen: Was für die marxistische Weltanschauung gilt, gilt auch für die christliche und alle anderen Weltanschauungen. Die Richtung des Denkens und Handelns der Menschen wird ganz erheblich von ihrer Weltanschauung bestimmt. Jeder gläubige Christ wird sich bemühen, so zu handeln, wie er glaubt, daß es seinem Gotte wohlgefällig sei. Das wird nur deshalb selten bemerkt, weil er dies ganz selbstverständlich tut, ohne lange Überlegung, ist er doch in dieser Weltanschauung erzogen und groß geworden, und was er in der Jugend gelernt hat, wird als ganz selbstverständlich und richtig erachtet. Selbst sehr viele, die sich vom Christentum lossagten, haben damit längst nicht alle Vorstellungen dieser Lehre abgestreift. Ein solches Abstreifen ist auch für jeden sehr schwer, der in diesen Vorstellungen aufgewachsen ist und überdies in einer Gesellschaft lebt, die noch weitgehend von christlichen und davon abgeleiteten Anschauungen durchdrungen ist. Besonders die Beeinflussung im Kindes- und Jugendalter, die noch immer von staatswegen in den Schulen stattfindet, sorgt dafür, daß christliche Vorstellungen nicht rasch überwunden werden können, auch nicht in der Wirtschaft und der Politik.

Die Bibel lehnt in beiden Testamenten den Kapitalismus nicht etwa ab, sondern empfiehlt ihn. Nicht irgendwelche »Auslegungen« sind für uns maßgebend, sondern allein die überlieferten Texte, denn diese liegen fest und haben sich ausgewirkt. Es interessiert uns in unserem Zusammenhang nicht, ob sich die Wissenschaftler streiten, ob Jesus überhaupt je gelebt hat. Auch kümmern wir uns nicht um den Streit der Theologen, ob die Evangelien wahres Geschehen übermitteln oder Legende sind oder gar nur dazu erdacht worden sind, um auf ihnen eine Priesterherrschaft errichten zu können. Wir kümmern uns auch nicht um die Unterschiede der verschiedenen Konfessionen und Sekten, auch nicht darum, daß im Grunde eigentlich jeder Christ sein eigenes Christentum hat, nämlich das, was er sich selbst aus dem gebildet hat, was ihn gelehrt wurde, und was er sich selbst an Vorstellungen schuf, vor allem von der Person Jesu, des angeblichen Stifters dieser Religion. In die Person Jesus legt er doch das Ideal eines Menschen hinein, das er sich bis zu einem gewissen Grade selbst gebildet hat.

Trotz aller dieser individuellen Christentümer besteht in den christlichen Völkern eine ziemlich einheitliche Lebensordnung, gehen doch die Beeinflussungen im Kindes- und Jugendalter und oft noch danach von denselben Texten aus, die dann jeder nur individuell für sich glaubhaft macht. An einem einzigen Beispiel soll hier gezeigt werden, wie »kapitalistisch« Jesus – nach der Bibel – gedacht hat, und zwar am »Gleichnis von den anvertrauten Pfunden«:

»Und der dritte kam und sprach: Herr siehe da, hier ist dein Pfund, welches ich habe im Schweißstuch behalten; ich fürchtete mich vor dir, denn du bist ein harter Mann: du nimmst, was du nicht gelegt hast, und erntest, was du nicht gesäet hast. Er sprach zu ihm: Aus deinem Munde richte ich dich, du Schalk. Wußtest du, daß ich ein harter Mann bin, nehme, was ich nicht gelegt habe, und ernte, was ich nicht gesäet habe? Warum hast du dann nicht mein Geld auf die Wechselbank gegeben? Und wenn ich gekommen wäre, hätte ich's mit Zinsen gefordert. Und er sprach zu denen, die dabei standen: Nehmet das Pfund von ihm und gebt's dem, der zehn Pfund hat. Und sie sprachen zu ihm: Herr, hat er doch zehn Pfund. Ich sage euch aber: Wer da hat, dem wird gegeben werden; von dem aber, der nicht hat, wird auch das genommen werden, das er hat. Doch jene meine Feinde, die nicht wollten, daß ich über sie herrschen sollte, bringet her und erwürget sie vor mir.«²⁵

Ein rein auf Profit ausgerichtetes Verhalten wird hier von Jesus gefordert und überdies jeder, der ihn nicht als Herrn über sich anerkennen will, mit dem Tode bedroht! Wir wundern uns daher nicht, daß der Calvinismus lehrt, daß das Erringen von Reichtum ein Beweis für ein Gott wohlgefälliges Leben sei!

Es würde den Rahmen unserer Betrachtungen sprengen, wollten wir hier die Lehren des Christentums oder auch des Diamat eingehender betrachten. Im Verlauf meiner Ausführungen werden wir noch öfters Gelegenheit haben, auf sie einzugehen, um zu zeigen, welch starken Einfluß die Glaubenslehren, seien es Religionen oder Ideologien, auf das Leben der Völker ausüben. Dabei wird sich zeigen, wie durch und durch kapitalistisch bzw. materialistisch die biblischen Lehren sind. Daran ändern auch manche Stellen in der Bibel nichts, die als idealistisch erscheinen, wie z.B.:

»Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motten und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben und stehlen . . . Denn wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz.«²⁶

Wie ein roter Faden durchzieht das neue Testament die Lehre von der Vergeltung für alles Tun. Für gutes Handeln wird dereinst ein Eingehen ins Himmelreich mit ewiger Seligkeit, für schlechtes die ewige Verdammnis in der Hölle versprochen. Durch solche Lehren wird bei den meisten

Menschen zweckfreies, wahrhaft idealistisches Denken, Wollen und Handeln erstickt und materialistisches gefördert.

Wie der Marxismus, so behauptet auch das Christentum, unumstößliche Wahrheit zu sein. Dies zu glauben, diene jedem Menschen zu seinem Heile. Wer dies nicht glaubt, ist nach beiden Lehren ein »Ketzer« oder »Abweichler« und zu verfolgen. Glaubens- und Gewissensfreiheit wird von Vertretern solcher Lehren nur dann gefordert, wenn sie nicht mehr im Besitze der Alleinherrschaft sind. Beide Lehren stehen auf dem Standpunkt, daß sie, da sie ja angeblich die Wahrheit vertreten, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hätten, über alle Menschen und Völker zu herrschen. Ihre Aufgabe sei, so glauben sie:

»Und ich habe noch andere Schafe, die sind nicht aus diesem Stalle; und dieselben muß ich herführen, und sie werden meine Stimme hören und wird eine Herde und ein Hirte werden.«²⁷

Dieses »Herführen« geschah und geschieht noch immer weitgehend mit Gewalt, und zwar nicht nur physischer Gewalt, sondern auch psychischer. Ein sehr beliebtes Mittel ist dabei der Rufmord. Wer nicht Christ ist, der ist Atheist und schon allein dadurch minderwertig. Wer den Marxismus ablehnt, so meinen die Marxisten, kann nicht klar denken oder sei ein unverbesserlicher Imperialist. Daß der Marxismus selbst imperialistisch ist, das können nur Böswillige behaupten, denn der Marxismus will doch nur alle Menschen »glücklich« machen!

In allen Machtgebilden steht an der Spitze eine Einzelperson oder eine Gruppe Gleichrangiger als Herrscher. Jeder Herrscher braucht, sobald seine Herrschaft einen verhältnismäßig kleinen Umfang überschreitet, Helfer, die ihn bei der Ausübung seiner Herrschaft unterstützen. Wird der Machtbereich größer, dann teilen sich diese die Arbeit. Die einen beraten den Herrscher und schlagen ihm vor, was zweckmäßigerweise zu geschehen hat. Es sind die »Planer«. Die anderen haben dann das Geplante in die Tat umzusetzen. Es sind die »Ausführer«.

Sämtliche menschlichen Herrschafts- und Machtgebilde sind in dieser Art hierarchisch aufgebaut, die Staaten wie die Kirchen oder die Geheimorden. Selbst die Wirtschaft, die ja auch eine Macht darstellt, ist in ähnlicher Weise aufgebaut, nur in unserer sogenannten freien Wirtschaft sind die drei Gruppen nicht so klar zu trennen, wogegen sie im Marxismus klar abgrenzbar sind. Je größer der Machtbereich, desto größer wird auch der hierarchische Aufbau. Die Planer werden dann selbst zu Herrschern, die Ausführer zu Planern, was sich über mehrere Stufen fortsetzen kann. Am Ende stehen die Sklaven bzw. die Beherrschten.

Der beste, allerdings verborgen wirkende Helfer für jeden Herrscher ist eine unter den Untertanen wirkende Glaubenslehre bzw. Ideologie. Das Bündnis zwischen »Thron und Altar« wurde auch in unserer »Demokra-

tie« nicht aufgeben. Dieses Bündnis ist vor allem in Art. 7 GG. verankert. Danach ist »der Religionsunterricht . . . in den öffentlichen Schulen . . . ordentliches Lehrfach«. Dies bedeutet: In den staatlichen Schulen wird fast die gesamte Jugend im Christentum erzogen. Damit ist der Bestand dieser Lehre gesichert, beginnt diese Erziehung doch schon in einem Alter, in dem die Urteilskraft noch kaum entfaltet ist und gutgläubig übernommen wird, was die Erwachsenen lehren. Wird die Lehre dazuhin noch mit dem Nimbus des Heiligen und höchster Autorität umkleidet und durch Höllenverängstigung abgesichert, so sitzt sie bei vielen für alle Zeit so fest, daß sie, sobald dieser Glaube berührt wird, ihre Denkkraft ausschalten und sich u.U. sogar wie verblödet zeigen. Dieses Fehlverhalten hat erstmals der Psychiater Kraepelin unter dem Begriff »Induziertes Irresein« wissenschaftlich näher beschrieben, es kann – muß aber nicht – durch Wachsuggestion erreicht werden. Die Suggestion ist bei allen heute vorhandenen Glaubenslehren das beliebteste Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Macht. Sie bedienen sich ihrer auch, um Angriffe der Wissenschaften abzuwehren, wobei es ihnen sogar gelingen kann, daß die Gläubigen sagen: »credo quia absurdum est«, ich glaube es, weil es widersinnig ist!

Auch der Konkurrenzkampf zwischen Christentum und Marxismus dient vortrefflich deren Erhaltung, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß der Marxismus nur zu dem Zwecke erfunden und verbreitet wurde, um jene einzufangen und ideologisch zu binden, die infolge der unglaublich gewordenen Christenlehre zu Materialisten geworden waren. Auf alle Fälle hat dieser Konkurrenzkampf eine stark antreibende Wirkung auf die Wirtschaft in beiden Systemen ausgeübt, ganz abgesehen davon, daß eine solche auch durch ihre Lehren selbst bedingt wird.

Die schönen Worte »Freiheit«, »Selbstbestimmung« und »Wahrheit« werden nur als Köder benutzt, um die Gewalt und die Herrschsucht, die hinter ihnen lauert, zu verdecken. »Wahrheit« bedarf der Freiheit und Selbstbestimmung, um sich durchsetzen zu können, aber niemals der Gewalt:

»Der Charakter der Wahrheit ist ganz anders, sie bedarf keiner Waffen, um sich zu verteidigen, und keiner Gewalttätigkeit, um die Menschen zum Glauben zu nötigen. Sie braucht sich nur zu zeigen und sobald ihr hellstrahlendes Licht die Wolken zerteilt hat, wohinter sie verborgen war, so ist sie ihres Triumphes sicher.«²⁸

Dieses Wort Friedrichs des Großen von Preußen bedarf noch der Ergänzung: Die Wahrheit ist nur dann und so lange ihres Triumphes sicher, solange es Menschen gibt, die sie furchtlos aussprechen, denn die Herrschenden wenden alle Mittel an, um Wahrheiten, die ihnen bzw. ihrer Herrschaft gefährlich werden könnten, zu unterdrücken.

Das hohe Gut des Menschen, »Geistesfreiheit«, muß darum ständig verteidigt werden. Sie ist nicht nur in Diktaturen bedroht, sondern auch in Regierungssystemen, die aus »demokratischen Wahlen« hervorgegangen sind, denn es sei *»viel einfacher, über einen Haufen Ignoranten zu herrschen als ein denkendes Volk zu regieren«*, meinte ebenfalls Friedrich der Große. Man bemühe sich einmal nachzuforschen, inwieweit in der Bundesrepublik Deutschland »Meinungsfreiheit« besteht und inwieweit sie seit ihrem Bestehen durch Gesetz eingeschränkt wurde! Und noch immer werden hierzu neue Gesetze gefordert!

Wenn heute die Kirchen die wie Pilze aus der Erde schießenden Jugendsekten bekämpfen, so nur aus Konkurrenzneid. In Wirklichkeit verhindern diese Sekten genau so ein Freiwerden von Zwängen wie die bereits herrschenden Irrlehren.

Wir haben einige wichtige Auswirkungen der in den Völkern herrschenden dogmatischen Lehren aufgezeigt. Die folgenden Betrachtungen werden die Richtigkeit unserer Darlegungen erhärten.

4. Wirtschaftsverbände

Wirtschaftsverbände werden zu dem Zwecke gegründet, den Verbandsmitgliedern Vorteile im Wirtschaftsleben zu verschaffen. Ihre Tätigkeit hat also auf alle Fälle einen Einfluß auf das Wirtschaftsleben. Dieser aber kann sowohl antreibend wie auch hemmend sein.

Bisher haben sich bei uns sämtliche Wirtschaftsverbände nur bemüht, die Wirtschaft zu fördern, wenn man auch bei den Gewerkschaften manchmal den Eindruck hatte, sie wollten mit Hilfe ihrer hohen Forderungen auf höhere Löhne und mehr Freizeit die Wirtschaft hemmen. Diese hohen Forderungen bewirkten aber einerseits nur eine gesteigerte »Rationalisierung« der Wirtschaft mit der Folge der Freisetzung von Arbeitskräften. Andererseits aber veranlaßten die hohen Löhne die Unternehmer, ihre Betriebe in Billiglohnländer zu verlagern, was ebenfalls zur Freisetzung einheimischer Arbeitskräfte führte.

Weltwirtschaftlich gesehen brachte es uns nur das Übel der Arbeitslosigkeit. Um die arbeitslos Gewordenen wieder in den Wirtschaftsablauf einzugliedern, bemühen sich jetzt die Gewerkschaften um eine weitere Verringerung der Arbeitszeit. Das wird sicherlich, wie schon seither, einen erhöhten Streß für die Arbeitenden zur Folge haben, auch werden Maschinen noch mehr als seither die Fertigungszeiten bestimmen, denen sich der Mensch anpassen muß. Nicht der Mensch bestimmt mehr die Arbeitsgeschwindigkeit, sondern die Maschine. Diese aber wird, um möglichst »rationell« zu arbeiten, so rasch wie irgend möglich laufen.

Hier zeigt sich, daß unsere Rationalisierung der Wirtschaft zwar für die Unternehmer sinnvoll ist, wenn diese einseitig von dem Gedanken getrieben werden, für sich bzw. ihre Unternehmen möglichst viel Geld zu erwirtschaften, daß sie aber für die in der Wirtschaft Arbeitenden zumindest recht zweifelhaften Wert besitzt. Die Arbeitenden erkaufen höhere Löhne und mehr Freizeit mit höherem Streß, mit höherer Nervenanspannung. Ob die Verkürzung der Arbeitszeit dies ausgleicht, ist sehr fraglich. Was hat der Mensch von einer Arbeitsverkürzung, wenn er schon vor Erreichung der Altersgrenze krank wird oder gar stirbt? Ich meine, es wäre an der Zeit, daß sich die Gewerkschaften überlegten, ob sie nicht ganz andere Forderungen stellen sollten, Forderungen, die nicht weitere Rationalisierung mit Streßsteigerung zur Folge haben, sondern solche, die die Arbeit wieder ruhiger, behäbiger machen, auch wenn dann keine Erweiterung der Freizeit mehr möglich sein sollte.

Da offensichtlich die Gewerkschaften nicht das Wohlergehen ihrer Mitglieder als oberstes erstrebenswertes Ziel erachten, sondern die Erringung der wirtschaftlichen Macht und sich hierzu voll und ganz in die herrschende Wirtschaftsordnung eingegliedert haben, werden wir auf ein hemmendes Handeln – wie vorgeschlagen – vergeblich warten.

Bei den Unternehmerverbänden und den Industrie- und Handelskammern können wir nur Maßnahmen erwarten, die antreibend wirken und ein Wirtschaftswachstum erbringen sollen.

Nun gibt es auch Verbraucherverbände. Blasen auch sie in dasselbe Horn? Sie haben sich zum Ziele gesetzt, dafür zu sorgen, daß der Verbraucher möglichst gute Ware möglichst preisgünstig erhält. Sicherlich ein lobenswertes Beginnen! In unserer heutigen Wirtschaft bedeutet dies aber nichts anderes, als eine weitestgehende Unterstützung der herrschenden Wirtschaftsordnung mit all ihren Nachteilen.

Zusammenfassend können wir sagen: Alle bestehenden Wirtschaftsverbände unterstützen unsere derzeitige Wirtschaftsordnung und wirken damit antreibend auf die Wirtschaft. Nach dem, was wir bei der Betrachtung der Auswirkungen der Ideologien erfahren haben, war eigentlich nichts anderes zu erwarten, als daß alle diese Verbände die zum Kapitalismus gehörende »Soziale Marktwirtschaft« bejahen.

5. Der Staat

Nach allgemein vorherrschender Auffassung soll auch unsere Bundesregierung entsprechend dem von ihren Mitgliedern zu leistenden Eid ihre »Kraft dem Wohle des Deutschen Volkes widmen, Schaden von ihm wenden . . .«²⁹ Eigentlich kann keine Regierung für größtmögliche Freiheit

der Staatsbürger und zugleich für deren Wohlergehen sorgen, sind doch darüber, was ihrem Wohle dienlich ist, die Staatsbürger sehr verschiedener Meinung.

Da meinte z.B. einst ein Papst in einer Bulle: »Dem römischen Pontifex unterworfen zu sein, ist für jede menschliche Kreatur zu ihrem Heile notwendig«³⁰, womit er dem Verlangen des Jesus von Nazareth gerecht wurde:

»Doch jene, meine Feinde, die nicht wollten, daß ich über sie herrschen sollte, bringet her und erwürget sie vor mir«²⁵, und: »Wer nicht mit mir ist, ist wider mich«³¹ Wer dieses »Heil« oder »Wohl« nicht wünschte, der wurde einst als Ketzer bei lebendigem Leibe verbrannt.

Der Marxismus ist genauso unduldsam, verfolgt Andersdenkende und tötet sie. Man denke nur daran, wie in den marxistischen Ländern diejenigen verfolgt werden, die den Marxismus anders auslegen als die Herrschenden.

Und im »Westen« herrscht ebenfalls Unduldsamkeit. Auf welche Art und Weise wird hier zum Beispiel versucht, die Gegner der »friedlichen« Nutzung der Atomkernspaltung zu kriminalisieren, um deren Widerstand zu brechen!

Es würde genügen, wenn die Staatsregierungen nur die Aufgabe hätten, die Erhaltung ihrer Völker und deren Freiheit zu sichern und Schaden von ihnen zu wenden, und es den Staatsbürgern überließen, für ihr Wohl selbst zu sorgen. Es wären trotzdem noch genügend Zwistigkeiten innerhalb der Völker und zwischen ihnen möglich. Auch dann noch könnte ein Präsident der USA auf den Gedanken kommen, er hätte das Recht, die Ölländer zu überfallen, um zu verhüten, daß sein Land Schaden erleide. Irgendwelche Glaubenslehren hätten es dann aber nicht mehr so leicht, unter der Behauptung, für das »Heil« der Völker besorgt zu sein, die Staatsregierungen dazu zu gewinnen, ihnen bei ihrer Machtausweitung Hilfsdienste zu leisten.

Dem Streben der meisten Vertreter von Ideologien, ihre Ideologien und die damit verbundenen staatlichen und über-staatlichen Machtsysteme weltweit durchzusetzen, steht – zumindest unterschwellig – das Streben der Völker nach Freiheit, Frieden und Eintracht gegenüber. Deshalb glauben auch Anarchisten, zur Verwirklichung eines Weltfriedens sei es am besten, auf jeden Staat zu verzichten. Es müsse unter Menschen genau wie bei Tieren ohne einen solchen gehen. Sie glauben, absolute Freiheit und Gleichheit, verbunden mit kleinen Kunstgriffen, wie z.B. beim Geldwesen⁴, würden ausreichen, Frieden und Eintracht in und unter den Völkern zu sichern. Dabei vergessen sie ganz, daß irgend jemand diese Kunstgriffe nicht nur zu erfinden hat, sondern auch die Macht haben muß, sie einzuführen und durchzusetzen. Und wer sorgt dafür, daß die Freiheit nicht in Zügellosigkeit ausartet? Das Wesentlichste aber, was sie

übersehen, ist, daß den Tieren von Natur aus nur ein ganz kleiner Spielraum für eigenständiges Handeln innerhalb von Zwangstatenketten, Instinkt genannt, belassen ist, der Mensch aber volle Entscheidungsfreiheit besitzt, nicht nur Einzelwesen zu töten, sondern sogar ganze Tierarten, ja alles Leben auf Erden zu vernichten. Dies ist heute so deutlich geworden, daß sich die immer größer werdenden Lebensschutz- und Friedensbewegungen gebildet haben. Kein Tier kann überdies seiner eigenen Natur zuwiderhandeln. Der Mensch kann es.

Meines Erachtens ist der Staat der beste, dem es gelingt, mit möglichst wenig Zwang, auch Sachzwängen, die er selbst sich schafft, ein Höchstmaß an Frieden im Innern und nach außen bei gleichzeitiger Gewährung höchstmöglicher Freiheit des Einzelnen zu erreichen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, verfügt der Staat im Innern über die Mittel Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, nach außen über Außenpolitik und Wehrmacht.

5.1. *Außenpolitik*

Die Außenpolitik kann dazu benutzt werden, die Wirtschaft anzutreiben. Zum Beispiel wird jeder Krieg sofort jede, auch die größte Wirtschaftsfalte beseitigen, ja sogar die Wirtschaft aller am Krieg beteiligten Völker aufs äußerste beanspruchen und auch die von Neutralen befruchten. Er vernichtet aber auch in hohem Maße Sachwerte, Kapital. Die Behauptung der Marxisten, die »Kapitalisten« hetzten zum Kriege, falls ihre Wirtschaft zusammenzuberechnen droht, kann daher nur dann richtig sein, wenn die Kriegshetzer so stark sind, daß sie unter allen Umständen sich selbst vor Zerstörung von Vermögenswerten sichern können. Wer anderes wird schon so etwas aus wirtschaftlichen Gründen in Kauf nehmen, wo doch niemand mit Sicherheit den genauen Verlauf eines Krieges voraussehen kann.

Alle Völker erstreben den Frieden, es sei denn, sie wurden ideologisch verhetzt und hätten infolgedessen ein »Sendungsbewußtsein«. Deshalb müssen vor jedem, von wem auch immer gewünschten Krieg alle in Betracht kommenden Völker durch Meinungsmache zur Überzeugung gebracht werden, sie seien in ihrem Bestand, ihrer Freiheit oder ihrer Ehre bedroht. Allerdings ist Voraussetzung, damit solche Meinungsmache Erfolg hat, daß die Völker, in erster Linie und am stärksten aber die Staatsführungen, bereits von Lehren beherrscht werden, die sie veranlassen, ihre Macht in den Dienst dieser Lehren zu stellen, und so eine »Sendung« vertreten. Zur Zeit werden wohl alle Staatsführungen, jedenfalls und voran die der mächtigsten Staaten, von Wahnlehren beherrscht, die samt und sonders von einem Sendungsbewußtsein erfüllt sind, das missiona-

risch und weltweit durchgesetzt werden will, also imperialistisch ist. Die Staaten bedienen sich daher auch derselben Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen wie sie die Verkünder imperialistischer Ideologien von Anfang an anwandten: Wachsuggestion, Verschleierung der wahren Absichten, Erzeugung von Furcht und Staunen. Die Gewöhnung der Beherrschten sichert das Erreichte ab. Zu diesen Mitteln tritt vornehmlich bei den marxistischen Staaten die nackte Gewalt und bei den christlich-liberalistischen das Geld.

Über das Geld verfügen die Staaten aber nicht einmal selbst, sondern diejenigen, die sich dieses Mittels bemächtigt haben. Dies waren einst vor allem die Besitzer von Goldminen. An ihrer Stelle stehen heute die, die über die Geldpolitik der Völker bestimmen. Das sind der Weltwährungsfonds, der die Währungspolitik beeinflusst, und die Weltbank, die den Völkern leiht, um sie zu beherrschen. Die diesen Organisationen angehörenden Völker einschließlich ihrer Notenbanken sind an die Beschlüsse dieser beiden Gremien gebunden, wirken allerdings in ihnen mit. Da aber die Herrschenden in den Völkern denselben imperialistischen Ideologien hörig sind wie die Beherrschenden des Weltwährungsfonds und der Weltbank, sind es letzten Endes diese Lehren selbst bzw. diejenigen, die auf den Instrumenten Geld, Kredit und Ideologie am besten spielen können, die die Welt beherrschen. Diese wahren Herrscher bleiben meist aber so im Hintergrund, daß es schwer ist, sie auszumachen.

Auch Ayatollah Khomeini benutzte die Lehren des Islam, um den Schah des Iran zu stürzen. Inwieweit er aber von denen dazu angestiftet und unterstützt wurde, die sich davon einen Nutzen versprachen, wird wohl nie restlos zu klären sein. Wir selbst aber tun gut, stets zu prüfen, wer sich wohl am meisten von einem Krieg oder einer Revolution versprechen könnte bzw. bereits Erfolge damit erzielt hat. Meist lassen sich hierdurch mit großer Wahrscheinlichkeit die Hintermänner und ihre Beweggründe feststellen.

Aufgabe einer jeden Staatsführung aber ist, will sie wirklich Schaden vom Volke abwenden, sich niemals zu einem Krieg treiben (provozieren) zu lassen. Nur wenn ein Volk wirklich überfallen wird, darf es zur Waffe greifen. Auch dann aber sollte, ehe zu diesem äußersten »Mittel der Politik« gegriffen wird, gründlich geprüft werden, in welchem Umfang dieser Einsatz für die Erhaltung von Leben und Freiheit des Volkes notwendig ist, oder ob es für diese nicht sogar besser ist, auf den Einsatz ganz zu verzichten. Ein Volk kann nur einmal sterben. Und ist ein Volk erst völlig vernichtet, ist auch nie mehr seine Freiheit zu erreichen.

Auch die derzeitige Form der Entwicklungshilfe ist, wie weiter oben schon gezeigt, ein Kind der herrschenden Lehren und kann dazu dienen, die eigene Wirtschaft anzutreiben. Die nötigen Mittel liefert entweder der

Staat von Etatmitteln oder die Wirtschaft selbst über Darlehen oder Investitionen in den Entwicklungsländern. Die hierfür eingesetzten Gelder fließen dann u.U. auf weiten Umwegen samt Zinsen und Gewinnen wieder in das »Helferland« zurück. Da überdies die Preise, die die Entwicklungsländer für ihre Erzeugnisse erhalten, in keiner Weise denen gleichkommen, die die »Helferländer« für die ihrigen fordern, ist es nicht zu verwundern, daß die armen Länder immer ärmer werden. Ja, gerade diese Art der »Hilfe« »entwickelt« sie (bewußt?) ärmer.

5.2. Gesetzgebung

Den stärksten und dauerhaftesten Einfluß auf die Wirtschaft hat die Gesetzgebung. Wenn wir unter der oben genannten Voraussetzung, daß *der* Staat der beste sei, der mit geringstem Gesetzeszwang ein Höchstmaß an Frieden und Freiheit im Innern und nach außen erreicht, unsere heute übliche Gesetzesflut betrachten, können wir allerdings nicht zufrieden sein. Unser Bundestag verabschiedet z.B. in einem Jahr mehr als doppelt so viel Gesetze, wie das Jahr Arbeitstage hat!

Das Tun des Menschen ist begrenzt durch seine eigenen Fähigkeiten, die Naturgesetze und die herrschende Sittenlehre, aus der das geltende Recht entspringt und ohne das in keiner menschlichen Gesellschaft ein Gemeinschaftsleben möglich ist. Zusammengefaßt nennt man dies die »Datenkonstellation«. Der Staat kann diese durch das Recht, Gesetze zu erlassen, verändern.

In den sozialistischen Staaten wird versucht, die Wirtschaft bis ins Letzte zu regeln. Der Erfolg war vorauszusehen. Macht man Gesetze gegen das Volk, dann kann sehr wohl etwas anderes als das Gewünschte eintreten! Der Zwang mußte daher gelockert werden. Es wäre z.B. die Nahrungsmittelversorgung in der Sowjetunion längst zusammengebrochen, wenn nicht die Kolchosbauern ein kleines Landstückchen selbst bebauen und dessen Ertrag frei verkaufen dürften.

Soll möglichst viel Freiheit herrschen, darf der Staat mit dem Mittel der Gesetzgebung nur regelnd in die Wirtschaft eingreifen. Aber nicht nur *die* Gesetze greifen in die Wirtschaft ein, bei denen dies schon der Name anzeigt, z.B. das Handelsrecht, sondern auch viele andere, z.B. diejenigen, die sich mit dem Umweltschutz befassen, oder das Bodenrecht, dem wir wegen seines bedeutenden Einflusses einen besonderen Abschnitt widmen.

In jeder Wirtschaft können mittels der Gesetzgebung die Daten so verändert werden, daß dadurch die Wirtschaftenden in ihren Entschlüssen gehemmt oder gefördert werden oder daß sich diese nur in einer ganz bestimmten Richtung auswirken können. Diese Richtung aber wird be-

stimmt durch die herrschende Ideologie. Nirgends kann man deren Einwirkung besser erkennen als gerade bei der die Wirtschaft beeinflussenden Gesetzgebung. Der Marxismus gibt dies offen zu, der Kapitalismus dagegen gibt vor, eine »freie« Wirtschaftsform zu sein. Da aber der Glaube, der ihn gutheißt und der bei uns vorherrscht, demselben Ziel dient, nämlich der Weltherrschaft, und zwar auch mittels wirtschaftlicher Macht, werden die Gesetze in den kapitalistischen Staaten so geformt, daß sie die Kapitalzusammenballung – trotz Kartellamt – begünstigen, selbständigen Existenzen der Boden entzogen wird und die Zahl der Lohnsklaven steigt. Denken wir nur daran, wie heute die Großkonzerne infolge der einseitigen Unterstützung der großtechnologischen Forschung seitens des Staates gefördert werden.

Gesetze werden fast ausschließlich erst dann gemacht, wenn sich im Leben der Völker über längere Zeiträume gewisse Formen des Zusammenlebens herausgebildet haben. Wir können diesen Vorgang täglich erleben. Zuerst gab es z.B. das Contergan. Erst nach den erschreckenden »Erfolgen« dieses Schlafmittels wurde eine Änderung des Arzneimittelgesetzes im Bundestag durchgesetzt. Ein Arzneimittelgesetz aber gab es erst Jahrhunderte oder gar Jahrtausende nach der ersten Arznei. Genau so wurde längst Handel getrieben, ehe es ein Handelsrecht gab, und als die Industrie aufkam, bestand für sie im Grunde ein gesetzloser Zustand, denn die bestehenden Handwerksgesetze waren für die Industrie weitgehend unzutreffend.

Die Industrie erzwang das Aktienrecht, damit sie sich ausdehnen konnte. Ohne dieses wären die heutigen Betriebs- und Firmengrößen undenkbar. Dieses »Recht« verschaffte, wie nicht anders zu erwarten, den Besitzenden größere Macht. Auch erschwert das Aktienrecht sehr, die wahren Besitzverhältnisse festzustellen. Überdies erlaubt es, mit verhältnismäßig geringem Einsatz an Kapital (es genügt schon eine Mehrheit von 51 v.H.) einen großen Einfluß in der Wirtschaft auszuüben. Gegenseitige Aktienkäufe können diesen Einfluß noch vergrößern und die Besitzverhältnisse nahezu undurchschaubar machen. Ganz richtig meinte darum Walther Rathenau:

»Die Macht liegt in der Anonymität«.

Richtigerweise heißt in Frankreich die Aktiengesellschaft auch »Société anonyme«. Heute ist zumindest jede 10. Aktie im Besitz einer Bank. Da die Banken *laut Gesetz* auch über das Stimmrecht der ihnen zur Verwahrung übergebenen Aktien verfügen, wenn dies nicht vom Aktieneigner widerrufen wird, verfügen die Banken über einen außerordentlichen Einfluß bei allen Aktiengesellschaften und damit über wirtschaftliche Macht.

Unser heutiger Staat ist allmählich nur noch Handlanger von Gruppen-

interessen. Die Gruppe, die es vermag, die Staatsmacht am stärksten zu beeinflussen, bestimmt die Art der Gesetzgebung. Das stört heute infolge der Gewöhnung an diesen Zustand nahezu niemand mehr. Es bemühen sich nur alle Gruppen, selbst noch mehr Einfluß zu gewinnen.

Die Gewöhnung ist es auch, die es den Menschen außerordentlich erschwert, Denkgewohnheiten aufzugeben und Bestehendes anzuzweifeln. Darum behalten veraltete Dogmen ihre Austrahlungskraft auch dann noch, wenn sie von den allermeisten schon längst nicht mehr als letzte Wahrheit anerkannt werden.

Wenn auch die gesamte Gesetzgebung die Wirtschaft beeinflußt, so natürlich am meisten die Gesetze, die sich unmittelbar mit der Wirtschaft befassen. So ist z. B. im *Handelsrecht* der Zins verankert, der die Wirtschaft ungeheuer antreibt. Das *Wechselrecht* ist voll und ganz im Sinne unserer derzeitigen Wirtschaft gestaltet. Für das *Bankrecht* gilt dasselbe, es verschafft den Banken u. a. die Möglichkeit, durch Kreditschöpfung die Summe der wirksamen Zahlungsmittel zu erhöhen und damit ebenfalls die Wirtschaft anzutreiben. Das *Gesetz über den unlauteren Wettbewerb*, das viel zu wenig beachtet wird, bietet nicht genügend Handhaben, um den so überaus starken Antrieb des Wettbewerbs und vor allem der Werbung auf die Wirtschaft zu zügeln. Unser *Betriebsverfassungsrecht*, von dem wir das Aktienrecht bereits kennen lernten, ist durch und durch kapitalistisch. Die *Gesetze über die Mitbestimmung* der Arbeitnehmer sowie über Betriebsräte beeinträchtigen zwar etwas die Rechte der Unternehmer, sie wirken sich aber auch nicht hemmend auf die Kräfte aus, die antreibend auf die Wirtschaft wirken. Eher das Gegenteil ist der Fall, wie man bei den alljährlichen Lohnrunden feststellen kann: Die Gewerkschaften, die bei der Mitbestimmung besonders hervortreten, sind ja auch selbst ganz und gar im kapitalistischen bzw. marxistischen, d. h. im materialistischen Denken befangen.

Auch zur Eindämmung der Wirtschaftsverbrechen werden diese Gesetze kaum beitragen. Was einst der bekannte Rechtsgelehrte Rudolf Jhering schrieb, gilt wohl auch heute noch. Er meinte:

»*Unter den Augen des Gesetzgebers haben sich die Aktiengesellschaften in organisierte Raub- und Betrugsanstalten verwandelt, deren geheime Geschichte mehr Niederträchtigkeit, Ehrlosigkeit und Schurkerei in sich birgt als manches Zuchthaus, nur daß die Räuber hier in Gold statt in Eisen sitzen.*«³²

Auch das *Eigentumsrecht*, dessen Anfang wir bis ins Tierreich zurückverfolgen konnten, beeinflußt die Wirtschaft. Das ist daran zu erkennen, daß in den Ländern, in denen es ein Eigentum an Produktionsmitteln fast nicht gibt, der Wirtschaftsausstoß bzw. die Produktivität weit geringer ist gegenüber den Ländern, in denen auch solches Eigentum geschützt ist.

Heute maßt sich der Staat an, einerseits in alle Gebiete menschlichen Lebens hineinzureden, vergißt aber andererseits, sich um so manche weittragende Ungerechtigkeit zu kümmern. Wir haben z.B. beim Geld- und Kreditwesen gesehen, was er da versäumt hat. Wir werden noch festzustellen haben, inwieweit wir dem Staat das Recht zuerkennen dürfen, überhaupt Recht zu setzen und die Freiheit der Bürger einzuschränken. Wo sind die Grenzen des Staates? Kann und darf er den Staatsbürger in allem gängeln und ihm Vorschriften machen? Etwas aber muß er bestimmt: Er muß einen Haushaltsplan aufstellen.

5.3. *Staatshaushalt*

Der staatliche Haushaltsplan sollte in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Ist er dies nicht, sondern sind die Ausgaben höher als die Einnahmen, werden Kredite oder Darlehen aufgenommen, für die Zinsen bezahlt werden müssen. Jede auf diese Weise vorweggenommene Ausgabe des Staates wirkt doppelt antreibend auf die Wirtschaft, zunächst als Ausgabe selbst und dann über den Zins, den der Staat zahlen muß, der allerdings erst nach Gutschrift am Jahresende, also viel später zur Verfügung steht. Nur wenn durch solche vorweggenommenen Ausgaben sichergestellt werden kann, daß arbeitslos Gewordene ihren Lebensunterhalt wieder selbst erwerben können, ist dagegen nichts einzuwenden, nur sollte darüber nie hinausgegangen werden. Auf keinen Fall dürfen seitens des Staates Schulden gemacht werden, um seine normalen Aufgaben erfüllen zu können. Werden andererseits nicht alle Haushaltsmittel verbraucht, so kann dadurch die Wirtschaft ins Stocken geraten, falls sie gehortet und der Wirtschaft nicht über Kredite zur Verfügung gestellt werden. Der Haushalt ist also sehr wohl ein Mittel zur Steuerung der Wirtschaft, und das Verhalten des Staates, in Zeiten der Wirtschaftsflaute mehr Geld auszugeben, als in Form von Steuermitteln zur Verfügung steht, und in Zeiten höchster Wirtschaftsblüte Geld zurückzuhalten, nennt man »antizyklische Wirtschaftspolitik«.

Alle Einkäufe des Staates werden die Wirtschaft befruchten, allerdings nicht allgemein, sondern nur die mit Einkäufen bedachten Zweige, z.B. die Rüstungs- oder die Büromaschinenindustrie. Die Haushaltspolitik ist also gleichzeitig Wirtschaftspolitik. Dazu gehört auch die Übung der öffentlichen Hände (Bund, Länder und Gemeinden), möglichst alles zentral einzukaufen, um günstige Preise zu erzielen. Damit werden bestimmt nur die Großunternehmen gefördert sowie die Zusammenballung der Wirtschaft in den Großstädten. Die kleinen selbständigen Betriebe gehen leer aus. Die »freie Entfaltung der Persönlichkeit« wird damit auch nicht gefördert. Zudem geht dann das Staatsgeld nur über wenige Hände, die

Gefahr der Bestechung wird dadurch erhöht. Es ist auch nicht ausgemacht, ob durch den Zentraleinkauf eine Einsparung erfolgt. Die Verteilungskosten müssen dann der Staat bzw. die einzelnen Dienststellen tragen, während sie sonst der Einzelhandel trägt. Überdies wird mit Material, das nur angefordert werden muß, weit weniger sparsam umgegangen als mit solchem, für dessen Einkauf man selbst die Verantwortung trägt. Das lehrt auch die Erfahrung aus Großbetrieben.

Dieses eine Beispiel möge genügen, um den Einfluß der Haushaltspolitik auf die Wirtschaft und auch das Leben in der Gesellschaft aufzuzeigen.

Das allerschlechteste Mittel, die Wirtschaft zu steuern, sind die unmittelbaren Unterstützungen (»Subventionen«) ganzer Wirtschaftszweige oder gar einzelner Betriebe. Auch die verschleierten Subventionen sind hier zu nennen, so z.B. die finanziellen Unterstützungen der Zweckforschung mit Milliardenbeträgen sowie das Tragen der Kosten zur Beseitigung oder Lagerung von Industrieabfällen. Hier übernimmt die öffentliche Hand ganz bedeutende Kosten, z.B. beim Atommüll. Sobald Subventionen der Wirtschaft nicht auf ganz wenige Einzelfälle in außergewöhnlichen Notzeiten beschränkt bleiben, ist etwas faul im Staate. Auf die Dauer gegebene Subventionen bewirken nur Nachlässigkeit, ja Faulheit und Liederlichkeit. Überdies verletzen sie den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.

Der Staat hat nicht die Aufgabe, die Einkommen seiner Bürger umzuverteilen, sondern dafür zu sorgen, daß eine Ausbeutung wirtschaftlich Schwacher durch Vermögende unterbleibt, daß jeder Arbeitende einen Lohn erhält, der ihm ein gutes und menschenwürdiges Auskommen sichert und daß in der Wirtschaft nicht ein ständiger Kampf, sondern möglichst Frieden herrscht. Dazu ist aber auch eine einfach gestaltete Steuergesetzgebung erforderlich, die die Lasten so gerecht wie möglich verteilt und sie nicht wie derzeit vorwiegend den Schwachen aufbürdet.

5.4. *Steuern*

Steuern sind notwendig. Irgendwie muß der Staat zu dem Geld kommen, das er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen. Fraglich kann nur sein, ob der Staat wirklich alle die Aufgaben hat, deren Erfüllung er betreibt, ob er nicht viel zu viele Aufgaben an sich reißt, deren Erfüllung unter Umständen gar nicht nötig ist oder besser von den Bürgern selbst übernommen werden sollte. Hier ist Wachsamkeit der Bürger erforderlich, hat doch bis heute jeder Staat das Bestreben gezeigt, seine Macht und seinen Einfluß auszuweiten, ganz entsprechend den in ihm herrschenden Weltanschauungen.

Steuern kann jeder Staat nur von seinen Staatsbürgern erheben, und zwar

letzten Endes immer nur dort, wo seine Bürger etwas erarbeitet haben. Es kommt nur darauf an, an welcher Stelle er seinen Anteil aus dem Güter- und dem damit verbundenen Geldfluß abzweigt. Derzeit sind diese Stellen:

1. das Einkommen bzw. der Lohn
 - a) unmittelbar
 - b) mittelbar beim Warenkauf für den Verbrauch
2. der Besitz, d.h. alles früher Erworbene.
Hierzu gehören vor allem:
 - 1a) Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Lohnsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer,
 - 1b) Mehrwertsteuer, sonstige Verbrauchssteuern wie Tabak- und Alkoholsteuer, Mineralsteuer usw.,
2. Vermögenssteuer, Gewerbesteuer, Grund- und Gebäudesteuer.

Alle diese Steuern können tatsächlich nur aus dem Einkommen bezahlt werden. Bei allen unter 1b und 2 genannten Steuern liegt also im Grunde eine Doppelbesteuerung vor, womit aber nicht gesagt sein soll, daß diese Steuern widersinnig seien. Es fragt sich nur, ob es nicht einfacher wäre, nur eine einzige Steuer zu erheben. Wozu die große Vielfalt? Meines Erachtens dient sie nur dazu, die tatsächliche Höhe des vom Staate beanspruchten Anteils am Volkseinkommen nicht allzudeutlich in Erscheinung treten zu lassen.

Steuerhinterziehungen sind bei allen genannten Steuerarten möglich und erfolgen auch. Welche von den Arten 1a und 1b die gerechtere sei, darüber gehen die Meinungen seit eh und je auseinander. Auch ändern die Politiker ihre Ansicht darüber von Zeit zu Zeit. So galt z.B. bei der SPD um die Jahrhundertwende die Einkommensteuer als die einzig gerechte Steuer. Dagegen ermäßigte die sozialliberale Koalition diese Steuer und erhöhte dafür die mittelbare Mehrwertsteuer! Auf keinen Fall sollte das Kapital, das Vermögen selbst, besteuert werden. Man entzieht damit der Wirtschaft ihre Grundlage. Die Politiker sollten lieber von vornherein mit Hilfe der Gesetzgebung dafür sorgen, daß sich Vermögen nicht aus sich heraus vergrößern können, die Reichen also immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Die Wirtschaftenden wenden sich aber auch gegen eine unmittelbare Besteuerung des Ertrags, und die Politiker gehorchen ihnen und bauen Klauseln in die Gesetze ein, die es den Vermögenden erlauben, sich von solchen Steuern durch Vergrößerung ihres in Wirtschaftsbetrieben angelegten Vermögens ganz oder zum Teil zu entlasten. Der Streit um die Steuerart aber zeigt, daß mit ihrer Hilfe die Wirtschaft gesteuert, d.h. gehemmt oder angetrieben werden kann. Hemmend wirken Steuern, wenn

sie den Wirtschaftenden ihre Einkommen so stark schmälern, daß sie ihre Betriebe nicht auf der Höhe der Zeit erhalten können. Antreibend wirken sie, wenn sie die Neubildung von Vermögen, insbesondere Betriebsvermögen begünstigen.

Die Regierenden besitzen also in der Steuergesetzgebung ein wirksames Mittel, die Wirtschaft anzutreiben, d.h. das so sehr erstrebte »Wirtschaftswachstum« ganz nach Maß und Wunsch zu erreichen. Dies geht allerdings nur auf Kosten der Steuergerechtigkeit, müssen doch dazu die Reichen durch Steuerbegünstigungen entlastet werden. Solche Begünstigungen müssen selbstverständlich vor dem Volke verschleiert werden.

Bei den mittelbaren Steuern, die über einzelne Wirtschaftsgüter erhoben werden, z.B. Alkohol, Kaffee oder Tabak, ist eine Begünstigung nicht möglich. Anders aber ist es schon bei der »Mehrwertsteuer«. Diese wird bei jedem Besitzwechsel der Ware auf den zu zahlenden Preis aufgeschlagen, wobei der Wirtschaftende die von ihm bezahlte Mehrwertsteuer (Vorsteuer) abziehen darf. Wir wollen dies an einem Beispiel verdeutlichen:

A verkauft Ware an B und dieser nach Weiterverarbeitung an C. Der Preis, den A fordert, sei DM 100,—. Auf diesen muß A bei einem Steuersatz von 13 % DM 13,— Mehrwertsteuer aufschlagen und dem B berechnen. Seine Rechnung lautet also: Ware DM 100,— dazu DM 13,— Mehrwertsteuer = DM 113,—. Die DM 13,— muß A an das Finanzamt abführen. Er ist also sozusagen der Steuereintreiber. Verarbeitet nun B diese Ware und verkauft das Endprodukt zu DM 200,— an C, so muß er von C DM 26,— Mehrwertsteuer fordern, also DM 226,— berechnen. An das Finanzamt muß er aber nicht DM 26,— abführen, sondern darf die DM 13,—, die er an A bezahlt hat, abziehen. Das Finanzamt erhält auf diese Weise insgesamt DM 26,—, und zwar DM 13,— von A und DM 13,— von B.

Dies sieht alles auf den ersten Blick sehr gerecht aus, ist es aber nicht völlig, denn jeder Wirtschaftende darf bei allem, was er für seinen Betrieb anschafft, die Vorsteuer abziehen, also die Steuer, die er an alle die bezahlt hat, von denen er irgendwelche Ware bezogen hat. Ein Wirtschaftsbetrieb bezahlt also für alles, was er einkauft, keine Mehrwertsteuer, weder für Rohstoffe, die er verarbeitet, noch für Fabrikhallen, die er bauen läßt mit samt der Einrichtung, nicht für Autos, Reisekosten usw.

Während jeder Festbesoldete für alles, was er sich anschafft, heute 13 % Mehrwertsteuer aufgeschlagen erhält, zahlt jeder Wirtschaftende für die Vergrößerung seines Anlagevermögens keinen Pfennig Steuer. Das ginge noch an, würde er eine etwaige Besteuerung doch wieder über die Preise hereinzuholen versuchen. Hier aber bietet sich eine Möglichkeit, auch für Privateinkäufe Steuern zu sparen. Es können Dinge, die privat genutzt werden sollen, über den Betrieb eingekauft werden. Jede solche Beschaf-

fung wirkt dann überdies im Betrieb gewinnmindernd, wodurch man noch Einkommenssteuer einspart.

Bei der früher erhobenen Umsatzsteuer war diese Möglichkeit nicht gegeben. Da bei ihr aber bei jedem Besitzwechsel jeder Ware 4 % aufgeschlagen und ans Finanzamt abgeführt werden mußten, waren Hersteller, die ihre Ware unmittelbar an die Verbraucher lieferten, also über eigene Verkaufsstellen verfügten (z.B. Salamander Schuhfabrik), gegenüber denen, die dies dem Handel überließen, im Vorteil. (Natürlich war es auch ein Vorteil für den Verbraucher, der mit der Mehrwertsteuer wegfiel). Mit der Begründung, hier Gleichheit herzustellen, wurde von der Umsatz- auf die Mehrwertsteuer übergegangen, bei der alle Betriebe, aber auch alle festbesoldeten Endverbraucher gleichmäßig belastet würden. Aber auch der »vertikalen Betriebskonzentration«, d.h. dem Zusammenschluß von Betrieben, von der Rohstoffherzeugung bis zum Einzelhandel, sollte damit der Anreiz genommen werden.

Wer von der Masse der Festbesoldeten weiß dies schon, kümmert er sich doch noch nicht einmal darum, wie die Steuer berechnet wird, die er – allerdings auch mittelbar über den Arbeitgeber – als Lohnsteuer zu bezahlen hat. Schon diese Steuer ist sehr undurchsichtig, ist doch allein zur Unterrichtung der Steuerpflichtigen über ihre Rechte und Pflichten eine kleine Schrift von 32 Seiten erforderlich, und es macht Mühe, hier alle gebotenen Möglichkeiten zur Steuereinsparung auszunutzen.

Weit schlimmer sieht es aber noch beim Einkommensteuergesetz aus. Es ist das undurchsichtigste aller unserer Steuergesetze. Für diese Steuer sind bereits äußerst umfangreiche Schriftwerke entstanden, die dieses Gesetz erläutern, und der Steuerpflichtige braucht einen Berater, da er allein sich unter diesen vielen Zusatz- und Ausnahmegestaltungen nicht mehr zurechtfindet. Ein Beispiel soll zeigen, wie undurchsichtig dieses Gesetz für den ist, der nichts damit zu tun hat, aber auch wie sehr es diejenigen begünstigt, die ein hohes Einkommen haben, und zwar umso mehr, je höher das Einkommen! Dieses Beispiel stammt zwar aus dem Jahre 1973, aber es ist heute noch genauso zeitgemäß, obwohl in der Zwischenzeit das Einkommensteuergesetz bereits zweimal mit der angeblichen Absicht geändert wurde, es gerechter zu gestalten.

Im Jahre 1973 wurde für eine finanzielle Beteiligung am »größten Europäischen Krebsklinikum« im Schwarzwald mit 535 Betten und allen nur möglichen Einrichtungen für die konservative klinische Krebstherapie und -forschung geworben. Es hieß in der Werbeschrift:

»Eine große Bedarfslücke ist eine Gewähr für hohe Rentabilität. Eine zentrale Spezialklinik, die alle hierfür erforderlichen Fachabteilungen einschließlich Gynäkologie, Urologie und Kinderheilkunde unter einem Dach vereinigt, ist in der Bundesrepublik einmalig . . .«

Gegen den Bau eines solchen Hauses wird niemand etwas einzuwenden haben, auch nicht dagegen, daß um die finanzielle Beteiligung geworben wird. Wie aber lautet der Werbetext?

»Eine realistische Kalkulation garantiert eine sichere Rendite. Mit ca. 78 % der Bettenkapazität für Kassenpatienten dürfte die Klinik . . . an der Spitze . . . stehen. Dennoch oder gerade wegen dieser wirklichkeitsnahen Einschätzung des Kassenanteils . . . wird der Anleger . . . langfristig wertvolles Immobilienvermögen bilden und gute Renditen erzielen.«

Die »Rendite« ist hier die Hauptsache, und die steigende Zahl von Krebskranken wird sie auch sicherstellen. Wie aber diese »Rendite« beschaffen sein wird, zeigt folgende Übersicht, aufgestellt für eine Beteiligung von DM 10000,—, deren Einzahlung in 2 Raten erfolgen soll, DM 6000,— zuzüglich 5 % Aufgeld = DM 6500,— sofort, d.h. 1973, und der Rest, DM 4000,—, bis 1.3.1974³³:

Für die zu erzielenden Steuerersparnisse und für den zukünftigen Ertrag aus einer Beteiligung von DM 10000,— an dem Krebsklinikum ergibt sich also folgendes Bild:				
Einkommensteuersatz	30 %	40 %	50 %	57 %
1973: Einzahlung DM 6000,— Verlustzuweisung 109 % = DM 6540,— Steuerersparnis also: DM	1962	2616	3270	3728
1974: Einzahlung DM 4000,— Verlustzuweisung 326 % = DM 13040,— Steuerersparnis also: DM	3912	5216	6520	7433
Gesamtsteuerersparnis 1973 und 1974	5874	7832	9790	11161
Tatsächlicher Kapitaleinsatz statt DM 10500,— nur DM	4626	2668	710	— 661
Zinsertrag ab 1975 DM bezogen auf den tatsächlichen Kapitaleinsatz in v. H.:	1125 24,3	1125 42	1125 158	1125 unendlich

Wer also dem Höchststeuersatz von 57 v.H. unterliegt, erspart demnach an Steuern mehr, als er eingezahlt hat. Er leistet also nicht nur nichts, sondern bekommt obendrein noch ein Steuergeschenk von DM 661,— und überdies Jahr für Jahr für nichts und wieder nichts auch noch DM 1125,— gesicherten Zins und darüberhinaus noch Dividende auf DM 10000,— Kapitalanteil, insgesamt also nach Schätzung der Unternehmensleitung DM 1125,—!

Und wer zahlt dies alles? Nach obiger Schätzung der Belegung im wesentlichen die gesetzlichen Krankenversicherungen, d.h. diejenigen, die hierfür die Beiträge zu leisten haben, und das sind die, die am wenigsten verdienen. Man ist versucht zu sagen: Wie gut, daß es doch Krebskranke gibt, damit reiche Menschen ihr überflüssiges Geld ertragreich anlegen können. Dies Beispiel aber steht für viele. Ähnliche Berechnungen wurden auch für Ferienparadiese in aller Welt und vieles andere aufgestellt und das Geplante auch durchgeführt. Der Ausspruch des Jesus von Nazareth geht hier also in reichem Maße in Erfüllung:

»Wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird das Wenige, das er hat, auch noch genommen.«²⁵

Wir wollen aber auch denen gerecht werden, die »da haben«, werden sie doch seitens des Staates auch überreichlich zur Kasse gebeten. Rechnet man zusammen, was ein Geschäftsbetrieb alles an Steuern und Sozialabgaben – auch sie muß der Betrieb aufbringen –, zu zahlen hat, und zählt man dann noch die Steuern dazu, die der Unternehmer privat aufzubringen hat, so kann man in bestimmten Fällen auf über 100 % des tatsächlichen Geschäftsgewinns kommen, wie Steuerfachleute nachgewiesen haben. Die Schuld daran haben die ertragsunabhängigen Steuern wie die Lohnsummensteuer, die Gewerbekapital- sowie die Vermögenssteuer. Diese Steuerarten werden deshalb auch mit vollem Recht abgelehnt. Ende 1978 wurde die Lohnsummensteuer abgeschafft und der Hebesatz für die Vermögenssteuer ermäßigt.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Unternehmer jede Möglichkeit wahrnehmen, Steuern einzusparen bzw. Vermögenswerte zu erwerben, mit denen sie die auf sie zukommenden Belastungen bezahlen können. Noch weniger verwunderlich ist, daß sie ihre Vermögen ins Ausland, in Länder bringen, die weniger Steuern erheben, um es dort gewinnbringend anzulegen. So sollen sich die verkappten Kapitalexporte in die Schweiz in den letzten 5 Jahren auf ca. 4 Milliarden Schweizer Franken verdoppelt haben, wogegen die Bundesrepublik Deutschland aber nichts unternimmt, weil sie dazu beitragen, die Zahlungsbilanzüberschüsse, d.h. das Mehr an Einnahmen aus dem Ausland gegenüber den Ausgaben ans Ausland zu vermindern!

Wenn man dies alles betrachtet, so hat man den Eindruck, daß Oxenstierna sehr recht hatte, als er seinem Sohn bedeutete, mit wie wenig Verstand die Welt regiert werde! Oder man wird an Hamlet, Prinz v. Dänemark, erinnert, dem Shakespeare in den Mund legte:

»Ist es schon Wahnsinn, hat es doch Methode!«

Solcher »Wahnsinn« aber treibt die Wirtschaft dauernd ganz gewaltig an!

5.5. Verwaltung

Was mögen nun noch die Verwaltungen des Bundes, der Länder, der Gebietskörperschaften und Gemeinden zum Antrieb der Wirtschaft beitragen?

Ein solcher Antrieb wird allein schon durch das »Parkinsonsche Gesetz« sichergestellt. Dieses besagt:

»Jedermann wird eine vorgesehene Arbeit so lange ausweiten, wie er dazu die Möglichkeit hat, insbesondere die Möglichkeit, sich zur Betonung der eigenen Person Untergebene zuzulegen.«

Daß dieses »Gesetz« zumindest im öffentlichen Dienst zutrifft – für Selbständige gilt es bestimmt nicht –, zeigt die Statistik. So hat sich z.B. von 1950 bis 1977 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 2,1 Millionen auf 4,2 Millionen verdoppelt, bei einem Rückgang der Gesamtzahl der Beschäftigten von 21 auf 20 Millionen. Dabei wurde nicht etwa die Arbeit in den Ämtern rascher durchgeführt, im Gegenteil. So gingen z.B. im Bausektor die Wohnungsbaugenehmigungen von 1971 bis 1977 um über 5 % zurück bei nahezu gleicher Beschäftigtenzahl in den Bauämtern und gleichzeitiger Verlängerung der Bearbeitungszeiten.³⁴

Die laufend zunehmende Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst will besoldet werden, ohne daß die in der Wirtschaft Beschäftigten auch nur im Geringsten darunter zu leiden haben. Will die Wirtschaft diesen Anforderungen gerecht werden, muß sie wachsen, denn nur aus dem Ertrag der Wirtschaft kann die Besoldung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten geleistet werden.

Aber nicht nur über diesen mittelbaren Weg wird die Wirtschaft angetrieben. Mehr Beamte erfordern mehr Arbeitsräume und -mittel. Nur die Wirtschaft kann sie liefern. Überdies nehmen die Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen mit der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu. Jeder wird doch versuchen, seine Vorstellungen und Wünsche irgendwie durchzusetzen.

Dazu kommen dann noch die Betriebe, die die öffentliche Hand unmittelbar betreibt, auch wenn diese privatwirtschaftlich aufgezogen sind. Zu diesen Betrieben gehören ganz bedeutende Unternehmungen, z.B. nahezu sämtliche Betriebe der Elektrizitätserzeugung und -verteilung. Wie diese sich um einen stetig steigenden Absatz bemühen, ist bekannt. Die Tarife dieser Unternehmen sind so gestaltet, daß der, der wenig Strom verbraucht, ihn am teuersten bezahlen muß, während die Vielverbraucher oft noch nicht einmal die Gestehungskosten bezahlen, d.h. also echt christlich-kapitalistisch! Daß eine solche Tarifgestaltung zur Energieverschwendung führen muß und die Wirtschaft antreibt, liegt auf der Hand.

6. »Europa« und »Weltstaat«

Der Gedanke an ein vereinigt Europa entspringt der herrschenden Ideologie, die nur ein einziges Volk, das christliche »Gottesvolk« kennt, dem alles und alle zu dienen haben. Die atheistisch-marxistische Ideologie unterscheidet sich auch hier nur in der Wahl der Worte von der christlich-kapitalistischen. Die Zielsetzung ist bei beiden gleich: der »Weltstaat«.

Der Vorbereitung des »Weltstaats« dient der »Europagedanke«. Er dient zugleich der Antreibung der Wirtschaft. Das ergibt sich schon aus der Präambel der »Römischen Verträge«, die der »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft« (EWG) zugrundeliegen. In dieser Präambel heißt es:

»daß . . . ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung . . . zu gewährleisten.«

In Verfolgung der Ziele der EWG schrieb der seinerzeitige Präsident der EWG-Kommission Franco Maria Malfatti:

»Nicht nur das atemberaubende Tempo des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts, die anerkannte Notwendigkeit weiträumiger kontinentaler Dimensionen als Voraussetzung für eine rasche und harmonische Wirtschafts- und Sozialentwicklung und das Streben nach besseren Lebensbedingungen treiben uns auf dem Weg zur europäischen Einigung voran. Ansporn ist für uns auch die Notwendigkeit, die Zersplitterung der Souveränität der europäischen Völker auf festeren und breiteren Grundlagen zu überwinden und den Niedergang dieses großartigen Kontinents zu verhindern, der doch Herd der modernen Zivilisation gewesen ist.«³⁵

Welche scheinbar idealistischen Töne! Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Nur die Wirtschaft hat sich »entwickelt«. Wo aber blieb die »harmonische Sozialentwicklung«? Und der »Niedergang dieses großartigen Kontinents« dürfte andere Ursachen haben. Falls er wirklich vorhanden ist, ist er im rein materialistischen Wirtschaftsdenken zu suchen, das letztlich zur EWG führte. Jede Wirtschaft aber, die auf einer materialistischen Ideologie gründet, kann immer nur diejenigen fördern, die »da haben«, und wird sich einen Deut um die kümmern, die »da nichts haben«. Das wird höchstens vorgegeben, und leider glauben es auch die nichts habenden Massen. Ganz dementsprechend förderte die EWG nur die Großkonzerne, die »Multis«, und ihre Zusammenarbeit, nicht aber die der Völker.

Mit der EWG sollte aber noch etwas ganz anderes erreicht werden, sozusagen durch die »Wirtschaftshintertür«³⁶ hoffte man zur politischen Einigung Europas zu gelangen. Sie schwebte den Gründern der EWG vor, und man spricht heute auch nur noch von der EG, worunter man alle bestehenden europäischen Gemeinschaften wie *Montanunion*, *Euratom* und natürlich auch die EWG versteht: Die Abkürzung EG spiegelt aber eine

bereits vollendete *Europäische Gemeinschaft*, d.h. einen vollzogenen politischen Zusammenschluß vor. Den Wirtschaftsbossen genügt dies auch, beherrschen sie doch über die Wirtschaft sowieso die Politik, und in der EG ist alles vereinigt, was irgendwie zur Wirtschaft gehört.

Von der Wirtschaft aus gesehen ist also eine weitere Einigung gar nicht nötig und darum vielleicht bei manchen Wirtschaftsführern auch nicht erwünscht. Gewisse Unterschiede sind sogar für die Wirtschaft, d.h. zum Geldverdienen, sehr nützlich, z.B. Billiglohnländer oder Steuerparadiese u.ä. Darum will wohl auch die politische Einigung nicht zustandekommen. Zu groß ist der Eigennutz der Wirtschaft. Selbstverständlich wirkt auch die Abneigung der Völker mit, ihre Eigenständigkeit und damit auch ihre Freiheit antasten zu lassen. Europa ist doch ganz eindeutig gegen die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker gerichtet. Eine blühende und ständig wachsende Wirtschaft läßt man sich noch gefallen, mehr aber nicht. Die Masse der Unselbständigen merkt natürlich nicht, daß diese »blühende« Wirtschaft zwar nur geringfügig auch ihnen, in weit, weit größerem Maße aber der Wirtschaft selbst und hier wiederum voran den multinationalen Großkonzernen, den »Multis«, und deren Machtvergrößerung nützt. Zusätzlich kommt die EWG politischen Wunschträumen nach einem Welteinheitsstaat entgegen.

Ganz dem Wunsch nach ständigem Wachstum entsprechend hat sich der Binnenhandel innerhalb der EWG seit ihrem Bestehen verzehnfacht, und 50 % der heutigen Ausfuhren gehen in Länder der Gemeinschaft. Man hofft zu erreichen, daß der Zusammenschluß nie mehr gelöst werden kann. Das ist zwar keineswegs sichergestellt, bestimmt aber würde erreicht werden, daß das Sozialprodukt sich laufend erhöhte. Ob sich aber dadurch die »Sozialentwicklung harmonisierte« und die »Lebensqualität« in den Mitgliedsländern verbesserte, ist äußerst fraglich. Ist das Leben in Europa wirklich lebenswerter geworden? Selbst unter den Verfechtern eines »geeinten Europas« tauchen hier Zweifel auf, wie aus dem Bericht der Kommission der EWG anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der »Römischen Verträge« am 25.3.1977 zu ersehen ist. Natürlich trifft nach diesem Bericht die Schuld an dem Versagen nicht die Lehre, sondern wie stets in solchen Fällen, die nicht richtige Umsetzung der als unfehlbar angesehenen Lehre in die Wirklichkeit. Aber sie widerspricht teilweise der Natur des Menschen, darum läßt sie sich eben auch nicht leicht in die Tat umsetzen. Der Mensch hat schon vom Tierreich den Eigennutz (Futterneid) geerbt und drängelt sich an der Futterkrippe vor. Im Gegensatz zu den Tieren aber wehrt er sich viel schärfer als diese gegen ein Verdrängtwerden. Wir erleben dies z.Zt. (Ende November 1981) beim sog. EG-Gipfel. Niemand will nachgeben. Zwar ist die Wirtschaft, seit die EWG besteht, in ihr gewachsen, aber in den Industrienationen, die ihr nicht angehören,

wie in Österreich, Schweden und der Schweiz, genauso. Der kleinen Schweiz geht's, obwohl sie ganz auf sich gestellt ist, in der gegenwärtigen Krise sogar am besten. Prof. Ludwig Erhard, zur Zeit der Gründung der EWG Wirtschaftsminister und später Bundeskanzler, trat nur *»aus politischen Gründen für die Verträge ein, obwohl er sie wirtschaftlich . . . für überflüssig hielt.«*³⁷

Die heutigen Schwierigkeiten zeigen, daß Erhard recht hatte. Was aber war der politische Grund, der ihn veranlaßte, sich für die Verträge einzusetzen, und ist er es noch heute, der die Spitzenpolitiker Europas noch immer veranlaßt, an der im Grunde doch gescheiterten Idee festzuhalten? Es ist ausschließlich das seit Einführung des Christentums erstrebte und im Mittelalter nahezu verwirklichte Ziel: *». . . und wird eine Herde und ein Hirte werden.«*²⁷

Mit der französischen Revolution wurde dieser Gedanke wieder mit Leben erfüllt und durch das Auftreten des Marxismus, der von einem ständigen »Wirtschaftswachstum« das Heil erwartet, zur Doktrin erhoben, von deren Verwirklichung der »Friede auf Erden« erwartet wird. Obwohl man täglich deutlicher sieht, daß dieser »Friede« mit einer völligen Vernichtung des Lebens auf Erden bezahlt werden müßte, wird stur an der zwei Jahrtausende alten Glaubenslehre festgehalten, und der angeblich zu ihrer Überwindung geschaffene Marxismus hat das gleiche Ziel, nämlich den Welteinheitsstaat.

7. Die Wissenschaft

»Es gibt in allen Fachwissenschaften, Philosophie und Kathederphilosophie einbegriffen, eine ausgebildete Hierarchie mit Schulpäpsten, Gnaden, Würden – der Doktor als Priesterweihe –, Sakramenten und Konzilen. Der Laienbegriff wird schroff aufrecht erhalten und das allgemeine Priestertum der Gläubigen in Gestalt der populären Wissenschaften leidenschaftlich bekämpft. Überall haben sich Fachsprachen ausgebildet, die . . . nur noch dem verständlich sind, der die höheren Weihen empfangen hat. Es gibt Sektenstifter . . ., eine Mission unter Ungläubigen . . ., Ketzer wie Schopenhauer und Nietzsche, den großen Bann und als Index eine Übereinkunft des Schweigens. Es gibt ewige Wahrheiten und Dogmen . . ., einen Ritus des Zitierens rechtgläubiger Schriften und eine Art von wissenschaftlicher Seligsprechung. Die Irrelehrer sind ausgeschlossen von der ewigen Seligkeit des Lehrbuches und in das Fegfeuer der Anmerkungen verwiesen, von wannen sie auf Fürbitten der Gläubigen geläutert aufsteigen in das Paradies der Paragraphen.«

Diese Aussage Oswald Spenglers³⁸ gilt in hohem Maße für die Wirtschaftswissenschaft, ist doch die Wirtschaft für die allermeisten Laien ein

Buch mit 7 Siegeln, obwohl gerade von ihr das gesamte Leben und Überleben weitestgehend bestimmt wird.

Heute kennt zudem fast jeder Wissenschaftler nur noch sein Fachgebiet und beachtet die Ergebnisse von Forschungen auf anderen Gebieten nicht oder lehnt sie einfach ab, ohne sie zu kennen. Dabei leben wir in einer Zeit der Wissenschaftsgläubigkeit wie kaum je zuvor. Die von den Religionen enttäuschten Gläubigen wenden sich anderen Ideologien zu oder suchen ihr Heil oder einen Halt bei den Wissenschaften. Wie einst Gläubige alles glaubten, was Priester sagten, ja sie sogar für »unfehlbar« hielten, so glauben sie heute fest, daß ein Wissenschaftler sich nie irren könne. Was einen wissenschaftlichen Anstrich hat, wird geglaubt.

Die Lehrmeinungen der Wissenschaftler werden auch von den jeweils herrschenden Weltanschauungen geprägt, ganz besonders die der Wirtschaftswissenschaft. Darum ist dies bei ihr auch am leichtesten zu erkennen. Im Osten herrscht der Diamat mit dem Marxismus, im Westen das Christentum mit dem Kapitalismus. Im Osten wagt kaum einer, das herrschende Dogma anzugreifen, und im Westen kennt man als Alternative zum herrschenden Kapitalismus allgemein nur den Marxismus. Daß es auch noch ganz andere Möglichkeiten einer Wirtschaftsgestaltung geben könnte, die sinnvoller wäre, daran wird nur von wenigen gedacht. Die Wirtschaftswissenschaftler sehen ihre Aufgabe im wesentlichen darin zu beschreiben, was ist, und allenfalls noch, warum dies so ist. Sie betrachten die Wirtschaft als gegebenes, zu ihrer heutigen Form entwickeltes Faktum, wie der Naturwissenschaftler die Natur. Wie dieser versucht, die Naturgesetze zu erforschen, so erforschen jene die Gesetze des derzeitigen Wirtschaftsablaufs. Und daneben bemühen sie sich auch noch nachzuweisen, daß die Aussagen jener Wissenschaftler in die Irre führen, die von der jeweils anderen Lehrmeinung ausgehen.

Wir sind keineswegs wissenschaftsfeindlich. Wir betrachten nur wissenschaftliche Aussagen kritisch und weisen an den jeweils geeigneten Stellen auf Quellen von Irrtümern bzw. Vorurteilen hin. Hier an dieser Stelle kommt es uns darauf an, ob die Wissenschaft antreibend auf die Wirtschaft wirkt.

Daß dies der Fall ist und wie es geschieht, hat meines Erachtens Gustav Ruhland überzeugend nachgewiesen.³⁹

Er zeigt, daß alle, die sich wissenschaftlich mit Wirtschaft befassen, darin einig sind, »daß das Ziel und die Aufgabe aller Wirtschaftspolitik darin bestehe, die Völker reich und reicher zu machen.«

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Man war und ist nur verschiedener Ansicht über die »Quelle des Reichtums«. Die »Physiokratische Schule«⁴⁰ in Frankreich meinte, es sei der Boden. Andere, voran der heute noch anerkannte Adam Smith⁴¹, meinten, es sei die Arbeit des Volkes. Ich

meine: Natur und Arbeit zusammen sind die Quelle allen Reichtums. Zur Natur gehört der Boden, auf den jeder Wirtschaftsbetrieb in irgend einer Weise angewiesen ist, er liefert uns vor allem die Nahrung, ohne die kein Lebewesen bestehen kann, und ohne Arbeit werden keine Güter erzeugt. Wenn aber weiter gesagt wird, es sei daher »das wohlverstandene eigene Interesse des Einzelnen die beste Triebfeder aller volkswirtschaftlichen Entwicklung« und, da »Zweck und Ziel aller Produktion . . . die Konsumtion«⁴² sei, solle man diese fördern, dann ist zu fragen: Ja warum denn? Was soll denn der Verbrauch für einen Sinn haben? Er kann nur den haben, die Produzenten reich zu machen. Die Verbraucher haben nichts davon. Wenn ein Volk reich werden will, wird es das niemals durch Verbrauch, sondern nur mittels Arbeit und sparsamen Verbrauch. Es ist also widersinnig, den Verbrauch zu fördern. Dieser Widersinn hat zwei Quellen. Die eine ist die durch nichts zu beweisende Behauptung »Stillstand ist Rückschritt«. Die andere ist der *Darwinismus*, der lehrt, die Entwicklung der Lebewesen vom Einzeller zum Menschen sei eine Folge des Konkurrenzkampfes und durch diesen setze sich die Entwicklung im Menschengeschlecht nunmehr fort. Wohin solche Anschauungen tatsächlich führen müssen, hat schon Lord Georges Hamilton, ein Mitglied des englischen Parlaments, im Jahre 1894 gezeigt:

»Wir sind in der Lage eines Mannes, der gezwungen ist zu spielen und seinen Spieleinsatz fortwährend zu erhöhen, nicht deshalb, weil er das Spiel liebt, sondern weil er jetzt nicht mehr aufhören kann zu spielen, ohne sich dem Untergang und dem Verderben preiszugeben.«⁴³

Wir müssen heute nur noch anfügen: »Spielt er aber so weiter wie seither, gibt er sich ebenfalls dem Untergang und dem Verderben preis.«

Obwohl dies für jeden aufmerksamen Beobachter eindeutig erkennbar ist, wird der eingeschlagene Weg fortgesetzt. Um dem sich abzeichnenden Rohstoffmangel zu begegnen, kommen »Zukunftsforscher« auf die absurdesten Ideen. Rohstoffe aus der Tiefsee zu holen, mag noch angehen. Aber den Mond auszubeuten? Woher sollen wir die nötige Energie nehmen? Daß man an dieser sparen könnte, dieser Gedanke kam nicht von der Wirtschaftswissenschaft, sondern von den nicht gern gesehenen Umweltschützern, und er wurde von den Verantwortlichen nur widerwillig aufgenommen. Sparsamkeit erhöht eben nicht das »Sozialprodukt«, das Maß der Produktivität einer Wirtschaft und damit – nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaft – auch das Maß des »Reichtums« eines Volkes.

Es besteht kein Zweifel: Unsere derzeitige Wirtschaftswissenschaft wirkt antreibend auf die Wirtschaft. Den Warnern wird ständig entgegengehalten: Dann sind wir auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig.

8. Wirtschaftlichkeit

Es war die Verknappung des Lebensnotwendigen, die die Menschen zum Wirtschaften brachte, und wirtschaftlich war es, mit dem zum Leben Nötigen sparsam umzugehen. Sparsamkeit gehört also zum Wirtschaften. Jede »Bewirtschaftung« – wir haben dies in zwei Weltkriegen erfahren – schränkt jedoch die Freiheit ein. Der Mensch aber will sich die Freiheit bewahren. Es entsteht ein Widerspruch zwischen Freiheit und Sparsamkeit. Gütererzeugung behob diesen Zwang, führte aber zu einem Zwang zur Arbeit. Arbeit konnte mittels arbeitssparender Erzeugung eingespart werden. Als es gelungen war, menschliche Arbeit fast vollständig durch Maschinen zu ersetzen, schien der Zwang zur Sparsamkeit ein für alle Mal überwunden zu sein. Daß aber Sparsamkeit zum Wirtschaften gehört, war dabei nicht vergessen worden. Sie wurde nur auf das Geld verlagert. Man glaubt heute, wirtschaftlich sei es, mit einem möglichst geringen Einsatz von Geld den größtmöglichen Geldertrag, das höchste »Sozialprodukt«, zu erzielen. Man denkt zu sehr ans Geld und fragt zu wenig, ob das Erzeugte den Menschen nützt oder schadet.

Geld wird heute gedruckt. Es ist also sehr einfach und billig herzustellen. Papier ist bekanntlich geduldig. Man kann kleine und große Zahlen aufdrucken. Eine auf Geld aufgebaute Wirtschaft ist daher sehr leicht anzutreiben. Es genügt, die Geldmenge aufzublähen. Wir haben darum auch in aller Welt Geldaufblähung, d.h. »Inflation«. Benutzt man solches Geld als Maß für die Wirtschaftlichkeit, ist es nicht verwunderlich, daß unsere Wirtschaft zur »Wegwerfwirtschaft« entartete. Dieses reine Gelddenken aber hat sich über die ganze Erde ausgedehnt. Nur noch innerhalb der Wirtschaft wird gespart, und zwar ausschließlich an Geld. Der Endverbraucher dagegen soll sein Geld so rasch wie möglich ausgeben, damit die Wirtschaft es wieder umsetzen und Gewinne erzielen kann. Man hat ganz vergessen, daß unsere Erde begrenzt und die einzige uns zur Verfügung stehende Rohstoffquelle ist, die aber eines Tages versiegen wird, daß wir also den Zwang zur Sparsamkeit bei allen Wirtschaftsgütern niemals überwinden können. Das reine Gelddenken hat sich als Irrtum erwiesen. Sparsamkeit muß bei allem, was zum Wirtschaften gehört, herrschen. Grundlagen alles Wirtschaftens sind Natur und Arbeit. Es gilt also, nicht nur menschliche Arbeit einzusparen, sondern auch Naturschätze, d.h. Rohstoffe aller Art. Soweit es sich um Naturschätze handelt, die wieder nachwachsen, darf von ihnen während eines bestimmten Zeitraums nur so viel verwendet werden, wie in diesem bestimmt wieder nachwachsen wird. Alle Rohstoffe, die sich nicht selbst erneuern, dürfen nur so sparsam wie irgend möglich verwendet werden und müssen, falls sie ihren Zweck erfüllt haben, wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden.

Insoweit dies nicht möglich ist (z.B. bei fossilen Energieträgern), müssen sie so bald wie möglich durch solche ersetzt werden, die wieder nachwachsen oder die für den Menschen unerschöpflich sind (z.B. Sonnenenergie).

Wirtschaftlich ist demnach: Mit dem geringsten Aufwand an menschlicher Arbeit und an Rohstoffen, voran an solchen, die zur Energiegewinnung dienen, ein Höchstmaß von Gütern, die tatsächlich auch gebraucht werden, zu erzeugen. Nur von *erzeugten Gütern* können die Menschen zehren, niemals von Dienstleistungen, so notwendig sie auch sein mögen.

Es ist daher weit wichtiger, Dienstleistungsarbeit, d.h. solche in Verwaltung, Rechtsprechung, Handel, Banken usw., einzusparen als Arbeit in der Gütererzeugung. Heute aber macht man das genaue Gegenteil. Man meint, in der Gütererzeugung frei werdende Arbeitskräfte mit Dienstleistungen beschäftigen zu müssen, wie wenn es darum ginge, um der Arbeit willen zu arbeiten!

Wenn aber Sparsamkeit unabdingbar zur Wirtschaftlichkeit gehört, dann darf die Wirtschaft auch nicht dauernd angetrieben werden. Allen aufgezeigten Kräften, die die Wirtschaft antreiben, sollten daher, und zwar möglichst sofort, Zügel angelegt werden. Anzustreben ist, daß sie so weit wie möglich ausgeschaltet werden.

Anmerkungen zum Teil II

¹ *Der Spiegel* v. 21.2.1977, S. 137.

² *NDR*, 6.12.1974, 19,20 Uhr in »Politik heute«

³ Ali Assan in *Neue Politik* 1/1974, S. 48

⁴ Hierzu gehört u.a. Silvio Gesell: *Der abgebaute Staat, Leben und Treiben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk*

⁵ Gustav Ruhland, *System der politischen Ökonomie*, Bd. 1, S. 80

⁶ vgl. »Das Bankwesen«, *Der Quell*, 1958, S. 162 ff.

⁷ Rede des Abgeordneten Dr. Mattei, Protokoll der 215. Sitzung des österreichischen Reichsrates im Jahre 1893 (vgl. auch »Einwelt oder Freiheit«, *Mensch und Maß* 1976, S. 1009 ff.

⁸ *Industriekurier*, v. 14.1.61, S. 5 (Hervorhebungen von mir, E.B.)

⁹ In einem »Interview der Woche« (*DLF*/5.3.1978/11.05 Uhr, in dem es um Währungsfragen ging [Hervorh. von mir, E.B.])

¹⁰ vgl. *Volkswarte*, 1957, Folge 1 vom 5.7.57

¹¹ Guido Roeder, *DM 1000 Kopfgeld*, Oberammergau 1957, S. 67–69 (stark gekürzt)

¹² Entnommen aus *Krieg der Milliardäre* von Hans Schumann, München 1939, auch enthalten bei Bernhard M. Baruch, *Gute 88 Jahre*, München, 1958

¹³ Erich Scheuermann in: *Der Papalagi, die Reden des Südseehäuptlings Tuivavii aus Tia-vea*, Darmstadt, 1958

¹⁴ Walter Eucken, *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, Tübingen 1954, S. 53

¹⁵ Heinrich Richard, *Die Entfesselung der Wirtschaft*, Darmstadt o.J., S. 37

¹⁶ a.a.O., S. 39

- 17 a.a.O., S. 40
- 18 *Freisoziale Presse* vom 7.11.1958
- 19 Eucken a.a.O., S.105
- 20 Grundlagen entnommen bei Arno Pohlmann, *Weltenwende im Wirtschaftsleben*, Berlin, 1931
- 21 *Politisches Lexikon C.O.D.E.*, Nr. II/8, S. 19, Anm. 7
- 22 a.a.O.
- 23 A.M. Textor, *Auf Deutsch*, Fremdwörterlexikon, Reinbeck, 1969, S. 126
- 24 *Der neue Brockhaus*, Band 2, Wiesbaden 1958, S. 601
- 25 *Lutherbibel*, Ev. Luk. 19, Vers 20 bis 27. Der Inhalt von Vers 26 erscheint auch noch in Matth. 13,12 u. 25,20, Mark. 4,25 und Luk. 8,18
- 26 *Lutherbibel*, Ev. Matth. 6,19 und 21
- 27 *Lutherbibel*, Ev. Joh. 10, 16
- 28 Otto Lehmann-Russbüldt, *Der Gotteslästerungsprozeß gegen Friedrich den Großen*, Frankfurt/M. 1914
- 29 *Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland*
- 30 Papst Bonifazius VIII. in der Bulle *Unam sanctam*
- 31 *Lutherbibel*, Ev. Matth. 12,30; Mark. 9,40; Luk. 11,23
- 32 *Am heiligen Quell deutscher Kraft*, 4. Jahrgg. 1933/34, S. 475
- 33 *Mensch und Maß*, 1973, S. 1120
- 34 *Jahrbuch der deutschen Anlageberatung* 1979, Geld Magazin, Köln
- 35 *Neue Politik*, 6/72, vom 5.2.72, S. 6
- 36 *Volkswarte*, Folge 1 v. 5.7.57, S. 7
- 37 *Stuttgarter Zeitung* v. 22.3.57, s. auch *Volkswarte*, Folge 1/1 v. 5.7.57, S. 7
- 38 zitiert aus *Mensch und Maß* 1979, S. 29
- 39 Gustav Ruhland, *System der politischen Ökonomie*, 3 Bände, 2. Auflage 1933, Berlin und Leipzig, Bd. 1, S. 79
- 40 Physiokratie heißt die Lehre von den natürlichen Zusammenhängen. Ihr Hauptvertreter ist *Francois Quesnay* (1694–1774). Hier wird zum ersten Mal von Wirtschaftskreisläufen gesprochen. Die Beachtung der natürlichen Ordnungen in der Wirtschaft beinhaltet, daß der Boden (und das Wasser) die einzige Quelle für den Wohlstand bildet und demzufolge auch die Landwirtschaft mit ihren Nebenzweigen als einziger Wirtschaftsbeereich wirklich Güter produzieren kann. Es kommt darauf an, den Wirtschaftskräften so viel Freiheit wie möglich zu geben und zugleich den einzigen wirklich produktiven Erwerbszweig, »die Landwirtschaft«, so stark wie möglich zu entwickeln und zu fördern. (aus: *Lebensschutzinformationen*)
- 41 Ruhland, a.a.O., S. 80
- 42 a.a.O., S. 81
- 43 a.a.O., S. 105

AUSBEUTUNG

Zur Zeit haben wir folgende »legale«, d.h. rechtmäßige Erwerbsmöglichkeiten:

1. durch Verkauf der eigenen Arbeitskraft bzw. deren Leistungen, die am häufigsten auftretende Erwerbsart,
2. durch Einsatz von Kapital, und zwar entweder
 - a) unmittelbar als Unternehmer
 - b) mittels geldlicher Beteiligung an Unternehmen gegen Gewinnbeteiligung (Dividende),
 - c) durch Ausleihen von Geld gegen Zins.

Für die beiden letzten Arten ist sicherlich am wenigsten »Arbeit« erforderlich. Man könnte daher Leute, die nur vom Ertrag ihres Vermögens leben, als »arbeitslos« bezeichnen. Zum Unterschied zu denen, die man heute so nennt, sind sie aber keineswegs »erwerbslos«. Sie lassen, wie man sinnigerweise sagt, ihr »Geld« für sich »arbeiten«.

Schließlich und endlich ist aber jede Tätigkeit mit mehr oder weniger Mühe verbunden. Selbst das Ausleihen von Geld kann Mühe machen, gibt es doch ein ganzes Gewerbe, das Bankgewerbe, das sich damit befaßt.

Es besteht aber kein Zweifel, daß es möglich ist, daß die einen sehr schwer arbeiten, um allein das Lebensnotwendigste sicherzustellen, und dabei niemals größeres Vermögen erwerben können, während andere ein Wohlleben in Überfluß führen können, ohne sichtbare Arbeit zu leisten, und deren Vermögen dabei überdies noch zunimmt. Wie ist das möglich?

1. *Unterschiedliche Mühen der Arbeit und deren Ursachen*

Eine Arbeit, die sehr wenig sichtbare Mühe erfordert, kann für das Volk oder gar alle Menschen wirtschaftlich, kulturell oder anderweitig viel wertvoller sein als die mühevollste Schwerarbeit. Es geht im Grunde also gar nicht um die Mühe, die eine Arbeit erfordert, sondern darum, ob und wie es möglich ist, die Arbeit, welche zur Selbsterhaltung des Menschen notwendig ist, auf andere abzuwälzen und sich zudem noch auf Kosten anderer zu bereichern. Nur um dies ergründen zu können, müssen wir uns ganz allgemein mit den Ursachen unterschiedlicher Mühen wirtschaftlicher Tätigkeit beschäftigen. Hierbei können wir von vornherein zwei Gruppen von Ursachen unterscheiden, einmal naturbedingte Ursachen, zum andern solche, die von Menschen geschaffen wurden.

1.1. *Naturbedingte Ursachen*

Bereits auf der Stufe der Sammler und Jäger treten unterschiedliche Ursachen auf. Sie gehen auch hier auf zwei Quellen zurück. Eine davon liegt im Menschen selbst, während die andere in seiner Umwelt zu suchen ist.

1.1.1. *Ursachen, die im Menschen liegen*

Wie ohne weitere Untersuchung festzustellen ist, ist die aufzuwendende Mühe verschieden, je nach

- a) körperlicher Leistungsfähigkeit,
- b) Geschicklichkeit,
- c) geistiger Begabung,
- d) geistiger Regsamkeit.

Alle vier Fähigkeiten können durch Übung gesteigert werden. Auf diesen vier naturgegebenen Fähigkeiten beruhen die Vorteile der Arbeitsteilung. Diese hat aber auch Nachteile, wie wir noch sehen werden. Genügsamkeit, Faulheit oder Fleiß scheiden aus unserer Betrachtung aus. Sie beeinflussen zwar die Höhe des Einkommens oder dessen Verwendung, nicht aber die Mühe, die aufgewendet werden muß, um zu diesem Einkommen zu gelangen, höchstens dadurch, daß infolge Faulheit auf die Vorteile, die die Übung verschafft, verzichtet wird.

Zu jeder Gütergewinnung und -erzeugung werden aber neben der menschlichen Arbeitskraft auch Rohstoffe gebraucht. Diese entstammen der Natur. Bei deren Gewinnung werden sich ebenfalls Unterschiede ergeben:

1.1.2. *Umweltbedingte Ursachen*

Auch hier ist ohne weiteres erkennbar, daß derjenige weniger Mühe aufwenden muß, um das zum Leben Notwendige zu erringen, der

- a) über fruchtbareren Boden verfügt,
- b) dessen Boden günstiger besonnt ist und günstigere Niederschlagsverhältnisse aufweist,
- c) dessen Boden in klimatisch begünstigtem Raume liegt,
- d) unter dessen Boden nutzbare Bodenschätze liegen,
- e) dessen Bodenschätze leichter hebbar sind.

Wer aber Bodenschätze nutzen will, muß über die erforderlichen geistigen Fähigkeiten verfügen. Die Kohle lag schon Jahrmillionen im Boden, ehe sie der Mensch nutzte. Die ständig zunehmende Nutzung der Bodenschätze erleichtert aber dem Menschen die Gewinnung der lebensnotwendigen Güter ganz erheblich und verschafft ihm die Möglichkeit, neue, bisher unbekannte Güter zu erzeugen. Die Mühe der Gewinnung von Bodenschätzen kann aber so groß werden, daß ein einzelner nicht mehr zu

deren Abbau fähig ist. Ein gemeinsamer Abbau kann aber vielleicht noch lohnend sein. Stets ist aber derjenige erheblich benachteiligt, dessen Boden keine abbauwürdigen Bodenschätze birgt. Er kann zu solchen nur gelangen, wenn er sie gegen Güter eintauschen kann, die er selbst erzeugt.

Von den im Menschen liegenden Ursachen sind also seine geistigen Fähigkeiten die wichtigeren für eine Weiterentwicklung der Wirtschaft. Mit deren Hilfe kann er aber auch selbst Ursachen dafür setzen, daß für den Erwerb von Gütern unterschiedliche Mühen aufzuwenden sind.

1.2. Vom Menschen geschaffene Ursachen unterschiedlicher Mühe

Auch hier haben wir zwei Fälle zu betrachten: Die Verringerung von Mühen kommt entweder unmittelbar allen zugute, bzw. jeder kann sie sich zunutze machen, oder sie dient nur bestimmten Gruppen.

Sofern die unter dem Boden liegenden Schätze verstaatlicht sind, trifft dies lediglich auf das Verhältnis zwischen den Ländern zu.

1.2.1. Vorteile, die allen zugute kommen können oder die jeder nutzen kann

Mit geringerer Mühe können Güter erzeugt oder erworben werden:

- a) infolge Arbeitsteilung; diese ermöglicht
 - den Einsatz der Arbeitskräfte entsprechend ihrer Eignung,
 - aber auch, daß sich der Gerissene mehr oder weniger vor der Arbeit drücken kann,
- b) durch Nutzung nichtmenschlicher Energie
 - mittels Industrialisierung
 - mittels Automatisierung,
- c) durch Gütertausch; dieser ermöglicht
 - den Erwerb von Gütern, die man selbst nie bzw. nicht so billig herstellen könnte,
 - den Tausch von Gütern, deren Herstellung sehr unterschiedlichen Arbeitsaufwand erfordert,
 - aber auch eine Täuschung über die tatsächlich erbrachte Leistung,
- d) durch Geldwirtschaft; diese ermöglicht
 - eine Ausweitung des Handels und mit ihm, sich den Lebensunterhalt besonders mühearm zu erwerben,
 - mit Listen aller Art, sich ohne große Mühe, ja nahezu mühelos Einkommen zu verschaffen, was besonders leicht wird mittels des Geldhandels, vor allem, wenn sich dieser zur beherrschenden Stellung in der Wirtschaft aufgeschwungen hat.

Wir sehen, daß der Erwerb des Lebensunterhalts mittels Handel meist geringere körperliche Mühen als andere Erwerbsarten erfordert. Die ge-

ringsten Mühen erfordert der Geldhandel. Ganz allgemein können wir sagen: Je entfernter – nicht räumlich, sondern im wirtschaftlichen Geschehen – die Erwerbsquellen von der Gütererzeugung sind, desto weniger körperliche Mühe erfordern sie, aber desto undurchsichtiger werden auch die Zusammenhänge zwischen dem Erworbenen und der für dessen Erzeugung aufgewandten Mühe. Immer unklarer wird es, inwieweit die aufgewandte Mühe für das Preiszugebende der Leistung gleichkommt, die für seine Erzeugung und Verbringung zum Erwerber einschließlich aller Nebenkosten aufgewandt wurde.

Die Industrialisierung als Folge der Erfindung der Dampfmaschine und weitere Möglichkeiten der Energiegewinnung und -nutzung brachten eine bis ins Kleinste gehende Arbeitsteilung. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Vor- und Nachteile vergrößerten sich nicht nur dementsprechend, sondern es trat noch ein besonderer Nachteil hinzu: Die Arbeit wurde für sehr viele mehr oder weniger geist- und seelenlos. Außerdem brachte sie noch etwas ganz anderes, und zwar Vorteile für einzelne Gruppen, sei es mit oder ohne deren Zutun, und sei dies im einzelnen sichtbar oder nicht.

1.2.2. Vorteile, die nur bestimmten Gruppen zugute kommen

Wie wir bereits zu Beginn dieses Kapitels feststellten, eignen sich Vermögen (dies Wort besagt es unmittelbar) zur Abwälzung von Lasten des Daseinskampfes. Gegen Geld kann man so ziemlich alles haben, was der Mensch begehrt. Die Vermögenden können darüberhinaus aber auch noch besondere Rechte, vor allem Besitzrechte für sich, eine Gruppe oder einen Stand erwirken. So hat sich einst in vielen Ländern der Adel Besitzrechte an Grund und Boden und auch Steuerfreiheit erwirkt.

Wir stellen fest: Wirtschaftliche Vorteile können erlangt werden durch

- a) Ausnutzung von Besitz und Besitzrechten, und zwar durch
 - Forderung überhöhter Preise beim Verkauf bzw. für Nutzung (Miete, Pacht),
 - Zurückhaltung von Waren, um höhere Preise bzw. Nutzungsbühren zu erhalten,
 - Ausübung von Druck auf die Gesetzgebung zwecks Erringung wirtschaftlicher Vorteile;
- b) Nutzung geistiger Fähigkeiten,
 - um allgemein die Mühen der Gütererzeugung zu verringern,
 - um die Mühen von sich auf andere zu verlagern,
 - durch Ausnutzung von Notlagen (Krisen) bzw. Herbeiführung von solchen, um diese für sich auszunutzen,

- zum Vernebeln der tatsächlichen Vorgänge, um sich bzw. einer kleinen Gruppe Vorrechte oder unmittelbar völlig mühelose Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen.

Je weiter wir in dieser Betrachtung fortschritten, umso häufiger stießen wir auf Möglichkeiten, die mehr oder weniger betrügerisch, zum Teil aber durchaus »legal« (gesetzlich zulässig) sind. Diesen wollen wir im folgenden unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, ermöglichen doch gerade sie die Ausbeutung anderer am besten. Wir beschränken uns dabei auf einige Wirtschaftszweige und wirtschaftliche Einrichtungen bzw. Begriffe.

2. Der Handel

Heutzutage wird von den meisten Menschen derjenige als der wirtschaftlich Tüchtigste anerkannt, der mit geringster Mühe das höchste Einkommen erzielt.

Am leichtesten ist ein hohes Einkommen dadurch zu erreichen, daß man versucht, an den Früchten der Arbeit anderer in möglichst hohem Maße teilzuhaben. Der Handel bietet hierzu eine Möglichkeit. Seine Tätigkeit besteht darin, die Früchte der Arbeit anderer, d.h. deren Erzeugnisse, denen zu vermitteln, die sie haben wollen. Dieser Tätigkeit, die sehr nützlich sein kann, gebührt selbstverständlich ihr Lohn.

Wir haben schon in Teil I gezeigt, daß sich der Handel als selbständiger Wirtschaftszweig aus dem Austausch von Erzeugnissen entwickelt hat und daß er mit der Einführung des Geldes einen starken Auftrieb erhielt. Wenn es schon beim Austausch von Ware gegen Ware sehr schwer war, möglichst Gleichwertiges zu tauschen, so ist dies bei Zwischenschaltung von Geld noch viel schwieriger und, falls der Tausch in Gebiete erfolgt, in denen ein anderes Geld, eine andere Währung, gilt und gar noch in völlig anderer Art gewirtschaftet wird, so wird dies nahezu unmöglich. In allen Fällen ist eine Täuschung – sei sie gewollt oder ungewollt – sehr leicht möglich.

Der Grundsatz der Händler lautet:

»Möglichst billig einkaufen – möglichst teuer verkaufen.«¹

Diesem Grundsatz wird der am besten gerecht, dem es gelingt, seinem jeweiligen Handelspartner beim Wareneinkauf wie auch beim -verkauf weiszumachen, daß der von ihm angebotene bzw. geforderte Preis besonders günstig sei.

Wie sehr wird doch beim Warentausch getäuscht, und zwar sicherlich nicht nur unbewußt, was durchaus möglich ist, sondern in voller Absicht! Der Reichtum der Industrienationen, über dessen Höhe man sich wie-

derum täuschen kann, beruht zu einem sehr großen Teil darauf, daß die Rohstoff- (heute Entwicklungs-) länder beim Warentausch getäuscht wurden. Unsere Sprache zeigt eindeutig den Zusammenhang zwischen tauschen und täuschen und daß sich die Menschen dieses Zusammenhangs bewußt waren, als sie diese Worte sprachschöpferisch gestalteten. Damit ist nicht gesagt, daß sie bei »tauschen« an bewußt täuschen gedacht haben, liegt es doch in der Natur der Sache, daß man ganz verschiedene Dinge nicht miteinander vergleichen kann. Wieviel Kilogramm Äpfel ist z.B. eine Schreibmaschine wert? Dies wird stets von Fall zu Fall und auch von Mensch zu Mensch verschieden sein.

Das gilt nicht nur für den Handel. Auch Arbeitsleistungen lassen sich nicht miteinander vergleichen. Man glaubt sie am »volkswirtschaftlichen Nutzen« messen zu können. Aber auch dieser ist keine feststehende Größe. Man kann eben immer nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Dies zeigt ja schon das Wort »vergleichen«. Preise für Waren oder Dienstleistungen beruhen daher stets auf *Vereinbarungen* zwischen den Partnern. Solche Vereinbarungen gelten im Grunde auch nur für den Augenblick. Schon nach kurzer Zeit können sie durch irgendwelche Ereignisse überholt sein. Ein plötzlich in die Not des Verdurstens Geratener würde für Wasser alles preisgeben, was er hat; oder vor 200 Jahren hielt ein Neger einen Metallspiegel vielleicht für wertvoller als einen Elefantenstoßzahn. Bei einem Tausch kann aber im ersten Fall eine Notlage, im zweiten Fall die Unerfahrenheit ausgenutzt werden.

Aus dem händlerischen Denken vom billigen Einkauf und teuren Verkauf entwickelte sich der Brauch, bei Großeinkäufen einen Rabatt, einen Preisnachlaß, zu gewähren. Ein solcher kann sogar 50 v.H. des Normalpreises übersteigen! Es gibt Fabrikanten, die an Großabnehmer *unter* den Selbstkosten liefern, nur um dadurch soviel Rohstoffe einkaufen zu können, daß sie in die höchste Rabattstufe kommen. Die Kleinabnehmer müssen dann umso höhere Preise bezahlen, um den Fabrikanten zu Gewinnen zu verhelfen. Auf diese Weise müssen natürlich immer mehr kleine Firmen zugrunde gehen.

Zum Handel gehört auch die Werbung. Der Erfinder einer Neuheit ist selbstverständlich davon überzeugt, daß sie für jeden Menschen von Nutzen sei, was durchaus nicht der Fall sein muß. Der Erfinder aber wird für seine Neuheit werben. Hat dies zunächst wenig Erfolg, wird dicker aufgetragen, wobei die Gefahr der bewußten Täuschung schon sehr groß ist. Wo eine solche beginnt, ist sehr schwer feststellbar. Wie aber versucht wird zu täuschen, kann man am schönsten auf einem orientalischen Bazar erleben. Dort fordert jeder Verkäufer für seine Ware einen Fantasiepreis. An allen Ecken und Enden werden völlig gleichartige Güter zu den unterschiedlichsten Preisen angeboten. Kein Käufer denkt daran, den ur-

sprünglich geforderten Preis zu zahlen. Es wird gefeilscht, wobei Käufer und Verkäufer Wortgefechte führen, in denen sie sich die größten Beleidigungen an den Kopf werfen. Wer dort nicht übers Ohr gehauen werden will, muß so gerissen und hartnäckig sein wie sein Handelspartner.

Täuschungen über die Warengüte kann nur mit Sachverstand begegnet werden. Auch Preise sind nur bei gleicher Ware und Warengüte vergleichbar. Fachleute sind also weniger leicht zu täuschen als Laien. Die Endverbraucher sind daher meist die Meistgetäuschten. Sie suchen selbstverständlich nach Mitteln und Wegen, vor Täuschungen, soweit irgend möglich, bewahrt zu werden. Sie überlegen sich, was zu ändern wäre. Dabei geraten die einen in planwirtschaftliches Denken, und andere glauben nach wie vor der Lehre von Adam Smith, wonach allein Konkurrenzkampf zu angemessenen Preisen führt.

Jede Planwirtschaft erfordert eine ungeheure Bürokratie, die aber Täuschung niemals ausschalten kann, denn Bürokraten können sich genau so täuschen oder täuschen lassen wie andere Menschen. Aus Erfahrung wissen wir, daß in den Planwirtschaften die Warengüte allgemein zu wünschen übrig läßt und die Warenpreise außerordentlich willkürlich und nach politischen Gesichtspunkten festgelegt werden. Die Täuschung ist dort also eine allgemeine.

Die höchsten Gewinnaussichten verspricht dem Händler ein über die ganze Erde sich erstreckender »Welthandel«. Ein solcher ist nicht gleichbedeutend mit weltweitem Handel. Bei weltweitem Handel werden Güter ausgetauscht, die nicht überall erzeugt werden können. Dazu gehören auch Kulturgüter, die volksgebunden sind. Im Welthandel dagegen bildet die gesamte Erde einen »gemeinsamen Markt«. Auf ihm wird alles verhandelt. Nichts findet mehr den unmittelbaren Weg vom Erzeuger zum Verbraucher. Alle machen sich mit allem gegenseitig Konkurrenz. Jeder sucht in aller Welt nach dem Preisgünstigsten und kauft dies, wo er es findet. Damit sind von vornherein die Völker im Hintertreffen, die über keine Rohstoffvorkommen verfügen, aber auch diejenigen, die infolge klimatischer Bedingungen mehr Arbeit für die Erzeugung des zum Leben Notwendigen aufwenden müssen. Das Streben nach Selbstversorgung, nach Autarkie, das für jedes Volk als Folge des Selbsterhaltungstriebes selbstverständlich sein sollte, wird als unsinnig, ja vielfach als geradezu verbrecherisch bezeichnet! Verbrecherisch gegen wen?

Wenn man der veröffentlichten Meinung glaubt, so werden durch das Autarkiestreben die Armen geschädigt, weil ihnen billige Einkaufsmöglichkeiten versperrt würden. In Wahrheit aber fürchten die Vermögenden, daß ihnen hierdurch Gewinn-, d.h. Ausbeutungsmöglichkeiten verschlossen bleiben würden, fördert Welthandel doch die Wirtschaftskonzentration und die internationale Arbeitsteilung, die wiederum dazu

führt, daß die Gütererzeugung in Länder verlagert werden kann, in denen ihre Herstellung auf Grund niedriger Löhne am billigsten ist. Dazu ein Beispiel:

Die Bundesrepublik Deutschland führt z.Zt. etwa 1/3 des Bedarfs an künstlichem Stickstoffdünger aus den Ostblockländern ein, weil diese weit billiger liefern als unsere eigenen Stickstoffwerke. Ein entsprechender Teil unserer eigenen Stickstoffwerke ruht daher, und die hier ehemals Beschäftigten sind »arbeitslos«, d.h. ohne Erwerb. Sie erhalten Arbeitslosenunterstützung. Wie wär's, wenn wir deren Unterstützung gleich unseren Landwirten über den Preis ihrer Produkte geben würden unter der Bedingung, daß sie den Stickstoff im eigenen Lande kaufen? Dann wären die Arbeitslosen wiederum beschäftigt, die Zahlungen für die Arbeitslosenversicherung fielen weg, d.h. die Mehrkosten würden über den Lebensmittelpreis von allen getragen, auch von den Beamten, Freiberuflichen und Unternehmern und nicht nur von den Lohnempfängern über den Lohnabzug für die Arbeitslosenversicherung. Auch der durch die Verlagerungen der Gütererzeugung in aller Welt entstehende Strukturwandel, den nicht die Wirtschaft unmittelbar, sondern die Völker über die Steuern zu tragen haben, würde wegfallen.

Es gibt aber noch eine ganz besondere und äußerst ergiebige Art der Ausbeutung, und zwar trifft diese gleich ganze Völker. Dazu müssen allerdings die Ausbeuter sehr vermögend sein, d.h. sie müssen Macht besitzen, wobei wirtschaftliche Macht ausreicht. Die Bibel, ein sehr gutes Lehrbuch für Geschichte und Wirtschaft, liefert uns schon in ihrem ersten Buch ein prächtiges Beispiel. Der Kern der Geschichte lautet²: Joseph, ein Sohn Jakobs, der seinerseits seinen Bruder, seinen Vater und seinen Schwiegervater betrogen hat, kaufte in Ägypten in fruchtbaren Jahren alles überschüssige Getreide auf, offensichtlich recht billig. Es heißt nur: »*Sie sammelten die Speise und trugen sie in die Städte*«³, und Joseph »*schütete das Getreide auf, über die Maßen viel, wie Sand am Meer*«⁴ Als dann Mißernte auf Mißernte folgte, verkaufte Joseph das Getreide immer teurer. Auch verkaufte Joseph an Landfremde, seine Brüder, die hergereist kamen. Als den Hungernden alles Geld abgenommen war, verlangte Joseph das Vieh, und als auch hier nichts mehr zu holen war, griff er nach dem Boden. Als er auch diesen – »*ausgenommen der Priester Feld*«⁵ – besaß, »*teilte er das Volk aus in die Städte*«⁶.

Das heißt wohl: Nachdem Joseph das ägyptische Volk enteignet hatte, siedelte er es nach seinen Vorstellungen um, zum Teil in Städte. Den restlichen Bauern gab er Saatgetreide und verlangte von dem Ertrag den fünften Teil, das sind 20 v.H. Zuguterletzt heißt es:

»*Also wohnte Israel* (Joseph und seine Brüder, die Kinder Jakobs, der, nachdem er mit Gott Jahweh gerungen und obsiegt hatte (!), Israel ge-

nannt wurde) *in Ägypten im Lande Gosen* (d.h. im Nildelta, dem fruchtbarsten Landstrich) *und hatten's inne.*«⁷

Joseph hatte ja seinen Brüdern, wenn sie bei ihm Getreide kauften, stets das dafür bezahlte Geld wieder oben in den Sack getan.

Das Volk Israel ist also damals durch Getreide- und gleich anschließende Geldhortung sowie durch Enteignung der ägyptischen Bauern reich und mächtig geworden. Bei einer Weltwirtschaft wäre ein solches Verfahren auch weltweit möglich. Wer über nur 5 v.H. des Weltgetreideertrags verfügt, kann die »Weltmarktpreise« bestimmen, genügt doch die Zurückhaltung dieser Menge bereits, um in einigen Ländern eine Hungersnot herbeizuführen.

Am Vorbild des Joseph orientierte »Fischzüge« erfolgen auch heute noch. Hierzu bedienen sich die Großräuber am liebsten des Geldes, und zwar auf die verschiedenste Art und Weise, ist Geld doch am leichtesten und für die Mehrzahl der Menschen am wenigsten erkennbar zurückzuhalten, zu horten. Aber auch über Warenhortungen werden noch immer die Preise in die Höhe getrieben.

Langsam aber bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß Wirtschaft nicht mit Geldverdienen gleichzusetzen ist, sondern mit sparsamer Verwendung von Rohstoffen und Arbeitskraft und daß dies am leichtesten möglich ist, wenn kleine, überschaubare Gemeinschaften sich möglichst mit allem selbst versorgen. Die Ideologie der Weltwirtschaft hat sich selbst ad absurdum geführt, d.h. als widersinnig erwiesen.

Noch geht allerdings die Entwicklung weiter in Richtung auf Welthandel und Weltstaat, was nicht verwunderlich ist bei den herrschenden nach Weltmacht strebenden Ideologien und Machtgruppen.

3. Geld und Kredit

Die Geldgier ist nicht nur der Hauptantrieb für die Wirtschaft, sondern auch die Wurzel der Ausbeutung. Das ist Teil II, 2.4. geschilderte Beispiel, das uns die außerordentliche Beeinflußbarkeit der Wirtschaft mittels des Geldes zeigte, hatte auch einen bedeutenden finanziellen Erfolg für den, der das Ganze anzettelte, J.P.Morgan. Er konnte das hereinströmende Geld wieder zu ganz außergewöhnlich hohem Zins ausleihen. Derartige Fischzüge können sich nur sehr, sehr vermögende Leute leisten, sie haben aber schon des öfteren in der Geschichte stattgefunden. Noch immer aber ist es gelungen, daß sie rasch in Vergessenheit gerieten, indem man sie als ein von Gott gegebenes Schicksal hinstellte. Die leichtgläubigen Völker aber lassen sich betören, und die Geschichtsschreibung nimmt kaum Notiz von ihnen, obwohl sie Revolutionen und Weltkriege herbeiführen können.

Die Ausbeuter können sich aber noch wirksamer unmittelbar des Geldes bedienen, um die Volkswirtschaften zu stören und ganze Völker auszurauben. Allerdings müssen Staatsregierungen mitspielen, indem diese Schatzanweisungen auf das Staatsvermögen ausstellen, wofür dann die Notenbank eine entsprechende Geldmenge in Umlauf setzt. Auf diese Weise hat der Staat – wie der Fachausdruck lautet – sein Vermögen »verflüssigt«. Dem dieserart in den Verkehr gebrachten Geld stehen also keine wirtschaftlichen Leistungen, sondern Vermögenswerte des Staates gegenüber. Das Geld ist jedoch, wie wir gesehen haben, eine Forderung auf wirtschaftliche Leistung, denn dafür hat es der arbeitende Mensch auch erhalten. Da der Staat zusätzliches Geld in den Verkehr brachte, stehen dem auf Grund von Wirtschaftsleistungen erhaltenen Geld weit mehr Forderungen gegenüber, die die Wirtschaft nicht befriedigen kann. Die Preise steigen. Der für seine Arbeit mit Geldscheinen entlohnte Mensch erhält für seine Scheine weniger Güter als seiner Arbeitsleistung entspricht. Er ist der erste Betrogene. Die zweiten Betroffenen sind die Gläubiger von Wertpapieren. Die Besitzer von Sachwerten, darunter auch die Unternehmer, können ihr Vermögen ungefähr erhalten. Die Gewinner sind die Schuldner von Geldforderungen!

Dieses Ausraubungsverfahren wird Inflation (Geldaufblähung) genannt, es ist z.Zt. allgemein üblich! Das Ganze ist ein ungeheurer Betrug. Die Betrüger sind die Staatsregierungen, die durch ihr Verhalten ihre Notenbanken zu überhöhten Geldausgaben veranlassen. Die Notenbanken leisten Beteiligung. Zur Irreführung der geprellten Menschen wird auf die ständig steigenden Wechselkurse für fremde Währungen hingewiesen – für fremde Währungen muß ständig mehr eigenes Geld bezahlt werden – als läge darin die Ursache für die schwindende Kaufkraft der eigenen Währung. Dabei ist dieses Steigen der Wechselkurse doch nur die Folge der Geldaufblähung!

Der gewaltigste Betrug dieser Art war die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg. Nur noch den älteren Menschen unter uns wird diese in wacher persönlicher Erinnerung sein. Das Allerschlimmste damals war, daß alle auf Geld lautenden Forderungen, also auch Wertpapiere aller Art, mit dem entwerteten Geld beglichen werden konnten. Alles Geldvermögen im Inland war damit wertlos geworden. Das Sachvermögen, wie Grundstücke, Gebäude, Fabrikeinrichtungen usw. und auch Forderungen, die unmittelbar auf Sachvermögen lauteten, wie z.B. Aktien oder Hypotheken, blieb unangetastet, wogegen wiederum Hypothekendarlehen als Geldvermögen entwertet wurden! Eine ganz gewaltige und völlig ungerechte Umschichtung der Vermögen zugunsten der Sachwertbesitzer war die Folge. Zugleich konnte das Ausland aber Sachwerte billig erwerben. Schlimmer war noch, daß auch die neu erzeugten Güter, die wir u.a. auch

zur Zahlung der Entschädigung für den verlorenen Krieg – Reparationen genannt – verwenden mußten, nur geringen Erlös erbrachten, hatten doch ausländische Zahlungsmittel eine weit höhere Kaufkraft. Wir mußten also immer mehr Güter oder Vermögenswerte an das Ausland verkaufen. Die Kaufkraft des Geldes sank schließlich auf 1 Billionstel (1:1 000 000 000 000). Der »Ausverkauf« war vollendet!

Die Auswirkungen des Gegenteils erlebte das deutsche Volk wenig später. Damals durfte die Notenbank Geld nur noch in einem bestimmten Verhältnis zur verfügbaren Goldmenge ausgeben. Diese Goldmenge wurde infolge der in Gold zu zahlenden »Reparationen« immer geringer. Der Erfolg war derselbe wie bei einer großen Geldhortung: Die Wirtschaft stockte, und Arbeitslosigkeit trat ein. Damit wurde der Arbeiter, der nichts anderes als seine Arbeitskraft zu verkaufen hatte, um diese betrogen; nahezu sieben Millionen wurden dieserart enteignet. Enteignet wurden zugleich große Teile des Sachvermögens vieler kleiner und mittlerer Betriebe, die infolge der Geldknappheit zahlungsunfähig wurden und in Konkurs gerieten. Die Kurse der Aktien stürzten ins Bodenlose. Viele kleine Aktienbesitzer waren als Folge des Wirtschaftsrückganges und der Erwerbslosigkeit gezwungen, ihre letzten Rücklagen, ihren Aktienbesitz, zu Schleuderpreisen zu verkaufen.

Noch immer finden derartige Enteignungen an allen Ecken und Enden der Welt in verschiedenem Ausmaße statt. Keine unter ihnen erreichte aber die Ausmaße der beiden in Deutschland. Welch ungeheures Vermögen damals den Ausbeutern zufiel, läßt sich kaum abschätzen. Das einst sehr reiche deutsche Volk war jedenfalls zu Beginn des Jahres 1933 bettelarm.

Der zweite Fischzug war mit Hilfe der Bindung unserer Währung an die Goldbestände der Notenbank möglich geworden. Trotzdem setzen sich viele Leute, darunter auch Wirtschaftswissenschaftler, auch heute noch für eine Bindung der Währung an das Gold ein. Sie alle meinen, daß sich dann die Staaten nicht weiter um die Wirtschaft kümmern müßten und dürften. Es sei ganz falsch, den Staat als »die Organisation des gemeinen Nutzens« zu betrachten. Er sei auch eine Organisation des »Klassennutzens«. Wenn wir aber den Staat ausschalten wollten, dann müßten wir auch auf Münzen verzichten und wieder mit der Goldwaage einkaufen gehen. Wer aber eicht die Goldwaage? Wo immer Menschen mit einer Aufgabe betraut werden, ist die Versuchung groß, das Vertrauen zum eigenen Vorteil zu mißbrauchen. Ist zu glauben, daß die Beamten des Weltwährungsfonds besser sind als die Beamten irgendeines Staates? Man denke an das, was Jhering⁸ von den Aktiengesellschaften sagte! Jede gesellschaftliche Ordnung ist darauf angewiesen, daß die mit der Wahrung der Ordnung Beauftragten von denen überwacht werden, die dieser Ordnung unterliegen.

Tun diese das nicht, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn Unregelmäßigkeiten vorkommen. Dabei ist es von vornherein klar, daß die Überwachung in kleinen überschaubaren Gemeinschaften leichter fällt als in großen, daß also das Schlechteste, was es geben kann, Weltorganisationen wie der *Internationale Währungsfonds* sind. Gerade solche Weltorganisationen werden aber heutzutage angestrebt.

Solange eine einheitliche Bindung der Währungen der Länder, sei es ans Gold oder eine andere Währung, z.B. den Dollar, besteht, ist kein Land vor Raubzügen derer sicher, die über viel Geld, sehr viel Geld verfügen, in welcher Währung ist gleichgültig. Besonders gut eignet sich allerdings die »Leitwährung«, von der alle abhängig sind. Ist eine Währung an das Gold gebunden, können Goldbesitzer, vor allem die Goldminenbesitzer, einen entsprechenden Einfluß auf das Geldwesen ausüben. Jederzeit und in jedes Land können Inflation oder Deflation »importiert« werden mittels »Devisenspekulation«, wie man sagt. Hierbei handelt es sich aber absolut nicht um Spekulation. Diese bleibt allein den Mitläufern überlassen, die meistens hereinfallen, denn sie wissen ja gar nicht, was geplant ist. Das wissen nur die, die den jeweiligen Fischzug planen und in die Tat umsetzen. Die großen Schwankungen am Devisenmarkt sind alle »gemacht«! Wieviele Milliarden Deutsche Mark hat unsere Bundesbank hier schon mit ihren »Stützungskäufen« verloren, um die festgesetzten Umrechnungskurse zu halten! (Wo bleibt hier eigentlich die »freie Wirtschaft« mit ihrem »Gesetz« von Angebot und Nachfrage?) Allein die willkürliche Aufblähung (Inflationierung) des US-Dollars kostete die Bundesbank (und damit mittelbar den deutschen Steuerzahler) bis Ende 1978 40 Milliarden DM! Und was wohl kosteten die Stützungen des englischen Pfundes, des französischen Franken, der italienischen Lira und der vielen anderen Währungen?

Wechselkurse können gar nicht fest aneinander gebunden werden, wenn die einzelnen Volkswirtschaften, die angeblich »frei« sind, sich verschieden entwickeln, d.h. mehr aus- als einführen (darunter auch Geld) oder umgekehrt! Aber die Notenbanken sind heute durch internationale Abmachungen zu solchen »Stützungskäufen« gezwungen, d.h. zur Mithilfe bei der Beraubung des eigenen Volkes. Warum? Betrachten wir das Geld, den Geldschein, als verbriefte Forderung, so ist sofort erkenntlich, daß derjenige, der das Recht zur Geldherstellung und -ausgabe besitzt, d.h. das Recht, die Schuldscheine auszustellen, die gesamte Wirtschaft beherrscht. Er sollte sich stets der hohen Verantwortung bewußt sein, die er denen gegenüber hat, die dem Gelde vertrauen.

Bislang haben die mit der Geldausgabe betrauten Stellen sich des in sie gesetzten Vertrauens als wenig würdig erwiesen. Sie scheinen im Gegenteil darum bemüht zu sein, die Völker der Reihe nach zu berauben.

Es ist ein großer Irrtum zu glauben, wie es die meisten Menschen tun, die Staaten würden jeweils das Geld ausgeben. Das besorgen ihre Notenbanken, völlig autonome Kapitalgesellschaften, an denen der jeweilige Staat beteiligt oder sogar ihr einziger Kapitalgeber sein kann. Trotzdem hat er keinen oder höchstens ganz unbedeutenden Einfluß auf die Geldpolitik seiner Notenbank, wogegen hierauf der »Weltwährungsfonds«, dem alle westlichen Länder, der größte Teil der »Dritten Welt« und auch Ostblockstaaten angehören, einen beherrschenden Einfluß ausübt. Die Völker aber leiden unter einer seit Jahren herrschenden Inflation mit hohen und höchsten Zinsen und geschickt den »Ölmultis« bzw. »Ölscheichs« angelasteten Krisen. Ich halte folgendes Urteil über diese Einrichtung für durchaus zutreffend:

»In der wohlausgestatteten Waffensammlung der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt befindet sich wahrscheinlich keine, die zerstörerischer und subversiver ist, als der Internationale Weltwährungsfonds. Dieser ist nicht so sehr eine einfache Bank oder Finanzinstitution als die politische Machtzentrale eines imperialistischen Systems unserer Zeit . . .«⁹

Die mächtigsten Mitglieder dieses Weltwährungsfonds sind die Notenbanken der USA, die *Federal Reserve Banks*, ihrerseits zusammengeschlossen im *Federal Reserve Board*. Wie dieser 1913 zustandekam und sich anschließend betätigte und weiterentwickelte, schildert Eustace Mullins in *The Federal Reserve Conspiracy* (deutsch: *Die Bankiersverschwörung*)¹⁰. Hier wird gezeigt, daß es die Geldmächte selbst sind, die den *Federal Reserve Board* beherrschen, und heute beherrschen sie über den Weltwährungsfonds auch alle anderen diesem angeschlossenen Notenbanken. Es wäre wohl zu viel von diesem Fonds erwartet, daß er freiwillig alle Möglichkeiten ausschaltet, die Völker auszubeuten und damit auch die Politik aller Staaten nachhaltig zu beeinflussen. Er wird im Gegenteil alles tun, um den Irrtum zu nähren, die »Spekulation« sei an allem Übel schuld.

Sicherlich hat sich J.P. Morgan bei dem geschilderten Unternehmen bereichert, und viele taten dies auch bei der großen Inflation 1919–1923 bzw. in den Krisenjahren 1929–1932, aber veranstaltet wurden diese aus ganz anderen Gründen. Wir wissen, daß mit Hilfe von Glaubenslehren die Weltherrschaft erstrebt wird. Wir wissen auch, daß Besitz Macht verleiht und Armut machtlos macht. Wer über die Völker herrschen will, muß sie machtlos, d.h. vor allem besitzlos, machen. Die Bibel, das Lehrbuch der christlichen Glaubenslehre, enthält auch hierfür die entsprechenden Lehren. Wir zeigten schon, wie im Altertum das ägyptische Volk enteignet wurde². Eine weitere Anweisung, wie die Herrschaft errungen werden kann, lautet:

»Denn der Herr dein Gott wird dich segnen, wie er dir verheißen hat; so

wirst du vielen Völkern leihen, und du wirst von niemand borgen; du wirst über viele Völker herrschen, und über dich wird niemand herrschen.«¹¹

Leihen kann nur, wer über viel Geld verfügt. Wer den Weltwährungsfonds beherrscht, verfügt sicherlich über das meiste Geld.

Die Bibel ist aber nicht nur das Lehrbuch der christlichen Priesterkaste, sondern ursprünglich das der jüdischen. Ganz dementsprechend hat auch der Gott des Alten Testaments, Jahweh, seinem auserwählten Volk die Weltherrschaft versprochen. Um dies klarzulegen, muß ich etwas weiter ausholen:

Der Stammvater des Volkes Israel ist nach der Bibel Jakob, der, nachdem er mit Jahweh gerungen und obgesiegt(!) hatte, Israel genannt wurde. Er war der zweite Sohn Isaaks. Der Erstgeborene war Esau, der nach der Bibel der Stammvater der nichtjüdischen Völker war, sein Erstgeburtsrecht aber gegen ein Linsengericht an Jakob abgetreten hatte. Als Isaak ans Sterben kam, wollte er, wie üblich, seinen Erstgeborenen segnen. Jakob jedoch kleidete sich mit Hilfe seiner Mutter Rebekka so, daß der erblindete Isaak glaubte, er habe Esau vor sich, und ihn mit folgenden Worten segnete:

*»Gott gebe dir vom Tau des Himmels und von der Fettigkeit der Erde und Korns und Weins die Fülle. Völker müssen dir dienen und Leute müssen dir zu Fuße fallen. Sei ein Herr über deine Brüder, und deiner Mutter Kinder müssen dir zu Fuße fallen. Verflucht sei, wer dir flucht; gesegnet sei, wer dich segnet.«*¹²

Inwieweit dieser Segen in Erfüllung ging, mag ein jeder selbst beurteilen, insonderheit, was die Verfluchung betrifft. Jedenfalls verspricht die Bibel auch an vielen anderen Stellen dem »Gottesvolk« die Herrschaft über andere Völker. Hier sei nur noch eine weitere Stelle angeführt:

*»Ich will von der Weise predigen, daß der Herr zu mir gesagt hat: ›Du bist mein Sohn, heute habe ich dich gezeugt; heische von mir, so will ich dir die Heiden zum Erbe geben und der Welt Enden zum Eigentum. Du sollst sie mit einem eisernen Zepter zerschlagen, wie Töpfe sollst du sie zerschmeißen.«*¹³

Isaak hat aber auch Esau gesegnet, nachdem er den Betrug erkannt hatte, dem er aufgesessen war:

*»Siehe da, du wirst eine Wohnung haben ohne Fettigkeit der Erde und ohne Tau des Himmels von oben her. Deines Schwertes wirst du dich nähren und deinem Bruder dienen. Und es wird geschehen, daß du auch ein Herr und sein Joch von deinem Halse reißen wirst.«*¹⁴

Hier sagt also die Bibel selbst, daß ihre Lehre die Menschen unter ein »Joch« zwingt, das sie »abreißen« müssen, wenn sie »auch ein Herr«, d.h. frei, selbständig und selbstverantwortlich werden wollen¹⁵. Wir wollen uns dieses Eingeständnis der Bibel sehr gut merken. Noch aber sind nur

wenige Menschen geneigt, in dieser Weise die Bibel als Lehrbuch zu betrachten. Doch die Einsicht wächst, daß in aller Welt vor allem mittels des Geldes bzw. des Leihkapitals, d.h. mit wirtschaftlichen Mitteln, Macht und Herrschaft ausgeübt werden, und es wird auch dagegen angegangen. Hier ein Beispiel aus der Zeit des 1. Weltkrieges:

»Das gegenwärtige Finanzsystem gründet sich nicht auf die Produktionskraft, sondern das Mittel der Verteilung wurde in eine Ware verwandelt, die man kaufen und verkaufen kann. Mit einem Wort, die Krankheit der Welt heißt Wucher. Frankreich ist ein Reich, das auf Geldmacht aufgebaut ist, und England ist das Hauptquartier des internationalen Anleihkapitals. Daher auch die Entente zwischen ihnen. Beide sind von internationaler Gesinnung, weil beide unter der Herrschaft zentraler Banken stehen, die internationale Geldorgane sind . . . Solange der Reichtum auf Gold beruht, werden die Kriege das Finanzwesen bereichern, wenn sie auch die Industrie zerstören. Denn während der wahre Reichtum vernichtet wird, wird das Gold, das nicht vernichtet werden kann, von den Finanziers aufgekauft und nach dem Kriege zum Wiederaufbau der Industrie mit großem Nutzen der Verleiher ausgeliehen . . . Sollte ihr System bedroht werden, so haben sie nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn sie zu einem Kriege schüren, um eine Reform zu zerschlagen.«¹⁶

Noch deutlicher wird der Zusammenhang zwischen Krieg und Geld im Zweiten Weltkrieg:

»Während des ganzen Telegrammkrieges (1939) fanden ausgedehnte Verhandlungen statt zwischen dem britischen und dem deutschen auswärtigen Amt, in denen wir (England) vorschlugen, die Feindseligkeiten einzustellen, sofern Deutschland sich bereit erklärte, zur Goldwährung zurückzukehren . . . Auf der später stattfindenden Atlantic-Charta-Konferenz, an der auch der Präsident der Bank von England, Herr Montague Norman, teilnahm, versprach Herr Churchill, in Deutschland die Goldwährung wieder einzuführen, sobald Hitler besiegt sei.«¹⁷

Aber nicht nur in, auch zwischen den Kriegen geht es ums Geld. So wurde auch zur Zeit der Weimarer Republik Politik wegen und mit Hilfe des Geldes gemacht:

»Als wir Ende 1923 durch Helfferich (nicht durch Schacht, wie die Zeitungen jetzt einem vergeßlichen Publikum weismachen wollen) die Rentenmark erhielten, war das internationale Finanzkapital hellhörig geworden und versuchte nunmehr mit allen Mitteln, Deutschland für die Wiedereinführung der Goldwährung zu gewinnen. Man bot daher Anfang 1924 Deutschland Kapital aus dem Auslande, insbesondere aus Nordamerika in Hülle und Fülle an, aber kein Mensch in Deutschland konnte zunächst Geld bekommen. Das hatte natürlich seinen guten Grund.

Bei meiner Aussprache mit einem bedeutenden Newyorker Bankier im

Mai 1924 fragte ich diesen, weshalb es noch nicht angängig sei, Gelder von Nordamerika nach Deutschland zu bekommen, und er erklärte mir wörtlich folgendes: »Erst muß Deutschland den Dawes-Vertrag annehmen«. . . . »Sehen Sie –, Deutschland braucht zum Aufbau Kapital von uns. Wenn nun ein Schuldner Geld haben will, muß er entsprechende Sicherheiten geben, und diese Sicherheiten sind in dem Vertrag, den der General Dawes ausgearbeitet hat, niedergelegt. Nimmt Deutschland diesen Vertrag an, dann bekommt Deutschland Geld, nimmt es nicht an, dann bekommt es eben kein Geld. Und nun kann Deutschland wählen, was es will.«¹⁸

Die Ausbeutung der Völker mit Hilfe des Geldes zum Nutzen der Einwelt-Politik ist heute ganz allgemein geworden. Auch die Wissenschaften, die wie alles eben auch auf Geld angewiesen sind, haben nur noch der Politik und der Wirtschaft zu dienen. Welche Unsummen an Steuermitteln werden aufgewendet, um Zweckforschung zu Gunsten der Wirtschaft zu betreiben! Das beste Beispiel ist die Atomkernforschung, deren Ergebnisse uns den »Atomstaat«, d.h. den totalen aufgrund der erzeugten »Sachzwänge« kaum mehr aufhebbaren Polizei- und Zwangsstaat bescheren sollen.¹⁹ Ein solcher Staat ist aber die beste Voraussetzung für die Gründung des Welteinheitsstaats, denn dieser ist nur unter Einsatz schärfster Zwangsmittel aufrecht zu erhalten.

Und die Politiker selbst? Die dürfen sich aus dem riesigen Steueraufkommen ihren Anteil, den sie für angemessen halten, selbst auswählen, damit sie brav das makabere Spiel weiter betreiben!

Auch »Staatsmänner« und »Diktatoren« (wie z.B. Hitler) werden mit Hilfe des Geldes »gemacht«²⁰! Damit dies – wie behauptet wird – nicht mehr so leicht möglich sei, wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Parteienfinanzierung aus der Staatskasse geschaffen. Die Parteien bestimmen hier selbst die Höhe ihres Anteils! Trotzdem reicht ihnen das Geld hinten und vorne nicht, so daß prominente Mitglieder in Skandale wegen Steuerhinterziehung verwickelt werden!

Unter diesen Umständen dürfte es schwer fallen, von denjenigen, denen es gelungen ist, den Völkern das Recht abzuluchsen, über ihr Geldwesen selbst zu bestimmen, dieses Recht wieder zurückzufordern. Manche, die eine Erneuerung des Geldwesens fordern, wollen dies noch nicht einmal. Sie sind zu sehr von der Selbstregelung der Wirtschaft durch das bereits behandelte »Gesetz von Angebot und Nachfrage« überzeugt. Wir wollen auf den Vorschlag, auf den dies ganz besonders zutrifft, näher eingehen. Dessen Vertreter halten ihn für das Ei des Columbus und bemühen sich seit Jahrzehnten vergeblich, ihn zur Geltung zu bringen. Wir werden dabei noch weitere Einblicke in das Geldwesen und die Ausbeutungsmög-

lichkeiten, die es bietet, gewinnen und überdies Schlüsse ziehen können, was wir von einem geordneten Geldwesen verlangen müssen.

Silvio Gesell zog aus der Tatsache, daß das Geld leicht hortbar ist und auch dann nicht an Tauschwert verliert, wenn es sich abnutzt, nicht etwa den Schluß, daß Geld etwas anderes sei als Ware und daher auch ganz anders gesehen werden müsse. Er versuchte im Gegenteil das Geld künstlich dadurch zur Ware zu machen, daß es genau so durch Lagern an Wert verlieren sollte wie angeblich alle Ware. Dies ist jedoch nicht richtig. Erstens ist der Wertverlust von Waren so unterschiedlich wie diese untereinander selbst, zweitens gibt es Ware, die durch Lagern nicht an Wert verliert, und drittens gibt es sogar solche, die an Wert gewinnt (Verbesserung der Güte durch Lagern).

Gesell wollte diesen angeblich bestehenden Wertverlust dadurch herbeiführen, daß auf jede Banknote in bestimmten Abständen – etwa monatlich – eine Wertmarke aufzukleben wäre, die zu dem Preis zu kaufen wäre, der dem vorgesehenen Verlust entspricht. Hierdurch sollte vor allem die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gesichert werden. Diese aber regelt sich im allgemeinen ganz von selbst, wird sie doch bestimmt durch das Verhältnis von Geldmenge zu Volkseinkommen und schwankt mit der umlaufenden Geldmenge, wobei zu bestimmten Zeiten (Lohnzahlungs-termine oder vor Weihnachten infolge des Weihnachtsgeldes) mehr Geld in Umlauf kommt, das entweder vorher gehortet oder neu in Umlauf gesetzt werden muß. Schon dies zeigt, wie schwankend hier alles ist und sich einer starren Regelung entzieht.

Dadurch, daß nur die Besitzer von Geldscheinen Marken zu kleben hätten, um trotz Wertverlust die Kaufkraft zu erhalten, verlieren Geldguthaben und -schulden nicht an Kaufkraft wie bei einer »dosierten« Inflation, wie wir sie z.Zt. haben. Bei einem weiteren Ausbau des Giroverkehrs würde daher der Zweck, den das Markinkleben haben soll, bestimmt nicht erreicht. Jede Großbank könnte es jederzeit auch so einrichten wie s.Zt. J.P.Morgan, daß ihre Forderungen an einem Tag fällig werden, und damit die gesamte Volkswirtschaft lahmlegen und die Weltwirtschaft in Unordnung bringen.

Es ist alles schön erdacht, aber der Mensch ist keine Maschine und auch kein »homo oeconomicus«! Man bedenke auch, welche geisttötende Arbeit an den Stichtagen in der gesamten Wirtschaft, voran den Banken, zu leisten wäre, um alle vorhandenen Noten zu bekleben bzw. abzustempeln! Diese Maßnahme könnte doch »Fischzüge« wie z.B. den oben genannten gar nicht verhindern! Morgan hat damals mit seiner Methode rund 25 v.H. »verdient«! Glaubt irgend jemand, das halbe Prozent, um das jeweils an den Stichtagen das Gesell'sche Geld an Wert verlieren soll, hätte Morgan daran hindern können, seinen Plan durchzuführen? Es wird

niemals gelingen, mit irgendwelchen geldtechnischen Maßnahmen, unter denen überdies alle, auch die Gutwilligsten, zu leiden haben, die Folgen von Geldhortung zu verhindern. Dazu ist der Mensch zu findig. In einer sittlich gestalteten Wirtschaft, wie wir sie erstreben, müssen hierfür ganz andere Wege beschritten werden, über die noch zu sprechen sein wird.

Einem Geld, das einen »inneren« Wert besitzt wie alle Geldmünzen aus Edelmetallen, kann die Eigenschaft, als »Wertspeicher« zu dienen, nicht genommen werden. Die Vertreter der Lehre, daß das Geld ständig an Wert verlieren müsse, sind zwar auch hier wiederum anderer Ansicht. Sie verweisen zu ihrer Rechtfertigung auf die *Brakteaten*.

Als in deutschen Landen das geprägte Geld Eingang fand, stand allein dem König das Prägerecht zu, der damit Stammesfürsten, Bischöfe, Städte und Klöster, ebenso wie er es mit Land tat, belehnte. Allmählich prägte jede Stadt, ja jeder Markt und jede Abtei ihr eigenes Geld. Bezeichnenderweise betätigten sich auch bei dieser »Entwicklung« die geistlichen Herren bahnbrechend. Wir erfahren hierüber:

»Es sind also vornehmlich die deutschen Bischofssitze . . . und zahlreiche Reichsabteien, die allmählich alle in den Besitz zunächst einer öffentlichen, d.h. königlichen Münze gelangen . . . daß die Jahrmärkte oder Messen zugleich die Feste der Hauptheiligen der Bistümer waren, für die höchstwahrscheinlich die Pfennige in erster Linie geprägt und auf denen sie ausgegeben bzw. eingewechselt wurden, so daß es bei dem engen Zusammenhang von Kirchenfest und Handel nicht wundernehmen kann, daß von den Münzherren, die selbst meist Geistliche waren, die gefeierten Heiligen auf den Münzen in der Schrift und später . . . auch im Bilde erscheinen.«²¹

Es war damals auch allgemein üblich, daß beim Tode des Münzherren der Nachfolger die Münzen verrief, d.h. für ungültig erklärte, und neue prägen ließ. Das brachte ihm einiges ein. Wir lesen hierüber:

»Die Münzherren sicherten sich bei der Münzprägung einen unmittelbaren Gewinn, indem sie aus der Gewichtseinheit Silber mehr Münzen ausprägen ließen, als dem Münzfuß entsprach, so daß sich also zwischen der Mark geprägten und der Mark ungeprägten Silbers (die Mark war ursprünglich ein Gewichtsmaß) eine Wertdifferenz ergab, die dem Inhaber der Münze als Präge Lohn zufiel.«²²

Dieser Unterschied wurde »Schlagschatz« genannt.

Allmählich wurde es Sitte, diese »Verdienstmöglichkeit« auch zu anderen Zeiten, nicht nur beim Herrscherwechsel, auszunutzen, oft sogar mehr als einmal im Jahr. Zudem wurde der Schlagschatz erhöht. Man gab allmählich für 12 alte Pfennige nur 9 neue. Der Schlagschatz betrug also 25 %!²³ Überdies gingen einige besonders Habgierige dazu über, auch den Münzfuß herabzusetzen, obwohl dieser durch Reichsgesetz festgelegt

war. Kurz, jeder Münzherr tat, was er wollte, und beutete seine Bauern aus, so gut er konnte, waren es doch hauptsächlich die Bauern, die auf das örtliche Geld angewiesen waren. Die Handwerker waren dies weit weniger und die Händler schon gar nicht. Diese benutzten sehr bald einfach wieder die Goldwaage.

». . . im übrigen behalten die Pfennige verschiedener Jahrgänge mit dem gleichen Gewicht auch die gleiche Kaufkraft.²³

Es bestand nur ein Unterschied zwischen »Rechnungsgeld« und »Zahlungsgeld«, d.h. man rechnete nach Gewicht (Mark) und zahlte mit Münzen, die zusammen dem errechneten Gewicht entsprachen. Es war so ähnlich wie 1923: Man rechnete in Goldmark und zahlte in Milliarden- und Billionenscheinen.

Um die Prägekosten so niedrig wie möglich zu halten, wurden die Münzen nur noch auf einer Seite geprägt, überdies sehr dünn, dafür größer gemacht. Die Dünnpprägung war für die Händler beim Wiegen günstig, konnten sie doch die dünnen Münzen leicht brechen. Dementsprechend wurden auch die meisten Brakteaten im Hacksilber der Gegenden gefunden, in denen es seiner Zeit noch keine geprägten Münzen gab.

Das Gebiet, in dem Brakteaten geprägt worden waren, war im Norden begrenzt durch Nord- und Ostsee, im Westen durch die Weser, über die Wetterau bis zum Main, der zunächst die Südgrenze bildete. Am Ende des 12. Jahrhunderts wurden auch in Herrschaftsgebieten der Hohenstauffer in Südschwaben mit Ulm und Konstanz, sowie in Ostschwaben mit Augsburg Brakteaten geprägt, ebenso in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts kurzfristig in der Steiermark, in Kärnten und Krain²⁴. Im ganzen Westen und Südosten, in Köln, Westfalen und den Niederlanden, dem Maingebiet (Rheinfranken), dem Elsaß und auch in Oberfranken wurden nie Brakteaten geprägt.

Die heutigen Vertreter der Gesell'schen Lehre behaupten nun, die Wirtschaftsblüte im Mittelalter, als die gotischen Dome gebaut wurden, verdanke ihr Entstehen der häufigen Münzverrufung, die sich als »Geldsteuer« ausgewirkt habe. Das trifft aber keineswegs zu, denn:

1. In ganz Frankreich, in Köln, Nürnberg und vielen anderen Orten, wo nie Brakteaten geprägt worden sind, sondern der »ewige« Pfennig galt, wurden bedeutende gotische Dome bzw. Kirchen gebaut.
2. Die Unterscheidung zwischen Rechnungs- und Zahlungsgeld zeigt, daß auch damals die Menschen Mittel und Wege fanden, die Pläne der Herrschenden zu durchkreuzen. Auch hier bissen nur die letzten die Hunde, die, die nicht ausweichen konnten, die Ärmsten der Armen, die auch, genau wie heute, immer ärmer wurden.
3. Im Mittelalter herrschte im Geldwesen eine ungeheure Vielgestaltigkeit, nahezu alle 10 bis 20 Kilometer herrschten andere Verhältnisse.

4. Wichtige Funde und neueste Forschungen ergaben für die zahlreichen Dombauten des Mittelalters und ihr plötzliches Aufhören eine überraschende, aber sehr einleuchtende Erklärung, die auch die Dombauten an Orten erklärt, an denen keine Brakteaten geprägt wurden²⁵.

Die Gesellanhänger weisen noch darauf hin, daß im Mittelalter für geliehenes Geld keine Zinsen bezahlt worden seien, und führten dies auf das ständig an Wert verlierende Geld zurück. Auch diese Behauptung ist unhaltbar. Im Mittelalter war den Christen das Zinsnehmen verboten und im Volk das Borgen verpönt.

Auch folgende Meinung erscheint mir unhaltbar:

»Im Mittelalter z.B. war die Zahl der bekannten Produktionsmethoden in Gewerbe und in Landwirtschaft gering und deshalb die Verlängerungsmöglichkeit der Ausreifungszeiten begrenzt, eine Tatsache, mit der das häufige Fehlen der Zinserscheinung aufs engste zusammenhing.«²⁶

Sicherlich war die Zahl der bekannten Produktionsmethoden im Mittelalter und auch der Unterschied in ihrer Ergiebigkeit weit geringer als heute. Waren diese Unterschiede im Orient aber etwa größer? Dort aber war der Zins schon längst bekannt und üblich. Daß auch dieses »Licht« aus dem Osten zu uns kam, zeigt die Tatsache, daß damals das Zinsnehmen den Nichtjuden verboten, den Juden aber erlaubt war:

»Du sollst von deinem Bruder nicht Wucher nehmen, weder mit Geld, noch mit Speise, noch mit allem, damit man wuchern kann. Von dem Fremden magst du Wucher nehmen, aber nicht von deinem Bruder, auf daß dich der Herr, dein Gott, segne in allem, das du vornimmst im Lande, dahin du kommst, dasselbe einzunehmen.«²⁷

Man sieht auch, warum der Fremde, der Nichtjude, ausgebeutet werden darf. Anscheinend aber haben die Priester, die im Mittelalter das Zinsnehmen für Nichtjuden verboten haben, die Bibel nicht sorgfältig studiert, denn Jesus hat es nirgends verboten. Er hat es im Gegenteil als etwas durchaus Selbstverständliches betrachtet und sogar gefordert. Wir haben dies bereits im Teil II, im Abschnitt über »Ideologien und Religionen« am *Gleichnis von den anvertrauten Pfunden* gezeigt²⁸.

Trotz des eindeutigen Eintretens des »Gottessohnes« für den Wucher, den Zins, galt noch zu Zeiten Shakespeares (1564–1616) Zinsnehmen als unter der Würde eines anständigen Menschen. Man denke an den Antonio im »Kaufmann von Venedig«. Dies ist übrigens meines Erachtens der beste Beweis dafür, daß das Fehlen des Zinses z.Zt. der Brakteaten nichts mit deren häufigem Verruf zu tun haben kann, denn zu Zeiten Shakespeares wurden seit rund 200 Jahren nur noch vereinzelt Brakteaten geprägt.

Obwohl alles, was die segensreiche Wirkung des häufigen Verrufs der Brakteaten beweisen soll, auf – wohlwollend gesagt – recht wackligen Füßen steht, werden die einmal in die Welt gesetzten Behauptungen – wie

übrigens alle Dogmen – fanatisch weitervertreten. Allerdings wird der Beweis, daß mittels der vorgesehenen »geldtechnischen Maßnahmen« die Probleme des Kapitalismus nicht gelöst werden können, niemals endgültig erbracht werden können. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung besteht keinerlei Aussicht, daß die Gedanken Gesells jemals aufgegriffen werden, und wenn diese Ordnung gestürzt sein sollte, dann sind sie überflüssig geworden.

4. Zins als Lohn des Kapitals

Wir haben den Zins, den »Lohn des Kapitals«, bereits als den stärksten Antrieb für die Wirtschaft kennengelernt, dabei aber auch schon gehört, daß dieser »Lohn« nicht vom Kapitalbesitzer »verdient« wird, sondern immer aus der Arbeit anderer stammt, deren Lohn entsprechend niedriger ausfällt. Das Kapital kann nicht, wie gesagt wird, »arbeiten«. Es kann nur den Zins erzwingen, weil ein Fehlen des Kapitals alle Räder zum Stillstand bringen würde. Dabei steht in unserem Grundgesetz:

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«²⁹

Die »wilde Zauberei«, für die der Südseehäuptling Tuiavii die Geldvermehrung mittels des Zinses hielt, entpuppte sich uns als »Verzaubering« der Menschen, die allesamt nicht bemerken, daß und wie sie getäuscht und ausgebeutet werden. Der Grund hierfür liegt in der Macht der Gewöhnung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Hinzu kommt allerdings die Erziehung in Elternhaus und Schule, bei der schon die Kleinsten über das »Schulsparen« erfaßt werden. Der Zins wird als das Selbstverständlichste der Welt gelehrt, an dessen Richtigkeit so wenig zu zweifeln ist wie an den herrschenden Glaubenslehren. Schon Platon hatte vor 2500 Jahren erkannt, daß die Zinsforderungen nur auf der Habgier und der Macht der Vermögenden beruhen, ihn zu erzwingen. Bis heute aber hat sich nur eines geändert: Immer mehr Menschen wurden unter das Zinsjoch gebeugt! Und man erkühnt sich, dies »Entwicklung« und »Fortschritt« zu nennen!

Wie fest die Meinung, das Kapital habe ein Anrecht auf Beteiligung am wirtschaftlichen Ertrag, im Denken der Menschen verankert ist, zeigt die Anerkennung der »Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit« seitens unserer Gewerkschaften. Das heißt doch nichts anderes, als das Kapital habe genau so einen »Lohn« zu beanspruchen wie jeder Arbeiter. Damit anerkennen die Ausgebeuteten die Berechtigung ihrer Ausbeutung durch die Ausbeuter!

Es sei nochmals daran erinnert, daß es nicht um den Unternehmmerge-

winn oder eine Wagnisentschädigung geht. Diese sind berechtigt. Es geht allein um eine Entlohnung dafür, daß Geld zur Verfügung gestellt wird, Geld, das anderweitig nicht gebraucht wird. Hierfür Zins zu fordern, ist nichts anderes als die Ausnutzung der Notlage derer, die über nicht mehr als ihre Arbeitskraft verfügen. Diese werden daran gehindert, mehr als ihren Lebensunterhalt zu verdienen, d.h. Vermögen zu bilden. Auch dann ändert sich nichts an den Tatsachen, wenn mittels des zur Verfügung gestellten Geldes ergiebigere Produktionsmethoden eingeführt werden. Dafür hätte nur der Erfinder einen angemessenen Erfinderlohn zu erhalten, nicht aber diejenigen, die nur das Geld geben, die Erfindung auszubeuten. Das würde bedeuten, daß sie den an sich schwer Arbeitenden die Arbeits erleichterung nicht gönnen, wenn sie nicht selbst Nutzen daraus ziehen können!

Naturvölker denken auch natürlich. Schafft man ihnen eine Erleichterung des Daseinskampfes, dann arbeiten die einen unter ihnen weniger und freuen sich ihres Daseins, die anderen nutzen die gewonnene Freizeit, um sich irgend etwas zu fertigen, u.U. auch ein Kunstwerk. *Einen wirklichen Mehrertrag über das Lebensnotwendige hinaus gibt es in der Naturalwirtschaft nur für diejenigen, die ihn sich selbst erarbeiten.*

Es ist völlig gleichgültig, worauf die ergiebigere Produktionsmethode beruht, sei es auf dem Einsatz fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung, sei es auf der Anwendung elektronischer Steuerung automatischer Fertigungsanlagen. Sie alle ersparen menschliche Arbeit und erbringen keinen Mehrertrag. Allerdings ist dies, je »ergiebigere« die Methoden werden, d.h. je mehr menschliche Arbeit durch sie eingespart wird, umso schlechter zu erkennen. Zudem ist der Ausdruck »ergiebigere Produktionsmethoden« von vornherein irreführend. Es müßte heißen: »arbeits sparende Produktionsmethoden«. Nur wenn während der eingesparten Arbeitszeit andere Güter erzeugt werden, ergibt sich eine Gütermehrerzeugung, ein »Wirtschaftswachstum«. Aber wiederum nur dann, wenn für die Mehrerzeugung auch wiederum Tauschgüter zur Verfügung stehen.

Wenn auch in den letzten Jahren die Arbeitszeiten erheblich niedriger geworden und die Einkommen der Arbeitenden – also ihre Kaufkraft – wesentlich gestiegen und damit unsere Forderungen teilweise erfüllt worden sind, so doch nur in dem Maße, wie es unbedingt nötig war, um die Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen zu lassen. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zieht der »Kapitalist« den größten Nutzen aus jedem »Fortschritt«. Der arbeitende Mensch muß sich mit dem begnügen, was ihm gnädigst überlassen wird. Das ist genau so viel, wie nötig ist, damit die Wirtschaft überhaupt noch läuft. Manchmal nicht einmal das! Dann tritt »Arbeitslosigkeit« ein, denn die »Kapitalisten« verzichten nicht auf ihren »Lohn«. Sie erhöhen ihn u.U. sogar noch und behaupten wie heute, sie

wollten damit die Inflation bekämpfen! Dabei ist, wie wir gesehen haben, der Zins Ursache der schleichenden Geldentwertung! Wer begehrt schon gegen den Unsinn auf? Noch nicht einmal die Gewerkschaften! Auch der schwerste Konkurrenzkampf kann hier nicht ausgleichend wirken. Der Fehler liegt im System.

Findet das ständig anwachsende Kapital in der Wirtschaft keine Anlagemöglichkeit mehr, weil diese die hohen Zinsen nicht zahlen kann und will, so kommt die Wirtschaft ins Stocken. Nach den Lehren der Wirtschaftswissenschaft hat dann der Staat mit Beschäftigungsprogrammen einzugreifen³⁰. Das Geld dazu kann er nur über Anleihen bzw. Kredite beschaffen, hat er sich doch des Rechtes begeben, selbst Geld zu schöpfen. Er wird damit selbst zum Zinszahler.

Zunächst borgt der Staat bei seiner Notenbank, der er das Recht, Geld herzustellen, übertragen hat mittels Schatzanweisungen gegen Diskontabzug (Vorauszins)! Größere Beträge beschafft er sich über Staatsanleihen, die in erster Linie wohlhabende Bürger erwerben werden. Die Zinsen, die dafür zu zahlen sind, muß der Staat Steuermitteln entnehmen. Dies bedeutet, daß alle dazu beitragen müssen, daß einige Vermögende ihren »Kapitallohn« bekommen! Dies alles ist durchaus »legal«, d.h. gelten des Recht! Die Zinsbeträge, die hier in Frage kommen, sind sehr beachtlich:

»Betrug 1965 der Schuldenstand aller Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) nur 80 Milliarden DM, so erhöhte sich dieser bis Ende 1975 auf 253,1 Milliarden DM und wird Ende 1978 fast 400 Milliarden DM erreicht haben.

Die Zinsausgaben für aufgenommene Kredite liegen in diesem Jahr deutlich über fünf Prozent des Haushaltsvolumens des Bundes und erreichen nach der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung 1980 bereits schon sechs Prozent und 1982 gar 8 Prozent, wodurch eine erhebliche Engung des haushaltswirtschaftlichen Manövrierspielraums bewirkt wird.«³¹

Jeder Bundesbürger war also 1978 im Durchschnitt mit einer Schuld von nahezu 7000 DM belastet, und es entfielen damals auf ihn jährlich über 400 DM Zins! Heute (1982) sind die Beträge noch beträchtlich höher. Es ist kein Trost, wenn wir an anderer Stelle³² erfahren, daß in den USA jeder Staatsbürger 1979 bereits mit 18000 Dollar, d.h. über 36000 DM, über Staatsschulden verschuldet war; das ist nur ein Zeichen, wohin auch bei uns der Weg führen wird.

Wir sollten uns alle die hier über den Zins festgestellten Tatbestände stets vor Augen halten, damit wir nicht in das hergebrachte Denken zurückfallen, das uns immer wieder glauben machen will, das Seitherige sei richtig, und dabei die Tatbestände nur verschleiert darstellt. Schon

die Arbeitsteilung, noch mehr aber das Geld ermöglichten eine solche Verschleierung. Unter diesem Schleier werden die Menschen um die verdiente Freizeit bei gleichem Lohn oder um den Lohn der in dieser Freizeit geleisteten Arbeit mittels der Behauptung betrogen, es sei das »Kapital«, die »aufgespeicherte Arbeit«, gewesen, die den Mehrertrag bewirkt habe. Ihm stehe daher ein »Lohn« zu. Dieses Kapital war aber einst ebenfalls durch Arbeit entstanden, die entlohnt wurde. Ein gesonderter »Kapitallohn« käme also einer Doppel- oder Vielfachentlohnung gleich.

Unterschiedliche Einkommen wird es stets geben, aber der Kapitallohn Zins erweitert in stets steigendem Maße die Kluft zwischen den niedersten und den höchsten Einkommen. Der Zins ist das wesentlichste Mittel der Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen, der Unvermögenden durch die Vermögenden.

Kleine Zinseinkommen werden meist verbraucht. Erst von einer gewissen Höhe an, die natürlich im einzelnen sehr verschieden sein kann, wird Zinseinkommen zu Anlagekapital, das wiederum Zins fordert. Dann beginnt das Kapital entsprechend einer Exponentialfunktion zu wachsen, einer Linie, die nicht gleichmäßig, sondern immer stärker ansteigt (vgl. Teil II, 2/5). Die Einkommensunterschiede werden dementsprechend immer größer. Die Zahl der wenig Verdienenden wird im Verhältnis zur Zahl der viel Verdienenden immer größer. Heute haben etwa 10 v.H. insgesamt so viel Einkommen wie die restlichen 90 v.H. Und dieses Verhältnis wird für die Wenigverdiener immer ungünstiger.

Die Höhe des »Kapitallohnes Zins« bildet sich übrigens auch nicht frei auf dem Markt (wieder ein Fall, bei dem die angeblich »freie« Wirtschaft nicht besteht). Sie wird seitens der Notenbank mit dem Diskontsatz festgesetzt, zu dem sie Wechsel ankauft. Auf diese Möglichkeit der Festsetzung des Diskontsatzes glaubt die Notenbank nicht verzichten zu können, wenn Vollbeschäftigung und einigermaßen stabile Währung gewährleistet werden sollen. Ein Wirtschaftsinformationsdienst war hier 1978 anderer Meinung:

»Es sind die unbelehrbaren Expansionisten und Keynesianer, die sich trotz aller Mißerfolge nach wie vor der Illusion hingeben, mit der Politik des billigen Geldes ließe sich die Vollbeschäftigung wiederherstellen. Sie wollen einfach nicht wahrnehmen, daß das Gewicht des Zinses in den Kostenrechnungen der Unternehmer dafür viel zu gering ist. Vor allem aber sehen sie nicht die Bumerangwirkung einer Niedrigzinspolitik à tout prix: Die Tatsache, daß jede Kostenentlastung für die Unternehmer seit Jahren von der Lohnpolitik für sich beansprucht wird. Was hilft ein noch so niedriges Zinsniveau, wenn alle den Unternehmern zugedachten Entlastungen immer auch die Lohnforderungen in die Höhe treiben?«³³

Dies ist genau so halbe Wahrheit wie die Meinung der Notenbank.

Diese kann unter den heutigen Verhältnissen weder Vollbeschäftigung noch Stabilität der Währung gewährleisten. Das können aber auch unsere Politiker nicht, dazu sind sie beide zu sehr von Sachzwängen abhängig, die sie zu einem Teil selbst geschaffen haben. Zum anderen Teil haben sie es geduldet, daß Sachzwänge von anderen, von internationalen Organisationen, geschaffen wurden.

Der zitierte Informationsdienst hat insoweit recht, als geringe Zinsschwankungen den Gang der Wirtschaft kaum beeinflussen. Zinsen sind Kosten und gehen als solche in die Warenpreise ein. Hier aber liegt der springende Punkt. Werden durch hohe Zinsen die Warenpreise so hoch, daß der Absatz zurückgeht, weil die Kaufkraft der Massen nicht ausreicht, sie zu bezahlen, dann wird das Vertrauen der Unternehmer, einen angemessenen Gewinn zu erzielen, erschüttert. Sie werden vor allem mit Investitionen zurückhaltend. Die Wirtschaftskrise kommt langsam aber sicher. Damit sinken die Steuereinnahmen des Staates. Er aber muß seine Aufgaben wie seither erfüllen, ja seine Ausgaben erhöhen sich sogar infolge der gegebenen Sachzwänge. Der Staat muß borgen, womit er seine Ausgaben erneut um die zu leistenden Zinsbeträge erhöht. Eine Schuldenerhöhung von 40 Milliarden erfordert allein bei 10 v.H. Zins – was heute keineswegs unrealistisch ist – 4 Milliarden jährlich an Zinsen. Diese erhalten diejenigen, die so viel Geld haben, daß sie dem Staat borgen können, d.h. die Vermögenden. Beahlt werden diese Zinsen aus Steuergeldern, die zum größten Teil von den Habenichtsen aufgebracht werden. Nach Ansicht der Politiker soll dies aber keine Umverteilung des Einkommens von arm nach reich sein!

Zusammenfassend ist zu sagen: Kleine Zinsschwankungen sind unerheblich. Hohe und höchste Zinsforderungen wirken hemmend auf die Wirtschaft und führen zu Vertrauensverlust. Dies führt in vielen Fällen erst zur Krise, auf alle Fälle verstärkt sie diese. Ob derzeit (1982) eine drastische Zinssenkung ausreichen würde, die Arbeitslosenzahl ebenso drastisch zu vermindern, ist fraglich, ist die Zinshöhe doch nicht ihre einzige Ursache, auch ist verlorenes Vertrauen sehr schwer wiederzugewinnen. Jedenfalls wird eine Zinssenkung, die kleckerweise erfolgt, nicht zu einem durchgreifenden Erfolg führen.

Eine weitere, weitgehend unbekannte Möglichkeit der Ausbeutung der Habenichtse durch die Vermögenden, bietet in einem Staat, in dem der Grund und Boden Handelsware ist, der Besitz solcher Ware. Dann hat der Boden wie jedes andere Wirtschaftsgut seinen Preis, der sich auch entsprechend bildet. Er kann auch zu Kapital werden und erscheint dann in den Bilanzen der Wirtschaftenden wie jeder Kapitalbesitz auf der Seite der Schulden. Diesem Wirtschaftsgut wollen wir uns nunmehr zuwenden.

5. Mutter Erde

Der am Anfang der modernen Volkswirtschaftslehre stehende François Quesnay (1694–1774) meinte:

»Der Begriff Reichtum der Völker – in volkswirtschaftlich absolutem, nicht historisch-relativem Sinne – muß mit jenen Stoffen beginnen, welche der Erde entnommen werden. Und deshalb ist und bleibt die Mutter Erde die alleinige Quelle alles Reichtums.«³⁴

Will man also die Menschen im wirtschaftlichen Sinne reich machen – und das wollen doch angeblich alle Politiker –, dann müßte das oberste Gebot sein, die Erde pfleglich zu behandeln, ihre Fruchtbarkeit zu erhalten, womöglich noch mit naturgemäßen Mitteln zu steigern und Rohstoffe, die nicht nachwachsen, so sparsam wie möglich zu verwenden.

Die wenigen noch vorhandenen Naturvölker handeln auch so ziemlich dementsprechend. Manche weisen sogar heute noch alles zurück, was von den Weißen kommt, weil sie ahnen, daß deren Verschwendungssucht ihnen nur den Untergang bescheren würde. Die sogenannten »entwickelten« Völker aber handeln diesen Grundsätzen in jeder Hinsicht entgegengesetzt und nennen sich, wie zum Hohn, auch noch selbst »Kulturvölker«! Rücksichtslos beuten sie die Bodenschätze aus und werfen tonnenweise Gift auf den Acker, um damit Pflanzen und Tiere zu vernichten, die ihrer unersättlichen Gier nach Geld und Macht im Wege zu stehen scheinen. Diese Sorte Menschen beachtet nicht, daß all dies Gift mit der Zeit Boden, Pflanzen, Tiere und vor allem das Lebenselement Wasser verseuchen muß. Aber nicht nur gegen die Natur wütet der »Kultur«mensch in seiner Unersättlichkeit. Er wütet genauso gegen sich selbst und seine Artgenossen!

In den letzten noch erhaltenen Naturvölkern gehört der Grund und Boden, die Flüsse, Seen und das Meer der Gottheit. Keiner betrachtet etwas davon als sein Eigentum. Jeder entnimmt der Natur, was er zum Leben braucht, aber auch nicht mehr, und gibt ihr alle Abfälle zurück. Wird das Lebensnotwendige knapp, teilt man es sich ein.

Der geld- und machtgierige »Kulturmensch« dagegen vertreibt möglichst viele seiner Artgenossen vom Nahrungs- und lebenspendenden Boden und bildet sich darauf auch noch etwas ein. Dabei hat *»noch kein Mensch von Banken und Industrie gelebt, noch kein einziger Mensch auf der ganzen Welt.«³⁵* Sie alle leben ausschließlich von den Früchten der Erde. In Vorzeiten war nirgendwo Grund und Boden Eigentum eines Einzelnen. Schon dem Wort »Privateigentum«, das man für Grundeigentum zu verwenden pflegt, hängt etwas Rechtswidriges, ja Verbrecherisches an, kommt doch das Wort »privat« vom lateinischen »privare«, zu

deutsch »rauben«. »Privateigentum« ist also gleichbedeutend mit Raubeigentum! Darum sagte Rousseau mit Recht:

»Der erste, der ein Grundstück einzäunte und sagte: Das ist mein! und einfältige Leute fand, die es ihm glaubten, war der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wieviel Verbrechen, Krieg und Mord, wieviel Elend und Schrecken hätte derjenige unserem Geschlecht erspart, der die Pfähle ausgerissen, die Gräben verschüttet und seinen Genossen zugerufen hätte: Hütet euch, diesem Betrüger zu glauben, ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, daß die Früchte allen gehören, die Erde aber niemandem.«³⁶

Statt »bürgerlich« würden wir heute besser »kapitalistisch« sagen. Der Staatskapitalismus im Osten ist nicht besser als die Wirtschaftsweise unserer heutigen »bürgerlichen Gesellschaft«. Daß aber unsere Gesellschaft tatsächlich eine Raubgesellschaft ist, wird bestätigt durch ihr Verhalten bis in die heutige Zeit. Wir hören, und das ist lediglich ein Beispiel von vielen:

»Die Bereitstellung von Grund und Boden (für die französischen Siedler) erforderte die Zerstörung der vorhandenen Besitzstruktur und die Auflösung des algerischen Gemeineigentums. Durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen in den Jahren 1887 bis 1926 und durch Anwendung militärischer Gewalt wurde das unverkäufliche Gemeineigentum nach und nach in den Besitz der Franzosen gebracht und die Eigentumsverhältnisse nach französischem Recht festgelegt, ohne daß Entschädigungen an die algerischen Bauern gezahlt wurden!«³⁷

Unsere Sprache zeigt, daß auch bei uns in der Frühzeit der Boden nie als Eigentum betrachtet wurde, spricht man doch beim Boden allgemein von Besitz. Besitzer (der auf dem Boden Sitzende) ist heute noch derjenige, der über eine Sache verfügt. Dazu aber braucht man gar nicht ihr Eigentümer zu sein. Über das Land verfügte nach den Uranfängen die Sippe, der Stamm, das Volk, wobei sehr darauf geachtet wurde, daß der Boden auch sachgemäß genutzt wurde. Schlechten Bodennutzern wurde er abgenommen. Zu Eigentum wurde der Boden stets nur mittels Gewalt oder mittels List.

Zur »Handelsware« Boden meinte einst ein Indianer:

»Der große Häuptling in Washington läßt uns wissen, daß er unser Land kaufen will. Er sagt uns dazu Worte der Freundschaft und des guten Willens. Dies ist sehr freundlich von ihm, da wir wissen, daß er kaum auf unsere Freundschaft angewiesen ist. Wir werden uns aber euer Angebot überlegen, da wir wissen, daß, wenn wir es nicht tun, der weiße Mann vielleicht kommen mag, um uns unser Land mit Hilfe von Gewehren wegzunehmen. Was Häuptling Seattle sagt, kann der große Häuptling in Washington mit der gleichen Sicherheit als wahr nehmen, mit der unsere weißen Brüder mit der Wiederkehr der Jahreszeiten rechnen können. Meine Worte sind wie die Sterne, sie gehen nicht unter.

*Wie kann man den Himmel kaufen oder verkaufen – wie die Wärme des Landes? Diese Idee scheint uns sehr merkwürdig. Wir besitzen auch die Frische der Luft und das Glitzern des Wassers nicht! Wie könnt ihr sie da von uns kaufen? Jedes Stück dieses Bodens ist meinem Volke heilig . . .*³⁸

Bei den christlichen Völkern ist Palästina das »heilige Land«. Unser Land dagegen wurde zur »Handelsware«, die ein jeder kaufen kann, der das Geld dazu hat. Wer nicht zahlen kann, kann sehen, wo er bleibt.

Wie die Bodenordnung bei uns in der Vorzeit war, ist nicht mehr mit absoluter Sicherheit festzustellen, weil ja mit der Christianisierung alles Geschriebene vernichtet wurde und man uns sogar noch weismachen wollte, wir hätten gar keine Schrift besessen: Beweise dafür, daß dies alles Lüge ist, beginnen sich langsam durchzusetzen³⁹.

Jedermann aber weiß heute, daß die Könige nach Karl dem Franken den Stammesherzögen, Kirchenfürsten und Klöstern Land zu Lehen gaben. Die Belehnten ihrerseits belehnten wiederum ihre Vasallen mit Land. Das Verfügungsrecht über das Land hatte also der König. Das »Lehen« war, wie das Wort zeigt, kein Eigentum, sondern geliehen, und zwar strenggenommen letztlich von »Gott«, handelte doch der König im Namen »Gottes«. Es war also nicht allzuviel anders, als wie wir es heute noch bei den Naturvölkern finden. Mit der Zeit aber setzten sich die Lehren der Bibel mehr und mehr durch. Die Natur war nicht mehr als Schöpfung Gottes heilig, sondern es galt das Wort:

*»Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über Fische im Meer und über Vögel unter dem Himmel und über alles Tier, das auf Erden krecht.«*⁴⁰

Diejenigen, die die Macht dazu hatten, machten sich die Erde untertan, indem sie sie sich aneigneten mit allem, was auf ihr lebte, und betrachteten es als ihr Eigentum. Je mehr Land sie sich aneigneten, desto größer wurde auch ihre Macht über die Menschen, die darauf lebten. Schließlich eigneten sie sich auch diese an und machten sie zu Sklaven. Auch hierfür fanden Theologen aller Richtungen, auch der christlichen, Begründungen!

Der Freiheitswille der Menschen stand dieser Entwicklung gegenüber. Noch immer aber ist die oft versuchte Befreiung der Menschen von den Beherrschern des Bodens nicht gelungen. Die im Mittelalter viel gehörte Behauptung »Stadtluft macht frei« hat sich als Irrtum erwiesen. Am wenigsten frei sind Großstädter. Sie sind in der Versorgung mit dem Lebensnotwendigen völlig abhängig von den verschiedenartigsten Versorgungseinrichtungen. Zudem sind sie fast alle Lohnsklaven; soweit sie Unternehmer sind, sind sie abhängig von allerhand »Sachzwängen«. Unabhängig, also wirklich frei, ist tatsächlich nur *der* Mensch, dem kein anderer den Brotkorb höher hängen kann, d.h. der bauerliche Mensch, der auf eigener Scholle sitzt, sie in des Wortes wörtlichster Bedeutung »besitzt«.

Der Boden liefert ihm alles, was er mit den Seinen zum Leben braucht, und ist das, was er liefert, auch nur gerade für ein ganz bescheidenes Leben ausreichend, so ist diese Sippe doch frei und damit reicher als alle die vielen städtischen Lohnsklavenfamilien, wohnten diese auch in Palästen.

Wie frei diese Bauern sind, zeigten die von Wyhl am Kaiserstuhl. Sie sahen ganz klar und sagten 1976 den Herrschenden in Stuttgart und den Industriebozzen:

»Sie wollen uns unser Land abkaufen, um darauf ihre Fabriken zu bauen, in denen sie unnützes Zeug produzieren, das kein Mensch braucht und eines Tages auch kein Mensch mehr haben will. Dann werden sie uns, die wir für sie nur Arbeitssklaven sind, auf die Straße setzen, und niemand von denen wird sich um das Schicksal dieser Arbeitslosen kümmern. Wir aber sind unsere Arbeitsplätze los, und unsere Äcker haben wir auch verloren. Unsere einst fruchtbare Erde ist zubetoniert, wovon sollen wir dann noch leben?«

Wievielen Millionen und Abermillionen aber erging es bereits so? Sie alle ließen sich betören, ihr Land, ihre Lebensgrundlage, um des Geldes, um des »höheren Lebensstandards« willen zu »verkaufen«. Heute sind die meisten einkaserniert in gesundheitsschädliche Betonhochhäuser, wo sie nur zu oft zu aggressiven Neurotikern werden.

Es scheint so, als wäre es eine Sucht der Regierenden, die Welt zu zerstören. Die schönsten Gegenden, die Rückzugsgebiete für selten gewordene, ja bereits für ausgestorben gehaltene Tiere, suchen sie aus, um ihre Giftfabriken dorthin zu bauen, sie mit Autobahnen und Stromschienen zu zerschneiden, sie mit Lärm und stinkenden Abwässern zu verseuchen. Nichts mehr ist diesen Machtbesessenen und Geldgierigen heilig. »Nach uns die Sintflut« ist ihre Losung! Ganz dementsprechend äußerte sich einmal der Abgeordnete für den Landkreis Lüchow-Dannenberg im niedersächsischen Landtag, Kurt-Dieter Grill (CDU): *»Für unsere ökologisch heile Landschaft gibt uns niemand einen Pfifferling!«*

Das hat meines Erachtens mit Freiheit nichts mehr zu tun, sondern ist lebensfeindliche Herrschaft der Bodeneigentümer. Und wieviele glauben noch immer der Propaganda von unserer angeblich »freien Welt«! Sie sehen und empfinden gar nicht ihre Unfreiheit, ihre völlige Abhängigkeit nicht nur von den Bodenbesitzern, sondern darüber hinaus von Hunderten von »Sachzwängen«. Sicherlich ist jeder Mensch auch von außerordentlichen Naturereignissen abhängig. Da sind sich Städter und Landbewohner so ziemlich gleich. Weit schlimmer als diese Abhängigkeit ist aber die Abhängigkeit von Menschen, die nur die »Ratio«, die Vernunft, kennen, die kein Gemüt haben und die Seele leugnen, weil sie die eigene abgetötet haben, und nur noch in Geld, in Millionen und Milliarden, denken können, für die alles andere »wertlos« ist!

In unserer angeblich »freien« Wirtschaft herrscht das Geld unumschränkt. Von ihm sind die Menschen abhängig. Nach ihm sind die meisten süchtig! Auch die Mutter Erde wird verhökert wie ein Paar Schuhe. »Angebot und Nachfrage« sollen auch hier nicht nur den Preis bestimmen, sondern alles »gesetzmäßig« bestens regeln. Nirgendwo zeigt sich aber deutlicher als bei der Boden- und Geldfrage, daß dieses »Gesetz« nicht hält, was von ihm behauptet wird.

Nicht die vielgeschmähten Unternehmergewinne oder das »Eigentum an Produktionsmitteln« sind die Ursachen der kapitalistischen Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen durch die Starken. Diese Gewinne werden weitestgehend vom Verhalten der Konkurrenz mitbestimmt. Hiervon nahezu unabhängig sind dagegen die Boden- und Zinserträge. Sie werden weitestgehend vom geltenden Geld- und Bodenrecht bestimmt. Dieses wiederum wird von den Herrschenden gesetzt. Nach Artikel 20 (2) unseres Grundgesetzes ist das Volk der Herrscher. Dieses wird offensichtlich von seinen Beauftragten – bewußt oder unbewußt – irregeführt. Jedenfalls sind diese Beauftragten eng mit den Nutznießern des geltenden Rechts verbunden, wenn nicht gar ihnen hörig.

Boden- und Zinsfrage sind nur gemeinsam zu lösen. Die Bodenfrage ist sogar die wichtigere, hängt doch von ihrer Lösung die der Zinsfrage ab. Den Wissenden unter den Ausbeutern ist diese Schlüsselstellung des Bodens durchaus bekannt. Sie vermeiden es darum, allzuviel von ihr zu reden. Sobald die Bodenfrage aber von anderer Seite aufgeworfen wird, wird sofort die »Bodenspekulation« als der Sündenbock bezeichnet und in den Vordergrund geschoben, und es werden Gesetze vorgeschlagen, die diese Spekulation verhindern sollen, die aber niemals die Eigenschaft des Bodens, Handelsware zu sein, antasten. Spekulieren kann man aber nur mit Handelswaren und unter diesen am besten mit solchen, die neben einem einmaligen Gewinn einen Dauerertrag abwerfen, ohne daß man hierfür eine Hand zu rühren braucht.

Auch mit Boden kann nur der spekulieren, der viel davon besitzt und bei entsprechender Nachfrage durch Nichtverkauf die Preise hochtreiben kann. Die Bodenspekulation ist sogar noch einfacher als die Spekulation mit Geldwerten, denn die Bodenpreise steigen ganz von alleine im gleichen Verhältnis wie die Produktivität der Wirtschaft. In dieser spiegelt sich der volkswirtschaftliche Ertrag wieder.

Wirtschaftswachstum führt somit auch zum Steigen der Bodenpreise und auch zum Steigen eines Bodenertrags, falls es einen solchen gibt. Dieser Frage wollen wir nunmehr nachgehen.

Wir kehren nochmals kurz zu den Sammlern und Jägern zurück. Diese lebten von der »Bodenrente«, d.h. von dem, was der Boden (die Natur) ohne ihr Zutun hergab. Nur der Teil des gesamten Bodenertrags, den sie

mittels Arbeit (Pflücken, Jagen usw.) für sich entnehmen, war für sie der Ertrag. Schon für sie galt wie auch heute:

$$\text{Bodenertrag} = \text{Arbeit} + \text{Bodenrente}$$

Schon damals war diese Bodenrente nicht für alle gleich hoch. Sie war abhängig von der Bodengüte und der Bodenlage, was zu Streitereien um den besten Boden führte. Auch mit der Einführung des Ackerbaues änderte sich grundsätzlich nichts, denn der Mehrertrag des Bodens, zu dem der Ackerbau führte, war ja nur durch die Arbeitsleistung des Bauern, Bearbeitung und Düngung, erzielt worden.

Mit jeder neuen Erfindung, die den Arbeitsaufwand des Menschen verringerte, der zur Erzeugung des Lebensnotwendigen erforderlich ist, stieg die Bodenrente dort, wo die neue Erfindung angewandt wurde bzw. angewendet werden konnte. Hier liegt die Ursache für das sog. Nord-Südgefälle. In den Entwicklungsländern ist die Bodenrente längst nicht so hoch wie bei uns, und überdies bleibt sie in sehr vielen, dazuhin ärmsten Ländern nicht im Lande und vermehrt deren Reichtum, sondern wandert, da der Boden multinationalen Konzernen gehört, in die Industrienationen. Dies ist neben anderem eine der Ursachen dafür, daß die Entwicklungsländer immer ärmer und die Industrienationen immer reicher werden. Aber auch innerhalb eines jeden Landes können Unterschiede auftreten. So kann z.B. der Bodenertrag bei gleicher menschlicher Arbeitsleistung eines Bauern im Gebirge auf den sechsten Teil eines solchen im Flachland absinken, weil viele Maschinen nicht oder nur beschränkt eingesetzt werden können.

Im Orient war schon vor langer Zeit die Macht erkannt worden, die der Besitz an Boden verleiht, und die orientalischen Despoten hatten ihn sich daher auch angeeignet, weshalb die Kultur dort völlig andere Formen annahm (vgl. Anmerkung 2).

Auch bei uns änderte sich alles sehr rasch, auch die Wirtschaftsform, als durch einen Machtspruch Karls des Großen das römische Recht eingeführt wurde, das Eigentum an Boden zuließ. Die gleichzeitig aufkommende, im Grunde dazugehörige Geldwirtschaft begünstigte die sich anbahnende Entwicklung. Der ursprünglich vom König zu Lehen gegebene Boden wurde Eigentum der Belehnten, die Bauern zu Leibeigenen. Die zur Landbestellung nicht benötigten Menschen zogen in die sich bildenden Städte oder flohen dorthin, um der Leibeigenschaft zu entkommen. Die Entvölkerung des Landes und die Zusammenballung in den Städten begann und wuchs unaufhörlich.

Mit der Massierung der Menschen auf kleinem Raum wuchs aber auch die Bodenrente in diesen Ballungszentren je Flächeneinheit, mußten doch die Menschen auf viel kleinerer Fläche das Geld für das Lebensnotwendige erwirtschaften, um es von den Grundherren kaufen zu können. Der Er-

trag, der je Flächeneinheit in den Städten erwirtschaftet werden kann, wird immer viel höher sein, als der auf dem Lande. In der Stadt kann z. B. ein Warenhaus auf einer Bodenfläche, die nicht größer ist als diejenige, die allein der Hof eines mittleren Bauern einnimmt, ein Vielfaches von dem des bäuerlichen Betriebs erwirtschaften. Aber auch hier gibt es Unterschiede je nach Gewerbe. Ein Makler kann in einem kleinen Büro mit Telefon u. U. mehr erwirtschaften als ein Einzelhändler in einem weit größeren Laden.

Die Höhe der Bodenrente wird durch verschiedene Umstände bedingt: Als erstes ist hier die Ergiebigkeit der angewandten Produktionsmethoden zu nennen, war doch die erste Ursache dafür, daß auf dem Boden ein Ertrag erzielt werden konnte, der über das Naturgegebene hinausging, die Anwendung von Produktionsmethoden (z. B. Acker- und Jagdgeräte). Dann aber ist es die Lage des Grundstücks, auf dem gewirtschaftet wird, und zwar Nähe oder Ferne von Ballungsräumen, zu Verkehrswegen (Straßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen) und sonstigen öffentlichen Einrichtungen wie Behörden, Schulen, Kulturstätten sowie Anschlußmöglichkeit an Fernsprecher und Fernschreiber und vor allem durch die Tarifgestaltung aller öffentlichen Verkehrsmittel. Hier sind ganz eindeutig die Großstädte bevorzugt, wenn sich auch bei den Fernsprecharten einiges gebessert hat. Dann aber spielt der Bodenbedarf, sei es zum Wohnen oder zur Ausübung des Berufs, eine bedeutende Rolle. Er ist fürs Ganze abhängig von der Bevölkerungszahl, für den einzelnen Wirtschaftsbetrieb von der Art des Gewerbes und beim Wohnen von den Ansprüchen der Menschen. Dem gegenüber spielt die eigene Leistung des Bodenbesitzers eine sehr untergeordnete Rolle.

Ein Maß für die sehr unterschiedliche Höhe der Bodenrente liefern die derzeitigen Bodenpreise. Während der Preis für den Quadratmeter bei einer Waldfläche nur 20 Pfennig betragen kann, so in zentraler Lage in der Großstadt 5000 DM und mehr. Dies bedeutet: Ein Waldbesitzer braucht 25 Hektar Wald, um etwa dasselbe erwirtschaften zu können, was ein Händler im Zentrum einer Großstadt auf 10 Quadratmetern erwirtschaften kann. Bodenbesitz ist also heute besonders dort erstrebenswert, wo die Bodenpreise am höchsten sind, und wir begreifen, weshalb die Bodenbesitzer, vor allem die einflußreichsten, das bestehende Bodenrecht für gut und richtig erachten, jede Änderung zu ihren Ungunsten ablehnen und auch bemüht sind, ihre beste Einnahmequelle, die Bodenrente, zu vertuschen, da diese größtenteils ohne ihr eigenes Zutun fließt und dauernd fließt, ganz gleichgültig, wem der Boden gehört. Nicht verständlich dagegen ist, daß auch die Besitzer land- und forstwirtschaftlich genutzter Böden in dasselbe Horn blasen, ist bei ihnen doch der Anteil der Bodenrente am Gesamtertrag des Bodens am geringsten. Er kann sogar negativ

werden. Dies ist z.B. bei einer Mißernte der Fall. Obwohl genau so fleißig gearbeitet wurde, blieb der Ertrag unter dem von der Natur gegebenen.

Auch der Mensch kann den Ertrag der Arbeit vernichten und damit die Bodenrente. Die Vernichtung von Ernteerträgen innerhalb der EWG, nur um die Preise zu halten, sind hierfür ein unrühmliches Beispiel.

Aber nicht nur zeitweise kann die Bodenrente negativ werden. Auch dann, wenn ein Bauer als einfacher Hilfsarbeiter in einer nahegelegenen Fabrik mehr verdienen kann, als seine Arbeit auf dem Acker trotz Fleiß und bester Anbaumethoden erbringt, ist die Bodenrente für seine Grundstücke negativ.

Unsere Formel *Bodenertrag = Arbeit + Bodenrente* spiegelt unter Umständen auch dann eine negative Bodenrente vor, wenn ein Geschäft keinen Ertrag mehr erbringt. Dann liegt es aber sehr wahrscheinlich an der Geschäftsführung, die nicht zu wirtschaften versteht. Wird das Gewerbe in gemieteten Räumen ausgeübt, ist dies sofort erkennbar. Die Miete kann nicht mehr bezahlt werden. Wird es im eigenen Haus ausgeübt und sind noch weitere Mieter im Hause, dann kann die Gesamtbilanz noch lange einen Gewinn ausweisen, obwohl, falls Miete bezahlt werden müßte, die Pleite längst offenbar wäre. Für uns aber ist dies ein Hinweis, daß Bodenrente nur dann entsteht, solange auf dem Boden gut gewirtschaftet wird.

Es können aber ganze Wirtschaftszweige oder sogar die gesamte Weltwirtschaft noch lange einen Gewinn vortäuschen, obwohl sie längst, gesamtwirtschaftlich gesehen, mit Verlust arbeiten. Als bereits bestehende Beispiele seien genannt:

1. In der Holzwirtschaft wird weltweit mehr Holz geschlagen als nachwächst. Was z.B. derzeit in Brasilien an Holz geschlagen wird, wächst in Jahrhunderten, vielleicht sogar niemals mehr nach!
2. Die *Atomindustrie* bringt mit Sicherheit mehr Kosten als Nutzen.^{40a} Nach neuesten Erkenntnissen soll sogar ihre Energiebilanz negativ sein.^{40b} Auch ist hier noch so viel ungeklärt, daß gar nicht alle Folgekosten abzuschätzen sind. Bezeichnenderweise gibt es weltweit keine Versicherungsgesellschaft, die bereit ist, die mit der Atomindustrie verbundenen Wagnisse voll zu versichern. Eindeutig gilt hier der Grundsatz: Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung des Risikos! Aber abgesehen vom Geld! Es können durch atomare Katastrophen große Landstriche für kürzere oder längere Zeit, u.U. sogar für immer unbewohnbar werden. Wo bleibt in diesem Fall die Bodenrente? Von wann ab wird in Seveso der Boden wieder einen Ertrag abwerfen?

Schon unsere Wegwerfwirtschaft führt – weltweit gesehen – zur Vernichtung eines immer größeren Teils der Gesamtbodenrente und somit zur Verarmung der Völker.

Obwohl Bodenrente nur dann entsteht, wenn und solange auf dem Bo-

den gewirtschaftet, und zwar gut gewirtschaftet wird, ergibt sich daraus noch lange nicht, daß diese Bodenrente gerechterweise demjenigen zu- steht, der auf dem Boden wirtschaftet oder dem der Boden gehört, wird doch die Höhe der Bodenrente nicht *allein* von der Arbeit dessen be- stimmt, der auf ihm arbeitet. Sie ist zusätzlich abhängig von der Arbeit al- ler Angehörigen eines bestimmten Wirtschaftsgebiets.

Es ist allerdings schwer festzustellen, welcher Anteil des Bodenertrags in jedem Einzelfalle auf die Arbeit des Bodenbesitzers bzw. auf Leistun- gen der Gemeinschaft zurückzuführen ist. Auch Leistungen einzelner Bodenbesitzer können sich über lange Zeiträume auswirken. Ist es dann berechtigt, diesen Anteil am Ertrag auf ewige Zeiten den Erben zukom- men zu lassen? Würde das nicht die Berechtigung des Kapitalzinses als Er- trag früher geleisteter Arbeit auf Umwegen bestätigen?

Warum soll nur der Besitzer von Kapital in Form von Grund und Bo- den einen Ertrag erhalten, der nicht seiner eigenen Tätigkeit entspringt, sondern der Arbeit aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten? Warum sollen die Besitzer von Kapital in allen anderen Formen nicht ebenfalls einen Lohn, den Zins, erhalten, der auch von allen am Wirtschaftsprozess Betei- ligten erarbeitet werden muß? Solange die Bodenrente in voller Höhe dem Bodeneigentümer zufließt, ist auch der »Kapitallohn Zins« und mit ihm die Ausbeutung der Unvermögenden durch die Vermögenden in einer so- genannten »freien« Wirtschaft niemals zu beseitigen. Es ist dies keines- wegs etwas Neues. Schon am 5.3.1893 hat der uns bereits bekannte Dr. Pattei ausgeführt:

»In der Tat, derjenige, der ein mäßiges Kapital, das für seinen Besitz und seine Betätigung genügt, sich erworben oder auch ererbt hat, hat ei- gentlich den gleichen Anspruch auf den Zinsgenuß wie der Besitzer eines Grundes auf die Grundrente. Aber jenes ungemessen angehäuften Kapital, besonders in anonymer Form, von dem man nicht mehr weiß, was es mit den Zinsüberschüssen machen soll, das nur immer weiter ins Ungemessene anwächst, führt das ganze Institut ad absurdum.«⁴¹

Dr. Pattei irrt allerdings insofern, als nicht erst die Kapitalanhäufung »das ganze Institut ad absurdum« führt. Es ist und bleibt schon im Kleinen ein Ausbeutungssystem, nur ist es in der Übersteigerung leichter als sol- ches zu erkennen, und es ist nicht verwunderlich, daß Karl Marx und seine Nachbeter glaubten, der Mangel liege im Privateigentum aller Produk- tionsmittel begründet. Es geht aber nur um das Eigentumsrecht am Pro- duktionsmittel Grund und Boden. Nur diesem kommt Monopolcharak- ter zu, da er unvermehrbar ist, während alle anderen Produktionsmittel – zumindest zunächst – noch beliebig vermehrbar sind.

Die Menschen in den marxistischen Staaten werden genau so ausgebeu- tet wie die in den kapitalistischen. An die Stelle der »Kapitalisten« sind die

»Funktionäre« getreten. Diese nutzen ihre Machtstellungen genau so für ihre Zwecke aus wie jene. Die »Werk tätigen« bestimmen jedenfalls ebenso wenig über alles, was sie erarbeitet haben, wie in den kapitalistischen Staaten. Es liegt stets in den Händen der Machthaber, ob Menschen andere Menschen ausbeuten können. Die Sozialdemokraten wußten dies vor dem Ersten Weltkrieg noch sehr gut. Sie wußten auch, welche Rolle die Verdrängung der Menschen vom Boden, deren »Entwurzelung«, dabei spielte. Damals konnte man in ihren Versammlungen den Spruch hören:

»Was nutzt mich ein Vaterland, in dem mein Vater kein Land hat?«

Nach dem Krieg, als die SPD die Macht hatte, war der Spruch völlig vergessen!

Da die Höhe der Bodenrente von der Arbeit des Bodenbesitzers nahezu unabhängig ist, vielmehr weitgehend auf der Arbeit aller beruht, vor allem auf Einrichtungen, die der Staat mit Hilfe von Steuermitteln geschaffen hat, sollte die Bodenrente, zumindest zum allergrößten Teil – volle Gerechtigkeit ist auch hier nicht möglich – den Steuerzahlern zufließen. Es kommt aber auch sehr auf das Verhalten der Einzelnen an, was sie als Ausbeutung betrachten und was nicht und wie sie letztlich ihr Vermögen verwenden, ob also zu weiterer Ausbeutung oder zur Hebung der Wohlfahrt aller. Ganz sicher aber ist es ungerecht, den Bodenbesitzern die gesamte Bodenrente zu überlassen, da sie ihr Entstehen nicht allein ihrer eigenen, sondern überwiegend der Leistung des gesamten Volkes verdanken. Darüberhinaus schädigt das jetzige Bodenrecht die gesamte Volkswirtschaft genauso wie der Zins.

Wir fassen nochmals kurz zusammen, wofür die den Bodenbesitzern voll überlassene Bodenrente teilweise bis ausschließlich die Ursache ist:

- für die hohen und ständig steigenden Bodenpreise,
- für die Landflucht,
- für den Kapitalzins und zusammen mit diesem
- für die Massierung der Vermögen bei wenigen und die steigende Vermögenslosigkeit und Proletarisierung der Massen,
- für alle wirtschaftlichen Krisen,
- für die ständige, sich über die Jahrhunderte hinziehende, weltweite, nahezu gleichmäßige Erschwerung der »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand«, trotz aller gesetzlicher Maßnahmen,
- für das Unterbleiben der Anwendung ergiebigster Produktionsmethoden,
- für einen Teil der Umweltzerstörung durch Ausplünderung und zerstörerischen Raubbau,
- für viele Kriege und deren Folgen (diese Folgen sind vor allem Vernichtung von Werten im Großen und anschließende Enteignung der Völker mittels Inflation, wie 1918–23 und 1945–48; zwar wurde nach 1945

den am meisten geschädigten Völkern zum Wiederaufbau durch Kredite geholfen, gleichzeitig wurde aber verhindert, daß die vernichteten Vermögen allzurash wieder geschaffen werden konnten, floß doch ein Teil des Erfolgs über den Zins in die Taschen der Kreditgeber zurück.)

Mutter Erde ist zweifellos die Quelle allen durch menschliche Arbeit geschaffenen Reichtums auf Erden³⁴. Es wäre daher verwunderlich, wenn es gerade hier Hab- und Machtgierigen nicht gelungen wäre, für sich Privilegien zu sichern, die sie in den Besitz dieses Reichtums bringen sollten. Das wäre allerdings noch nicht das Schlimmste. Noch schlimmer ist:

»Privilegien aller Art sind das Grab der Freiheit und Gerechtigkeit.«⁴²

6. Steuern und Sozialversicherungen

Mit der Bodenrente haben wir die wesentlichste Wurzel aufgezeigt, durch die Menschen von anderen Menschen ausgebeutet werden, und zwar ohne daß die meisten der Ausbeuter sich irgendeiner Fehlhandlung bewußt wären. Wer aber eine solche Ausbeutung erschweren will – ganz zu verhindern ist sie sowieso nie –, der muß sich überlegen, wie verhindert werden kann, daß die Bodenrente denen zufließt, die keinen Anspruch darauf erheben *dürften*.

Nach allgemeiner Auffassung gehört es zu den Aufgaben des Staates, für Gerechtigkeit in seinem Machtbereich zu sorgen. Doch, wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Ist der Staat nicht selbst der größte Ausbeuter seiner Angehörigen? Wird heute nicht schon fast die Hälfte des Volkseinkommens von der öffentlichen Hand zur Erfüllung ihrer vermeintlichen Aufgaben, die sie sich meist selbst angemäßt hat, über Steuern beansprucht sowie über Beiträge zu sogenannten Sozialversicherungen, die wiederum der Staat angeordnet hat? Ist dies alles recht und gerecht?

Wir haben bereits gehört, wie mittels Steuern die Wirtschaft angetrieben werden kann. An dem gezeigten Beispiel konnten wir auch sehen, wie mit Hilfe der Steuergesetzgebung wirtschaftlich Schwache zu Gunsten derer ausgebeutet werden können, »die da haben«.

Aber solche Sonderbestimmungen sind für unsere Untersuchung gar nicht das Wesentlichste. Für uns geht es in erster Linie darum, welche Aufgaben die öffentliche Hand zu erfüllen hat und welche nicht. Sie zieht heute häufig Aufgaben an sich, die sie im Grunde gar nichts angehen, die nur die Freiheit des Bürgers einschränken, ihn abhängig machen, ja entmündigen, alles unter dem Vorwand, um sein Wohlergehen besorgt zu sein! Werden die Bürger eigentlich gefragt, ob sie mit dieser Gängelei einverstanden sind? Was dem Wohle aller dient, bestimmen die Herren Parlamentarier in den Parlamenten und Rathäusern. Wer z.B. verlangt ein

Ministerium für Forschung und Technologie, das das verfügbare Geld in erster Linie für Forschungen ausgibt, die die Wirtschaft unterstützen? Man denke nur an die Milliarden für die Nutzbarmachung der in den Atomkernen gespeicherten Energie! Damit werden doch letztlich nur riesige Kapitalinvestitionen erforderlich, die wiederum Zinsen erbringen und die Bodenrente erhöhen. Beides aber müssen die arbeitenden Massen erwirtschaften! Dient wirklich alles, was heute mittels fossiler Energie erzeugt wird, dem Wohle des Volkes? Welche zusätzliche Arbeit muß für die Werbung geleistet werden, um all den erzeugten, größtenteils überflüssigen Tand – man blättere einmal den Katalog eines Versandhauses durch! – an die Frau oder den Mann zu bringen? Wir arbeiten doch weitgehend nur, um Arbeit zu haben, ob diese Arbeit sinnvoll ist oder nicht. – Arbeit, Arbeit muß beschafft werden. Dafür gibt es auch ein Ministerium!

Ich meine, weit dringender, als für das Wohlergehen der Menschen zu sorgen, wäre es, dafür zu sorgen, daß ein jeder den Lebensunterhalt für sich und seine Familie erwerben sowie für Krankheit und Alter selbst vorsorgen kann. Es gibt in einem Staatswesen so viel Sinnvolles zu tun, daß diese Forderung erfüllbar ist. Solange allerdings ist sie es nicht, wie die Arbeitskraft dazu mißbraucht werden darf und mißbraucht wird, daß sich einzelne ungerechtfertigt bereichern können; Erwerbslosigkeit und darben-
bende alte Menschen sind ein Armutszeugnis für einen Staat.

Auch darf der Staat nicht ständig über seine Verhältnisse leben und mehr ausgeben, als er einnimmt, d.h. sich laufend höher verschulden. Dies kann nur zur Inflation führen. Diese aber trifft wiederum diejenigen am meisten, die nur ihre Arbeitskraft besitzen, am wenigsten aber die Bodenbesitzer und die Besitzer von Produktionsvermögen, steigen doch die Preise entsprechend der Geldvermehrung und zusätzlich auch die Bodenrente mit der Zunahme der Produktivität der Gesamtwirtschaft. Daneben steigt, wie wir gesehen haben, das Einkommen aus Kapitalvermögen ohne Zutun der Kapitalbesitzer mit der Produktivität, während die Lohnabhängigen erst darum kämpfen müssen und grundsätzlich nachhinken, zudem Gefahr laufen, infolge Erwerbslosigkeit von Unterstützungen leben zu müssen, die wiederum diejenigen aufbringen müssen, die auch den Kapitallohn aufzubringen haben. Über die Folgen hören wir:

»Sichtbar oder unsichtbar verzerrt eine Inflation die Produktions- und Absatzstruktur der gesamten Volkswirtschaft; sie bewirkt eine stille Umverteilung«, die weder den lauthals propagierten Umverteilungsabsichten noch den Forderungen der Produktivität entspricht . . .

Das Verhältnis zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit ist jahrelang unter dem Einfluß des Keynesianismus verharmlosend als einfache Alternative dargestellt worden: entweder etwas mehr Inflation, dafür weniger Arbeitslosigkeit, oder umgekehrt. Heute kehrt überall die Ernüchterung

zurück, daß die Inflation auf mittlere oder gar längere Sicht die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht vermindert, sondern sie sogar vermehrt und versteigt, auch insofern versagt das alte Keynes-Rezept.»⁴³

Dieses Versagen ist die klare Folge davon, daß die Gütererzeugung im Verhältnis zum Arbeitseinsatz immer mehr Kapitaleinsatz erfordert. Dadurch steigt der gesamte »Kapitallohn« immer rascher als der gesamte Arbeitslohn. Die Kaufkraft der Arbeitenden sinkt gegenüber der der Kapitalbesitzer. Der Absatz an Massengütern des Verbrauchs sinkt, bzw. der Bedarf kann mit weniger Arbeitenden befriedigt werden.

Käme dagegen jeder Arbeitende in den vollen Genuß der Früchte seiner Arbeit, wäre es umgekehrt. Die Nachfrage nach Verbrauchsgütern würde steigen, die nach Investitionsgütern dafür etwas zurückgehen. Der »Fortschritt« würde sich verlangsamen, was sicherlich der »Lebensqualität« zugutekäme. Würde man sich gleichzeitig darauf besinnen, daß es die ursprüngliche Aufgabe der Wirtschaft war, das Volk mit knappen Gütern zu versorgen, was gleichzeitig erfordert, mit ihnen sparsam umzugehen, dann könnte jedem Menschen ruhig selbst überlassen bleiben, für seinen Lebensunterhalt und den der Seinen und deren Wohlergehen fürs ganze Leben zu sorgen. Für die öffentliche Hand bliebe dann nur noch übrig, dann zu helfen, wenn ein Bürger wirklich völlig unverschuldet in Not gerät. Dann aber genügt meistens Hilfe zur Selbsthilfe. Alles andere entmündigt den Bürger und macht ihn unfrei.

Das Bestreben der Herrschenden und das ihrer Helfer war von jeher darauf gerichtet, auch wenn sie selbst noch so hohe Einkünfte aus anderen Quellen hatten, alle Kosten ihrer Herrschaft auf die »Untertanen« abzuwälzen. Daran hat sich bis heute im Grunde nichts geändert. So restlos wie einst ist dies heute allerdings nicht mehr möglich. Die »Herren« konnten aber doch dafür sorgen, daß ihnen Vorteile eingeräumt wurden, und dauernd hört man den Ruf nach Entlastung der Wirtschaftenden von den erdrückenden Steuern. In unserer Wirtschaftsordnung, die auf dem Faustrecht aufgebaut ist, wird es immer so bleiben, läuft die Wirtschaft doch nur, wenn die »Kapitalrendite« gesichert ist, wenn das Kapital den ihm angeblich zustehenden Lohn erhält. Dann aber wird es ständig wachsen und mit ihm wiederum die Bodenrente und der Zins.

In einer solchen auf der Kapitalrendite aufgebauten Wirtschaft werden alle den »Profit« kürzenden Kosten, soweit irgend möglich, auf die Schwächsten abgewälzt. Sie müssen auch den Löwenanteil an Steuern bezahlen. Bei ihnen wirkt sich keine der Sonderbestimmungen nennenswert aus. Was sind schon 13 oder 39 DM vermögenswirksame Leistungen im Monat, auf die man noch DM 39 oder DM 13 draufzahlen muß, damit man sie überhaupt bekommt? Oder, wie war es bei den früher gewährten Abzugsmöglichkeiten für Kinder bei der Lohn- und Einkommenssteuer,

für deren Wiedereinführung sich die CDU/CSU so sehr bemühen? Für den kleinen Mann ergab dies eine Steuerermäßigung von 22 v.H. vom abzugsfähigen Betrag, für den Vielverdiener aber waren es 56 v.H.! Wie läßt sich ein prozentualer Unterschied von 34 v.H. mit dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz vereinbaren?

Bei der Mehrwertsteuer tragen die Steuerlast sowieso zum großen Teil die Lohnabhängigen. Für alles, was sie für sich erwerben, müssen sie sie bezahlen, auch für ihre Ersparnisse, sobald sie diese in Sachwerten anlegen. Dagegen zahlt derjenige, der seine Ersparnisse unmittelbar in Produktivvermögen anlegen kann, keine Mehrwertsteuer. Nur insoweit er sein nichtproduktives Vermögen vergrößert (z.B. Bau eines Einfamilienhauses), zahlt auch er die Mehrwertsteuer. Aber schon beim Autokauf kann er, falls er den Wagen auch geschäftlich nutzt, diese einsparen. Auch für den, der Beteiligungen an Produktivvermögen erwirbt (z.B. Aktien), fällt sie weg. Wer aber kann das? Doch nur der, »der da hat«!

Andererseits sind auch die Betriebe und die Produktionsvermögen mit z.T. hohen Steuern belastet. Es erübrigt sich, sie alle anzuführen. Es geht ja auch gar nicht darum, daß Steuern bezahlt werden müssen. Das ist selbstverständlich. Es geht um den Wirrwarr, der auf diesem Gebiet herrscht, der es findigen Köpfen erleichtert, sich um die Steuerpflicht zu drücken. Mit der jetzigen Vielfalt und dem Flickwerk wird Steuergerechtigkeit nie zu erreichen sein.

Will aber der Bürger frei sein und frei bleiben, muß er die gesetzgebenden Körperschaften kontrollieren und ihnen – am besten grundgesetzlich – eine Höchstgrenze für die Besteuerung vorschreiben, vor allem aber auch eine solche für Verschuldung, um diese Quelle für Inflationen zu verstopfen. Auch wäre zu fragen, ob nicht eine einzige Steuer das Aller-einfachste wäre.

Nach Quesnay⁴⁴ ist »die Mutter Erde die alleinige Quelle allen Reichtums«, was wohl niemand bezweifeln wird. Warum sollte sie dann nicht auch die einzige Quelle für Steuern sein? Wir haben ja auch gehört, daß sich der volkswirtschaftliche Ertrag, insoweit er auf den Einsatz der Gemeinschaft, der öffentlichen Hand, zurückzuführen ist, in der Bodenrente niederschlägt. Diese Bodenrente gehört also mit Fug und Recht der Gemeinschaft. Aus ihr müßten und könnten aber auch alle Ausgaben bestritten werden.

Man könnte hier einwenden, diese Bodenrente ist doch nichts anderes als der Kapitalertrag für das in der Infrastruktur investierte Kapital, also doch ein »Kapitallohn«. Wir haben nie bestritten, daß mittels Arbeit und investiertem Kapital höhere Erträge zu erzielen sind. Die Frage war nur, wem gehört der höhere Ertrag? Wir kamen zu dem Ergebnis: dem, der die Arbeit leistet, nicht aber dem Kapitalgeber. Auch im vorliegenden Falle

soll nicht der Kapitalgeber, sondern *der* den Ertrag erhalten, der die Arbeit leistet, d.h. die Allgemeinheit, vertreten durch die öffentliche Hand. Sie soll den Anteil am Ertrag von denen zurückerhalten, die ihn zunächst einheimen, um ihn wiederum für die Allgemeinheit verwenden zu können.

Mein Vorschlag ist nichts Neues. Er wurde schon seit dem 17. Jahrhundert von den verschiedensten Seiten gemacht, auch der Vorschlag, die Bodenertragssteuer als Höchstgrenze für die Besteuerung festzulegen. Alle laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand wären hieraus zu bestreiten, außer solcher für Neuinvestitionen sogenannter werbender Anlagen, d.h. solcher, die die Bodenrente und mit ihr die Steuereinnahmen erhöhen. Um solche Vorhaben zu finanzieren, könnte die öffentliche Hand über zinsfreie Schatzanweisungen o.ä., die aus den erhöhten Steuereinnahmen zu tilgen wären, die umlaufende Geldmenge im voraus entsprechend erhöhen.

Dieses Verfahren könnte auch dazu dienen, Konjunkturschwankungen auszugleichen. Es wäre hierzu nur nötig, eine Anzahl von Vorhaben vorzubereiten, die bei einem Nachlassen der Beschäftigung in Angriff genommen werden könnten, z.B. Straßenbau, neue Schulhäuser, deren bessere Ausstattung, kurz eben alles, was aus den laufenden Einnahmen aus der Bodenrente nicht bezahlt werden könnte. Die Höchstgrenze für diese Art »Verschuldung« wäre auch gegeben: Sobald Vollbeschäftigung erreicht ist.

Alle, die die Bodenrente als einzige Steuerquelle empfehlen, haben jeweils nachgewiesen, daß sie wirklich ausreichend wäre, um auch hohe Ausgaben aller öffentlichen Hände (Bund, Länder und Gemeinden) zu bestreiten. Ein Teil von ihnen schlägt auch eine Selbsteinschätzung der Steuerpflichtigen – es wären dies ausschließlich die Bodenbesitzer – vor. Eine solche Selbsteinschätzung ist im Grunde auch allein eines freien Menschen würdig. Sie ist auch durchaus durchführbar, wenn z.B. festgelegt würde, daß in bestimmten Abständen eine Neueinschätzung zu erfolgen hat, und die öffentliche Hand berechtigt wird, den Boden zu dem Preis zu erwerben, der sich aus der neuen Einschätzung errechnet. Eine solche Berechnung bleibt durchaus möglich, wenn sich auch auf Grund der hohen Besteuerung des Bodens die Bodenpreise sehr aneinander angleichen würden.

Diese einzige Steuer wäre auch nicht abwälzbar, weil sie eben nur dem Ertrag der Infrastruktur entspricht, allerdings nur dann, wenn sie die einzige Steuer bleibt und gleichzeitig die Zinsfrage dahingehend gelöst wird, daß nur der Arbeit, nicht aber dem Kapital ein Lohn zusteht.

Weil diese Forderung mit der gleichen Ausschließlichkeit nie erhoben wurde, wurde bis in die jüngste Vergangenheit die Lösung des Problems

»Bodenrente« für unlösbar gehalten, und das mit Recht. Entfällt mit der Besteuerung der Bodenrente nicht gleichzeitig der Kapitallohn, wäre diese Steuer ungerecht.

Mit dieser Umstellung auf dem Steuer- und Zinsgebiet würde der Boden ein ungeeignetes Objekt für die Spekulation, wären doch kaum Gewinne zu erwarten. Sie würde aber auch sonst tiefgreifende Veränderungen im Wirtschaftsleben zur Folge haben. Die Mieten würden ganz erheblich billiger werden, wie folgende Darstellung zeigt⁴⁵. Zwar haben sich infolge der herrschenden Dauerinflation die ihr zugrundeliegenden effektiven Zahlen verändert, aber ihr Verhältnis ist geblieben. Danach setzt sich die Kostenmiete für eine frei finanzierte Geschoßwohnung mit mittlerer Ausstattung in guter Lage einer Großstadt zusammen aus:

a) Bewirtschaftungskosten (Abschreibung, Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten, Mietausfallwagnis, Betriebskosten wie Grundsteuer, Müllabfuhr, Kanalgebühren, Wasser usw.)	25,000 v.H.
b) Kapitalzins	75,000 v.H.
davon Anteil an Grund und Boden	12,500 v.H.
somit Anteil der Bodenrente an der Gesamtmiete	9,375 v.H.
und des Zinses für das im Bauwerk investierte Kapital	65,625 v.H.

Bei einem Geschäftshaus, ebenfalls in bester Lage einer Großstadt, lauten die Verhältniszahlen ganz anders. Wenn beim Wohnhaus das Verhältnis zwischen Bodenrente und Zins für Baukapital etwa 9 : 65 ist, so ist es beim reinen Geschäftshaus rund 2 : 1. Der Zins für das Baukapital beträgt also nur etwa die Hälfte der Bodenrente.

Wenn beim Wohnhaus der Wegfall des Zinses die Hauptbelastung der Mieter beseitigen würde, so würde beim Geschäftshaus die Entlastung weit geringer ausfallen, müßte doch die Bodenrente vom Vermieter weiterhin erhoben, aber an die öffentliche Hand abgeführt werden.

Wir sehen, welch gewaltige Beträge mit Hilfe des Zinses allein über Mieten in die Taschen der »Kapitalisten« fließen und welche Erleichterung der Wegfall des Zinses den Wohnungsmietern bringen würde, nämlich 65 v.H. Die Entlastung der Geschäftswelt wäre längst nicht so hoch, sie würde nur ca. ein Drittel des gesamten Kapitalzinses betragen. Andererseits wird aber auch deutlich, welche Bedeutung dem Zins in der Gesamtwirtschaft zukommt und daß die Schätzung, daß der Zins 50 v.H. und mehr unseres Arbeitseinkommens vorwegnimmt, durchaus begründet ist. Das zeigt sich besonders dann, wenn man bedenkt, daß für die Masse der Lohnabhängigen mit der Miete auch alle Steuern bezahlt wären. Wie sehr würde sich die Kaufkraft der Massen erhöhen! Allerdings die bereits zitierten Worte des christlichen Erlösers gingen nicht so reibungslos wie bisher in Erfüllung:

»Denn wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat.«⁴⁶

Die Masse der Menschen ist heute im wahrsten Wortsinn »entwurzelt«. Sie ist vom Boden »vertrieben«. Die Massen haben keinen Platz auf Erden, außer sie zahlen dem Bodenbesitzer Miete oder Pacht. Nach Durchführung unseres Vorschlags würden nicht nur sie, sondern auch alle anderen, die Händler, die Fabrikanten, die Besitzer von Einfamilienhäusern usw. den Anteil am Grund und Boden, den sie für sich beanspruchen, entgelten, aber nicht mehr dem Bodenbesitzer, sondern nur über ihn an die öffentliche Hand, die dafür allen in gleicher Weise durch Schaffung und Erhaltung der Infrastruktur das Leben erleichtert.

Unsere einzige Steuer würde übrigens für die allermeisten niedriger ausfallen als das, was heute zu zahlen ist. Den Hauptanteil hätten die Wirtschaft und in ihr die Großbetriebe zu zahlen. Trotzdem würden auch die Wirtschaftsgüter übers Ganze gesehen billiger, weil eben überall der »Kapitallohn« entfallen würde. Besonders günstig würde die Landwirtschaft abschneiden. Sie würde bestimmt je nach Lage und Bodengüte weit weniger Steuern als heute zu zahlen haben. Auch die Erbteilung würde erleichtert, müßte doch der Hoferbe nicht auch noch die kapitalisierte Bodenrente auszahlen, die sich heute in den Bodenpreisen niederschlägt. Das Ganze würde sich zu Gunsten der heute wirtschaftlich Schwachen auswirken.

Da werden nun unsere Festgefahrenen unken: Dann aber unterbleibt auch jegliche Investition, unser lieber guter Götze »Wirtschaftswachstum« stirbt! – Dieser stürbe zurecht. Er führt uns sowieso in den Abgrund! Sterben würde sicherlich auch die verbürokratisierte Mammutwirtschaft, voran die Banken. Diese leben heute weitgehend bzw. ausschließlich von der ihnen zufallenden Bodenrente bzw. dem Zins. Da wir aber nur den Zins, nicht aber den Kredit beseitigen wollen – er wäre nur auf eine neue Grundlage zu stellen –, stünde jedem Tüchtigen und Wagemutigen nach wie vor der Weg offen, sich selbständig zu machen. Auch der »Fortschritt«, der diesen Namen wirklich verdient, würde nicht gehemmt. Allerdings, alles würde sich grundlegend ändern. Dies ist aber sowieso nötig, wenn die Menschheit überleben will. Das weiß heute jeder Einsichtige.

Am schwierigsten ist sicherlich die Frage zu lösen, wie zinsfreie Kredite gewährt werden können. Lösbar aber ist sie, jedoch nur im Zusammenhang mit der Währungsfrage. Hier aber ist noch nicht der Ort, darauf näher einzugehen. Dasselbe gilt für Einzelheiten der Bodensteuer. Aus den vielen hierfür vorliegenden Vorschlägen kann jederzeit der beste oder eine Kombination von einigen ausgewählt werden. Schwierigkeiten bereitet es auch, daß der »Kapitallohn« heute auch zur Altenversorgung dient. Der

Anteil dieser Art Alterssicherung ist zwar stark rückläufig zugunsten einer solchen über eine Versicherung. Aber auch sämtliche Versicherungen leben zumindest teilweise vom »Lohn« des angesammelten Kapitals, jedoch mehr und mehr von den Zahlungen derer, die Arbeitseinkommen haben. Die arbeitende Generation versorgt immer mehr unmittelbar diejenigen, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, sei es infolge Invalidität oder infolge hohen Alters. Diese Entwicklung kommt uns also entgegen, denn, fällt der Kapitallohn weg, wird es deutlich, daß nur die Arbeitenden die aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen versorgen können. Es ist also nur für eine gewisse Übergangszeit von etwa 30 Jahren Vorsorge zu treffen. Für die Krankenversicherung gilt natürlich dasselbe. Auch hier bezahlen die Arbeitenden, die gesund sind, was die Kranken verbrauchen. Das bedeutet zugleich: Wer sich nicht bemüht, gesund zu bleiben, beutet die aus, die dies tun. Wir lehnen nicht wie die Mennoniten in Kanada jede Versicherung als »Verstoß gegen die göttliche Ordnung« ab. Wir lehnen nur jeden »Zwang« ab, in einer bestimmten Weise vorzusorgen. Wo man umfassende Zwangsmaßnahmen ergreifen muß, um unter ganz normalen Verhältnissen Elend zu verhüten, ist etwas nicht in Ordnung!

Ich meine, wer frei sein will, will auch selbst bestimmen, wie er für Krankheit und Alter vorsorgen will. Vorsorgen aber muß er. Das gehört ganz einfach zum menschlichen Leben. Nur wer trotz aller Vorsorge unschuldig in Not gerät, verdient Fürsorge seitens des Volkes bzw. aller Menschen, wie das heute ja auch in großem Umfange in aller Welt geschieht und notwendig wurde infolge der Herrschaft imperialistischer Ideologien.

Die beste Vorsorge gegen Krankheit ist eine Lebensweise, die Krankheiten gar nicht aufkommen läßt. Es wäre meines Erachtens eine weit wichtigere Aufgabe des Staates, die hierfür beste Lebensweise zu erforschen, anstatt Milliarden in die Forschung der Kernenergie oder überhaupt für Zwecke der Wirtschaft zu stecken oder gar in neue Heilverfahren, bei denen sich später herausstellt, daß sie ihrerseits Krankheit verursachen. Unsere heutigen Zwangsversicherungen sind sicherlich nicht dazu angetan, die einzelnen anzuregen, sich selbst um die Erhaltung ihrer Gesundheit zu bemühen, höchstens dazu, möglichst viel der eingezahlten Beiträge auch wieder für sich nutzbar zu machen. Das gilt auch für die Altersversicherung. Hat man irgendein Leiden, kommt man früher in den Genuß der Altersrente. Die derzeitigen Arbeitsbedingungen in unserer entpersönlichten Wirtschaft geben hierfür Hilfestellung. Auch hier gilt aber: Je mehr Selbstverantwortung, desto mehr Freiheit.

Wer eine wirklich freie Wirtschaft will, muß sie, soweit irgend möglich, von »Sachzwängen« befreien, wozu auch die Sozialversicherungen gehören, vor allem aber vom »Kapitallohn«. Dies bedeutet aber keineswegs,

daß der einzelne damit von der Notwendigkeit der Vorsorge befreit wäre, nur muß ihm Art und Höhe freistehen. Sorgt er allerdings in Freiheit nicht genügend vor, dann sollte man ihn auch die Folgen seines Verhaltens tragen lassen. Freiheit fordert eben Verantwortung, auch in der Voraussicht. Wer eine Gouvernante braucht, ist kein freier Mensch. Allerdings hat der Staat dafür zu sorgen, daß das von ihm gesetzte Recht auch von allen in gleicher Weise eingehalten wird, daß z.B. Verträge gehalten werden und auch gehalten werden können, z.B. mittels einer währenden Währung. Solange jedoch unser gegenwärtiges Ausplünderungssystem, genannt »Kapitalismus«, besteht, kann auf Zwangsversicherungen nicht verzichtet werden.

7. Betriebsverfassungen, Patentrecht

Nach allem, was wir bis jetzt gehört haben, ist es selbstverständlich, daß unsere Wirtschaft in jeder Hinsicht im kapitalistischen Sinne gestaltet ist, daß also die Vermögenden dank ihres Vermögens bevorzugt werden, was sie natürlich nicht gerne hören und auch bestreiten. Manchmal werden solche Bevorzugungen auch so getarnt, daß man sie für ein Entgegenkommen der Wirtschaft gegenüber dem Staat halten kann. So fuhr z.B. unser Bundeskanzler 1979 mit der Jacht eines »Kapitalisten« nach Polen zu Gesprächen mit der dortigen Regierung. Der Jachteigner nahm noch einige weitere Wirtschaftsbosse mit. Sie werden bei ihren Gesprächen mit der polnischen staatskapitalistischen Regierung sicherlich in erster Linie ihre Interessen vertreten haben und nicht die ihrer Belegschaften.

Man wird hier einwenden: Jeder Arbeitgeber vertritt mit seinen Interessen auch die seiner Arbeitnehmer zu. Das wird er bestimmt tun, insoweit sie mit den seinen gleichgerichtet sind. Das aber trifft längst nicht für alle Sorgen seiner Arbeitnehmer zu. Gar manche von deren Interessen sind denen der Arbeitgeber entgegengesetzt. Die Regierung aber hätte unparteiisch die Interessen beider Seiten zu vertreten. Das aber kann sie gar nicht, wenn sie sich in irgendeiner Weise in die Abhängigkeit der einen Seite gibt, und das ist fast immer die Seite der Vermögenden.

Wie sehr unsere Regierungen von den Vermögenden abhängig sind, beweist schon, worum sie sich in erster Linie kümmern. Fast alles dreht sich um die Wirtschaft. Sie spielt eine weit größere Rolle, als ihr zukommt. Vom Menschen ist weit weniger die Rede, und wenn, dann geht es darum, was man ihm noch zumuten kann, seien es steuerliche oder gesundheitliche Belastungen. Nur die Wirtschaft, sie darf um alles in der Welt nicht belastet werden, sonst kann und will sie nicht investieren, und das goldene Kalb »Wirtschaftswachstum« könnte leiden! Das Gespenst »Arbeitslosigkeit«, mit dem gedroht wird, macht die Menschen dann ge-

fällig, auch die tollsten Belastungen zu ertragen! In Wahrheit aber geht es um den Profit, sprich Kapitallohn, der allerdings nur fließt, wenn gearbeitet wird. Darum muß man die Interessen der Arbeitenden zumindest soweit wahren, daß sie noch arbeiten.

Auch unsere Betriebsverfassungen sind so gestaltet, daß sie den Großbetrieb begünstigen. Die hauptsächlichsten Betriebsformen sind: Einzelkaufmann, Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG), Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Aktiengesellschaft (AG). Sie werden in der aufgeführten Reihenfolge immer unpersönlicher, anonym, und auch die Haftung ist immer stärker eingeschränkt. Wenn schon der Einzelkaufmann den »Stillen Teilhaber« kennt, der nur mit seiner Einlage haftet, so sind es in der KG schon die Masse der Gesellschafter, die Kommanditisten. In der GmbH haftet nur das Gesellschaftskapital wie in der AG, nur ist in der GmbH doch wenigstens noch einer der Gesellschafter Betriebsführer.

In der AG dagegen wird die Betriebsführung vom Aufsichtsrat, der von den Aktionären gewählt wird, bestellt. Hier sind die Mitglieder des Unternehmensvorstandes einschließlich seines Vorsitzers lediglich Angestellte wie jedes andere Belegschaftsmitglied auch.

Da die steuerliche Belastung je nach Betriebsart unterschiedlich ist, haben findige Köpfe Kombinationen dieser Formen gefunden, bei denen sich die Vorteile aller Formen auswirken.

Mit Einführung *der* Betriebsformen, bei denen die Teilhaber, zumindest in ihrer Masse, nicht mehr voll haften, erhielt die Wirtschaft den heute noch anhaltenden Aufschwung und die beherrschende Rolle in der Politik. Die Gefahr, das in der Wirtschaft eingesetzte Kapital zu verlieren, wurde für die Vermögenden stark vermindert, konnte man es doch in den verschiedensten Betrieben »arbeiten« lassen. Dadurch war der »Kapitallohn« weit besser abgesichert als der »Arbeitslohn«. Hinzu kam noch, daß Großbetriebe, in denen niemand voll haftet, mit Staatshilfe rechnen können, wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten kommen. Denn bei einem Bankrott würden Tausende oder gar Hunderttausende »arbeitslos« werden. Um deren Arbeitslohn zu sichern, wird dann auch Kapital und Kapitallohn mittels Steuergeldern sichergestellt.

In der Reihenfolge unserer Aufzählung der Betriebsformen vermindert sich auch die Bindung der Besitzer an den Betrieb und an die Mitarbeiter. Wenn der Einzelkaufmann – auch der selbständige Handwerker ist Einzelkaufmann – vielleicht noch am Privatleben seiner Mitarbeiter teilt, so kümmert den Aktionär die Belegschaft der Betriebe, von denen er Aktien besitzt, keinen Deut. Auch keiner der Besitzer hat, falls er nicht die Hauptversammlung besuchen will, mit dem Betrieb mehr zu tun, als Dividende einzustreichen, von der er natürlich wünscht, daß sie recht

hoch sei. Die Aufsichtsratsmitglieder haben außer der Bestellung des Vorstandes gewisse Aufsichtspflichten und erhalten dafür einen Sonderanteil am Gewinn, der im übrigen als Dividende an die Aktionäre verteilt wird.

Alle Wirtschaftenden sind jedoch weitgehend nur sich selbst und etwaigen Geldgebern oder nur diesen (AG) verpflichtet. Irgendwelche Verpflichtungen ihren Angestellten gegenüber bestehen nur in der Lohnzahlung und Einhaltung der Sozialgesetze. Eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, dem Staat, besteht außer der Steuerzahlung und der Einhaltung der Strafgesetze nicht, obwohl eben dieser Staat so sehr um die Wirtschaft besorgt ist, die Infrastruktur schafft, die der Wirtschaft zugutekommen, und sich außerdem in jeder Hinsicht bemüht, daß die Wirtschaft nur ja funktioniert. Der Staat darf sich auch gerne um die kümmern, die vorübergehend oder auf Dauer in der Wirtschaft nicht mehr beschäftigt werden können. Eine Verpflichtung, Arbeitskräfte zu beschäftigen, besteht heute nur bei Schwerbeschädigten. Durch Zahlung eines verhältnismäßig geringen Geldbetrags kann man sich aber dieser Verpflichtung entledigen.

Je größer ein Betrieb, desto vorteilhafter. Die Einstellung eines weiteren Mitarbeiters schmälert das Einkommen des Betriebsinhabers umso mehr, je weniger Mitarbeiter er hat. Nur ab einer bestimmten Größe besteht auch die Möglichkeit, eine Betriebsform oder eine Kombination zu wählen, bei der die Haftung auf das Betriebsvermögen beschränkt ist. Der Kleine haftet mit seinem Gesamtvermögen, die Großen nur mit dem Betriebsvermögen, soweit es ihnen gehört!

Partnerschaftsverträge der Unternehmer mit ihrer Belegschaft sind sicherlich sehr gut gemeint und verbessern auch etwas die Beziehungen der Eigner zur Belegschaft, ändern aber im Grunde nichts. Der oder die Unternehmer verzichten nur auf einen Teil des Gewinns bzw. des Kapitallohns zugunsten der Belegschaft. Am kapitalistischen System ändert das grundsätzlich nichts, im Gegenteil, es hilft nur, dieses auch im Denken der Arbeiter und Angestellten zu festigen. Zudem werden sich nur solche Betriebe eine Beteiligung der Belegschaft am Gewinn leisten können, die relativ hohe oder überhöhte Gewinne erzielen. Die überhöhten Gewinne gehören aber eigentlich den Kunden, denn diese sind ja geschröpft worden⁴⁷. Henry Ford der Erste hat in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts entsprechend gehandelt und sich den Zorn der Hochfinanz zugezogen. Er ist zu Kreuze gekrochen.

Die unterschiedlichen Vorschriften über die Haftung der Wirtschaftenden (mit dem Gesamtvermögen die Kleinen, beschränkt die Großen) förderten die großen in stärkerem Maße als die kleinen Betriebe. Wer also dem »Mittelstand« helfen will, muß eben auch hier für entsprechende Voraussetzungen sorgen.

Es sind auch nicht nur die Arbeitenden in hohem Maße von den Arbeitgebern abhängig, auch die Wirtschaftsbetriebe untereinander sind es. Solange diese Abhängigkeit eine in jeder Hinsicht gegenseitige, also im Grunde eine Zusammenarbeit ist, ist sie ganz natürlich. Die Menschen sind nun einmal aufeinander angewiesen. Derart zufriedenstellend sind aber die Verhältnisse im Kapitalismus nicht. Die allermeisten Klein- und Mittelbetriebe sind von den Großen restlos abhängig. Die Großen diktieren Liefermengen, Lieferzeiten und Preise, die oft den Kleinen nicht einmal die Geldkosten einbringen. Die Gewinne müssen dann die kleinen Kunden einbringen. Es ist wie bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), bei denen die Großabnehmer auch nur einen Preis zahlen, der noch nicht einmal die Stromerzeugungskosten deckt. Die Gewinne, aus denen u.a. auch weitere Neubauten – etwa von Atomkraftwerken – bestritten werden, müssen die Masse der Kleinbetriebe und die Haushalte erbringen. Es herrscht eben überall das Faustrecht.

Solange »Geldverdienen« das Ziel der Wirtschaft ist und allein der Konkurrenzkampf die Handlungsweise der Wirtschaftenden bestimmt, wird auch eine »Demokratisierung« der Wirtschaft nichts ändern.

Aber nicht nur die Betriebsverfassungen sind eindeutig kapitalistisch, d.h. der, der mehr hat, darf allein schon dafür einen Sonderlohn beanspruchen, auch unser Patentrecht ist es. Es sind z.B. für erteilte Patente während der Schutzzeit jährlich ansteigende Gebühren zu zahlen. Diese können die meist nicht wohlhabenden Erfinder auf die Dauer nicht aufbringen. Wird aber die Gebühr nicht bezahlt, erlischt das Patent. Die Großkonzerne denken also gar nicht daran, derartige Patente von den kleinen Erfindern zu erwerben. Sie hungern sie aus, ja sie unterhalten sogar besondere Abteilungen, die alle einschlägigen Patenanmeldungen und ihren etwaigen Verfall überwachen. Wenn es aussichtsreich erscheint, wird die Patentfähigkeit angezweifelt. Auch wird versucht, mit irgendwelchen unbedeutenden Veränderungen Patente zu umgehen bzw. derart abgeänderte Erfindungen sich patentieren zu lassen. Der kleine Erfinder hat meist nicht das Geld, sich in kostspielige Prozesse mit den Konzernen einzulassen. Er verzichtet. Das Recht, das angeblich die meist wenig begüterten Erfinder schützen soll, liefert sie restlos den Vermögenden aus.

Für die von Betriebsangehörigen gemachten Erfindungen hat sich gegenüber dem ursprünglichen »Recht«, das bestimmte, daß solche Erfindungen ohne Entschädigung dem Betrieb gehörten, ein bißchen etwas geändert, natürlich auch erst nach scharfem Druck der Lohnabhängigen.

8. Wirtschaftsgroßräume – Weltwirtschaft

Der Zug der Zeit (Trend) geht eindeutig in Richtung auf Weltwirtschaft und Weltstaat, so wird es jedenfalls behauptet. Schaut man sich aber um, tun dabei die Völker gar nicht mit. Da machen sich eher Auflösungserscheinungen bei den großen Machtblöcken, ja sogar bei Jahrhunderte alten Staaten bemerkbar. Überall ertönt doch der Ruf nach Selbstverwaltung: zum Beispiel in Spanien seitens der Basken und Katalonen, in England seitens der Schotten und Waliser, in Frankreich seitens der Normanen, Bretonen und Elsässer. Hin und wieder liest man auch, in der Sowjetunion machten sich Auflösungserscheinungen bemerkbar. In Nordamerika scheinen die Indianer zu erwachen. Sie alle wollen »auch ein Herr« sein.¹⁴ Die Herrschenden in aller Welt aber tun noch immer auf Grund der sie beherrschenden Glaubenslehren alles, um ihre Denkungsart aufrechtzuerhalten bzw. sie den Völkern aufzureden oder aufzuzwingen, um ihr Ziel zu erreichen. Dazu wird zunächst versucht, die Völker wirtschaftlich so eng wie möglich miteinander zu verflechten, so daß letztlich alle von allen abhängig sind und ihnen ein Frei- und Selbständigwerden immer unmöglicher wird. Chaos und Hungersnot würde entstehen, wollte sich ein Volk in kurzer Frist aus dieser Verflechtung befreien. Es ist ein raffiniertes Spiel, geboren aus Glaubens- und Machtwahn.

Auch unsere »demokratische« Regierung macht hier mit, obwohl eines ihrer bedeutendsten Vorbilder, einst Wirtschaftsminister in der Weimarer Republik, Walther Rathenau, schrieb:

»Während bis dahin es selbstverständlich schien, daß ein jeder berechtigt sei, im Ausland zu kaufen und einzuführen, was ihm gefiel, kommt jetzt zu Bewußtsein, daß jeder Auslandskauf die Gemeinschaft belastet, daß somit jede importierte Maschine, Perle oder Champagnerflasche nicht nur fremde Arbeitskräfte ernährt und einen Teil des Nationalvermögens opfert, sondern auch die künftige Gemeinschaftsproduktion erschwert, indem diese gezwungen wird, nicht nach eigenem Bedarf und Ermessen zu erzeugen, was ihr angemessen ist, sondern nach fremdem Gutdünken, was sie schuldet und was man ihr abnimmt . . .

Diese neomerkantilen Erwägungen werden zu dem bestehenden landwirtschaftlichen und industriellen Schutz, zu dem besprochenen Rohstoffschutz noch einen allgemeinen Importschutz verlangen, der sich auf alle irgendwie entbehrlichen oder ersetzbaren Güter, auf alle Produkte, die sich in leidlichen Surrogaten (Ersatzstoffen) im Inland wiederholen lassen, vor allem aber auf sämtliche Luxuserzeugnisse erstrecken.«⁴⁸

Wir können Rathenau nur zustimmen. Besonders beachtenswert finde ich, daß Rathenau damals schon einen Rohstoffschutz forderte, was zeigt, daß er seiner Zeit sehr weit voraus war. Seine Nachfolger in den Demokra-

tien schlugen seine Ratschläge in den Wind und handelten genau entgegengesetzt. Sie vergeudeten Rohstoffe, und erst allmählich und widerwillig wird davon Kenntnis genommen, daß diese Vergeudung aufhören muß. Vor allem aber, was den Außenhandel betrifft, geschieht noch immer das genaue Gegenteil. Es gilt der Grundsatz: Kaufe dort, wo es am billigsten ist, und Zollschränken (d.h. der Schutz der heimischen Wirtschaft) sind verpönt. Aber es wird nicht nur eingekauft, wo es am billigsten ist. Auch die Gütererzeuger gehen mit ihren Fabriken dorthin, wo die Löhne am niedrigsten sind!

Wie wollen Regierung und Wirtschaft den Arbeitsmarkt in den Griff bekommen, wenn ihnen jeder Wirtschaftende durch Verlagerung seiner Produktion in ein Billiglohnland in die Quere kommen darf. Sie werden dadurch dauernd gezwungen, für anderweitige Beschäftigung der erwerbslos Gewordenen zu sorgen. Nicht nur, daß wertvolle Gütererzeugungsanlagen im Inland wertlos werden, es müssen neue geschaffen werden, die sowohl eine Veränderung der Infrastruktur als auch eine völlig anders ausgebildete Belegschaft erfordern. Entweder muß die alte umgeschult oder die neue irgendwo hergeholt werden. Die sich daraus ergebende Forderung lautet: Die Arbeitnehmer müssen »mobiler« werden. Sie sollen also um der Wirtschaft willen Heimat und Eigentum aufgeben, je nach dem, wie es die ach so hoch geschätzte »Wirtschaftlichkeit« erfordert! Das ist auch eine Art von Ausbeutung. Dies alles aber geht nicht etwa auf Kosten der Verursacher dieses Durcheinanders, sondern auf Kosten des Volkes und des einzelnen Betroffenen, und nur darum, daß das »Prinzip Weltwirtschaft« gesichert ist. Sie soll doch Wohlfahrt und Glück bescheren!

Dabei aber wird ständig von »Freiheit« geredet. »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit« ist ja das Leitwort seit der großen Französischen Revolution von 1789. Untersucht man dies Schlagwort, so erkennt man, daß Freiheit Gleichheit ausschließt. Wo bleibt denn die Freiheit, wenn einer nicht gleich, sondern anders sein oder handeln will als die vorherrschende Ideologie oder Machtgruppe vorschreibt? Brüderlichkeit setzt ein hohes Maß an Duldsamkeit Andersdenkenden gegenüber voraus. Sie gewährt also diesen Freiheit. Auch die Brüderlichkeit schließt somit die Gleichmacherei aus! Gerade ideologische Dogmen führen aber zu Unduldsamkeit und Unfreiheit. Die Einstellung des Marxismus gegenüber Andersdenkenden ist genügend bekannt. Die christliche, d.h. die des Jesus von Nazareth, haben wir bereits kennengelernt⁴⁹. Seine Nachfolger denken nicht anders. Unduldsamkeit liegt in der Natur priesterlicher Männerbünde.

Gleichheit kann es nur vor den Staatsgesetzen geben, wozu gehört, daß diese Gesetze keine Bevorzugung irgendwelcher Bevölkerungsgruppen zulassen. Wie es hier im Kapitalismus bestellt ist, haben wir zur Genüge

kennengelernt.

Freiheit, die wir erstreben, verlangt z.B., daß die Völker Zwangsgebilde wie *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) bzw. *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (Comecon) über Bord werfen und selbst bestimmen, wie sie wirtschaften wollen.

Wie sehen denn die Erfolge unserer Wirtschaftszusammenschlüsse aus? Wir haben feststellen müssen, daß sie antreibend auf die Wirtschaft wirken. Sie sind aber auch ausbeuterisch. Bei Verlegung von Betrieben in Billiglohnländer geht es doch ganz eindeutig darum, die niedrigen Löhne auszunutzen. Diese Löhne sind aber nur deshalb so niedrig, weil das Angebot an Arbeitskräften noch weit höher ist als bei uns, und außerdem keine entsprechende Sozialgesetzgebung besteht. Hier wird also die Notlage der armen Bevölkerung der Entwicklungsländer ausgenutzt, um sie zu unseren Gunsten auszubeuten. Diese Ausbeutung hat bereits einen gewaltigen Umfang angenommen. Mehr als die Hälfte aller unserer Einfuhren entfällt bereits auf Fertigwaren, darunter auch Investitionsgüter. Die Steigerungsrate bei diesen Einfuhren ist etwa dreimal so hoch wie die Steigerungsrate bezüglich der entsprechenden im Inland erzeugten Waren⁵⁰.

Wie sich eine derartige Abhängigkeit der eigenen Wirtschaft vom Ausland auswirken kann, wird uns seitens der Öllieferländer derzeit eindringlich vor Augen geführt. Aber noch immer wird daraus nichts gelernt. Wirklicher Verlaß besteht doch nur dem gegenüber, was im eigenen Land von seinen Bewohnern unmittelbar geleistet werden kann. Am wichtigsten ist da die Nahrung. Ein Volk, dem man den Brotkorb höher hängen oder den Ölhahn abdrehen kann, ist doch niemals frei, und seine Bürger sind es noch weniger. Wir haben schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß nur *der* wahrhaft frei ist und sein kann, der alles, was er zum Leben braucht, notfalls selbst erzeugen kann. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß in klimatisch weniger begünstigten Gebieten bzw. in rohstoffarmen mehr Arbeit geleistet werden muß bzw. andere Technologien zu entwickeln sind. Hier ist auch von Natur aus »Gleichheit« nicht gegeben. Das aber stört Gläubige nicht. Was von Natur aus nicht gegeben, das wird eben künstlich gemacht. Weil z.B. die Voraussetzungen für die Nahrungserzeugung im Bereich der EWG nicht gleich und auch die Löhne recht unterschiedlich sind, schuf man eine »Agrarordnung«, die für einen Ausgleich sorgen soll. Die Preise der Erzeugnisse, die an sich sehr unterschiedlich wären, werden durch Subventionen einander angeglichen. Der Erfolg ist: Diejenigen Erzeugnisse, die subventioniert werden, werden in besonders hohem Maße erzeugt. Es entsteht Überproduktion, die dann entweder verschleudert oder gar vernichtet werden muß, um »die Preise zu halten«! Ist das nicht Wahnsinn? Wir haben gut eine halbe Milliarde

hungernder Menschen auf Erden, vernichten aber Nahrungsmittel um der Herrschaft eines Glaubens willen!

Was aber bedeutet im Grunde die Vernichtung von Lebensmitteln? Nach all dem, was wir in den vorhergehenden Kapiteln über Bodenrente gehört haben, wird durch solche Maßnahmen die Bodenrente vermindert. Das kann soweit gehen, daß sie negativ wird. Der Bauer hat umsonst gearbeitet. Damit er keinen Verlust erleidet, erhält er Subventionen. Den Verlust trägt die Allgemeinheit aus Steuermitteln. Es wird also Steuerkraft mittels Steuern vernichtet! Dümmer geht's nimmer!

Wer aber hat im Grunde den Nutzen von solchem Widersinn? Diejenigen, deren Wirtschaftsbetriebe über die ganze Welt verteilt sind, die multinationalen Konzerne! Ihnen wird es möglich gemacht, die Völker in jeder Hinsicht auszubeuten, sowohl an Rohstoffen wie über die Löhne. Wer diese »Multis« beherrscht, beherrscht damit die Weltwirtschaft und infolge deren enger Verflechtung und den daraus sich ergebenden Sachzwängen auch politisch die Welt. Wie meinte doch Bernard Manasse Baruch:

»Die Politik war nie entscheidend, sie war immer nur Faktor, Ergebnis der Wirtschaftsmächte.«⁵¹

Heute gerät der Weltstaat in immer greifbarere Nähe. Haben an diesem aber die Menschen und Völker ein Interesse? Wohl kaum, verlieren sie in ihm doch nur vollends und endgültig ihre Freiheit. Jedem, der unbotmäßig wird, kann jederzeit der Brotkorb entzogen werden.

Wenn die Wissenschaft auch schon längst weiß, daß Demokratie nur in kleinen überschaubaren Gemeinschaften verwirklicht werden kann, so handeln unsere »Demokraten« diesem Wissen entgegen. Man muß sich also fragen, ob sie wirklich »Demokraten« sind.

Kleine politische Gemeinschaften können aber nicht gleichzeitig mit multinationalen Konzernen bestehen. Es verwundert daher nicht, daß mit dem Ruf nach Selbstverwaltung von Volksgruppen sich auch Kräfte regen, die von der Mammutwirtschaft weg wollen. Sie sind sich zwar in ihren Zielsetzungen keineswegs einig, übersehen zum Teil auch die Gefahr der Weltwirtschaft und gehen sogar so weit, daß sie sie selbst herbeiwünschen!

Nicht nur gegen die Mammutbetriebe wird angegangen, sondern auch gegen die Mammuttechnologien mit ihrer Vervielfachung der Gefahren. An der Spitze steht hier die Atomspalttechnologie im Dienst der Elektrizitätsversorgung. Stattdessen werden Kleintechnologien erstrebt zur Versorgung von Gemeinden oder gar zur Selbstversorgung einzelner. Aber nicht nur zur Stromerzeugung werden Kleintechnologien verlangt. Kein Gebiet ist davon ausgenommen. Es wird auch die Frage erörtert, ob manche Industrieerzeugnisse überhaupt nötig sind. So sind z.B. die naturge-

mäß wirtschaftenden Bauern der Ansicht, die chemische Industrie, inso- weit sie für die Landwirtschaft arbeitet, sei fast völlig überflüssig. Alle hierfür aufgewandte Fremdenergie und menschliche Arbeitskraft werde also nutzlos verschwendet. Die in der chemischen Industrie für die Land- wirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte könnten in letzterer selbst einge- setzt werden und einen etwaigen Mehrbedarf des naturgemäßen Landbaus decken. Unser chemisierter Landbau verschlechtere die Bodenfruchtbar- keit, vernichte also Kapital und sei gesamtwirtschaftlich gesehen mit sei- ner Vergiftung der Umwelt ein Verlustgeschäft! Es ist auch noch längst nicht ausgemacht, daß dies bei der Atomspaltindustrie nicht genau so ist, sobald man sämtlichen Energieaufwand hierfür und vor allem die Ent- wicklungs- und Müllbeseitigungskosten hinzurechnet.⁵² Jedenfalls macht das Bestreben, Geld und nur Geld zu verdienen und dafür »Arbeitsplätze zu schaffen«, blind, nicht nur für alle möglichen Gefahren, die dem Men- schen von seiner ausgeferten Wirtschaft drohen, sondern auch gegen tat- sächliche Unwirtschaftlichkeit. Man denke nur an die Forderung nach ewigem Wirtschaftswachstum.

9. Wirtschaftswachstum

Eine Wirtschaft wird ganz von alleine wachsen, so lange die Bevölkerung zunimmt. Dieses Wachstum meinen unsere Politiker aber nicht, wenn sie von Wirtschaftswachstum reden. Dieses Wirtschaftswachstum beruht im Grunde auf dem Wunsche des Menschen, sich von den Mühen des Da- seinskampfes möglichst zu befreien. Hierzu setzt er seine geistigen Fähig- keiten einmal dazu ein, »ergiebigere Produktionsmethoden« zu erfinden und anzuwenden, zum anderen dazu, soweit er es vermag, andern die La- sten des Daseinskampfes aufzubürden. Dieses Streben führte zur kapitali- stischen Wirtschaftsordnung, und unter deren Herrschaft wird es in die Sucht verwandelt, möglichst viel Geld zu verdienen. Geldverdienen ist nicht nur zum Sinn alles Wirtschaftens, sondern zum Sinn des Lebens ge- worden. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung erzwingt, wie wir bereits gehört haben, aus sich heraus ein ewiges Wirtschaftswachstum. Fließt der Kapitallohn nicht mehr, kommt die Wirtschaft ins Stocken, und auch der Arbeitslohn fließt nicht mehr. Arbeitslosigkeit tritt auf. Mittels besonde- rer »Programme« muß die Wirtschaft wieder »angekurbelt« werden. Das beste »Programm« ist die Vernichtung von Sachkapital, das einfachste Mittel hierzu der Krieg!

Was die Ausbeutung der Naturschätze anlangt, so wird diese bereits im Sprachgebrauch zugegeben, spricht man doch ganz offen von Ausbeutung von Erz- oder Öllagern usw. Beim Menschen muß festgestellt werden, daß sich die Stundenzahl erheblich vermindert hat, während der von ihm

Arbeit gefordert wird bei gleichzeitiger Erhöhung des Reallohnes je Arbeitsstunde. Trotzdem aber hat sich die Anspannung der menschlichen Kräfte verschärft. Der »Streß« ist für viele unerträglich geworden. Er führt zu Krankheiten und Minderung der Lebensfreude. Auch das ist eine Art von Ausbeutung. Man spricht darum auch heute davon, das quantitative Wachstum durch ein qualitatives zu ersetzen. Man will also die Lebensqualität verbessern. Da man sich aber gar nicht darüber einig ist, was unter Lebensqualität zu verstehen ist, weiß man natürlich auch nicht, wie man sie erreichen soll. Es wird auch nie ein Maß für Lebensqualität geben, denn Lebensqualität ist etwas durchaus Subjektives, d.h. jeder Mensch hat seine eigene Vorstellung von ihr. Wir können aber eines feststellen:

Da der Mensch, obwohl in den letzten 100 Jahren seine Arbeitszeit um etwa ein Drittel gesenkt wurde und er einen nahezu doppelt so hohen Reallohn je Arbeitsstunde erhält, sich heute insgesamt nicht wohler zu fühlen scheint als damals, ja körperlich und gesundheitlich weniger leistungsfähig ist – das läßt vermuten, daß er, trotz aller Verbesserungen, letzten Endes immer noch ausgebeutet wird, wie einst. Der Verringerung der Arbeitszeit steht häufig eine Entseelung der Arbeit, eine weit größere Anspannung der Nerven, eine Belastung mit Giften aller Art und manches andere gegenüber. Die Menschen sind keineswegs gesünder geworden, weder am Leib noch an ihrer Seele. Die »Lebenserwartungen« nahmen zwar nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst rasch zu, sind aber schon längst wieder im Sinken begriffen. Es treten neue, bisher unbekannte Krankheiten auf, und die häufigsten Todesursachen ändern sich laufend. War es gestern der Herzinfarkt, ist es heute der Krebs, was wird es morgen sein? Trotz allen »Fortschritts« weiß man offenbar noch immer nicht, wie sich der Mensch gesund erhalten kann, d.h., wie er Krankheiten vermeiden soll. Sie werden vielfach wie »von Gott gegeben« hingenommen. Genau so schlimm, wenn nicht noch schlimmer, sieht es bei den seelischen Erkrankungen aus. Den Menschen mangelt es an einem seelischen Halt. Die alten Werte wurden gestürzt. Es wurden keine neuen an ihre Stelle gesetzt. »Freiheit« allein genügt nicht. Der Mensch muß auch wissen, wozu diese Freiheit dienen soll und wo sie ihre Grenzen hat, sonst wird sie zur Zügellosigkeit, der schlimmsten Tyrannei! Und wo bleibt hier die grundgesetzliche Pflicht des Staates, Schaden von seinen Bürgern abzuwenden? Zwar wurde viel Geld und Denkarbeit aufgewendet, um auftretende Krankheiten möglichst frühzeitig erkennen und dann heilen zu können, aber für die Erforschung der letzten Ursachen aller Krankheiten und deren Beseitigung noch recht wenig. Damit, daß Grenzen festgesetzt werden, bis zu denen angeblich der Mensch Schadstoffbelastungen ertragen kann, beseitigt man nicht den Tatbestand laufender Vergiftung. Er wird im Gegenteil festgeschrieben, dabei weiß man doch noch gar nicht, was

der Mensch ertragen kann, ohne dauernden Schaden zu erleiden! Zudem ist kein Mensch sicher, ob diese Grenzen auch wirklich eingehalten werden.

Die Industrie jedoch erzielt aus der Erzeugung von Apparaten zur Feststellung von Krankheiten und für Operationen sowie aus dem ungeheuren Absatz von Medikamenten riesige Gewinne und einen entsprechenden Kapitallohn. Man ist versucht, wenn man von dem Gerede der Politiker ausgeht, den Grund für den genannten Forschungsmangel darin zu suchen, daß dann, falls sich die Menschen nach den gewonnenen Erkenntnissen richten würden, alle diese Gewinne entfallen und es viele »Arbeitslose« geben würde. Die Krankheit der Menschen ist eben notwendig, damit das Wirtschaftswachstum gesichert ist! Es wäre dies nicht der einzige Fall, in dem unsere Politiker derart »denken«. Das ungeheure »Restrisiko«, das bei weiterer Errichtung von Atomkraftwerken entsteht, sollen wir auch ertragen, nur damit ja das Wirtschaftswachstum nicht gefährdet ist. Der Wahlspruch dieser Leute lautet offenbar: »Die Wirtschaft muß leben, auch wenn wir sterben müssen!«

Will man aber mit dem Streben nach besserer Lebensqualität Ernst machen, so kann man doch nur beim Menschen, bei seinem Gesundheitszustand beginnen, ist es doch der Mensch, der wirtschaftet und für den gewirtschaftet wird. Auch wenn der Heilmittelindustrie Einbußen drohen, sollte man sich zunächst einmal alle Mühe geben, die allerletzten Ursachen für alle heutigen Krankheiten zu ergründen, und diese Ursachen bekämpfen bzw. beseitigen. Dabei würde sich allerdings ergeben, daß nicht nur die Heilmittelindustrie, sondern auch viele anderen Wirtschaftszweige Einbußen erleiden würden. Bei den allermeisten könnten aber wohl andere Erzeugungs- und Verwendungsmethoden an die Stelle der eingebüßten treten. Würde aber wirklich Ernst gemacht mit der »Verbesserung der Lebensqualität«, so würde dies zu einer ganz gewaltigen Umwälzung, nicht nur in der Wirtschaft, sondern im gesamten Leben der Menschen führen.

Einer solchen Umwälzung aber steht die Macht der Gewöhnung entgegen. Sie wird überdies noch dadurch erschwert, daß wir es mit zwei Wirtschaftsordnungen zu tun haben, deren Vertreter jeweils behaupten, die ihre sei die allerbeste und werde einzig und allein dem Menschen gerecht. Beide verdammen darum auch die jeweils andere in Grund und Boden. Wir werden darum die beiden zunächst noch etwas näher im Zusammenhang betrachten müssen.

Anmerkungen zu Teil III

¹ Nach Gustav Ruhland, *System der politischen Ökonomie*, Leipzig, 2. Aufl. 1933

² Lutherbibel, 1. Mos. 41–47. Kap.

- ³ a.a.O., Kap. 41, Vers 48
- ⁴ a.a.O., Kap. 41, Vers 49
- ⁵ a.a.O., Kap. 41, Vers 22
- ⁶ a.a.O., Kap. 47, Vers 21
- ⁷ a.a.O., Kap. 47, Vers 27
- ⁸ Vgl. Anmerkung 32 zu Teil II
- ⁹ *The Guardian* vom 26.4.1978, lt. *Politisches Lexikon von C.O.D.E.*, Vaduz, Nr. 2/8
- ¹⁰ Eustace Mullins, *The Federal Reserve Conspiracy*, Verl. Common Sense, Union, New Jersey (USA), 1954; deutsch: *Die Bankiersverschwörung*, Verlag für ganzheitliche Forschung in Zusammenarb. mit dem Verlag für biologische Sicherheit, 2251 Wobbenbüll, 1980
- ¹¹ Lutherbibel 5. Mos. 15,6
- ¹² Lutherbibel 1. Mos. 27, 28 u. 29
- ¹³ Lutherbibel, 2. Psalm, Vers 7 bis 9
- ¹⁴ Lutherbibel, 1. Mos. 27, 39 und 40
- ¹⁵ vgl. die Schrift des Verfassers: *Das Joch Jakobs*, Pähl, 1956
- ¹⁶ Generalmajor I.F.C. Fuller, *The first of the League Wars*, nach *Der Weg*, Heft 304, 1953
- ¹⁷ Oberstleutnant Creach Scott, *To morrow*, Nr. 6/1947, nach *Der Weg*, Heft 304, 1953
- ¹⁸ *Ludendorffs Volkswarte*, Folge 15/1933, vom 16.4.1933. Der Verfasser: »C. Jensen i.Fa. Jensen & Schnaar GmbH., Kiel«, Die Wochenzeitung wurde kurz darauf von Hitler verboten.
- ¹⁹ Siehe: Robert Jungk, *Der Atomstaat*, München 1977; Roland Böhlinger, *Artikel 9 II GG und die Errichtung eines Plutoniumstaats*, Wobbenbüll 1982 (2. bzw. 5. Auflage)
- ²⁰ Wie z.B. Hitler zur Macht verhoifen wurde, zeigte Mathilde Ludendorff öffentlich in dem gegen sie geführten Spruchkammerverfahren (s. *Stenografischer Bericht über das Spruchkammerverfahren gegen Frau Dr. Ludendorff, 1. Verhandlungstag*, Stuttgart 1950, S. 11f.) Hier wurde auf die beiden Schriftquellen hingewiesen: Sidney Warburg, *De Geldbronnen van het National-Sozialisme*, Amsterdam 1933 und Severin Reinhard (alias René Sonderegger), *Spanischer Sommer*, Afoltern a. A. (Schweiz), 1948. Später veröffentlichte hierüber auch einiges die Zeitschrift »*Neue Politik*« (Heft 2, 1979), Heinz Scholl in: *Von der Wallstreet gekauft*, Euskirchen, 1980 und andere Autoren.
- ²¹ Arthur Suhle, *Deutsche Münz- und Geldgeschichte von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert*, 1955, Seite 48/49
- ²² Heinrich Tross, *Münze, Zoll und Markt*, 1937, S. 32
- ²³ nach Suhle, a.a.O., S. 78, siehe auch: Dr. Ferdinand Friedensburg, *Münzkunde und Geldgeschichte der Einzelstaaten des Mittelalters und der neuen Zeit*, 1926, S. 29–32
- ²⁴ Suhle a.a.O., S. 112, 115 u. 116
- ²⁵ Hierzu sei auf die beiden Bücher des in Argentinien lebenden französischen Forschers Jaques de Mahieu hingewiesen: *Die Templer in Amerika oder das Silber der Kathedralen*, Tübingen 1979 und *Das Wikingerreich von Tiahuanacu*, Tübingen 1981. Aus dem letztgenannten Buch sei eine einschlägige Stelle angeführt (S. 143/144):
 »Es gibt gute Gründe, zu den Kreditnehmern der Templer auch die Bischöfe und Stadtverwaltungen zu rechnen, die – von den Zisterzienser-Mönchen ermuntert – seit 1140 beginnen, gotische Kirchen und Kathedralen zu errichten. Nur der Templer-Orden besitzt in der damaligen Zeit die dafür notwendigen Geldmittel. Sie sind gewaltig, wenn man bedenkt, daß in weniger als hundert Jahren mehr als achtzig riesige Kathedralen und etwa 70 kleinere Gotteshäuser gebaut werden. Woher kommt das Geld? Ganz gewiß nicht aus den Guthaben der Herren, die ihre Schätze der Obhut der Templer anvertrauen, und auch nicht von den Kaufleuten, die ihre Geschäfte lieber mit Wechseln als mit gemünztem Gold machen. Das Bargeld – und das waren Münzen, da das Papiergeld noch nicht erfunden war – war damals tatsächlich unglaublich knapp. Bis zu dem Tag, an dem der Templer-

Orden das ganze Abendland mit Silbermünzen zu überschwemmen begann. Wo kam das edle Metall auf einmal her? Die Münzen aus der Römerzeit waren schon längst abgenutzt. Mit den Kreuzzügen kommen einige Silbermünzen aus Palästina, wo sie mehr Wert als die aus Gold haben. Aber ihre Zahl ist verschwindend. In Europa ist nicht eine einzige Silbermine in Betrieb. Die deutschen sind noch nicht erschlossen, die russischen noch unbekannt. Trotzdem prägen die Komtureien des Ordens überall Münzen. Nicht aus Gold, sondern aus Silber. Es kommt aus Amerika. Das ist »das Geheimnis des Tempels.« Mit der Auflösung des Ordens im Jahre 1307 durch den Papst entfielen auch die Silberlieferungen aus Südamerika, und der Dombau wurde nach und nach eingestellt.

²⁶ Walter Eucken, *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, Tübingen 1954, S. 216

²⁷ Lutherbibel, 5. Mos. 23, 20 u. 21

²⁸ vgl. hierzu Anmerkung 25, Teil II

²⁹ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 14 (2)

³⁰ John Maynard Keynes, *Allgem. Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1935

³¹ *Bonner Rundschau* v. 4.1.78

³² *Elbe-Jeetzel Zeitung* v. 3.5.79

³³ *Informationsblatt für die deutsche Wirtschaft – Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Bonn v. 15.11.78

³⁴ Ruhland, a.a.O., Bd. 1, S. 67

³⁵ Knut Hamsun

³⁶ Rousseau 1753, *Über die Ungleichheit der Menschen*, nach *Neue Politik*, 8/78, S. 58

³⁷ *Neue Politik*, 1/79, S. 55

³⁸ Brief des Indianerhäuptlings Seattle an den Präsidenten der USA aus dem Jahre 1855, aus *Lebensschutznachrichten* des WSL, Landesverband Hamburg, v. 30.6.77

³⁹ Noch in *Das enträtselte Atlantis*, Stuttgart 1953, huldigte Spanuth der These der Schriftlosigkeit der Germanen. In seinem späteren Werk: *Die Atlanter*, Tübingen 1977, weiß er es besser.

⁴⁰ Lutherbibel, 1. Mos. 1,28

^{40a} Siehe ausführliche gutachterliche Stellungnahme des Arbeitskreises Energiepolitik des »Bund der Steuerzahler«: *Verschwendung von Energie und öffentlichen Mitteln als Folge der Verflechtung von Staat und Energiewirtschaft*, Braderup 1980

^{40b} Siehe vor allem Untersuchung von Ing. R. Wahl: *Energiebilanz eines Kernkraftwerkes*, Trier 1982

⁴¹ Auf der 215. Sitzung des Österreichischen Parlaments lt. Sitzungsbericht K 10040

⁴² Johann Gottfried Seume

⁴³ Günter Schmolders in einem Vortrag beim »6. Godesberger Gespräch« des Bundes deutscher Arbeitgeberverbände am 17.11.77

⁴⁴ Ruhland a.a.O., Bd. 1, S. 67

⁴⁵ Die Unterlagen für die Berechnung der »Kostenmiete« für eine Geschloßwohnung entstammen einem Aufsatz von St. Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, *Macht oder Geist*, Telos Sonderdruck, Berlin 1969, die für ein Geschäftshaus in einer Großstadt stammt aus eigener Erfahrung.

⁴⁶ Lutherbibel, Matth. 13,12 und 25,29; Mark. 4,25; Luk. 8,18 und 19,26

⁴⁷ Auch der Sozialwissenschaftler Gehlen hat sich demgemäß geäußert.

⁴⁸ Walther Rathenau, *Von kommenden Dingen*, Berlin, 1917, S. 284/5

⁴⁹ vgl. Anmerkung 25, Teil II

⁵⁰ *Der Trend* v. 13.4.78

⁵¹ Bernard M. Baruch in seinem *Wirtschaftstestament*

⁵² Siehe Ing. Richard Wahl: *Energiebilanz eines Kernkraftwerkes*, Trier 1982

DIE BEIDEN VORHERRSCHENDEN WIRTSCHAFTSORDNUNGEN

Es war einst die Not, die bei wachsender Bevölkerungszahl die Menschen zum Wirtschaften brachte. Die immer knapper werdenden Lebensmittel sollten vermehrt und möglichst gerecht auf alle im Verband Lebenden verteilt werden. Solange es wirklich darum geht und gehen wird, einer wachsenden Bevölkerung das Leben zu sichern, ist gegen ein entsprechendes Wirtschaftswachstum auch gar nichts einzuwenden. Aber heute kommt der Zuwachs gar nicht den wirklich Notleidenden zugute, sondern im wesentlichen denen, die bereits im Überfluß leben. Die aber, die nichts haben, werden getreu Lukas 19 von denen, die schon viel haben, dazuhin noch ausgebeutet. Zwei menschliche Eigenschaften sind hierfür ganz wesentlich verantwortlich: Der Eigennutz (Egoismus) und der Neid.

1. *Kapitalismus*

Diese Wirtschaftsordnung erhebt sogar den Eigennutz zu ihrer Grundlage, soll dieser doch über das angebliche »Gesetz von Angebot und Nachfrage«, das den Eigennutz anspricht, die Wirtschaft vollkommen gerecht regeln.

Diese rein materialistische Lehre hat über den Darwinismus Eingang in die Naturwissenschaften gefunden, ist es doch nach dieser Lehre der Konkurrenzkampf, der die Höherentwicklung der Lebewesen vom Einzeller zum Menschen bewirkt haben soll. Die jeweils lebensstüchtigere Art setzt sich durch und pflanzt sich fort. Demnach müßte auch jede durch Mutation entstandene neue Art, die sich fortpflanzt, die lebensstüchtigere sein.

Dies stimmt jedoch keineswegs, was u.a. die Folgen der großen Atom-Katastrophe im Ural 1957/58 zeigen.¹ Dort gingen in unmittelbarer Nähe der Katastrophe alle höher entwickelten Lebewesen zugrunde, nur die allereinfachsten Einzeller, die Grünalgen, überlebten und überziehen heute die aus der verseuchten Erde angehäuften Hügel.

Auch das »Gesetz von Angebot und Nachfrage« enthüllt sich immer mehr als Irrtum, wie wir bereits gesehen haben.

Der Kapitalismus setzt sowohl die Geld- wie die Zinswirtschaft voraus. Darum finden wir in den Ländern, die sich noch nicht über die Naturalwirtschaft hinaus »entwickelt« haben, keinen Kapitalismus. Der »Kapitallohn« Zins ist es, wie wir gesehen haben, hauptsächlich gewesen, der die heute aufs Höchste gesteigerte industrielle Produktion erzwungen hat,

die mit geringster menschlicher Arbeit auskommt und zur Wegwerfwirtschaft führte. Im Kapitalismus muß das Kapital ständig wachsen und mit ihm der Kapitallohn, der, soweit anders nicht verwendbar, neue, noch »ergiebigere Produktionsmethoden« erzwingt.

Mit seiner materialistischen Denkweise hat uns aber der Kapitalismus eine ungeheure Bedrohung des Lebens gebracht. Ohne Rücksicht auf die Folgen wurden und werden Abfallstoffe der Industrie in die Luft geblasen oder Gewässern zugeführt bzw. irgendwo gelagert. Die chemische Industrie hat sich neben der Atomindustrie zur lebensbedrohendsten Industrie entwickelt. Immer mehr Stoffe werden von ihr erzeugt, die die Natur nicht verarbeiten kann. Darunter sind auch äußerst starke Gifte, so daß wir die Natur und damit uns selbst laufend vergiften. Nicht nur das, unsere Industrie zerstört auch immer mehr die Grundlagen, auf der sie ihre Produktion aufbaut. Selbst die fruchtbare Erde, die ganz allein dem Menschen die zum Leben unabdingbar nötigen Nahrungsmittel liefern kann, wird mehr und mehr zerstört und vergiftet!

Der Mensch lebt nicht mehr nur vom Ertrag des Bodens auf Grund seiner Arbeit. Er greift immer mehr das natürliche »Kapital« an, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß es in den Kreislauf zurückgeführt wird. Der Mensch baut nicht auf, sondern zerstört, zuletzt sich selbst.

Eine weitere Folge des Kapitalismus' ist die Ansammlung großer Vermögen in immer weniger Händen. Diese Vermögenden beeinflussen die Gesetzgebung und letzten Endes auch die Politik, war doch der Kapitalismus sogar der Vater des Marxismus. Den Vermögenden werden viele Möglichkeiten geboten, ihre Vermögen und damit ihren Einfluß zu vergrößern. Am verhängnisvollsten war und ist es, daß er den Vermögenden ermöglicht, Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben. So schreibt Werner Sombart:

»Jedenfalls wird das moderne Wirtschaftsrecht gekennzeichnet durch eine weitgehende Rücksichtnahme auf die kapitalistischen Interessen.«² (Hervorh. im Original)

Ich meine sogar, dieses Recht ist durch und durch kapitalistisch gestaltet und widerspricht sogar dem Artikel 14 II unseres Grundgesetzes, wonach »Eigentum verpflichtet« und nicht etwa besondere Rechte besitzt. Nach diesem Wirtschaftsrecht hat doch jeder Arbeitende nicht nur für den Lebensunterhalt der Seinen zu sorgen, sondern Mehrarbeit zu leisten, nicht etwa zur Vermehrung seines eigenen Vermögens, sondern zuallererst zur Ermöglichung des Kapitallohns, der zur Vergrößerung der Vermögen der bereits Vermögenden führt.

Die Gesetze im Kapitalismus sind so gestaltet, daß sich die Vermögenden auf durchaus legalem Wege die Früchte der Arbeit anderer aneignen können, was ansonsten als Diebstahl oder gar Raub streng bestraft wird.

Auch trägt heutzutage die öffentliche Hand weitgehend das Risiko großer Wirtschaftsbetriebe, während die Gewinne den Wirtschaftenden zufließen. Ein gegenwärtiges Beispiel: Es wird erwogen, der bankerott gewordenen amerikanischen Autofirma Crysler mit einer Staatsbürgschaft für einen Kredit über zwei Milliarden Dollar wieder auf die Beine zu verhelphen! Kleine Unternehmen dagegen gehen jährlich zu Hunderten pleite. Marie von Ebner-Eschenbach hat schon recht, wenn sie sagt:

»Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht.«

Aber die Vorteile der Vermögenden sind mit dem Kapitallohn und dem Einfluß auf die Gesetzgebung noch keineswegs erschöpft. Unsere Gesetzgebung hat ihnen noch ein weiteres Mittel an die Hand gegeben, ihr Vermögen auf Kosten anderer zu vergrößern. Das ergiebigste ist die Spekulation. Die bekannteste und auch von Nichtgeldleuten geübte ist die Bodenspekulation. Wir haben über sie bereits genügend ausgeführt. Sie ist nur möglich, wo uneingeschränkte Eigentumsrechte am Boden bestehen.

Uralte ist die Devisenspekulation, die hauptsächlich von den Geldwechslern geübt wird. Am erfolgreichsten können sich ihrer diejenigen bedienen, die über sehr große Vermögen verfügen und selbst Haussen (hohe Kursstände) und Baissen (niedere) hervorrufen können, die letzten Endes zu weltweiten politischen Veränderungen führen. Das bisher bedeutendste Beispiel für diese Art war der »schwarze Freitag« 1929, dem bis dahin größten Börsenkrach, der letztlich bei uns zu nahezu 7 Millionen Arbeitslosen, zur Machtergreifung Hitlers und dadurch letztlich auch zum 2. Weltkrieg mit allen seinen Folgen geführt hat. Eine weitere Spekulationsmöglichkeit bieten Wertpapiere aller Art. Sie wird stark erleichtert, wenn diese Werte »mobil« sind, wenn man sie leicht von Ort zu Ort bringen kann. Es ist den Vermögenden gelungen, so ziemlich alle Vermögenswerte zu »mobilisieren«. Hierzu dienen Schuldverschreibungen (Obligationen), Hypothekenpfandbriefe (Anteile an Darlehen auf Grund von Verschuldung von Grund und Boden) und Aktien (Anteile an Wirtschaftsunternehmen). Diese »Werte« sind »börsengängig«, d.h. ihr Besitz kann auf den Börsen von Hand zu Hand wandern, ohne daß die Werte selbst ihren Standort wechseln. Dabei verdienen stets diejenigen, die mit diesen Werten handeln, während die Käufer bzw. Verkäufer, aber auch die Besitzer solcher Werte, ohne daß sie verhandelt werden, viel oder wenig gewinnen oder verlieren. Da die Börse aber sehr empfindlich auf Gerüchte reagiert, die oft absichtlich in die Welt gesetzt werden, wird die Wirtschaft ständig in Unruhe gehalten und krisenanfällig.

Die Börsen sind die Stellen, an denen das »Gesetz von Angebot und Nachfrage« eindeutig am sichersten sich bewährt.

Die ersten Anfänge des Kapitalismus' liegen weit zurück. Adam Smith hat ihm damit, daß er behauptete, das »Gesetz von Angebot und Nachfra-

ge« würde die Wirtschaft bestens und gerecht regeln, nur sozusagen den »wissenschaftlichen Segen« gespendet und ihm damit zu »rechtlichen« Grundlagen verhelfen, die unsere Wirtschaft derzeit bestimmen. Wie aber kam es zu dieser Wirtschaftsordnung?

Nach Gustav Ruhland, der seine Forschungen im Auftrag Bismarcks durchführte, ist der Kapitalismus eine Krankheitserscheinung der Wirtschaft und hat sich nicht, wie vielfach angenommen wird, erst mit der Industrialisierung entwickelt. Er schreibt hierzu:

»Der grundlegende Begriff der volkswirtschaftlichen Pathologie ist der »Kapitalismus«. Die reine Naturalwirtschaft kennt auch in den arbeitsteiligen Lebensstaaten den Kapitalismus nicht. Die Ausbreitung des Kapitalismus hat die Einführung des Geldes und die Ausbreitung der Geldwirtschaft zur Voraussetzung. Das Geld ist der einzige und ungemein günstige Nährboden für die Ausbreitung des Kapitalismus. Es lassen sich deshalb drei Entwicklungsstufen für den Übergang der physiologischen zur pathologischen Entwicklung unterscheiden, nämlich: Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft, Kapitalistenwirtschaft.

Das Recht der Naturalwirtschaft im allgemeinen und das Recht an Grund und Boden im Besonderen ist überall organisch mit dem betr. Volke aufgewachsen. Das kapitalistische Recht im Allgemeinen, das Handels- und Kreditrecht im Besonderen ist im Rahmen unserer geschichtlichen Kenntnisse nirgends mit einem Volke »geworden«. Dieses Recht wurde allen Völkern immer von einem sogenannten »höher entwickelten«, in Wahrheit kapitalistisch durch und durch erkrankten Volk übertragen.«³

Die Geldwirtschaft kam, wie wir wissen, aus dem Orient zu uns. Mit ihr kam aber ganz offensichtlich, zumindest mit der Zeit, auch das kapitalistische Wirtschaftsrecht, war doch der Kapitalismus zur Zeit der Entstehung des Christentums im Orient keineswegs unbekannt.

Ein Zusammenhang zwischen Christentum und Kapitalismus wird zwar von den Christen bestritten, selbst von Namenschristen, die nach Prof. Thielicke, Hamburg, in der evangelischen Kirche etwa 95 v.H. ausmachen und nur »vergessen haben, aus der Kirche auszutreten«. Man glaubt sogar, die christliche Lehre sei gegen den Kapitalismus gerichtet. Doch auch hier beginnt sich die Wahrheit durchzusetzen. Soweit mir bekannt, war der erste, der einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Christentum feststellte, der Sozialist und katholische Theologe Hohoff. Er schrieb zwar 1873 an Bebel:

»Nicht Sozialismus und Christentum stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser, sondern Kapitalismus und Christentum.«⁴

In seinem Hauptwerk⁵ stellt er jedoch eine Übereinstimmung fest, allerdings nur mit der für ihn ketzerischen Theologie des Calvinismus. Hier aber irrt Hohoff, der Calvinismus ist keine Ausnahme. Ein Zusammen-

hang zwischen Kapitalismus und Christentum ist ohne weiteres aus den Evangelien erkennbar, gründen dort doch viele Gleichnisse auf kapitalistischem Denken. Wie hätte es sonst in den Evangelien heißen können:

»Herr, ich wußte, daß du ein harter Mann bist, du schneidest, wo du nicht gesäet hast, und sammelst, da du nicht gestreut hast.«⁶

Oder:

»Warum hast du denn mein Geld nicht in die Wechselbank gegeben? Und wenn ich gekommen wäre, hätte ich's mit Zinsen gefordert!«⁷

In beiden Fällen aber folgt das durch und durch kapitalistische Wort:

»Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben, wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden.«⁸

Beide Male hat also Jesus solch echt kapitalistisches Handeln gefordert, d.h. sich auf Kosten anderer zu bereichern. Nirgends hat er solches Tun verurteilt. Er hat zwar die Tische der Wechsler im Tempel umgestoßen und die Händler aus ihm verjagt, was sehr gerne als Beweis für seine anti-kapitalistische Einstellung angeführt wird. Er hat sie auch gescholten, daß sie ihr Gewerbe im Tempel ausüben, nicht aber dieses selbst. Der Begründung, die Jesus seiner Handlungsweise gab: *»Der Tempel sei ein Bethaus«*, ist zuzustimmen. Es ist wirklich unschön, wenn Gotteshäuser zu Basaren werden. Er hat aber keine Einwendungen gegen ungerechtfertigte Bereicherung erhoben, im Gegenteil, er hat sie sogar empfohlen, lesen wir doch auch am Schluß des Gleichnisses vom ungerechten Haushalter:

»Machet euch Freunde mit dem ungerechten Mammon, auf daß, wenn ihr nun darbet, sie euch aufnehmen in die ewigen Hütten.«⁹

Zinsnehmen war und ist noch immer in allen Naturvölkern unbekannt. Es war bei uns auch noch im Mittelalter verboten, aber den Juden erlaubt, weil es ihnen Jahweh gestattet habe, was auch durchaus der Thora zu entnehmen ist. Da nun Jesus gemäß der Bergpredigt *»nicht gekommen (ist) das Gesetz aufzulösen, sondern zu erfüllen«*,¹⁰ und er zudem meint: *»Es ist aber leichter, daß Himmel und Erde vergehen, denn daß ein Tüttel am Gesetz falle«*¹¹, ist es völlig ausgeschlossen, daß sich Jesus gegen dieses Mosaische »Gesetz« je gewandt hätte. Es war also nach christlicher Lehre durchaus folgerichtig, daß dieses Zinsverbot fallen gelassen wurde.

Seitens der Christen wird, um ihren Glauben vor so manchen Anschuldigungen zu rechtfertigen, heute auch gerne gesagt: Die Bibel enthalte vielfach Fälschungen oder man müsse sie anders auslegen.

Bei allen Büchern entscheidet der Leser, was er aus dem Buch herausliest. Nur bei einem einzigen Buch, der Bibel, das zudem »Das Wort Gottes« genannt wird, soll der Leser nicht selbst entscheiden dürfen. Hier soll er sich an »Auslegungen« halten, die die Priester erarbeiten und die im Verlauf der Jahrhunderte, hauptsächlich auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sich fortwährend geändert haben. Überdies weichen

nicht nur die Auslegungen der verschiedenen Konfessionen und Sekten voneinander ab, sondern auch innerhalb derselben tobt der Streit um die »richtige« Auslegung. Dabei kommen die Forscher in steigender Zahl zu der Überzeugung, daß die Bibel Fälschungen enthalte und daß der Jesus, wie er in diesem Buch geschildert wird, nie gelebt haben könne. Zu diesen Forschern gehörte auch Albert Schweitzer. In allerneuester Zeit wird sogar der Verdacht geäußert, die Bibel sei zum Zwecke der Errichtung einer Priesterherrschaft geschaffen worden!

Sei es wie es sei! Wir kümmern uns nicht um diesen Streit, sondern lesen auch die Bibel wie jedes andere Buch und ziehen aus den in ihr stehenden Worten unsere eigenen Schlüsse, wobei wir feststellen, daß die christlichen Völker sich getreu dem Mosaischen Gesetz verhalten und auch getreu den kapitalistischen Lehren des Jesus von Nazareth.

Wir können also wahrheitsgemäß sagen: Über das Christentum kam der Kapitalismus wie die Geldwirtschaft aus dem Orient zu uns.

Auch aus dem Verlauf unserer Geschichte ist dies unschwer festzustellen. Wir haben gesehen, daß die Geldwirtschaft z.Zt. der Kreuzzüge endlich festen Fuß fassen konnte. Etwa zu derselben Zeit begannen die Lehensfürsten, das ihnen zu Lehen gegebene Land als ihr Eigentum zu betrachten, und die Kirche hatte dagegen nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie wurde hierdurch selbst, einschließlich der Klöster, der größte Landbesitzer und damit der größte Nutznießer dieser »Entwicklung«. Ihr floß nunmehr die mit der steigenden Bevölkerungszahl und Produktivität ebenfalls steigende Bodenrente zu, und es war nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Nichtjuden Zins fordern durften. Von da an aber war der Entwicklung des Kapitalismus bis zu seiner derzeitigen Blüte keine Grenze mehr gesetzt.

Wenn wir also die heutigen gesellschaftspolitischen Probleme lösen wollen, die so stark von der Wirtschaftsordnung bestimmt werden, d.h. vom Kapitalismus, so ist das Christentum hierzu völlig ungeeignet. Zu dieser Auffassung kommt auch Harry Hoefnagels, Jesuit und Prof. für »normative Gesellschaftslehre« an der Universität Nijmegen und für »Soziologie« an der Universität Antwerpen. Er meinte:

*»Wenn Sie . . . mich auf die Religion ansprechen (gemeint war die christliche), dann ist meine Antwort zunächst einmal, daß sie uns nicht den Weg zeigt, um die heutigen Probleme zu bewältigen«.*¹²

Ist das nicht das größte Armutszeugnis, das einer Religion ausgestellt werden kann? Wonach sollen sich denn die Menschen in ihren Handlungen richten, wenn nicht nach der Religion? Diese soll ihnen doch Halt in allen Lebenslagen geben!

Auf derselben Tagung, auf der Hoefnagels sprach, kamen noch andere Teilnehmer zu Wort. Da hören wir u.a.:

»Jane Houston hat einmal . . . darauf hingewiesen, daß das Wachstumskonzept, das wir im Westen in den letzten 25 Jahren entwickelt haben, zutiefst in der jüdisch-christlichen Tradition verankert ist.«¹³

Aus dieser Tradition heraus sind wir aber in die heutige Sackgasse geraten, aus der offenbar nicht so leicht herauszufinden ist, denn:

»Es ist natürlich schon eine wunderliche Sache, daß man hier ein Kolloquium veranstaltet über Wirtschaftswachstum und Lebenssinn, in dem zwar die Wirtschaft, aber nicht die Religion vorkommt. Das irritiert mich . . . Nun könnte man zugespitzt sagen, darin zeige sich eben der totale Materialismus unserer Gesellschaft, daß die Wirtschaft unsere Religion ist. Und wenn wir von Lebenssinn reden, meinen wir, damit habe als Bedingung der Möglichkeit vor allem anderen Wirtschaftswachstum zu tun.«¹⁴

Und so drehen wir uns im Kreise herum: Die Voraussetzung zur Erfüllung des Lebenssinns soll Wirtschaftswachstum sein, dieses führt jedoch in den Untergang. Wir sehen aber, auch hier wird nach einer sinnvolleren Gestaltung der Wirtschaft gesucht, bisher allerdings vergeblich. Der uns bereits bekannte Jesuit Hoefnagels meinte noch:

»Unsere Zivilisation beruht auf einer bestimmten Haltung der Natur gegenüber, die, wie Herr Dr. v. Weizsäcker einmal gesagt hat, von einer heimlichen Feindseligkeit geprägt ist. Wir meinen, mit der Natur könne man machen, was man wolle.«¹⁵

Er hat offensichtlich vergessen, welchen Auftrag Jahweh, sein Gott, dem Menschen gab, als er ihn angeblich erschaffen hatte:

»Und Jahweh segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über Fische im Meer und über Vögel unter dem Himmel und über alles Tier, das auf Erden krecht.«¹⁶

Und weiter meint Hoefnagels:

»Was unsere Zivilisation auch zerstört hat, ist das zwischenmenschliche Geschehen – Jugendliche versuchen heute in Kommunen Gemeinschaftlichkeit wiederherzustellen.«

Damit ist aber doch endlich in Erfüllung gegangen, wozu Jesus, wie er selbst sagt, in die Welt gekommen ist:

»Denn ich bin gekommen, den Menschen zu erregen wider seinen Vater und die Tochter wider ihre Mutter und die Schwiegertochter wider ihre Schwiegermutter. Und des Menschen Feinde werden seine eigenen Hausgenossen sein.«¹⁷

Es ist wohl klar geworden, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern unser gesamtes Gesellschaftsleben im Wesentlichen christlich bestimmt ist. Des weiteren ist aber auch klar geworden: Mit Hilfe des Christentums kann auch nichts Besseres mehr gestaltet werden, auch nicht mit einem »geläuterten«. Andererseits ist sicher: Eine Gesellschaft unter der Herrschaft des

Kapitalismus zerstört sich letztlich selbst und uns alle mit. In führenden Kreisen aber herrschen Unklarheit und Ausweglosigkeit. Hierzu noch ein Beispiel:

»Auf der anderen Seite bin ich stets der Meinung gewesen, daß die Politik nichts mit dem Lebenssinn zu tun hat. Gewiß spielt der Lebenssinn heute auch in der politischen Diskussion eine große Rolle. Dennoch kann ich mir kein Gemeinwesen vorstellen, das Lebenssinn zu seinem Ziel erklärt und gleichzeitig frei ist.«¹⁸

Wir sehen: Leicht ist die Aufgabe nicht, die wir uns gestellt haben, wenn schon alle diese erlauchten Geister keinen Ausweg finden. Ist er vielleicht von der anderen vorherrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erwarten? Eines ist bei dieser sicher: keine Freiheit; aber was sonst?

2. *Marxismus*

Die marxistische Wirtschaftsordnung gründet auf der Weltanschauung des »Dialektischen Materialismus«. Dieser behauptet, er sei »*die einzige geschlossene wissenschaftliche, d.h. vernunftbegründete Philosophie*«.

Dialektik nannte man in der Antike die Kunst scharfsinniger Gesprächsführung, bei der aus Rede und Gegenrede, aus These und Antithese, das »Richtige«, die Synthese, ermittelt wurde. Die dialektische Methode galt ursprünglich nur für das Denken, war also etwas rein Geistig-Seelisches. Hegel war es, der behauptete, sie gälte auch für das »wirkliche Sein«. Auch dieses laufe in der Art der Dialektik ab. Die Dialektik sei also das Gesetz der Sache selbst. In seiner Philosophie der Geschichte verfährt er dementsprechend.

Mit dieser Art Betrachtungsweise kam er dem Materialismus sehr entgegen, der das Denken als das Produkt besonders organisierter Materie auffaßt. Für Karl Marx war »Seele« eine Erfindung der Kapitalisten.

Der Dialektische Materialismus (Diamat) stellt die Entwicklung des Menschen aus seinen Uranfängen wie folgt dar:

1. In der *Urgesellschaft* gab es kein Eigentum an Produktionsmitteln, keinen Staat, keinen Zwang, keine Wissenschaft, keine Religion, aber primitive Kunst.
2. *Sklavenhalterordnung*: In ihr wurde Ackerbau und Viehzucht betrieben, die Produktionsmittel, zu denen auch die Sklaven gehörten, waren Eigentum der Ausbeuterklasse. Neben dieser bestand die Klasse der Ausgebeuteten. Sie hat die griechisch-römische Philosophie hervorgebracht.
3. *Feudalordnung*: Der Ackerbau ist verfeinert, z.B. durch Düngung und verbesserte Technik. Das selbständige Handwerk tritt auf, Eigentum

an Produktionsmitteln besteht nur teilweise. Es gibt im selbständigen Handwerk keine Leibeigenschaft. Es ist die Zeit des mittelalterlichen Feudalismus und der Kunstrichtung der Gotik. Es gilt die scholastische Philosophie und die Moral des Christentums.

4. *Kapitalismus*: Er herrscht im Zeitalter der industriellen Produktion. Keine Sklaven bzw. Leibeigene aber Eigentum an allen übrigen Produktionsmitteln. Staatsform ist die bürgerliche Republik. Philosophie und Kunst sind die z.Zt. »modernen«. Die Moral ist die des christlichen Protestantismus.
5. *Sozialistische Ordnung*: Mechanisierte Großindustrie, kein Eigentum an Produktionsmitteln oder gar Leibeigenschaft. Es herrscht die »Diktatur des Proletariats« im sozialistischen Staat. Dieser aber stirbt ab, wie auch alle Zwangsverhältnisse. Es herrscht ein sozialistischer Realismus in Kunst und Wissenschaft, sowie die kommunistische Moral, nach der jeder das leistet, was seinen Fähigkeiten entspricht, und dafür bekommt, wessen er bedarf. Religion gibt es nicht.

Jede der drei Formen 2–4 wird von Klassen getragen, nicht jedoch die Form 1 und die Form 5 im Endzustand. In den Formen 2–4 bestehen jeweils nur zwei Klassen, die Klasse der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten. Die Ursache für diese Klassenaufspaltung wird im »Eigentum an Produktionsmitteln« gesehen. Die jeweils herrschenden Produktionsverhältnisse, d.h. die herrschenden Produktionsmethoden bestimmen die Gesellschaftsordnung. Das politische und geistige Leben der Gesellschaft wird also als abhängig vom wirtschaftlichen Leben erklärt. Dies entspricht, zumindest was die Politik betrifft, voll und ganz der Auffassung des bedeutenden kapitalistischen Beraters aller Präsidenten der USA von Wilson bis Eisenhower, Bernard Manasse Baruch.

»Die Politik war nie entscheidend, sie war immer nur Faktor, Ergebnis der Wirtschaftsmächte.«¹⁹

Nach dem Diamat spielt die Einzelpersönlichkeit keine Rolle, die Gesellschaft ist das Wesentlichste. Wer denkt da nicht an die nationalsozialistische Parole: *»Du bist nichts, dein Volk ist alles!«*?

Die Menschen haben nur für die Durchsetzung der Weltrevolution, die zum Kommunismus führt, zu arbeiten und zu kämpfen. Hierfür ist alles zu opfern, auch die Freiheit. Diese bringt der kommunistische Zukunftsstaat wieder. Die Moral wird ausschließlich davon bestimmt, was für die Vollendung der Weltrevolution nützlich ist. Es gilt also auch hier die jesuitische Moral: *»Ist der Zweck heilig, ist auch jedes ihm dienende Mittel heilig.«* Normerfüllung und Kampf für den Zukunftsstaat ist der Sinn des Lebens. Die Weltrevolution beschert in ferner Zukunft paradiesische Verhältnisse auf Erden! Wer denkt da nicht an den christlichen Himmel nach dem Tode!

Wie die Entwicklung in der kapitalistischen Welt ablaufen wird, wird folgendermaßen geschildert:

»Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch die Ausbeutung des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegendsten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden.

An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen.

An der Stelle der alten, lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.

Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes, der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanelinie.«²⁰

Diese Sätze wurden vor über 130 Jahren geschrieben, und es verlief in den kapitalistischen Ländern auch alles so, wie hier vorhergesagt. Marx glaubte nun, all dies Unheil komme daher, daß die Produktionsmittel Eigentum einzelner seien. Diese seien dadurch in die Lage versetzt, alle diejenigen, die nicht darüber verfügten, auszubeuten. Das ist natürlich keineswegs vollkommener Unsinn, wie manche Antimarxisten uns glauben machen wollen.

Früher, im vorindustriellen Zeitalter, war es einem jungen Menschen verhältnismäßig leicht, sich selbständig zu machen. Das bißchen Werkzeug, das er zur Ausübung eines Handwerks brauchte, oder die notwendige Ausstattung eines kleinen Ladens konnte er sich schon nach kurzer Zeit, wenn er etwas sparsam lebte, beschaffen. Selbständiger Bauer zu werden, war aber auch damals schon recht schwer, war und ist doch der

bäuerliche Arbeitsplatz der teuerste. Ein Industriearbeitsplatz kann allerdings für sich alleine nicht bestehen. Die Industrie erfordert stets eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu gemeinsamer Arbeit. Jede industrielle Produktionsmethode erreicht ihre höchste Ergiebigkeit bei einer ganz bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen, die stets nur ihr eigen ist, aber auch nur bei einem ganz bestimmten Ausstoß von Waren. Je mechanisierter oder gar automatisierter ein Betrieb ist, desto höher dieser Ausstoß, desto geringer die Zahl der Arbeitsplätze. Dafür werden die Kosten für den Arbeitsplatz umso höher. Die hohen Investitionen, die ein Industriebetrieb heutzutage erfordert, kann ein einzelner aus sich heraus niemals aufbringen. Im Kapitalismus entstanden deshalb die Kapitalgesellschaften, in denen den Teilhabern zwar die Produktionsmittel gehören, sie selbst aber nicht mitarbeiten. Sie geben nur Geld und erwarten dafür einen hohen Ertrag.

Wenn es auch im Jahre 1848 bei uns die Aktiengesellschaften noch nicht gab, so gab es doch die »Stillen Teilhaber«, die nur mit ihrer Kapitaleinlage hafteten. Marx sah s.Zt. nur, wie infolge der Industrialisierung der »Profit« der Unternehmer, die zum Aufbau von Industrie Geld genug hatten, plötzlich in die Höhe schnellte. Das aber war bei dieser Umwälzung, die sich in kurzer Zeit vollzog, gar nicht zu vermeiden in der Wirtschaftsordnung, die damals eben schon kapitalistisch war. Es war aber im Grunde nicht der Profit der Unternehmer, sondern die Bodenrente, die so rasch anschwell. Auf ein und derselben Bodenfläche konnte plötzlich ein Vielfaches von dem Seitherigen erzeugt werden. Auf derselben Fläche, auf der 10 Spinnerinnen an je einer Spindel arbeiteten, konnte nunmehr etwa das Hundertfache an Spindeln untergebracht werden. Eine Spinnerin kann heute sogar noch viel mehr Spindeln überwachen. Die Bodenrente erhöhte sich entsprechend. Sie aber floß den Unternehmern zu, und auch die Stillen Teilhaber, später die Aktionäre, erhielten ihren Anteil. Es ist die heute so hoch geschätzte, aber auch viel geschmähte »Dividende«.

Marx glaubte nun, es genüge, die Produktionsmittel zu »vergesellschaften«, um damit diese hohen Profite der Gesellschaft zuzuführen. Er vergaß, daß nur der, der »wagt, gewinnt«. Eine erfolgreiche Vergesellschaftung würde vor allem erfordern, daß alle wagemutig und derselben Ansicht darüber sind, wie weit das Wagnis gehen kann. Da dies aber nie möglich sein wird, führt jede Vergesellschaftung zur Verbürokratisierung, die allem Wagnis abhold ist. Eine solche Wirtschaft kann nie erbringen, was eine »freie«, d.h. von Unternehmern geleitete, erbringen kann.

Der Mensch will aus seiner Tätigkeit Nutzen ziehen. Er betrachtet das von ihm Geschaffene als sein Eigentum, und ich glaube, Marx hat sich sehr geirrt, als er behauptete, es hätte in der Urgemeinschaft kein Eigentum an Produktionsmitteln gegeben. Schon Tiere verteidigen ihr Jagdrevier ge-

gen Gleichartige, betrachten dieses also als ihr Eigentum. Sobald der Urmensch sich ein »Produktionsmittel« geschaffen hatte, wird er dieses als sein Eigentum betrachtet haben.

Es wird fast allgemein behauptet, die schon aus frühesten Zeiten bekannten Grabbeilagen seien Gaben für die Reise ins Totenreich gewesen. Das ist bei Speisen durchaus wahrscheinlich, nicht aber bei Gegenständen, die dem Toten schon zu Lebzeiten gehörten, voran diejenigen, die er sich selbst gemacht hatte. Es kann genau so gut sein, daß sich niemand für berechtigt hielt, sich diese Gegenstände anzueignen, und man sie dem Toten deshalb als sein Eigentum ins Grab legte. Der Glaube an ein Weiterleben nach dem Tode ist zwar sehr alt, aber sicher nicht so alt, wie das Fertigen und Aneignen von Gegenständen, und sei es nur ein Faustkeil.

Andererseits war und ist Kommunismus in den kleinen Horden der Sammler und Jäger insoweit üblich, als es sich um das zur Ernährung gemeinsam Gesammelte oder Erjagte handelt. Aber schon bei der Verteilung werden z.T. Rangordnungen beachtet. Welch eine Hierarchie müßte für eine kommunistische Weltordnung aufgebaut werden! Man sehe sich die Hierarchien des Ostens doch einmal an. Was bliebe da an Freiheit für die »kleinen Leute« noch übrig, nach der der Mensch aus seiner Natur heraus strebt!

Wenn sich Karl Marx meines Erachtens auch im Heilmittel für die kranke kapitalistische Gesellschaft geirrt hat, so hat er doch die erst heute für alle offensichtliche »ökologische Krise« klar vorhergesehen. Er schreibt:

»Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sich in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungs-mitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen.«²¹

Und weiter:

»Jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land . . . von der großen Indu-

strie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter.»

Man kann wirklich nicht behaupten, daß sich Marx hier auch nur im Geringsten geirrt habe. Unterscheidet sich die Wirtschaftsweise im Osten also grundsätzlich von der des Westens?

3. Sind Marxismus und Kapitalismus Gegensätze?

Welche Veränderungen hat die marxistische »Weltrevolution« bisher zuwege gebracht? Wird der Boden in den Monokulturen des Ostens weniger ausgebeutet als in den westlichen Ländern? Wachsen nicht auch in der Sowjetunion die Städte ins Unermeßliche auf Kosten des flachen Landes? Werden dort die verbrauchten Stoffe besser in den Naturkreislauf zurückgeführt? Wird die Umwelt weniger mit chemischen oder nuklearen Giften verseucht? Die Produktionsverhältnisse unterscheiden sich doch in den beiden Gesellschaftsordnungen kaum noch, obwohl die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel im Osten den marxistischen Vorstellungen entspricht, im Westen aber kapitalistisch geblieben ist und obwohl die westliche Wirtschaftsweise tatsächlich auf dem Eigennutz beruht, während sie sich doch im Osten angeblich ausschließlich nach dem gemeinen Nutzen ausrichtet! Sollte nicht auch im Nationalsozialismus »Gemeinnutz vor Eigennutz« gehen?

Die Ähnlichkeiten des Geschehens in beiden Ordnungen erkennen selbst eingefleischte Marxisten. Darum erklärte auch das ordentliche Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Professor an der Prager und Moskauer Universität und Doktor der philosophischen Wissenschaften, Ernest Kolmann, seinen Austritt aus der KPdSU, der er 54 Jahre angehört hatte. In seinem Austrittsschreiben an Breschnew vom 22.9.1976 heißt es u.a.:

»Und von was für einem Sozialismus kann in der Sowjetunion überhaupt die Rede sein, wenn anstelle der früheren Ausbeuterklasse der Kapitalisten und Großgrundbesitzer privilegierte Kasten der Partei- und Sowjetbürokraten entstanden sind, die im Wohlstand schwelgen, vom Volk isoliert sind, über dem Volk stehen und es verachten und nicht fähig sind und nicht wünschen, seine Bedürfnisse und Leiden zu verstehen? Von welchem Sozialismus kann die Rede sein, wenn Sie die stalinistische totalitäre Diktatur innerhalb und seine Großmachtpolitik außerhalb des Landes fortsetzen?«²²

Hier täuscht sich Kolmann. Großmachtpolitik und Weltherrschaftsanspruch liegen im Wesen des Marxismus. Nach der marxistischen Ideologie kann sich der Kommunismus nur durchsetzen, wenn der Sozialismus in aller Welt herrscht.

Die Kapitalisten andererseits verwenden ihre Gewinne dazu, ihre wirtschaftliche und damit ihre politische Macht auszuweiten. Sie erstreben letztlich genauso die Weltherrschaft. Ist diese erreicht, wird sich allerdings das Maß der Ausbeutung verringern müssen. Man kann der Melkuh nicht auch noch das Futter vorenthalten. Genau so lange müssen aber auch die Sozialisten die Menschen zwecks Erreichung ihres Zieles ausbeuten. Erst im vollendeten Kommunismus wird es anders sein, prophezeit Karl Marx. Dann herrscht das Paradies auf Erden! Das den Ausgebeuteten vorgegaukelte herrliche Ziel, das Paradies, verlegen beide Weltanschauungen in die Zukunft und überlassen der Zukunft letztlich auch die Verwirklichung. Ihre Spitzenvertreter können niemals zur Verantwortung gezogen werden, wenn ihr Versprechen nicht verwirklicht wird.

Wie bei so mancher Revolution kamen auch hier die Völker entgegen allen Versprechungen vom Regen unter die Traufe. Die Versorgung der Bevölkerung ist im Osten weit schlechter als im Kapitalismus. Das ist auch kein Wunder, ist doch die »Kapitalaccumulation« vollkommen geworden, und die hat doch Marx, sofern sie in Privathand stattfindet, verdammt, und zwar mit Recht. Es ist alles so gelaufen, wie es Ruhland erwartete:

»Eine stetig wachsende Zahl von Personen erkennt die herrschenden Zustände als unhaltbar. Weil aber die Krankheit des Kapitalismus fast alle Teile des Volkskörpers erfaßt hat, fehlt den auftauchenden Reformbestrebungen die Anlehnung an gesunde Verhältnisse. Die Reformvorschläge sind deshalb in der Richtung einer Fortentwicklung der herrschenden Krankheitszustände gedacht und werden als »Sozialismus«, »Kommunismus« und »Anarchismus« bezeichnet.«²³

Ruhland meint weiter, daß es zwischen den kapitalistischen Ländern zu Kriegen kommen werde, um die Profite (den Kapitallohn) einzutreiben, die sehr blutig werden könnten, oder zu Revolutionen innerhalb der Länder, bei denen die kapitalistischen Fürsten gestürzt werden würden.

Wenn wir den Ablauf der Geschichte betrachten, so hat Ruhland diesen besser vorausgesagt als Karl Marx. Der Kommunismus hat die Lage der seither schon ausgebeuteten Klasse nicht im geringsten verbessert. Die in den letzten Jahrzehnten erfundenen »ergiebigere(n) Produktionsmethoden« kamen natürlich auch in den kommunistischen Ländern zur Anwendung und haben die Versorgungslage verbessert, aber der Abstand zu den kapitalistischen Ländern hat sich eher noch vergrößert. Karl Marx war auch der Ansicht, die Revolution würde zuerst in einem Lande ausbre-

chen, das am stärksten industrialisiert sei. Sie brach aber in einem Agrarland aus, allerdings in einem durch und durch kapitalistisch erkrankten. Im übrigen wurde die russische Oktoberrevolution wie alle gewaltsamen Revolutionen von oben »gemacht«. Nicht die Völker erheben sich. Es sind stets einzelne »Führer«, die einige Gleichgesinnte um sich scharen, die sie auslösen. Ihnen geht es meist nicht oder meist weniger um das Wohl der Völker oder der unterdrückten Klasse, sondern um die eigene Macht. Oft haben sie eine Art von religiösem »Sendungsbewußtsein«. Aber solche Revolutionen verändern die Welt auch nicht grundlegend, führen auch nicht zur Freiheit, sondern nur aus der Herrschaft einer Wahnlehre und »Herrenschicht« unter die einer anderen. Oft ändern sich auch nur die Machthaber, während das System unverändert bleibt. Die neuen entledigen sich dann ihrer Gegner, indem sie sie so rasch wie möglich beseitigen, sei es unmittelbar durch Mord oder durch Zwischenschaltung eines Gerichts bzw. durch Einsperren. Die Masse der Bevölkerung wird hingegen »umerzogen«. Auch werden einige Versprechungen, die sich schön anhören, zunächst verwirklicht, dann aber im Laufe der Zeit die Zügel wieder angezogen. Das war 1918 nicht anders als 1933 oder 1945. Wie rasch hatten z.B. die Hitleranhänger 1933 die Versprechungen des Nationalsozialismus vergessen. Schon der Beginn der Beseitigung der Arbeitslosigkeit genügte, um alle übrigen Versprechungen auf wirtschaftlichem Gebiet vergessen zu lassen. Der Massenmord am 30.6.1934 besorgte den Rest. Die Teilnahmslosigkeit der Massen und die sehr rasch einsetzende Gewöhnung an die für sie nur gering veränderten Verhältnisse ließ bald Ruhe eintreten. Die Menschen wurden auch weiterhin genauso ausgebeutet – wenn nicht noch mehr – als zuvor. Noch nicht einmal die Ausbeuter und der Zweck der Ausbeutung – das Vermögen der Ausbeuter zu vergrößern und ihre Macht zu erweitern – hatten gewechselt.

Jede Ausbeutung dient doch nur dazu, das Vermögen der Ausbeuter zu vergrößern und ihre Macht zu erweitern.

Frankreich war schon vor der Revolution von 1789 ein Reich mit Weltgeltung. Napoleon der Erste erstrebte die Weltherrschaft, und seine Nachfolger setzten dieses Streben fort. Die größeren Freiheiten waren weit mehr der »Aufklärung« als der Revolution zu verdanken. Nach dem Wiener Kongreß waren sie nahezu wieder vollständig verschwunden. Nur langsam und zögernd kehrten diese Freiheiten wieder, um immer wieder von neuen Machthabern unterdrückt zu werden.

Die zaristische Regierung Rußlands war ebenfalls imperialistisch, die heutige kommunistische ist es immer noch. Sie beutet ihre »Unternehmen« aus wie der Zar, wenn nicht noch mehr. Zudem ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung materialistisch wie die marxistische.

So wie die christlichen Theologen sich bemühen, die »Wahrheit« ihrer

Lehre zu beweisen, und die Schritte, die dieser Lehre zugrundeliegen, entsprechend den Zeitverhältnissen und veränderten allgemeinen Anschauungen »auszulegen«, genau so machen es die marxistischen Ideologen mit den Schriften von Karl Marx u. anderen. Hier wie dort werden Abweichler (Ketzer), je nach den Zeitverhältnissen, ermordet, verbannt oder sonstwie mundtot gemacht. Jede der beiden zugehörigen Wirtschaftsordnungen hat ihre eigene Wissenschaft, die nur das Sein erforscht. Ob das Bestehende richtig und den Menschen angemessen sei, nicht in eine Sackgasse führt oder gar Gefahren für die Zukunft in sich birgt, danach soll nach Wunsch der Herrschenden nicht gefragt werden. Obwohl in den marxistischen Staaten der Atheismus herrscht und in den kapitalistischen das Christentum gepredigt wird, hatten die beiden jeweils herrschenden Gesellschaftsordnungen also vieles miteinander gemein:

»Christentum und Marxismus streben beide die Weltherrschaft an; beiden schwebt die Einschmelzung der Völker in eine einzige Menschenherde mit einem Hirten vor; beide versuchen den Völkern einzureden, daß die Erhaltung der völkischen Eigenart unwichtig und nur ein Hindernis auf dem Wege zum versprochenen Paradies wäre, und beide schließlich gehen von der irrigen Vorstellung aus, daß die Völker besser würden, wenn man ihnen ein einheitliches Erleben aufzwänge.«²⁴

Eine Anmerkung hierzu lautet:

»Karl Löwith hat nachgewiesen, daß die Marxsche Auffassung der Geschichte lebhaft an die jüdisch-christliche Geschichtsdeutung erinnert. Marxismus – so sagt Karl Löwith – ist offenkundiger Messianismus. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß der letzte Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat dem Glauben an einen Endkampf zwischen Christus und Antichrist entspricht und daß die Aufgabe und universelle Erlösungsfunktion des Proletariats der welthistorischen Mission des auserwählten Volkes analog ist.

Es ist ferner auch nicht zufällig, daß die Marxsche These von der Ablösung des Reiches der Notwendigkeit durch das Reich der Freiheit an die christliche Hoffnung vom schließlichen Kommen des Reiches Gottes erinnert. Aus dieser inneren Wesensverwandtschaft des Marxismus mit alt- und neutestamentarischen Vorstellungen zieht Karl Löwith den Schluß: Der ganze Geschichtsprozeß, so wie er von Marx dargestellt worden ist, entspricht dem allgemeinen Schema der jüdisch-christlichen Interpretation der Geschichte als eines vorherbestimmten Heilsgeschehens auf ein sinnvolles Endziel hin.«

Es ist also völlig widersinnig zu glauben, man könne mit Hilfe des Christentums den Marxismus überwinden, wie folgende Gegenüberstellungen zeigen.

Wie im Kapitalismus das Kapital total herrscht, so im Marxismus der

Staat. Die schwer arbeitenden Massen verfügen in den sozialistischen Ländern genauso wenig über die Produktionsmittel wie in den kapitalistischen. Auch im Marxismus ist die Landwirtschaft der am schlechtesten behandelte Wirtschaftszweig. Allerdings spielen die Banken nicht die beherrschende Rolle wie im Kapitalismus. Sie beginnen aber, sich langsam auch hier durchzusetzen. In Moskau sind auch westliche Großbanken vertreten.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist so materialistisch wie die marxistische.

Marx machte keinen Unterschied zwischen dem »Kapitallohn« (Zins) und den Gewinnen der Unternehmer. Er faßt beides unter dem Wort »Profit« zusammen. Natürlich ist auch nicht jeder Gewinn seiner Höhe nach berechtigt. Gewinne werden aber in erster Linie als Folge eines eingegangenen Wagnisses erzielt. Der Zins dagegen fließt, ob ein Gewinn erzielt wird oder nicht. Er fließt ununterbrochen, Tag und Nacht, werktags und an Sonn- und Feiertagen. Zinsen sind Kosten und keine Gewinne. Nur die Verzinsung des jeweiligen Eigenkapitals ist – unlogischerweise – im Kapitalismus in den Gewinnen enthalten und läßt diese als besonders hoch erscheinen. Die Marxisten in Moskau dachten folgerichtiger: Als sie 1965 den Kapitalzins wieder einführten, nannten sie ihn »Entlohnung für Kapital«, was unserem »Kapitallohn« durchaus gleichkommt!

Die Übereinstimmung von Kapitalismus und Marxismus wird immer deutlicher und von vielen erkannt. So schreibt z.B. Ursula Haverbeck-Wetzel:

»Erst die Perversion vom Unternehmer zum Ausbeuter und von betrieblicher Planung zu politischer Zentralplanung werden besondere Kennzeichen dieser beiden Wirtschaftssysteme, die jedoch in ihrer Überschätzung der industriellen Produktion, ihrem Materialismus und ihrer Fortschrittsgläubigkeit weitgehend übereinstimmen.«²⁵

Noch deutlicher wird diese Übereinstimmung bei Christiane van Briesen herausgearbeitet:

»Es existiert keine handliche, optisch einleuchtende Gegenüberstellung der drei prinzipiellen Kategorien von Arbeitgebern: des privaten Kapital- und Produktionsmittel-Besitzers in einer kapitalistischen Gesellschaft, des staatlichen Funktionärs als Vertreter des Kapital- und Produktionsmittelbesitzers Staat in einer sozialistischen Gesellschaft wie Schweden und des staatlichen Funktionärs als Vertreter des Kapital- und Produktionsmittel-Besitzers Staat/Volk in einer kommunistischen Gesellschaft.

Wenn ich die drei Systeme Arbeitgeber vergleiche in bezug auf ihre Zielsetzung und in bezug auf deren Auswirkungen für die Arbeitnehmer/Arbeiter, kann ich keinen Unterschied entdecken, der in mehr liegt als in der Terminologie. Ohne Industrie gibt es keine Arbeitsplätze, die Industrie-

produktion führt zum Konsum, und der Konsum muß konsumiert werden. Das ist ein Circulus vitiosus, gegen den noch niemand das Kräutlein Wundermild gefunden hat. Jeder Staat braucht Geld zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, die dem Volk dient. Dieses Geld kann er beziehen durch a) Lohnsteuern und Gewinnsteuern oder b) durch den Reingewinn der verstaatlichten Betriebe. In beiden Fällen müssen Betriebe Gewinne einbringen, und es genügt nicht, daß sie sich inclusive der nötigen Investitionen selbsttätig erhalten.

Daß die Privatindustrien Arbeitsleistung als Produktivität im Sinne von Warenerzeugung und Geldgewinn sehen, steht fest. Die verstaatlichte schwedische Bergbauindustrie LKAB denkt, spricht und handelt genau so, nur daß dort in der Privatindustrie als »Sozialleistungen« bezeichnete Verwendung von Firmengeldern zugunsten von Arbeitnehmerinstitutionen mit Spezialnamen versehen werden wie »Saltsjöbadgeistes« = Wohlfahrtsideologie plus Sozialpolitik plus psychologische Anpassungsmethoden (wie zum Beispiel die »Mentalgesundheitskampagne«).

Vom überschüssigen Firmengewinn bekommen die Arbeitnehmer nichts zu sehen, und es wird weiterhin nach dem unmenschlichen System des »auswechselbaren Arbeiters« am »auswechselbaren Arbeitsplatz« für Akkordarbeit gezahlt, deren Norm Rationalisierungsexperten bestimmen.

Studiert man die Beratungen des ZK-Plenums der sowjetischen KP zu Fragen der Rentabilität von Produktionsbetrieben, stellt sich heraus, daß bereits 1965 der Staat die kostenlosen Investitionen und den kostenfreien »Umsatzfonds« einstellte, und daß zwar 28 zentrale Industrieministerien die Wirtschaftsbedingungen planen – das heißt Löhne, Preise, Produktionsart und Produktionsverteilung –, daß aber die Arbeitnehmer von dieser Art Rentabilitätssystem ebenfalls nicht mehr haben als ihre Arbeitsnorm, ihren Arbeitslohn und den sich daraus ergebenden Konsum. Zudem schwelt der Streit zwischen den ökonomischen Funktionären und den Ideologen der Partei: Beide Gruppen wollen Macht, beide Gruppen brauchen den Profit. Die Tatsache, daß die Sowjetunion das Arbeitsleistungs-Leitbild »Stachanowist« eingeführt hat, beweist, daß auch im Kommunismus das Leistungsprinzip vorherrscht.«²⁶

Trotzdem gibt es in allen sozialistischen Ländern noch immer Eigentum an Produktionsmitteln. Kleinbetriebe werden immer häufiger zugelassen.

Die Selbsterzeugung von Lebensmitteln war nie ganz unterbunden. Sie trägt zudem in hohem Maße zur Volksernährung bei.

Genauso, wie der Marxismus Zollgrenzen verwirft, tut es auch der Kapitalismus. Praktisch aber bestehen solche hier wie dort. Das »Recht auf Arbeit« wurde in beiden Wirtschaftsordnungen dadurch zur Arbeitspflicht, daß die Dauer der Arbeitszeit vorgeschrieben wird. Erst langsam und widerwillig setzt sich die Möglichkeit von Teilarbeitszeit durch.

Kapitalismus und Marxismus stehen unter dem Zwang des »Wirtschaftswachstums«.

Im Kapitalismus herrscht zwar die Freiheit des Liberalismus. Da diese aber sehr leicht in Zügellosigkeit und damit zur Abhängigkeit der Einzelnen von Suchtzwängen und der Gesellschaft von Sachzwängen führt, sind Abhängigkeit und Unfreiheit oft genau so groß wie die Abhängigkeit der einzelnen von der Bürokratie im sozialistischen Staat.

Tatsächlich ist der Kapitalismus keine für alle »freie« Wirtschaft. In ihm wird nicht – wie behauptet wird – alles auf Grund des »Gesetzes von Angebot und Nachfrage« bestens geregelt. Tatsächliche »Freiheit« besteht im Kapitalismus nur für die Vermögenden, die Habenichtse, die »Lohnabhängigen«, auszubeuten. Diese haben nur eine sehr eingeschränkte Freiheit. Sie beginnt frühestens, wenn sie die Fabrikture hinter sich gelassen haben, und selbst da wird versucht, sie zu gängeln. Sie haben auch keine Freiheit, was die Festsetzung der Löhne betrifft. Die Löhne werden von den Gewerkschaften ausgehandelt. Wie für Alter und Krankheit vorzusorgen ist, bestimmt der Staat, aber wäre dieser nicht, wäre die Abhängigkeit der Lohnabhängigen lebensbedrohend. Die Würde des Menschen und seine Freiheit, über sich selbst zu bestimmen, werden weitgehend mißachtet. Gewöhnung und Bequemlichkeit hindern die Massen, solange sie nicht am Verhungern sind – und oft nicht einmal dann –, über ihre wahre Lage nachzudenken und sich zu empören.

Die sich empörten und für den Marxismus entschieden, sind in eine noch größere Abhängigkeit geraten. Der als »arbeiterfreundlich« sich gebende Marxismus unterdrückt auch noch den letzten Rest an Freiheit, der dem Arbeiter im Kapitalismus wenigstens außerhalb der Fabrikture einigermaßen geblieben ist. Auch die Freizeit wird – wie s.Zt. im Nationalsozialismus – im Marxismus »verplant«. Da gibt es Aufmärsche, Schulungen, Aktionen usw. Überdies ist die Versorgung mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern in der Planwirtschaft längst nicht so gut wie im Kapitalismus. In diesem kann man sich in Zeiten der Wirtschaftsblüte über die Güterversorgung wirklich nicht beklagen. Hier wird eher des Guten zuviel getan. Auch hat man in den kapitalistischen Ländern wenigstens ein bestimmtes Maß an Meinungsfreiheit. Trotz der Schutzgarantie im Grundgesetz ist sie aber auch hier nicht voll gewährleistet. Außerdem wird die öffentliche Meinung von Politikern und Massenmedien derart manipuliert, daß auch bei uns eine nahezu einheitliche Meinung darüber besteht, daß der Feind der Marxismus sei. Es ist ganz ähnlich wie im Osten, wo diese Massensuggestion einheitlich vom Staate und der Partei ausgeht und der Feind im imperialistischen Kapitalismus gesehen wird.

Trotz der vielen, leicht feststellbaren Gemeinsamkeiten in den beiden derzeit vorherrschenden Wirtschaftsordnungen glauben noch immer

sehr viele, es gäbe keine andere Wahl als nur zwischen diesen beiden sich gegenseitig erbittert bekämpfenden Systemen.

»Wo zwei sich streiten, freut sich der Dritte!« Dieser Dritte ist aber nicht ein einzelner. Es sind jene Gruppen, die mit Hilfe von Ideologien und Glaubenslehren die Weltherrschaft erringen wollen und hierzu die Völker enteignen und vernichten müssen.

Unsere bisherigen Untersuchungen haben eindeutig erwiesen, daß die Wirtschaft in Ost und West nicht allen Menschen in gleicher Weise dient, sich meilenweit von ihrem ursprünglichen Zweck entfernt hat, nur noch zur Ausbeutung und Beherrschung der Völker dient und darüberhinaus so auszufern droht, daß durch sie die Grundvoraussetzungen für das Leben bedroht werden.

Schon Ruhland hat vor rund 100 Jahren darauf hingewiesen, daß sich die Wirtschaft in der falschen Richtung entwickelt, nicht mehr den Menschen dient, sondern zum Machtinstrument geworden ist. Er hat sie als krank bezeichnet. Inzwischen hat sie sich in ungeahnter Weise ausgedehnt und beeinflußt nahezu das gesamte Leben, ja beherrscht es. Ich nenne als Beispiel nur die »Freizeitindustrie« einschließlich Reiserummel. Es gibt nichts mehr, was nicht »kommerzialisiert« wäre. Alles ist käuflich, selbst Menschen und Gesinnungen. Es ist also nicht nur die Wirtschaft schwer erkrankt, nein, unser gesamtes Gesellschaftsleben ist es, und die Menschen haben sich auch hieran gewöhnt. Kaum einer versteht mehr den anderen. Diejenigen, die auf die Krankheit hinweisen, werden als Spinner oder gar als Feinde betrachtet. Nur langsam und von viel zu wenigen werden die Gefahren, die der Menschheit von seiten unserer Wirtschaft drohen, geahnt und von noch weniger klar erkannt. Es wird aber höchste Zeit, daß ein grundlegender Wandel eintritt, soll nicht die Menschheit an ihrer eigenen Unzulänglichkeit zugrundegehen. Um Wege zu einer sicheren und wirklich völligen Heilung zu finden, müssen wir vorher noch sorgfältig die tiefsten Ursachen des Übels ergründen.

Anmerkungen zu Teil IV

¹ Zhores Medwedjew, *Bericht und Analyse der bisher geheim gehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR*, Hamburg, 1979

² Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, Band III, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, München und Leipzig, 1927

³ Ruhland, a.a.O., Bd. III, S. 59

⁴ *Neue Politik*, Heft 12/73, v. 24.3.73, S. 7

⁵ Wilhelm Hohoff, *Die Revolution seit dem 16. Jahrhundert*, 1872

⁶ *Lutherbibel*, Matth. 25,24

⁷ a.a.O., Luk. 19,23, ähnl. Matth. 25,27.

⁸ a.a.O., Matth. 25,29, ähnl. Luk. 19,26

- ⁹ a.a.O., Luk. 16,9
- ¹⁰ a.a.O., Matth. 5,17
- ¹¹ a.a.O., Luk. 16,17
- ¹² Prof. Dr. Harry Hoefnagels SJ, Prof. für »normative Gesellschaftslehre« an der Universität Nymwegen und Prof. für Soziologie an der Universität Antwerpen, lt. Protokoll Nr. 61 des Bergedorfer Gesprächskreises, 1978, mit dem Thema »Wachstum und Lebenssinn – Alternative Rationalitäten?«, S. 29
- Der *Bergedorfer Gesprächskreis* wurde von dem Hamburger Industriellen und angeblichen »Bilderberger«, Dr. K.A. Körber, ins Leben gerufen. Er tagte erstmals 1961. Die Selbstdarstellung lautet:
- »Der Bergedorfer Gesprächskreis ist ein politisch und wirtschaftlich unabhängiges Forum. Er hat sich als Aufgabe gesetzt, alternative Wege für neue Initiativen zur Entwicklung freier industrieller Gesellschaften aufzuzeigen. Er versucht auch eine neue Form der Zusammenarbeit zu verwirklichen, um bestehende Konflikte zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen abzubauen.*
- In Referaten und Diskussionen sollen technologische, wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Grundprobleme der industriellen Gesellschaften in ihren verschiedenen Entwicklungsstadien sachlich geklärt werden.«*
- Bisher kamen in ihm zahlreiche führende Persönlichkeiten aus Staat, Wirtschaft und Wissenschaften aller Zweige zu Wort, auch solche aus dem Ostblock. 1979 tagte der Kreis in Moskau.
- ¹³ a.a.O., S. 50, Prof. Dr. Bruno Fritsch, Prof. an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung
- ¹⁴ a.a.O., S. 36, Dr. Werner Maihofer MDB (FDP), Prof. für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Bielefeld
- ¹⁵ a.a.O., S. 20 (Hoefnagels)
- ¹⁶ *Lutherbibel*, 1.Mos. 1,28
- ¹⁷ a.a.O., Matth. 10,35 und 36
- ¹⁸ Prof. Dr. Dahrendorf, Ph.D. Direktor der London School of Economics and Political Science, London, a.a.O., (Bergedorfer Gesprächskreis), S. 58
- ¹⁹ Baruch in seinem *Wirtschaftstestament*, vgl. Teil III, Anmerkung 51
- ²⁰ *Manifest der Kommunistischen Partei* vom Jahre 1848, zitiert nach *Neue Politik*, Heft 7/78, S. 41/42
- ²¹ Nach *Neue Politik*, Heft 12/78, S. 35 in Band 1 des »Kapitals«
- ²² *Der Aufmarsch*, Hamburg, Folge 3/4, 1976
- ²³ Ruhland a.a.O., Band 3, S. 63
- ²⁴ Siegfried Weigel, *Der negative Marx*, Pähl 1976, S. 180
- ²⁵ *Lebensschutzinformationen*, Folge 10, 1978, S. 1
- ²⁶ Christiane van Briessen, *Der Männlichkeitswahn*, Stuttgart, S. 380/81

DIE KRANKHEIT UNSERER WIRTSCHAFT

Wenn wir auch feststellten, daß nicht nur unsere Wirtschaft, sondern unser gesamtes Gesellschaftsleben schwer erkrankt ist, so werden wir uns doch – unserem Thema entsprechend – auch weiterhin im wesentlichen auf das Gebiet der Wirtschaft beschränken und an ihr die Krankheitserscheinungen untersuchen und nach ihren Ursachen forschen. Dabei werden wir aber nicht vermeiden können, hin und wieder einen Blick auf das gesamte Gesellschaftsleben zu werfen. Die Wirtschaft spielt allerdings eine derart ausschlaggebende Rolle in unserer Gesellschaft, daß, sollten wir einen Weg zu ihrer Heilung finden und würde dieser Weg begangen werden, auch die gesamte Gesellschaft geheilt werden würde. Beginnen wir mit den Krankheitserscheinungen:

1. Die Krankheitserscheinungen

Am augenfälligsten ist, daß sich unsere Wirtschaft von ihrem ursprünglich zugrundeliegenden Zweck, knappe Güter zu vermehren und allen zugänglich zu machen, nicht nur weit entfernt, sondern ihn in sein Gegenteil verkehrt hat. Erzeugte Güter werden nach kurzem Gebrauch weggeworfen und damit viele wertvolle und nicht wieder nachwachsende Rohstoffe. Energie aus fossilen Quellen wird verschwendet und dabei die Umwelt schwer belastet. Bewußt werden ganze Arten von Lebewesen ausgerottet aus angeblich wirtschaftlichen Gründen! Man weiß, daß wir nicht mehr lange so weitermachen können. Es hat schon genug Warner gegeben, aber es geschieht nichts, zumindest nichts Durchgreifendes. Das herrschende System kann sich nicht aus sich heraus erneuern, denn die von ihm Begünstigten beherrschen es auch und auch die Politik. Selbst unser ehemaliger Bundesinnenminister Werner Maihofer, zu dessen Ressort der Umweltschutz gehörte, ist unter den Warnern. Aber auch er konnte sich offensichtlich nicht gegen diejenigen durchsetzen, die ohne Rücksicht auf Verluste ihre ideologischen Ziele verwirklichen wollen.

Maihofer sagte:

»Statt die notwendigen Korrekturen rechtzeitig vorzunehmen, machen wir immer so weiter wie bisher. Wenn aber dieses System zu Reformen nicht in der Lage ist, wird es sich ad absurdum demonstrieren. Und wir sehen, daß es sich immer mehr blockiert und paralysiert. Wenn sich daran nicht grundsätzlich etwas ändert, wird dieses Gesellschaftssystem in den geschichtlichen Orkus gehen wie andere Gesellschaftsformen vor ihm auch.«¹

Das Ganze in sinnvolle Bahnen zu lenken, ist unser Ziel! Wir haben die wichtigsten Eigenheiten der bei uns herrschenden Systeme aufgezeigt und festgestellt, daß diese Systeme sich in ihrer Zielsetzung überhaupt nicht und in den wesentlichen Mitteln zur Erreichung des Ziels nicht grundsätzlich unterscheiden. Nur in der Art der Anwendung der Mittel bestehen Unterschiede. Es genügt daher, wenn wir eines der beiden Systeme eingehender auf die Krankheitsursachen untersuchen. Wir wählen den Kapitalismus, ist er doch weit schwerer zu durchschauen, da sowohl das Ziel wie die Methoden so verschleiert sind, daß sehr viele dem Irrtum unterliegen, es handle sich beim Kapitalismus tatsächlich um eine »freie« Wirtschaftsform. Eine kurze und dieser Auffassung gerecht werdende Begriffsbestimmung für Kapitalismus lautet:

»Kapitalismus ist eine Wirtschaftsordnung, die ganz oder überwiegend auf freiem Eigentum, freiem Wettbewerb und freier Unternehmerinitiative beruht, eine Wirtschaftsordnung, in der die Kräfte des freien Marktes ausschlaggebend und staatliche Interventionen auf ein geringes Maß beschränkt sind.«

Hier liest man sehr oft das Wort »frei«, und der Kapitalismus ist auch für jeden eine »freie« Wirtschaftsform, der über die notwendigen Produktionsmittel verfügt. Niemand hindert ihn daran, sich solche zu beschaffen, falls er das notwendige Geld hat oder es borgen kann.

Schaut man aber genauer hin, so erkennt man unschwer, daß tatsächlich nur für Vermögende die Freiheit besteht, sich am System zu beteiligen, um dann nach freiem Gutdünken Natur und Menschen, vor allem die Habenichtse, nach Strich und Faden benutzen und ausbeuten zu können. Letztere haben nicht einmal die Freiheit, über ihre Arbeitskraft frei zu verfügen! Wenn sie bei den Vermögenden arbeiten wollen, um ihren Lebensunterhalt zu erwerben, müssen sie, ob sie wollen oder nicht, die gesetzliche Arbeitszeit einhalten. Mehrarbeit aus freien Stücken ist kaum anders denn als »Schwarzarbeit« leistbar, diese aber ist verboten und strafbar! Der Lohn wird von den Gewerkschaften ausgehandelt. Gäbe es diese aber nicht, wären die Lohnabhängigen noch viel schlechter dran. Der Marxismus entstand darum auch, als es noch keine Gewerkschaften gab und der Kapitalismus am »freiesten« herrschte, als »denen, die nichts hatten, auch noch das genommen werden konnte, was sie hatten«². Dem wird die m.E. kürzeste Begriffsbestimmung für Kapitalismus voll gerecht:

»Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das primär auf die Erzielung von Kapitalertrag ausgerichtet ist.«³

Je weniger der Arbeiter bekommt, desto höher der Anteil des Kapitals. Dies bedingte ja auch den Antrieb zur Rationalisierung und Ausschaltung von Arbeitskräften.

Wir würden anstelle von »Kapitalertrag« besser »Kapitallohn« sagen,

denn beim Wort »Kapitalertrag« denkt der Laie allzuleicht an den Unternehmergewinn. Dieser ist in angemessener Höhe berechtigt, denn selbstverständlich steht dem Unternehmer für seine Tätigkeit ein Einkommen und für das eingegangene Wagnis eine Entschädigung zu. Der darüber hinausgehende »Kapitallohn«, bestehend aus Zins für das Betriebskapital und der Bodenrente, hat mit dem ursprünglichen Zweck des Wirtschaftens nichts zu tun. Er gehört zu den Krankheitserscheinungen unserer Wirtschaft.

Zins und Bodenrente sind es, die dem Gelde die Macht verleihen, sich ohne Zutun seines Besitzers ganz aus sich heraus zu vermehren, und dem vermehrten Geld erhöhten Kapitallohn sichern. Dieser Wirtschaft ist nicht das Leben das Wichtigste, sondern das Geld. Dieses bestimmt den ganzen Aufbau unserer Wirtschaft und auch das Ansehen und die angebliche Wichtigkeit der einzelnen Wirtschaftsgebiete, die wir in der Reihenfolge ihrer derzeitigen »Wichtigkeit« betrachten wollen.

1.1. Geld und Banken

Der Wirtschaftszweig, der sich ganz besonders dem Gelde widmet, ist das Bankgewerbe. Es erzielt auf kleinstem Raum den höchsten Kapitallohn, die höchste Bodenrente. Es beherrscht die gesamte Wirtschaft und steht an deren Spitze. Wenn die Banken es wollen, steht die gesamte Wirtschaft still.

Karl Marx schildert, wie das Geld zur Macht kam:

»Welches war an und für sich die Grundlage der jüdischen Religion? Das praktische Bedürfnis, der Egoismus.

Der Monotheismus des Juden ist daher in der Wirklichkeit der Polytheismus der vielen Bedürfnisse, ein Polytheismus, der auch den Abtritt zu einem Gegenstand des göttlichen Gesetzes macht. Das praktische Bedürfnis, der Egoismus, ist das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und tritt rein als solches hervor, sobald die bürgerliche Gesellschaft den politischen Staat vollständig aus sich heraus geboren. Der Gott des praktischen Bedürfnisses und Eigennutzes ist das Geld.«⁴

Damit bestätigt Marx mittelbar, daß das Gelddenken und mit ihm der Kapitalismus aus dem Orient mit dem Christentum zu uns gekommen ist, ist doch die jüdische Religion die Mutter des Christentums. Tatsächlich fußt auch das »Neue Testament« der Christen auf dem »Alten« der Bibel. Stets auch wird von Stellen des einen Testaments auf solche im anderen verwiesen.

Obwohl die überwiegende Mehrzahl der heutigen Christen kein bedeutendes Verhältnis mehr zu ihrer Religion hat und nur noch äußerst lässig am kirchlichen Leben teilnimmt, so ist christliches Denken noch ganz all-

gemein verbreitet, selbst bei denen, die sich vom Christentum abgewandt haben und glauben, frei zu sein. Ganz besonders gilt dies beim wirtschaftlichen Denken. Es ist sogar festzustellen, daß sich erst jetzt der aus dem Orient stammende Kapitalismus mit seinem Gott »Geld« voll durchgesetzt hat und damit auch der Glaube an den Eigennutz als »Erlöser« von allen wirtschaftlichen Übeln.

Besonders deutlich kommt dieser Glaube an den Eigennutz als Erlöser im Calvinismus zum Ausdruck, gilt doch in ihm Reichtum als sichtbares Zeichen der Gnade »Gottes«. Armut dagegen beweist mangelnde »Frömmigkeit«! »Fromme« Menschen müssen nicht arbeiten, ihnen fällt alles von selbst zu, wenn sie getreu nach dem Gleichnis von den »anvertrauten Pfunden« mit diesen »wuchern«!

Wuchern aber kann man nur mit Geld. Aller Reichtum muß also in Geld verwandelt werden können. Dies ist in unserer Wirtschaft vollendet möglich. So ziemlich alle materiellen Güter können zu Geld gemacht und auch erworben werden, dazuhin auch noch viele ideellen Güter. Nur Geld erbringt Zins. Geldmachen ist Aufgabe der Notenbanken, und die übrigen Banken verwalten den Wucher. Dieses Gewerbe lebt vom »Wucher«, wie der Zins im Mittelalter noch allgemein genannt wurde. Aber nicht nur die Notenbanken schöpfen Geld, in einem gewissen Umfang kann dies, wie wir bereits gesehen haben, jede Bank.

Wie heute in allem, so geht auch in der Wirtschaft der Zug der Zeit dahin, alles weltweit zu regeln, voran natürlich das Geldwesen. Der »Weltwährungsfonds« wurde hierzu geschaffen. Er soll die Tätigkeit der Notenbanken der verschiedenen Länder aneinander anpassen und wirtschaftlich schwachen Völkern zur Stabilisierung ihrer Währungen verhelfen. Trotzdem sind die Währungen der Völker zerrütteter denn je. Kann das gesteckte Ziel überhaupt je erreicht werden? Ist nicht in einer Welt der Vielfalt der Versuch, alles über einen Kamm zu scheren, ein Krankheitszeichen?

Unsere Wirtschaft ist vom Geld abhängig. Sie ist auf der Vorherrschaft des Geldes und der Vorrangigkeit des »Kapitallohns« vor dem Arbeitslohn aufgebaut. Ist »kein Geld da«, können keine Arbeiter eingestellt werden, auch wenn es noch so viel Arbeit zu verrichten gäbe. Wieviel Arbeit könnte heute zum Schutz der Umwelt geleistet werden. Da aber hierfür nicht genügend oder gar kein »Kapitallohn« zu erwarten ist, haben wir eben so um 2 Millionen »Arbeitslose«! Und diese Zahl ist noch im Steigen begriffen. Um sie herabzusetzen, macht der Staat Schulden, wofür er Zinsen zahlen und seine Ausgaben weiter erhöhen muß⁵. Dies bedeutet: Das Staatsvolk muß, damit es lebensfähig bleibt, den Geldbesitzern ihr arbeitsloses Einkommen gewährleisten! Das kann doch niemals eine gesunde Wirtschaft sein!

So wie das Geld die Wirtschaft beherrscht, beherrscht es auch die Politik. Nach unserem Grundgesetz sollte zwar das Volk der Souverän sein. Die Wirklichkeit aber ist anders. Für jeden Einsichtigen ist klar, daß diejenigen, die z.Zt. über das wirtschaftliche Machtmittel Geld verfügen, auf dieses Machtmittel niemals freiwillig verzichten und es der Hoheit des Staates unterstellen werden. Im Gegenteil, die Staaten müssen sich ihrer Macht beugen. Wer hier ausbrechen wollte, würde unnachsichtig verfolgt werden. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, um welche Summen es sich beim Kapitallohn handelt:

Im Jahre 1965 betrug z.B. die Gesamtverschuldung des Staates, der Wirtschaft und der Privatpersonen der USA, umgerechnet in D-Mark, 5,2 Billionen⁶. Bei nur 5 v.H. Verzinsung ergäbe sich hieraus ein Zinseinkommen von 260 Milliarden DM, was damals nahezu dem Vierfachen des Haushalts der BRD entsprach! Die Schaffenden werden doppelt und dreifach ausgeplündert, über Zinsen, Sozialabgaben und Steuern!

Gerade die hohe Staatsverschuldung aber sichert den Einfluß der Finanzmächte auf den Staat, sind doch die Banken dazuhin auch noch in hohem Maße Besitzer von Aktien oder sonstigen Anteilen an Wirtschaftsunternehmen und üben außerdem das Stimmrecht für die in ihren Stahlkammern verwahrten Aktien ihrer Kunden aus, falls diese es sich nicht ausdrücklich vorbehalten. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff wollte diese Macht beschränken. Die Bankenbeteiligung an Wirtschaftsunternehmen sollte auf 15 v.H. eingeschränkt werden. Aber selbst wenn das nicht Wunschdenken geblieben wäre, so wäre dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein gewesen.

Karl Marx forderte zwar im Kommunistischen Manifest die »*Zentralisation des Kredits in Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol*«⁷. Er hat sich aber nicht grundsätzlich gegen den Kapitallohn Zins gewandt, sondern allgemein gegen den »Profit«, also auch gegen den Unternehmergewinn, und zwar auch dort, wo er berechtigt ist. Heute ist in der Sowjetunion sogar die »Entlohnung des Kapitals« wieder eingeführt, und es sind in Moskau ausländische Privatbanken wieder zugelassen!

Auch das unsinnige »ewige« Wirtschaftswachstum hat die marxistische Wirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben. Heute, da dieses Wachstum im Westen durch Bürgerinitiativen bedroht wird, bieten die marxistischen Staaten »*unseren Multis streik- und umweltschutzfreie ›volkseigene‹ Produktionsstätten*« an⁸!

Geld als Forderung kann stets nur auf Grund einer Leistung entstehen. Jede Leistung setzt Arbeit voraus. Wird Geld vermehrt, muß vorher eine Leistung erfolgt sein. Jede andere Geldvermehrung ist Betrug. Zins kann also stets nur aus der Leistung der Schaffenden bezahlt werden, d.h. die-

sen muß der Ertrag ihrer Arbeit, der als Zins bezahlt wird, vorenthalten werden. Sie werden hierum betrogen!

Die Krankheit unserer Wirtschaft besteht hier darin, daß dieser ganz einfache Tatbestand nicht nur nicht gesehen wird, sondern sogar noch legalisiert ist. Er ist nicht nur zugelassen, sondern wird als Selbstverständlichkeit geübt. Daß dieser Brauch schon Jahrhunderte alt ist, ist kein Entschuldigungsgrund. Diese Tatsache zeigt höchstens die Macht der Gewohnheit und wie leicht die Menschen irrezuführen sind.

Der Zins und die Privatisierung der Bodenrente sind die bedeutendsten Krankheitserscheinungen unserer Wirtschaft. Sie werden nur zu heilen sein, wenn wir bis zu den letzten Ursachen ihrer Entstehung vordringen. An Symptomen herumzukurieren kann die Lage höchstens vorübergehend verbessern. Ein unausbleiblicher Rückfall würde sie aber wesentlich verschlechtern.

Die größten Gütererzeugungsstätten, in denen durch Leistung Forderungen, Geld, entstehen, sind unsere Industriebetriebe.

1.2. *Industrie*

Die ganze Welt schreit darum auch angeblich nach Industriebetrieben. Die »Entwicklungsländer« sollen so rasch wie möglich industrialisiert werden, damit für die arme Bevölkerung Arbeitsplätze verfügbar sind und die Hungernden gesättigt werden können! So sagt man. Das reine Denken in Geld führte dabei zu folgenden Überlegungen:

Güter kann man in einer Geldwirtschaft nur für Geld haben, auch Nahrungsmittel. Wer also hungert, braucht Geld. Zu Geld kommt er, wenn er arbeitet. Zum Arbeiten gehört ein Arbeitsplatz. Den schafft die Industrie. Also braucht man in den Entwicklungsländern Industrie, damit die Hungernden Arbeit finden, Lohn erhalten, für den sie dort Nahrungsmittel kaufen können, wo ein Überschuß vorhanden ist. Der aber besteht seltsamerweise vornehmlich in den Industrienationen. Warum eigentlich? Weil die Entwicklungsländer ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse – meist Rohstoffe – billig an die Industrienationen gegen Geld verkaufen. Dafür kaufen sie dann Industrieprodukte bzw. ganze Industrieanlagen teuer ein, um Arbeitsplätze für ihre hungernde Bevölkerung zu schaffen und das »Sozialprodukt« zu erhöhen. Alles, was für den Eigengebrauch selbst gefertigt wird, erhöht ja nach »unserer« Wirtschaftstheorie das »Sozialprodukt« nicht!

Stehen dann diese Industrieanlagen, dann brauchen sie Abnehmer für ihre Produkte. Das meiste Geld haben die Industrienationen. Diese decken ihren Bedarf, wo es am billigsten ist. Das ist es jetzt in den industriali-

sierten Entwicklungsländern. Dort sind die Löhne am niedersten und die Umwelt noch nicht so sehr verschmutzt, so daß auch noch keine die Umwelt schonenden Auflagen bestehen⁹. Der Erfolg: Die Entwicklungsländer werden nach wie vor wie in der Kolonialzeit von den Industrienationen in der übelsten Weise ausgebeutet. In diesen aber werden die entsprechenden Arbeitsplätze nicht mehr gebraucht. Es gibt »Arbeitslose«, für die neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Die »Arbeitslosigkeit« wurde also nur aus den Billiglohnländern in die Länder mit höheren Löhnen verlagert. Hauptsache: Die Arbeit geht nirgends aus, damit der Kapitallohn fließt, wo, ist für das gesamte anlagesuchende Kapital in unserer Weltwirtschaft gleichgültig.

Weit schlimmer als Erwerbslosigkeit der Arbeiter wäre es für die Kapitalbesitzer, wenn Kapitalüberfluß bestünde und keine Arbeiter zu finden wären, die den »Kapitallohn« sichern. Doch dies ist nicht zu erwarten, solange es irgendwo auf Erden noch Arbeitslose gibt. Man kann sie als »Gastarbeiter« anwerben. Das geht aber nicht uferlos. Sobald die Wirtschaft durch Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Gesamtlage gestört wird, z.B. durch drastische Erhöhungen der Ölpreise, entsteht Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft investiert nicht mehr, d.h. es werden keine oder nur spärlich neue Anlagemöglichkeiten für Kapital geschaffen.

Da hilft der Staat auf zweierlei Weise. Er unterstützt die Bereitstellung von Arbeitsplätzen mit Geld, das er selbst borgt. Damit entlastet er den Kapitalmarkt, indem er für das überschüssige Kapital selbst die Zinsen zahlt. Überdies unterhält er ein eigenes Ministerium für Forschung und Technologie, dessen Hauptzweck es ist, der Industrie die hohen Entwicklungskosten für neue Technologien abzunehmen, die besonders kapitalintensiv sind und somit auch einen hohen Kapitallohn zu erbringen versprechen.

Da aber jeder neue Arbeitsplatz auch Rohstoffe und Energie erfordert, wird durch ihn auch dafür gesorgt, daß in den rohstofffördernden und -verarbeitenden bzw. energieerzeugenden Industrien der »Kapitallohn« für neue Investitionen gesichert ist. Karl Friedrich von Weizsäcker meint, es bestehe z.Zt. die Chance, *»endlich einmal die Armut zu überwinden durch wachsende Wirtschaft, durch Produktion von Technik.«*¹⁰ Es zeichnet sich aber heute bereits ab, daß es mittels unserer Wirtschaftsordnung niemals möglich sein wird, in einer uferlos wachsenden Menschheit alle in gleicher Weise an den »Segnungen« unserer Technik teilhaben zu lassen. Dem Reichtum der einen wird immer die Armut der anderen gegenüberstehen, solange das Kapital, d.h. der Reichtum, einen Sonderlohn für sich beansprucht. Industrie und Technik haben aber die Bedingungen, unter denen die Menschen arbeiten müssen, immer unmenschlicher gemacht. Die Technik, die der Mensch erfand, um sich von der schweren Arbeit zu

befreien und damit tatsächlich die Armut zu verringern, hat sich zum Beherrscher der Arbeitsbedingungen gemacht. Sie schreibt vor, was und wie der Mensch zu arbeiten hat. Die Arbeit ist leichter, dafür aber eintöniger und nervenaufreibender geworden. Nur noch für wenige bietet unsere heutige Wirtschaft die Möglichkeit freier, eigenschöpferischer Tätigkeit. Immer mehr unterliegt der Mensch den Sachzwängen der Technik. Diese schränkt seine Freiheitsräume mehr und mehr ein und droht, ihn zu entmündigen.

Und doch haben uns Industrie und Technik auch viele Annehmlichkeiten des Lebens beschert. Die Frage ist nur, ob diese unbedingt mit solch erheblichen Unannehmlichkeiten zu entgelten sind. Muß in allen Industriebetrieben diese Hektik herrschen? Ist nicht gerade sie eine der Krankheiten unserer Wirtschaft? Muß die Industrie mit ihrer Gleichmacherei die gesamte Wirtschaft beherrschen?

Wir sollten vor allem nie vergessen – und das gilt ganz besonders für Politiker und Wirtschaftler und für alle Zeiten –, daß die Menschen noch immer nicht von Banken und Industrierzeugnissen leben können, sondern immer nur von den Früchten des Feldes, d.h. von dem, was die Erde seit eh und je den Menschen völlig kostenlos liefert. Der Mensch kann hier mit seinem Verstand die Natur nur unterstützen, so daß sie auf gegebener Fläche mehr und nahrhaftere Lebensmittel hervorbringt. Doch er muß dabei sehr aufpassen, daß er durch seine Eingriffe die Nahrung nicht verschlechtert, wie er es z.Zt. mit seinem umfassenden Einsatz von Kunstdünger, Insektiziden und Pestiziden tut! Aber ehe wir auf die Landwirtschaft eingehen, wollen wir vorher noch alle anderen Wirtschaftszweige untersuchen. Von all diesen ist kein anderer mehr als die Industrie auf Handel, Verkehr und Dienste angewiesen.

1.3. Handel, Verkehr und Dienste

Ohne Handel, ein gut ausgebautes Verkehrsnetz und gewisse Dienste, vor allem Werbung, könnte keine Industrie leben. Wie sollten denn die von der Industrie erzeugten Güter abgesetzt werden? Der Handel spielt darum in unserer derzeitigen Wirtschaft eine überragende Rolle. Er leistet einen beachtlichen Beitrag zum »Sozialprodukt«, erwirtschaftet eine sehr hohe Bodenrente und strebt danach, sich überall in den Güterfluß zwischen Hersteller und Verbraucher einzuschalten. Obwohl bislang lohnintensiv, gelang ihm dies weitgehend. Bis die Ware vom Hersteller zum Verbraucher gelangt, kann sie auch mehrmals durch Händlerhände gegangen sein. Eine wichtige Rolle spielt der Großhandel, der zwischen Hersteller und Einzelhändler tritt.

Kettenhandel, d.h. mehrmaliger Zwischenhandel, tritt gerne auf bei Gütern, für die von den Staaten Sonderbestimmungen festgelegt wurden, z.B. Steuern, Zölle, Verbote. Die Ware wird verschoben, geschmuggelt oder getarnt. Dabei muß der Handel immer noch »lohnend« bleiben, d.h. für alle an der Handelskette Beteiligten noch einen angemessenen Gewinn abwerfen. Bei dessen Höhe muß auch die Gefahr, erwischt und bestraft zu werden, berücksichtigt werden. Zu den genannten Sonderbestimmungen gehören auch Devisenbestimmungen, d.h. Bestimmungen über die Zahlungsweise, die eine Kontrolle des Handels ermöglichen. Wir lesen hierzu:¹¹

»Seit 1959 ist die Summe der Gelder, die außerhalb des Ausgabelandes auf dem Eurodollarmarkt usw. gehalten werden, um das 1720fache gestiegen, von 500 Millionen auf 860 Milliarden Dollar wegen der Notwendigkeit, nationale Bestimmungen zu umgehen, die den Erfordernissen des Handels nicht Rechnung tragen.«¹²

Diese »Erfordernisse des Handels« können der verschiedensten Art sein. Bei allen geht es sicherlich darum, durch Umgehen von Bestimmungen, d.h. Mißachtung staatlicher Gesetze, mehr verdienen zu können. So viel wie möglich verdienen ist in der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus nun einmal oberstes Gebot. Es gilt ja auch die Theorie, daß sich durch eigennütziges Handeln eines jeden alles von selbst bestens regelt. Man denkt also am besten nur an sich, an den eigenen Betrieb, und fragt nicht, ob das Eigenverhalten andere oder die gesamte Gesellschaft schädigen könnte. Die Preise werden so hoch festgesetzt, wie es der »Markt« zuläßt. Hohe Rabatte, die die Industrie Großabnehmern gewährt, sorgen schon dafür, daß die Kleinen nicht zu viel verdienen, und, falls sie nicht eingehen, von den Großen übernommen werden können.

Die Maschine hat heute auch beim Handel Eingang gefunden, nicht nur als Schreib- und Buchungsmaschine.

»Der Taylorismus, die Arbeitsteilung, beginnt durch die elektrische Datenverarbeitung (EDV) auch im Büro den dort Beschäftigten die Einheit ihrer Arbeit und damit deren Sinn zu nehmen . . . Wo sich Berechenbares in den Lebensbereichen verbirgt, wird es aufgespürt und der elektronischen Datenverarbeitung zugänglich gemacht.«¹³

So zu lesen unter dem Untertitel: »Die EDV braucht es so«!

Es geht nur ums Geld, nicht um den Menschen. Ob die Arbeit dem Menschen gemäß ist, danach wird nicht gefragt. So, wie es »die EDV braucht«, wird es gemacht. Mit EDV wird alles rasch und billig erledigt, und der »Profit« wächst. Wie der Mensch auf die neue Art der Tätigkeit reagiert, ob sie ihn körperlich oder seelisch krank macht, darauf kann keine Rücksicht genommen werden, wenn es um Wirtschaft geht. Die Kosten für eine notwendig werdende ärztliche Behandlung hat der Betrieb

ja nicht unmittelbar zu tragen. Sie erhöhen überdies das »Sozialprodukt«! Der zitierte Aufsatz, in dem es um die »Humanisierung« der Arbeit geht, schließt mit den Worten:

»Es ist erstaunlich, wie wenig bisher der Zusammenhang durchschaut worden ist, daß Kollektivierung der Menschen in ihrer Arbeit zwangsläufig zur Kollektivierung der Gesellschaft führt.«

Kollektivierung ist jedoch das Gegenteil von Selbstbestimmung und Freiheit, was wiederum zeigt, daß wir im Grunde keine wirklich freie Wirtschaft haben. Es ist ja auch ganz unmöglich, daß das »freie Spiel der Kräfte«, d.h. der Eigennutz, alles für alle am besten regelt. Überdies hat schon Adam Smith, der »Erfinder« der Regelung durch Eigennutz, gewußt, daß es Dinge gibt, die der Markt nicht vernünftig regeln kann. Er verlangte, daß der Staat für Sicherheit nach außen, für Aufrechterhaltung der »Rechtsordnung« und für die erforderliche Infrastruktur sorgen muß. Diese »Rechtsordnung« hat natürlich in erster Linie für die Wucherfreiheit zu sorgen. Zu ihr gehört das »Gesetz von Angebot und Nachfrage«. In ihm wird alles vom Eigennutz beherrscht. Die Rechtsordnung sorgt für den stetig fließenden möglichst hohen »Kapitallohn«.

Der »Markt« kann noch nicht einmal das Einkommen der Masse der Arbeitenden vernünftig regeln. Dies wird uns mindestens jedes Jahr einmal ins Bewußtsein gerufen, wenn es um die Neufestsetzung der Löhne und Gehälter geht. Dies besorgen die Gewerkschaften mittels Verhandlungen mit den Arbeitgebern für die Arbeitnehmer.

Der Markt regelt überhaupt nichts, es sei denn, man betrachtet ein ständiges Auf und Ab der Preise als Regelung. Der vollkommenste Markt ist die Börse, an der Geldwerte gehandelt werden. An ihr schwanken die Preise ununterbrochen. Jedes, auch das kleinste Gerücht verändert Angebot bzw. Nachfrage und damit die Preise. Ohne amtliche Festsetzung gäbe es keine einheitlichen Kurse!

Der Handel spielt in unserer ständig wachsenden Wirtschaft eine immer größere Rolle. Welthandel, wie wir ihn heute haben, könnte ohne ein leistungsfähiges Verkehrswesen einschließlich Nachrichtenübermittlung nicht bestehen. Dieses Verkehrswesen dient aber nicht nur der Wirtschaft, sondern den Menschen allgemein. Es ermöglicht ihnen, sich miteinander in Verbindung zu setzen und sich leicht von einem Ort zum anderen zu bewegen. Den Hauptnutzen leistet jedoch das Verkehrswesen der Wirtschaft, sei es durch die Beförderung von Gütern, Arbeitskräften oder Nachrichten. Dieses Verkehrswesen wird weitgehend vom Staate selbst betrieben, zumindest aber nachhaltig gefördert. Doch mehr und mehr wird der Staat auf die Bereitstellung der Verkehrswege zurückgedrängt. Den Verkehr auf ihnen betreiben zunehmend die Wirtschaftenden selbst. Der Fahrzeugpark, an dem die Industrie verdient, hat dadurch ebenso wie

der Energieverbrauch erheblich zugenommen. Andererseits verringert sich das Einkommen des Staates. Wie überall, so hat sich auch hier die Wirtschaft mit Erfolg bemüht, soweit wie möglich Kosten und Wagnis dem Staate aufzubürden, selbst aber die Gewinne einzustreichen.

Die Erfolge, die hier erzielt wurden, reizen natürlich dazu, dem Staate auch seine sehr guten Verdienstmöglichkeiten bei der Nachrichtenübermittlung abzunehmen. Der Zeitpunkt ist günstig gewählt, kommt doch infolge der explosionsartigen Ausdehnung der EDV der Nachrichtenübermittlung eine wachsende Bedeutung zu. Man versucht dabei gleich aufs Ganze zu gehen, indem man Rundfunk und Fernsehen auch mit einbezieht. Es geht überall nur ums Geld, um Reichtum und Macht. Das Leben, das ursprünglich die Wirtschaft zu sichern sich mühte, wird völlig vergessen.

Ein weiteres wichtiges Glied unserer Wirtschaft sind die Dienste. Unter ihnen spielen die Werbeunternehmen für die Wirtschaft eine bedeutende Rolle. Ohne sie würde es ihr sehr schwer fallen, ihre Erzeugnisse abzusetzen, was die gesamte Wirtschaft zum Stocken brächte. Dies zeigt, daß der meiste Bedarf künstlich durch Werbung erzeugt wird.

Aber auch die gesamte Verwaltung rechnet zu den Diensten. Sie alle leisten ihren Beitrag zum »Sozialprodukt«. Dieser erreichte 1958¹⁴ für die gesamte öffentliche Verwaltung der Bundesrepublik eine etwas größere Höhe als jener der Landwirtschaft zusammen mit Forstwirtschaft und Fischerei! Die übrigen Dienste trugen genau so viel zum »Sozialprodukt« bei wie Bergbau und Energieerzeugung zusammen!

Nach der Höhe des Beitrags zum »Sozialprodukt« scheint unsere Verwaltung weit wichtiger zu sein als die Erzeugung unserer Nahrung einschließlich der Erzeugung aller erneuerbarer Rohstoffe. Bei dieser »Wichtigkeit« ist es nicht verwunderlich, daß die Verwaltung sich ständig aufbläht. Sicherlich hat die öffentliche Hand sehr wichtige Aufgaben für die Gesellschaft und damit auch für die Wirtschaft zu erfüllen. Es seien hier nur die Schulen genannt. An ihnen wird der gesamte Nachwuchs für die Wirtschaft ausgebildet. Wie dies geschieht, ist für spätere Zeiten sehr wichtig: Wird alles Bestehende gutgeheißen, wird es kritisch beleuchtet, oder wird der derzeitigen Wirtschaftsordnung Entgegengesetztes gelehrt? Es ist daher nur zu begreiflich, daß alle bestrebt sind, Einfluß auf die Schulen zu bekommen, um dort die Jugend in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie ihre Dogmen als Wahrheiten lehren dürfen. Einerseits ist hier der Staat sehr nachgiebig, andererseits aber ist die Schule in der Not auch erstes Sparobjekt, wogegen die Wirtschaft selbst, voran die ganz Großen, noch mehr staatliche Zuwendungen bekommen, die sie doch nur dazu nutzen, ihre Macht, auch gegenüber dem Staat, zu stärken.

Auch auf dem Gebiet Handel, Verkehr und Dienste ist unsere Wirt-

schaft, die sich nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen ausrichtet, sondern nur nach Geld und Macht strebt, krank. Auch hier ist nicht der Mensch das Wichtigste, sondern die Macht einer verhältnismäßig kleinen Gruppe. Das ist bei allen Tarifverhandlungen der Gewerkschaften festzustellen. Trotz der hinter den Gewerkschaften stehenden Massen und auch der Erfolge, die sie hin und wieder für diese erzielen, gehen doch letzten Endes, spätestens bei der nächsten Wirtschaftskrise, die Vermögenden als Sieger hervor, wie wir es gegenwärtig erleben.

1.4. *Das Handwerk*

Weit weniger als die Industrie ist das selbständige Handwerk auf den Handel angewiesen. Es treibt selbst mehr und mehr Handel. Es ist lohnintensiv und verbraucht weit weniger Energie je Beschäftigtem.

Es ist auf weit weniger Kapital angewiesen als die Industrie, erwirtschaftet aber auch längst nicht so viel »Kapitallohn« und nur eine weit geringere Bodenrente.

Die Neufertigung von Gütern besorgt heute nahezu ausschließlich die Industrie. Sie erobert ein Gebiet nach dem anderen für sich. Dem Handwerk verbleiben nur die Sonderanfertigungen, bei denen sich eine industrielle Fertigung nicht lohnt. Aber schon können diese vielfach aus industriell gefertigten Einzelstücken zusammengesetzt werden. Auch aus der Instandsetzung wird das Handwerk mehr und mehr verdrängt. Die Konstruktionen sind so, daß viele Teile schon derart zu einer Einheit verschmolzen sind, daß sie nur noch als solche ausgewechselt werden können. Sie sind jedoch oft so teuer, daß sich ihr Einbau nicht mehr lohnt. Eine Neuanschaffung des ganzen Geräts wird günstiger, man muß dann dieses nicht über die meist lange Instandsetzungszeit entbehren. Die Müllhalden wachsen!

Trotz alledem kann kein Wirtschaftsbetrieb ohne Handwerker bestehen. Alle die kleinen Änderungen etwa im Laden oder Büro macht der Handwerker, und die Mehrzahl aller in der Industrie Beschäftigten sind noch immer Handwerker! Sie wurden auch größtenteils vom selbständigen Handwerk ausgebildet, und noch immer bildet dieses mehr Nachwuchskräfte für die Industrie aus als diese selbst. Das Handwerk kann eben schon bald die Lehrlinge bei der Fertigung einsetzen, während die Industrie besondere Lehrwerkstätten unterhalten muß. Bei ihr ist die Einsatzmöglichkeit bei der Fertigung sehr gering.

Obwohl in der Berufsausbildung das Handwerk Überdurchschnittliches leistet, wird es vom Staate wenig beachtet. Es verfügt eben über keine so mächtige »Lobby« wie die Industrie. Auch ist seine Steuerkraft nicht so

groß. Wie überall, so spielt eben auch beim Staate und seiner Regierung das Geld die ausschlaggebende Rolle, »*der Gott des praktischen Bedürfnisses und des Eigennutzes*« (Marx). Die »Demokratien« unterscheiden sich hierbei nicht grundsätzlich von früheren Regierungssystemen. »Gott« ist nicht nur »mit den stärksten Bataillonen«, sondern auch stets mit den Mächtigen, den Reichen. Wenn auch die Priester aller Richtungen das Gegenteil behaupten und predigen, auf die Tatsachen kommt es an.

Neuerdings fängt das Handwerk an, wieder etwas Auftrieb zu bekommen, nicht etwa, weil der Staat es als krisenfest erkannt hätte – trotz hoher Arbeitslosigkeit fehlt es an handwerklich ausgebildeten Fachkräften. Der Bürger selbst hat entdeckt, daß zu einem erfüllten Leben auch schöpferische Tätigkeit gehört. Die Eintönigkeit der in Massen erzeugten Güter befriedigt nicht mehr. Das Bedürfnis nach Schönheit und Vielgestaltigkeit wächst. Individuell gestalten kann nur das Handwerk, und darum versuchen junge Menschen, alte Handwerke wieder aufleben zu lassen. Töpfer-, Handwerker-, Glasbläserwaren finden steigende Nachfrage. Selbst Spinnstuben gibt es wieder. Erstaunt stellt man fest, daß Arbeit auch Freude machen kann, daß der Erwerb des Lebensnotwendigen auch mit Lust und Liebe erfolgen kann und man dazu nicht nur mißmutig sich die vorgeschriebenen Stunden abrackern muß.

Noch steht diese Richtung auf schwachen Füßen, kann sie doch nur deshalb bestehen, weil die Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen mehr als ausreichend versorgt ist. Zeichnet sich hier nicht deutlich ab, wo wir die Krankheit unserer Wirtschaft zu suchen haben?

1.5. Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei

Die Landwirtschaft ist das fünfte Rad am Wagen unserer derzeitigen Wirtschaft, sowohl was das Einkommen wie das Ansehen betrifft. Dabei ist sie ohne jeden Zweifel der allerwichtigste Wirtschaftszweig.

Ohne Landwirtschaft würden wir allesamt verhungern. Wer wollte, ja könnte als Sammler und Jäger leben? Wer kennt denn noch die vielen nahrhaften Wildpflanzen, und wer könnte noch mit Pfeil und Bogen jagen? Nicht einer aus der Reihe der Kulturvölker, so hoch erhaben sie sich auch über den Naturvölkern dünken! Die Aborigenes in Australien, einige Indianerstämme in Amerika u.a. Naturvölker, die könnten es noch, obwohl man sie in die letzten Ecken ihres Landes zurückgedrängt hat. Unsere hochtechnisierte und chemisierte Landwirtschaft kann jedoch sehr rasch zusammenbrechen. Was geschähe, wenn uns plötzlich der Ölhahn zugedreht würde? Ohne Trecker keine Feldbestellung, ohne Melk-

maschine keine Milch, ohne Mineraldünger und Schädlingsbekämpfungsmittel ein angeblich viel zu geringer Ertrag.

Was die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Fremdenergie bedeutet, zeigte sich im Januar 1979, als in weiten Landstrichen der norddeutschen Küstenländer infolge von Schneestürmen die Zufuhr von elektrischem Strom ausblieb. Wer sollte das Vieh melken? Melkmaschinen können für eine beliebige Anzahl von Kühen gebaut werden. Der Mensch kann nur eine bestimmte Anzahl melken. An Menschen aber fehlt es in unserer Landwirtschaft. Zudem, wer kann denn noch von Hand melken?

Um solchen Naturereignissen gegenüber gewachsen zu sein, wird den Bauern empfohlen, sich Notstromaggregate anzuschaffen, d.h. zu investieren, Schulden zu machen, Kapitallohn zu zahlen für etwas, was dann vielleicht jahrelang nutzlos herumsteht! 1979 war aber nur ein Vorgesmack. Was geschieht, wenn wirklich der Ölhahn zuge dreht wird oder wenn das Öl nicht mehr zum Verbraucher befördert werden kann? Es bleibt dabei: Nur ein von Fremdenergie unabhängiger Bauer kann eine sichere Ernährung gewährleisten. Wo aber käme unsere Wirtschaft hin, wenn die chemische Industrie die Bauern als Kundschaft verlieren würde? Wieviel »Arbeitslose« gäbe das? Es wird behauptet, der Ertrag des »biologischen« Landbaus wäre um 30 % niedriger, wobei zum Vergleich Anbaumethoden dienen, die noch vor dem 1. Weltkrieg üblich waren. Schon die ursprünglich streng nach den Angaben von Dr. Rudolf Steiner (Begründer der Anthroposophie, mit okkulten Gedankengängen) arbeitende »biologisch dynamische« Wirtschaftsweise hätte mit solch niederen Erträgen längst Schiffbruch erlitten. Diese Wirtschaftsweise hat sich aber inzwischen auch die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse anderer naturgemäßer Anbaumethoden zunutze gemacht. Deren Erträge sind je nach Anbaumethode bei den verschiedenen Ackerfrüchten sehr unterschiedlich. Teils bleiben die erzielten Trockenmassen – neben der Qualität kommt es allein auf diese an – unter denen des konventionellen Landbaus, teils übertreffen sie diesen um bis zu 20 %¹⁵. Übers Ganze gesehen kann man sagen: Der naturgemäße Landbau hat mengenmäßig (was die Trockenmassen betrifft) den konventionellen Landbau nahezu eingeholt. Die naturgemäßen Anbaumethoden könnten jedoch sicher noch verbessert werden, wenn nur ein kleiner Teil der Forschungsmittel zur Verfügung stünde, die heute dem von der chemischen Industrie abhängigen Landbau zugutekommen. Sie könnten zur mikrobiologischen Erforschung des Bodenlebens verwendet werden, denn Mikroben waren es, die den gesamten Humusgehalt der Erde aufbauten und die den Stickstoff aus der Luft aufbereiteten, der nötig war, um die ungeheure Masse unserer fossilen Brennstoffe aufzubauen, die wir derzeit verschleudern!

Diese alternative Art Landbau ist allerdings lohnintensiver, aber we-

sentlich weniger kapitalintensiv, würde also weit weniger Kapitallohn erbringen. Die chemische Industrie, soweit sie für die Landwirtschaft arbeitet – und das ist ein beträchtlicher Teil – würde in Wegfall kommen. Auch das »Sozialprodukt« würde sich entsprechend verringern! Die in der chemischen Industrie für die Landwirtschaft Tätigen würden, soweit sie nicht unmittelbar in der Landwirtschaft arbeiten wollen, arbeitslos. Bei solchen Aussichten »lohnt« es sich doch nicht, Forschungsmittel für den naturgemäßen Landbau einzusetzen. Da ist es »wichtiger«, diese für großartigere Vorhaben zu verwenden, wie zum Beispiel für eine Nahrungserzeugung in der Wüste. Was tut's, wenn dabei auch Jahrtausende alte Wasservorräte in kurzer Zeit verbraucht werden? Man kann doch auch mittels Energie Meerwasser entsalzen! Auch regnet es vielleicht dann mehr, wenn dieses Wasser ans Tageslicht gefördert wird, ob allerdings dort, wo es erwünscht wäre, ist sehr fraglich.

All den kostspieligen Bemühungen, die »Nahrungslücke« zu schließen, steht entgegen, daß jedes Jahr Nahrungsmittel vernichtet werden, um die Preise zu halten, und gleichzeitig um Geld gebettelt wird, um die Hungernden ernähren zu können!

Ohne Maschinen, nicht einmal ohne Mineralien, kommt auch keine der alternativen Anbaumethoden aus. Horn-, Algen- und Knochenmehl, Phosphate, Kalk und Urgesteinsmehl, entsprechend der natürlichen Zufuhr von Gesteinsschlamm, werden benutzt. Die natürliche Zufuhr des zuletzt genannten »Düngemittels« hat sich Ägypten durch den Bau des Assuandamms abgeschnitten. Drei Vertreter der »Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft«, zu denen auch ich gehörte, haben seinerzeit den Vertreter der arabischen Liga in Bonn vor dem Bau dieses Dammes gewarnt, weil er der Landwirtschaft zwar Wasser liefern, aber auch den für das Wachstum so notwendigen Nilschlamm zurückhalten werde. Es kam weit schlimmer, als wir erwartet hatten: Das Nildelta wird vom Meere abgetragen und nicht, wie seither, vom Nilschlamm wieder aufgefüllt. Die landwirtschaftliche Nutzfläche verringert sich laufend!

Landwirtschaftliche Maschinen gab es schon vor dem Ersten Weltkrieg. Erst als die chemische Industrie zur Düngung geeignete Stickstoffverbindungen herstellen konnte, war der Weg frei für eine viel Kapital erfordern Industrialisierung der Landwirtschaft. Mit ihr war aber auch ein hoher Aufwand an Fremdenergie verbunden. Der bis nahe an den Beginn dieses Jahrhunderts fast völlig energieautarke Bauernhof wurde restlos von ihr abhängig. Es werden zur Herstellung von 1 kg Stickstoffdünger 20 kWh Energie benötigt. Bei einer Gabe von 200 kg je Hektar ergeben sich 4000 kWh je Hektar für die Stickstoffdüngung. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der BRD beträgt derzeit etwa 14 Millionen Hektar (1956 waren es 14,41 Millionen Hektar). Wird nur die Hälfte wie angegeben ge-

düngt, so ergibt sich allein für die Stickstoffdüngung ein Energieverbrauch von 28 Milliarden kWh jährlich!

Wenn wir schon Energie sparen wollen, so glaube ich, würde es sich schon lohnen, alle bekannten Formen des naturgemäßen Landbaus eingehendst zu erforschen und den chemisierten zu seinen Gunsten aufzugeben. Die Umweltbelastung durch Gifte würde wesentlich geringer, denn er bedarf ja auch keiner chemischen Pflanzen»schutz«mittel. Die Energie, die der Bauer zur Feldbestellung, zum Melken usw. braucht, könnte ihm eine Biogasanlage (vielleicht eine gemeinsame im Dorf) liefern, wobei wertvoller Kompost aus der Biomasse übrigbleibt. Entsprechende Einrichtungen gibt es längst, aber das seitens der nationalsozialistischen Regierung 1938 erlassene Gesetz, das den Elektrizitätsversorgungsunternehmen eine Monopolstellung einräumt, hat den Anreiz zur Errichtung solcher Anlagen damals genommen und erschwert sie noch heute ungemein.

Die technische Revolution hat die Menschen vom Lande vertrieben. Wenn um 1800 noch 5 Bauern nötig waren, um zusätzlich einen Städter zu ernähren, so ernährte 1965 einer alleine 20 Städter, d.h. 100 mal so viele! In Nordamerika und in Holland ernährt einer sogar 23, in Dänemark aber nur 17, in Frankreich nur 10, in Italien 7 und in der Sowjetunion sogar nur 5¹⁶. In der Bundesrepublik Deutschland werden z.Zt. etwa 75 v.H. des eigenen Nahrungsbedarfs erzeugt. Dabei genügt 1 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, um 40 Menschen einfach, aber ausreichend zu ernähren. In der DDR reicht es nur für 27.

Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft nimmt weiter ab, z.B. in der Zeit von 1961 bis 1971 um 30 v.H.. In der gleichen Zeit nahm die Zahl der Beschäftigten im Bank- und Versicherungsgewerbe um 31,4 v.H. zu¹⁷. Inzwischen gibt es viele Höfe, auf denen der Bauer ganz alleine, ohne Frau und ohne Nachkommen sitzt. Die Folge:

»Die Landwirtschaft hat in den letzten 15 Jahren mehr als die Hälfte ihrer Arbeitskräfte abgegeben. Trotzdem hat sich die Disparität auf über 40 v.H. vergrößert. Der Nachwuchs reicht nicht mehr aus, um in der nächsten Generation alle Höfe mit ausgebildeten Betriebsleitern zu versorgen. Arbeitsüberlastung, Abwanderung der Besten und die Verschuldung nehmen zu. Der Aufwand an Stickstoff hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, derjenige für Schädlingsbekämpfungsmittel, Tierarzneimittel u.ä. hat sich vervielfacht. Der Humusgehalt der Böden und damit die natürliche Fruchtbarkeit, wurde verschlechtert, die Qualität der Produkte ist einem wachsenden Mißtrauen der Verbraucher ausgesetzt.«¹⁸

Und die Menschen werden weiter vom Lande vertrieben. Es werden sogenannte Veredelungsbetriebe, die in Wirklichkeit den gesundheitlichen Wert der Nahrung herabsetzen, nur die Haltbarkeit und damit die

Möglichkeit der Vermarktung verbessern, wie z.B. Molkereien, zu Großbetrieben zusammengefaßt. Die bislang in den dörflichen Betrieben Beschäftigten sind gezwungen, in die Städte abzuwandern. Wer aber will noch in einem entvölkerten Land Bauer sein und unter Umständen, ohne eine Frau zu finden, ein Leben lang mutterseelenallein einen Hof bewirtschaften? Was macht so ein armer Mensch, wenn er krank wird? In dem Dorf, in dem ich wohne, werden heute von ehemals 12 Höfen noch 9 bewirtschaftet. Davon wirtschaften 2 Bauern alleinstehend, 5 weitere Höfe laufen aus, weil keine Nachkommen da sind oder den Hof übernehmen wollen. Wo werden die restlichen 2 einmal Hilfe finden, wenn sie sie brauchen? Die Einwohnerzahl hält sich noch, weil die ehemaligen Bauern bzw. ihre Kinder Tages- oder Wochen-Pendler geworden sind und Rentner aus der Stadt zuziehen.

Zur oben genannten »Disparität« ein Beispiel¹⁹: Es konnte kaufen:

1962 ein Landwirt für 1 kg Weizen 462 g Mischbrot, 1972 noch 221 g

1962 ein Arbeiter für 1 Stundenlohn 3,7 kg Mischbrot, 1972 4,8 kg.

Geld und Brot allein machen den Menschen jedoch nicht zufrieden, auch nicht auf dem Lande. Was dem Menschen heute fehlt, ist Lebensfreude. Sie muß das ganze Leben beherrschen, wenn es lebenswert sein soll, auch die Arbeits-, nicht nur die Freizeit. Je geringer die natürliche Lebensfreude, desto materialistischer werden die Menschen. Mittels materiellem Genuß suchen sie das Fehlende zu ersetzen. Dieser aber bringt die Lebensfreude nicht zurück. Er läßt nur den Unterschied zwischen der Eintönigkeit der Arbeit und der Vielfalt der für Geld zu habenden Vergnügungen weit besser erkennen. Das Verlangen nach solchen Vergnügungen wird größer. Die Arbeitsunlust wächst. Immer toller müssen die Freizeitfreuden werden. Der Alkohol fließt in Strömen. Vielen reicht er zur Betäubung der Unlust nicht mehr aus. Es wird nach härteren Drogen gegriffen. Was kein Vergnügen verspricht, wird als lästiges Übel betrachtet, auch Kinder. Trat der Mangel an Arbeitsfreude zuerst in den industriellen Großbetrieben auf, so erfaßt er mit fortschreitender Technisierung allmählich alle Berufe, auch die Landwirtschaft.

Für den Bestand eines jeden Volkes ist nichts dringender erforderlich als eine gesunde Landwirtschaft. Sie allein gewährt Sicherheit, nicht ein hohes Bankkonto. Auch kein einziger Wirtschaftszweig kann ohne Landwirtschaft bestehen. Die Landwirtschaft hat Jahrtausende lang die Menschheit mit allem, was zum Leben notwendig war, versorgt, ohne das geringste Müllproblem. Land- und Forstwirtschaft sind die einzigen Wirtschaftszweige, die wirklich Lebensnotwendiges erzeugen, sei es Nahrung, seien es Rohstoffe. Alle anderen Wirtschaftszweige verbrauchen nur! Darum ist jeder Arbeitsplatz im landwirtschaftlichen Grenzbe- reich letzten Endes produktiver als ein Arbeitsloser. Trotzdem wurde und

wird, zumindest seit rund tausend Jahren, auf die Bauern herabgesehen. Sie wurden und werden ausgebeutet, so gut es geht.

In der Landwirtschaft begann erst in diesem Jahrhundert eine ungeheuer rasch sich steigernde Anwendung »ergiebigere Produktionsmethoden«. Der Bauer mußte also nach dem, was wir über den »Spaten« gesagt haben, über unendlich viel Freizeit verfügen. Er hat aber eher weniger denn je. Wo ist sie geblieben? Alle für die Arbeit nicht unbedingt erforderlichen Kräfte, wurden und werden in die Städte, in die Fabriken gelockt. Dort wird die Gütererzeugung in immer kürzeren Zeitabschnitten verdoppelt. Mehr Freizeit gibt es aber auch dort nur nach harten Kämpfen. Die Güter werden mit Schwachstellen versehen, damit sie rascher ersetzt werden müssen, erbringt doch der Umsatz die Rendite! Der mit wachsender Unlust erzeugte Mehrausstoß an Gütern wird im Grunde verschleudert. Die Menschen schufteten tatsächlich nicht nur um nichts, sie vergiften in wachsendem Umfang die Umwelt und sich selbst. Nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft sind krank, die Menschen sind es nicht minder.

1.6. Krank von der Wurzel her

Die Krankheit hat die ganze Wirtschaft erfaßt. Die Wirtschaft ist am Schwanze aufgezümt. Der lebenswichtigste Zweig wird am stiefmütterlichsten behandelt. Das Mittel zur Erleichterung des Warentausches und zur Förderung der Arbeitsteilung wird zum wichtigsten Glied in der Wirtschaft, ist aber dem Einfluß der Regierenden aller Staaten und damit auch der Völker fast ganz entzogen. Die Geldwirtschaft führt ein Eigenleben, regiert aber letztlich die Wirtschaft in aller Welt. Ihr Wirtschaftsgut ist das Geld. Es soll auch dazu dienen, wirtschaftliche Leistungen miteinander zu vergleichen, um sie gegeneinander austauschen zu können. Es macht aber schon Schwierigkeiten, materielle Güter wie Äpfel, Geschirr, Getreide, Medizin miteinander zu vergleichen. Hier aber bietet wenigstens die zur Erzeugung notwendige Leistung einen Anhalt. Wie soll man aber ideelle Werte auch in Geld ausdrücken, Gemälde, Konzerte, Unterricht? Wo das Geld herrscht, werden materielle Güter das Übergewicht über die ideellen, die Kulturgüter, bekommen. Eine solche Wirtschaft vergift den Menschen, seine Arbeit und seine Bedürfnisse. Sie fördert den Egoismus und Materialismus. Der Materialismus hat heute mit seiner Zivilisation nahezu alles erfaßt und sich bis in den letzten Winkel der Erde ausgedehnt. Selbst die Bauern sind ihm weitgehend verfallen. Das uferlose Streben nach materiellen Gütern macht den Menschen abhängig und zum Sklaven von »Sachzwängen« und hat ihn in eine zur Unmenschlichkeit neigende Richtung gedrängt. Der »Staat« soll überall helfend eingreifen

und tut es auch. Im Osten regelt er alles und duldet nur, was von ihm gutgeheißen wird. Im Westen mischt er sich in steigendem Maße in das Leben der Bürger ein. Seitens der Wirtschaft wird sogar sofort nach ihm gerufen, wenn die Geschäfte nicht mehr so gut gehen oder gar Pleiten der Großen drohen (z.B. Pelikan, Hannover). Dann soll er »Konjunkturspritzen« geben, beziehungsweise »stützen«. Die »Selbstregelung« der Wirtschaft über den »Markt« funktioniert nicht. Für die Arbeitnehmer wurden Zwangsorganisationen geschaffen wie Krankenkassen, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung. Solche Zwangsgebilde verhindern, daß die Menschen in Freiheit und Eigenverantwortung ihr Leben meistern können. Es müßte genügen, ihnen dann zu helfen, wenn sie unverschuldet in Not geraten. In gesunden Naturvölkern ist dies heute noch üblich und auch vollkommen ausreichend.

Für den Käufer bietet unser Wirtschaftssystem nicht nur Vorteile. Qualität, die mehr kostet, kann er meist nicht beurteilen. Er kann sich auch nicht nach dem Preis richten. Vielleicht ist die Ware diesen noch nicht einmal wert. Ein weltumspannender Markt ist selbst von Fachleuten kaum durchschaubar. Herrscht in ihm noch aus Grundsatz der Eigennutz, dann ist hier jede Täuschung möglich. Gerecht ordnen kann der Markt sicherlich nicht. Auch ist er nicht qualitätsförderlich, eher -hinderlich. Allerdings kann sich Leben nicht ohne ein gewisses Maß von Eigennutz erhalten. Es kommt darauf an, wo und wann eigennützig gehandelt wird. Hierzu ist zunächst nur festzustellen, daß, falls der Eigennutz *allein* die Wirtschaft regelt, diese genau so krank wird, wie wenn der Eigennutz völlig ausgeschaltet und der Mensch ins Kollektiv gefressen wird.

Wie das Geld, so wirkt auch die Industrie im Sinne der Kollektivierung. Je gleichartiger die Güter, die sie erzeugt, desto einfacher ist es, sie automatisch und damit geldmäßig billiger herzustellen. Was aber billiger ist, muß durchaus nicht auch der Natur des Menschen gerecht werden. Die Welt um ihn ist von Natur aus vielgestaltig. Völlig Gleiches gibt es in ihr nicht. Es wirkt abstoßend und macht lustlos. Eintönigkeit herrscht im Kollektiv. Freiheit erzeugt Vielfalt.

Die Wirtschaft hat Formen angenommen, die der Natur des Menschen nicht angepaßt sind. Er weiß nicht, wonach er sich richten soll. Darum wurde auch die Frage gestellt,²⁰ ob die Wirtschaft besser »glücks- oder wahrheitsorientiert« sei. Wirtschaftler, Soziologen und selbst Theologen fanden bislang darauf keine Antwort! Ein Theologe stellte nur fest:

»Wenn wir heute so weitermachen, daß jeder – damit rechnend, daß das Gemeinwohl sich von selbst ergibt – nur seinen Vorteil sucht, dann ist die Katastrophe unvermeidlich.«²¹

Andere Stimmen lauten ähnlich:

»Obwohl hier ein gutes Dutzend der renommiertesten Ökonomen unse-

rer Zeit zusammenkamen, vermochte doch niemand aus dem Kreis eine neue Idee zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Probleme hervorzubringen. Bis auf Professor Giersch zeigte überhaupt niemand den Mut, einen Wurf zu wagen, die untauglich gewordenen Rezepte der Vergangenheit zu ersetzen. Die in Kiel versammelten Ökonomen erinnerten an Möbelpacker, die immer dieselben Möbel hin- und herschleppen.«²²

Die Verwirrung ist vollständig:

»Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, daß das Weltbild, welches uns täglich in den Medien geboten wird, sehr wenig mit der augenblicklichen Wirklichkeit zu tun hat, sondern die verzweifelte Geisterbeschwörung der Priesterklasse eines aussterbenden Irrglaubens darstellt« . . .

»Neid und Habgier müssen unsere Götter bleiben, schrieb der englische Ökonom Keynes: ›Wir müssen glauben, daß fair = foul und foul = fair ist, denn foul ist nützlich und fair nicht‹. Sein deutscher Kollege Roscher erklärte, der Spruch Senecas ›Wenn du jemand reich machen willst, dann helfe ihm, seine Bedürfnisse zu verringern!‹ würde jede Zivilisation untergraben.«²³

Die Krankheit unserer Wirtschaft wird also bereits weitgehend erkannt. Sie krankt aber auch an falschem Sprachgebrauch. Das schlimmste Beispiel bietet das Wort »Arbeit«. Der »Arbeitslose« wird zutiefst bedauert. Ihm gilt die Fürsorge des Staates. Ohne »Arbeit« kann man aber durchaus leben, wenn man das Lebensnotwendige auf andere Weise »erwerben« kann, z.B. über den Kapitallohn. Diesen erhält der »Arbeitgeber« dafür, daß er dem »Arbeitnehmer« durch Schaffung eines »Arbeitsplatzes« eine »Erwerbsmöglichkeit« schafft. Wer aber etwas »schafft«, hat natürlich ein Anrecht auf »Lohn«, kann man weiter folgern. Und der Kapitallohn ist gesichert!

Wo aber falsche Begriffe herrschen, kommt der Irrtum von selbst. Das wußte bereits Konfutsse vor zweieinhalb Jahrtausenden.

Würde man den »Arbeitnehmer« einen »Mitarbeiter« nennen, so würde er sicher ganz anders behandelt werden, liegt doch in diesem Begriff nicht unbedingt auch der der Abhängigkeit, der aber dem des Arbeitnehmers anhängt. Es ist hier nicht der Ort, diese Fragen weiter zu erörtern. Die gesamte Begriffsbildung in der Wirtschaft ist bei uns kapitalistisch, im Osten marxistisch, und es wird entsprechend diesen auch in den Wirtschaftswissenschaften gedacht.

Wie in allen Wissenschaften, so nimmt auch in der Wirtschaftswissenschaft das Spezialistentum zu. Ein Spezialist weiß bekanntlich »von immer weniger immer mehr, bis er von nichts alles weiß«. Er sieht nur sein Gebiet und übersieht die Zusammenhänge nicht. Dieses einschichtige Denken, das sozusagen nur sich selbst kennt, führt zur Gigantomanie. Die Wirtschaft strebt nach immer größeren Einheiten. Die multinational-

len Konzerne brauchen möglichst große Absatzgebiete. Für sie ist die Weltwirtschaft im Weltstaat das Ziel. Eine Etappe auf diesem Weg sind die europäischen Gemeinschaften. Zwar hat die Soziologie längst erkannt, daß der Mensch von Natur aus sich am wohlsten in kleinen Gemeinschaften fühlt und nicht in Superstaaten. Noch jede »Supermacht« ging früher oder später zugrunde: Persien, Rom, Heiliges römisches Reich deutscher Nation, Spanien, Frankreich, England. Wie es den zur Zeit bestehenden ergehen wird, entscheidet sich vielleicht noch in diesem Jahrhundert.

Je größer die Gemeinschaft, umso weniger ist sie durchschaubar. Wenn daher der in hohem Ansehen stehende Volkswirtschaftler Paul A. Samuelson schrieb:

»dieser Tage zeigt sich, daß die Welt viel zu komplex geworden ist, um von der simplen Volkswirtschaftslehre noch begriffen werden zu können,«²⁴

so trifft das sicherlich zu, wie wir gesehen haben. Es müßte dies aber nicht sein. Es ist nur Ausfluß der Krankheit unserer Volkswirtschaft. Sie ist in ihrem Glauben an die Möglichkeit eines unbegrenzten Wachstums gigantomanisch geworden.

Einer der Spitzenreiter dieser Gigantomanie ist der amerikanische »Futurologe« Hermann Kahn, »Mister Zukunft« genannt. Er unterhält in der Nähe von New York ein großes Büro, das seine Aufträge von den Staaten und den »Multis« erhält. In einem Aufsatz mit dem Titel »Wir besiegen den Mangel, wir schaffen Überfluß«²⁵ redet Kahn von »*Städten im Welt-raum, die auf dem Reißbrett bereits Gestalt annehmen.*« In ihnen wohnen und arbeiten die Menschen, denen es auf Erden nicht mehr gefällt. Wovon sie dort leben, verrät Kahn nicht.

»In 200 Jahren hat die Menschheit das goldene Zeitalter erreicht: Die Armut ist gebannt, Wohlstand für alle da. Die Bevölkerungsexplosion, der Energiemangel und die Ernährungs-krise werden als Probleme einer Übergangszeit gelöst sein.«

Glauben Herr Kahn und mit ihm viele Politiker das alles wirklich? Die Landwirtschaft, vor allem die Ackerwirtschaft sei »ausbeutend«, meint Kahn. Stellt er damit nicht die Dinge auf den Kopf? Wir haben doch im Gegenteil die Landwirtschaft als den einzigen Wirtschaftszweig erkannt, der, wenn er mit Verstand und naturgemäß betrieben wird, sich völlig alleine tragen und noch Überschüsse abgeben, d.h. viele weitere Menschen je landwirtschaftlicher Arbeitskraft ernähren kann. Papier ist geduldig. Es kann sich nicht wehren gegen das, was darauf gedruckt wird!

2. Krankheitsbestimmung (Diagnose)

Wir sind keineswegs die einzigen, die der Ansicht sind, unsere Wirtschaft sei krank. Auch Ruhland vertrat nicht als erster diese Ansicht, auch nicht Karl Marx. Schon im Altertum machten sich Menschen Sorgen über die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie erkannten, daß die Reichen die Armen ausbeuteten und damit Macht errangen, und verurteilten dies, ohne Wege zur Abstellung zu weisen. So deutlich wie heute trat die Gefahr, die der Menschheit aus der Fehlentwicklung der Wirtschaft drohen kann, damals allerdings noch nicht hervor. Heute wird sie von vielen gesehen, auch von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft. Die meisten unter ihnen möchten dies auch gerne ändern, wissen aber nicht wie. Ihr Denken ist zu sehr in den gewohnten Bahnen festgefahren. Sie sehen die *Krankheitserscheinungen* und glauben, es genüge, an diesen herumzukurieren.

Einige glauben auch, Gefahr drohe vom »Nord-Süd-Gefälle«, von dem großen Unterschied im »Lebensstandard« zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern. Sie wollen den letzteren auch die »Segnungen« der »hochentwickelten« Wirtschaften bescheren. Sie beachten nicht, daß sie damit auch den Entwicklungsländern ihre kranke Wirtschaft bescheren würden, die schon einen so großen Anteil der Rohstoffvorräte dieser Erde verbraucht hat, daß der Rest sehr bald von den Industrienationen verbraucht sein wird. Die Ausweitung der Wirtschaftsordnungen der Industrienationen würde sicher zu der »Katastrophe« führen, von der Jesuit Hoefnagels sprach.

Diejenigen, die diese Katastrophe verhindern wollen, suchen nach einem »Dritten Weg«, einem Weg zwischen Kapitalismus und Marxismus, den beiden in den Industrienationen herrschenden Wirtschaftsordnungen. Sie scheinen auf dem richtigen Weg zu sein.

2.1. Wie andere die Krankheit sehen und ihre Heilungsvorschläge

Wir haben gezeigt, daß der Zins, der »Kapitallohn«, die wesentlichste Ursache für den Antrieb der Wirtschaft zu einem stetigen Wachstum ist, der seinerseits wiederum auf der Bodenrente fußt, die zunimmt, sobald auf dem Boden gewirtschaftet wird, und dabei schwindelnde Höhen erreichen kann. Zins und Bodenrente bieten auch die beste Möglichkeit zur Ausbeutung der Unvermögenden durch die Vermögenden. Diese Tatsache ist so offensichtlich, daß es außerordentlich verwunderlich ist, daß diejenigen, die über Geld- und Bodenrecht die Wirtschaftsordnung ändern wollen, nicht *mehr* Gefolgschaft finden.

Seit langem besteht die »Freisoziale Union« als politische Partei. Sie vertritt auf dem Gebiet der Wirtschaft die Lehre Silvio Gesells, die sich

»Freiwirtschaft« nennt, sonst liegt sie etwa auf der Linie der F.D.P. Sie kam bei Wahlen, soviel ich weiß, nie über 0,1 v.H. der Stimmen hinaus. Dies ist u.a. mit der Trägheit der Massen zu erklären, die sich um nichts als das eigene Wohlergehen kümmern. Wer glaubt, er sei ausreichend versorgt (oder dafür Sorge seine Gewerkschaft), sieht nicht ein, warum er sich dann auch noch darum kümmern soll, ob alles bestens und gerecht geregelt ist. Es ist völlig unwahrscheinlich, daß dieser mangelhafte Erfolg bei vielen auf die Einsicht zurückzuführen ist, daß bei einer Durchführung der Vorschläge dieser Partei sich grundsätzlich gar nichts ändern würde: Die Wirtschaft wäre auch weiterhin zum ständigen Wachstum gezwungen wie seither, die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen wäre nicht wesentlich beeinträchtigt, die Bodenrente soll zwar den Müttern zufallen, aber der Zins wäre keineswegs beseitigt – wie diese Partei vorgibt –, zumindest nicht bei denen, die sehr »vermögend« sind, vertrat doch Gesell die Meinung, daß der ungezügelte Eigennutz nicht nur die Wirtschaft, sondern das gesamte Gesellschaftsleben bestens ordnen könne²⁶.

Wir haben heute bereits etwas Ähnliches wie das, was Gesell erstrebte, die »dosierte Inflation«. Diese erspart überdies das Märkchenkleben alle 4 Wochen, bezieht allerdings auch die Girokonten und die festverzinslichen Werte mit ein, nicht jedoch das gesamte in der Wirtschaft »arbeitende« Kapital. Wenn die »5 Weisen« in ihren Wirtschaftsvorhersagen z.B. von einem Wachstum von 2,5 v.H. und einer Preissteigerungsrate von 4,5 v.H. reden, dann setzt die Bundesbank den Diskont auf 7,5 v.H. fest und verspricht eine Erhöhung des Notenumlaufs um 8 v.H. Damit geht so ziemlich alles auf. Der kleine Sparer bekommt für festverzinsliche Werte 4,5 v.H., d.h. etwa so viel wie der Preissteigerung entspricht. Die Bankkredite kosten etwa 10 bis 11 v.H., der Kapitallohn ist also bestens gesichert, vor allem auch über die Dividenden. Und das alles zahlen wie üblich die arbeitenden Massen einschließlich derer der Rohstoffländer.

Es gibt noch andere Vorschläge, die Gesundung unserer Wirtschaft über eine Änderung des Geldwesens und vor allem des Bodenrechts zu erreichen, die zum Teil viel älter sind als die Gesells. Noch nie aber konnte sich eine durchsetzen. Nichts zeigt besser als dies, wie schwer es sein wird, Änderungen größeren Ausmaßes zu verwirklichen.

Nur einer, der den Kapitalismus bekämpfte, konnte sich durchsetzen: Karl Marx! Wir haben aber auch hier bereits gesehen, daß sich durch ihn nichts grundlegend geändert hat. Die Massen werden noch schlimmer als im Kapitalismus ausgebeutet, und das ständige Wirtschaftswachstum gehört auch zu den Heilslehren des Marxismus.

Zwar hat Marx den Götzen »Geld« erkannt, schrieb er doch:

»Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem kein anderer Gott bestehen darf. Das Geld erniedrigt alle Götter des Menschen und verwan-

delt sie in eine Ware. Das Geld ist der allgemeine, für sich selbst konstituierte Wert aller Dinge. Er hat daher die ganze Welt, die Menschenwelt wie die Natur, ihres eigentlichen Wertes beraubt. Das Geld ist das dem Menschen entfremdete Wesen seiner Arbeit und seines Daseins, und dies fremde Wesen beherrscht ihn, und er betet es an. Der Gott des Juden hat sich verweltlicht, er ist zum Weltgott geworden.»²⁷

Was aber hat Marx zur Entthronung dieses Gottes getan? Er wollte »Gott« selbst abschaffen mit seinem »Dialektischen Materialismus«. Das aber gelang ihm nicht. Auch die marxistischen Länder müssen hier Zugeständnisse machen, und zwar je länger sie bestehen, umso mehr! Marx hat zwar das Eigentum an Produktionsmitteln abgeschafft, dabei aber Geld und Zins unangetastet gelassen. Seine »Expropriation der Expropriateure« wechselte nur die »Expropriateure« aus und führte zu Zwangsstaaten schlimmster Sorte, die sich heuchlerisch auch noch als »Demokratien« bezeichnen!

Wenn der Kapitalismus auf dem Eigennutz aufbaut, so ist dieser damit, daß man das Eigentum an Produktionsmitteln abschafft, noch lange nicht beseitigt. Er ist mit solchen Mitteln niemals zu beseitigen, genau so wenig wie die Einkommensunterschiede, vor allem diejenigen nicht, deren Ursachen naturgegeben sind. Wer dies versucht, muß die Leistungsfreude untergraben. Der Kapitalismus ist darum dem Marxismus überlegen, weil er die Leistungsfreude für seine Zwecke ausnützt.

Marx glaubte, wenn er Vorrechte, Privilegien, abschaffe, dann gäbe es keine Unterprivilegierten mehr. Selbst wenn dies zuträfe – man erkennt leicht die »Privilegierten« in den marxistischen Ländern –, so wäre damit der Neid der Habenichtse nicht beseitigt. Man kann von außen Eigenschaften, die im Menschen liegen, nie beseitigen. Man kann bei allen Maßnahmen nur berücksichtigen, daß die Würde des Menschen nicht angetastet wird. Diese aber wird in den marxistischen Staaten mit Füßen getreten. Aber auch sonst wird dies viel zu wenig beachtet, auch bei uns, obwohl es im Grundgesetz gefordert wird.

Auch die Sozialgesetzgebung Bismarcks beachtete dies nicht. Sie hatte deshalb nicht den gewünschten Erfolg, ein Gegengewicht gegen das Fortschreiten des Marxismus zu sein. Die Gesetze »diskriminierten« den Arbeiterstand. Er wurde als einziger gegängelt. Man nahm ihm die Freiheit, für sich selbst zu sorgen. Heute werden die Sozialversicherungen nicht mehr als »diskriminierend« empfunden, sind doch nahezu alle, und nicht einmal nur die Nicht-Selbständigen, in das System der Zwangsversicherungen einbezogen. »Man« hat sich daran gewöhnt!

Auch über die Wichtigkeit der Wirtschaftsgebiete herrscht in den marxistischen Staaten dieselbe Auffassung wie in den kapitalistischen: Industrie ist wichtiger als Landwirtschaft.

Der einzige mir bekannte Fachmann, der die Ansicht vertrat, die gesamte Wirtschaft habe sich an der Landwirtschaft auszurichten, war Ruhland. Im »Dritten Reich« gab es Ansätze, diese Ansicht zu verwirklichen. Die vom einstigen »Reichsbauernführer« R. Walther Darré eingeführte »Marktregelung« in der Landwirtschaft stützte sich auf Ruhland. Die Bauern waren's zufrieden, verschaffte sie ihnen doch ein höheres und zudem gesichertes Einkommen. Eine weitere Ausdehnung Ruhlandscher Gedanken auf die übrige Wirtschaft fand s. Zt. aber nicht statt. Sie hätte den Zwangsstaat auch in der Wirtschaft verwirklicht, enden doch die Vorschläge Ruhlands in einem Dirigismus, der sehr leicht in ein Zwangssystem hätte umschlagen können²⁸. Die übrige Wirtschaft blieb bis zu Kriegsbeginn so ziemlich kapitalistisch »frei«. Von der versprochenen »Brechung der Zinsknechtschaft« war nach der »Machtergreifung« sowieso keine Rede mehr.

Die Marktregelung in der Landwirtschaft aber hat die »Entnazifizierung« überstanden, allerdings mit Änderungen, von denen Landwirte meinen, es seien Verschlechterungen. Sie hat sogar die ganze EWG erfaßt! Sie ist auch einer der sozialen Teile unserer »Sozialen Marktwirtschaft«, die ja angeblich die Mängel des Kapitalismus' überwinden will. So jedenfalls dachten es sich die Väter der »Sozialen Marktwirtschaft«, voran Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke.

Aber auch die Soziale Marktwirtschaft will mit Hilfe des Eigennutzes die Wirtschaft steuern. Bietet man aber dem Eigennutz einen Finger, dann nimmt er die ganze Hand. Das mußte auch Rüstow erkennen. Er führte darum in einem Vortrag aus: daß es Wichtigeres gäbe als Wirtschaft, nämlich *»jene höheren Werte . . . , denen unsere Wirtschaft hätte untergeordnet werden sollen . . . «*²⁹. Er fragt: *»Wo bleibt der Sozialplan?«*, wobei sich aus den weiteren Ausführungen ergibt, daß er eine Regelung bis ins Kleinste wünscht, also im Grunde eine Fortentwicklung der Sozialpolitik Bismarcks, d.h. eine fortschreitende Einschränkung der Freiheitsräume, soweit es sich nicht um die »heilige Kuh« »Soziale Marktwirtschaft« handelt. Des weiteren fordert Rüstow, man solle den *»Geltungstrieb, anstatt ihn prüde zu verketzern, vielmehr in erfreuliche, nützliche und produktive Bahnen lenken«*. Für *»gemeinnützige Stifter«* fordert er, man solle dafür sorgen, daß sie die *»verdiente öffentliche Anerkennung und Ehrung erfahren«*. Also *»Lohn«* für alles, nicht nur fürs Kapital! Doch auch er hat gesehen, daß unsere, d.h. die »Soziale Marktwirtschaft«, krank ist, sagt er doch:

»Es ist unangenehm, einem Menschen, der krank ist, der rote Backen hat, zu sagen, daß er krank ist . . . Umso wichtiger ist es, daß wir uns darüber klarwerden, und daß wir uns durch die roten Backen unseres Wirtschaftswunders nicht über diese tiefgreifende Krankheit [den Materialis-

mus] und die Heilungsbedürftigkeit dieser Krankheit wegtäuschen . . . und daß der Wohlstand nur dann menschlich zu ertragen ist, wenn er sich diesen höheren Werten unterordnet.«

Dagegen ist nichts einzuwenden, nur darf man dann nicht den Eigennutz zum Regulator machen und für jede gute Tat einen Lohn fordern.

Auch Wilhelm Röpke, der zu Recht darauf hinweist, daß es noch etwas gibt »jenseits von Angebot und Nachfrage«, glaubt, die »Soziale Marktwirtschaft« sei antikollektivistisch. Er sieht dabei offenbar nur die Herren der Wirtschaft – die haben Freiheit –, nicht aber die in der Wirtschaft Arbeitenden. Diese werden doch auf Schritt und Tritt gegängelt und fortschreitend kollektiviert. Er beklagt zwar das Vordringen des »Wohlfahrtsstaates«, sieht aber nicht, daß dies die ganz natürliche Folge der Herrschaft des Eigennutzes in der Wirtschaft ist. Wenn schon die Wirtschaftsbosse eigennützig handeln sollen, warum sollen es dann die Arbeitssklaven nicht auch tun? Gleiches Recht für alle! Aber nicht nur die Wissenschaftler aus der Gruppe »Soziale Marktwirtschaft« haben die Krankheit unserer Wirtschaft erkannt. Schon zwischen den Weltkriegen wies Werner Sombart darauf hin:

» . . . Dem Gewinnstreben ist ein Wirtschaftsleben von einem Umfang, einer Größe, einer Mächtigkeit entsprungen, wie es keine frühere Zeit gesehen hat; in der Verfolgung eines so unwirtschaftlichen Zieles wie dem Gewinn ist es gelungen, Hunderten von Millionen Menschen, die früher nicht da waren, zum Leben zu verhelfen, ist es gelungen, die Kultur von Grund auf umzugestalten, sind Reiche gegründet und zerstört, Zauberkulturen der Technik aufgebaut, ist die Erde in ihrem Aspekt verändert worden. Alles nur, weil eine Hand voll Menschen von der Leidenschaft ergriffen war, Geld zu verdienen . . . «³⁰

Sombart hielt also damals das »Gewinnstreben« für »unwirtschaftlich« und zitiert hierzu Werner v. Siemens:

»Geschäfte zu machen oder gar sich um Geschäfte bemühen, nur um des Erwerbes willen, für sich oder andere, galt früher und gilt vielen noch jetzt als verwerflich . . . «³¹

Ich halte dies für außerordentlich beachtenswert, liegt doch in der Zwischenzeit das Hitlerreich mit dem Zweiten Weltkrieg. Seither aber gilt als Sinn des Wirtschaftens der Gewinn und die Jagd nach dem Gelde.

So ganz ohne Seitenblick auf den Erfolg des Wirtschaftens wird wohl auch Werner v. Siemens sein Geschäft nicht betrieben haben. Schließlich war doch alles Wirtschaften von Anfang an auf einen Erfolg gerichtet, und zwar das eigene Leben und das der Sippe und vielleicht noch des Stammes zu sichern. Das Streben nach Reichtum und vor allem nach Macht, trat erst später hinzu. Dieses Streben bekam schließlich die Oberhand und ist, rein äußerlich gesehen, die Ursache der Krankheit unserer Wirtschaft. Ihr

kommt es nicht mehr darauf an, was produziert wird und ob dies auch sinnvoll oder gar lebenszerstörerisch ist, also dem ursprünglichen Sinn des Wirtschaftens zuwiderläuft: wenn nur Geld hereinkommt, und zwar je mehr, desto besser, verspricht doch Geld Macht. Mittels Macht aber können neue Privilegien errungen werden, die wiederum zu noch rascherem Gelderwerb führen können.

Dieses hemmungslose Gewinnstreben konnte erst zum Durchbruch kommen, als die Unternehmer nicht mehr selbst Kapitaleigner sein mußten, sondern den Betrieb im Auftrag der Kapitaleigner führen konnten, diese also »anonym« und nach außen nicht verantwortlich waren, denn letztlich erfordert jedes hemmungslose Gewinnstreben das Ausnutzen der Notlage anderer, also eine im Grunde kriminelle Handlung, die allerdings im Kapitalismus weitgehend »legal« ist!

Die »*Loslösung des Unternehmertums vom Kapitalbesitz*«³² wurde ermöglicht durch die Einrichtung der »Kapitalgesellschaften«, die sich mit der Zeit immer gewaltiger auswirkte, auch bei der Firma Siemens, die heute im Bau von Atomreaktoren führend ist!

Sombart sieht den Zusammenhang zwischen Erwerbs- und Machtstreben. Er schreibt:

*»Verwandt mit dem Erwerbstrieb ist der Machttrieb, d.h. das Streben, viele Menschen und Dinge in Abhängigkeit von sich zu bringen.«*³³

Auch einen Zusammenhang zwischen christlich-puritanischer Frömmigkeit und Kapitalismus sieht Sombart, meint allerdings:

*»So ist damit noch nicht bewiesen, daß auch nur ein einziges Bergwerk abgetäuft, ein einziger Hochofen angeblasen ist aus Treibkräften heraus, die in jener Frömmigkeit ihre stärkste oder überhaupt eine Wurzel haben.«*³⁴

So unmittelbar ist ein solcher Zusammenhang auch nicht erkennbar. Er liegt, wie wir bei den Ideologien gesehen haben, in der ganzen Lehre begründet.

Weder Sombart noch Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke mit ihrer »Sozialen Marktwirtschaft« haben bisher die Wirtschaft in andere Bahnen lenken können. Es ist nur eine »Fortentwicklung der herrschenden Krankheitserscheinungen« festzustellen³⁵. Die Wirtschaft wird immer kränker, die Freiheit immer mehr beschnitten. Beim Arbeiter fing es an. Heute sind alle Unselbständigen erfaßt. Die Landwirtschaft wurde aus dem »freien Spiel der Kräfte« herausgenommen, die Zahl der selbständigen Wirtschaftsbetriebe nimmt laufend ab, die Größe der Konzerne zu. Die Kollektivierung schreitet in der angeblich freien Wirtschaft ständig voran. Dagegen wenden sich die marxistischen Staaten bei den Kleinbetrieben vom Kollektivismus ab. Die beiden Systeme nähern sich mehr und mehr einander an, wie es Bernard M. Baruch gewünscht und vorhergesagt hat.

Entsprechend dem Glauben an die Dialektik von Hegel und Marx wird heute vielerseits eine Synthese zwischen den beiden vorherrschenden Wirtschaftsordnungen, der »Dritte Weg« oder die »Dritte Ordnung« gesucht. Schon vor Jahren wurde hierzu im »Internationalen Kulturzentrum Achberg« ein »Ständiger Jahreskongreß dritter Weg« ins Leben gerufen. Von ihm hören wir:

»... ihre (privatmonopolistischer Kapitalismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus) immer beängstigendere Zentralisation und Konzentration befördert geradezu die Unmenschlichkeit dieser Systeme, wobei der Kommunismus den Kapitalismus keineswegs »überwindet«, sondern eben nur verstaatlicht. Dieser Etatisierung der Gesellschaft müßte ihre Vermenschlichung entgegengestellt werden – durch Föderalisierung als Voraussetzung ihrer Humanisierung.«³⁶

»Föderalismus« ist das Steckenpferd dieser Bewegung, mit ihm und der Hegelschen Dialektik soll sich alles ganz automatisch lösen.

»Die dritte Ordnung wächst aus dem multipolaren Menschenbild heraus. Unsere ›Daseinsverfassung‹ charakterisiert Herbert Kessler wie folgt: ›Der Mensch ist ein in sich polares Wesen in einer Welt aus Polaritäten: unsere Leitbegriffe Natur und Kultur sind bipolar. Wir haben keine andere Existenz, als, selber in vielem bipolar, zwischen Polen dialektisch die Synthese zu erringen...‹

Will man den Kapitalismus und den Kollektivismus überwinden, so darf man nicht übersehen, daß beide ihre ›Domäne‹ in der Wirtschaft haben. Hier kann es nicht nur darum gehen, ihre Mängel aufzudecken, sondern zu beweisen, daß auch in diesem Bereich die ›Polarität als Weltgesetz‹ gilt... Die dritte Ordnung ist keine Utopie... sondern das Gestaltungsbild der Bundesrepublik Deutschland, denn sie ist auf dem Wege, den Kapitalismus abzulösen, ohne in den Kollektivismus hineinzuschlittern. Was fehlt, ist nicht der gute Wille, sondern das klare Leitbild aus vollem Bewußtsein und der sinnvolle Name für die ›dritte Ordnung‹.«³⁷

Der Name für die gesuchte »Dritte Ordnung« scheint mir nicht das Wichtigste zu sein. Er wird sich finden, wenn erst das »Leitbild« gefunden ist und wirklich Anzeichen für seine Verwirklichung in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen sind. Ich kann solche leider noch nicht feststellen. Ich befürchte darum, daß es sich wieder nur um eine »Fortentwicklung der Krankheit« handeln wird, trotz einiger durchaus Hoffnung erweckender Worte wie etwa:

»Für uns ist die Feststellung... wichtig, daß weder im Individualismus noch im Kollektivismus ›Das Wesen der Sittlichkeit‹ impliziert ist. Somit ergibt sich die zwingende Forderung: ›Unsere sozialen Ordnungsformen müssen dem Wesen des Menschen und damit den gesetzlichen Erfordernissen menschlichen Zusammenlebens entsprechen‹.«³⁸

Unser derzeitiger Individualismus aber ist vom Christentum geprägt. Diesem müßte also »das Wesen der Sittlichkeit« genau so unbekannt sein wie dem Marxismus, beiden aber auch das Wesen des Menschen, und wir fragen: Ist beides denen klar bewußt, die den dritten Weg beschreiten wollen, um die dritte Ordnung aufzurichten? Sie glauben es natürlich, lesen wir doch weiter:

»Wenn wir fragen . . . : ›Wohin führt der dritte Weg‹, dann wollen wir antworten: »zu einer lebensgerechten und menschenwürdigen Lebensordnung.«

»Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.«

Aber nicht nur außerhalb des »Establishments« wird nach einer neuen Ordnung in der Wirtschaft gesucht. Der uns bereits bekannte Gesprächskreis¹ hatte sich ja das Thema gestellt: »Wachstum und Lebenssinn – Alternative Realitäten?«. Er kam aber leider zu keinem Ergebnis. Auf seiner 61. Tagung mußte der Referent Karl Friedrich v. Weizsäcker in seinem Schlußwort bekennen:

*»Ich habe unter den heute im großen politischen Rahmen angebotenen Alternativen keine gefunden, von der ich nicht den Eindruck hätte, daß sie die Fehler der unseren reproduziert. Und ich sehe meine Aufgabe nicht darin, mir etwas, was es überhaupt noch nicht gibt, auszudenken.«*³⁹

Wenn, solange es Menschen auf Erden gibt, keiner gewagt hätte, sich etwas auszudenken oder gar zu verwirklichen, was es noch nicht gibt, dann lebten wir sicherlich noch als Sammler und Jäger und bräuchten uns über Atomkraftwerke und Atomkriege keine Sorgen zu machen! Glücklicherweise haben aber auf dieser Tagung einige gewagt, neue Gedanken auszusprechen. Wir haben einige davon bereits kennengelernt. Selbst wenn sie nur das Seitherige kritisch beleuchteten, waren sie uns von Wert. Nur *erkannte* Fehler können beseitigt werden. Dazu ein Beispiel: Es stammt von dem MdB Maihofer, ehemals Bundesinnenminister:

*»Vielmehr ist das eigentliche Thema die Selbstverwirklichung in der Arbeit, . . . Sehen wir uns doch daraufhin einmal die Arbeitswelt unserer hochtechnisierten Industriezivilisation an. Wie groß ist denn der Anteil an Arbeitsplätzen, bei denen wir, ohne schamrot zu werden, von Selbstverwirklichung, Freiheitsraum, der Eigengestaltung oder etwas ähnlichem reden können? Aber auch da müssen wir fragen: Sind Humanisierung der Arbeitswelt, Verwirklichung unseres Selbst, Findung von Lebenssinn überhaupt nach Grundsätzen ökonomischer Rentabilität in der Arbeit realisierbar?«*⁴⁰

Diese Frage ist doch außerordentlich wichtig, und es lohnt sich wirklich, darüber nachzudenken! Ist das Gefragte nicht realisierbar, dann ist doch etwas faul sowohl in unserer Wirtschaft wie in der Gesellschaft. Es müßte doch alles unternommen werden, um menschliche Arbeitsbedin-

gungen zu schaffen, auch wenn sie nicht restlos ökonomisch sind. Was ist wichtiger – der Mensch oder seine Wirtschaft? Karl Friedrich v. Weizsäcker vertrat in seinem einleitenden Referat die These:

»Nicht eine glücksorientierte, nur eine wahrheitsorientierte Gesellschaft kann auf die Dauer gedeihen.«⁴¹

Das heißt doch klar und deutlich: Weg von der Jagd nach dem Geld, das doch das »Glück« bringen soll, hin zur Wahrheit, auch wenn sie bitter sein sollte! Was aber ist Wahrheit?

Da scheiden sich die Geister. Ein Christ wird, was die Bibel aussagt, als Wahrheit ansehen, der Marxist, was Karl Marx geschrieben hat. Einem Mohammedaner ist der Koran heilig. Hier kommen wir nicht weiter. Haben wir nicht schon gesehen, daß diese »Wahrheiten« an unserer verfahrenen Lage zumindest mitschuldig sind? Auf keinen Fall konnten sie diese verhindern.

Aber auch, daß wir mit der Dialektik von Hegel oder Karl Marx nicht weiterkommen, scheint erkannt zu werden. Hierzu führte Prof. Dr. Hans Mayer im Zusammenhang mit der Glücks- und Wahrheitsfrage aus:

»Mich hat die sehr kurze Antwort des bedeutenden Hamburger Malers Paul Wunderlich beeindruckt, die nicht nur für seine Kunst, sondern für die Haltung einer ganzen jungen Generation ernsthafter, fragender, wahrheitsorientierter Menschen steht. Er sagt, der am meisten überschätzte Autor sei Karl Marx, der am meisten unterschätzte Autor sei Arthur Schopenhauer. Darin zeigt sich natürlich auch, Herr v. Weizsäcker, eine Wendung vom Sog des Hegelianismus zu der Linie Kant-Schopenhauer. Auch das gehört zu der Frage einer neuen, wahrheitsorientierten Gesinnung, mit der wir es heute zu tun haben.«⁴²

Ob aber Schopenhauer mit seinem Pessimismus den richtigen Weg weisen kann, scheint mir äußerst fraglich zu sein. Sicherlich ist die Menschheit vom Untergang in einem Atomkrieg bedroht. Ich habe diese Auffassung selbst schon 1957 in einem Vortrag »Atomkernspaltung – Ende der Menschheit?« zum Ausdruck gebracht, aber auch gezeigt, daß dies keineswegs sein muß. Bei aller Hochschätzung Schopenhauers auch meinerseits: Sein Pessimismus ist keine unbedingte Notwendigkeit. Aber auch der kategorische Imperativ von Kant, so bestechend er ist, ist durch neu erkannte Wahrheit überholt.

Doch, ehe wir uns dem Abschnitt *Heilung* zuwenden können, ist es noch nötig, die Krankheit unserer Wirtschaft in ihrem ganzen Ausmaße zu bestimmen, führten doch alle seitherigen Heilungsversuche nur zu einer »Fortentwicklung der Krankheit«, weil sie alle nur den Krankheitserrscheinungen zu Leibe rücken wollen. Bezeichnend dafür ist der uns bereits bekannte Heinrich Richard:

»Für eine Steuerreform, die sich nicht auf belanglose Abwandlungen des

überkommenen Systems beschränkt, bedarf es keiner ›neuen Weltanschauung‹; denn davon haben wir genug erlebt. Es bedarf dazu nicht einmal eines ›neuen Bodenrechts‹, um das sich die Eiferer vergebens bemühen. Es genügt vielmehr die schrittweise Aufhebung der geltenden Abgaben und deren Ersatz durch die vereinfachte Liegenschaftsteuer. Das klingt unscheinbar, aber es genügt!«⁴³

Für eine Steuerreform würde der Vorschlag sicherlich ausreichen. Das geltende Steuerrecht ist aber nur eine der vielen Erscheinungen (Symptome) der schweren Erkrankung von Wirtschaft und Gesellschaft und nicht deren Ursache. Diese liegt auch nicht im geltenden Geld- oder Bodenrecht, im Zins oder Zinseszins, in der Unterbewertung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie, auch nicht darin, daß der Glaube an den Eigennutz die Wirtschaft lenken könne, auch nicht in zu geringer sozialer Verantwortung der Unternehmer oder im Eigentum an Produktionsmitteln! Dies alles sind nur die Krankheitserscheinungen. Wir würden nur diese bekämpfen, wenn wir alle die gezeigten Mängel unserer Wirtschaft mit den jeweils vorgeschlagenen Mitteln beseitigen wollten, nicht aber die Wurzel des Übels erfassen. Auch der »Dritte Weg«, d.h. die Synthese der beiden vorherrschenden Wirtschaftsordnungen, Marxismus und Kapitalismus, kann keinen Erfolg versprechen. Wie sollte die Synthese zweier Ordnungen, die beide in der gleichen Weise erkrankt sind, zu einer Gesundung führen?

Wenn wir die Krankheit unserer Wirtschaft heilen wollen, müssen wir bis zu ihrer tiefsten Ursache vordringen.

2.2. Die tiefste Ursache der Krankheit

Die Krankheit unserer Wirtschaft hat sich in den rund fünfzig Jahren seit der zitierten Veröffentlichung Sombarts noch gewaltig verschlimmert. Wer heute behaupten wollte, »das Gewinnstreben sei ein unwirtschaftliches Ziel«, der würde für verrückt erklärt, ist doch das Gewinnstreben, ja sogar das Streben nach Gewinnmaximierung das Selbstverständlichste der Welt geworden. Die gesamte Wirtschaft ist von diesem Grundsatz durchdrungen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind bestrebt, von dem »Sozialprodukt« so viel wie möglich zu ergattern. Reich sein bzw. reich werden bringt das ersehnte »Glück«, und glücklich sein, so wird geglaubt, sei der Sinn des Lebens.

Dieses Streben nach »Profit«, nach Geld, hängt eng mit dem wachsenden Einfluß der Geldhändler, der Banken, auf die Wirtschaft zusammen. Sie rissen mehr und mehr nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Macht an sich und verhehlten dies noch nicht einmal, sondern verkündeten dies aller Welt auf der Gründungsversammlung der interna-

tionalen Bankenallianz im Jahre 1913 zu Paris:

»Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze für die Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat . . . Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und der Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.«⁴⁴

Die Folgen der »Machtergreifung« der Hochfinanz sind heute leicht erkennbar. Nur ein einziger unter den Industriegrößen machte seinerzeit den Versuch auszubrechen, der »Automobilkönig« Henry Ford, Detroit. Erzielte dieser einen höheren Gewinn, als er für sich und sein Unternehmen für erforderlich und angemessen hielt, verteilte er den Überschuß auf diejenigen, die seine Automobile im abgelaufenen Jahr gekauft hatten. Aber die Hochfinanz fand Mittel und Wege, ihn zu zwingen, zu Kreuze zu kriechen. Ford hatte das »Verbrechen« begangen, den »Kapitallohn« abzulehnen, und hatte selbst auf ihn verzichtet.

Ford hat wirtschaftlich richtig gehandelt. Er belieferte seine Kunden preisgünstig und konnte seinen Betrieb trotzdem gewaltig ausweiten. Vor allem aber hat er menschlich anständig gehandelt, indem er die üblich gewordene Ausbeutung der Habenichtse nicht mitmachte. Daß ihn die Hochfinanz auf die Knie zwingen konnte, zeigt, wie mächtig sie bereits damals war. Spätere Ausbruchsversuche, z.B. 1932 im österreichischen Wörgl und im reichsdeutschen Rendsburg, die von kleinen Gruppen mit Hilfe eigener Zahlungsmittel erfolgreich (die Arbeitslosigkeit schwand) versucht worden waren, konnte sie über die staatliche Gesetzgebung abschmettern. Dies zeigt erneut die Macht der Hochfinanz, zeigt uns aber andererseits, daß James Rodney Schlesinger wohl nicht ganz unrecht haben wird, wenn er behauptet:

»Politik ist die Kunst des kalkulierten Betrugs, aber so, daß die Betroffenen nichts davon merken.«⁴⁵

Auf alle Fälle ist eines sicher: Wir haben es außer mit den uns bereits bekannten nach Weltherrschaft strebenden Ideologien und Religionen noch mit einer die Weltherrschaft bereits besitzenden Macht zu tun. Die Politiker ihrerseits sind von einer oder mehreren dieser Mächte abhängig. Diese Abhängigkeit kann tatsächlich dazu führen, daß sie gegen die von ihnen zu vertretenden Völker regieren. Wir aber werden – genau so wie Ford und die beiden genannten Gruppen – alle weltherrschaftsgierigen Mächte und wahrscheinlich auch die Regierungen der Völker gegen uns haben. Auf gar keinen Fall können wir auf Mithilfe bei dem Versuch, die Krankheit zu heilen, von seiten irgend einer der Religionen rechnen, wissen sie doch selbst keinen Weg, wie uns für die römisch-katholische Kirche der Jesuit Hoefnagels versicherte:

»Wenn Sie . . . mich auf die Religion ansprechen, dann ist meine Ant-

wort zunächst einmal, daß sie uns nicht den Weg zeigt, um die heutigen Probleme zu bewältigen.«⁴⁶

Gerade darum haben wir uns mit den Religionen sehr eingehend beschäftigt, denn:

»Wie ein Komet, dessen Feuerschweif Not und Kriegsgreuel ankündigt, hat der Aufruhr in Mekka die Muslims erschreckt. Den westlichen Demokratien aber zeigt die Doppelkrise in Persien und Saudi-Arabien, daß der Westen in seinen Analysen der Nahost-Politik die stärkste geistige Triebkraft des Menschen, den religiösen Glauben, jahrzehntelang vernachlässigt hat. Religion sei Privatsache, meint man in den westlichen Demokratien und glaubte daher, diplomatisch und taktvoll zu handeln, wenn man vor den inneren Umwälzungen im Islam die Augen verschloß.«⁴⁷

Nicht nur der Aufruhr in Mekka hat dies deutlich gemacht. Wer die Vorgänge im Nahen Osten aufmerksam verfolgte, konnte seit 1948 erkennen, daß die Politik Israels auf den Lehren der Bibel fußt, und wir haben der »stärksten Triebkraft des Menschen«, dem »religiösen Glauben«, schon bisher unsere Aufmerksamkeit geschenkt, und für uns ist es selbstverständlich, daß die Kirche, die das Unheil verursacht hat, in ihrer Lehre keinen Weg gewiesen bekommt, wie es beseitigt werden könnte.

Die Krankheit unserer Wirtschaft geht sehr tief. Sie hat die ganze menschliche Gesellschaft erfaßt, was uns auch der jüdische Philosoph Erich Fromm bestätigt:

»Wir bauen immer perfektere Maschinen, die in der Lage sind, die Welt zu zerstören. Wir wären imstande, diese Welt zu verschönern, zu bereichern, dem Menschen ein besseres Leben zu geben. Aber wir verwenden unsere Energien zu einem großen Teil an die Frage, wie wir die Menschheit auslöschen können. Von außen gesehen sind wir eine Bande von Verrückten, die man möglichst isolieren müßte. Nur – wer isoliert wen, wenn alle verrückt sind und sich deshalb jeder für normal hält?«⁴⁸

Sieht es nur von außen so aus, wie wenn wir »eine Bande von Verrückten« wären, oder sind wir es wirklich?

Im Abschnitt Ideologien und Religionen (Teil II,3) wurde ausgeführt, daß durch Wachsuggestion »Induziertes Irresein« erreicht werden kann. Alle Glaubenslehren bedienen sich der Wachsuggestion, um ihr Ziel: Weltherrschaft, zu erreichen und zu festigen. Sie sind samt und sonders davon überzeugt, daß sie nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, die Herrschaft ihrer Lehre über die ganze Welt auszudehnen. Dazu sind sie alle auch mit der Weltmacht »Hochfinanz« eng verbunden, sind sie doch allesamt aufs Geld angewiesen!

Infolge der andauernden Suggestionen, denen die Gläubigen der herrschenden Glaubenslehren ausgesetzt sind, können sie »induziert irre« werden, zumindest aber werden sie mehr oder weniger unfähig, auf den

Gebieten, die mit ihrem Glauben in irgend einem Zusammenhang stehen, logisch zu denken und klar zu urteilen. Das Absurdeste wird geglaubt, heißt es doch: »Credo quia absurdum est«! Da kann man sich wirklich nicht mehr wundern, daß die Menschen auf Fromm den Eindruck machen, »eine Bande von Verrückten« zu sein.

Der unmittelbare Einfluß der Glaubenslehren nimmt ab, und dennoch wirken sie sich – man könnte sogar meinen in verstärktem Maße – aus. Es handelt sich um Nachwirkungen, herrschten diese Wahnlehren doch über Jahrhunderte, und noch immer werden die Kinder z. B. im Machtdenken erzogen. Im Geschichtsunterricht steht weitgehend noch immer die Macht- und Kriegspolitik der Staaten obenan, und die täglichen Nachrichten berichten auch in erster Linie über Machtkämpfe. Sind sie nicht kriegerisch, so doch von politischer oder wirtschaftlicher Art. Die Menschen sind also nichts anderes gewohnt, und so können die Machtbesessenen unbehindert ihre Ziele verfolgen.

Doch die Macht der bestehenden Glaubenslehren schwindet. Dafür treten neue auf, die noch schlimmeren Wahn lehren. Allgemein bekannt ist die Sekte, in der rund 1 000 Menschen auf Geheiß ihres Stifters Selbstmord begingen. Es ist nur erstaunlich, wer alles solchen Wahnlehren anhängt. Angehörige aller Bevölkerungsschichten sind darunter. Allgemein wird geglaubt, geisteskrank sei, wer den Verstand verloren habe, doch G. G. Chesterton meint:

»Geisteskrank ist nicht, wer den Verstand verloren hat, geisteskrank ist, wer alles verloren hat bis auf den Verstand . . . Diese Art von Geisteskrankheit ist weltweit außerordentlich verbreitet, sie ist zu einer großen Gefahr für die Schöpfung geworden.«⁴⁹

Diese Art von »Geisteskranken« – man kann sie nicht übersehen – dürfte heute in noch weit höherem Maße für die schwere Erkrankung unserer Wirtschaft verantwortlich sein als diejenigen, die mittels Wachsuggestion ihrer Denk- und Urteilskraft beraubt wurden. Im Gegensatz zu diesen, die durchaus noch höhere Werte kennen können, sehen sie den Sinn ihres Lebens ausschließlich im Besitz materieller Güter und Macht sowie im Lusterleben.

Damit haben wir die tiefste Ursache der Erkrankung unserer Wirtschaft gefunden: Die Menschen sind in erschreckend hoher Zahl in zwiefacher Weise »geisteskrank«. Sind sie noch zu heilen?

3. Heilungsmöglichkeit

Auch für uns kommt nur wie für E. F. von Weizsäcker eine »wahrheitsorientierte« Gesellschaft in Frage. Wohin eine »glückorientierte« führt,

haben wir zur Genüge erlebt. Sie soll, ja, muß doch endlich nach tausend-jähriger Herrschaft überwunden werden. Überdies:

»... was hat der Mensch dem Menschen Größeres zu geben als Wahrheit? ...«⁵⁰

Doch was ist Wahrheit?

»Wahrheit« ist bestimmt nicht das, wovon Dr. Hennis sagt:

»... daß ich ... kein Verlangen spüre, einen Einbruch der Wahrheit in die Politik zu erleben.«⁵¹

Oder Dr. Haseloff:

»Die Wahrheit aber wird immer monopolisiert, wenn sich die Gesellschaft ihrer annimmt, – und ›die Gesellschaft‹, das sind stets bestimmte Machtgruppen und konkrete Menschen, die dann ›die Wahrheit‹ zuteilen und verwalten. Wir kennen heute eine neue Priesterschicht, die sich im Besitz von Sinngebung, Wissen und von Heilswissen glaubt.«⁵²

Aber nicht nur Ideologien und Religionen »monopolisieren« die »Wahrheit«, in den Wissenschaften geschieht dies genauso. Auch in ihnen werden Glaubenssätze (Dogmen) aufgestellt und der Anspruch erhoben, daß diese Wahrheit seien. Und wer an sie nicht glaubt, der ist eben zu dumm, um ihre hohe Weisheit zu verstehen. Auf ihn wird hochmütig herabgesehen. Diese Überheblichkeit geht z.T. so weit, daß man versucht ist, die Dogmen für »kalkulierten Betrug« zu halten. Physische Gewalt, um diese wissenschaftlichen Dogmen durchzusetzen, wird zwar nicht angewandt, dafür aber jede Form der psychischen, von der Wachsuggestion bis zum Rufmord. Diese ist die gemeinste Art, während die Suggestion die abgefeimteste ist, weil »die Betroffenen nichts davon merken«. Dogmen sind der Tod aller Wissenschaft. Diese kann nur zur Wahrheit finden, wenn die Wissenschaftler zu vorurteilsloser Prüfung aller Einwände bereit sind, die gegen ihre Aussagen vorgebracht werden. Besserwisserei hat mit Wissenschaft nichts zu tun.

Die Gefahr, die von wissenschaftlichen Dogmen ausgeht, ist allerdings geringer als die, die von religiös oder ideologisch begründeten Dogmen erzeugt wird. Wissenschaftliche Dogmen erschweren zwar die Wahrheitsfindung, sie können wie z.B. der Darwinismus über Jahrzehnte, unter Umständen sogar über Jahrhunderte irreleiten. Doch fehlt ihnen meistens sowohl der Machtanspruch wie auch die hinter diesem Machtanspruch stehenden und ihn erhebenden priesterlichen Männerbünde. Über diese schrieb der Philosoph Arthur Schopenhauer:

»Niemals hat es an Leuten gefehlt, welche auf jenes metaphysische Bedürfnis des Menschen ihren Unterhalt zu gründen und dasselbe möglichst auszubeuten bemüht waren; daher es unter allen Völkern Monopolisten und Generalpächter desselben gibt: die Priester. Ihr Gewerbe mußte ihnen jedoch überall dadurch gesichert werden, daß sie das Recht erhielten, ihre

metaphysischen Dogmen den Menschen sehr früh beizubringen, ehe noch die Urteilskraft aus ihrem Morgenschlummer erwacht ist, also in der ersten Kindheit: denn da haftet jedes wohleingeprägte Dogma, sei es auch noch so unsinnig, auf immer. Hätten sie zu warten, bis die Urteilskraft reif ist, so würden die Privilegien nicht bestehen können.»⁵³

Aber weil sie nicht warten müssen, sondern ungestraft die »stärkste geistige Triebkraft des Menschen« so beeinflussen dürfen, daß sie den Herrschaftsansprüchen dieser Männerbünde voll gerecht wird, wird es die schwierigste Arbeit sein, die zu leisten sein wird: die Priestermacht zu brechen, die zudem noch unter dem Schutze der nicht zu gering zu erachtenden »Macht der Gewohnheit« steht. Es kann mehr als Jahrhunderte in Anspruch nehmen. Das hat schon Schiller erkannt:

»Alle Reform, die Bestand haben soll, muß von der Denkungsart ausgehen, und wo ein Verderbnis der Prinzipien herrscht, da kann nichts gesundes, nichts gutartiges aufkeimen. Nur der Charakter der Bürger erschafft und erhält den Staat und macht politische und bürgerliche Freiheit möglich. Denn wenn die Weisheit selbst in Person vom Olymp herabstiege und die vollkommenste Verfassung einführte, so müßte sie ja doch Menschen die Ausführung übergeben.

Wenn ich also – gnädigster Prinz – über die gegenwärtigen politischen Bedürfnisse und Erwartungen meine Meinung sagen darf, so gestehe ich, daß ich jeden Versuch einer Staatsverbesserung aus Prinzipien – denn jede andere ist bloß Not- und Flickwerk – so lange für unzeitig und jede darauf gegründete Hoffnung so lange für schwärmerisch halte, bis der Charakter der Menschheit von seinem tiefen Verfall wieder emporgehoben worden ist – eine Arbeit für mehr als ein Jahrhundert –. Man wird zwar unterdessen von manchem abgestellten Mißbrauch, von mancher glücklich versuchter Reform im einzelnen, von manchem Sieg der Vernunft über das Vorurteil hören, – aber was hier zehn große Menschen aufbauten, werden dort fünfzig Schwachköpfe niederreißen. Man wird in anderen Weltteilen den Negern die Ketten abnehmen und in Europa – den Geistern anlegen! – So lange aber der oberste Grundsatz der Staaten von einem empörenden Egoismus zeugt, und so lange die Tendenz der Staatsbürger nur auf das physische Wohlbefinden beschränkt ist, so lange – fürchte ich – wird die politische Regeneration, die man so nahe glaubte, nichts als ein schöner philosophischer Traum bleiben.»⁵⁴

Schiller lehnte, was wenig bekannt ist, das Christentum genauso ab wie wir:

»Welche Religion ich bekenne? ›Keine von allen, die du mir nennst!‹ Und warum keine?‹ Aus Religion.»⁵⁵

Solche Menschen sind natürlich den Priestern ein Dorn im Auge. Sie werden in jeder Weise verfolgt, denn Priester haben nichts mehr zu be-

fürchten als die Wahrheit, entzieht sie ihnen doch die Grundlage ihrer Herrschaft. Die Bibel hat darum das Streben nach ihr zur Sünde erklärt:

*»Und Gott, der Herr, gebot den Menschen und sprach: Du sollst essen von allerlei Bäumen im Garten; aber vom Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen sollst du nicht essen . . .«*⁵⁶

Gott soll also geboten haben, daß der Mensch sich nicht um Erkenntnis bemühen soll. Als er es dennoch tat, wurde er angeblich aus dem Paradies vertrieben. Das half aber auch nicht, der Mensch forschte weiter. Selbst die enge Verknüpfung des Erkenntnisstrebens mit einem Naturtrieb, dem Paarungstrieb, und die Erklärung, die Betätigung dieses Triebse sei Erbsünde, sodaß kaum ein Mensch der Sünde im Zusammenhang mit dem Erkenntnisstreben entgehen konnte, half nichts. Die Priester hatten gehofft, hierdurch ihre Macht für alle Zeiten gesichert zu haben, und zeitweise sah es auch ganz so aus, als ginge die Rechnung auf. Aber die Sehnsucht nach Erkenntnis der Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken. Es wurde weitergeforscht.

Wenn auch die Priester die Wahrheit zu fürchten haben, so ist noch nicht gesagt, daß sie auch jede »Wissenschaft« zu fürchten hätten, ist doch noch längst nicht alles wahr, was irgend ein Wissenschaftler behauptet:

»Die Wissenschaft verkündet, sie habe triumphiert, weil sie »wahr« sei. Das Gegenteil ist eher der Fall, die Wissenschaft wird als wahr angesehen, weil sie über die anderen Mythologien triumphierte, und sie triumphierte, weil sie das Paradies auf Erden versprach. Jetzt, da ihr Traum hohl geworden ist, wird klar, daß wertfreie Wissenschaft der moderne Aberglaube ist. (Ludwig XIV. glaubte noch nicht daran. Er ließ den Erfinder eines Gewehres, das gleichzeitig 24 Kugeln feuern konnte, nicht etwa belohnen, sondern zum »Feind der Menschheit« erklären und seine Erfindung verbieten!)«⁵⁷

Eine »wertfreie« Wissenschaft gibt es tatsächlich nicht. Der Glaube an eine solche kommt den Geld- und Machtgierigen genauso zugute wie der Aberglaube, der Eigennutz könne das Gemeinschaftsleben auf die beste Weise regeln. Wissenschaft will zu neuen Erkenntnissen führen. Den »Wert« der Erkenntnisse bestimmt der Mensch, und zwar jeder entsprechend seiner Weltanschauung nach eigenem Ermessen. Auch hier gibt es keine objektiven Werte, gibt es doch auch Menschen, die nicht einmal der Wahrheit einen Wert beimessen!

Wir können aber zwischen zweckfreier und zweckgebundener Wissenschaft unterscheiden. Letztere überwiegt derzeit. Sie verfolgt hauptsächlich wirtschaftliche Zwecke. Zweckfreie Wissenschaft will nichts anderes, als das uns noch Verborgene in unserer Welt ergründen. Bei beiden Arten ist Irrtum jederzeit möglich, und manch ein Irrtum wurde jahrhunderte-, ja jahrtausendlang nicht erkannt. Solche Irrtümer zu beseitigen, kann oft

die größten Schwierigkeiten bereiten. Irrtümer können aber auch bewußt von Machtgierigen, gehüllt in den Mantel der Wissenschaft, in die Welt gesetzt und dazu verwendet werden, ihre Macht zu begründen bzw. zu erweitern und zu festigen. Andererseits werden neue Erkenntnisse der Wissenschaft, die Zielen der Machtgierigen gefährlich werden könnten, oft schärfstens bekämpft. Aber noch immer hat es sich gezeigt, daß die Wahrheit sich durchsetzt, wenn auch zunächst nur langsam und schüchtern. Hierzu ein Beispiel aus der Gegenwart:

»Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, daß das Weltbild, welches uns täglich in den Medien geboten wird, sehr wenig mit der augenblicklichen Wirklichkeit zu tun hat, sondern die verzweifelte Geisterbeschwörung der Priesterklasse eines aussterbenden Irrglaubens darstellt.

. . . das mechanistische Weltbild hält keiner Prüfung stand, die seine Wahrheit nicht schon axiomatisch voraussetzt. Die statistische Chance, daß menschliches Leben, »automatisch«, durch Versuch und Irrtum, entstanden ist, ist nicht etwa klein, sie ist eins zu unendlich, d.h. Null. Keine Maschine kann einen Bauplan selbst ändern, wenn sie nicht dazu vorprogrammiert ist . . . Der Glaube, höhere Lebewesen hätten Zeit gehabt, sich durch Mutationen langsam den äußeren Verhältnissen anzupassen, ist von kaum zu übertreffender Naivität. Sie wären schon lange vor der ersten Mutation untergegangen.«⁵⁸

Das sind eindeutige Absagen nicht nur an den herrschenden Darwinismus sondern an alle herrschenden Priesterkasten, denn:

»Wir stehen heute an der Stelle, wo nicht mehr ökonomische und nur ökologische Argumente zum Zuge kommen, sondern wo einzig die Moral gefragt ist. Für eine langfristige Verhaltensänderung haben wir fast keine Zeit mehr.«⁵⁹

Noch immer wird die christliche Moral als die höchststehende ausgegeben. Sie aber hat den »tiefen Verfall der Menschheit«⁵⁴ verursacht, so daß wir heute vor der Gefahr stehen, daß alles Leben auf Erden vernichtet wird. Welche »Prinzipien«, lange bevor es ein Christentum gab, z.B. im »atlantischen« Volk herrschten, schildert Kritias in den Dialogen des Sokrates:

»Viele Menschenalter hindurch, solange des Gottes Natur sich in ihnen auswirkte, blieben sie den Gesetzen gehorsam und verleugneten nicht ihre Verwandtschaft mit der Gottheit. Denn ihre Sinnesweise war von sehr hoher Art. Sie waren wahrhaftig und durchaus großherzig; etwaigen Schicksalsschlägen gegenüber sowie im Verkehr miteinander zeigten sie sich sehr gelassen und einsichtsvoll; in ihren Augen hatte nur die Tugend wahren Wert, darum achteten sie die vorhandenen Glücksgüter gering und machten sich nichts aus der Menge des Goldes und des übrigen Besitzes, die ihnen eher wie eine Last erschienen. Weit entfernt also, trunken vom

Schwelgen und ihrem Reichtum oder ihrer selbst nicht mächtig zu Fall zu kommen, erkannten sie mit nüchternem Sinn und voller Schärfe, daß all dies äußere Gut nur durch Freundestreue, gepaart mit Tugend, gedeihen könne, dagegen hinschwinden müsse, wenn alle Sorgen und alles Verlangen eben nur dem Besitz zugewendet ist; dann werden auch die Tugenden mit in den Abgrund gerissen.«⁶⁰

Welch andere Welt und welche Umkehrungen der »Prinzipien«!

Der englische Kapitän Cook, der 1770 an der Südküste Australiens landete, wo heute Sidney liegt, machte bei den Eingeborenen, den Aborigines, folgende Beobachtungen:

»Sie leben in einer ruhigen Gelassenheit, die nicht durch ungleiche Verhältnisse gestört wird (d.h. durch Unterschiede zwischen arm und reich). Das Land und das Meer versorgen sie ohne ihr Zutun mit allen lebensnotwendigen Dingen . . . sie haben kaum Bedarf an Kleidung . . . viele, denen wir Stoffe und verschiedene andere Dinge gaben, ließen diese achtlos am Strand oder im Wald liegen wie einen Gegenstand, für den man keine Verwendung hat; kurz, alles, was wir ihnen gaben, schien ohne Wert für sie zu sein, auch wollten sie sich von nichts, das ihnen gehörte, trennen, ganz gleich, was wir ihnen auch anbieten mochten. Das heißt meiner Ansicht nach, daß sie sich mit allem Lebensnotwendigen versorgt glauben und nichts Überflüssiges besitzen.«⁶¹

Wie ähnelt, trotz aller Unterschiede, dieses Bild doch dem, das uns Sokrates über die Atlanter – nach Spanuth unsere Vorfahren – berichtete! Der Unterschied in der Verhaltensweise der Menschen ergibt sich aus der Freiheit, die den Menschen vom Tier unterscheidet. Er kann diese Freiheit dazu nutzen, um Macht, Ansehen, Ruhm und Rang zu erringen und kann dabei über Leichen gehen. Er kann sich aber auch bescheiden und in der Liebe zum Schönen und Guten, zu Mensch und Tier und in der Erkenntnis der Wahrheit über unsere Welt seine Erfüllung finden. Schiller schrieb hierzu:

»Schon der bloße Wille erhebt den Menschen über die Tierheit; der moralische erhebt ihn zur Gottheit. Er muß aber jene zuvor verlassen haben, ehe er sich dieser nähern kann; daher ist es kein geringer Schritt zur moralischen Freiheit des Willens, durch Brechung der Naturnotwendigkeit in sich, auch in gleichgültigen Dingen, den bloßen Willen zu üben.«⁶²

Der Mensch soll also seinen eigenen Willen in Zucht nehmen, nur dann kann er sich der Gottheit nähern, und nur dann kann er die Welt zum Guten verändern. Unbeherrschte können sie nur noch kränker machen. Schiller schrieb der moralischen Kraft des Menschen eine hohe Bedeutung zu. Er schrieb 1788:

»Und dann glaube ich, daß jede einzelne ihre Kraft entwickelnde Menschenseele mehr ist als die größte Menschengesellschaft, wenn ich diese als

ein Ganzes betrachte. Der größte Staat ist ein Menschenwerk, der Mensch ist ein Werk der unerreichbaren großen Natur. Der Staat ist ein Geschöpf des Zufalls, aber der Mensch ist ein notwendiges Wesen, und durch was sonst ist ein Staat groß und ehrwürdig als durch die Kräfte seiner Individuen? Der Staat ist nur eine Wirkung der Menschenkraft, nur ein Gedankenwerk, aber der Mensch ist die Quelle der Kraft selbst und der Schöpfer des Gedankens.«⁶³

Damit spricht Schiller der moralischen Kraft des selbstverantwortlichen Menschen, der sich der Grenzen seiner Freiheit bewußt ist und sie sich auch selbst setzt, eine überragende Bedeutung zu. Freiheit ist vor allem Geistesfreiheit, und über diese sagt Schiller:

*»Beherrschung der Triebe durch die moralische Kraft ist Geistesfreiheit, und Würde heißt ihr Ausdruck in der Erscheinung.«*⁶⁴

Diese Würde des Menschen ist nach dem ersten Satz unseres Grundgesetzes »unantastbar« und setzt Geistesfreiheit voraus. Seinen Geist kann nur jeder Mensch selbst von Vorurteilen und Wahnlehren befreien. Dazu aber bedarf er der uneingeschränkten Glaubens- und Meinungsfreiheit. Auch diese schützen die Artikel 4 und 5 GG. Unsere von biblischen und marxistischen Lehren beeinflussten Politiker versuchen leider, diese Freiheiten immer wieder einzuschränken, womit sie die Würde der Menschen antasten, also gegen Art. 1 GG verstoßen.

Über die moralische Kraft sagt Schiller:

*»Strenggenommen ist die moralische Kraft im Menschen keiner Darstellung fähig, da das Übersinnliche nie versinnlicht werden kann. Aber mittelbar kann sie durch sinnliche Zeichen dem Verstande vorgestellt werden, wie bei der Würde der menschlichen Bildung wirklich der Fall ist.«*⁶⁵

Viele Dichter haben dies auch in umschreibender Sprache getan.

Das Verhalten eines jeden Menschen spiegelt seine moralische Kraft wider. Der eine legt sich Zügel an, der andere läßt sich gehen. Ein Mensch z.B., der wirklich ernstlich glaubt, das Menschengeschlecht sei dem reinen Zufall zu danken, für den muß das Leben doch im Grunde sinnlos sein, höchstens dazu geeignet, sich so richtig auszuleben, nach dem »Glück« zu jagen, das er glaubt, in der Befriedigung seiner Gelüste oder im Rausch zu finden. Leid muß dabei so gut wie irgend möglich aus dem Wege gegangen werden. Ganz anders wird sich ein Mensch verhalten, der glaubt, daß sein Leben einen wahrhaft göttlichen Sinn hat.

Damit sind wir auf die Kernfrage gestoßen: Wenn wir unser Leben und damit auch die Wirtschaft sinnvoll gestalten wollen, müssen wir vom Sinn des Lebens ausgehen. Welchen Sinn unser Leben hat, darauf geben die alten Irrlehren keine Antwort, die einen Menschen des 20. Jahrhunderts befriedigen könnten. Doch die Einsicht wächst, daß gerade die Lösung die-

ser Frage besonders dringlich ist, wenn »der Charakter der Menschheit von seinem tiefen Verfall wieder emporgehoben werden« soll.

Nicht nur »Spinner« oder religiöse Schwärmer stellen heute diese Frage. Sie wird aus allen Kreisen des Volkes, von Wissenschaftlern, Politikern und selbst von Wirtschaftlern gestellt, und man beschäftigt sich auch zusehends ganz neu mit dieser Frage, wobei die verschiedensten Vorstellungen zu Tage treten. So meint z.B. Prof. Dr. Rolf Dahrendorf:

»Meiner Meinung nach greift das Reden von Wachstum in gewisser Weise zu kurz, und das Reden von Lebenssinn zu weit . . .

Auf der anderen Seite bin ich stets der Meinung gewesen, daß die Politik nichts mit dem Lebenssinn zu tun hat. Gewiß spielt der Lebenssinn heute auch in der politischen Diskussion eine große Rolle. Dennoch kann ich mir kein Gemeinwesen vorstellen, das Lebenssinn zu seinem Ziel erklärt und gleichzeitig frei ist.«⁶⁶

Die Erfüllung des Lebenssinns hat die Politik allerdings jedem Einzelnen zu überlassen. Sie hat jedoch die »Daten« so zu setzen, daß dies beim Einzelnen erleichtert und nicht erschwert wird oder ihn gar davon abhält. Dazu müßte wiederum die Wahrheit über den Lebenssinn wirklich erkannt und diese keine »monopolisierte Wahrheit«, sondern eine von jedermann nachprüfbar sein.

Prof. Dr. Werner Maihofer, MdB, meint dagegen im Zusammenhang mit dem »Recht auf Arbeit«, von dem er fordert, daß es nicht nur gesetzlich gesichert, sondern auch gesellschaftlich erfüllt werden müsse:

»Von daher behaupte ich, daß Wachstum sehr wohl etwas mit Erfüllung des Lebenssinns zu tun hat.«⁶⁷

Wenn man das »Recht auf Arbeit« als Möglichkeit des gesicherten Erwerbs des Lebensunterhalts auffaßt, dann hat Herr Maihofer sicher recht. Er hat aber, aus seiner Amtsführung zu schließen, einen ganz anderen Lebenssinn im Auge als ich, was zeigt, daß über den Sinn des Lebens keine Einmütigkeit herrscht. Diese Einmütigkeit wird heutzutage aber offenbar gewünscht und gefordert, sonst könnte Prof. Dr. Haseloff nicht sagen:

»Von der Gesellschaft wird sogar Lieferung des Lebenssinns erwartet.«⁶⁸

Warum sogar? Wird die Frage nach dem Sinn des Menschenlebens nicht, seit es Menschen gibt, gestellt?

Von dem Physiker Niels Bohr berichtet Carl Friedrich v. Weizsäcker, Bohr sei sein »großer Lehrer« gewesen und habe die Redensart gehabt:

»Was ist der Sinn des Lebens? Der Sinn des Lebens ist, daß es keinen Sinn hat zu sagen, das Leben habe keinen Sinn.«⁶⁹

Bohr meint also, daß das Leben zwar einen Sinn habe, daß er ihn aber nicht kenne.

Einem großen Teil der Menschen, wahrscheinlich der überwiegenden

Mehrheit, liegt die Frage nach dem Sinn des Lebens völlig fern. Diese Menschen leben in dieser Hinsicht wie die Tiere in den Tag hinein, wie es auch folgende Glosse zeigt:

»Die wohltönenden Neujaursbotschaften, mit denen in aller Welt Staatsmänner ihre Völker zur Besinnung aufgerufen haben, sind verhallt, die guten Vorsätze größtenteils ins Unterbewußtsein zurückgefallen. Egoismus und Sucht nach materiellem Wohlergehen beherrschen wieder die Szene. Der hektische Ablauf des Tagesgeschehens, der Kampf ums tägliche Brot dienen vielen als willkommene Ausrede für die Tatsache, daß sie während des ganzen Jahres keine Zeit finden, nach dem Sinn ihres Daseins zu fragen.«⁷⁰

Wir haben diese Teilnahmslosigkeit der Massen als Folge der Krankheit von Wirtschaft und Gesellschaft bereits früher feststellen müssen. Die Schuld daran trifft die Irrlehre über »Gott« als »Person«. Gott aber ist etwas Übersinnliches, von dem sich der Mensch keine sinnliche Vorstellung machen kann und auch nicht sollte, weil sie niemals »wahr« sein kann. Jede sinnliche Vorstellung von Gott, dem Göttlichen, ist Irrtum. Das hat Immanuel Kant eindeutig nachgewiesen⁷¹. Obwohl dies schon vor bald 200 Jahren geschah, haben es die meisten Menschen, voran natürlich der »Stellvertreter Gottes« und seine gesamte Beamtenschaft, noch nicht zur Kenntnis genommen.

Es wäre aber grundfalsch zu behaupten: Also gibt es keinen Gott, nichts Göttliches in dieser Welt. Viele Menschen ahnen, daß dies falsch ist. Viele Dichter haben dem auch Ausdruck gegeben. Ich nenne als Beispiel Jean Paul:

»Das Große, das Göttliche, das du in deiner Seele hast, suche auf keinem Sonnenkrater, auf keinem Planetenboden. Die ganze weite Welt, das ganze Elysium, Gott selbst, erscheinen dir an keinem anderen Ort als mitten in dir.«

Oder Friedrich Schiller als Abschluß seines Gedichts »Die Worte des Wahns«:

*»Es ist nicht draußen, da sucht es der Tor,
Es ist in dir, du bringst es ewig hervor.«*

Diese Auffassung unterscheidet sich sehr wesentlich von der der christlichen Kirchen, die Gott von außen Einfluß auf die Welt nehmen lassen. Dieser von den Kirchen vertretene Glaube entspricht kindlichen Vorstellungen und wird daher von Kindern sehr gerne und leicht aufgenommen. Wer aber die Welt unbefangen von solchen Auffassungen anschaut, erkennt ohne jede Schwierigkeit, daß das ganze Werden in dieser Welt aus sich selbst heraus geschieht. Das Göttliche wirkt *in* dieser Welt.

Wird Gott geleugnet, so ist das noch kein Beweis für »Gottlosigkeit«, wird doch meist nur der »Gott« der Religionen geleugnet, den auch wir als

Irrtum erkannten. Damit wird aber noch nicht ein »schöpferisches Prinzip«⁷² in dieser Welt geleugnet. Auf die Wahl der Worte kommt es nicht so sehr an, wichtig ist, daß mit ihnen das Richtige zum Ausdruck gebracht werden kann. »Schöpferisches Prinzip« reicht aber meines Erachtens nicht aus, um den Inhalt des Wortes »Gott« zum Ausdruck zu bringen.

Wäre die Welt durch Zufall entstanden, wie große Teile der Naturwissenschaftler heute noch annehmen, dann hätte der Dadaist Richard Hülsebeck recht, der schrieb:

*»Es gibt keinen Sinn, wie keine Werte, Sinnlosigkeit, Wahnsinn ist die Welt.«*⁷³

Aber auch der Glaube an den Zufall wankt erheblich.

Mit der Frage »Glauben und Wissen« setzten sich Wissenschaftler an der Universität Hohenheim auseinander⁷⁴. Dabei kamen die Zweifel des Chemikers Wilder Smith an der Theorie von Jaques Monod zur Sprache, nach der Leben und seine Voraussetzungen, das Nukleinsäuremolekül, allein durch Zufall entstanden seien, nur unter dem Einfluß der Naturgesetze. Bei diesem Gespräch sei eine deutliche Zuneigung zum theologischen Standpunkt festzustellen gewesen, was den Zeitungsberichterstatteer dazu veranlaßt habe zu fragen, ob

*»nicht sogar dieser Streit längst überwunden sei – und zwar nicht durch die Naturwissenschaften, die ja gar kein geschlossenes Wissensbild liefern können und wollen, sondern durch die Theologie selbst?!«*⁷⁴

Man sieht, auch dieser Berichterstatteer konnte sich von seinem Kinderglauben nicht lösen, wie vielleicht viele, die am Gespräch teilnahmen.

In Wien fand am 27.12.78 eine Tagung über dasselbe Thema statt⁷⁵. Hier widersprach vor allem der Biologe Prof. Dr. Rupert Riedl der Theorie von Monod. Er betonte,

»daß das Leben und seine Evolution nicht dem blinden Zufall des Wüstens der Naturgesetze zu verdanken sei, sondern einer weissen Auswahl aus den sich bietenden Gelegenheiten, die die Moleküle gemäß einem übergeordneten Bauplan einer ordnenden Macht gefügt habe mit dem Endziel, das in der Bewußtheit der Menschenseele und ihrer Erkenntnisfähigkeit erreicht worden sei. Diese Einsicht sei erst möglich geworden durch die bisher sträflich vernachlässigte Aufhellung des Wesens und der Zusammenhänge der Vernunft des Menschen bzw. seiner Erkenntnisfähigkeit, weil darin dieselben Ordnungsprinzipien deutlich würden, wie solche auch der Materie und dem Leben zugrundeliegen und die Evolution bestimmen. Es handle sich dabei also um die Aufhellung letztgültiger Zusammenhänge der Natur und des Kosmos, bzw. um die Einsicht in deren Ordnung, wobei solche Lehre über »die letzten Gründe« bezeichnet werden könne als »Metaphysik«. Auf eine diesbezügliche Rückfrage von Kardinal König hat Prof. Riedl diese Lehre als so »neu« gekennzeichnet, daß die Kirche bisher

damit noch nicht habe in Berührung kommen können.«⁷⁵

Mag sein, daß einiges über die Erkenntnisfähigkeit der Vernunft »ganz neu« ist. Die Erkenntnis über die »*letztgültigen Zusammenhänge der Natur und des Kosmos, bzw. um die Einsicht in deren Ordnung*« wurde uns schon vor nahezu 60 Jahren geschenkt, und die katholische Kirche kennt sie ganz genau, hat sie doch bereits in den zwanziger Jahren dazu Stellung genommen: »*Für die Masse des Volkes müsse man starr und ohne das geringste Zugeständnis an den Dogmen festhalten, aber für die tiefer Eindringenden, für die wahre Gemeinschaft der Heiligen, die »ecclesia sanctorum«, gelte dies doch nicht. Zu ihr gehöre aber ich, das beweise schon mein sittlicher Ernst.*«⁷⁶

Wenn Riedl meint, man könne »*solche Lehre über »die letzten Gründe« . . . als »Metaphysik«*« bezeichnen, so ist ihm zuzustimmen, entstammt sie doch nicht den Naturwissenschaften sondern der Philosophie. Was die Theologie betrifft, so kam auf der Wiener Tagung ganz deutlich zum Ausdruck,

»*daß . . . die Theologie weder über die Natur noch über das Wesen der Menschenvernunft irgend einen Wissensbeitrag geleistet hat oder leisten kann. Vielmehr sind alle hierzu erreichten Einsichten entstanden und verbreitet worden gegen den Widerstand und das Gezeter der Theologie, weil diese anstelle des »geschlossenen Weltbildes« nichts anzubieten hat als ein »Glaubensbild«, von dem unausweichlich bei jedem Fortschritt des Wissens eine »Glaubenswahrheit« wegbricht, weil das Wissen den Glauben aufhebt. Als Antwort auf eine diesbezüglich besorgte Frage von Kardinal König hat Prof. v. Weizsäcker diesem Tatbestand denn auch Ausdruck verliehen durch das Eingeständnis, daß der Glaube gegenüber dem Fortschritt des Wissens »Schlacht um Schlacht« verliere, daß er aber trotzdem von dem Endsieg des Glaubens überzeugt bleibe.*«⁷⁵

Wenn v. Weizsäcker damit meinte, daß er letztlich an den Sieg des Göttlichen über den Materialismus glaubt, so will ich ihm gerne zustimmen, denn die Überwindung des herrschenden Materialismus ist die Voraussetzung für die Erhaltung des Lebens auf Erden. Niemals aber wird das Christentum diesen Sieg erringen können. Hierzu ist es selbst viel zu materiegebunden. Eines aber ist sicher: Die wirklichen Theologen werden versuchen, ihre Lehre entsprechend dem neugewonnenen Wissensstand umzufrisieren. Im »Auslegen« des ihr zur Verfügung stehenden »Gottesworts« waren sie immer Meister. So hat z.B. Mitte der 60er Jahre der Jesuitenpater Prof. Dr. Adolf Haas dem Sinne nach gesagt⁷⁵:

Die Alternative »Schöpfung oder Entwicklung« sei falsch, denn der Schöpfer sei ja die Voraussetzung für die Evolution und habe sie in Gang gesetzt.

Davon steht zwar in der Bibel, dem »Gotteswort«, nichts, aber Bibel hin,

Bibel her, irgendwie muß es doch gelingen, die Schafe im Pferch zusammenzuhalten!

Zunächst können derartige Verdrehungskünste Erfolg haben. Auf lange Sicht aber wird sich auch hier die Wahrheit durchsetzen, solange es noch Menschen gibt, die nach ihr fragen und den »*Mut haben, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen*« (Kant). Oder mit anderen Worten: Die Menschen sind aufgerufen, ihre Erkenntnisfähigkeiten einzusetzen, um die Wahrheit zu ergründen, dabei vorurteilsfrei vorzugehen und den Mut aufzubringen, ihre Erkenntnisse frei und offen auszusprechen, was auch unter grundgesetzlich zugesagter Meinungsfreiheit der Menschen, die im Sinne der herrschenden Vorurteile suggeriert sind – und das sind die meisten – nicht leicht ist.

Rettung ist demnach noch möglich durch die *Erkenntnis der Wahrheit über die letzten Lebensfragen*, vor allem über den *göttlichen Sinn des Menschenlebens und des Weltalls*, denn diese Erkenntnis allein kann das Fundament aller heute herrschenden Wahnlehren stürzen.

Anmerkungen zu Teil V

¹ Protokoll der 61. Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises am 3.11.78, S. 17. Dr. Ernst Maihofer MdB. ist Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Bielefeld.

² Frei nach *Lutherbibel*, Ev. Luk. 19,26.

³ Karl Walker, *Konjunkturpolitische Betrachtungen*, Lauf bei Nürnberg, 1961, S. 14.

⁴ Karl Marx, *Deutsch-französische Jahrbücher*, Paris, 1844.

⁵ Anfang 1980 betrug die Schuldenlast der öffentlichen Hände je Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland rund DM 6000,-, jährlich kommen, trotz angeblich sparsamer Haushaltsführung, einige hundert DM hinzu.

⁶ Nach *Neue Politik* vom 11.6.1966, S.10.

⁷ Nach Heinz Scholl, *Der Bonze aus Barmbek*, Euskirchen, 1978, S. 29/30

⁸ Nach Jakob v. Uexküll, in: *Neue Politik*, Heft 1/1980, S. 48.

⁹ vgl. *Neue Politik*, Heft 1/1979, S. 25.

¹⁰ Carl Friedrich von Weizsäcker, vormals Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg, a.a.O., Anm. 1, S.12.

¹¹ *Neue Politik*, Heft 1/1980, S.53.

¹² Hier zeigt sich auch der Einfluß, den die Leitwährung »Dollar« auf die Weltwirtschaft ausüben kann. Die Riesensumme dieser Währung, die außerhalb ihres Währungsgebiets umläuft, eignet sich natürlich vortrefflich zu Spekulationen. Diese Dollarsumme ist dafür

- verantwortlich, daß die gesamte Wirtschaft der westlichen Welt vom Dollar abhängig ist. Das heißt aber auch von der Politik der USA!
- ¹³ *Stuttgarter Zeitung*, vom 16.2.1974.
- ¹⁴ *Der Neue Brockhaus*, Wiesbaden, 1960, Bd. 5, S.51.
- ¹⁵ Lt. Feststellung der Prüfanstalt für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Geisenheim.
- ¹⁶ *Der Überblick*, Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württembergs e.V., Stuttgart, v. 1.2.1966.
- ¹⁷ Sonderdruck Nr. 25 der *Unabhängigen Correspondenz des Vereins für Agrarwirtschaft*, S.20.
- ¹⁸ a.a.O., S.25.
- ¹⁹ *1x1 der Landwirtschaft*, 1975.
- ²⁰ a.a.O. Anm. (1), S.8.
- ²¹ Dr. Harry Hoefnagels, SJ., Prof. für »normative Gesellschaftslehre« an der Universität Nijmegen und Prof. für Soziologie an der Universität Antwerpen, a.a.O., Anm. 1, S.15.
- ²² *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Folge 42/43, Dez. 1979, in der über einen Bericht der *Wirtschaftswoche* vom 2.7.1979 über die »Kieler Konferenz über »Macro economic Policies for Growth and Stability« referiert wurde. Auf dieser Konferenz waren die Zentralbanken zahlreich vertreten und auch der Weltwährungsfonds.
- ²³ Jakob v. Uexküll in *Neue Politik*, Folge 1/80, S. 47/48.
- ²⁴ *News Week* vom 29.7.74.
- ²⁵ *Die Welt* vom 20.11.1976.
- ²⁶ Silvio Gesell: *Der abgebaute Staat – Leben und Treiben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk*, Berlin-Friedenau, 1927.
- ²⁷ Karl Marx, *Deutsch-französische Jahrbücher*, Paris, 1844.
- ²⁸ vgl. »Das Wirtschaftssystem Gustav Ruhlands«, *Der Quell*, 1958, S. 123 ff.
- ²⁹ *Die Bewältigung des Wohlstandes – Der Mensch lebt nicht vom Brot allein*, Vortrag, gehalten in Bad Soden, am 26.9.1960.
- ³⁰ Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, Bd.3, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, München & Leipzig, 1927, Geleitwort, S. XIV.
- ³¹ a.a.O., S.16.
- ³² a.a.O., S.14.
- ³³ a.a.O., S.23.
- ³⁴ a.a.O., S.7.
- ³⁵ nach Ruhland a.a.O.
- ³⁶ *Neue Politik*, Heft 10/73, S. 46.
- ³⁷ *mensch-technik-gesellschaft (mtg) – Zeitschrift für Sozialökonomie*, Folge 42/43, Dez. 1979, S.13/14.
- ³⁸ a.a.O., S.12.
- ³⁹ a.a.O., Anm. 1, S.57.
- ⁴⁰ a.a.O., Anm. 1, S.54.
- ⁴¹ a.a.O., Anm. 1, S.8.
- ⁴² Dr. Hans Mayer, o.Prof. an der Universität Hannover; Honorarprofessor an der Universität Tübingen, a.a.O. Anm. 1, S. 28.
- ⁴³ Heinrich Richard, *Die Entfesselung der Wirtschaft*, Darmstadt, 1960, S. 185.
- ⁴⁴ Erich Ludendorff, *Kriegshetze und Völkermorden in den letzten 150 Jahren*, München 1930, S. 92.
- ⁴⁵ *Neue Solidarität*, 14.6.1979, Randstudie von James Rodney Schlesinger, *Politik und Systemanalyse*, 1967
- ⁴⁶ a.a.O., Anm. 1, S. 29.
- ⁴⁷ Harald Vocke in *FAZ* v. 1.12.79.

- ⁴⁸ Max Tornau, *Völkermord durch Auserwähltheitswahn*, Euskirchen 1979, S. 11.
- ⁴⁹ *Der Naturarzt*, Heft 4, 1980, S. 4.
- ⁵⁰ Friedrich Schiller in seiner akademischen Antrittsrede an der Universität Jena.
- ⁵¹ Dr. Wilhelm Hennis, ordentlicher Prof. für politische Wissenschaft an der Universität Freiburg, a.a.O., Anm. 1, S. 33
- ⁵² Dr. med. Otto Walter Haseloff, ord. Prof. für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Berlin, Direktor des StGMA-Instituts für angewandte Psychologie und Marktforschung, Berlin, a.a.O., Anm. 1, S. 35.
- ⁵³ Arthur Schopenhauer, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Bd. 2, S. 879/80
- ⁵⁴ Walter Löhde, *Friedrich Schiller – ein deutscher Revolutionär*, Pähl, 1955, S. 219f.
- ⁵⁵ Friedrich Schiller, *Sämtliche Werke*, Band 1, München 1959, S. 307
- ⁵⁶ *Lutherbibel*, 1.Mos. 2,16 u. 17
- ⁵⁷ Jakob von Uexküll in *Neue Politik*, Heft 1, 1980, S. 48
- ⁵⁸ a.a.O., S. 47 und 54
- ⁵⁹ a.a.O., Heft 3, 1980, S. 27
- ⁶⁰ Jürgen Spanuth, *Das enträtselte Atlantis*, S. 223ff., nach: *Der Quell*, 1955, S. 1022/23
- ⁶¹ Janine Roberts, *Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau*, Göttingen 1977, S. 23
- ⁶² Friedrich Schiller, *Über Anmut und Würde, Sämtliche Werke*, Band 5, München 1959, S.471
- ⁶³ *Am heiligen Quell deutscher Kraft*, Jg. 1937/38, S. 186
- ⁶⁴ Friedrich Schiller, *Über Anmut und Würde, Sämtliche Werke*, Band 5, München 1959, S. 475
- ⁶⁵ Friedrich Schiller, a.a.O.
- ⁶⁶ Dr. Rolf Dahrendorf, Ph.D.Prof., Direktor der London School of Economics and Political Science, London, a.a.O., Anm. 1, S.58.
- ⁶⁷ a.a.O., S.54.
- ⁶⁸ a.a.O., S.47.
- ⁶⁹ a.a.O., S.7.
- ⁷⁰ *Atlas-Konjunkturbericht*, Zürich, 86. Jahrgg., Nr.1, vom 2.1.1961.
- ⁷¹ Immanuel Kant, *Kritik der reinen Vernunft*.
- ⁷² Friedrich Ritter, *Das offenbarte Leben*, Ebersteinburg über Baden-Baden, 1951.
- ⁷³ In seiner *Berliner Proklamation*, nach Alexander von Senger, *Mord an Apollo*, Zürich 1964, S.118.
- ⁷⁴ Bericht der *Stuttgarter Zeitung*, vom 18.1.1978, mitgeteilt von Ernst Kammerer, Remshalden-Geradstetten.
- ⁷⁵ a.a.O.
- ⁷⁶ Mathilde Ludendorff, *Lebenserinnerungen*, Bd. III, S. 208.

DIE HEILUNG

Die Heilung unserer schwer erkrankten Wirtschaft und Gesellschaft ist, wie gezeigt, nur möglich, wenn wir völlig umdenken. Das setzt Vorurteilsfreiheit voraus. Wir müssen uns von den seitherigen Glaubenslehren trennen und dürfen uns nur nach den heute vorliegenden Erkenntnissen richten. Geschieht das, ist eine Heilung in letzter Stunde noch möglich. Geschieht dies nicht, wird die Menschheit ihren Untergang in kürzester Frist selbst herbeiführen, indem sie das gesamte Leben auf Erden vernichtet.

Die Wissenschaft hat, wie bereits erwähnt, festgestellt, daß die Entwicklung der Lebewesen einem Endziel zustrebt,

»das in der Bewußtheit der Menschenseele und deren Erkenntnisfähigkeit erreicht worden sei.«¹

1. Philosophische Grundlagen

Wie schon so oft eilte auch hier die Philosophie den »exakten« Wissenschaften weit voraus, schöpft doch wahre Philosophie (nicht die sich ebenfalls Philosophie nennende Gedankenspielererei) von jeher die Erkenntnisfähigkeit des Menschen voll aus. So hat z.B. Demokrit um 400 vor der Zeitwende bereits erkannt, daß die gesamte Erscheinungswelt aus Atomen aufgebaut ist, und hat auch deren Eigenschaften richtig beschrieben. Wir konnten feststellen, daß die als »neu« angesehene Erkenntnis von der Zielgerichtetheit der Entwicklung schon seit 60 Jahren vorliegt, und zwar in der Philosophie Mathilde Ludendorffs. Diese wird uns auch weitere wichtige Erkenntnisse liefern. Es würde jedoch den Rahmen unserer Betrachtungen sprengen, wollten wir näher auf diese Philosophie eingehen, als es unumgänglich notwendig ist. Dadurch wird allerdings ihre Überzeugungskraft stark gefährdet. Wer sich wirklich eine eigene Meinung über die Aussagen dieser Philosophie machen will, der sollte schon die Philosophin selbst anhören². Als erstes Werk käme hierfür *»Triumph des Unsterblichkeitwillens«³* in Betracht. Es enthält die Grundaussagen und Grunderkenntnisse für die weiteren Werke. Wer davon angesprochen wird, wird zu den weiteren Werken greifen, wer nicht, der dürfte wenigstens erkannt haben, daß Geistesfreiheit ein ganz besonderes Anliegen dieser Philosophie ist, diese ihm daher die Freiheit läßt, anders zu denken,

ihm aber auch die volle Verantwortung für sein Tun und Lassen sich selbst, seinen Mitmenschen und den kommenden Generationen gegenüber aufbürdet.

Es geht also nicht um eine »neue Religion«, wie Julien Huxley meint:

»Die Menschen warten auf eine neue Religion und sie glauben mehr oder weniger genau zu wissen, daß eine solche Religion schon vorhanden ist und nur noch entdeckt, und nur noch artikuliert werden muß.«⁴

Es geht um Erkenntnisse von Wesenszügen »Gottes«, des »Göttlichen«, des innersten Wesens unseres Weltalls oder, wie Kant es nannte, vom »Ding an sich« und damit um Erkenntnisse über den göttlichen Sinn des Weltalls, der menschlichen Unvollkommenheit, des Sinns des Menschenlebens und des Todesmuß, d.h. um eine den Tatsachen entsprechende Antwort auf die seit Bestehen des Menschengeschlechts umsonnenen Fragen. Diese Philosophie nennt sich darum auch »Gotterkenntnis«.

Hier wird eingewandt werden: Kant hat doch nachgewiesen⁵, daß die Vernunft die Existenz Gottes nicht beweisen kann! Die Vernunft könne auch nichts über das Wesen der Welt, darüber, »was die Dinge an sich seien«, aussagen. Damit aber, daß die Vernunft dies nicht kann, ist noch lange nicht gesagt, daß es dem Menschen überhaupt unmöglich ist, Erkenntnisse über das Wesen der Welt zu gewinnen. Erkenntnisse werden nicht nur mittels der Vernunft, sondern, und oft sogar sehr bedeutende, unmittelbar aus dem Erleben heraus mittels Intuition gewonnen. Dieser aber sind keine Grenzen gesetzt. Im Unterschied zur Vernunft, die jeder Mensch jederzeit anwenden, die aber auch irren kann, erfolgt jede Intuition spontan⁶, ursachelos. Sie kann nicht gewollt werden. Auch hier gibt es sehr unterschiedliche Begabungen, doch ist allen Menschen ein Ahnen angeboren, daß die uns wahrnehmbare Welt nicht alles Seiende widerspiegelt, daß es noch etwas uns Verborgenes gibt. Seit Menschengedenken wurde in allen Völkern versucht, dieses Verborgene, das Wesen dieser Welt, zu ergründen, und sie gaben ihm die unterschiedlichsten Namen. Wir nennen es Gott. Schon immer gab es unter den Menschen intuitiv und dichterisch begabte Menschen. Sie deuteten ihr Erleben im Mythos, der stets nur Sinnbild sein sollte, was nicht ausschloß, daß er auch als Tatsache geglaubt wurde.

Machtgierige nutzten die Sehnsucht der Menschen, Näheres über dieses Verborgene zu erfahren, aus und formten aus den Mythen Religionen mit Lehrsätzen (Dogmen) und Kultvorschriften. Sie selbst ernannten sich zu »Priestern« oder »Seelsorgern« und gaben vor, sie hätten bereits die Wahrheit über das innerste Wesen dieser Welt gefunden und wüßten auch genau, wie sie geschaffen worden sei und was Gott von den Menschen fordere. Die Dichter der Mythen wußten noch, daß ihr Wissen um die wahrnehmbare Welt noch nicht ausreichte, um letzte Wahrheit zu geben.

Die Erfinder und Priester der Religionen jedoch trieben Mißbrauch. Erst jetzt, nachdem die Welt der Erscheinungen bis an ihre Grenzen mittels der Vernunft erforscht ist, konnte sich das intuitive Erkennen, indem es sich mit dem Wissen paarte, über den Mythos erheben und zur Erkenntnis der letzten Lebensfragen führen, wobei das Studium der einschlägigen Werke zu einem Nacherleben führen kann.

Diese kurzen Ausführungen über die Erkenntnisfähigkeit des Menschen müssen genügen. Dem, der mehr wissen will, stehen die Werke der Philosophie Mathilde Ludendorffs zur Verfügung. Von den für unsere weiteren Betrachtungen wichtigen Erkenntnissen Mathilde Ludendorffs, die insbesondere zum Verständnis des Verhaltens der Menschen im Bereich der Wirtschaft äußerst wichtig sind, beginnen wir mit der menschlichen Unvollkommenheit und ihren Folgen.

1.1. *Die Unvollkommenheit des Menschen*

*»Die Welt ist vollkommen überall,
Wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual.«⁷*

Wer völlig vorurteilslos unsere Welt betrachtet, nicht mit dem Maßstab des eigenen Vorteils mißt und sich nicht von irrigen moralischen Vorstellungen leiten läßt, wird dieser Aussage Schillers zustimmen. Seit Jahrtausenden erhält sich unsere Welt dank vollkommener Gesetze. Auf Erden ist vielleicht vor zwei Milliarden Jahren erstes Leben entstanden, das sich dann aus einfachsten Formen zu einer ungeheuren Vielfalt von Gattungen und Arten bis hin zum Menschen entwickelt hat. Wenn auch inzwischen viele Arten ausgestorben sind, so lebt immer noch von allen Gattungen, die je gelebt haben, eine große Zahl von Arten. Ein allen Lebewesen inwohnender Wille (Trieb) beherrscht sie, der Selbst- und Arterhaltung in vollkommener Weise sicherstellt. Dadurch, daß jedes Lebewesen von anderen, die ihm zur Nahrung dienen, lebt, ist trotz der ungeheuren Vielfalt an Lebewesen weitestgehend dafür gesorgt, daß keine Art überhand nimmt, aber auch dafür, daß Lebensuntüchtiges sich nicht vermehrt, so daß von jeder Art sich die Höchstform erhält. Nimmt trotzdem eine Art überhand, vernichtet sich eine große Zahl Einzelwesen dieser Art selbst (z.B. Lemminge). Warum macht hiervon der Mensch eine Ausnahme und ordnet sich nicht in die Harmonie der Schöpfung ein, sondern verhält sich ihr oft entgegengesetzt?

Wie alle erkannte Wahrheit einfach ist, so löst sich auch diese Frage auf ganz einfache Weise. Nach den Erkenntnissen Mathilde Ludendorffs herrscht im Menschen wie in allen Lebewesen ein Selbsterhaltungswille, der in den Stufen des Unbewußten und des Unterbewußten vollkommen, d.h. nur auf die Erhaltung des Lebens und der Art bedacht ist. In der Stufe

des menschlichen Bewußtseins jedoch ist er unvollkommen und nicht mehr ausschließlich auf Selbst- und Arterhaltung in Höchstform bedacht. Auf dieser Stufe verfügt der Mensch über ein lange Zeit vorhaltendes Gedächtnis. In diesem Gedächtnis kann er Lust- und Leiderlebnisse bewahren. Mit Hilfe seiner Vernunft kann er deren Ursache ergründen und Wege ersinnen, wie er Lust gewinnen und häufen, bzw. wie er Leid meiden oder mindern kann. Da beim Menschen ebenso wie bei den Tieren der Selbsterhaltungswille das Verhalten lenkt, ist es entscheidend, worauf dieser Wille gerichtet wird. Beim Tier sorgt der Instinktzwang dafür, daß er ausschließlich der Selbsterhaltung dient. Anders ist es beim Menschen. In seinem Bewußtsein herrscht kein Instinktzwang, auch bestimmt er, d.h. sein Ichbewußtsein, keineswegs von Geburt an sein Handeln, wie er wähnt, sondern allenfalls sein Selbsterhaltungswille. Sein »Ich« ist zunächst nur Zuschauer, kann aber aus eigener Kraft die Lenkung dieses Willens übernehmen, ist dieses »Ich« doch die einzige Stätte der Freiheit im gesamten, an Gesetzmäßigkeit gebundenen Weltall. Übernimmt das Ich selbst die Führung, dann kann sich der Mensch weit über das Tier erheben. Bleibt es weiterhin Zuschauer und überläßt seinem Selbsterhaltungswillen die Alleinherrschaft, dann wird dieser lusterpichte und leid-scheue Wille die Vernunft in seinen Dienst stellen und sich von ihr Wege weisen lassen, die die Lust mehren und Leid so gut wie möglich abwenden, wähnen doch die Menschen, wenn sie leidfrei seien und alle Lust der Welt genießen könnten, dann seien sie glücklich. Manche scheuen sogar nicht vor Verbrechen zurück, um dieses vermeintliche Glück zu erhaschen. Wir werden weiter unten noch mehr hierüber erfahren.

Alle Religionen und Ideologien nutzen diese Lustsucht, Leidscheu und Glückssehnsucht in unterschiedlicher Weise zur Erringung und Erhaltung ihrer Herrschaft über die Seelen der Menschen. Ihre Priester erfanden dazu noch Himmel und Hölle als Lohn- bzw. Strafanstalten ihres »Gottes« und behaupten zudem, der Mensch habe eine sichere Richtschnur für sein Handeln in seinem Gewissen, denn dieses sei die »Stimme Gottes«. Das aber trifft keineswegs zu. Denn sobald Gewissensforderungen Unlust erzeugen, kann der das Regiment führende Selbsterhaltungswille die Vernunft veranlassen zu beweisen, daß die Gewissensregung unbegründet sei, daß die Handlungsweise durchaus richtig und sogar notwendig war oder, was sehr beliebt ist, daß andere die Verantwortung trifft. Diese Fähigkeit zur Selbsttäuschung mittels der Vernunft kann somit das Gewissen »beruhigen«, und dieses stumpft, je öfter dies geschieht, mehr und mehr ab, bei manchen bis zur Billigung von Verbrechen. Doch ebenso hat der Mensch auch die Freiheit, sein Gewissen immer mehr zu verfeinern, so daß dieses bei der geringsten Verfehlung gegen die in seiner Seele herrschenden Normen die Stimme erhebt. Aber damit ist es noch

längst nicht zur »Stimme Gottes« geworden, spiegelt es doch stets nur die im Menschen herrschenden Vorstellungen wider über das, was gut oder böse, richtig oder falsch sei. Diese Vorstellungen werden jedoch in hohem Maße von den Lehren bestimmt, denen die Menschen anhängen. Daraus folgt, daß auch das Gewissen in den Dienst der Herrschaft von Religionen und Ideologien und der dahinter stehenden Machtgruppen gestellt werden kann.

Ist es aber wirklich der Sinn des menschlichen Lebens, nach dem vermeintlichen Glück zu jagen und darunter zu verstehen, Lust zu häufen und Leid zu meiden? Wohin hat uns diese Jagd nach dem Glück geführt? Wieviele Menschen haben sich schon infolge ihrer Lustsucht und Leidscheu krank, ja unheilbar krank gemacht oder wurden in Unfälle verstrickt und dabei verstümmelt oder gar getötet! Die bedeutendste Rolle spielt hierbei der Alkohol. Ärztliche Kunst konnte in vielen Fällen noch das Leben einzelner erhalten. Mehr und mehr aber bedroht diese Unvollkommenheit des Menschen das gesamte Leben auf Erden!

Ist der Mensch darum mit einem unvollkommenen Selbsterhaltungswillen geboren, damit er sich eines Tages selbst vernichtet und alles Leben auf Erden mit in den Untergang reißt?

1.2. *Vom Sinn des Lebens*

Der Mensch kann in seinem Ichbewußtsein Göttliches erleben. Das kann er aber nur in Zeiten der Ruhe, wenn ihn keine andersgerichteten Gedanken beherrschen und sich der unvollkommene Selbsterhaltungswille nicht einmischt. Sobald es aber dem Selbsterhaltungswillen im Bewußtsein gelingt (göttliches Erleben kann ja auch mit starkem Leid verbunden sein), wieder die Herrschaft im Bewußtsein zu erringen, sinkt der Mensch zurück in seine Unvollkommenheit. Dann wird er sich dem Göttlichen wieder verschließen, ja, es unter Umständen sogar hassen, wenn es ihm Unlust bereitet hat.

Je nachdem, ob göttliches Erleben oder der lustsuchende und leidmeidende Selbsterhaltungswille im Bewußtsein herrscht, kann der Mensch dem Guten seine Seele weit öffnen, es lieben und entsprechend handeln oder ihm gegenüber völlig gleichgültig sein oder schließlich es hassen und in voller Absicht Böses tun, aus Lust am Bösen!

Der Mensch kann auch mit Feuereifer nach Wahrheit, nach Erkenntnissen streben. Wieviele aber stehen solchem Streben völlig gleichgültig gegenüber oder hassen es sogar, weil es ihrer Herrsch- bzw. Lustsucht abträglich ist oder sein könnte! Was wird nicht alles zusammengelogen auf dieser Welt! Man denke aber auch an die Millionen, aus Herrschsucht oder gar im Namen »Gottes« heute noch auf dem ganzen Erdball gnaden-

los Verfolgten und Gemordeten, nur weil sie die Wahrheit sagten oder sich nicht beugen ließen.

Dasselbe gilt auch für das Schöne. Hat man heute nicht oft den Eindruck, gewisse Leute hätten Freude am Häßlichen? Viele unter ihnen wagen sogar zu behaupten, ihre Erzeugnisse seien »Kunst«! So erfahren wir z.B.:

»Über Jean Paul Sartre schreibt Simone de Beauvoir: »Er war allergisch gegen das Grün der Blätter, konnte das Grünsein der offenen Felder nicht ausstehen, konnte es nur ertragen, solange er es ganz vergessen konnte.«⁸

Und ein anderes Beispiel:

»Wer die Wirklichkeit nur noch mechanisch sehen will, reagiert auf die nichtmechanische Wirklichkeit allergisch. Darwin klagte, er könne Poesie »nicht mehr ausstehen . . . Shakespeare verursacht bei mir Übelkeit« (makes me feel sick). Sein Geist sei »eine Art von Maschine« geworden, das Ergebnis »schlecht für den Intellekt und den moralischen Charakter.«⁸

War es nicht ein Verbrechen, im Krieg absichtlich Kunstwerke u.a. kulturelle Werte zu zerstören? Neben dem Guten und Wahren kann sich der Mensch auch dem Schönen verschließen, bis er es schließlich überhaupt nicht mehr wahrnimmt oder es sogar haßt. Das Schöne aber ist der göttliche Wesenszug, dem sich die Menschen oft noch am längsten hingeben, ehe sie sich auch diesem verschließen.

Je mehr ein Mensch sich dem Göttlichen verschließt, desto »kälter« wirkt er, desto weniger seelische Bewegtheit (Emotion) kennt er, außer seiner Jagd nach Glück, Lust, Macht. Er kümmert sich dann nur noch um »Diesseitiges«, die Natur, die Schöpfung Gottes, wurde ihm zum Ausbeutungsobjekt, und Wahrheit und Forschung sind nur noch sinnvoll, wenn damit Geld zu machen ist.

Das Erleben des Göttlichen kann niemals und auf keine Art und Weise herbeigeführt werden. Es ist spontan, ursachelos wie Gott selbst und kann im tiefsten Leid wie in höchster Lust auftreten. Lustentsagung (Askese), wie sie von vielen Religionen empfohlen wird, ist darum genau so unsinnig wie Leidsucht. Unabhängig von Lust oder Leid kann man sich göttlichem Erleben hingeben.

Wenn bei dem Streben nach dem Guten, Wahren und Schönen das jeweilige Gegenteil stets widergöttlich ist, so trifft dies beim Wunsch zur Menschenliebe nicht unbedingt zu. Es geht bei dem Gefühl der Liebe ja nicht nur um die Liebe zu den Menschen. Es geht vor allem darum, das Göttliche zu lieben, auch insoweit es in Menschen in Erscheinung tritt. Damit ist aber auch der Haß gegen alles Widergöttliche verbunden, überall, wo es angetroffen wird, vor allem in jedem Menschen selbst. Haßentsagung ist also widersinnig. Zwar sollte man nicht Menschen hassen. Das heißt aber nicht, man solle ihre schlechten Handlungen nicht hassen, etwa

wie die Bibel in der Bergpredigt lehrt: »*Widerstebet nicht dem Übel!*«⁹ Im Gegenteil, dem Übel ist mit aller Kraft entgegenzutreten. Damit es nicht überhand nimmt, ist es zu hassen. Nötig ist nur, das Gefühl der Liebe und des Hasses im göttlichen Sinne auszurichten, das heißt: nicht auf die Menschen, sondern auf ihr jeweiliges Handeln. Zur tiefen Liebe zu allem Göttlichen gehört ein kräftiger Haß gegen alles Widergöttliche in sich und bei allen anderen.

Zu den genannten Wünschen zum Guten, Wahren und Schönen sowie dem göttlich gerichteten Fühlen in Liebe und Haß treten noch weitere Wesenszüge des Göttlichen, für die der Mensch Worte geschaffen hat, mittels derer er versucht, sie anderen erlebbar zu machen. Ob er von diesen anderen aber richtig verstanden wird, das liegt auch bei diesen selbst, bei ihrer Fähigkeit des Miterlebens.

Hier sei zunächst der göttliche Stolz (»Gottesstolz«) genannt, der die aus Verantwortung für das eigene Handeln geborene Würde des Menschen widerspiegelt. Neben ihm, der im männlichen Geschlecht überwiegt, steht die Elternliebe, die als Mutterliebe mehr das weibliche Geschlecht auszeichnet, was aber keineswegs bedeutet, daß nicht beide Wesenszüge auch im jeweilig anderen Geschlecht besonders stark in Erscheinung treten könnten.

Der letzte Wesenszug des Göttlichen, der hier noch zu nennen ist, ist der der Freiheit. Das Göttliche ist in jeder Hinsicht frei und an keinerlei Grenzen gebunden wie die Welt der Erscheinungen, in deren Grenzen Raum, Zeit und Ursächlichkeit sich Gott nur insoweit eingeordnet hat, als es nötig ist, Gottesbewußtheit in einem selbständigen Lebewesen zu ermöglichen.

Hier offenbart sich die völlige Andersartigkeit »der Gotterkenntnis« gegenüber allen Religionen am deutlichsten. Diese müssen die Freiheit des Menschen bestreiten, in Eigenverantwortung seine Seele zum Gotteseigenschaft zu gestalten, sonst verlieren ihre Priester die Herrschaft über die Seelen. Die »Gotterkenntnis« aber lehrt im Gegensatz dazu als erkannte Tatsächlichkeit:

»... daß der Mensch dank seines eingeborenen spontanen Icherlebens mit der Gewißheit geboren wird, daß er ein Recht auf Freiheit hat.«¹⁰

Sein Erleben ist darum auch nicht auf die von uns genannten Wesenszüge begrenzt. Es kann mehr oder weniger weit darüber hinausgehen. Zum Teil kann er solches Erleben noch im Kunstwerk anderen Menschen nacherlebbar machen, man denke z. B. an die Musik. Vieles aber bleibt für immer ein Geheimnis.

Die Behauptung, das Leben sei ein ständiger Kampf sowohl ums Dasein als auch gegen das Böse in der eigenen Brust, ist Irrtum:

»*Nicht Kampf ist das Leben des Menschen,*

*Nein, jenseits des Kampfes erst
Ist das Erleben der Seele.*«¹¹

Gibt sich der Mensch, falls er in Zeiten der Ruhe Göttliches erlebt, diesem Erleben voll und ganz hin, so nimmt er, solange dieses Erleben währt, am Göttlichen, Ewigen, am »Jenseits«, am Unsterblichen teil. Damit hat sich, obwohl er genau so dem Todesmuß unterworfen ist wie jedes sonstige mehrzellige Lebewesen, sein Wille nach Unsterblichkeit erfüllt. Kehrt seine Seele dann ins »Diesseits« zurück, d.h. in die Welt des »Kampfes« unvollkommener Menschen, so kann sich seine Seele zum Göttlichen hin entfaltet haben. Sie kann aber auch unabgewandelt bleiben. Natürlich muß auch er für seine Erhaltung sorgen, das ist eine selbstverständliche Pflicht, die aber auch ohne widerlichen Kampf und unvollkommenes Handeln erfolgen kann. Sinkt er dieserart bis zu seinem leiblichen Tode nicht mehr in seine Unvollkommenheit zurück, hat er sie in allen Lebenslagen überwunden, dann ist er so vollkommen wie die gesamte übrige Schöpfung. Er hat den göttlichen Sinn des Menschenlebens erfüllt. Niemand, auch der Vollkommene selbst, weiß aber jemals, ob er dieses Ziel erreicht hat. Es bleibt Geheimnis der Schöpfung.

Noch ganz anders aber kann der Mensch seine Seele aus eigenem, freien Willen in »Selbstschöpfung«¹² gestalten. Er kann auch zum vollkommenen Gottfeind, zum Widergott, werden, der alles Göttliche wankellos haßt. Der unvollkommene Selbsterhaltungswille hat auch bei diesem Seelenzustand nichts zu bestimmen. Sein Ich allein beherrscht mit Hilfe der Vernunft sein widergöttliches Handeln. Solche Menschen sind genauso selten wie die Vollkommenen. Dazwischen stehen alle die übrigen Menschen, die zeitlebens in Unvollkommenheit verharren, sich hin und wieder zu Gott erheben. Ihr Seelenzustand ist schwankend. Von ihnen sondert sich noch eine Gruppe ab, die nie mehr Göttliches erleben, in denen der unvollkommene Selbsterhaltungswille zum Alleinherrscher geworden ist. Sie kennen keine Seelenregungen, »Emotionen«, mehr. Sie sind zu »plappernden Toten« oder »Scheinlebendigen« geworden. Es sind dies diejenigen, von denen Chesterton meint, sie hätten *»alles verloren bis auf den Verstand«*¹³. Sie haben aber gar nichts *verloren*. *Sie selbst haben* aus eigenem freien Willen auf alles seelische Innenleben bis auf den Verstand *verzichtet*, d.h. ihre Seele gemordet.

Ganz gleich, welchen Weg der Mensch wählt, kein »Gott« wird ihn dafür zur Rechenschaft ziehen. Kein Lohn winkt und keine Strafe droht. Außer durch die in der Erscheinungswelt herrschenden Gesetze wird der Mensch nur durch andere Menschen dann bedroht, wenn diese sich in ihrem Lustwollen bzw. ihrer Leidscheu beeinträchtigt fühlen, bereitet ihnen dies doch Unlust, und der Unlustbereiter wird gehaßt und ihm das Leben mehr oder weniger zur Hölle gemacht.

Auch kein Seelenfrieden wird dem sich zu Gott hin entfaltenden Menschen beschieden sein und keine Gewissensbisse die Absinkenden plagen, höchstens z.B. den vollkommenen Widergott, wenn er in seinem Haß gegen alles Göttliche etwa nachlassen sollte. Das ruhigste Gewissen haben die »plappernden Toten« bzw. »Scheinlebendigen«, haben sie doch auch das Gewissen völlig abgetötet. Sie verstehen höchstens andere Menschen nicht, die sich z.B. über einen Wortbruch aufregen. Man tut doch, was opportun ist, was einem »in den Kram« paßt. Das betrachten sie als Freiheit. Viele, die noch etwas Seelenleben haben, meinen dies auch. Viele verwechseln auch den Spielraum, der schon den Tieren belassen ist, sich da oder dort hin zu bewegen und ähnliches, mit der Freiheit. Uns geht es nur um die innerseelische, wirkliche Freiheit, um derentwillen der Mensch unvollkommen geboren wurde, die Freiheit, sich für oder wider Gott zu entscheiden.

Die Moral, die sich aus dem erkannten göttlichen Sinn des Menschenlebens ergibt, ist selbstverständlich eine völlig andere als die aller derzeit herrschenden Ideologien und Glaubenslehren, der christlichen ist sie so ziemlich entgegengesetzt, wird aber voll und ganz den Wünschen derer gerecht, die das Leben auf Erden und die Kultur der Völker schützen wollen und glauben, ein Recht zu haben, über sich selbst und ihr Handeln bestimmen zu dürfen.

1.3. *Moral*

Der göttliche Sinn des Lebens kann nur in Freiheit, vor allem in innerseelischer Freiheit, erfüllt werden. Es darf hier keine Vorschriften, keine starren Regeln, kein »Du sollst« geben. Die Moral der Gotterkenntnis kennt dies alles auch nicht. Sie will den Menschen nur helfen, zu »Gott« zu finden. Da er aber hierzu der Freiheit bedarf, wird sie ihm auch belassen. Jeder einzelne muß sich jeweils selbst entscheiden. So heißt es z.B. anstelle des christlichen Gebots *»Du sollst nicht töten!«*, das zudem von den christlichen Priestern am meisten mißachtet wurde, man denke an die Ketzer- und Hexenverbrennungen¹⁴:

*»Dein eigenes Dasein ist heilig,
Der Sippen, des Volkes Dasein ist heilig,
Und aller Menschen Dasein ist heilig,
Weil alle Menschen auf Erden
Bewußtsein des Gottes werden könnten,
Solange ihre Seele noch lebt.
So darfst du durch Töten
Nur dir und dem Volke in Todesnot
Jenseitserleben schützen.«¹⁵*

Dies ist klar und deutlich. Trotzdem muß jeder selbst prüfen, wann er

töten darf. Wann befindet sich sein Volk in Todesnot, so daß er mithelfen sollte, es zu verteidigen? Dabei darf aber Feigheit ihn nicht beeinflussen. Nach dieser Richtlinie ist auch eine »Todesstrafe« unmöglich.

Der Tod ist nach der Gotterkenntnis ein im Laufe der Entwicklungsgeschichte eingetretenes, durchaus sinnvolles Geschehen, dem alle mehrzelligen Lebewesen, nicht nur die Menschen, unterliegen, kann also nicht für diese eine Strafe sein, wie das Christentum lehrt.

Die Moral der Gotterkenntnis ist in drei Teile getrennt: Moral des Kampfes ums Dasein, Moral der Minne (in derzeitiges Deutsch übersetzt: Sexualmoral), Moral des Lebens, wobei letztere die übergeordnete ist.

Für uns kommt hauptsächlich die Moral des Kampfes ums Dasein in Betracht, spielt sich dieser doch, soweit Friede herrscht, überwiegend in der Wirtschaft ab. Wir gehen hier nicht gesondert auf sie ein, liegt sie doch unseren gesamten künftigen Ausführungen über Wirtschaft zugrunde. Die Betrachtung der Moral der Minne scheidet hier für uns aus, dagegen müssen wir uns etwas mit der Moral des Lebens in kurzen Andeutungen befassen, insbesondere insoweit sie im Gegensatz zu den herrschenden Glaubenslehren steht. Wir hören z.B. über die Nächstenliebe:

*»Langmütig und freundlich ist Liebe,
Doch darf auch sie nicht freveln
An andern Wünschen des Gottes.«¹⁶*

Stets muß der Mensch selbst wählen, wie weit er mit seiner Liebe gehen darf, ohne andere göttliche Wünsche zu mißachten. Hier wird deutlich, wie falsch das Gebot ist: *»Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!«*

Über das von Religionen geforderte Verzeihen von Schuld erfahren wir:

*»Wer sollte verzeihen?
Du solltest selbst je dir verzeihen,
Daß vom Gotte du irrtest? . . .
Das Wesen der Dinge selbst sollte vergeben,
Daß du sein reines Bewußtsein verzerrtest, entstelltest?
Niemals kann es das tun,
Es ist nicht Person wie du selbst.«¹⁷*

Zu den Bittgebeten der Gläubigen aber wird gesagt:

*»Sieh dort, wie wieder und wieder
Sie knieend bekennen die Ohnmacht,
Wie göttlich gerechtes Urteil sie alle nicht möchten,
Nein, sieh', wie sie kläglich erbitten
Das »unverdiente Erbarmen!«¹⁸*

Der im Einklang mit dem Göttlichen und der Menschenwürde stehende Stolz »fordert«, daß jeder selbst für alle seine Taten einsteht, daß er seine »Sünden« nicht einem »Sündenbock« aufbürdet, der sich für ihn opfert.

Ganz besonders widmet sich diese Moral dem Haß, einem Erbe aus dem Tierreich. Jedes Tier haßt den Feind, der es selbst oder seinen Lebensraum bedroht, jedoch nur so lange, wie es seines Gegners ansichtig ist. Sobald er aus seinem Gesichtskreis verschwunden ist, ist alles vergessen. Dem Menschen jedoch ist es möglich, sowohl seinen Feind wie auch die Unlust, die er bereitete, in seinem Gedächtnis zu behalten, beides zu hassen und seine Vernunft zu nutzen, auf Rache zu sinnen. Zunächst wird der Feind in Gedanken verfolgt. Sobald sich aber eine günstige Gelegenheit ergibt, erfolgt auch die Rache.

Aus der Verbindung von »Haß und Vernunft« entstehen folgende Eigenschaften: Zank, Rachsucht, Bosheit, Neid, Mißgunst und Habgier. Die drei letzten werden uns im Zusammenhang mit der Wirtschaft besonders beschäftigen. An dieser Stelle geht es um die Frage: Wie können diese »Kinder von Haß und Vernunft« in unserer Seele getilgt werden, denn sie gefährden die Erfüllung des Lebenssinnes aufs höchste, sie führen auch zu zahlreichen Mißständen im Wirtschaftsleben. Man sollte darum nicht versuchen, den Haß zu vernichten, sondern sollte ihn ausschließlich auf widergöttliches Handeln und nicht auf den Handelnden selbst richten. Dann ziehen sich diese unguten Charaktereigenschaften lautlos und ohne Kampf aus der Seele zurück. Sie finden dort kein Betätigungsfeld mehr.

Ich hoffe, daß diese kurzen Andeutungen – trotz der Fragwürdigkeit, weitreichende Zusammenhänge lediglich anzudeuten – dem Leser gezeigt haben, wie andersgeartet diese Moral gegenüber der der herrschenden Religionen und Ideologien ist, wie sehr sie aber der Friedens- und Freiheitssehnsucht des Menschen gerecht werden könnte, würde sie sich bei allen Menschen voll und ganz durchsetzen. Doch damit ist leider niemals zu rechnen, die menschliche Unvollkommenheit steht dem entgegen. Möglich ist lediglich ein mehr oder weniger starkes Zurückdrängen der heute herrschenden Moral. Niemals wird es auch möglich sein, das Priestertum völlig zu verdrängen. Zu viele Menschen möchten gar nicht befreit werden, sie möchten lieber »allein nicht gehen, nicht einen Schritt«, wie es in einem Kirchenlied heißt. Sie verlangen geradezu nach einem »Führer«, nicht nur auf politischem sondern auch auf seelischem Gebiet.

Die hier vertretene Gotterkenntnis kennt keine Priester, Weihwarte oder Funktionäre, die stets bemüht sind und auch fernerhin bemüht sein werden, ihre Meinung als die alleinseigmachende weltweit durchzusetzen. Wie es dem Wesen einer wirklichen Erkenntnis entspricht, will die Erkenntnis auch gar nicht »geglaubt« werden. Nur diejenigen, die selbst ihre Aussagen als Wahrheit einsehen, können durch sie zum Göttlichen hingeführt werden. Wer dies scheut, muß sich eben weiterhin von den Priestern bzw. Funktionären gängeln lassen. Er erwarte aber dann nicht, daß sich die menschliche Entwicklung je zum Guten wenden wird.

1.4. Sittengesetz

Das »Göttliche« oder das »Jenseits aller Erscheinung« kennt keine Grenzen. Sein Wesen ist Freiheit. Der Mensch ist unvollkommen geboren, um sich frei für oder wider Gott entscheiden zu können. Um ein friedliches Zusammenleben von Menschen zu ermöglichen, ist es aber nötig, Grenzen zu setzen, und schon seit Urzeiten haben sich die Menschen in Sitte und Gesetzen, d.h. im Sittengesetz, solche Grenzen gesetzt. Das Sittengesetz ist je nach Volkscharakter in den verschiedenen Völkern unterschiedlich. Eine Grundforderung jedoch gilt allgemein:

»Du darfst nichts tun, was du selbst nicht erleiden möchtest.«¹⁹

Darüberhinaus will das Sittengesetz die Selbsterhaltung jedes einzelnen und des Volkes sicherstellen. Wir lesen darüber:

»Das Sittengesetz will . . . mit seinen ernsten Forderungen den Menschen befähigen, so gut wie jedes Tier und jede Pflanze für die Erhaltung der Art, das heißt der Rasse, des Volkes und der Sippe und für die eigene Selbsterhaltung zu sorgen. Es stellt seine Forderungen ebenso zwingend wie der Instinkt in den Tieren. Jede Unterlassung ist strafbar, weil sie der Erhaltung des gesamten Volkes schädlich ist. Dadurch aber, daß der Einsichtige dieses Sittengesetz als Selbstverständlichkeit freiwillig erfüllt, ist er erhaben über den Instinktzwang, dem das Tier unterstellt ist, und den Zwang und Befehl, den das unerzogene Kind und der schlechterzogene Erwachsene über sich fühlen. Die Erfüllung der Forderung des Sittengesetzes darf niemals »Tugend« genannt und mit einer Erfüllung der göttlichen Wünsche in der Seele verwechselt werden, wie dies alle Religionen bisher taten und in ihrer Verwirrung deshalb einerseits göttliche Wünsche unter Zwang stellten, andererseits Forderungen des Sittengesetzes unterließen.«²⁰

Hier ist von Rasse und deren Erhaltung die Rede, was derzeit verpönt ist, nachdem mit diesem Wort durch Rassevergottung von Seiten der NSDAP Mißbrauch getrieben worden ist. Hier schlägt das Pendel wieder in die Gegenseite aus, was genau so widersinnig ist. Daß es Menschenrassen gibt, kann niemand leugnen. Es kann nur darum gehen zu ergründen, welche Bedeutung ihnen zukommt. Auch hierauf gibt die Gotterkenntnis eine einleuchtende Antwort:

Wir hörten, daß dem Menschen ein Ahnen des Göttlichen angeboren ist, das er selbst sehr unterschiedlich – vom Gotterkennen bis zur völligen Abstumpfung – entfalten kann. Aber nicht nur diese Entfaltungsmöglichkeit ist verschieden, noch weit verschiedener ist das Erleben selbst, gibt es für dieses doch keine Grenzen. Jeder Mensch kann das Göttliche auf seine ureigenste Weise erleben, was aber nicht ausschließt, daß sich dieses Erleben bei Menschen gleicher Abstammung, d.h. im Bereich von Völkern,

ähnelt. Dies wird sogar umsomehr der Fall sein, je gleichartiger ein Volk, d.h. je rassereiner es ist. In einem solchen Volk herrschen – wie selbstverständlich – einheitliche Sitten. Dies wiederum erleichtert es den Menschen, die in einem solchen Volke leben, Göttliches zu erleben und damit ihren Unsterblichkeitswillen und auch den göttlichen Sinn ihres Lebens zu erfüllen. Nicht der Gedanke an eine »Auserwähltheit«, eine »Herrenrasse«, ein »Sendungsbewußtsein« oder irgendwelche sonstige Überlegenheit über andere Völker läßt uns Rassereinheit der Völker wünschen, sondern einzig und allein die oben genannte Hilfe, die den Volkskindern zuteil wird. Und diese Hilfe wird jedem Volke umsomehr zuteil, je rassereiner es ist. Die »Chancengleichheit« wird erhöht. Die Vielfalt der Völker bewirkt Mannigfaltigkeit des Gotterlebens. Der Tod eines jeden Volkes bedeutet somit einen unersetzlichen Verlust. Unsere Überheblichkeit, unsere Zivilisation sei ein Segen für alle Menschen, wir müßten sie allen aufdrängen, hat schon viele Völker vernichtet und damit deren »Gottlied«²¹ zum Verstummen gebracht. Die Gotterkenntnis achtet jedes Volkstum, auf welcher »Entwicklungsstufe« es auch stehen möge. Alle Völker haben das gleiche Recht auf Selbstbestimmung und ihrer eigenen Art gemäß zu leben. Das Rassenproblem löst sich hierdurch nicht nur besser als durch die heute erstrebte Gleichmacherei durch Vermischung, was in Wahrheit nichts anderes als Völkermord (Holocaust) ist, sondern auch im Sinne der Erhaltung der gottgewollten Schöpfung. Unsere Forderung entspricht voll und ganz auch der von Martin Buber erhobenen:

»Zweihundert Jahre vor der französischen Revolution sind die Grundrechte der Völker in einigen lapidaren Sätzen ausgesprochen worden, die seither an Kraft und Klarheit nicht übertroffen worden sind. Sie besagen: daß jedes Volk sein eigenes Wesen und seine eigene Gestalt hat, daß jedes Volk in seiner eigenen Macht steht und keinem anderen untertan sein darf, daß jedes Volk seinen natürlichen Ort hat und einen Anspruch da zu leben, und daß es jedem Volk gewährt sein muß, sich seinen Gott nach eigenen Gedanken zu wählen.«²²

Diese Äußerung des jahwehgläubigen Philosophen Martin Buber steht zwar scheinbar im Widerspruch zu dem im *Alten Testament* formulierten Anspruch »Jakobs« auf Weltherrschaft, tatsächlich aber im Einklang mit den Lehren der Bibel. Wir haben ja bereits gehört, daß nach dem *Alten Testament* die Herrschaft »Jakobs« zu Ende gehen wird, wenn »Esau« sich aufrafft und das »Joch Jakobs abreißt«, denn dann wird auch er »ein Herr« sein. Das aber heißt: Alle Völker werden dann frei und gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Die Zeit dazu ist reif. Gotterkenntnis setzt allem Wahn von einer »Herrenrasse« oder einem »auserwählten Volk« ein Ende. Die Völker haben nur die Aufgabe, ihren Angehörigen die Erfüllung des göttlichen Sinns ihres Lebens zu erleichtern. Nur aus diesem ein-

zigen Grund ist ihre Erhaltung dringend erwünscht und sicherzustellen.

Den göttlichen Sinn des Menschenlebens kann immer nur der Einzelmensch erfüllen, ganz gleich, welchem Volke er angehört. Auch Vollkommenheit kann nur der einzelne erreichen und damit die Schöpfung vollenden. Hier allein herrscht tatsächlich »Chancengleichheit«. Sie wird, wie bereits gezeigt, begünstigt, wenn die Völker erhalten bleiben. Völkermord ist also nicht nur ein Verbrechen an denen, die gemordet werden, sondern zugleich ein Verbrechen an der Schöpfung. Kein Volk hat irgend eine andere »Sendung« als die, zu bestehen und seine Kultur in Freiheit zu entwickeln. Welche sonstigen Vorteile Rassereinheit bietet, lehrt uns die Geschichte. Sie zeigt: Je rassereiner ein Volk war, umso weniger bedurfte es geschriebener Gesetze. Was das Sittengesetz forderte, war im Volke ganz einfach Sitte, und nur ganz wenige hielten sich nicht daran. Je mehr sich die Völker vermischten und sich fremden Gottlehren zuwandten, desto mehr schwand die Einheitlichkeit und desto mehr bedurften sie geschriebener Gesetze. Man kann heute aus der Masse der geschriebenen Gesetze sowohl auf die sittliche Höhe eines Volkes bzw. der es beherrschenden Ansichten als auch über die in ihm herrschende Harmonie Rückschlüsse ziehen.

Wie die Moral so will auch das Sittengesetz der Erfüllung des göttlichen Sinns des Menschenlebens dienen. Hierzu lesen wir:

»Das Sittengesetz muß die Selbsterhaltung des einzelnen, die Sippenerhaltung und die Volkserhaltung in einer Weise sichern, die der Moral des Lebens nicht zuwiderläuft. Deshalb dürfen seine Gesetze nichts enthalten, was einen der göttlichen Wünsche oder einige oder alle in ihrer Auswirkung und Entfaltung hemmt. Eine vom Schönheitswillen beseelte Kunst, eine vom Wahrheitswillen überstrahlte Wissenschaft, eine aus gottdurchseelter Menschenliebe geborene Hilfsbereitschaft für Hilflose und vom Willen zum Guten erleuchtete Tatkraft darf nicht gefährdet, geschweige denn durch das Sittengesetz erwürgt werden. Sein Zivil- und Strafrecht muß vor der Moral des Lebens voll bestehen.«²³

Vor allem muß auch die freiwillige Erfüllung des Sittengesetzes stets möglich sein. Es darf denjenigen, die es freiwillig erfüllen wollen, auch nicht den geringsten Zwang auferlegen. Hierüber heißt es:

»Das Sittengesetz darf aber auch den Gottesstolz im Menschen weder verkümmern noch brechen durch würdelose Versklavung, durch Gefährdung der Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen. Das Sittengesetz erfüllt erst dann seinen tiefen Sinn, wenn es die Selbsterhaltung und Volkserhaltung durch ein Mindestmaß an Beschränkung von Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen sichert. Da das Wesen aller göttlichen Wünsche und des Gottesstolzes heilige Freiwilligkeit ist, so müssen die Landesgesetze vor allem auch die heilige Freiwilligkeit der Erfüllung des Sittenge-

setzes sichern und fördern, jedenfalls hierzu immer die Möglichkeit lassen. Zwang und Strafe dürfen nur da einsetzen, wo die Erfüllung versäumt ist.«²⁴

Wenn wir unsere derzeitige Gesetzgebung in aller Welt an diesen Grundsätzen messen, so müssen wir feststellen, daß sie nirgends voll beachtet werden. Entweder wird viel zu viel Freiheit gewährt, d.h. Vergehen, sogar Verbrechen, die geahndet werden müßten, werden geduldet; oder es herrscht ein des Menschen unwürdiger Zwang auch dort, wo eine freiwillige Erfüllung sittlicher Forderungen durchaus möglich wäre.

Die freiwillige Erfüllung des Sittengesetzes ist eigentlich selbstverständlich. Erhebt sich doch hierdurch der Mensch nur auf den moralischen Nullpunkt, auf dem sich jedes Tier infolge seiner Instinkte befindet. Erst darüberhinaus beginnt das weite Gebiet der Moral. Die Nichterfüllung des Sittengesetzes ist jedoch Unmoral und strafbares Unrecht. Die verhängten Strafen dürfen selbstverständlich auch die Würde des Menschen nicht verletzen. Allerdings haben diejenigen, die die Forderungen des Sittengesetzes mißachten, eine oft sehr sonderbare Einstellung zur Menschenwürde: Sie mißachten die der anderen, während sie ihre eigene geachtet wissen wollen.

2. Wirtschaft und Lebenssinn

Soll unsere Wirtschaft und mit ihr die gesamte Gesellschaft wieder genesen und nicht mehr weiter der Vernichtung des Lebens zustreben, so darf sie dem göttlichen Sinn des Lebens nicht mehr entgegenstehen. Noch besser wäre es, wenn sie so gestaltet werden würde, daß sie dem Menschen behilflich wird, den göttlichen Sinn seines Lebens zu erfüllen.

Den göttlichen Sinn des Menschenlebens und der gesamten Schöpfung haben wir vorstehend ganz kurz und keineswegs erschöpfend, doch immerhin insoweit kennengelernt, daß ich hoffe, daß der Leser die Notwendigkeit der erforderlichen Veränderungen in ihrem gesamten Ausmaß voll und ganz einsehen kann.

Die Notwendigkeiten der Selbsterhaltung waren es, die den Menschen zum Wirtschaften brachten. Da aber im Menschen der Wille zur Selbsterhaltung infolge seiner Unvollkommenheit in der Stufe des Bewußtseins ganz andere Ziele als die Selbsterhaltung verfolgen kann, ist es nicht verwunderlich, daß sich die Wirtschaft von ihrer ursprünglichen Aufgabe – mit den zum Leben unentbehrlichen Gütern sparsam umzugehen, sie leichter erreichbar zu machen und möglichst zu vermehren sowie sie gerecht zu verteilen – so weit entfernt hat, daß aus ihr unsere derzeitige Wegwerf-, Verschwendungs- und Ausbeutungswirtschaft wurde, in der

der Unterschied zwischen arm und reich ständig zunimmt, von den übrigen Folgen, bedingt durch die zunehmende Macht in den Händen weniger und deren Herrschsucht ganz zu schweigen.

Wir haben schon früh auf die Bedeutung der herrschenden Wahnlehren hingewiesen. Nun zeigt es sich, wie recht wir hatten. Beide, das christlich-liberalistisch-kapitalistische, sowie das atheistisch-marxistisch-kommunistische System, mißbrauchen die Unvollkommenheit des Menschen, um darauf ihre Herrschaft aufzubauen und zu erhalten. Sie verbinden göttliches Wollen mit Lohnverheißungen und Strafandrohungen und erschweren dadurch die zweckfreie Erfüllung der göttlichen Wünsche und damit die Erfüllung des Lebenssinns. Oft werden ausgegrenzt diejenigen angefeindet und verfolgt und müssen schweres Leid erleben, die sich für Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit einsetzen! Wenn Jesus Christus hierfür die Seligkeit verspricht²⁵, so stellt er den Lohn für die Zeit nach dem Tode in Aussicht. Daß dieser »Wechsel«, den die Priester ausstellen, nie eingelöst werden wird, zeigt nur, auf welchen Tricks ihre Herrschaft aufgebaut ist und wie leicht sie zu stürzen wäre, hätten die Menschen nur endlich den Mut, auch auf dem Gebiet ihrer Religion sich ihrer Vernunft dort zu bedienen, wo sie zuständig ist.

Die Priester gebrauchen ihre Vernunft sehr wohl, nicht aber, um auf dem Gebiet des Glaubens mit dem fortschreitenden Wissen in Einklang zu bleiben, sondern um zu beweisen, daß ihre Lehren trotz aller wissenschaftlichen Erkenntnisse noch immer glaubwürdig seien, obwohl der Zwiespalt zwischen den Lehrsätzen (Dogmen) der Religionen und der erkannten Wirklichkeit immer größer wird. Um die ersehnte Übereinstimmung wiederherzustellen, wird das Lehrbuch, beispielsweise die Bibel, entsprechend »ausgelegt«, d.h. es werden die Texte verfälscht und ihre Aussagen des öfteren bis nahezu in ihr Gegenteil verkehrt! Ein modernes Beispiel hierfür bietet das Buch einer Pastorin²⁶. Um die vor mehr als einem Jahrtausend uns aufgezwungene Gottlehre am Leben zu erhalten, muß man immer unwahrhafter werden. Als Folge davon vermehren sich die Gottleugner und jene, die sich von Gott völlig abgewandt haben, die »plappernden Toten«. Wer von diesen sich der vorherrschenden atheistischen Ideologie zuwendet, kommt vom Regen in die Traufe. Die Funktionäre des Marxismus sind kein Haar besser als die christlichen Priester. Auch ihre Herrschaft beruht in gleicher Weise wie die der christlichen Kirchen auf der menschlichen Unvollkommenheit, d.h. der Lustsucht und Leidscheu des menschlichen Selbsterhaltungswillens, nur stützt sich deren Herrschaft weniger auf List als auf brutale Gewalt. Man sollte also glauben, daß sie leichter durchschaut werden würde. Daran aber haben wiederum die christlichen und sonstigen Priester kein Interesse, denn damit würde die Gefahr für sie selbst wachsen, daß ihre Methoden durch-

schauf werden würden, beruht doch – wie wir wissen – die Herrschaft über die Seelen und damit auch über die Meinungen der Menschen über die letzten Lebensfragen vor allem auf Suggestion. Wie leicht könnten heute die Kommunisten in Polen die katholische Kirche stürzen, wenn sie das Volk hierüber aufklären würden. Doch damit würden sie ihre eigene Herrschaft untergraben, denn auch sie bedürfen der geistigen Unmündigkeit ihrer Untertanen. Umgekehrt wäre es nicht anders. Beide Glaubenslehren bekämpfen einander, wobei leider nicht das polnische Volk der sich freuende Dritte ist, sondern der »Vater« dieser beiden sich streitenden Parteien, d.h. die das »Alte Testament« der Bibel vertretende Priesterschaft. Sie verfolgte als erste dasselbe Ziel wie die beiden anderen: die Weltherrschaft. Was die Bibel schon eindeutig ausspricht, hat Walther Rathenau in einem Brief an Leutnant Breising bestätigt:

»Sie lieben nicht das alte Testament und hassen, nein, mißbilligen uns Juden? Sie haben recht, denn wir haben unsere Sendung noch nicht erfüllt. Wissen Sie, wozu wir in die Welt gekommen sind? Um jedes Menschenantlitz vor den Sinai zu rufen! Sie wollen nicht hin? Wenn ich Sie nicht rufe, wird Marx Sie rufen. Wenn Marx Sie nicht ruft, wird Spinoza Sie rufen. Wenn Spinoza Sie nicht ruft, wird Christus Sie rufen.«²⁷

Soll vielleicht die »neue Weltwirtschaftsordnung«, die zur Zeit unter Vorsitz von Willy Brandt in der Nord-Süd-Kommission ge»mauert« wird, helfen, das Ziel für die älteste der genannten Priesterkasten auf unblutigem Wege zu erreichen und die beiden anderen auszuschalten? Die Auswahl des Siegers durch einen dritten Weltkrieg könnte jedoch für alle nach Weltherrschaft strebenden Priesterkasten tödlich werden. Ein solcher Krieg würde aller Voraussicht nach alles Leben auf Erden vernichten, und aus wäre es mit der Weltherrschaft für alle!

Warum sollte man nicht versuchen, sich auch hier der »Wirtschaftshintertür« zu bedienen, hatte man doch mit dieser bei der Schaffung der »Europäischen Gemeinschaften« (EG.) recht gute Erfolge!²⁸ Freiwillig verzichteten die Völker auf einen erheblichen Teil ihrer Selbständigkeit, nachdem sie mittels der Massenmedien entsprechend suggeriert waren.

Es ist erstaunlich, daß sich die Menschen nicht weit schärfer gegen dieses geplante Welteinheitskollektiv zur Wehr setzen und sich dazuhin auch noch das Dogma von der Gleichheit aller Menschen aufschwätzen lassen, gibt es doch nichts Leichteres, als die Unterschiedlichkeit der Menschen zu erkennen. Die Mannigfaltigkeit des menschlichen Erscheinungsbildes sowie die unterschiedlichen Begabungen sind noch längst nicht die wichtigsten leicht erkennbaren Unterscheidungsmerkmale des Menschen. Weit wichtiger sind die seelischen Unterschiede, bedingt durch die Freiheit des Menschen.

Was wirklich für alle Menschen gleich ist, das ist der göttliche Sinn der

Schöpfung und des Menschenlebens. Dies ist es wohl, was so viele, darunter auch gottwache Menschen, veranlaßt, dem Gleichheitswahn zu huldigen. Auch ist allen die Möglichkeit gegeben, diesen Sinn ihres Lebens in Freiheit zu erfüllen. Das besagt aber noch lange nicht, daß ihn alle in der gleichen Weise erfüllen, im Gegenteil. Der göttliche Sinn des Menschenlebens wird erfüllt durch göttliches Erleben. Hier aber hört jede Gleichheit auf. In der ganzen Schöpfung herrscht ein Wille zur Mannigfaltigkeit, darum gibt es in ihr auch nichts, was wirklich gleich wäre. Gott ist das Unbegrenzte und will und kann auf die mannigfaltigste Art und Weise erlebt werden. Gerade *hierzu* hat doch der Mensch die Freiheit. Diese aber wollen ihm alle herrschenden Irrlehren nehmen. Sie sind samt und sonders »reaktionär« und freiheitsfeindlich! Sie verhindern jeden wahren Fortschritt. Sie können die Menschheit nur in den Untergang führen! Dieser kann nur noch durch die Erkenntnis der Wahrheit auf allen Gebieten verhindert werden. Auch der Schwindel der Gleichheit der Menschen wird langsam erkannt. Wenn es in einem Bericht über China heißt: »Für Chinesen sind wir Europäer nicht weniger rätselhaft als umgekehrt«²⁹, dann ist diese Rätselhaftigkeit die Folge des in der Schöpfung herrschenden Willens zur Mannigfaltigkeit. Der Mensch sollte diese Mannigfaltigkeit achten. Sein Bestreben, sie zu beseitigen, ist widergöttlich.

Die Verschiedenartigkeit der Völker und ihrer äußeren Lebensbedingungen schließt eine für alle Völker gleiche Wirtschaftsordnung aus. In ihrem wirtschaftlichen Verhalten müssen die Menschen und Völker Freiheit haben. Trotzdem können, da der göttliche Sinn des Menschenlebens für alle Menschen derselbe ist, für eine Wirtschaft, die diesem gerecht werden will, allgemein gültige Grundsätze genannt werden. Überdies können noch Richtlinien aufgestellt werden, bei denen jedoch das eine oder andere, je nach der in den Völkern vorherrschenden Geisteshaltung, mehr oder weniger wichtig genommen werden kann. Darüberhinaus aber hat volle Freiheit zu herrschen.

3. Grundsätze und Richtlinien für eine freie, sittlich gestaltete Wirtschaft

In einer Wirtschaft, die dem göttlichen Sinn des Menschenlebens gerecht werden will, haben andere Grundsätze zu gelten als in einer Wirtschaft, die angeblich für alle »Reichtum«, einen möglichst hohen »Lebensstandard« und »Wohlfahrt« erstrebt, in der aber der Reichtum sich zunehmend in Richtung auf bereits Reiche zubewegt, der hohe Lebensstandard mit krankmachender und geisttötender Arbeit erkaufte wird und die Wohlfahrt zur Entmündigung der breiten Masse im Versorgungsstaat entartet. Für eine Wirtschaft, die wir erstreben, lautet der 1. Grundsatz:

Die Wirtschaft muß frei sein.

Diese Freiheit hat für alle in gleicher Weise zu herrschen, eine Bevorzugung bzw. Benachteiligung einzelner oder ganzer Gruppen darf es nicht geben. Zügellosigkeit, wie sie im Kapitalismus des Westens herrscht, ist genau so falsch wie die fast völlige Beschränkung der Freiheit im Osten. Die Freiheit, die uns vorschwebt, ist eine sittliche und findet ihre Grenzen im Sittengesetz. Der zweite Grundsatz lautet daher:

Die Wirtschaft ist sittlich zu gestalten.

Sittlich gestaltet ist eine Wirtschaft, wenn in ihr ein Sittengesetz herrscht, in dem als oberster Grundsatz gilt: »Du darfst nichts tun, was du selbst nicht erleiden möchtest.« Dazu ein Beispiel: Niemand will betrogen werden, folglich darf auch niemand betrügen. Wer trotzdem betrügt und erwischt wird, ist in einem sittlichen Staate seitens derer, die das Recht zu wahren haben – Polizei, Staatsanwalt, Richter –, entsprechend den im Volke geltenden Gesetzen zu bestrafen. Diese Gesetze müssen der »Moral des Kampfes ums Dasein« gerecht werden, die wiederum der »Moral des Lebens« untergeordnet ist, was bei der Wortfassung des Sittengesetzes und der aus ihm hervorgehenden Gesetze zu beachten wäre! Entspricht das Sittengesetz dieser Moral, so legt es dem Freien nicht die geringste Fessel an. Er erfüllt es jederzeit aus eigener Einsicht freiwillig, ohne darauf hingewiesen zu sein. Er bedarf seiner überhaupt nicht, denn »Zwang und Strafe« setzen erst da ein, »wo die Erfüllung versäumt ist«³⁰.

Wenn der Mensch leben will, so hat er auch für das, was er hierzu braucht, selbst zu sorgen. Die Wirtschaft hat ihm diese Pflichterfüllung zu ermöglichen. Unser dritter Grundsatz lautet somit:

Die Wirtschaft hat es jedem erwachsenen Volksangehörigen, der dazu fähig ist, zu ermöglichen, für seine und seiner Sippe Erhaltung zu sorgen und für die Erhaltung und die Sicherung der Freiheit seines Volkes seinen Beitrag zu leisten.

Unsere derzeitige Wirtschaft ist weit davon entfernt, diesem Grundsatz gerecht zu werden. Das kann sie gar nicht und wird es nie zuwege bringen, wird sie doch ausschließlich vom Eigennutz beherrscht. Hier zeigt sich wiederum deutlich der Irrtum derer, die glauben, auf diesem Eigennutz etwas Gerechtes aufbauen zu können!

Um diesen dritten Grundsatz zu verwirklichen, darf es kein Gegeneinander von »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« geben. Alle in der Wirtschaft Tätigen müssen eng zusammenarbeiten, sitzen sie doch letztlich alle in einem Boot.

Mit unserem vierten und letzten Grundsatz kehren wir wieder zur Freiheit zurück, nachdem wir im zweiten und dritten die Grenzen der Freiheit

bzw. die menschlichen Pflichten aufgezeigt haben. Dieser vierte Grundsatz lautet:

Die Wirtschaft darf das Gotterleben des Menschen weder stören noch hemmen. Ihre Erzeugnisse können so gestaltet werden, daß sie zu göttlichem Erleben hinführen.

Gotterleben bedarf in erster Linie der Freiheit. Unsere derzeitige Wirtschaft nennt sich zwar »frei«, spiegelt aber damit falsche Tatsachen vor, denn sie greift rücksichtslos in die Freiheitsbereiche des Menschen ein. Selbst die »Vermögenden« sind nicht immer vor solchen Eingriffen sicher, die im Grunde die Menschenwürde verletzen, also dem ersten Satz unseres Grundgesetzes zuwiderlaufen. Bei den Lohnabhängigen wird hierauf sowieso keine Rücksicht genommen. Allerdings haben die meisten Menschen keine besonders empfindsame Vorstellung von Freiheit und Menschenwürde infolge der Gewöhnung an die herrschenden Verhältnisse. Dies zu ändern ist Aufgabe eines jeden. Schon unsere heutige Wirtschaft dient mit so manchem ihrer Erzeugnisse der Erfüllung des Lebenssinns. Allerdings können diese Erzeugnisse auch – als Folge der seelischen Freiheit – im entgegengesetzten Sinne angewendet werden, als Beispiel sei der Plattenspieler genannt.

Den vielfachen Auswüchsen unserer heutigen Wirtschaft werden höchstens die nachtrauern, die sie für ihre Machtzwecke mißbrauchen. Infolge dieses Mißbrauchs jedoch behindern sie um des »Profits« willen eine sinnvolle Lebensgestaltung.

Eine Wirtschaft, die vorstehenden Grundsätzen gerecht wird, entspricht voll und ganz dem Folgenden:

*»So schaffe durch Hände Arbeit das nackte Dasein
Dir und den Kindern, den Sippen, dem Volke.
Das Tun, das darüber hinaus du mühest,
Das gelte den Jenseitswünschen
Für dich, für die Deinen, dein Volk
Und alle lebendigen Seelen.
Hilf leidenden Menschen durch Wirken,
Doch hilf nicht wahllos dem Nächsten,
Hilf niemals jenen im Kampfe des Daseins,
Den plappernden Toten,
Die all deine Hilfe nur nützen,
Um lauter zu lärmen,
Hilf lieber den Tieren! Nun weißt du:
Nicht alle Arbeit ist Tugend,
Nicht aller Fleiß ist ein Segen,
Nicht alles Wirken um Ordnung ist Weisheit!*

*Dein Gott will nur dein Sein
Und will sich in dir und in anderen erleben;
Zu diesem Sein und Erleben allein
Sei fleißig und tüchtig die Hand!*«³¹

Aus den vier Grundsätzen, denen eine Wirtschaftsordnung gerecht werden muß, die unseren Vorstellungen einer sinnvollen Lebensgestaltung entspricht, können noch Richtlinien abgeleitet werden sowohl für die Grundlagen, auf denen alles Wirtschaften beruht, wie auch für die einzelnen Wirtschaftszweige.

3.1. Natur

Irgendwo im unermesslichen Weltall schwebt weit außerhalb des Zentrums einer der Millionen von Galaxien ein im Verhältnis zu den größten Himmelskörpern kleines Kügelchen, das alle Deutschsprechenden »Erde« nennen. In anderen Sprachen hat es andere Namen. Unter Myriaden von Himmelskörpern, die zum Teil Temperaturen von Millionen Grad Celsius in einem Weltraum aufweisen, in dem eine Kälte von – 273 Grad Celsius herrscht, übersteigt auf diesem Kügelchen in einem bestimmten Bereich die Temperatur nicht 42 Grad C und sinkt auch kaum unter – 40 Grad C. Auf ihm hat sich vor Milliarden von Jahren etwas entwickelt, das wir »Leben« nennen. Dieses Leben setzt eine ganz bestimmte Stoffzusammensetzung voraus. Wir nennen sie »Eiweiß«. Steigt die Temperatur über 42 Grad C, wird dieses Eiweiß zerstört. Es besitzt die Fähigkeit, sich unter bestimmten Voraussetzungen selbst zu vermehren, und aus ihm hat sich in Milliarden von Jahren die ganze Vielfalt der heute die Erde bevölkernden Lebewesen entwickelt, und zwar aus tiefstem Unbewußtsein über das Unterbewußtsein der höheren Tiere bis zum Bewußtsein im Menschen. Und dieser Mensch ist fähig, das Weltall wahrzunehmen und die Gesetze, nach denen es entstand und sich erhält, zu erforschen und zu begreifen, so daß wir heute den Aufbau dieses Weltalls bis in seine kleinsten Teile, die Atome, weitgehend kennen und auch unsere nächstgelegenen Himmelskörper aufsuchen und über sie neue Erkenntnisse gewinnen können. Noch mehr! Der Mensch ist sogar fähig, das Wesen dieser Welt, Gott, in einzelnen Wesenszügen so zu erleben, daß sie ihm ganz klar als solche bewußt werden. Die Schöpfung hat sozusagen »im Menschen ein Auge bekommen«, mit dem sie sich selbst und darüberhinaus auch Wesenszüge des Göttlichen erkennen kann. Damit ist dem Menschen, sofern er sich diesen Tatsachen erschließt und seine Seele weit öffnet, ein unermesslicher innerseelischer Reichtum geschenkt!

Um zu diesem Reichtum gelangen zu können, genügt es, sich das zum Leben Unerläßliche zu erarbeiten. Es bedarf hierzu keines Reichtums an

irdischen Gütern, doch muß er auch nicht notwendigerweise schaden. Wir werden noch zeigen, wie er nach unseren Vorstellungen einer sinnvollen Lebensgestaltung dienlich sein kann. Bislang glauben die meisten Menschen, ihr Glück bestehe im Besitz irdischer Güter, und sie versuchen, solchen zu häufen. Solches »Glück« wird ihnen auch in der »Unabhängigkeitserklärung« der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 4.7.1776, die historisch als die »Erklärung der Menschenrechte« bekannt ist, »garantiert«³²! Außer diesem Widersinn enthalten diese »Menschenrechte« noch vieles, was wir aus unserer Sicht ablehnen müssen. An dieser Stelle haben wir jedoch nur die Auswirkungen des »Rechts, nach Glück zu streben«, zu untersuchen.

Um zu diesem »Glück« zu gelangen, haben sich die Menschen eine Wirtschaft aufgebaut, die sie »zwingt«, unsere Erde, ein Teil der göttlichen Schöpfung, nach Rohstoffen zu durchwühlen. Um die Wunden, die sie damit dem Leben schlagen, kümmern sie sich wenig. Ihre Heilung überlassen sie der »Natur«. Noch mehr: Um des Reichtums und der Macht willen produzieren sie in ungeahnten Mengen zum größten Teil giftige Abfälle, deren sichere Beseitigung nicht möglich ist. Selbst »Mutter Erde«, die ihnen die Nahrung liefert, vergiften sie mit künstlichen Dünge- und Pflanzen»schutzmitteln« und glauben, damit auf Dauer höhere Erträge erzielen zu können. Doch damit nicht genug! Die sich als Hüter angeblicher Menschenrechte Dünkenden, in Wahrheit aber Machtbesessenen haben darauf gesonnen, wie sie das Wissen um die Möglichkeit der Atomkernspaltung, bei der ungeheure Energien freigesetzt werden, dazu nutzen könnten, Massenvernichtungsmittel herzustellen. Es gelang ihnen. Und solche Massenvernichtungsmittel lagern heute in Mengen, die geeignet sind, alles höhere Leben auf Erden vielfach zu vernichten, im Machtbereich zweier Wahnsysteme, die sich erbittert um die Macht auf Erden streiten! Wollen wir warten, bis sie in ihrem Glaubenswahn diese Vernichtungsmittel in einem »Krieg« einsetzen?

Wir stellen ihrem Wahn die Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs gegenüber in der Hoffnung, daß noch genügend Menschen in letzter Minute begreifen, daß sie nur eines zu tun haben, um dieses Inferno zu vermeiden: sich von der Herrschaft, die diese Irrlehren auch über sie haben, dadurch zu befreien, daß sie sich bemühen, die Wahrheit zu erkennen. Dann wird sich auch ihre Einstellung der Natur gegenüber ändern. Sie werden sie als die »Erscheinung Gottes« nicht mehr derart mißhandeln wie seither, sondern mit ihr so pfleglich wie nur irgend möglich umgehen. Allerdings werden sie nach wie vor dieser Natur, genau so wie alle übrigen Lebewesen, alles entnehmen, was sie glauben, zum Leben zu benötigen.

Infolge mangelnder Instinkte »weiß« der Mensch jedoch zunächst nicht, wie sonst alle Lebewesen, was ihm frommt. Er muß dies erst mittels

seiner Vernunft ergründen. Er ist also auf die Aussagen der Wissenschaft angewiesen. Falls sich Richtungen streiten, müssen wir wählen, welcher wir folgen wollen. Im Falle der Nahrung folgen wir im Vertrauen in die Vollkommenheit der Schöpfung derjenigen Richtung, die sagt:

»Lasse sie so natürlich wie möglich, jede, fälschlich als ›Veredelung‹ bezeichnete Veränderung, ist in Wahrheit eine Verschlechterung.«³³

Die Wissenschaft sagt weiter: Der Mensch ist auf Grund seines Gebisses überwiegend ein *Pflanzenesser*. Würden beide Erkenntnisse berücksichtigt, so könnte die derzeitige Bevölkerung der Erde noch immer überreichlich mit Nahrung versorgt werden. Niemand müßte hungern! Die für die Fütterung der Tiere erforderlichen Anbauflächen sind etwa zehnmal so groß wie die zur Erzeugung von menschlicher Pflanzennahrung unmittelbar benötigten.

Außer der Nahrung liefert uns die Natur sämtliche erneuerbaren Rohstoffe wie Haare aller Art, Pflanzenfasern, Holz usw. Von diesen sollte nie mehr verbraucht werden als nachwächst. Vor der Veränderung einer Landschaft, z.B. von Wald zu Ackerland, sollte eingehend geprüft werden, ob dadurch nicht bleibende Schäden entstehen. Falls solche zu erwarten wären, sollte man von dem geplanten Vorhaben absehen.

Zum Dritten liefert uns unsere Erde alle nichterneuerbaren Rohstoffe einschließlich derer, die der Energieerzeugung dienen. Mit diesen ist besonders sparsam umzugehen, damit auch noch kommende Geschlechter Vorräte vorfinden, und das möglichst lange. Soweit eine Wiederverwendung möglich ist, wie z.B. bei Metallen, sollten alle Abfälle und nicht mehr Gebrauchtes gesammelt und einer Wiederverwendung zugeführt werden. Das gilt übrigens auch für alle pflanzlichen und tierischen Abfälle. Sie sollten zur Düngung verwendet werden.

Mit Stoffen, die es in der Natur nicht gibt, die wir künstlich erzeugen, ist besonders sorgfältig umzugehen. Insoweit bei ihrer Herstellung Gifte bzw. nichtverrottbare Abfallstoffe entstehen, sollten diese vor einer etwaigen Ablagerung, sei es an Land oder im Meer, chemisch wieder so umgearbeitet werden, daß sie ungiftig und verrottbar sind. Dasselbe gilt für ausgebrauchte künstliche Stoffe. Kosten dürfen hier keine Rolle spielen, auch nicht Rücksichten auf den Weltmarkt. Wer die Erde vergiftet, betreibt Völkermord! Das gilt auch für die Landwirtschaft, wenn sie in Mengen Gifte auf die Äcker bringt. Zudem sägt sie sich damit den Ast ab, auf dem sie sitzt! Wer Teile des Lebens vernichtet um des »Profits« willen, trägt dazu bei, daß letztlich alles Leben vernichtet wird! Hier gilt es, die Wissenschaft dazu einzusetzen, lebenserhaltende Verfahren der Schädlingsbekämpfung zu ersinnen.

Auf die Verwendung der Atomkernspaltung, sei es zu friedlichen oder angeblichen Verteidigungszwecken, ist zu verzichten. Sie kann nur zur

Lebensvernichtung führen und ist daher unmoralisch.

Zuletzt sei noch vermerkt, daß nicht nur mit fossilen, d.h. aus der Erde gewonnenen Energieträgern, wie Kohle, Erdöl, Erdgas, so sparsam wie möglich umgegangen werden sollte, sondern auch mit den erneuerbaren Energiequellen, wie fließendes Wasser, Wind und Sonne. Auch hier könnten durch übermäßige Nutzung klimatische bzw. landschaftliche Veränderungen verursacht werden, die sich ungünstig auswirken.

Was hier ausgeführt wurde, hat auch die Lebens- und Naturschutzbewegung im wesentlichen bereits erkannt, es findet aber in der Gotterkenntnis seine philosophische und moralische Begründung.

Die Natur ist aber nicht nur Quelle unserer Erhaltung, sondern, als Erscheinung Gottes, auch Quelle des Gotterlebens, wie es der Indianerhäuptling Seattle im Jahre 1855 zum Ausdruck brachte:

*»Jeder Teil dieser Erde ist meinem Volke heilig, jede glitzernde Tannennadel, jeder sandige Strom, jeder Nebel in den dunklen Wäldern, jede Lichtung, jedes summende Insekt ist heilig in den Gedanken und Erfahrungen meines Volkes.«*³⁴

Wir hätten somit auch darauf zu achten, daß diese Quelle des Gotterlebens nicht beeinträchtigt oder gar vernichtet wird. Wenn wir schon gezwungen sind, da und dort, z.B. durch Abbau von Rohstoffen oder durch Straßen- bzw. Hausbau, der Natur Wunden zu schlagen, so sollten wir auch dafür sorgen, daß diese so klein wie möglich sind, und Vorsorge treffen, daß sie so rasch wie möglich verheilen. Dabei kann im Zuge der nötigen Umgestaltung der Landschaft der Erfüllung des Wunsches zum Schönen noch besonders gedient werden.

3.2. Arbeit

Wirtschaftsgüter können aus den Rohstoffen, die die Natur liefert, nur mittels Arbeit gewonnen werden. Schon seit vielen Jahrhunderten entlastet sich der Mensch von dieser Arbeit durch Einsatz von Naturkräften und Tieren, wobei der Einsatz von Naturkräften in den letzten 250 Jahren sprunghaft angestiegen, der von Tieren entsprechend zurückgegangen ist. Was zum Einsatz von Naturkräften zu sagen ist, haben wir gehört: Werden zur Arbeit Tiere eingesetzt, so ist es selbstverständlich, daß diese bestens gepflegt und gefüttert, liebevoll behandelt und nicht überbeansprucht werden, sind sie doch Erscheinung Gottes wie die gesamte Schöpfung.

Auch mit menschlicher Arbeitskraft ist sparsam umzugehen. Darum ist es sinnvoll, alle Möglichkeiten zur Einsparung menschlicher Arbeitskraft auszunutzen. Dies darf jedoch nicht der Profitgier einiger weniger zu-

gutekommen, sondern muß zur Arbeitserleichterung und Vermehrung der Freizeit für *alle* in gleicher Weise führen, denn

»Nicht Kampf ist das Leben des Menschen,

Nein, jenseits des Kampfes erst

Ist das Erleben der Seele!«³⁵

Die gewonnene Freizeit kann der Mensch natürlich auch in widergöttlichem Sinne nutzen oder dazu, durch Arbeit seine Umgebung schön zu gestalten, nach Wahrheit zu forschen, Gutes zu tun, um so den göttlichen Sinn seines Lebens zu erfüllen. Hat der Mensch seine Pflicht erfüllt, für seine und seiner Sippe Erhaltung zu sorgen, so darf mehr nicht von ihm gefordert werden. Das widerspräche dem Sittengesetz.

Eine für alle Wirtschaftenden gleiche Arbeitszeit (derzeit 40 Wochenstunden) festzulegen, ist wenig sinnvoll und auch nicht Aufgabe des Sittengesetzes, denn die körperliche, geistige und auch seelische Belastung ist je nach Beruf sehr unterschiedlich. Dementsprechend sollten die Arbeitszeiten den verschiedenen Berufen und der tatsächlichen Anstrengung angepaßt sein. Der Gesetzgeber könnte, falls dies zum Schutze der Arbeitnehmer vor Ausbeutung notwendig werden sollte, jeweils Höchstarbeitszeiten festlegen. Wo es möglich ist, sollte es den Arbeitenden freistehen, wann sie ihre Pflichtarbeit leisten wollen. Diese Forderung wird zum Teil heute schon erfüllt. Allgemein gültige Verkaufszeiten festzulegen, ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers, die Festlegung von Höchstarbeitszeiten genügt. Wann die Arbeit geleistet wird, kann den Sozialpartnern überlassen werden. Nacharbeit sollte, soweit irgend möglich, vermieden werden. Sie stellt eine besondere Belastung dar. Sie sollte wegen der gesundheitlichen Gefahren nicht mittels Geld, sondern durch Verringerung der Arbeitszeit ausgeglichen werden.

Der heute herrschende Gegensatz zwischen »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« ist widersinnig. Die einen sind doch jeweils auf die anderen angewiesen. Karl Marx hat ihn besonders herausgestellt mit seiner Klassenkampftheorie, und er wird auch heute noch bei den sich jährlich wiederholenden Tarif»kämpfen« aufs neue geschürt.

Der Nationalsozialismus versuchte mittels der »Arbeitsfront« die Spaltung der Wirtschaftenden zu überwinden. Es gelang ihm nur scheinbar. Er erzwang es. Das aber war völlig falsch. Es hätte freiwillig, aus Einsicht erfolgen müssen. Dies war unmöglich, hatte man doch die Ursachen für die Spaltung nicht beseitigt. Sie sind es heute noch nicht.

Solange die Besitzenden glauben und auch gesetzlich dazu »berechtigt« sind, auf Grund ihres Besitzes den arbeitenden Massen einen Teil ihres Arbeitsertrags abnehmen zu dürfen, so lange kann sich an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern. Die Massen werden sich weiter am falschen Ort und in falscher Weise gegen ihre Ausraubung wehren. Ihre

»Führer«, die Gewerkschaftsfunktionäre, denken auch gar nicht daran, die Verführten über die wahren Ursachen ihrer Ausraubung wahrheitsgemäß zu unterrichten. Sie führen einen Scheinkampf und nutzen selbst die Ausraubungsmittel, um sich persönlich zu bereichern. Es wird solange alles beim alten bleiben, solange nicht die Arbeitenden selbst die Gründe dafür erkennen, warum die Reichen immer reicher und die Armen, d.h. sie selbst, immer ärmer und womöglich »arbeitslos« werden!

Zur Selbst- und Sippenerhaltung gehört auch die Vorsorge für Zeiten möglicher Erwerbsunfähigkeit, sei es infolge Krankheit oder Alter. Je mehr Freiheit auch hier dem Einzelnen belassen wird, wie er vorsorgen will, desto besser. Allerdings müssen die Einkommensverhältnisse dies auch ermöglichen. Unter Verhältnissen, wie im folgenden geschildert, ist dies unmöglich:

»Wird in einem Volk die Selbsterhaltung für einzelne Volksteile oder für alle so erschwert, daß das Leben von Volkskindern eine tägliche Überarbeitung bis hin zur Erschöpfung ist und dennoch nicht mehr als die Stillung der notwendigsten Lebensbedürfnisse erreicht, so ist die Arbeit der einzelnen, die so fronen müssen, nicht unmoralisch, obwohl sie gehindert werden, den göttlichen Sinn ihres Seins zu erfüllen, denn sie kämpfen ja für ihr Leben; wohl aber sind alle jene Menschen Verbrecher, die an solchen Daseinsbedingungen schuld sind und sie nicht beheben. Ganz ebenso begeht der Machthaber, der solche Zustände duldet, ein Verbrechen am Volk.«³⁶

Alle Arbeit, insoweit sie der Erhaltung des nackten Daseins des einzelnen, seiner Sippe und seines Volkes dient, ist weder moralisch noch unmoralisch, sondern amoralisch, weder gut noch böse, sondern selbstverständliche Pflicht. *Moralisch* kann Arbeit dann werden, wenn sie dazu dient, eigenem Gotterleben im Gestalten Ausdruck zu verleihen oder anderen mittelbar oder unmittelbar göttliches Erleben zu ermöglichen. *Unmoralisch* wird Arbeit dann, wenn sie den Forderungen des Sittengesetzes nicht gerecht wird, wenn z.B. mit ihr Ware erzeugt wird, die krank macht oder sonstwie Schaden stiftet. Doch handelt der nicht unmoralisch, der solche Arbeit ausführt, weil er auf andere Weise seine Erhaltungspflichten nicht erfüllen kann. Weit unmoralischer handelt der Unternehmer, der solche Arbeit anbietet und damit womöglich noch hohe Gewinne erzielt. Das Sittengesetz sollte Derartiges verbieten. Aus dieser Sicht ergibt sich auch, daß das oben genannte »Recht« der Besitzenden, allein auf Grund ihres Besitzes von den Arbeitserträgen der Arbeitenden einen Teil, den Kapitallohn, für sich abzuzweigen, unmoralisch ist! Nur wo solches »rechts« ist, kann es »Arbeitslosigkeit« geben, d.h. einen Zustand, in dem es dem Menschen verwehrt wird, sich seinen Lebensunterhalt selbst zu erwerben, und wo man ihn lieber mit »Almosen« abspeist, als ihn sinn-

voll arbeiten zu lassen, wobei noch heuchlerisch von »Nächstenliebe« geredet wird, die zur höchsten Tugend erhoben worden ist!

Von manchen der derzeit hergestellten Stoffe ist erst in jüngster Zeit bekannt geworden, wie sehr sie die Gesundheit oder gar das Leben bedrohen. In solchen Fällen, bei denen der Gebrauch oft schon zur liebgewordenen Gewohnheit geworden ist, kann der Gesetzgeber erst dann gegen die Herstellung und den Vertrieb einschreiten, wenn sich die Ansicht, daß schon die Herstellung Unmoral sei, in weiten Kreisen durchgesetzt hat, denn sonst werden gesetzgeberische Maßnahmen infolge der Unvollkommenheit des Menschen in einem Maße umgangen, daß die Behörden dagegen machtlos sind (vgl. die »Trockenlegung« der USA, d.h. das Verbot des Ausschanks alkoholhaltiger Getränke, zu Beginn dieses Jahrhunderts). Überdies wird jeder, der andere vor Schäden bewahren will, es aber für sich selbst unterläßt, unglaublich. Letztlich kann mittels jeder Arbeit die Gesundheit oder gar das Leben gefährdet werden. Schon die Jagd war und ist nicht gefahrlos. Es ist aber ein grundlegender Unterschied, ob sich der einzelne freiwillig einer solchen Gefahr aussetzt, um seine Erhaltungspflichten zu erfüllen, oder ob er durch die Nutznießer, die sich selbst der Gefahr nicht aussetzen, dazu gezwungen wird, was nicht nur nach unserer Auffassung unmoralisch ist, sondern auch dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 GG nicht gerecht wird. Nur wenn Nutznießer und Gefährdete identisch sind, ist dieser erfüllt. Das traurigste Beispiel dieser Art liefert heute unsere chemische und die Atomspaltungsindustrie, die beide die Schöpfung selbst bedrohen! Wenn sich mit diesen Industrien auch die Nutznießer z.T. selbst gefährden, so hinterlassen sie mit Sicherheit den Nachfahren eine vergiftete und zerstörte Natur und geplünderte Rohstofflager und überlassen ihnen die Beseitigung der angerichteten Schäden. Dabei ist es sehr fraglich, ob die Beseitigung überhaupt möglich ist und ob nicht der Mensch bereits begonnen hat, in seiner Verblendung seinen Untergang selbst herbeizuführen, wobei er die Schuld dafür womöglich noch dem zuschiebt, was er »Gott« nennt!

Unsere fortschreitende Zivilisation hat zwar den Menschen Arbeit, besonders Schwerarbeit, abgenommen, dafür aber die Arbeitsbedingungen verschlechtert, weil die Erleichterungen nicht voll den Arbeitenden zugute kamen, sondern zu einem ungehemmten »Wirtschaftswachstum« ausgenutzt wurden, das nur dazu diente, den Kapitallohn gewaltig anwachsen zu lassen. Die verschlechterten Arbeitsbedingungen nahmen den Menschen die Freude an der Arbeit, der Leistung. Der Beruf ist selten die Tätigkeit, wozu man sich berufen fühlt, sondern oft ein Job, eine Sklavenarbeit, die man verrichtet, um leben zu können. Doch Freude an der Arbeit gehört zu einer sinnvollen Lebensgestaltung. Damit soll unsere derzeitige Zivilisation nicht in Bausch und Bogen verurteilt werden, kann sie

doch auch der Kultur dienen. Es kommt stets nur auf die Verwendung neuer Entdeckungen bzw. Erfindungen an. Dazu ein Beispiel:

Das Schießpulver wurde angeblich von dem christlichen Mönch Bernhard Schwarz erfunden. Über diesen schreibt das Konversationslexikon:

»... vermeintlicher Erfinder des Schießpulvers, das bereits den Chinesen bekannt war. S. ist vielleicht Erfinder einer verbesserten Pulvermischung und Wegbereiter ihrer Verwendung für Feuerwaffen.«³⁷

Wir finden auch hier wieder einen frommen Christen als Förderer von Tötungsinstrumenten zwecks Machtentfaltung. Die Chinesen dagegen benutzten die Entdeckung zur Herstellung von Feuerwerk und erfüllten sich damit den göttlichen Wunsch zum Schönen.

Jedes Volk muß auch Macht entfalten. Erstens muß es im Innern die Einhaltung des Sittengesetzes gewährleisten können, dann aber muß auch das Leben des Volkes in feindlicher Umwelt geschützt werden können. Wird die Macht wirklich auf diese beiden Aufgaben beschränkt, ist sie, falls sie angewandt wird, amoralisch. Bei allen Aufrüstungen wird daher stets die Notwendigkeit der Selbstverteidigung als Grund genannt (siehe »Doppelbeschluß« der NATO). Der wirkliche Grund für jede Rüstung ist jedoch meist ein anderer.

Wir wissen, daß alle herrschenden Glaubenslehren nach Weltherrschaft streben. Die Machtentfaltung der Staaten kann hierzu ausgenutzt werden. Die Priester aller Religionen haben sich seit eh und je des »weltlichen Arms« der ihnen hörigen Völker bedient, um ihr Ziel zu erreichen. Um sich die Völker hörig zu machen, bedienten sie sich psychischer Mittel, die wir bereits kennen. Die religiösen Lehren und Ideologien sind sozusagen die 5. Kolonnen in den Völkern, die den Regierenden den Boden bereiten und den Rückhalt geben, um die eigenen Völker und mit diesen andere zu unterjochen und auszurauben. Die Völker werden gut tun, den Wehrdienst zu verweigern, sobald sie erkennen, daß ihre Regierenden mehr von ihnen fordern als die Verteidigung des nackten Lebens des Volkes und allenfalls noch dessen Freiheit. Doch mit nichts wird seitens der Herrschenden mehr Schindluder getrieben als mit dem Verteidigungswillen der Völker. Und die Bedrohung der Freiheit der Völker wird oft nur vorgeschützt, um sie darum betrügen zu können!

3.3. Kapital und »Kapitalist«

Als dritte Produktionsgrundlage gilt das Kapital. Es ist für jede Produktion notwendig, und zwar sowohl als Anlagekapital (Gebäude, Maschinen, Büroeinrichtungen usw.) wie auch als Betriebskapital (Rohstoffe, Halbfabrikate, Geld für laufende Zahlungen usw.). Vor allem aber ist eine

Bodenfläche nötig, auf der gewirtschaftet wird. Wie der Wert sämtlicher Wirtschaftsgüter so wird auch der wirtschaftliche Wert des Kapitals in Geld gemessen, und Geld spielt im heutigen Wirtschaftsleben die erste Rolle. Nicht nur die Bodenschätze, sondern sogar das Recht, sie zu schürfen, auch der Grund und Boden selbst sind heutzutage Handelsware, und sie können zu Kapital und im Bedarfsfalle zu Geld gemacht werden. Damit kann der »Kapitalist« über alle drei Grundlagen der Wirtschaft verfügen. Besitz verleiht Macht und ist letztlich nichts anderes als das Verfügungsrecht über Sachen und in unserem Falle sogar über Menschen, denn auch menschliche Arbeitskraft ist käuflich, weil der Mensch im herrschenden Wirtschaftssystem gezwungen ist, für Geld zu arbeiten.

Der »Kapitalist« muß nicht *Eigentümer* des Kapitals sein. Es genügt, wenn er dessen *Besitzer* ist und damit »*die Gewalt über die Sache ausübt*«. Er kann das Kapital geliehen haben. Man denke an die »Kapitalgesellschaften«, Eigentumsvorbehalte, Verpfändungen usw.

Da Macht an sich, wie oben gezeigt, noch nicht verwerflich ist, kennt auch die Gotterkenntnis

»... *keine Verdammung des Besitzes an sich, aber auch keine Sittlichsprache jedes Besitzes, sondern sie sagt:*

Wie ist der Besitz erworben? Hat der Erwerber andere Menschen betrogen, überlistet, oder ist der Erwerb rechtmäßig durch die Leistung zustande gekommen?

Im ersteren Falle ist er unsittlich, im zweiten sittlich erworben.

Den sittlichen Besitz aber fragt sie:

Wie wird der Besitz verwaltet? Dient er der Volkserhaltung dadurch, daß er anderen Menschen Gelegenheit schafft, sich unter voller Sicherung des Ertrags ihrer Leistung ihr Leben zu erhalten? Oder dient er zur Aussaugung und zum Mißbrauch der Not anderer? Beraubt er das Volk und gefährdet er hierdurch dieses oder einzelne Volksgeschwister? Im ersteren Falle ist er sittlich geblieben, im zweiten Fall ist er durch die Art der Verwaltung unsittlich geworden.«³⁸

Ich habe in Teil II behauptet, das Wohl der Allgemeinheit sei undefinierbar, denn in der pluralistischen Gesellschaft habe jeder eine andere Vorstellung davon, was dem Wohle der Allgemeinheit diene. Wir wollen diese Ordnung ändern, die wir als sinnwidrig erkannten, und zu einer Ordnung kommen, die dem göttlichen Sinn des Menschenlebens gerecht wird. Dann ist das Wohl aller gesichert, wenn die Wirtschaft all denen, die dazu fähig sind, eine Möglichkeit bietet, mittels Arbeit ihre Selbsterhaltung, die ihrer Sippe und ihres Volkes zu sichern, und darüberhinaus im Rahmen des Sittengesetzes die volle Freiheit beläßt, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen. Wir wünschen uns keine »Kapitalisten« als Arbeitgeber, die nur nach mehr Geld und noch größerer Macht jagen, um

noch mehr Menschen knechten und ausbeuten zu können, sondern Menschen, die ihre Befriedigung darin finden, ihre Mitmenschen mit preiswerten Erzeugnissen zu versorgen, die diese sich wünschen, und es möglichst vielen Arbeitssuchenden ermöglichen, durch sinnvolle und nicht krankmachende Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen und darüberhinaus auch Besitz erwerben zu können. Solche Arbeitgeber würden endlich dem Satz 2 des Artikels 14 unseres Grundgesetzes³⁹ gerecht werden, der bis heute – 33 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes – als Zierde auf dem Papier steht, um den sich aber seither noch keine Regierung gekümmert hat!

Ein solcher Unternehmer wird sich genau so wie der derzeitige »Kapitalist« darum bemühen, mit den »ergiebigsten Produktionsmethoden« zu arbeiten und dazu zu investieren, aber nicht, um sich zu Lasten seiner Mitarbeiter mehr und mehr zu bereichern, sondern an diese mehr Lohn auszahlen oder mehr Freizeit gewähren oder seine Kunden billiger beliefern zu können. Dabei wird er darauf achten, daß die von ihm angewandten Produktionsmethoden weder krank machen noch die Freude an der Leistung beeinträchtigen, insbesondere aber auch nicht die Würde des Menschen verletzen und ihn zum Lohnsklaven erniedrigen. Kurz, wir erwarten vom Unternehmer nur die freiwillige Erfüllung des Sittengesetzes, womit er sich, wie bereits gezeigt, nur auf den moralischen Nullpunkt erhebt, d.h. weder moralisch noch unmoralisch handelt.

Selbstverständlich soll auch der Unternehmer mit Hilfe seiner Arbeit im Betrieb wie jeder andere all das erwerben können, was er zum Leben braucht, und darüberhinaus, was für die Erhaltung der Produktionsfähigkeit seines Betriebs erforderlich ist. Sein Einkommen besteht aber nicht aus Lohn, vor allem nicht aus »Kapitallohn«, sondern aus Gewinn. Gewinn setzt das Eingehen eines Wagnisses voraus und kann auch in Verlust umschlagen. Ein solcher muß in Kauf genommen werden können. Darum muß in guten Zeiten durch Bildung von Rücklagen vorgesorgt werden. Es gilt nicht wie heute, eine möglichst hohe »Rendite« für die »Kapitalisten« zu erwirtschaften, sondern ein möglichst gutes Einkommen auf Dauer für Belegschaft und Unternehmer zu sichern. Hierfür trägt der Unternehmer die Verantwortung. Mathilde Ludendorff sieht dies wie folgt:

»Der Besitzer . . . ist dem Sittengesetz verantwortlich für Erwerb, Verwaltung und Verwertung des Besitzes. Er darf weder die Volkserhaltung noch die Gotterhaltung im Volke durch diese schädigen und ebenso wenig den Besitz zur Versklavung freier selbständiger Menschen oder zum Absaugen des Arbeitsertrages verwerten. Um der Volkserhaltung und um der Gotterhaltung im Volke willen sind nur Menschen mit dem Arbeitsrecht ausgezeichnet, nicht aber Geld! Das Geld darf nicht »arbeiten«, d.h. durch Wucher, durch alljährliche hohe Leihgebühren, vervielfacht werden.

Dieses Verfahren ist Raub und steht unter dem Sittengesetz, das den Diebstahl verbietet. Es ist deshalb Raub, weil auf ehrliche Weise nur die Arbeitsleistung den Besitz vermehren kann und diese Vervielfachung des Geldes durch jährliche hohe Leihgebühren entweder unmittelbar oder mittelbar durch Raub am Arbeitsertrag verwirklicht wird, und sei dies auch auf dem Umwege der Verschuldung der Volksleitung, die aus Steuergeldern von seiten der Arbeitenden diese Leihgebühren zahlt.»⁴⁰

Daß sämtliche Zinsforderungen Raub am Arbeitsertrag sind, haben wir bereits in Teil II eindeutig nachgewiesen. Der »Kapitalismus« ist in Wahrheit eine gesetzlich zulässige (legale) »Raubwirtschaft«. Für Zins ist in einer sittlichen Wirtschaft, die dem göttlichen Sinn des Menschenlebens dienen will, kein Platz. Zins ist aber, wie ebenfalls bereits nachgewiesen, eine Folge der dem Bodeneigentümer zufallenden Bodenrente, die allein dadurch anfällt, daß der Boden wirtschaftlich genutzt wird, sei es unmittelbar landwirtschaftlich oder mittelbar, indem auf ihm gearbeitet wird. Diese Bodenrente ist weit älter als der Zins und war schon sehr früh die Quelle des Reichtums von Bodenbesitzern. Eigentum an Grund und Boden kann es eigentlich gar nicht geben. Die Erde ist begrenzt und alle sind auf sie angewiesen. Ursprünglich handelte es sich um Inbesitznahme, und es kann sich auch heute nur um Besitzrechte handeln, die nach wie vor erworben werden können. Als Nutzungsgebühr ist die Bodenrente an die Allgemeinheit, der sie von Rechts wegen gehört, abzuführen.

Über geldliche Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen haben wir bereits das Nötige gesagt.

Würde dies alles beachtet werden, wären nachstehende Forderungen des Sittengesetzes erfüllt:

»Gerade derjenige Besitz, der sich arbeitslos vermehren läßt, der nach jüdischer Moral hochgewertet und in der Art des Erwerbes als sittliche Pflicht erachtet wird, muß von unserer Gotterkenntnis allen Menschen gegenüber als unsittlich und verwerflich gewertet werden . . . Unsittlich . . . wird der Grundbesitz wie jeder andere durch die Ausnützung der Menschen, die durch ihn den Lebensunterhalt erarbeiten . . . Unsittlich wird er endlich, wenn aus Grund und Boden Handelsware gemacht wird, damit sich der Besitz in seinem Wert erhöhen soll.«⁴¹

Diese »Erhöhung des Wertes« wird heute allgemein gesehen und seine Folge, die Bodenspekulation, allseits bekämpft. Nicht aber wird erkannt, daß diese Werterhöhung darauf beruht, daß die Bodenrente dem Besitzer und nicht denen zufließt, die in erster Linie für sie verantwortlich sind, das aber ist letztlich das gesamte Volk.

In einer sittlich gestalteten Wirtschaft kann es keine »legalen« Ausraubungsmethoden, wie etwa den Zins, geben. Eine solche Wirtschaft würde völlig anders aussehen als unsere kapitalistische, aber auch anders als eine

marxistische. Selbstverständlich lehnen wir auch eine die Menschen in einen Ameisenstaat pressende Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsordnung ab. Der Freiheitsdrang des Menschen ist einer der wesentlichsten Unterschiede zum Tier. Tiere unterliegen Zwangsinстинkten. Diese erzwingen Höchstleistungen. Das matte Seelenleben der Tiere wird durch ein Sklavenlos, dem z.B. die staatenbildenden Tiere unterworfen sind, nicht beeinträchtigt. Beim Menschen jedoch, der *»mit der Gewißheit geboren wird, daß er ein Recht auf Freiheit hat«*¹⁰, wird Höchstleistung nur in Freiheit erreicht. Jede Gleichmacherei und jede Kollektivierung zerstört die Freude an der eigenen Leistung. Die Folge ist ein Absinken der Leistung. Das beste Beispiel hierfür bietet die in weiten Teilen äußerst fruchtbare Sowjetunion. Sie muß Getreide aus den hochkapitalistischen USA einführen, deren Bürger bei jedem Dollar, den sie ausgeben, schon um 22 Cent (Diskontsatz Mai 1981: 22 v.H.) beraubt sind!

Nicht Kollektivierung und Zusammenballung des Besitzes ist erstrebenswert, sondern weiteste Streuung. Je weiter der Besitz gestreut, je weniger geballt er ist, desto schwieriger ist es, daß sich ein Staat im Staate bildet, denn desto weniger Macht ist in der Hand einzelner, desto »freier« ist die Wirtschaft, sofern sie sittlich ist. Besitzballung bedeutet auch Machtballung. Wer sie erstrebt, oder begünstigt, zeigt, daß er von der Herrschaft des Volkes, der Demokratie, nicht viel hält, sondern der Herrschaft weniger Besitzender den Vorrang einräumt. In den derzeitigen Demokratien hat sich der Vorrang des Geldes durchgesetzt. Der Rücktritt des Bürgermeistermeisters Klose in Hamburg am 25.5.81 hat dies deutlich gezeigt. Er hatte die Frage gestellt, ob die Politik entscheide, was der Allgemeinheit diene, oder die Wirtschaft (hier die Hamburgischen Elektrizitätswerke). Die Wirtschaft siegte, Klose trat zurück.

Solange Besitz sittlich erworben und verwaltet wird, besteht auch kein Anlaß, ihn der Höhe nach zu beschränken. Unsittlich Erworbenes wäre zugunsten des Beraubten oder, wenn dieser nicht feststellbar, zugunsten des Volkes einzuziehen, z.B. die Bodenrente.

Wenn Besitz die schöne Aufgabe erfüllen kann, ändern Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihre Pflichten der Selbst-, Sippen- und Volkserhaltung zu erfüllen, so kann er darüber hinaus, wie folgendes Zitat zeigt, auch noch im göttlichen Sinne wirken:

»Kann der Besitzlose meist die eigenen Jenseitswünsche, besonders die Menschenliebe, durch Taten und den göttlichen Willen zum Schönen nur selten erfüllen, so hat der Besitz die wahrhaft göttliche Möglichkeit, sich und unendlich vielen Mit- und Nachlebenden starke Erhaltung des göttlichen Wunsches zum Schönen zu verschaffen und der Menschenliebe reichen Ausdruck in Gebefreudigkeit zu verleihen. Das ist köstlicher und seliger noch als seine wahrhaft beglückende Möglichkeit, Menschen die

Selbsterhaltung zu sichern. Besitz und das Wirken für seine Beschaffung oder Erhaltung können also einen hohen sittlichen Wert, der noch jenen der Volkserhaltung überragt, dadurch erlangen, daß der Besitzer der Erfüllung der göttlichen Wünsche mit diesem Besitz dient. Hierdurch kann auch das Austauschmittel für Arbeit und Besitz, das Geld, einen göttlichen Wert erlangen, eine wahrhaft »geniale« Aufgabe erfüllen. Wer den Menschen und sich selbst das Schönheitserleben in der Natur und in den Werken der Kunst vermittelt und vermehrt, wer der Forschung der Wahrheit ihr Wirken erleichtert, wer allem Wirken edler Wahlliebe unter den Menschen durch seinen Besitz hilft, wer Leiden lindert, ohne Stolz zu gefährden, der hat seinem Besitz einen wahrhaft göttlichen Wert verliehen.«⁴²

Es gab Zeiten, in denen derartiges in deutschen Landen geübt wurde. So stiftete z.B. der Hamburger Reeder Carl Heinrich Laeisz um die Jahrhundertwende der Stadt Hamburg die noch heute ihre Aufgabe erfüllende Musikhalle. Es war die Zeit, in der unsere Handelsflotte, wohl wegen ihrer Zuverlässigkeit, hohe Gewinne abwarf. Laeisz zeigte damit auch, wie solche Gewinne zum Wohle der Allgemeinheit angewandt werden können, jedenfalls weit besser als zur eigenen Betriebsvergrößerung und Machtentfaltung, um kleinere Betriebe überschlucken zu können, oder gar zum Ausleihen gegen Zins, bei dem dazuhin noch um das letzte Zehntel Prozent gefeilscht wird.

Am Konkurrenzkampf wird ein sittlich handelnder Unternehmer nur insoweit teilnehmen, wie es nötig ist, um selbst mit seinem Unternehmen bestehen zu können. Der Konkurrenzkampf ist nicht der »Vater aller Dinge«, wie die Wirtschaftsdarwinisten behaupten, sondern ganz einfach die Folge der Unvollkommenheit des menschlichen Bewußtseins. Dieser auf das Faustrecht sich gründende Konkurrenzkampf hat uns zwar ein gewaltiges Wachstum der Wirtschaft beschert, jedoch auf Kosten des Lebens selbst. Noch nie zuvor war dieses so allgemein bedroht!

Wir fassen nochmals zusammen, was wir von den Unternehmern erwarten, und bedienen uns hierzu der Worte Erich Ludendorffs:

»Ich will eine freie Wirtschaft, die unabhängig ist vom Weltkapital, in der die Deutschen Wirtschaftler nicht mehr anonym arbeiten, sondern als freie Deutsche die volle Verantwortung für ihr Handeln tragen und sich von der Sorge für die deutsche Volkserhaltung tragen lassen. Nur wenn ein Mißbrauch der Freiheit eintritt, hat die Volksgemeinschaft sofort gegen diesen Mißbrauch mit aller Schärfe einzutreten.«⁴³

Unternehmer, die sich so verhalten, können ruhig über Kapital, sogar über viel Kapital verfügen. Sie sind trotzdem keine »Kapitalisten« im heute gültigen Sinne.

3.4. Die Wirtschaftszweige

Die Rangordnung der Wirtschaftszweige wird in jeder Wirtschaftsordnung von den in ihr herrschenden Weltanschauungen bestimmt. Im Kapitalismus steht *der* Wirtschaftszweig an erster Stelle, der den höchsten Kapitallohn erbringt, der an letzter, der die geringste Verzinsung des eingesetzten Kapitals erwarten läßt. Beim Marxismus ist der bevorzugt, bei dem die Kollektivierung am leichtesten fällt, also der, bei dem die Art der Tätigkeit schon aus sich heraus einer Kollektivierung sehr nahe kommt. Das fünfte Rad am Wagen ist *der* Wirtschaftszweig, der der Kollektivierung von Natur aus den größten Widerstand entgegensetzt. In beiden Fällen ergibt sich so ziemlich dieselbe Reihenfolge.

Für uns kann niemals die Frage: Wieviel Geld oder »Rendite« erbringt ein Wirtschaftszweig? Richtschnur sein, sondern zu allererst die Frage: *Inwieweit kann ein Wirtschaftszweig die Selbsterhaltung des einzelnen, der Sippen und des Volkes sicherstellen?* Das vermag seit jeher und auch für alle Zukunft allein die *Landwirtschaft*. Rechnen wir noch, wie es auch heute schon geschieht, *Gartenbau*, *Fischerei* und *Forstwirtschaft* hinzu, dann wird die Landwirtschaft auch noch zum allerwichtigsten Rohstofflieferanten der Wirtschaft. Aus diesen Rohstoffen kann alles hergestellt werden, was der Mensch unabdingbar zum Leben braucht: Nahrung, Bekleidung und Wohnung. Sie sind darüberhinaus die einzigen Rohstoffe, die tatsächlich »erzeugt« werden und immer wieder neu erzeugt werden können, solange Leben auf Erden besteht. Alle anderen Rohstoffe werden »gefunden« und sind nicht »erneuerbar«, kein einziger. Handwerk und Industrie wandeln Rohstoffe nur um und zerstören sie zum Teil auch. Der Handel schiebt sie hin und her, und die Banken, die Geldhändler, sind derzeit die Beherrscher, Aussauger und Zerstörer.

Es ist notwendig, diese Wertung der wirtschaftlichen Tätigkeit zu ändern:

»So werden der Besitz von Grund und Boden und landwirtschaftliche Betätigung, die vielen Menschen die Selbsterhaltung durch Leistung ermöglicht und für die Volkerhaltung so Wichtiges erzeugt, im Falle einer sittlichen Art und Weise der Verwaltung die höchste Wertung des Besitzes überhaupt erfahren; denn mehr noch als Selbsterhaltung sichert sie Gott-erhaltung im Volk. Sie verwebt es innig mit der Natur, dem kraftvollsten Bildgleichnis Gottes, sie verwurzelt das Volk mit der Heimat, sie behütet vor unendlich vielen Entartungen, gewährleistet gesunde Verhältnisse für Aufzucht der Kinder.«⁴¹

Damit sind wir auf etwas sehr Wichtiges für die Beurteilung wirtschaftlicher Tätigkeit gestoßen: Wir haben zu prüfen, inwieweit wirtschaftliche Tätigkeit göttliches Erleben fördern oder hemmen kann. Zwar ist dies

stets trotz widrigster Lebenslage in innerer Freiheit möglich. Jedoch dort, wo die Selbsterhaltung die ganze Kraft des Menschen in Anspruch nimmt, ist diese Erfüllung äußerst erschwert, ebenso dort, wo die Arbeit durch ihre Eintönigkeit den Menschen abstumpft. Unmöglich ist dies in keinem Falle.

Denken wir z.B. an den Gartenbau, den wir zur Landwirtschaft rechnen. Wie schwelgerisch kann er dem Erleben des göttlichen Wunsches zum Schönen dienen! Der Mensch, der diesen Beruf ausübt, hat natürlich auch die Freiheit, sich vom Göttlichen ganz abzuwenden und Gottfeind oder »plappernder Toter« zu werden.

Der Wunsch zum Wahren und die Liebe zur Schöpfung veranlaßte einige wenige, als die Chemie Eingang in die Landwirtschaft fand, ihre alte Anbauweise beizubehalten. Um aber einigermaßen Schritt halten zu können, mußten sie nach ergiebigeren Arbeitsweisen forschen. Okkulte Gedankengänge, die bei einigen Eingang fanden, brachten die gesamte Bewegung in Mißkredit, worunter sie heute noch leidet, obwohl der wissenschaftlich fundierte naturgemäße Landbau damit gar nichts zu tun hat. Er hat auch mit den alten Formen kaum mehr etwas gemein. Er ist in den Kreislauf der Natur eingeordnet, schadet weder dem Menschen noch der übrigen Natur, erfordert die geringste Menge Fremdenergie und kann letztlich – in der Not denkbar größter Fremdenergieknappheit – auch gänzlich vom Menschen allein bewältigt werden. Diese Form der Landbewirtschaftung macht auch den Menschen am unabhängigsten, dient also der Freiheit. Die erzeugte Nahrung ist nachgewiesenermaßen überdies die gesündeste und wohlschmeckendste, wenn jeweils die für das Gedeihen von Pflanze und Tier günstigsten Voraussetzungen geschaffen werden. Diesen werden wir am nächsten kommen, wenn wir uns möglichst nahe dem Vorbild der Natur anpassen, denn Gottes Schöpfung ist vollkommen. Aber auch eine Kollektivierung ist bei ihm kaum möglich, erfordert er doch ein sehr sorgfältiges Anpassen der Anbaumethoden an die örtlichen Verhältnisse. Er wird daher in den marxistischen Ländern bis heute nicht versucht.

Auf alle Fälle ist der naturgemäße Landbau »wirtschaftlich«, erzeugt er doch mehr an Wirtschaftsgütern, als er an solchen aufwenden muß, während von der derzeit üblichen Wirtschaftsweise das Umgekehrte gilt:

»Sie verbraucht mehr technische Energie, als sie biologische in Form von Nahrung erzeugt.«⁴⁴

Aber sie liefert »Kapitallohn«!

Wenn für die Wohnung heute noch z.T. das *Handwerk* sorgt, so tut dies für die Bekleidung fast ausnahmslos die Industrie. Diese bemüht sich, mehr und mehr an die Stelle des Handwerks zu treten, kann aber niemals alle Wünsche erfüllen, vor allem nicht den Wunsch zur Mannigfaltigkeit,

der in der gesamten Schöpfung zu beobachten ist (z.B. gleicht von 2 Millionen untersuchten Schneekristallen nicht einer dem andern) und der auch beim Menschen sich auswirkt. Darum ist, sobald der dringendste Bedarf gedeckt ist, ein Streben festzustellen, sich von den Massenprodukten ab- und der Einzelfertigung zuzuwenden.

Weil das Handwerk den im Menschen wie in aller übrigen Natur wirkenden Willen zur Mannigfaltigkeit und damit auch den göttlichen Wunsch zum Schönen besser erfüllen kann als die Industrie, darum halten wir diesen Berufszweig für förderungswürdiger als die *Industrie*, die aber keineswegs abgewertet werden soll. Nur darf sie nicht wie heute bevorzugt werden und versuchen, alles an sich zu reißen. Sie hat ganz wesentliche Aufgaben zu erfüllen. Denken wir nur an die Volkserhaltung, zu der auch die Verteidigung des Lebensraumes – ohne ihn keine Nahrung – und der Freiheit gehört. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre dies ohne Industrie nicht möglich. Wir denken dabei nicht an Atomwaffen, denn wir halten die Nutzung der Atomkernspaltung, sei es für friedliche oder kriegerische Zwecke, für ein Verbrechen, das sich nicht nur gegen den Menschen, sondern gegen die gesamte Schöpfung richtet! Für bakteriologische und chemische Waffen gilt dasselbe.

Waffenherstellung ist selbstverständlich nicht die wesentlichste Aufgabe der Industrie, im Gegenteil, wir hoffen, daß durch die Enthüllung des göttlichen Sinns des Menschenlebens die alten Weltanschauungen mit ihrem Weltherrschaftsanspruch überwunden werden, die Menschen und Völker ihre Verschiedenartigkeit, vor allem auch der Art ihres Gotterlebens erkennen und begrüßen und auch einsehen, daß sie miteinander trotz ihrer Verschiedenartigkeit auskommen müssen, was am besten geschehen kann, wenn die Völker sich voneinander abgrenzen und keines fordert, daß alle andern seine Art zu leben übernehmen. Alle Unstimmigkeiten zwischen den Völkern wären damit aber nicht beseitigt, und sie werden auch infolge der Unvollkommenheit des Menschen nie zu beseitigen sein. Es wird stets Machtbesessene geben, die bei Meinungsverschiedenheiten zur Gewalt greifen und auch ganze Völker zur Gewaltanwendung gegen andere Völker aufhetzen. Wir hoffen jedoch, daß dies weit seltener sein wird als heute, wo zwei Machtblöcke gegeneinanderstehen, bei denen in jedem eine Weltanschauung herrscht, die lehrt, daß sie allein berechtigt sei, die Welt zu beherrschen.

Die Industrie hat noch andere sehr wichtige Aufgaben. Vor allem sollte sie jedoch folgendes beachten:

»Die ernsteste Verantwortung aber sieht unsere Gotterkenntnis auf dem Gebiet der Industrie liegen. Da hier die Maschine oft den Menschen nur Arbeitsmöglichkeit beläßt, die Gesundheit und Seele schwer schädigen kann, da sie Menschen zu endloser Wiederholung gleicher Teilleistungen

verurteilt, die eine Freude an der Leistung nicht aufkommen lassen, kann sie furchtbare Gefährdung der Menschen bedeuten. Dieser aber wird nur dadurch ein Ausgleich geschaffen werden, daß die Maschine nicht zum Besten der Besitzmehrung, sondern zur Erleichterung der Tagesleistung der Fabrikarbeiter sinnvoll verwertet wird. Niemand bedarf, um im Sinne unserer Gotterkenntnis leben zu können, so sehr des Eigenlebens außerhalb der Stunden der Arbeit wie der Fabrikarbeiter. Erst wenn die Industrie nach solcher Wertung bemessen wird, wenn Arbeitgebern freilich auch vom Staat ermöglicht wird, solche Pflicht zu erfüllen, kann auch der Industriebesitz als sittlich angesprochen werden.»⁴⁵

Wir haben schon im Abschnitt »Arbeit« darauf hingewiesen, wie wichtig es wäre, die Arbeitszeit der jeweiligen Belastung des Menschen durch die zu verrichtende Arbeit anzupassen, und wie unsinnig es ist, für alle Berufe eine einheitliche Arbeitszeit festzulegen.

Das Arbeitsfeld der Industrie ist dort, wo es weniger auf Schönheit oder gar Einmaligkeit, sondern viel mehr auf Zweckmäßigkeit der Einzelstücke und die Masse ankommt. So kann z.B. die optische Industrie vielen Menschen helfen, in die unendlichen Fernen unseres Weltalls zu blicken, um einen Eindruck zu gewinnen von dessen ungeheurer Größe, ein Weltall, in dem wir Menschen nur wie ein Stäubchen sind auf einem Sandkorn. Sie kann uns aber auch helfen, das Treiben in einem Wassertropfen zu betrachten, woraus wir erkennen können, daß es noch vieles gibt, was viel, vielmal kleiner ist als wir, und daß letztlich dieses ungeheuer große Weltall und wir selbst aus Atomen bestehen, die, wenn wir sie mit unserer Vernunft erfassen wollen, sich unserem Erkennen mehr und mehr entziehen. Letztlich können wir nur noch feststellen, daß unser Weltall insgesamt aus gebändigter Energie besteht, die, freigesetzt, eine ungeheure Sprengkraft entwickelt. Hier sind wir an den Grenzen des Vernunfterkennens angelangt. Was jenseits dieser Grenzen ist, kann jeder einzelne nur noch in seiner Art erleben. Ohne die Industrie wäre es nie möglich, dies vielen Menschen zu zeigen und klarzumachen und sie dabei vielleicht auch zu göttlichem Erleben hinzuführen.

Heute macht unsere Industrie viel Überflüssiges, aber es ist Sache der einzelnen Menschen, was sie ihr abnehmen wollen und was nicht. Wer Schund kaufen will, mag es tun. Es ist nur zu beachten, daß alles, was die Industrie erzeugt, auch Rohstoffe und Energie erfordert und beides auf unserem Planeten Erde nur in begrenztem Umfang zur Verfügung steht. Es wird also nötig sein, Vorsorge zu treffen, daß die Bäume auch hier nicht in den Himmel wachsen. Es ist aber zu hoffen, falls sich die Einsichten der Gotterkenntnis stärker durchsetzen, daß die Menschen hierfür Mittel und Wege finden. Sie beginnen ja bereits, danach zu suchen, und sie werden solche finden, mögen auch die Herrschenden sie noch so sehr verhöhnen

aus Furcht, daß ihnen Macht und wesentliche Einnahmequellen verlorengehen. Obwohl die alten Irrlehren manchen Antrieb gegeben haben, nach der Wahrheit und den Gesetzen des Weltalls zu forschen, so, daß wir den Stand unseres heutigen Wissens erreicht haben, so können sie doch, nachdem die Grenzen des Vernunfterkennens erreicht sind, nur noch zerstören. Wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird, zerstören sie alles und auch sich selbst.

Industrie ist die günstigste Produktionsform für Massengüter, während das Handwerk Einzelstücke noch immer preisgünstig herstellen kann, weil dabei der Handel als Zwischenstufe mit seinen ihm eigenen Kosten wegfällt, die oft bis zu 100 % des Einkaufspreises von Industriegütern ausmachen.

Wir haben den *Handel* nicht nur als Mittel zur Verteilung von Gütern, sondern auch als eine Möglichkeit der Erzielung eines hohen Kapitallohnes und anderer Mittel der Ausbeutung erkannt. Handel ist selbstverständlich notwendig. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist es gar nicht möglich, alle Bedürfnisse unmittelbar beim Erzeuger zu befriedigen. Aber wo er als Zwischenhandel, der nur zur Verteuerung der Waren führt, ausgeschaltet werden kann, ist dies von seiten der Verbraucher erwünscht. Auch in den marxistischen Ländern ist dies nicht anders, denn auch in ihnen verursachen Läden und Angestellte Kosten. Auch in ihnen müssen Vorratslager unterhalten werden.

Eine unbegrenzte internationale Arbeitsteilung erzwingt schrankenlosen Außenhandel und führt, wie die Anschauung lehrt, nur zur Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen. Überdies muß jedes Volk danach streben, wirtschaftlich selbständig und unabhängig zu sein, zumindest soweit es um die Befriedigung der Grundbedürfnisse geht, damit ihm nicht »der Brotkorb höher gehängt« werden kann. Das Gegenteil behaupten nur die nach Weltherrschaft Strebenden, denn sie bedienen sich u.a. des unbeschränkten internationalen Handels, um zur Weltherrschaft zu gelangen. Ein staatliches Außenhandelsmonopol wie in den marxistischen Staaten kann daran nichts ändern, sondern neben einer sittlichen Währungspolitik auch eine sittliche Zollpolitik (s.u.).

Wie wir es ablehnen, daß innerhalb der Völker die Vermögenden die Nichtvermögenden ausbeuten, so lehnen wir es auch ab, andere Völker auszubeuten, wie es die Kolonialherren einst taten, wie es aber noch heute über die »Entwicklungshilfe« mit ihren Zinsforderungen geschieht. Jeder Handelspartner sollte für ein Handelsgut, das er anbietet, ein gleichwertiges Gut erhalten. Güter, die im eigenen Land hergestellt werden können, sollten nicht bloß eines möglicherweise niedrigeren Preises wegen im Ausland gekauft werden, höchstens, wenn sie wirklich schöner oder besser sind. Die eigene Industrie oder das eigene Handwerk sollen sich anstren-

gen, gleichwertige Ware herzustellen. Schutzzölle sollten nur eingesetzt werden, falls die Selbst-, Sippen- und Volkserhaltung oder ein ganzer Wirtschaftszweig ernstlich bedroht ist.

Dem Außenhandel kommt aber noch eine sehr wichtige Bedeutung zu, die eigentlich mit Wirtschaft nichts zu tun hat. Der Außenhandel ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Völkern und kann das Verständnis für die vielfältige Andersartigkeit der Völker und die Achtung vor ihnen fördern. Alle Angehörigen dieser Völker können nach ihrer Art Göttliches erleben und den Sinn ihres Lebens erfüllen, auch die, die noch auf der Stufe der Steinzeit stehen und nach heute gängiger Meinung als »unterentwickelt« gelten. Das aber ist kein Grund für uns, überheblich auf sie herabzusehen. Wir können auch bestimmt einiges von ihnen lernen.

Die sonstigen *Dienstleistungsbetriebe* – der Handel gehört zu ihnen – haben z.T. sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. Zunächst sei das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe genannt. Besonders das erstgenannte kann es den Menschen ermöglichen, fremde Menschen und Länder kennenzulernen und zu neuen Erkenntnissen über diese zu kommen. Leider aber ist dieses Gewerbe sehr eng mit dem Alkoholverbrauch verbunden, der nicht nur die Volksgesundheit bedroht, sondern auch die Volkserhaltung und namentlich die sittliche Höhe des Volkes. Diesen Verbrauch einzudämmen und möglichst ganz zu beseitigen, ist Aufgabe der Volksführung.

Als weitere Dienstleistungsberufe seien hier nur angeführt die wissenschaftlichen und die Lehrberufe. Erstere dienen der Erforschung der Wahrheit, letztere deren Übermittlung an die Nachfahren. Beide erfordern einen hohen sittlichen Stand derer, die sich diesen Berufen zuwenden wollen, sollten sie sich doch der Wahrheit voll verpflichtet fühlen. Für die Übermittlung des Wissens bedarf es überdies einer gewissen Begabung und insbesondere der Freude, mit anderen Menschen, namentlich mit Kindern und Jugendlichen, umzugehen, denn nur dann ist ein guter Erfolg gesichert. Suggestion sollte vermieden werden. Ein Erfolg in Mark und Pfennig ist bei beiden Berufen unmittelbar nicht erkennbar, namentlich nicht bei der zweckfreien Forschung über die Gesetze der Erscheinungswelt. Zweckfreie Forschung kann man von der Wirtschaft nicht erwarten. Sie wird stets nur Zweckforschung betreiben, die ihrerseits nicht zu den Aufgaben des Staates gehört. Die Wirtschaft will, wenn sie forscht, an den Ergebnissen verdienen. Übernimmt der Staat die Kosten solcher Zweckforschung, so übernimmt er – d.h. das ganze Volk – auch das Wagnis. Die Wirtschaft, d.h. einzelne, streichen aber später die Gewinne ein!

Die Erziehung der Nachkommen liegt in erster Linie bei den Eltern, doch hat der Staat dort ordnend einzugreifen, wo Erziehungspflichten versäumt werden oder infolge des Fehlens von Eltern unterbleiben wür-

den. Für die Auswahl der beruflichen Erzieher gelten dieselben Grundsätze wie für die Lehrberufe. Es ist widersinnig, daß Erzieher, die an die Stelle fehlender oder pflichtvergessener Eltern treten, vom Staate besoldet werden, wogegen pflichtbewußte Eltern leer ausgehen bzw. mit geringfügigen Vergünstigungen abgespeist werden. Die Gerechtigkeit fordert, daß alle Erzieher gleich behandelt werden. Überdies ist die beste Erziehung der Nachkommen für die Volkserhaltung von ganz besonderer Bedeutung.

Die *freien Berufe* sind zu einem Großteil für das Volk unentbehrlich. Sie alle aber leben von den Wirtschaftsgütern, die von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie erzeugt werden, und wir können sie uns nur in dem Umfang leisten, wie die Gütererzeugung auseicht, auch sie zu versorgen.

Im Kapitalismus wird das gesamte Wirtschaftsgeschehen beherrscht vom *Bankgewerbe*. Es steht in ihm an erster Stelle. Wer kein Geld hat, ist im Kapitalismus machtlos. Diese enge Bindung der Macht an den Besitz von Geld ist in einer sittlichen Wirtschaft undenkbar. Dem Gelde muß diese Macht genommen werden. Das Geld hat nicht die Wirtschaft zu beherrschen, sondern hat ihr zu dienen. Das ist nur möglich, wenn der Besitz keinen »Kapitallohn« mehr erzwingen kann (Genaueres s. im Abschnitt »Geld«).

Ist das Geld zur Dienerin der Wirtschaft geworden, dann gibt es in der Wirtschaft keinen sie beherrschenden Wirtschaftszweig mehr. Alle diese Zweige stehen nur noch im Dienste der Erhaltung der einzelnen, der Sippen, des Volkes und der Gotterhaltung im Volke, und alle sind gleichwertig. Nur die Landwirtschaft nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als sie der einzige Wirtschaftszweig ist, auf den wir selbst in der höchsten Not nicht verzichten können.

3.5. *Der Staat und seine Aufgaben*

Es gibt Menschen, die glauben, die Einrichtung Staat sei an allem Übel schuld, weil er Macht besitzt und diese nutzt, das Volk zu einer Lebensart zu zwingen, die der Staat bzw. seine Repräsentanten bestimmen. Wenn es weder einen Staat noch Gesetze noch irgend etwas wie Sitte gäbe, dann ordne sich das Leben der Menschen in voller Freiheit ganz von alleine, wie dies doch auch bei allen Tieren der Fall sei. So denken die »Anarchisten«. Einer von ihnen, Silvio Gesell, wollte diese Herrschaftslosigkeit mittels seines »Freigeldes«⁴⁶ erreichen. Da bleibt nur zu fragen: Wer führt denn dieses Geld ein? Wer sorgt dafür, daß alles, was dazugehört, auch eingehalten wird?

Diese Leute übersehen, daß die Tiere auf Grund eingeborener Zwangstatenketten (Instinkte) im Sinne ihrer Selbst- und Arterhaltung vollkommen handeln, daß beim Menschen aber in der Stufe des Bewußtseins solche Instinkte fehlen. Ihm ist die Freiheit geschenkt, seiner Selbst- und Arterhaltung entgegen handeln zu können. Darum muß der Mensch, sobald er in Gruppen zusammenleben will, sich ein Sittengesetz schaffen und auch eine Organisation, die darüber wacht, daß Sitte und Gesetz auch eingehalten werden. Wir nennen diese Organisation den Staat.

Jedes Volk hat zunächst nur die Aufgabe, die für die Erhaltung des Volkes nötigen Gesetze zu formulieren, bekannt zu geben, ihre Einhaltung zu überwachen und notfalls zu erzwingen. Wie ein Volk sich seine Volksleitung bildet und welches Sittengesetz diese erläßt, geht nur dieses Volk an. Ob die Führung des Volkes durch Mehrheitsbeschluß gewählt wurde, oder ob sich ein einziger – wie im Tierreich vielfach üblich – die Führung angemäßt hat, ist auch nur Sache des jeweiligen Volkes. Nur insoweit Völker miteinander in Berührung kommen, müssen auch zwischen ihnen Abkommen getroffen werden. Hier fehlt dann aber die Instanz, die über die Einhaltung der Verträge wacht und sie notfalls erzwingt. Ich glaube nicht, daß es jemals einen »Völkerbund« oder ähnliches geben wird, der diese Aufgabe übernehmen könnte. Bei der Unvollkommenheit der Menschen wird es stets Machtlüsterne geben, die sich dem widersetzen, oder auch solche, die zu keinerlei Kompromissen bereit sind.

Wir gehen bei unserer Betrachtung von einem Staate aus, dem die Gott-erkenntnis Richtschnur ist. Unser derzeitiges Grundgesetz entspricht in den grundlegenden Artikeln weitgehend unseren Anschauungen, und auf dem Papier scheint alles in bester Ordnung zu sein. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Die Herrschenden versuchen ständig, ihre Herrschaft, die ihren Ehrgeiz befriedigt und überdies recht einträglich ist, im Sinne der »weltmachtfreudigen« Ideologie bzw. Glaubenslehre, der sie anhängen, nicht nur zu erhalten, sondern auszuweiten und Hemmnisse zu beseitigen (siehe z.B. Energiewirtschaftsgesetz, Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung). Es ist nicht von ungefähr, daß die Bundesrepublik Deutschland in den rund 30 Jahren des Bestehens ihres Grundgesetzes dieses weit- aus am häufigsten von allen Ländern der westlichen Welt geändert hat! Darum gilt es, wachsam zu sein, um Versuchen einer weiteren Aushöhlung des Grundgesetzes möglichst frühzeitig begegnen zu können. Das darf auch dann nicht vernachlässigt werden, falls die Gotterkenntnis sich durchsetzen sollte, denn diese kann die angeborene Unvollkommenheit des Menschen nicht beseitigen, und Freiheit im Rahmen des für alle geltenden Sittengesetzes ist ihr Hauptanliegen. Etwas mehr Einheitlichkeit in den Rechtsauffassungen und -bräuchen im Vergleich zur heutigen »pluralistischen Gesellschaft« wären aber ganz bestimmt zu erwarten.

Jede Herrschaft, auch die scheinbar demokratischste, entwickelt sich infolge der Unvollkommenheit der Menschen nur allzuleicht zur Gewaltherrschaft. Darum bleibt es eine ständige Aufgabe eines jeden Volkes, dafür zu sorgen, daß seine Regierung sich nicht zur Gewaltherrschaft wandelt. Schiller meinte dazu:

»Der Mensch ist das einzige Wesen, das will. Eben deswegen ist des Menschen nichts so unwürdig, als Gewalt zu erleiden, denn Gewalt hebt ihn auf. Wer sie uns antut, macht uns nichts Geringeres als die Menschheit streitig, wer sie feigerweise erleidet, wirft seine Menschheit hinweg.«

Mathilde Ludendorff fügt dem noch hinzu:

»Wer aber Gewalt nicht feigerweise erleidet, sondern sie trotz kraftvoller Abwehr ertragen muß, wirft seine Menschheit nicht hinweg, sondern kann gerade mit Hilfe dieses Schicksalsschlages in freier Selbstschöpfung zur vollen innerseelischen Freiheit gelangen.«⁴⁷

Zwar ist jeder Mensch mit dem Bewußtsein geboren, daß er ein Recht auf Freiheit hat. Damit ist er aber noch längst nicht frei. Die meisten Menschen überlassen sogar mehr und mehr ihrem unvollkommenen Selbsterhaltungswillen die Herrschaft in ihrem Bewußtsein und verzichten auf freies göttliches Erleben, so daß ihr Innenleben langsam aber sicher abstirbt. Wer wirklich frei sein will, der muß sich ständig darum bemühen, vor allem um die Freiheit des Geistes von allen Vorurteilen. Ein Mensch, der sich dem Göttlichen verpflichtet fühlt und in sich Geistesfreiheit, d.h. Freiheit von allen Vorurteilen, verwirklicht hat, wünscht allen Menschen diese Freiheit. Meinungsfreiheit könnte ihm hierbei behilflich sein. Sie aber gefährdet das Erreichen der Ziele der Weltherrschaftslüsternen, diese werden sie daher, wenn sie gesetzlich gewährleistet ist, zu untergraben trachten. Wehrt sich das Volk hiergegen nicht, sondern kuschelt die Masse aus Angst vor Leid, vor etwaigen Nachteilen, dann werden die Mächtigen die Freiheit weiter untergraben bis hin zur Gewaltherrschaft. Die Weimarer Republik liefert hierfür ein Musterbeispiel. Brüning-Hindenburgische Notverordnungen u.a.m. schränkten die Meinungsfreiheit immer stärker ein und zuguterletzt stimmte die Mehrheit der Musterdemokraten, darunter der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuß, für das »Ermächtigungsgesetz«, das Hitler zum Diktator machte. Zur Zeit wiederholt sich der Prozeß in ähnlicher Weise. Darum ist es die vornehmste Pflicht der Völker, ihre Regierenden sorgfältig zu überwachen und beim geringsten Anlaß dafür zu sorgen, daß die Meinungsfreiheit nicht unterwühlt wird. Eine solche Überwachung wäre weit wichtiger als das Wählen alle 4 bis 5 Jahre.

Wenn es auch notwendig ist, daß die Gesetze stets den sich verändernden Verhältnissen angepaßt werden, so dürfte das hierzu notwendige Maß heute doch überschritten werden. Die Gesetzesflut, mit der die Parla-

mente die Völker überschütten, könnte sicherlich bei etwas gutem Willen schon dadurch verringert werden, daß die Gesetze einerseits mehr Freiheit belassen, andererseits dem Bürger mehr Verantwortung für sein Tun aufbürden.

Die Regierenden sind dem Volke für alles, was sie in seinem Namen tun, voll verantwortlich zu machen. Eine »Immunität« der Volksvertreter ist widersinnig. Politiker und Regierende sollten Vorbilder in der Einhaltung der Gesetze und der guten Sitten sein, anstatt sich auf die gleiche Stufe zu stellen mit Unzurechnungsfähigen. Diese können für ihr Tun und Lassen mit Recht nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Die Regierenden müssen also selbst frei sein, frei auch von allen Einflüssen von außen, z.B. von »Lobbyisten«, Geldgebern, Ideologien oder irgendwelchen »überstaatlichen« Organisationen, vor allem solchen, die »Geheimnisse« hüten, »Einweihungsgrade« oder Ähnliches kennen, mit edlen Zielen locken, sich aber der Drohung und der Suggestion bedienen, um sie zu erreichen. Edles bedarf keiner Geheimniskrämerei, keiner Gehorsamspflichten und keiner Suggestion. Nur Unredlichkeit und Verbrechen müssen das helle Tageslicht scheuen.

Die Erhaltung des Volkes und in ihm die Gotterhaltung zu sichern, sind im Grunde die einzigen Aufgaben des Staates. Aus diesen Grundaufgaben ergeben sich alle Einzelaufgaben. Zu diesen gehören die Vertretung des Volkes gegenüber anderen Völkern, was wiederum erfordert, alle Belange zwischen dem eigenen Volk und den anderen Völkern so zu regeln, daß Selbst- und Volkserhaltung des eigenen Volkes bestens gesichert sind. Eine Voraussetzung dafür sind gute Beziehungen zu allen Völkern. Notfalls ist das Staatsgebiet sowie Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes gegenüber feindlichen Angriffen – und solche sind unter Unvollkommenen immer möglich – zu verteidigen, dies aber nur, wenn alle andern Mittel versagen und das Volk in seinem Bestande bedroht ist.

Nur der einzelne Mensch kann Göttliches erleben, auch wenn er äußere Freiheit nicht besitzt, sondern Gewalt erleiden muß, wie es auch in dem Lied »Die Gedanken sind frei« zum Ausdruck kommt. Darum ist eine Bedrohung der äußeren Freiheit eines Volkes noch kein hinreichender Grund zur Kriegführung. Solange im Volke noch der Wille zur Freiheit herrscht, wird sich das Volk eines Tages auch wieder befreien. Die Geschichte bietet hierfür genügend Beispiele, auch in unseren Tagen! Der Zweite Weltkrieg war demnach ein Verbrechen an allen beteiligten Völkern, denn keines war vor seinem Ausbruch in seinem Bestande bedroht.

Heutzutage ist die Lage völlig anders. Durch das Vorhandensein von A-, B- und C-Waffen sind nicht nur alle Völker, sondern ist alles Leben auf Erden bedroht. Sofern der Einsatz solcher »Waffen« in Frage kommen

kann, sind Kriege unter *allen* Umständen zu vermeiden, denn die Freiheit kann, wenn auch erst nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten zurückge-
wonnen werden, das Leben niemals mehr!

Zur Lösung seiner Aufgaben verfügt der Staat über das diplomatische Korps und die Volkswehr, deren Bedarf sowohl an Kosten wie an Material die Wirtschaft mit erarbeiten muß.

Im Innern fallen dem Staat die meisten Aufgaben zu.

Wenn schon jeder dazu Fähige für die Selbst- und Sippenerhaltung zu sorgen und einen seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag zur Volkserhaltung zu leisten hat, so hat der Staat sowohl durch entsprechende Gesetzgebung wie auch durch Schaffung entsprechender Einrichtungen dafür zu sorgen, daß dies seinen Bürgern auch möglich ist. Diese können den Staat in ihrer Gesamtheit als Volk auch beauftragen, Einrichtungen zu schaffen und zu erhalten, die ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben erleichtern. Hierher gehören z.B. das gesamte Verkehrswesen, die Wasser- und Abwasserversorgung und Einrichtungen zur Grundlagenforschung. Der Zweckforschung kann der Staat nur insoweit dienen, wie sie zur Selbsterhaltung des Volkes in einer feindlichen Umwelt notwendig sein sollte – man denke an Abwehrsysteme gegen A-, B- und C-Waffen. Keinesfalls gehört jedoch die Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln oder auch die Nutzung der Atomkernspaltung für »friedliche« Zwecke zu den Aufgaben des Staates. Nicht die Vernichtung von möglichst vielen Menschenleben ist Aufgabe eines Krieges, sondern die Erhaltung des eigenen Volkes, wozu es genügt, die Kampfkraft des Gegners, d.h. unter anderem auch sein Kriegsmaterial zu vernichten. Wahre Feldherren haben sich stets hierum bemüht. Die derzeit heiß umstrittene Neutronenbombe tut das Umgekehrte. Egon Bahr hat also schon recht, wenn er sie als »pervers« bezeichnet.

Seit neuestem ist es auch nötig geworden, daß der Staat sich um die Reinheit des Wassers und der Luft bemüht. Meines Erachtens zeigt das, daß die Völker versäumt haben, rechtzeitig darauf zu achten, daß die Freiheit der Wirtschaftenden nicht mißbraucht wird und daß die Gesetze den sich stetig ändernden Verhältnissen angepaßt wurden. Gesetze können zwar niemals den Mißbrauch verhüten, aber es hätte nie soweit kommen dürfen, daß in bestimmten, aber sehr zahlreichen Orten die Muttermilch schon zur giftigen Nahrung geworden ist. Da haben nicht nur die Regierenden und die gut besoldeten Volksvertreter, sondern auch das Volk ihre Pflicht versäumt.

Ganz wesentlich ist auch eine sorgfältige Erziehung des Volkes im Sinne der genannten Aufgaben. Nicht Religion ist das wichtigste Lehrfach, wie es Jahrhunderte, der Auffassung Luthers folgend, geglaubt wurde. Gerade auf diesem Gebiet hat größtmögliche Freiheit zu herrschen.

An Wissen und Können wäre der Jugend in erster Linie das zur Selbst-, Sippen-, Volks- und Kulturerhaltung Nötige zu übermitteln. Vor allem wäre der Jugend der Blick in die Natur, der »Bildschrift Gottes« (M. Ludendorff) zu öffnen, damit sie einst, wenn sie erwachsen ist, Gott in ihr wie auch im göttlich gerichteten Verhalten der Menschen und in den Künsten erkennen und erleben kann. Die Entwicklung körperlicher Fähigkeiten und der Körperkräfte sollten dabei aber nicht vergessen werden. Durch geeignetes Verhalten des Erziehens und Auswahl des Lehrstoffes kann gleichzeitig die Denk- und Urteilskraft, sowie Selbstbewußtsein und -beherrschung gestärkt, die Forderungen des Sittengesetzes erläutert und deren freiwillige Erfüllung als wünschenswert nahegebracht werden.

Die Einhaltung des Sittengesetzes zu sichern, ist Aufgabe der Rechtspflege einschließlich der Polizei. Das Sittengesetz sollte alles enthalten, was zur Regelung eines reibungslosen Zusammenlebens des Volkes gehört, und dies ist weit mehr, als was unser Grundgesetz in Art. 2 (1) darunter versteht.

Ganz besonders sollte die Gesetzgebung jedem ein Höchstmaß an äußerer Freiheit, vor allem volle Geistesfreiheit, sichern; das dient auch der Gotterhaltung im Volke. Wie Mathilde Ludendorff eingehend nachgewiesen hat, vor allem in ihrem Werk *Das Gottlied der Völker – Eine Philosophie der Kulturen*²¹, ist Gott- und damit Kulturerhaltung auf Dauer nur möglich in einigermaßen organisch gewachsenen Kultur- und Lebensgemeinschaften, die wir Völker nennen, am besten in solchen, die ihre ursprüngliche Art voll beibehalten und sich nicht mit anderen Völkern vermischt haben. Besonders stark einigend wirkt sich der Gottglaube bei den Völkern aus. Das beste Beispiel hierfür liefert das jüdische Volk, das sich trotz seiner über 2000jährigen Zerstreuung in alle Welt seine Einheit bewahrt hat und in dessen neu gegründetem Staat Israel noch heute die mosaischen Gesetze gelten einschließlich jener, die der Erhaltung der Rasseinheit des Volkes dienen. Dagegen werden Völker, die eine volksfremde Religion oder Ideologie übernehmen, »atomisiert«, wie es Karl Marx genannt hat, d.h. sie lösen sich in »pluralistische Gesellschaften« auf. In ihnen zerfallen Sitte und jede Kultur einschließlich der Sprache. Am schlimmsten wirkt sich die Übernahme einer imperialistischen Weltreligion wie etwa das Christentum aus, will dieses doch alle Völker zerstören und ein einheitlich christliches Volk an ihre Stelle setzen. Damit ist die Gotterhaltung in den Völkern am stärksten gefährdet. Die »plappernden Toten« bzw. »Scheinlebendigen« vermehren sich, und der Marxismus mit seinem Dialektischen Materialismus fängt die materialistisch gewordenen Menschen auf. Kriege und Revolutionen, die von den Befürwortern der Einwelt angezettelt werden, beschleunigen den Prozeß. Ehrfurcht vor der Schöpfung ist dem Materialismus fremd. Unter seiner Herrschaft verfal-

len nicht nur die Kulturen, sondern auch körperliche und genetische Gesundheit. Jede seelische Regung wird als »emotional« abgewertet!

Je höher der sittliche Stand eines Volkes ist, desto weniger bedarf es bis ins einzelne gehender Gesetze. Die Zahl der Gesetze wird in einem Volke umso geringer sein, je mehr die Gesetze dem Volkscharakter gerecht werden, da ihre Notwendigkeit eingesehen wird. Die besten Gesetze sind die, die die Entscheidungsfreiheit des Richters am wenigsten einschränken, allerdings setzt dies Richter voraus, die sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind und selbst freiwillig das Sittengesetz einhalten. Urteile müssen durch Berufungsinstanzen nachgeprüft werden können, wobei diese nicht auf Verfahrensmängel begrenzt werden dürfen. Unwahrhaftigkeit im Rechtsstreit muß strafbar sein, auch für Angeklagte und Zeugen, die mit diesen verwandt oder verschwägert sind. Offene Bekenntnisse strafbarer Handlungen können strafmildernd wirken. Das Volk muß dahin erzogen werden, daß der einzelne nicht nur die Verantwortung für sein Tun und Lassen zu tragen hat, sondern daß er diese Verantwortung aus Einsicht freiwillig übernimmt. Über eines muß man sich völlig klar sein: Kein Staat, und handle dessen Führung und Beamtenschaft auch durchaus sittlich, gelten in ihm beste Gesetze und wird eine einwandfreie Rechtspflege ausgeübt, kann jemals die Gewähr dafür bieten, daß nicht gesetzwidrig gehandelt wird. Ja, nicht nur das! Es ist gar nicht möglich, ein völlig lückenloses Gesetz zu schaffen. Ein Fachmann schrieb hierüber:

»In jedem Wirtschaftssystem und in jeder Rechtsordnung besteht eine Lücke, die nicht wirtschaftlich oder rechtlich ausgefüllt, sondern nur durch ein göttlich gerichtetes Erkennen und Wollen der Glieder eines Volkes geschlossen werden kann. Die Lücke ist umso größer, je größer die Beherrschung der Naturkräfte, je vollendeter die Technik ist. Die Technik erweitert dem Menschen die Freiheit und verführt zu ihrem Mißbrauch. Er kann die Naturkräfte zum Guten und zum Bösen nutzen. Niemals ist der Zwang durch rechtliche und polizeiliche Maßnahmen geeignet, eine gemeinnützige Anwendung technischer Möglichkeiten in all ihrer Mannigfaltigkeit zu gewährleisten und einen Mißbrauch zu verhindern. Je vollendeter die Technik, desto größer die Gefahren, in welchen sich ein Volk befindet, dessen Glieder durch Entartung und Verkümmern oder durch Gewöhnung an Befehl und Gehorsam dort, wo Zwang nicht am Platze ist, unfähig geworden sind, frei zu handeln.«⁴⁹

Unsere heutige Zeit zeigt, wie wahr dies im Jahre 1938 Geschriebene ist.

Diese Lücke kann nur von jedem einzelnen freiwillig geschlossen werden. Schließt er sie im Sinne des Sittengesetzes, erhebt er sich nur auf den moralischen Nullpunkt, andernfalls handelt er unmoralisch. Dem Staate darf aber auch nicht die Verantwortung für alles aufgebürdet werden,

bzw. was weit häufiger geschieht, er darf sich nicht in Dinge einmischen, die ihn nichts angehen und die auch seither ohne ihn abliefen. Die Freiheit des einzelnen muß im Rahmen des Sittengesetzes gewährleistet bleiben, damit er den göttlichen Sinn seines Lebens in Freiheit erfüllen kann.

Ehe wir auf Einzelheiten der Gesetzgebung für die Wirtschaft eingehen, noch ein Wort zur »Gesellschaftsmoral«. Sie wird vielfach auch als Sitte, sogar als »gute Sitte« bezeichnet. Diese »Moral« hat mit Moral nichts zu tun, sehr oft viel mehr mit dem Gegenteil, fordert sie doch häufig Heuchelei und Betrug. Wir kümmern uns um sie nicht, sondern bleiben bei Wahrheit und Ehrlichkeit.

Eine wahrhaft freie Wirtschaft ist frei von Unrecht wie Überlisten, Ausbeutung, Erpressung, Betrug oder sonstigen Verbrechen. Sie bedarf keines »Wasserkopfes« Wirtschaftsverwaltung, die nicht dem gesamten Volk, sondern in erster Linie den Großkonzernen dient. In einem sittlichen Staat bedarf es auch keiner Gewerkschaften, die sich doch nur um hohe Löhne, mehr Freizeit oder »Mitbestimmung« kümmern können. Ein dem Sittengesetz sich verpflichtet fühlender Unternehmer kennt nur Mitarbeiter, deren Leistungen er entsprechend würdigt und auch entlohnt. Auch wird er größten Wert darauf legen, daß seine Mitarbeiter zufrieden sind und sich ausreichend erholen können. Nur wenn Pflichten versäumt werden oder das Sittengesetz nicht eingehalten wird, hat der Staat einzugreifen.

Als allgemeine Rechtsgrundsätze haben auch in der Wirtschaft zu gelten: Wer Pflichten versäumt, verliert Rechte. Je weniger die Gesetze ins einzelne gehen, also die Tatbestände allgemeiner gefaßt sind und den Handelnden Freiheit belassen, umso besser. So sollte z.B. kein Gesetz den Staat verpflichten, jedes Medikament, das auf den Markt kommt, auf seine Wirkungen zu überprüfen. Vielmehr sollte jedem, der Gifte in irgend einer Form herstellt oder vertreibt eine besondere Verantwortung zufallen, ähnlich wie dem Halter eines Kraftfahrzeugs. Wie für diesen die Gefährdungshaftung gilt, die bekanntlich die Beweislast umkehrt, so sollte es auch hier sein: Der Giftmischer hat zu beweisen, daß sein Produkt unschädlich ist und im Schadensfalle nicht die Ursache gewesen sein kann.

Irgendwelche Bevorzugungen (Privilegien) kann es in einem Staate, der sittlich sein will, nicht geben.

Dem Grundsatz, Freiheit nicht zur Ausbeutung, auch nicht fremder Völker, zu nutzen, hat auch die Zollpolitik Rechnung zu tragen. Es ist ganz selbstverständlich, daß jedes Volk bestrebt sein muß, die für seine Erhaltung und die seiner Glieder nötigen Güter im eigenen Lande gewinnen bzw. herstellen zu können. Alle Betriebe, die hierfür in Frage kommen, sind somit vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Dies ist nur über Zölle auf die Einfuhr entsprechender Waren aus dem Ausland mög-

lich. Dabei ist ein sehr strenger Maßstab anzulegen. Nur tatsächlich in ihrer Existenz bedrohte Wirtschaftszweige dürfen geschützt werden. Keinesfalls dürfen Zölle erhoben werden, um die Staatsfinanzen aufzubessern. Es wäre eher anzustreben, in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die eingenommenen Zölle den gefährdeten Betrieben oder den Verbrauchern ihrer Erzeugnisse zugutekommen.

Die bisher genannten Grundsätze und Richtlinien reichen aus für eine Wirtschaftsgesetzgebung, die dem Sittengesetz gerecht wird. Wir wollen sie nur noch für einige Gebiete ergänzen, wobei wir uns nicht auf die Wirtschaft beschränken, sondern auch die Sozial- und Steuergesetzgebung mit einbeziehen, denn diese Gebiete stehen in enger Beziehung zur Wirtschaft.

3.6. Die Betriebe, ihre Verfassungen und Aufgaben

Es muß den Unternehmern freigestellt bleiben, ob sie allein das Betriebskapital stellen, ob es mehrere sind oder viele, ebenso ob einer oder mehrere gemeinsam den Betrieb führen und ob diese gleichzeitig Kapitalgeber sind oder nicht. Es geht aber nicht an, daß in einem Falle der Betriebsführer mit seinem Gesamtvermögen, im anderen Falle nur mit dem in den Betrieb eingebrachten Vermögen für die Folgen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebs haftet. Heute ist es so, daß ausgerechnet bei den Kleinbetrieben mit dem Gesamtvermögen zu haften ist, während bei den großen nur das Betriebsvermögen haftet. Das erschwert dem einzelnen, sich wirtschaftlich selbständig zu machen. Der Würde des Menschen wird jedoch wirtschaftliche Eigenständigkeit und weitestgehende Unabhängigkeit weit besser gerecht. Beides dient auch der Entfaltung der Persönlichkeit. Wirtschaftliche Selbständigkeit ist also in einer sittlich gestalteten Wirtschaft erwünscht.

Wenn auch die Möglichkeit, sich durch Aktienkauf am Betriebsvermögen von Großbetrieben zu beteiligen, unserer Forderung nach möglichst breiter Streuung des Besitzes nicht widerspricht, so müssen wir doch dagegenhalten, daß die derzeit unterschiedliche Art der Haftung der Betriebe es den Großen erleichtert, die Kleinen überzuschlucken, was das kapitalistische System stützt und die Kollektivierung erleichtert. Die unterschiedliche Art der Haftung ist daher abzulehnen.

Fällt auch bei Kleinbetrieben die Haftung mit dem Gesamtvermögen weg und wird nur das Betriebsvermögen zur Haftung herangezogen, dann muß Gewähr dafür gegeben sein, daß auch ein Betriebsvermögen vorhanden ist, das für den geplanten Betrieb ausreicht. Ein solcher Nachweis könnte durch Vergleich mit Betrieben gleicher Art durchaus erbracht werden. Wenn hierdurch viele kleine Betriebsinhaber von der Haftung

mit ihrem Gesamtvermögen befreit würden, so wäre andererseits die Verantwortung der Betriebsführungen beträchtlich auszuweiten. So wäre ihnen in erster Linie die Verantwortung für die Reinhaltung der Luft und des von ihnen benutzten Wassers aufzuerlegen. Sie hätten nicht mehr das Recht, ihre Abfallstoffe in die Luft zu blasen, in die Flüsse zu leiten oder ins Meer zu verfrachten. Nur sauber gereinigte Luft oder entsprechend gereinigtes Wasser dürften an die Umwelt abgegeben werden. Weiter anfallende Abfallstoffe wären soweit wie irgend möglich in den wirtschaftlichen Kreislauf zurückzuführen. Insoweit dies nicht möglich ist, wären diese Stoffe restlos zu entgiften und könnten dann an Stellen abgelagert werden, wo sie keinen weiteren Schaden stiften. Die Wirtschaftenden hätten dafür zu sorgen, daß ihre unbrauchbar gewordenen Erzeugnisse gefahrlos beseitigt werden können. Es geht nicht an, daß damit die Allgemeinheit belastet wird, denn das hat bisher dazu geführt, daß die Wirtschaft zwar hohe Gewinne einstreichen kann, das größte Wagnis aber von der Allgemeinheit, d.h. vom Staate, getragen werden muß, der dadurch unter Umständen zur Verschuldung gezwungen wird. Der Einwand, »dann wäre unsere Wirtschaft dem Ausland gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig«, kann nicht anerkannt werden, denn schließlich haben die anderen Völker auch nicht das Recht, das Leben aller zu gefährden.

Wenn die Wirtschaft die Müllberge, die sie fabriziert, selbst beseitigen müßte, würde sie sich sicher bemühen, diese Berge möglichst klein zu halten. Sie würde schon die zu verwendenden Rohstoffe sehr sorgfältig auswählen und mit ihnen und dem Einsatz von Energie sehr sparsam umgehen, was wirklich wirtschaftlich wäre. Wenn z.B. die Wirtschaft von Anfang an gezwungen gewesen wäre, die gesamten Entwicklungskosten für die »friedliche« Nutzung der Atomkernspaltung selbst aufzubringen, für die restlose Beseitigung bzw. sichere Lagerung des Atommölls zu sorgen und überdies die volle Haftung für alle Schäden zu übernehmen, die durch den Betrieb solcher Anlagen entstehen, so gäbe es heute noch keine Atomkraftwerke. Trotzdem aber gäbe es Atommöll, der im Auftrag von Staaten, die von weltherrschaftslüsternen Gruppen beherrscht werden, bei der Herstellung von Atombomben erzeugt wurde. Dieser Möll wäre schon übergenug! Vielleicht würden sich aber die Völker energischer gegen die Herstellung von Atombomben wehren, wenn eine »friedliche« Nutzung der Atomenergie aus Kosten- und Haftungsgründen entfielen.

Die Wirtschaft hat in erster Linie für das Inland zu produzieren und für das Ausland nur insoweit, daß die vom Ausland benötigten Rohstoffe eingeführt und bezahlt werden können. Zuerst kommt dabei die Volksgesundheit. Alles andere hat sich dem unterzuordnen. Das Wie bedarf hier nicht der Erörterung.

Die Herstellung eines jeden Gegenstands erfordert, wenn sie wirt-

schaftlich erfolgen soll, eine gewisse Betriebsgröße. Man könnte ein Auto zwar heute noch in einem Handwerksbetrieb herstellen, aber das würde viel zu teuer werden. Der Großbetrieb arbeitet hier wirtschaftlicher. Es gibt aber auch hier eine Obergrenze, über die hinauszugehen keine wirtschaftlichen Vorteile erbringen, höchstens zu einer marktbeherrschenden Stellung führen und die Freiheit des Volkes bedrohen würde. Der herrschende Kapitalismus zwingt aber geradezu, nach Marktbeherrschung zu streben. Man ist dann aller Konkurrenzsorgen enthoben, vor allem wird die Macht auch dem Staate gegenüber vergrößert, und man kann dafür sorgen, daß die Gesetzgebung zu den eigenen Gunsten gestaltet wird. Daran kann aber kein Staat und vor allem kein Volk ein Interesse haben. Besonders gefährlich sind in dieser Hinsicht multinationale Konzerne. Diese können jederzeit ihre Gewinne in *das* Land verschieben, in dem der Ertrag am wenigsten besteuert wird, und so beliebig das eine Land in seiner Finanzkraft stärken, das andere schwächen und damit nach Wunsch die Völker in die Knie zwingen.

Eine Auflösung und Nationalisierung multinationaler Konzerne könnte in bestimmten Fällen auch negative Folgen haben. Beispielsweise würde dadurch auf dem Erdölsektor die Erschließung neuer Ölquellen erschwert, wenn auch keineswegs unmöglich gemacht. Andererseits würde es dazu führen, daß die Völker sich bemühten, einheimische Energiequellen zu erschließen und mit Energie sparsam, d.h. wirtschaftlich umzugehen.

Der Marxismus will mittels Vergesellschaftung der Produktionsmittel bzw. Überführung der Wirtschaftsbetriebe in Gemeineigentum die unerwünschten Folgen des Kapitalismus beseitigen; aber die Ergebnisse des seitherigen Geschehens in dieser Richtung sind nicht gerade ermutigend: Nur völlige Kollektivierung und Freiheitsberaubung der Menschen und Völker waren die Folge. Auch der Genossenschaftsgedanke erlitt Schiffbruch: Die Genossenschaftsbetriebe entwickelten sich zu rein kapitalistisch geführten Unternehmen. Nicht besser erging es den gewerkschaftseigenen Betrieben, so z.B. dem Baubetrieb »Neue Heimat« oder der »Bank für Gemeinwirtschaft«. Es kann ja auch gar nicht anders sein. Solange kapitalistisches Denken mit seinem Anspruch auf »Kapitallohn« die Wirtschaftenden beherrscht, kann eine rein äußerliche Veränderung der Besitzverhältnisse nichts grundlegend ändern. Nur eine völlig neue Denkungsart, die frei ist vom Streben nach Macht und Reichtum und nur die Erfüllung des erkannten göttlichen Sinns des Menschenlebens erstrebt, wozu die Erhaltung und Förderung von Leben, Freiheit, Kultur und Recht vonnöten ist, kann hier Wandel bewirken.

Um der Gotterhaltung auf Erden willen sind die Völker in ihrer Eigenart und in Freiheit zu erhalten. Dazu gehört auch, daß deren Volkswirt-

schaften in der von ihnen frei gewählten Form erhalten bleiben, selbst wenn das die einzelnen Völker etwas kosten sollte. Jede Freiheitsbeschränkung, die zur Volkserhaltung nicht unbedingt erforderlich ist, ist ein Verstoß gegen den göttlichen Stolz und damit gegen die Menschenwürde.

Das im Kapitalismus übliche Rabattunwesen, das es den Großen und Mächtigen ermöglicht, weit billiger einzukaufen als die Kleinen und Schwachen, ist zu beseitigen. Die Preise haben einheitlich für alle Abnehmer zu gelten⁵⁰.

Schließlich noch ein Wort zu dem heute so häufig gebrauchten Begriff »wirtschaftlich«: Wirtschaftlich ist, mit knappen Gütern – und knapp sind heute alle lebenswichtigen Güter, selbst Wasser und Luft – sowie mit menschlicher Arbeitskraft so sparsam wie möglich umzugehen. Davon berücksichtigt unsere derzeitige Wirtschaft nur das Sparen mit menschlicher Arbeitskraft, dies aber in einer Weise, die es einem Teil der Arbeitswilligen verwehrt, ihre Pflichten zur Selbst-, Sippen- und Volkserhaltung zu erfüllen. Alle anderen Wirtschaftsgüter werden rücksichtslos vernichtet oder in ihrem Gebrauchswert stark beeinträchtigt (Luft, Wasser, Akerboden). An ihren eigenen ursprünglichen Grundsätzen gemessen ist unsere derzeitige Wirtschaft das Unwirtschaftlichste, was es gibt. Auch hier zeigt sich wieder, wie notwendig ein Umdenken von Grund auf ist!

3.7. Die soziale Frage

Damit jeder einzelne seine Pflichten der Selbst-, Sippen- und Volkserhaltung erfüllen kann, hat er auch – soweit er dazu fähig ist – dafür zu sorgen, daß er gesund bleibt und für Notzeiten, vor allem für seinen Lebensabend, vorsorgt und nicht anderen oder der Allgemeinheit, dem Volke, zur Last fällt. Die Volkswirtschaft ist so zu gestalten, daß dies auch jedem möglich ist. Für die hierzu nötigen Gesetze hat der Staat zu sorgen. Er hat auch ihre Einhaltung zu überwachen.

Die Erhaltung der eigenen Gesundheit ist also, genau so wie die Vorsorge für Notzeiten und Alter, nur insoweit »Privatsache«, wie andere nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Das bedeutet, daß man sich nicht durch seinen Lebenswandel mutwillig krank macht. Man denkt hier zunächst an den Gebrauch von Suchtgiften, vor allem Tabak und Alkohol, die oft Vorstufe sind für den Gebrauch härterer Rauschgifte. Doch es geht nicht nur um die Abwehr des Drogenmißbrauchs, sondern auch um eine gesunderhaltende Ernährung. Man weiß heute z.B. ganz genau, daß Karies durch falsche Kost hervorgerufen wird, obwohl die einschlägige Industrielobby die Aufklärung hierüber mit allen Mitteln zu verhindern sucht! Karies wäre mit ganz einfachen Mitteln vermeidbar. Dasselbe gilt

weitgehend auch für die stetig zunehmende Zuckerkrankheit und viele andere Zivilisationskrankheiten.

Das ständige Steigen der Kosten im sogenannten Gesundheitswesen (besser Krankheitswesen) könnte mittels ununterbrochener Aufklärung und, wenn nötig, mittels geeigneter Wirtschaftsgesetzgebung leicht in das Gegenteil verwandelt werden. Allerdings die heilige Kuh »Wirtschaftswachstum« könnte dabei notleidend werden, leistet das derzeitige »Gesundheitswesen« doch einen nicht unerheblichen Beitrag zum »Sozialprodukt«!

Trotz bester Ernährung und rechtzeitig einsetzender Krankheitsabwehr sind Krankheiten und Unfälle nicht auszuschließen. Es gilt also, dagegen Vorsorge zu treffen, was zunächst Pflicht jedes einzelnen ist. Wie er jedoch diese Vorsorge trifft, ist seine Sache. Da es hierbei um Kosten, also um etwas geht, was mit Wirtschaft zu tun hat, ist diese gehalten, entsprechende Einrichtungen anzubieten, was sie auch schon bisher mit Versicherungsbetrieben getan hat. Daß Bismarck auf die Einrichtung von Zwangsversicherungen kam, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter bei den damals üblichen Hungerlöhnen gar nicht in der Lage waren, Versicherungsbeiträge zu zahlen. Die jeweils hälftige Bezahlung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer war – und ist es noch heute – ein Trick, um den Eindruck zu erwecken, die Arbeitgeber leisteten auch einen Beitrag. In Wirklichkeit wurden die Arbeiter nur entmündigt, denn tatsächlich müssen beide Beitragshälften von den Arbeitenden erarbeitet werden, sie könnten also zunächst in die Lohntüte wandern. Ist diese gefüllt genug, kann der Arbeiter nach freier Wahl für sich selbst sorgen.

Die derzeit üblichen Regelungen wirken sich kollektivierend aus. Die Allgemeinheit, das Volk, sorgt für den einzelnen. Dieser wird noch nicht einmal dazu angeregt, geschweige denn, daß er sich dazu verpflichtet fühlt, selbst etwas für die Erhaltung seiner Gesundheit zu tun. Würden vorliegende Vorschläge, die hier Wandel schaffen könnten, berücksichtigt, dann würden sicher Hinweise, wie eine Gesunderhaltung und Schutz vor Unfällen möglich ist, weit besser beachtet als beim derzeitigen Verfahren. Anreize zum »Krankfeiern« würden entfallen. Insgesamt wäre sowohl der Volkserhaltung, den einzelnen und auch der Wirtschaft gedient. Der Staat hätte auch hier nur seine Überwachungspflicht.

Auch für die Altersvorsorge muß die Wirtschaft die Kosten erarbeiten, und es ist nur eine Entmündigung und Kollektivierung des Bürgers, wenn ihm diese Vorsorge dadurch abgenommen wird, daß sich der Staat als seine Gouvernante betrachtet und ihn zwingt, in einer staatlichen Einrichtung Zwangsbeiträge zu leisten.

Etwas ganz anderes ist die Pension der Beamten. Die Beamten sind Diener des Volkes. Das Volk hat für sie die Altersvorsorge übernommen.

Es verlangt aber auch den restlosen Einsatz für das Volk, bei den Soldaten sogar notfalls mit dem Leben. Der Beamte hat sich also keineswegs als Herr über das Volk, sondern als dessen Diener zu betrachten und sich dementsprechend für das Volk auch einzusetzen. Dann hat er auch seine Altersversorgung durch das Volk verdient. Genauso hätte natürlich auch jeder in einer sittlich gestalteten Wirtschaft Arbeitende eine entsprechende Versorgung verdient, und die Wirtschaft, d.h. in diesem Falle die Arbeitgeber, dürften sich dieser Verpflichtung auch nicht aus Eigennutz zu entziehen suchen. In einer »Weltwirtschaft« wäre dies allerdings nicht zu verwirklichen. Dazu sind die Produktionsverhältnisse in den einzelnen Ländern und die Mentalität der Völker viel zu verschieden. Innerhalb der Völker ist es durchaus zu verwirklichen und geschieht z.T. auch bereits. Natürlich hat auch diese Art der Altersversorgung ihre Nachteile. So beeinträchtigt sie z.B. die Freiheit der Arbeiter, ihren Arbeitsplatz frei zu wählen. Sicherlich lassen sich auch hier geeignete und gute Verfahren finden.

Zur Volkserhaltung gehört auch die Sorge für die heranwachsende Generation. Hierfür hat zu gelten:

»Die wirtschaftliche Fürsorge für die Erhaltung der Kinder muß das Sittengesetz mit der gleichen Selbstverständlichkeit fordern, aber auch ermöglichen, wie dies die Erbinstinkte der Tiere tun. Der Kampf ums Dasein für die Familie, besonders für die Kinder, fordert von den Eltern mehr Vorsorge und Fürsorge als der Kampf für die Selbsterhaltung des einzelnen. So vorsorglich wie Tiere Tag um Tag das Nest für die Brut richten, die Nahrung herbeischaffen und für die Zukunft Nahrung sammeln, ja noch in weit höherem Maße müssen die Eltern ihre Pflicht der Erhaltung der Kinder erfüllen, da sich ja die Hilflosigkeit für den Daseinskampf bei den Menschenkindern über einen viel größeren Bruchteil des Lebens ausdehnt als bei den Tierjungen. Fahrlässige Eintagsfliegenart, die nur das Notwendige für den Tag herbeischafft und wieder verbraucht, gefährdet das Gedeihen der Kinder und so die Sippen- und Volkserhaltung. Die Volksleitung sorgt, daß derartiges Eintagsfliegenleben im Volke als gewissenlose Gedankenlosigkeit oder schamlose Hoffnung auf Barmherzigkeit einzelner oder Volksfürsorge verachtet ist. Freilich fordert das Sittengesetz eine Arbeitsmöglichkeit und einen Arbeitsertrag, der den Kinderreichtum nicht zum Schrecken, der die Eltern nicht zu Arbeitssklaven macht und Kinder nicht schon zur Arbeit für ihre Selbsterhaltung mißbraucht.«⁵¹

Es ist heute schon üblich geworden, daß der Staat als Beauftragter des Volkes ein Kindergeld bezahlt. Mir erscheint jedoch die Art, wie dies geschieht, und auch die Höhe nicht in allen Teilen sinnvoll zu sein. Kein Volk kann heute noch ein Interesse daran haben, sich uferlos zu vermehren. Es sei denn, es verfolge Weltherrschaftsziele. Zur Volkserhaltung

sind durchschnittlich je Ehepaar zwei bis drei Kinder erforderlich. Sinnvoll wäre demnach, nur einer entsprechenden Kinderzahl eine volle Unterstützung zukommen zu lassen. Weitere Kinder je Ehe wären nur in geringerer Höhe und schließlich nicht mehr zu unterstützen. Dabei könnte beim ersten Kind noch eine einmalige Sonderleistung in Betracht kommen, denn bei ihm fallen auch einmalige Kosten an. In der DDR können Jungvermählte ein zinsloses Darlehen zum Wohnungsbau erhalten. Das Kindergeld bedeutet keine Entmündigung der Eltern. Es bedeutet im Gegenteil eine wahrhaft soziale Leistung. Kinderlose Ehepaare und Unverheiratete, die keine Kinder zu versorgen haben, sind, was ihr Einkommen betrifft, derzeit gegenüber denen, die Kinder aufziehen, materiell entschieden bevorzugt. Der Höhe nach müßte das Kindergeld auch einigermaßen für die Lebenserhaltung eines Kindes ausreichen. Man könnte sogar eine Lohnfortzahlung auf Staatskosten an den Elternteil vorsehen, der während einer bestimmten Zeit Kinder zu versorgen hat und auf Ausübung seines erlernten Berufes verzichten muß. Das würde allerdings voraussetzen, daß beide Ehegatten wirtschaftlich völlig selbständig sind, was übrigens das Sittengesetz ebenfalls fordert.

Arbeitslosigkeit bedeutet, daß der Arbeitslose seine Pflicht, für sich und die Seinen zu sorgen, nicht mehr erfüllen kann. Dies ist das Irrsinnigste, was der Kapitalismus hervorgebracht hat. Sie ist nur in Staaten möglich, die nicht Herr über ihr Geld- und Kreditwesen sind, sondern dieses Recht freiwillig an andere, z.B. den Weltwährungsfonds, abgegeben haben. Der Staat ist dann nicht mehr in der Lage, die Arbeitslosigkeit in seinem Lande abzuwehren. Ganz deutlich zeigt dies die »Weltwirtschaftskrise« Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre. Hjalmar Schacht zeigte damals, wie man diese Krise beseitigen kann, selbst unter Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Es gelang, weil der Staat auch über sein Geld- und Kreditwesen selbst bestimmte. In einer vom Zins befreiten, sittlich gestalteten Volkswirtschaft hätte sich die in Amerika angezettelte Krise in Deutschland gar nicht oder kaum bemerkbar gemacht, und ein Hitler wäre wahrscheinlich nicht an die Macht gekommen.

Zur Zeit erleben wir wiederum eine trotz aller Abwehrversuche der Staatsregierungen sich verstärkende Weltwirtschaftskrise. Wiederum ging sie deutlich sichtbar von den USA und ihrer »Hochzinspolitik« aus. Ehe diese einsetzte, gingen die Staatsregierungen auf Grund von Lehren der Wirtschaftswissenschaft hohe Schuldverpflichtungen ein. Die Wirtschaft kam ins Stocken, Firmen brachen in steigendem Maße zusammen. Millionen wurden »arbeitslos«, und weitere Millionen können noch folgen, versuchen doch die Staatsregierungen, mit denselben Mitteln, die sich 1929–32 schon als untauglich erwiesen haben, die Krise zu überwinden.

Aber die Regierungen sind auf dem Gebiet der Wirtschaft machtlos. Über die Macht verfügen allein die, die das Recht zur Geldausgabe haben, aber auch diesen sind auf Grund internationaler Vereinbarungen die Hände durch den Weltwährungsfonds gebunden. Es ist ein Teufelskreis. Wer noch immer glaubt, diese Krise sei gottgesandt und nicht von Menschen bewußt herbeigeführt, der zeigt, daß er keine Ahnung davon hat, wer wirklich in der Welt herrscht. Wie damals die Krise eine gewaltige Umwälzung mit Weltkrieg zur Folge hatte, so wird es auch diesmal sein. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser »dritte Durchgang« 1987 beginnen soll. Nach ihm wird es kein deutsches Volk und auch kein bewohnbares Deutschland mehr geben, wieviele der anderen Völker und welche mit untergehen werden, ist noch nicht mit Sicherheit zu sagen, wahrscheinlich langfristig alle. Trotz dieser trüben Zukunftsaussichten wollen wir in unserer Betrachtung dieser sittlich gestalteten Wirtschaft fortfahren, besteht doch noch immer Aussicht, daß die Völker sich in letzter Minute gegen die Pläne der Einweltler wenden.

Beim Arbeitslosenproblem spielt auch die staatlich festgesetzte Arbeitszeit eine Rolle. Sie wird von der Profitwirtschaft stets als Mindestarbeitszeit betrachtet, während sie als Höchstarbeitszeit gedacht ist. Wir möchten, daß es einem jeden freigestellt sein sollte, wie lange er arbeiten will, wenn er nur seine Pflichten der Selbst-, Sippen- und Volkserhaltung erfüllt. *Hieraus* ergibt sich die Mindestarbeitszeit, die jeder zu leisten hat, die aber für jeden verschieden sein kann. Was er darüberhinaus leisten will, sollte ihm überlassen bleiben. »Schwarzarbeit« ist auch ein Produkt des Kapitalismus und der derzeitigen Art der Besteuerung des Einkommens.

Auf einem anderen Blatt steht, ob die Wirtschaft allen Sonderwünschen entsprechen kann. Sie kann es umso besser, je weniger kapitalistisch, dafür umso sittlicher sie gestaltet ist. Mit etwas Beweglichkeit und Kompromißbereitschaft auf Seiten beider Sozialpartner werden aber viele Wünsche erfüllt werden können. Ansätze hierzu liegen auch bereits vor. Aufgabe des Staates ist hier nur, darüber zu wachen, daß das Sittengesetz eingehalten wird, vor allem, daß Ausbeutung unterbleibt.

Es bleibt noch, darauf hinzuweisen, daß es ein gewaltiger Unterschied ist, ob die Arbeiter in einer schönen Umgebung oder in einer häßlichen zu arbeiten haben. Hier kann ein Arbeitgeber zeigen, ob er ein »Herz« für seine Mitarbeiter hat, indem er ihnen eine möglichst schöne Werkstatt, in der beste Arbeitsbedingungen gewährleistet sind, zur Verfügung stellt, ohne dabei daran zu denken, ob er dadurch höhere Leistungen seiner Belegschaft erzielt, was wahrscheinlich ist, sondern allein aus Menschenliebe.

3.8. Das Geldwesen

Jedes Volk, das wirklich über sich selbst bestimmen, d.h. souverän sein will, wird niemals die Ordnung seines Geldwesens freiwillig einem internationalen Währungsfonds oder einer anderen Organisation überlassen. Es wird seine Staatsführung beauftragen, klare Gesetze für sein Geldwesen zu erlassen und darüber wachen, daß diese auch unter allen Umständen eingehalten werden.

Diese Gesetze müssen so beschaffen sein, daß das Geld ausschließlich der Volkswirtschaft dient und nicht wie derzeit auch zur ungerechtfertigten Bereicherung einzelner – und seien deren noch so viele – verwendet werden kann. Dazu muß sichergestellt sein, daß das Geld

1. ohne Vorbelastung durch Zinsen (Diskont) in den Verkehr kommt und
2. im Inland kaufkraftbeständig ist und bleibt und durch keine Spekulation oder Manipulation, sei es vom Inland oder vom Ausland her, angetastet werden kann.

Wenn wir dem Gelde seine beherrschende Stellung nehmen wollen, so genügen gesetzgeberische und organisatorische Maßnahmen allein nicht. So wie heute jedes Kind schon in der Schule angeregt wird, Geld zu sparen, weil es damit Geld (Zins) verdienen kann, so muß es in Zukunft stattdessen in der Schule, wenn die Prozentrechnung behandelt wird, lernen, die Folgen des Zinseszinses zu erfassen und wie unsittlich es ist, für Leihgeld Zins zu fordern und zu nehmen, werden doch andere hierdurch zu Sklaven erniedrigt, d.h. zu Arbeit gezwungen, für die ihnen der Lohn vorenthalten wird, weil ihn andere als »Kapitallohn« für sich beanspruchen. So wie heute all das, was den Kapitalismus ausmacht, als gut und richtig gelehrt wird, so muß den Kindern gezeigt werden, welche Folgen der Kapitalismus hat und wie unsittlich er im Grunde ist. Dasselbe gilt auch für den Marxismus. Hier ist vor allem zu zeigen, daß eine Kollektivierung des Menschen, der von Natur aus von einem Freiheitswillen be-seelt ist¹⁰, widernatürlich und daher Unrecht ist.

Ganz allgemein muß das Volk zur Freiheit erzogen werden, die ihre Grenzen am Sittengesetz findet. Das ist die beste Maßnahme gegen die Verwirklichung marxistischer wie kapitalistischer Gedankengänge. Der freie Mensch, der sich selbst beherrscht, muß das Ziel jeder Erziehung sein. Der wahrhaft Freie will keine Sklaven, er verabscheut auch die Anwendung von Gewalt, er weiß, daß die Wahrheit sich auch ohne Gewalt durchsetzt. Darum meinte auch Schiller:

*»Vor dem Sklaven, wenn er die Ketten bricht,
vor dem freien Menschen erzittert nicht.«*

Einer »Deckung« des Geldes – etwa durch Gold, Devisen oder »Sonderziehungsrechte« – bedarf es nicht. Das sind nur Vorspiegelungen derer, die mit Hilfe solcher Tricks über die Wirtschaft eines Volkes Einfluß auf dessen Staatswesen nehmen wollen, um es zu beherrschen. *Die Arbeitskraft eines Volkes und ein sittlicher Staat sind die allerbeste Deckung für eine Währung.*

Wer in das Geldwesen eines Staates nach Belieben eingreifen kann, ist der wahre Souverän dieses Staates. Er beherrscht dessen gesamte Wirtschaft. Er kann dem Volke jederzeit »den Brotkorb höher hängen«, Wirtschaftskrisen hervorrufen, Inflationen oder Deflationen »machen« und damit die gesamte Politik dieses Staates nahezu unumschränkt beherrschen. Er kann auch dieses Volk in Kriege verwickeln, die es gar nicht will.

Steht der Beherrscher des Geldwesens unter dem Einfluß einer Glaubenslehre, sei sie religiös oder atheistisch, die den Anspruch erhebt, »allein seligmachend« bzw. »allein richtig« zu sein, so wird er seine Macht nicht zugunsten des Volkes, sondern zugunsten seines Glaubens bzw. derer einsetzen, die die Glaubenslehre als deren Priester bzw. Funktionäre vertreten. Fordert sein Glaube, es »wird eine *Herde und ein Hirte werden*«, so wird er vornehmlich diesem Ziele dienen und die Erhaltung seines Volkes darüber vergessen, zumindest hintansetzen, denn jedes Volk, das auf sein Selbstbestimmungsrecht teilweise oder ganz verzichtet oder gar stirbt, erleichtert die Erreichung des Ziels seines Glaubens.

Die wichtigste Aufgabe, die es zu erfüllen gilt, ist demnach, Eingriffe solcher meist überstaatlicher Priesterkasten zu unterbinden. Nur dann kann gemäß den von uns aufgestellten Grundsätzen und Richtlinien verfahren werden. Dann erst schrumpft auch die Macht der Besitzenden. Zugleich werden sich die Einkommensunterschiede verringern, die heute so böses Blut machen. Kein Staat, der souverän sein will, wird bei seinen Bürgern oder gar in fremden Ländern oder bei internationalen Organisationen Geld gegen Zins borgen. Er wird in Selbstverantwortung Geld schöpfen, wenn es gilt, Verdienstmöglichkeiten für seine Bürger zu schaffen, jedoch nicht für laufende Ausgaben, sondern nur für »werbende Anlagen«, die das Volksvermögen erhöhen und dem gesamten Volke zugute kommen, z.B. Straßen, Schulen usw.

Für jedes Volk gibt es für die umlaufende Geldmenge eine Obergrenze, die die Gesetze über das Geldwesen festzulegen haben. Diese Obergrenze wird einerseits bestimmt durch das Notwendige für die Selbst-, Sippen- und Volkserhaltung und andererseits durch Leistungswille und -kraft des Volkes. Wird diese Obergrenze durch überhöhten Geldumlauf überschritten wie beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg, führt dies nicht nur zu Inflation, sondern wird infolge der herrschenden Geldgier auch Anlaß, Gastarbeiter ins Land zu holen. An den Folgen dieser fehlerhaften

Geld- und Wirtschaftspolitik werden wir und die Völker der Gastarbeiter noch lange zu tragen haben.

Zum Geldwesen gehört auch das gesamte Kreditwesen, ist doch die Geldwirtschaft nichts anderes als eine Kreditwirtschaft. Jede Kredit- und damit auch Geldwirtschaft beruht, wie das Wort Kredit zum Ausdruck bringt, auf Vertrauen, auf dem Vertrauen darauf, daß derjenige, der für seine wirtschaftliche Leistung Geld bekommen hat, für dieses Geld jederzeit eine entsprechende Gegenleistung erhalten kann. Dazu muß das Geld kaufkraftbeständig sein. Dies wiederum ist nur zu erreichen, wenn die Gesetze, die das Geldwesen regeln, dem Staate auch die Steuerung des gesamten Kreditwesens übertragen. Nur dann kann er sicher alle Schwankungen in der umlaufenden Geldmenge ausgleichen. Geldhortungen in großem Umfang wären sofort erkennbar, und es könnten Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Wie aber käme die Wirtschaft zu Krediten? Die Privatbanken können von der für das Geldwesen verantwortlichen Stelle, die ja über das gesamte umlaufende Geld verfügt, gegen Sicherheitsleistung, die die Banken selbst von den Wirtschaftenden fordern, Geld zur Kreditgewährung erhalten, das sie dann gegen Gebühren, die ihre Kosten decken, an ihre Kunden ausleihen. Diese Gebühren können so hoch sein, daß sich in guten Zeiten ein Gewinnüberschuß ergibt, der in schlechten Zeiten Verluste decken kann. Zins, der weit über das zur Kostendeckung Nötige hinausgeht, darf nicht gefordert werden.

Ein weiteres Feld für die Betätigung der Banken wäre auch der internationale Zahlungsverkehr. Dieser wird am besten von einer staatlichen Zentralbank gesteuert, die aber nicht identisch ist mit der für die Währung verantwortlichen Stelle. Nur dann kann der Auslandszahlungsverkehr unabhängig von dem im Inland abgewickelt werden. So wie die im Inland für die Währung verantwortliche Stelle über sämtliche im Inland umlaufenden Zahlungsmittel verfügt oder zumindest unterrichtet ist, ist es diese Bank über sämtliche im Lande verfügbaren Auslandszahlungsmittel. Außerdem muß ihr noch eine den Notwendigkeiten gerecht werdende Summe von Inlandszahlungsmitteln zur Verfügung stehen, um ihren Kunden für eingegangene Auslandszahlungsmittel eine entsprechende Menge Inlandszahlungsmittel zur Verfügung stellen zu können. Diese Zentralbank wird sich zweckmäßigerweise des Sachverständes der Privatbanken bedienen, die die Geschäfte mit den einzelnen Wirtschaftsbetrieben abwickeln. Deren Tätigkeit ist selbstverständlich zu überwachen, so daß kein Mißbrauch getrieben werden kann. Unkontrollierte Ausfuhr eigener Zahlungsmittel sollte genau so unterbunden werden wie die unkontrollierte Einfuhr fremder. Nur dann kann Spekulation mit Devisen weitestgehend unterbunden werden. Einzelbestimmungen für den Auslands-

zahlungsverkehr erläßt die Zentralbank entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen. Grundsätzlich verboten ist die private Kapitalausfuhr ins Ausland. In welcher Gesamthöhe Kredite an andere, besonders Entwicklungsländer, gewährt werden können, bestimmt das für die Währung verantwortliche Amt. Am besten ist es, diese Entwicklungsländer sorgen selbst für eine eigene unseren Grundsätzen und ihren Bedürfnissen entsprechende Währung, und Handelsverträge bestimmen alles Weitere. Gesetzesübertretungen bleiben selbstverständlich trotz bester Gesetze und bester Überwachung stets möglich. Sie sind gerichtlich zu ahnden.

Inwieweit im Laufe der Zeit der Zwang gelockert werden kann, hängt ganz vom sittlichen Verhalten (d.h. von der freiwilligen Einhaltung der Gesetze und Vorschriften) in den einzelnen Völkern ab. Zunächst jedenfalls muß der internationale Zahlungsverkehr scharf kontrolliert werden, wenn das Volk nicht von internationalen Spekulanten oder Weltmacht-hungrigen beherrscht werden will.

Wir haben hier eine Möglichkeit für ein zinsloses Geld- und Kreditwesen aufgezeigt. Es geht vielleicht auch anders. Wichtig ist nur, daß die Gesetze so sind, daß die Währung auch wirklich währte, und dazu muß sie im Inland völlig unabhängig vom Ausland sein, sonst bleibt die Tür für das internationale Spekulantentum weit offen.

Soll aber auch das ganze Geldwesen von den Zinslasten der derzeit »legalen« Ausbeutung der Armen durch die Reichen befreit werden, ist hierzu ein entsprechendes Boden- und Steuerrecht erforderlich, wie wir schon in den Teilen II und III gezeigt haben. Wir wollen hier die wesentlichsten Punkte aus unserer neuen Sicht heraus nochmals betrachten und vor allem zeigen, wozu allein die Steuereinnahmen wieder ausgegeben werden dürfen.

3.9. Steuern

Steuern sind nötig, damit der Staat seine Aufgaben im Dienste der Volkserhaltung erfüllen kann. Sämtliche Steuern müssen erwirtschaftet werden. Sie müssen der Leistungsfähigkeit des Volkes wie des einzelnen gerecht werden und müssen sittlich sein. Dann wird die Masse der Bürger ihre Notwendigkeit einsehen und nicht versuchen, sich der Steuerzahlung zu entziehen. Steuerhinterziehung ist als Verbrechen am Volke zu ahnden. Über sein Vermögen, soweit es sittlich erworben ist, muß jeder frei verfügen können. Eine Besteuerung von Erbschaft oder Schenkung entbehrt jeder sittlichen Begründung.

Zur Volkserhaltung gehört auch die Gewährleistung der Einhaltung des Sittengesetzes im Volke. Diese wird wesentlich erleichtert, wenn das Volkseinkommen möglichst gerecht verteilt wird. Dazu müssen sämtliche

Möglichkeiten beseitigt werden, ohne eigene Arbeit Einkommen zu erzielen, wie wir das schon beim Zins gezeigt haben. Neben diesem ist die Bodenrente eine solche Einkommensart. Ihre Höhe ist nicht allein von der Arbeit des Bodenbesitzers abhängig, sondern weitestgehend von der Arbeit des gesamten Volkes und dessen Verhaltensweisen. Die Einziehung der Bodenrente durch den Staat als einzige Steuer ist also nicht nur gerechtfertigt, sondern erscheint aus unserer Sicht als dessen Pflicht. Erst hierdurch wird allen Zinsforderungen oder etwaigen überhöhten Leihgebühren für andere Wirtschaftsgüter, die geeignet sind, ohne eigene Arbeit zu Einkommen zu kommen, der Boden entzogen, und erst damit eine sinnvolle und sittliche Wirtschaft ermöglicht. Auch unser Grundgesetz würde schon heute der Einhebung einer solchen Steuer nicht entgegenstehen, denn:

»Zum Eigentum, das durch Art.14 GG geschützt wird, gehört niemals der künftig zu erzielende Ertrag.«⁵²

Diese Steuer nimmt dem Bodenbesitzer nur den Teil seines Bodenertrages, den er der Arbeit des Volkes für die Schaffung und Erhaltung der Infrastruktur verdankt. Der Staat kann seinen Bedarf an Steuern dadurch einschränken, daß er für alle Leistungen, die er ausschließlich für einzelne erbringt, entsprechende Gebühren erhebt. Was die Volksvertreter heutzutage ihren Wählern an Steuern und sonstigen Lasten zumuten, ist einfach unerträglich. Einschließlich von nahezu 10 v.H. Diskont (1. Hälfte 1982), mit dem alles Geld bei seiner Ausgabe vorbelastet ist, fordert der Staat von den Arbeitenden derzeit über Einkommen-, Mehrwert- und viele kleine Steuern sowie über die Zwangsversicherungen durchschnittlich die Hälfte ihres Einkommens! Dazu kam es nur, weil der Staat viele Aufgaben an sich gezogen hat, die ihn gar nichts angehen und deren Lösung er weit besser den Bürgern überlassen hätte. Andererseits vernachlässigt derselbe Staat wichtige Aufgaben der Volkserhaltung bzw. schafft für diese noch Erschwernisse.

Falls außer der Bodensteuer noch andere Steuern in Betracht kommen, so keinesfalls eine Besteuerung des Einkommens oder des Besitzes. Was sich der Mensch durch Arbeit ehrlich erworben hat, ist ihm ungeschmälert zu belassen. Höchstens der Verbrauch könnte derart besteuert werden, daß damit gleichzeitig der Volkserhaltung gedient wird. Hohe und höchste Steuern auf Genußgifte, die die Volkserhaltung gefährden, könnten sich insbesondere dann auf deren Verbrauch günstig auswirken, wenn deren Ertrag zur Aufklärung über die Folgen und zu deren Beseitigung verwendet werden würden. Sie wären damit auch sittlich begründet.

Auch aller übrige Verbrauch könnte durch eine »Mehrwertsteuer« in verschiedener Höhe je nach der Lebensnotwendigkeit des Verbrauchsgutes erhoben werden. Allerdings könnte dies auch sehr leicht zu einem

Übergriff in das Gebiet des Kulturellen führen, wo Freiheit zu herrschen hat. Infolge der Unvollkommenheit des Menschen ist leider auch hier keine vollkommene Gerechtigkeit zu erreichen, auch nicht mittels der Abschöpfung der Bodenrente. Es sollte jedoch angestrebt werden, daß die gesamte öffentliche Hand mit dieser Steuer und mittels Gebühren für Dienstleistungen an einzelne ihre Ausgaben bestreitet. Es wäre kein Fehler, wenn hiermit der Ausgabenfreudigkeit der öffentlichen Hände und der Ausweitung ihrer Macht eine Grenze gesetzt werden würde.

Um die Wirtschaft sollte sich der Staat so wenig wie möglich kümmern, auch nicht um den Lebensstandard seiner Bürger. Er hat sich nur um die Erhaltung des Volkes zu bemühen. Investitionen der Wirtschaft gehen ihn also nur insoweit etwas an, wie sie hierfür nötig erscheinen, und dafür kommen nur zwei Gebiete in Betracht: die Landwirtschaft zur Sicherung der Ernährung und die verteidigungswichtigen Betriebe. Hier können zinsfreie Staatskredite abhelfen, wenn die freie Wirtschaft versagen sollte. Sollte je die Wirtschaft es versäumen, für alle ein Einkommen durch Arbeit zu ermöglichen, so sind keine »Konjunktur-Programme« erforderlich, die stets doch nur auf Subventionen hinauslaufen, sondern entsprechende Wirtschaftsgesetze.

Die vom Staate eingehobenen Steuern müssen allen zugute kommen. Dies verlangt, daß die Verwaltung, die auch aus ihnen bezahlt werden muß, so sparsam wie irgend möglich ist. Nur sollte die Sparsamkeit wiederum nicht so weit gehen, daß die Staatsdiener mit Hungerlöhnen auskommen müssen und jede Schönheit bei der Arbeit entbehren.

Die Lasten für die Volkserhaltung können bei den einzelnen Völkern sehr verschieden sein, je nach Klima, geographischer Lage, Bodengüte und Nachbarn (Verteidigungsaufwand). Dementsprechend wird auch der Lebensstandard verschieden sein.

Erst wenn die *Vorrechte* der Besitzenden beseitigt sind, die Wirtschaft nicht mehr fast ausschließlich vom *Eigennutz* beherrscht wird, wodurch der Nichtbesitzende zum Lohnsklaven entwürdigt wird, sondern das Sittegesetz von möglichst vielen freiwillig eingehalten wird und möglichst viele Menschen sich dem Göttlichen hingeben, ist eine »freie Wirtschaft«, in der alle an ihr Beteiligten ein *Höchstmaß an Freiheit* genießen, möglich. Wenn dann der Staat noch seine Aufgabe erfüllt und jeden *Mißbrauch der Freiheit* ahndet, dann wird trotzdem die Macht der Besitzenden erst schwinden, wenn die »öffentliche Meinung« sich entsprechend wandelt und die Ausbeuter als solche erkannt sind und gebrandmarkt werden. Eine solche *Befreiung der Wirtschaft* würde sicherlich die größten Veränderungen in ihr hervorrufen, die in ihrer Wirkung noch gar nicht abzusehen sind. Nur eines ist sicher: Die Zusammenballungen von Menschen würden, da in den Ballungszentren die höchsten Steuern zu zahlen wären,

sich weitgehend auflösen. Die Menschen würden freiwillig wieder aufs Land zurückkehren.

Ist erst einmal das Unsittliche der marxistischen wie der kapitalistischen Wirtschaftsordnungen durchschaut und vor allem auch die hinter ihnen stehenden herrschsüchtigen priesterlichen Männerbünde mit ihren Wahnlehren erkannt, dann ist deren Herrschaft angeschlagen. Völlig ausgeschaltet aber kann diese Herrschaft erst werden, wenn die Wahrheit an die Stelle der Irrtümer tritt. Denn dann ist das gesamte Denken der Menschen in eine völlig andere Richtung geleitet. Es wird dann zwar dank der angeborenen menschlichen Unvollkommenheit noch immer Menschen geben, die andere zu ihren Gunsten auszunützen trachten, aber sie werden bei diesen andern auf harten Widerstand stoßen, der sich nicht wie heute so oft gegen völlig Unschuldige richtet, sondern die Schuldigen werden klar erkannt, und ihre Absichten können vereitelt werden. Das Geld wird in der Wirtschaft nicht mehr herrschen. Es wird nur noch den Warentausch erleichtern und damit den Menschen dienen.

Die Zahl der heute als musterhaft Geltenden und als vorbildlich Betrachteten, die »Emotionslosen«, die sämtliche seelischen Regungen in sich unterdrückt haben und sich voll von ihrem vom unvollkommenen Selbsterhaltungswillen beherrschten Verstande leiten lassen, die »plappernden Toten« und »Scheinlebendigen«, werden zurückgehen. An ihre Stelle kann eine Jugend treten, die gelernt hat, ihre »Emotionen« zu beherrschen und ihre Gefühle im Sinne des Göttlichen auszurichten. Mehr und mehr werden diese Menschen ihr Leben im Einklang mit der Natur gestalten, anstatt nach Reichtum und Macht über andere Menschen und über die Natur zu gieren. Die von der Vernunft gestaltete Zivilisation wird ihre Aufgabe darin sehen, der Kultur, dem »Gottlied«, zu dienen. Die Worte aus der »Moral des Kampfes ums Dasein« werden zur erkennbaren Wirklichkeit werden:

*»Nie will der Lebend'ge Lebendige knechten,
es knechtet der plappernde Tote nur plappernde Tote!
Und bist du lebendig, mein Volk,
so bist gottgeeint du und frei!«⁵³*

4. Ausblick

Die schwere Krankheit, von der nicht nur unsere Wirtschaft, sondern die ganze menschliche Gesellschaft befallen ist, kann noch geheilt werden. Am Beispiel der Wirtschaft wurde gezeigt, wie diese Heilung erfolgen kann. Die Philosophie hat uns hierzu den Weg gewiesen, allerdings eine Philosophie, deren Existenz von der Fachwissenschaft noch nicht einmal

zur Kenntnis genommen worden ist, obwohl sie die letzten Lebensfragen, die Fragen nach dem Sinn des Weltalls, dem Sinn des Menschenlebens, des unumgänglichen Todes und die Frage nach der Unvollkommenheit des Menschen, um deren Beantwortung sich die Menschengeschlechter seit ihrem Bestehen bemühten, so beantwortet, daß sie im täglichen Leben an Hand wissenschaftlicher Erkenntnisse und eigener Erfahrungen von jedem nachprüfbar sind, der »gewillt ist, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen« (Kant) und aus allem, was er erfährt und erlebt, seine Schlüsse zu ziehen.

Aus diesen Erkenntnissen ergab sich eine Moral und aus dieser eine Sittenlehre (Ethik), die uns erlaubte, Grundsätze zu benennen, die für eine sittlich gestaltete Wirtschaft zu gelten hätten und für Richtlinien, nach denen eine solche Wirtschaft zu gestalten wäre, die in erster Linie der Erhaltung der Menschen und Völker dient und keinesfalls die Erfüllung des göttlichen Sinns des Menschenlebens gefährdet.

Unser Bemühen führte uns, wie nicht anders zu erwarten, genau in die Richtung, die auch diejenigen bereits eingeschlagen haben, die der Ausplünderung der Natur, der Vernichtung allen Lebens auf Erden und damit auch der Gottesbewußtheit auf ihr Einhalt gebieten wollen. Obwohl also der größte Teil dieser Menschen die Philosophie, von der wir ausgehen, gar nicht kennt, beginnt deren Moral bereits, sich mehr und mehr durchzusetzen, und das nicht nur bei uns, sondern weltweit. Die Wahrheit geht eben ihre eigenen Wege. Doch:

»Die größte Gefahr, die dem Menschen überall droht, ist das stumpfe Hinnehmen der unerhörten Wunder der Erscheinungswelt als gegebene Selbstverständlichkeit. Will sich die Menschenseele nicht des herrlichen Reichtums, die das Leben ihr bietet, berauben, so muß sie es lernen, die Stumpfheit den göttlichen Gesetzen des Seins gegenüber zu fürchten. So allein wird sie allmählich fähig, Gott überhaupt wahrzunehmen.«⁵⁴

Wer aber den göttlichen Sinn des Menschenlebens erkannt hat, der wird sich auch bemühen, ihm gemäß zu handeln. Je mehr die Zahl der Gottwachen steigt, umso mehr werden sich die derzeitigen Zustände auf allen Gebieten verändern, insbesondere auch auf dem Gebiete der Wirtschaft, auf dem sich die Unvollkommenheit des Menschen am schärfsten, aber auch am erkennbarsten auswirkt, ist doch die Wirtschaft besonders eng mit dem Selbsterhaltungswillen und damit mit dem Streben nach Lustgewinn und Leidvermeidung verbunden.

Dieser Selbsterhaltungswille birgt, wie dargelegt, die einzige Unvollkommenheit in einem ansonsten vollkommenen Weltall, und zwar nur in der Stufe des Bewußtseins. In den Stufen des Unbewußten und Unterbewußten ist auch er so vollkommen wie das gesamte übrige Weltall. Diese Unvollkommenheit war notwendig, sollte das »Ich« des Menschen, die

einzig Stätte der Freiheit in unserem der Wirkungsordnung (Kausalität) eingeordneten Weltall, in voller Freiheit »Gott«, das Wesen dieses Weltalls, spontan (ursachlos) erleben und sich möglicherweise aus eigener Kraft in Freiheit zur Vollkommenheit umschaffen und damit die Schöpfung vollenden können.

Das größte Wunder in unserem an Wundern so reichen Weltall scheint mir der Mensch zu sein. Daß er das einzige bewußte Lebewesen in diesem Weltall ist, hat Mathilde Ludendorff schon in ihrem Werk »*Triumph des Unsterblichkeitswillens*« ausgesprochen und später noch eingehend begründet⁵⁵. Neu ist, daß die Wissenschaft die Wahrscheinlichkeit, daß es so ist, nicht mehr ausschließt⁵⁶.

Wer nun erwarten sollte, daß ich hier ein meiner Phantasie entsprungenes Zukunftsbild einer sinnvollen Wirtschafts- oder gar Gesellschaftsordnung entwerfe, den muß ich leider enttäuschen, würde ich damit doch nur neuen Dogmen Tür und Tor öffnen. Der Mensch ist frei, und wie die vielen freien Menschen einst ihre Zukunft gestalten wollen, will ich ihnen überlassen. Die aufgestellten Grundsätze und Richtlinien ergeben sich logisch aus der Moral der »Gotterkenntnis«. Alles, was darüber hinausgeht, muß der freien Gestaltungskraft der Menschen überlassen bleiben.

Die Menschheit steht heute am Scheideweg. Sie muß sich entscheiden, ob sie sich selbst vernichten oder umdenken will. Das ist allen Einsichtigen klar. Sie wissen auch, daß uns nur die Wahrheit helfen kann. Diese Wahrheit zu finden, ist Aufgabe eines jeden. Niemals sollte er sich hier zu irgendeiner »monopolisierten« Wahrheit überreden lassen, sondern sich selbst überzeugen und entscheiden. Wo Suggestion – namentlich in der Kindheit – im Spiel ist, ist sie sicherlich nicht zu finden, denn wer Wahrheit zu geben hat, hat Suggestion nicht nötig. Auch irgendwelche Versprechungen materieller Art oder seelischer »Glückseligkeit« wird er nicht machen, sie wären samt und sonders unwahr. Darum verzichte auch ich auf eine Schilderung des Lebens in einem Zukunftsstaat, ist dieses doch abhängig von dem Grade, in dem die Menschen ihre Unvollkommenheit aus eigener Kraft überwinden. Wer aber weiß, was zukünftige Menschengeschlechter tun werden? Nur eines ist sicher: Niemals werden alle lebenden Menschen ihre Unvollkommenheit überwinden. Die allermeisten Menschen werden auch in Zukunft in ihrer Unvollkommenheit verharren, höchstens wird die Zahl der »plappernden Toten« zurückgehen. Die Zahl derer, die sich zum vollkommenen Gottesbewußtsein bzw. zum vollkommenen Widergott umschaffen, wird sich kaum verändern. Und trotzdem kann das Leben völlig andere Formen annehmen, wenn nur die Menschen sich von ihren Irrtümern befreien.

Sicher ist auch, daß das nötige Umdenken niemals von »oben« angeordnet werden wird. Die Herrschenden werden stets nur auf Forderungen

reagieren, die von »unten«, von der »Basis« her kommen, und zwar erst dann, wenn diese so nachdrücklich erhoben werden und von so vielen, daß sie nicht mehr überhört werden können.

Die Vertreter der alten Lehren werden selbstverständlich alles daransetzen, daß ihre Macht und die mit ihrer Hilfe gewonnenen Privilegien nicht irgendwie geschmälert werden oder gar verloren gehen. Sie werden in ihrem Abwehrringen alle seither so erfolgreichen Mittel einsetzen, deren wichtigste sind: Lüge, Verleumdung, Rufmord und Ermordung führender Köpfe, überhaupt Gewalt in jedweder Form. Heute schon befinden sich die Herrschenden in einer deutlich sichtbaren Abwehrhaltung. Ihr Schlagwort lautet: »Der Staat wird unregierbar!« Sie haben aus ihrer Sicht recht. Denn der »Welteinheitsstaat«, den sie alle erstreben, ist, wenn sich die Wahrheit durchsetzt, nicht mehr zu verwirklichen. Gewalt hat es noch nie vermocht, die Wahrheit endgültig zum Schweigen zu bringen, man denke nur an die Ketzerverfolgungen! Die Wahrheit erfordert nur Zeit, um durchzudringen. Man darf keine raschen Erfolge erwarten. Nur eines könnte der Wahrheit den Sieg verwehren: die Vernichtung alles Lebens. Welche Antwort die Menschen auf die derzeitige Herausforderung geben, hängt von der Entscheidung eines jeden ab.

*»Dort, wo Gotterkenntnis zu Menschenseelen hindringen konnte,
Wird sie Gottleugnung und auch den Wahn über Gott überwinden.
Mögen vielleicht auch viele Menschengeschlechter noch sterben,
Ehe die Priestergewalt, die dies Gottlied ersticken möchte, abgewehrt ist,
Ehe die noch größere Gefahr: das Mißverstehen ihres Gehaltes, besiegt ist.
Dem freien Entscheide der Menschen jedoch auf dieser Erde
Ist die Antwort belassen, die sie der Gotterkenntnis
Nach eigener Wahl zu geben gewillt sind!
Erkenntnis kann Erlösung sein von der Todesgefahr des Wahns;
Dann ist sie Anfang des Wiedererwachens gottwacher Kultur.
Die Völker lauschen dann wieder dem Eigensang in ihrer Seele,
Ohne den Wahn und die Wirrnisse der Mythen an Stelle der Wahrheit
Rätselfragen des Lebens und des Werdens der Welten lösen zu lassen!
Und herrlicher noch als in frühesten Zeiten des Werdens
Klingt dann ihr Gottlied über die Erde. Bis zu den Grenzen
Sinnvoller Unvollkommenheit werden dann dank der Gotterkenntnis
Die nicht mehr mutterverwaisten freien Völker der Erde
Ihr Leben und Handeln zum Wohlklang der Schöpfung gestalten.*

*Oder aber Gotterkenntnis endet als Vollendung der Schöpfung
Das heilige Amt der Menschen, Gottesbewußtheit zu werden,
Weil die Völker dem Seelentode schon zu nahe gekommen*

*Und vor den Strahlen der Wahrheit nur in noch tief're Umnachtung,
In noch gottferneren Wahn sich flüchten oder Gottleugner werden.
Dann aber wird Priesterzwang die Erkennenden und die Zaudernden
Mit Verfolgung und Mord bedrohen, wie ehemals!
Doch selbst dann noch ist Gotterkenntnis den Völkern ein Segen,
Denn rascher Tod ist viel gütiger als der allmähliche!
Immer aber, wie auch die Völker in Zukunft entscheiden,
Ist die Erkenntnis Vollendung der Schöpfung auf diesem Sterne!«⁵⁷*

Anmerkungen zu Teil VI

- ¹ *Stuttgarter Zeitung* vom 12.1.78, vgl. auch Anm. 74 zu Teil V
- ² entsprechend Schopenhauer. Er sagte: »Ihr Jünglinge, laßt euch nicht von den Hofräten erzählen, was in der ›Kritik der reinen Vernunft‹ steht, sondern lest sie selbst.«
- ³ Mathilde Ludendorff, *Triumph des Unsterblichkeitwillens*, München 1936, 25.–29. Tausend (Erstauflage 1921), die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich – soweit nicht anders vermerkt – hierauf. Die Seitenzahlen der verschiedenen Auflagen weichen voneinander ab. Die letzte mir vorliegende Auflage ist die Volksausgabe, 50.–53. Tausend, Pähl 1973.
- ⁴ *Bonner Kaleidoskop* v. 13.9.80, S. 6
- ⁵ Immanuel Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, Insel-Verlag o.J.
- ⁶ Das Wort spontan stammt vom lateinischen »sua sponte« und bedeutet: etwas aus eigenen Stücken, aus eigenem Antrieb tun, entspricht also dem Lebendigen, der Bewegung aus sich heraus. Spontanes Handeln – für spontanes Erkennen gilt dasselbe – ist freies Handeln, frei von äußeren Zwängen wie wirtschaftlichem Druck, Gewalt oder Verführung, aber auch frei von inneren Zwängen wie Ehrgeiz, Neid, Mißgunst u.a. bzw. von Vorurteilen, festgelegten Lehrsätzen, Dogmen usw.
- ⁷ Friedrich Schiller, *Die Braut von Messina*
- ⁸ *Neue Politik*, Heft 1/80, S. 52
- ⁹ *Lutherbibel*, Matth. 5,39
- ¹⁰ Mathilde Ludendorff, *Unnahbarkeit des Vollendeten*, Pähl 1961, S. 145/6
- ¹¹ *Triumph* (Anm. 3), S. 63
- ¹² vgl. Mathilde Ludendorff, *Selbstschöpfung*, 10–13. Tausend (Erstauflage 1923)
- ¹³ *Der Naturarzt*, Heft 4/80, S. 4, vgl. Teil V, Anm. 49
- ¹⁴ Im Mittelalter wurden in Europa über 9 Millionen Ketzer und Hexen, meist Frauen, »zur höheren Ehre Jahwehs« bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Herrschaft der Priester blieb unverändert. Rufmord trat an die Stelle des Mords der Person.
- ¹⁵ *Triumph* (Anm. 3), S. 80
- ¹⁶ a.a.O., S. 92
- ¹⁷ a.a.O., S. 93
- ¹⁸ a.a.O., S. 96
- ¹⁹ a.a.O., S. 285
- ²⁰ Mathilde Ludendorff, *Erlösung von Jesu Christo*, Pähl, 60.–61. Tausend, 1957, S. 278
- ²¹ vgl. Mathilde Ludendorff, *Das Gottlied der Völker, eine Philosophie der Kulturen*, 11. Tausend, Pähl 1981
- ²² Martin Buber in *Der Jude und sein Judentum*, Joseph Metzner Verlag, Köln. Danach stammen die »lapidaren Sätze« vom »hohen Rabbi Löw«. Zitiert nach *Bonner Kaleidoskop* v. 14.3.81
- ²³ *Erlösung*, (Anm. 20), S. 280/1
- ²⁴ a.a.O., S. 281
- ²⁵ *Lutherbibel*, Matth. 5,10
- ²⁶ Dorothee Sölle, *Wählt das Leben*, Kreuz Verlag, Stuttgart 1980
- ²⁷ 52. Brief der *Gesammelten Briefe von Walther Rathenau*, zitiert nach Lebenserinnerungen Mathilde Ludendorffs, Bd. 2, S. 170
- ²⁸ *Volksware*, 1. Jg., Folge 1 v. 5.7.57, S. 7
- ²⁹ Michael Kahn-Ackermann in »China drinnen und draußen«, *Neue Politik*, Heft 11/1980, S. 61
- ³⁰ Vgl. *Erlösung* (Anm. 20), S. 281
- ³¹ *Triumph* (Anm. 3), S. 80. Unter »Hände Arbeit« ist alle wirtschaftliche Tätigkeit gemeint.

- ³² *Neue Politik*, Heft 3, 1982, S. 12
- ³³ Werner Kollath, *Die Ordnung unserer Nahrung*, Hippokrates-Verlag Stuttgart, 1960
- ³⁴ Heike Mahlke, *Kalender des »Regenbogenlädchens«* 1981
- ³⁵ *Triumph* (Anm. 3), S. 63
- ³⁶ Mathilde Ludendorff, *Die Volksseele und ihre Machtgestalter, eine Philosophie der Geschichte*, Auflage 13.–15. Tausend (Erstauflage 1933), 1955, S. 326
- ³⁷ *Der neue Brockhaus*, Band 4, 1959, S. 561
- ³⁸ *Volksseele* (Anm. 36), S. 332
- ³⁹ Art. 14,2 GG lautet: »Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«
- ⁴⁰ *Erlösung* (Anm. 20), S. 297/8
- ⁴¹ *Volksseele* (Anm. 36), S. 333
- ⁴² a.a.O., S. 335
- ⁴³ Erich Ludendorff, *Gefesselte Arbeitskraft*, München, ohne Jahr, S. 23
- ⁴⁴ Umweltmagazin *Natur* von Horst Stern, 1. Ausg., S. 92
- ⁴⁵ *Volksseele* (Anm. 36), S. 333/4
- ⁴⁶ Das geht aus seinem letzten Werk hervor. Es trägt den Titel: »Der abgebaute Staat in einem gesetz- und sittenlosen, hochstrebenden Kulturvolk«
- ⁴⁷ *Unnahbarkeit des Vollendeten* (Anm. 10), S. 147
- ⁴⁸ *Triumph* (Anm. 3), S. 80/81
- ⁴⁹ Kammergerichtsrat Wilhelm Prothmann in dem Aufsatz: »Erich Ludendorff als Volksschöpfer« in *Erich Ludendorff, sein Wesen und Handeln*, München, 1938, S. 617
- ⁵⁰ vgl. »Sittliche Preisbildung«, *Der Quell*, Folge 9/60, S. 395, und »Preisbindung der ersten Hand«, *Der Quell*, Folge 1/59, S. 26
- ⁵¹ *Erlösung* (Anm. 20), S. 290
- ⁵² Vortrag von Dr. jur. Willi Geiger, Senatspräsident am Bundesgerichtshof, Richter am Bundesgerichtshof, Richter am Bundesverfassungsgericht, gehalten vor der Walter-Raymond-Stiftung, lt. Protokoll, vgl. Veröffentlichung der Walter-Raymond-Stiftung Bd. 1, Westd. Verl., Köln und Opladen, 1960, S. 198, zitiert nach *Mensch und Maß* 1965, S. 267
- ⁵³ *Triumph* (Anm. 3), Volksausgabe, 50. bis 53. Tausend, 1973, S. 69
- ⁵⁴ Mathilde Ludendorff, *Selbstschöpfung*, München 1941 (10.–13. Td.) (Erstauflage 1923), S. 109
- ⁵⁵ Mathilde Ludendorff, *In den Gefilden der Gottoffenbarung*, Pähl, 1959
- ⁵⁶ vgl. Robert T. Rood und James S. Trefil, *Sind wir allein im Universum?* Birkhäuser Verlag, Basel, Boston, Stuttgart, amerikanisch 1981, deutsch 1982
- ⁵⁷ *Das Gottlied der Völker* (Anm. 21), S. 73/4

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Heinrich, *Entstellung und Klärung der Botschaft Jesu*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1961
- Ackermann, Heinrich, *Jesus*, Verlag Franz von Bebenburg, Pähl 1967
- Allan, Gary, *Die Insider*, Verlag für angewandte Philosophie, Wiesbaden 1974
- Amsel, Dr. Hans Georg, *Geld und Kriminalität*, Hünenburg-Verlag, Burg Stettenfels bei Heilbronn 1965
- Amsel, Hans-Georg, *Die Kehrseite des Geldes*, Verlag für angewandte Philosophie GmbH, Wiesbaden 1976
- Archiv für das Post- und Fernmeldewesen*, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Nr. 9/1950
- Assassa, Sami, *Der Schlüssel der Alten Welt*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1959
- Baraheni, Reza, *Der Clan der Kannibalen*, Verlag Rogner & Bernhard, München 1979
- Barkenau, Franz, *Marx*, Fischer Bücherei, Frankfurt am Main und Hamburg 1956
- Baruch, Bernard Manasse, *Eine Philosophie für unsere Zeit, die größte Forderung unserer Zeit*
- Baruch, Bernard Manasse, *Gute 88 Jahre*, Kindler Verlag, München 1958
- Beckh, Rolf, *Der Islam*, Ludendorffs Verlag, München 1937
- Beißwenger, Eberhard, *Das »Joch Jakobs« oder Kapitalismus einmal anders gesehen*, Pähl 1956
- Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Ein anderer »Way of Life« – Ist der Fortschritt noch ein Fortschritt?* Protokoll Nr. 56, 1977
- Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Wachstum und Lebenssinn – Alternative Rationalitäten?* Protokoll Nr. 61, 1978
- Berger, Prof. H., *Der Materialismus des Christentums*, Ludendorffs Verlag, München 1937
- Bischoff, Dr. Erich, *Die Elemente der Kabbalah*, Band 1 und 2, Hermann Barsdorf Verlag, Berlin 1920
- Bischoff, Dr. Erich, *Das Buch vom Schulchan aruch*, Hammer-Verlag, Leipzig 1941
- Bochenski, J.M., *Der Sowjetrussische Dialektische Materialismus*, Francke Verlag, Bern und München 1950
- Brennpunkte 5, Kleintechnologie kontra Wirtschaft?*, Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 1976

- Briessen, Christiane van, *Der Männlichkeitswahn*, Bergisch Gladbach 1971
- Bromme, Erich, *Fälschung und Irrtum in Geschichte und Theologie*, Waldemar Hoffmann Verlag, Berlin 1975
- Bronder, Dr. Dietrich, *Christentum in Selbstauflösung*, Deutscher Volksbund für Geistesfreiheit, Hannover o.J.
- Bruderlin, Kurt, *Freiheit ohne Geldherrschaft – Gerechtigkeit ohne Staatswirtschaft*, Hans Pfeiffer-Verlag, Hannover 1971
- Bultmann, Rudolf, *Jesus*, Siebenstern Taschenbuch, München/Hamburg 1926
- Christen, Dr. Th., *Das Geldwesen*, Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern/Leipzig/Wien o.J.
- Cleave/Campbell, *Die Saccharidose*, Bircher-Benner-Verlag, Bad Homburg v.d.H. und Zürich o.J.
- Conrad-Martius, Hedwig, *Naturwissenschaftlich-methaphysische Perspektiven*, Hamburg 1948
- Damaschke, Adolf, *Die Bodenreform*, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1915
- d'Argile, René u.a., *Das Geheimnis um die Ursachen des zweiten Weltkrieges*, eine Sammlung von Studien, Verlag Karl Heinz Priester, Wiesbaden 1958 (Neuauf. im Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Wobbenbüll 1982)
- Darwin, R. Ch., *Die Entwicklung des Priestertums und der Priesterreiche*, Verlag für ganzheitliche Forschung, Wobbenbüll 1979
- Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments nach der deutschen Übersetzung Dr. Martin Luthers*, Kleine Taschenausgabe, Privilegierte Württ. Bibelanstalt, Stuttgart 1913
- Diehl, Dr. Paul Heinrich, *Macht oder Geist*, Telos-Sonderdruck, Berlin 1969
- Dopsch, Alfons, *Die freien Marken in Deutschland*, Wien 1933
- Eichler, Richard B., *Viel Gunst für schlechte Kunst*, J.F. Lehmanns Verlag, München 1968
- Eucken, Walter, *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, Mohr, Tübingen 1954
- Färber, Heinrich, *Das ergokratische Manifest*, ohne Verlag und Jahr
- Fechter, Heinrich, *Ulrich von Hutten, ein Leben für die Freiheit*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1954
- Feder, Gottfried, *Kampf gegen die Hochfinanz*, Franz Eher Verlag, 1933
- Feuerbach, L. *Das Wesen der Religion*, Alfred Kröner Verlag in Leipzig, o.J.
- Friedensburg, Dr. Ferdinand, *Münzkunde und Geldgeschichte der Einzelstaaten des Mittelalters und der Neueren Zeit*, Verlag Oldenbourg,

München und Berlin 1926

George, Uwe, *In den Wüsten dieser Erde*, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1976

Gesell, Silvio, *Der abgebaute Staat*, A. Burmeister Verlag, Berlin 1927

Gesell, Silvio, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, 1938

Geyer, Thomas, *Die »soziale« Enteignung*, Verlag der »Waerland-Mitteilungen«, Bensberg-Immekeppel 1968

Geyer, Thomas, *Der bundesdeutsche Michel und seine Sozialtäuscher*, Lebenskunde Verlag, Düsseldorf 1970

Griese, Prof. Dr. Franz, *Los von Rom und Christo*, Ludendorffs Volkswarte Verlag, München o.J.

Griese, Prof. Dr. Franz, *Der große Irrtum des Christentums erwiesen durch einen Priester*, Ludendorffs Verlag, München 1936

Groß, Wilhelm und Ruge, Walter, *Die Steine reden!*, Nordland-Verlag, Magdeburg o.J.

Gruhl, Herbert, *Ein Planet wird geplündert*, E. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1975

Hartmann, Prof. Dr. Dr. Bernhard, *Die Kaufkraftparität von US-Dollar und DM-West*, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1959

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Philipp Reclam jun., Stuttgart 1961

Herpel, Dr. Ludwig, *Wege zum wahren Recht*, Verlag Deutsche Zukunft A. Herpel, Hamburg 1930

Hirsch, Dr. William, *Religion und Zivilisation vom Standpunkte des Psychiaters*, Verlag E. B. Bonsels und Co, München 1910

Hochstetter, Dr. Franz, *Die Güterauschlehere*, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf b. Nürnberg 1935

Hoensbroech, Graf Paul von, *Das Papsttum*, Verlag von Breitkopf & Härtel, Leipzig o.J.

Hoensbroech, Graf Paul von, *14 Jahre Jesuit*, Verlag von Breitkopf und Härtel, Leipzig 1912

Hoensbroech, Graf Paul von, *Rom und das Zentrum*, Verlag Breitkopf und Härtel, Leipzig 1910

Holtz, Hans-Achim, *Europas Weg zwischen Ost und West*, MIC-Verlag, Bad Feilnbach 1978

Humbert, R., *Keine Schulden mehr!*, Verlag Rudolf Humberg, Berlin 1960

Hunke, Sigrid, *Europas andere Religion*, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1969

Hutten, Ulrich v., *Vadiseus oder die Römische Dreifaltigkeit*, Ludendorffs Verlag, München o.J.

- Husserl, Edmund, *Logische Untersuchungen*, Halle/Saale 1922
- Joesten, Joachim, *Öl regiert die Welt*, Karl Rauch Verlag, o.J.
- Jungk, Robert, *Der Atomstaat*, Kindler Verlag, München 1977
- Kammeier, Wilhelm, *Die Fälschung der Geschichte des Urchristentums*, Verlag für ganzheitliche Forschung, Wobbenbüll 1982
- Kammeier, Wilhelm, *Die Fälschung der deutschen Geschichte*, Adolf Klein Verlag, Leipzig 1935
- Kammeier, Wilhelm, *Die Wahrheit über die Geschichte des Spätmittelalters*, Verlag für ganzheitliche Forschung Wobbenbüll 1979 (Erstauflage 1936ff.)
- Kant, Immanuel, *Kritik der reinen Vernunft*, Insel-Verlag o.J.
- Kant, Immanuel, *Schriften zur Ethik und Religionsphilosophie*, Insel-Verlag o.J.
- Kant, Immanuel, *Kritik der Urteilskraft und Schriften zur Naturphilosophie*, Insel-Verlag o.J.
- Kant, Immanuel, *Zum ewigen Frieden*, Reclam-Verlag, Stuttgart 1958
- Keynes, John Maynard, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Verlag Dunker und Humblot, Berlin 1935
- Knaut, Horst, *Das Testament des Bösen*, Seewald Verlag, Stuttgart 1979
- Knuth, Werner, *Ideen, Ideale, Ideologien*, Holsten-Verlag Hamburg, 1955
- Kollath, Prof. Dr. med. Werner, *Die Ordnung unserer Nahrung*, Hippokrates-Verlag, Stuttgart 1960
- Kommission der europäischen Gemeinschaften, *20 Jahre Römische Verträge*, Bonn 1977
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, *Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*, Veröffentlicht durch die Bundesregierung, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, o.J.
- Kosiek, Rolf, *Marxismus? Ein Aberglaube!*, Vowinckel Verlag, Neckargemünd 1972
- Liebig, Justus von, *Es ist ja dies die Spitze meines Lebens*, Verlag Boden und Gesundheit, 1973
- Löhde, Walter, *Friedrich Schiller, ein deutscher Revolutionär*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1955
- Löhde, Walter, *Das päpstliche Rom und das Deutsche Reich*, Hans Pfeiffer Verlag, Hannover 1964
- Ludendorff, Erich, *Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18*, Verlag von E.S. Mittler & Sohn, Berlin 1921
- Ludendorff, Erich, *Kriegführung und Politik*, Verlag von E.S. Mittler & Sohn, Berlin 1922
- Ludendorff, Erich, *Kriegshetze und Völkermorden in den letzten 150 Jah-*

- ren, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München 1930
- Ludendorff, Erich, *Weltkrieg droht!*, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München 1931
- Ludendorff, Erich, *Gefesselte Arbeitskraft*, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München o.J.
- Ludendorff, Erich, *Wie der Weltkrieg 1914 'gemacht' wurde*, Ludendorffs Verlag, München 1934
- Ludendorff, Erich, *Der totale Krieg*, Ludendorffs Verlag, München 1936
- Ludendorff, Erich, *Mein militärischer Werdegang*, Ludendorffs Verlag, München 1937
- Ludendorff, Erich, *Auf dem Weg zur Feldherrnhalle*, Ludendorffs Verlag, München 1937
- Ludendorff, Erich, *Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung*, Band 1, Ludendorffs Verlag, München 1940, Band 2, Verlag Hohe Warte, Stuttgart 1951, Band 3, 1955
- Ludendorff, Erich, *Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse*, Verlag Hohe Warte Pähl, 1957 (Erstauflage 1927)
- Ludendorff, E. u. M., *Das Geheimnis der Jesuitenmacht und ihr Ende*, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München 1929
- Ludendorff, Mathilde, *Triumph des Unsterblichkeitswillens*, Ludendorffs Verlag, München 1936 (Erstauflage 1921)
- Ludendorff, Mathilde, *Schöpfungsgeschichte*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1954 (Erstauflage 1923)
- Ludendorff, Mathilde, *Des Menschen Seele*, Ludendorffs Verlag, München 1941 (Erstauflage 1923)
- Ludendorff, Mathilde, *Selbstschöpfung*, Ludendorffs Verlag, München 1941 (Erstauflage 1923)
- Ludendorff, Mathilde, *Des Kindes Seele und der Eltern Amt*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1954 (Erstauflage 1930)
- Ludendorff, Mathilde, *Die Volkesseele und ihre Machtgestalter*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1955 (Erstauflage 1933)
- Ludendorff, Mathilde, *Das Gottlied der Völker*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1956, (Erstauflage 1935)
- Ludendorff, Mathilde, *Der Siegeszug der Physik*, Ludendorffs Verlag, München 1941
- Ludendorff, Mathilde, *Wunder der Biologie im Lichte der Gotterkenntnis meiner Werke*, 1. Band, Verlag Hohe Warte, Stuttgart 1950
- Ludendorff, Mathilde, *Wunder der Biologie*, 2. Band, Verlag Hohe Warte, Pähl 1954
- Ludendorff, Mathilde, *Das Hohe Lied der göttlichen Wahlkraft*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1957
- Ludendorff, Mathilde, *In den Gefilden der Gottoffenbarung*, Verlag

Hohe Warte, Pähl 1959

Ludendorff, Mathilde, *Der Mensch, das große Wagnis der Schöpfung*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1960

Ludendorff, Mathilde, *Unnahbarkeit des Vollendeten*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1961

Ludendorff, Mathilde, *Von der Herrlichkeit des Schöpfungszieles*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1962

Ludendorff, Mathilde, *Statt Heiligenschein oder Hexenzeichen – mein Leben*.

Band 1, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München o.J.

Band 2, Ludendorffs Verlag, München 1937

Band 3, Verlag Hohe Warte, Pähl 1952

Band 4, Verlag Hohe Warte, Pähl 1956

Band 5, Verlag Hohe Warte, Pähl 1967

Band 6, Verlag Hohe Warte, Pähl 1968

Ludendorff, Mathilde, *Induciertes Irresein durch Occultlehren*, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München o.J.

Ludendorff, Mathilde, *Ein Blick in die Morallehre der römischen Kirche*, Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München o.J.

Ludendorff, Mathilde, *Erlösung von Jesu Christo*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1957 (Erstauflage 1931)

Ludendorff, Mathilde, *Der ungesühnte Frevel*, Ludendorffs Verlag, München 1933

Ludendorff, Mathilde, *Lessings Geisteskampf und Lebensschicksal*, Ludendorffs Verlag, München 1937

Ludendorff, Mathilde, *Ein Blick in die Dunkelkammer der Geisterseher*, Ludendorffs Verlag, München 1937

Ludendorff, Mathilde, *Wahn und seine Wirkung*, Ludendorffs Verlag, München 1938

Mahieu, Jacques de, *Die Templer in Amerika oder das Silber der Kathedralen*, Grabert Verlag, Tübingen 1979

Mahieu, Jacques de, *Das Wikingerreich von Tiuhuanacu*, Grabert Verlag, Tübingen 1981

Medwedjew, Zhores, *Bericht und Analyse der bisher geheim gehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR*, Hoffmann und Campe, 1979

Miller, Alfred, *Völkerentartung unter dem Kreuz*, Adolf Klein Verlag, Leipzig o.J.

Mohring, A., *Der Papst führt Krieg*, Ludendorffs Verlag, München o.J.

Müller, Gerhard, *Überstaatliche Machtpolitik im 20. Jahrhundert*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1972

Müller, Herbert K. R., *Das Bodenproblem einst und jetzt*, Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, Hamburg o.J.

- Nau, Elisabeth, *Seit Jahrtausenden begehrt, Die Geschichte des Geldes*, Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1959
- Mullins, Eustace, *The Federal Reserve Conspiracy*, Common Sense Union, New Jersey 1954
- Mullins, Eustace, *Die Bankier-Verschwörung von Jekyl Island*, Widar Verlag Guido Roeder, Oberammergau 1956
- Nicklisch, H., *Grundfragen für die Betriebswirtschaft*, Poeschel Verlag, Stuttgart o.J.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, *Die Schweigespirale*, R. Riper & Co Verlag, München, Zürich 1980
- Orientierungen 2 zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn 1979
- Paulsen, Prof. Dr. Andreas, *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, Walter de Gruyter und Co., Berlin 1960
- Pelton, Francis D., *Sprung über ein Jahrhundert*, Gotthelf-Verlag, Bern/Leipzig 1932
- Pelz, Kriminal-Kommissar a.D. Karl, *Hellsehen – ein Kriminalfall*, Ludendorffs Verlag, München 1937
- Pelz, Kriminal-Kommissar a.D. Karl, *Hellseher – Medien – Gespenster*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1952
- Petras, Otto, *Der deutsche Protestantismus auf dem Wege nach Rom*, Widerstands-Verlag, Berlin 1931
- Portmann, Adolf, *Manipulation des Menschen als Schicksal und Bedrohung*, Verlag Die Arche, Zürich 1969
- Rathenau, Walther, *Vom Aktienwesen*, G. Fischer Verlag, Berlin 1918
- Rehwaldt, Hermann, *Vom Dach der Welt*, Ludendorffs Verlag, München 1938
- Rehwaldt, Hermann, *Die Kriegshetzer von heute*, Ludendorffs Verlag, München 1938
- Rehwaldt, Hermann, *Weissagungen*, Ludendorffs Verlag, München 1939
- Reinhard, Severin, *Spanischer Sommer*, Editorial Prometheus, Buenos Aires 1952
- Richard, Heinrich, *Die Entfesselung der Wirtschaft*, Verlag für Wirtschaftsförderung, Darmstadt 1960
- Ritter, Friedrich, *Das offenbarte Leben*, Verlag Friedrich Ritter, Ebersteinburg 1951
- Roberts, Janine, *Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau*, Reihe pogrom, Göttingen 1979
- Roeder, Guido, *DM 1000 Kopfgeld*, Widar Verlag Guido Roeder, Oberammergau o.J.
- Röpke, Wilhelm, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958

- Röpke, Wilhelm, *Die Verleumder der Marktwirtschaft*, Frankfurter Allgemeine, 19.11.60
- Röpke, Wilhelm, *Marktwirtschaft – notwendig, aber nicht ausreichend*, Vortrag auf der Veranstaltung des Unternehmerverbandes der Industrie Ruhr-Niederrhein am 24. Oktober 1960 in Duisburg
- Rood, Robert T. und Trefil, James, S., *Sind wir allein im Universum?* Basel, Boston, Stuttgart 1962
- Roth, Dr. Armin, *Weltanschauung und Wirtschaft*, Ludendorffs Verlag, München 1935
- Rüstow, Alexander, *Die Bewältigung des Wohlstandes*, Vortrag 1960
- Ruhland, Dr. G., *System der politischen Ökonomie*, Bd. 1–3, »Zeitgeschichte« Verlag und Vertriebsgesellschaft mbH., Berlin und Leipzig 1933
- Rusch, Dozent Dr. med. habil. Hans Peter, *Bodenfruchtbarkeit*, Karl F. Haug Verlag, Heidelberg 1968
- Russell, Bertrand, *Warum ich kein Christ bin*, Szczesny Verlag, München 1963
- Schacht, Dr. Hjalmar, *Schluß mit der Inflation*, Broschek Verlag, Hamburg 1960
- Schao-Tschi, Liu, *Wie man ein guter Kommunist wird*, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Peking 1965
- Scheurmann, Erich, *Der Papalagi, Die Reden des Südseehäuptlings Tuia-vii aus Tiavea*, Verlag C.W. Leske, Darmstadt 1958
- Scherr, Johannes, *Hammerschläge und Historien*, Schabelitz'sche Buchhandlung, Zürich 1872
- Scherr, Johannes, *Deutsche Kultur- und Sittengeschichte*, Agrippina-Bücherei, Wiesbaden o.J.
- Schiele-Naumburg, Dr. G. W., *Goldstandard und Arbeitslosigkeit*, Gebauer-Schwetschke Druckerei und Verlag, Halle (Saale) 1931
- Schmölders, Günter, *Konjunkturen und Krisen*, Rowohlt, Hamburg 1955
- Schneider, Erich, *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, Band 3: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, o. Verlag u.J.
- Schopenhauer, Arthur, *Die Welt als Wille und Vorstellung*
- Schopenhauer, Arthur, *Aphorismen zur Lebensweisheit*, Verlag Heinrich Hannsmann, Stuttgart 1947
- Schultz, Hans Jürgen, *Kritik an der Kirche*, Kreuz-Verlag, Stuttgart 1958
- Schumann, Hans, *Kriege der Milliardäre*, Ludendorffs Verlag, München 1939
- Schumann, Hans, *Männer gegen Gold*, Noebe und Co. KG Verlagsbuchhandlung, Prag/Berlin/Leipzig 1944
- Schwab, Günther, *Der Tanz mit dem Teufel*, Adolf Sponholtz Verlag, Hannover 1958

- Senger, Alexander von, *Mord an Apollo*, Thomas-Verlag, Zürich 1964
- Sölle, Dorothee, *Wählt das Leben*, Kreuz Verlag, Stuttgart 1980
- Sombart, Werner, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, 3. Band von »Der moderne Kapitalismus«, Verlag von Duncker und Humbolt, München und Leipzig 1927
- Spanuth, Jürgen, *Atlantis*, Grabert-Verlag, Tübingen 1965
- Spanuth, Jürgen, *Die Atlanter*, Grabert-Verlag, Tübingen 1976
- Spanuth, Jürgen, *Die Philister*, Otto Zeller Verlag, Osnabrück 1980
- Steiner, Dr. Rudolf, *Theosophie*, Dornach/Schweiz, 71.–76. Tausend, 1961
- Stern, Horst, *Umweltmagazin »Natur«*, Unverkäufliche Erstaussage
- Strohm, Holger, *Friedlich in die Katastrophe*, Verlag Association, Hamburg 1973
- Suhle, Arthur, *Deutsche Münz- und Geldgeschichte von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert* – VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1955
- Tirala, Lothar Gottlieb, *Massenpsychosen in der Wissenschaft*, Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung + Grabert-Verlag, Tübingen 1969
- Tornau, Max, *Völkermord durch Auserwähltheitswahn*, Verlag für zeitgenössische Dokumentation, Euskirchen 1979
- Triebler, Gerhard, *Dr. Greely Hjalmar Schacht*, Freiwirtschaftliche Buchgemeinschaft »Der neue Weg«, Solingen-Ohligs o.J.
- Troe, Heinrich, *Münze, Zoll und Markt*, Verlag Kohlhammer 1937
- Unterrichtsblätter der Deutschen Bundespost*, Ausgabe B v. 23.2.56, Grundbegriffe der Wirtschaftslehre
- Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, *Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960
- Walker, Karl, *Das Buchgeld*, Vita-Verlag, Heidelberg-Ziegelhausen 1951
- Walker, Karl, *Das Geld in der Geschichte*, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1959
- Walker, Karl, *Konjunkturpolitische Betrachtungen*, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1961
- Wechsberg, Joseph, *Hochfinanz international*, Droemer-Knauer, München/Zürich 1966
- Weichel, Ernst, *Die Bedeutung agrarpolitischer Alternativen für die künftige Wirtschaftspolitik*, Unabhängige Correspondenz des Vereins für Agrarwirtschaft, Betzendorf o.J.
- Weigel, Siegfried, *Der negative Marx*, Verlag Hohe Warte, Pähl 1976
- Zeitschrift für Geopolitik in Gemeinschaft und Politik*, Jg. 9, September 1959
- Zeitschrift für Sozialökonomie*, Folge 42/43 1979

Zimmermann, Werner, *Geld und Boden*, Humata Verlag, Bern o.J.
Zweiniger, Arthur, *Die Erlösung der Völker vom Gold*, Leipzig 1919
Zydowitz, Kurt v., *Glaubensumbruch, ein Verhängnis*, Verlag »Mein Standpunkt«, Westerstede 1974
Zydowitz, Kurt v., *Der Islam – Neue Weltmacht?*, Verlag »Mein Standpunkt«, Westerstede 1976

Aus dem Programm des Verlages:

Wilhelm Kammeier: *Die Fälschung der deutschen Geschichte*, 304 Seiten, DM 28,- (2. Auflage)

Wilhelm Kammeier: *Die Wahrheit über die Geschichte des Spätmittelalters*, 440 Seiten, DM 36,- (2. Auflage)

Wilhelm Kammeier: *Die Fälschung der Geschichte des Urchristentums*, 420 Seiten, DM 45,-

R. Ch. Darwin: *Die Entwicklung des Priestertums und der Priesterreiche*, 420 Seiten, DM 38,-

Roland Bohlinger: *Volksschöpfung – oder Ziel, Wege und Mittel einer ganzheitlichen Befreiung und Höherentwicklung*, 3. Auflage, 16 Seiten, DM 3,-

Eustace Mullins/Roland Bohlinger: *Die Bankiersverschwörung*, 2. Auflage, ca. 460 Seiten, DM 29,80 (in Kürze)

Jakow Trachtenberg: *Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda – sagen die deutschen Juden selbst*, 157 Seiten, DM 20,-

Iwan Solonewitsch: *Im Feuerofen*, 2 Bände, je 416 Seiten, je DM 34,- (Band 1 erschienen, Band 2 in Kürze)

Johannes Scherr: *Germania*, 516 Seiten, Großformat, DM 78,-

Hertha Ohling: *Im engsten Ringe – Weg in die Weihnachtszeit*, 320 Seiten, zahlreiche überwiegend vierfarbige Abbildungen, DM 48,-

Roland Bohlinger: *Die Atomverschwörung*, Band 1: *Die Rechtsfälscher*, ca. 230 Seiten, DM 19,80 (in Kürze)

Reihe *Hintergrundanalysen*

Fr. Wichtl/R. Schneider: *Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik*, 320 Seiten, DM 38,-

Hermann Ahlwardt: *Mehr Licht!*, 96 Seiten, DM 12,-

Karl Heise, *Ententefreimaurerei und Weltkrieg*, 403 Seiten, DM 39,-

Renè d'Argile u.a.: *Geheimnisse um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, 216 Seiten, DM 30,-

Adolf Rossberg: *Freimaurerei und Politik im Zeitalter der französischen Revolution*, 256 Seiten, DM 30,-

Hans Schick: *Das ältere Rosenkreuzertum*, 338 Seiten, DM 39,- (in Kürze)

Diese Reihe wird fortgesetzt.

Reihe *Kernpunkte*

- Heft 1: Roland Bohlinger: *Artikel 9 II GG. und die Errichtung eines Plutoniumstaats*, 64 Seiten, DM 7,80 (2. Auflage)
- Heft 2: Roland Bohlinger: *Eine neue Strategie zur Überwindung der wachsenden Kriegsgefahr*, ca. 64 Seiten, DM 6,- (2. erw. Auflage in Kürze)
- Heft 3: Roland Bohlinger: *Bringt Hochzinspolitik Wirtschaftszusammenbruch und dann Dritten Weltkrieg?* Eberhard Beißwenger: *Zinswirtschaft oder die Herrschaft des Geldes*, 40 Seiten, DM 4,- (vergriffen)
- Heft 4: Roland Bohlinger: *Die Illoyalität des Staates auf dem Gebiet der atomaren Kontroverse und das Recht zum Widerstand*, 24 Seiten, DM 3,-
- Heft 5: Roland Bohlinger: *Der volkswirtschaftliche Unsinn des »friedlichen Atomprogramms« – oder Unsinn als lukratives Geschäft und Mittel zur Macht*, 64 Seiten, DM 7,80
- Heft 6: Roland Bohlinger: *Reaktorsicherheit und Hexenwahn – oder die Prostitution der Atomwissenschaft und ihre apokalyptischen Folgen*, 64 Seiten, DM 7,80 (in Kürze)
- Heft 7: Roland Bohlinger: *Genetischer Bürgerkrieg in Deutschland*, 40 Seiten, DM 4,- (in Kürze)

Reihe *Beweismittelbände*

- Band 1: Roland Bohlinger: *Der Mühlheim-Kärlich-Prozeß – Dokumentation eines Justizskandals*, 1340 Seiten, DM 60,-
- Band 2: Roland Bohlinger: *Das berechtigte Interesse bei atomrechtlichen Nichtigkeitsfeststellungsklagen*, ca. 200 Seiten, DM 30,- (in Kürze)
- Band 3: Roland Bohlinger: *Dokumentation zu der Schrift »Genetischer Bürgerkrieg in Deutschland«*, über 2000 Seiten, ca. DM 90,- (in Kürze)
- Band 4: Roland Bohlinger: *Stellungnahme zur Wissenschaftlichkeit verschiedener Mitglieder der Strahlenschutzkommission*, ca. 64 Seiten, DM 10,- (in Kürze)
- Band 5: Roland Bohlinger: *Basisschriftsatz – Auseinandersetzung mit einer verfassungswidrigen und kriminellen Vereinigung*, ca. 300 Seiten, DM 34,- (in Kürze)

Den meisten Menschen ist bewußt, daß ihre Selbsterhaltung von ihrer Tätigkeit innerhalb der Wirtschaft abhängt. Sie wissen auch, daß das Geschehen in der Wirtschaft tagtäglich in der vielfältigsten Weise auf ihr eigenes und das öffentliche Leben einwirkt. Wie kommt es aber, daß sich die wenigsten unter ihnen ernsthaft mit Wirtschaftsfragen befassen? Liegt das daran, daß sie so wenig darüber in der Schule lernten? Liegt es daran, daß der Betrieb der Wirtschaftswissenschaften allzusehr der Rechtfertigung oder Beschreibung herrschender Entwicklungen dient und daher wenig wesentliche Erkenntnis und viel Verworrenheit bietet?

In dem vorliegenden Buch ist das ganz anders. In ihm kommt ein geistiger Revolutionär zu Wort. Er rechtfertigt nicht. Er will verändern. Er hat zu diesem Zweck bereits hunderte von Aufsätzen verfaßt (teilweise unter Pseudonym). Jetzt legt er die Quintessenz seiner Studien und Erkenntnisse vor. Und was ihn dabei besonders auszeichnet, ist die knappe, leicht verständliche und fesselnde Darstellung des Wesentlichen, ist seine Durchbrechung der herrschenden Tabus, sein Schürfen nach den Ursachen. Er legt hierbei dar, daß und warum die herrschenden Wirtschaftsordnungen zu einer immer rascher wachsenden Zerstörung von Natur und Kultur und schließlich zu einer umfassenden Katastrophe führen müssen. Er legt aber auch dar, wie hier ohne Gewaltanwendung und ideologische Manipulation ein Wandel geschaffen werden kann, der in die Tiefe geht und auf die Entwicklung freier, selbständiger, kulturell blühender Gemeinschaften und Völker zielt.

Ein Buch, das eine Fülle von Erkenntnissen vermittelt. Ein Buch, das man unbedingt gelesen haben muß!